

NYPL RESEARCH LIBRARIES



3 3433 06661878 0

Handwritten text, possibly a signature or initials, located in the lower center of the page.

Livländische Geschichte

von der „Aufseglung“ der Lande
bis zur Einverleibung in das russische Reich.

Ein Hausbuch

VON

Dr. Ernst Seraphim.

Mit sieben Bildern, einer Karte und zwei Personen- und Wappensteinen.

III. Band:

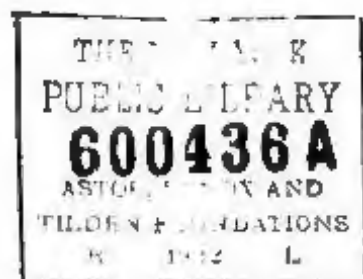
Die Geschichte des Herzogtums Kurland
von Dr. August Seraphim.

Zweite, vermehrte Auflage.

Reval 1904.

Verlag von Franz Kluge.

000430



Livländische Geschichte

von der „Aufsiegelung“ der Lande
bis zur Einverleibung in das russische Reich.

Ein Hausbuch

von

Dr. Ernst Seraphim.

Mit sieben Bildern, einer Karte und zwei Personen- und Ortsregistern.

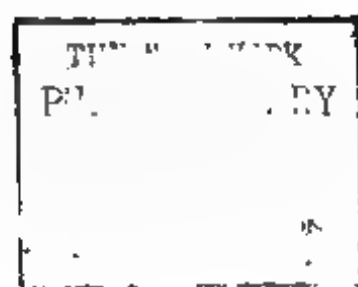
III. Band.

Die Geschichte des Herzogtums Aurland
von Dr. August Seraphim.

Zweite, vermehrte Auflage.



Reval 1904.
Verlag von Franz Kluge.



Livländische Geschichte

von der „Aufsegelung“ der Lande
bis zur Einverleibung in das russische Reich.

Ein Hausbuch

von

Dr. Ernst Seraphim.

Mit sieben Bildern einer Karte und zwei Personen- und Ortsregistern.

III. Band.

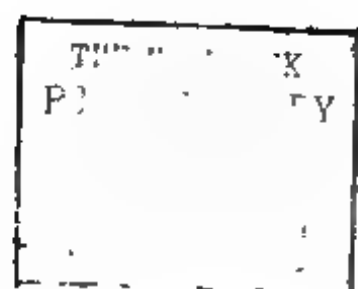
Die Geschichte des Herzogtums Aurland

von Dr. August Seraphim.

Zweite, vermehrte Auflage

Reval 1904.

Verlag von Franz Kluge.





Herzog Jakob von Kurland.

Nach dem einzigen authentischen zeitgenössischen Bismilde
im Schloß Gripsholm (Stockholm)

DL

1000



Die Geschichte des Herzogtums Kurland (1561—1795)

von

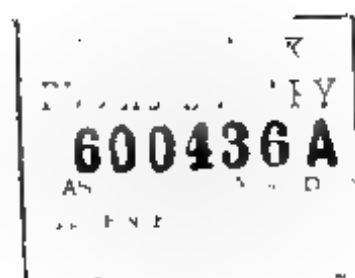
Dr. August Seraphim.

Mit einem Bilde und einem Personen- und Ortsregister

Zweite, vermehrte Auflage.



Reval 1904.
Verlag von Franz Kluge.



Дозволено цензурою.
Ревель, 20-го апрѣля 1904г.

Всѣхъ
дѣлъ
и
судовъ
и
и
и

Rechtsanwalt John Seraphim,

dem lieben Vetter und Freunde,

zugeweiht.

Mar 22 Mar 1932

Vorwort.

In der vorliegenden 2. Auflage meiner Geschichte des Herzogtums Kurland ist die seit dem Erscheinen der ersten (1895) mir bekannt gewordene Literatur nach Möglichkeit verwertet worden. Sie ist mit- hin eine vermehrte und wie ich hoffen darf, eine verbesserte Auflage. Neu hinzugekommen ist das kulturhistorische Kapitel, das ich an meinem Bohmorte nicht hätte schreiben können, wenn ich nicht aus früherer Zeit umfangreiche Sammlungen und Auszüge bejessen hätte. Es ist in etwas anderer Form im Feuilleton der Dunazeitung im November d. J. erschienen. Herrn Dr. G. Otto in Mitau und B. Arbusow in Riga danke ich auch an dieser Stelle für die freundliche Bereitwillig- keit, mit der sie von mir an sie gerichtete Anfragen beantworteten.

Für die viele Arbeit, die in diesem Buche steckt, wäre es mir ein schöner Lohn, wenn es auch an seinem Teile dazu beitragen würde, den historischen Sinn in Kurland zu kräftigen und das Interesse an der Vergangenheit im Lande zu stärken. Denn auch in den neuen befriedigenden Lebensverhältnissen gehören mein treues Gedenken und meine warme Teilnahme dem Lande meiner Jugend, der alten kurlän- dischen Heimat. *Coslum, non animum mutant, qui trans mare currunt.*

Königsberg i. Pr., November 1903.

August Seraphim.

**Die Geschichte
des Herzogthums Kurland
(1561—1795)**

von

Dr. August Seraphim.



1. Kapitel.

Herzog Gotthard und die Begründung des Herzogtums.

In Drangsalen aller Art, in äußeren Kriegen und innerem Elend war die altlivländische Staatenkonföderation zu Grunde gegangen und ein Raub fremder Mächte geworden. Estland fiel Schweden zu, Livland mußte sich Polen unterwerfen; in einem Teile Kurlands hatte sich Preußen, in Ostel die Dänen festgesetzt. Als neues politisches Gebilde entstand aber auf den Trümmern der Vergangenheit ein Kleinstaat, das unter polnischer Lehnshoheit stehende Herzogtum Kurland, oder, wie die offizielle Bezeichnung lautete, die Herzogtümer Kurland und Semgallen, die Gotthard Kettler, des deutschen Ordens in Livland letzter Meister, aus dem allgemeinen Ruine für sich zu retten verstanden hatte¹⁾.

Unter überaus ungünstigen Auspizien trat das neue Staatswesen ins Leben. Wie die übrigen Teile Altlivlands, so wies auch das neue Herzogtum den Mangel nationaler Geschlossenheit auf; über der Masse der unfreien „Undeutschen“, wie man die lettische Landbevölkerung nannte, saß eine verhältnismäßig dünne Schicht deutscher Grundherren, städtischer Einwohner und ländlicher Ansassen und so blieb auch an Kurland der Fluch des Landes haften, daß dieses niemals den Charakter einer Kolonie abzustreifen im Stande gewesen war. Dazu kam die Abhängigkeit von Polen, von einem fremden Staate, dessen Interessen es am meisten entprochen hätte, sich das Land gleich dem überdünischen Livland direkt zu inkorporieren und von dem sich voraussehen ließ, daß er, gleich wie im Herzogtum

¹⁾ Kruse: Kurland, unter den Herzögen. I. 33—80. Gebhardi: Gesch. Kurlands S. 1 ff. — Biegenhorn, Kurl. Staatsrecht § 83—117. — Bunge: Einleitung in die Rechtsgeschichte § 69. A. c.

Preußen, so auch in Aurland jede Zwitterigkeit im Innern des Lehnstaates zu dessen Schwächung benutzen werde. Es konnte ferner von verhängnisvoller Bedeutung werden, daß der Mann, der an die Spitze des neuen Gemeinwesens zu treten berufen war, keiner der alten fürstlichen Familien angehörte, sondern erst durch seine neue Würde über diejenigen erhoben wurde, die bisher Genossen seines Standes gewesen waren. Die Zukunft des Landes war in der Frage beschlossen, in wie weit es möglich sein werde, die Schwierigkeiten zu heben, die in den angegebenen Verhältnissen lagen.

Aber auch die territorialen Verhältnisse enthielten viel Wichtiges. Die Unterwerfungspakten, die Herzog Gotthard am 23. November 1561 zu Wilna mit König Sigismund August vereinbart hatte und die man in Aurland mit dem vielleicht zutreffenderen Ausdruck *Provisio ducalis* bezeichnte, sprachen dem neuen Herzogtum das frühere Gebiet des Ordens südlich der Duna zu, auf dem nördlichen nur Dinamünde, und auch nur für die Lebenszeit Herzogs Gotthard. Für den Fall, daß Aurland an Polen fiele, war dem Herzog ein Teil dieser Provinz versprochen, doch ist es zu einer Eroberung Aurlands durch Polen bekanntlich nie gekommen. Aber selbst von dem Gebiete, das wir heute unter der Provinz Aurland verstehen, kam zunächst das Amt Grobin mit seinem Jurisdiktionskreise, der auch das damals freilich noch kleine und nicht zur Stadt erhobene Libau umfaßte, in Wegfall, denn dieses war noch zu Zeiten des Ordens im Jahre 1560, um in den Tagen der Kassennot die auffälligen Söldner zu befriedigen, dem Herzog Albrecht von Preußen verpfändet worden und wurde von diesem verwaltet. Das Gebiet dankt dem preussischen Regiment die Regelung seiner kirchlichen Verhältnisse¹⁾. Das in den Subjektionspakten vom polnischen Könige gegebene Versprechen, das Amt von Preußen wieder auszulösen, ist von ihm niemals erfüllt worden. Außerdem aber gehörte zum Herzogtum Aurland nicht das Gebiet des ehemaligen Bistums Aurland oder Witten, das durch den schmählichen Handel seines letzten Bischofs Johann Münchhausen an den Herzog Magnus

¹⁾ Vgl. den von mir in den Aurl. Sitzungsberichten 1896 mitgetheilten Bericht über das Kirchenwesen im Grobinischen Kreise, den David Gebke dem Marquisen Georg Friedrich im Jahre 1587 erstattete. Im Amte Grobin lagen die Kirchen Grobin, Libau, Werfahnen, die Stadtkirche Priegema, Rugen, Oker- und Niederbarian. S. auch H. Wegner, Geschichte der Stadt Libau (1894) S. 14 ff.

von Holstein gekommen war, jenen Mann, der in der livländischen Geschichte eine verhängnisvolle Rolle zu spielen später berufen war. Aus drei ungleichen Stücken bestehend und ringum von herzoglichem Gebiet umschlossen, war das Ländchen unter Umständen ein störendes Gemmis, in jedem Fall aber ein erstrebenswerter Besitz für die Herzöge von Kurland. Allerdings war in dem Subjektionspakt festgesetzt worden, daß Gotthard Kettler auch das Stift Wilten erhalten und Herzog Magnus von Polen dafür mit der ehemaligen Ordensvogtei Sonnenburg auf Osel und mit Deal und Radsel in Estland befriedigt werden solle.

Aber Sonnenburg wurde vom letzten Ordensvogt Heinrich Eudinghausen genannt Wolff, der längere Zeit eine fast selbständige Rolle gespielt hatte, im Jahre 1564 dem König Friedrich II. von Dänemark übergeben und Radsel und Deal kamen dauernd in schwedische Hände. Dagegen blieben die Schlösser Wolbungen und Haenpoth, Durben und Windau, die in den Kriegzeiten dem polnischen Könige verpfändet worden waren¹⁾, beim Herzogtum, da der König auf die Pfandsomme verzichtete.

Die territorialen Mängel zu beseitigen und seinen Besitz zu erweitern, ist ein deutlich hervortretendes Streben in der Politik des Herzogs Gotthard. Er mochte zunächst hoffen, mehr als das südlich der Düna liegende frühere Ordensgebiet für sich zu gewinnen, da er neben seiner herzoglichen Würde in Kurland auch das Amt eines polnischen Gouverneurs in Luland bekleidete. Als er dann in letzterem dem Polen Chodkewitsch weichen (1597) und bald auch die noch länger innegehabte Stellung eines Statthalters des Schlosses zu Riga aufgeben mußte, wird ihm wohl der Gedanke nicht mehr fremd geblieben sein, daß er sich bescheiden und für seine Person und Familie mit Kurland begnügen müsse.

Die Verhältnisse des neuen Staates waren noch sehr unfertig; in der Eile und Hast der Katastrophe waren mehr die allgemeinen Umrisse festgestellt worden, der Ausbau im einzelnen mußte der Zeit und den praktischen Bedürfnissen vorbehalten bleiben.

Was nun zunächst das Verhältnis des Herzogs zu Polen²⁾ be-

¹⁾ Biegenhorn § 56. — S. Diederichs in den Kurländischen Sitzungsberichten 1898. S. 15.

²⁾ Biegenhorn Ost. Rt. 50, 53, 64, 68—73. Danges Archiv VII, 288.

trifft, so war durch die *Provisio ducalis* festgestellt worden, daß er gleiche Rechte genießen und zur Lehnsherrschaft in gleichem Verhältnisse stehen solle, wie der Herzog von Preußen. Die fürstlichen Insignien aber theilte der König dem neuen Herzoge erst im Jahre 1565, a. s. dieser sich als litauischer Statthalter um die Krone durch die Annahme Bernaus ein neues Verdienst erworben hatte. Da die Verträge des Jahres 1561 nur von Seiten des Königs Sigismund von Polen abgeschlossen waren und eine formelle Bestätigung der polnischen und litauischen Stände noch ausstand, so war das überdünische Ausland, als die polnischen Stände mit der Bestätigung zögerten, im Jahre 1566 dem Großfürstentum Litauen einverleibt worden. Das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums Kurland zu Polen und Litauen blieb dagegen zunächst noch unregelt. Dabei beschloßen auf dem zu Soldingen versammelten Landtage am 11. Dezember 1568 der Herzog und die Landchaft, den Ruzler Michael von Brumnow und Friedrich von Canis, Herrn auf Alischmangen, nach Litauen zu entsenden, um die Inkorporierung des Herzogtums in das Großfürstentum Litauen herbeizuführen, 'als aber die schon lange geplante Union Litauens und des polnischen Königreiches zustande käme, den Anschluß Kurlands an beide vereinigte Staaten zu bewerkstelligen').

In der That ist denn auch bekanntlich zu Lublin die litauisch-polnische Union abgeschlossen und durch eine am 3. August 1569 vollzogene Urkunde das Herzogtum Kurland feierlich dem mit Litauen unierten polnischen Reiche inkorporiert worden²⁾. In dem Lehnrecht lag es begründet, daß nicht nur jeder neue Herzog nochmals die Belehnung formell nachsuchen und erlangen mußte, sondern auch, daß bei jedem Thronwechsel in Polen eine Erneuerung des Lehnverhältnisses unumgänglich war. So hat denn auch Gotthard Kettler, als König Stephan Batorus den Thron Polens bestiegen hatte, die Übertragung des Lehns, die sogen. Investitur, nachgesucht und im Jahre 1579 erhalten und dementsprechend ist es auch unter den späteren Herzögen gehalten worden.

War die Lehnsherrschaft auch in Religion und Sprache eine

¹⁾ Die Hofmacht der Landchaft in Tünges Archiv V. S. 308 ff. und ein älterer Abdruck in Hiegershorn Beil. Nr. 68.

²⁾ Dogiel Cod. dipl. regni Polon. V. 287, 288.

fremde, die neue Staatsgründung in Kurland sollte eine deutsche und evangelisch-lutherische sein. Die Freiheit des Augsburgischen Bekenntnisses, das Recht auf deutsche Obrigkeiten und die Besetzung der Ämter durch Eingeborene, d. h. Deutsche¹⁾, Nachsprechung nach dem deutschen Landesrechte waren Fundamentallage von höchster Bedeutung, die auch für Kurland so gut wie für Livland galten.

Die Landsassen Kurlands und Semgallens traten zu der neuen Landesherrschaft in das Verhältnis der Untertanen, sie mußten bei der Begründung des neuen Herzogtums dem Herzoge „als ihrem natürlichen Landesfürsten und Erbherrn über Kurland treue und gehorame Untertanen“ zu sein, eidlich geloben und es war im Königlich-Privilegium ausdrücklich festgesetzt, daß die Vorrechte des Adels den landesherrlichen Rechten des Herzogs nicht präjudizierlich sein sollten.

Im übrigen hatten bei der Auflösung A. L. Livlands die Landsassen²⁾ gleich ihrer bisherigen Obrigkeit es nicht vergessen ihren Vorteil wahrzunehmen und ihre Position zu sichern. Das Privilegium Sigismundi Augusti hat ihnen wesentliche Vorrechte bestätigt. In den Zeiten des Ordens hatten die Grundbesitzer ihre Güter nach Lehnrecht befaßt, was ursprünglich das Verfügungsrecht über sie und besonders das Erbrecht stark einschränkte. Aber im Laufe der Jahrhunderte hatte die Entwicklung dahin geführt, daß die Lehnsgüter am Schlusse der sogen. ungestammten Periode ihren alten Charakter fast ganz verloren hatten, nach Erbrecht auch auf fernestehende Verwandte übergehen durften und ein Heimfall solcher Güter an den Lehnsherrn nicht gar so oft vorkommen konnte. Diesen Zustand erkannte das Privilegium Sigismundi Augusti als rechtmäßigen an, indem es den Lehnssassen das Erbrecht sowohl für die männliche als auch für die weibliche Nachkommenschaft zusicherte und ihnen neu das Recht verlieh Gesamthandverträge oder Erbvertrüderungen abzuschließen, wonach im Falle des Aussterbens des Mannesstammes des einen partnererben Teiles die Güter auf den Nächstberechtigten des anderen übergehen sollten. - Freiheit von Abgaben und Zöllen, das Recht der Jagd und der Gerichtsbarkeit über die auf den Gütern angehörenden Bauern

¹⁾ Über den wahren Sinn des „Indigena“ vgl. Ziegenhorn S. 420 ff.

²⁾ Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Privatrechts II p. 83, 135 ff. — Ziegenhorn § 81 und Bril. 58, 66, 76.

lassen hinzu, um die Stellung der Landkassen zu einer besonders bevorrechteten zu machen.

Da aber diesen naturgemäß daran lag, sich die ihnen vom König zugesprochenen Rechte auch von ihrem neuen Herzoge zu sichern zu lassen, richteten sie bei der Erbhaltung an diesen eine dahingehende Bitte und in der That versprach er am 17. März 1562, sobald er die Insignien erlangt haben werde, ihnen die Privilegien zu verbriefen und das Wesentliche noch im einzelnen auszuüben. Dieses Versprechen wiederholte der Herzog am 12. Septbr 1567 und nachdem ein von ihm und der Landkassier erwählter Ausschuß die nötigen Vorarbeiten dazu gemacht hatte, erließ er am 25. Juni 1570 zu Wien das wichtige Privilegium Gothardinum, das die wesentlichsten und speziell für Kurland anwendbaren Punkte des Privilegium Eigismundi Augusti zusammenfaßte und zur Grundlage der Rechte der Kurländischen Ritterschaft wurde. Wenn man aber gemeint hat, daß durch dieses Privilegium das alte Lehnverhältnis ganz aufgehoben und die Güter nun freies Eigentum oder Allod ihrer Besitzer wurden, so ist demgegenüber daran festzuhalten¹⁾, daß viele auf dem Lehnrechte beruhenden Verpflichtungen der Lehnbesitzer gegen den Lehnsherrn noch wie vor bestehen blieben. Die Grundbesitzer waren zum sogen. Reichdienst d. h. zunächst der Verpflichtung, von 20 Joken im Falle des Aufgebotes einen bewaffneten Reiter zu stellen, noch wie vor verbunden. Außerdem wurde bestimmt, daß, wenn neue Lehen vergeben würden, die Rechte der Lehnten nur so weit gehen sollten, als die Lehnurkunde ausdrücklich festsetze. So entstand eine Anzahl von neuen Lehnsgütern, die nach altem strengem Lehnrecht zu beurteilen waren und nach dem Tode ihrer Inhaber in adelige und bürgerliche verfielen²⁾.

Sehr gering war die Zahl und Bedeutung der Städte in Kurland zur Zeit seines ersten Herzogs, zu Goldingen und Windau, deren städtische Verfassung schon ins 14. Jahrhundert zurückgeht, kam 1576 oder im vorhergehenden Jahrzehnt noch Riga, das zu Ende der Ordensperiode noch ein Halbwert gewesen war und erst unter den Söhnen Herzog Gothards eine eigene Polizeiverordnung erhielt³⁾.

¹⁾ Giegenhagen § 361. (Eine vollständige Allodifikation aller Güter erfolgte erst 1776).

²⁾ Geschichtliche Übersicht III (Allodrechte) S. 185.

³⁾ Giegenhagen S. 102 und 2. Aufl. von Karl Geyser 1863, S. 91.

Die Regierung und Verwaltung¹⁾ des Landes fand ihre oberste Spitze in der herzoglichen Kammer, deren Kanzlei sich nach der Kanzleiordnung von 1581 aus dem rechtsgelehrten Kanzler, noch einem gelehrten Räte, zwei Sekretären und drei Gesellen zusammensetzte.

Daneben scheint zunächst noch aus der Zeit des Ordens der sogen. Landesrat fortbestanden zu haben, jedenfalls erscheinen neben den herzoglichen Räten von der Landschaft Rurlands und Semgallens erwählte Landräte, die aber bald verschwinden. Die Zahl der Räte des Herzogs war zunächst noch mannigfachem Wechsel unterworfen, 1570 wurde ihre Zahl auf drei Kammerräte vornehmen Standes festgesetzt, daneben aber auch „epliche gelehrte Hofrätthe“ für nötig erklärt. Als der Landtag 1588 für den Fall eines frühzeitigen Todes Herzog Gotthards einen vormundschaftlichen Rat zu wählen beschloß, da wurden zu dessen Mitgliedern der Statthalter oder Oberburggraf, der Kanzler, der Obermarschall, der Oberhauptmann zu Goldingen oder der zu Selburg bestimmt. Hier zuerst treten uns, abgesehen vom Landhofmeister, der später uns statt der genannten Oberhauptleute begegnet, die Titel entgegen, die auch im Herzogtum Preußen den obersten Räten eigen waren und die in der Folge in Rurland eine durch Jahrhunderte dauernde Bedeutung erlangen sollten. Unter den Räten des Herzogs standen die von ihm ernannten Oberhauptleute (*Capitanei maiores*), neben denen uns auch Kontrichter und Hauptleute (*Capitanei minores*) in den ersten Zeiten der herzoglichen Regierung vorübergehend begegnen. Erst später sind sie zu einer bleibenden Institution des Landes geworden.

Aber das landesherrliche Walten fand eine Schranke an den Landtagen, deren Zustimmung zu Landesvollzügen eingeholt werden mußte. Dagegen war die gesetzgebende Gewalt dem Herzoge vorbehalten, es sei denn, daß es sich um die Beseitigung bestehender ständischer Rechte oder Privilegien handelte²⁾. Sie setzten sich aus den herzoglichen Räten, der Ritterschaft und ganzen Gemeinde der

¹⁾ Kanzleiordnung 1581. Mon. Liv. hist. II — O. Schm. dt., Rechtsgeschichte Liv., Estl., Rurlands § 42, 165. — Landtagschlüsse von 1567, 1568, 1570, 1572 etc. in Bunge's Archiv II. Ich möchte die Bemerkung nicht unterdrücken, daß eine vollständige Sammlung der Landtagschlüsse und der dazugehörigen wichtigen Akten von 1562—1760 ein wissenschaftliches Bedürfnis für die landesgeschichtliche Forschung ist.

²⁾ Stegenhorn § 517—528.

Landchaft zukommen, auch die Städte waren auf ihnen vertreten. Für gewisse Ausnahmefälle nahm der Landtagsabschied von 1508 einen Deputiertenausschuß in Aussicht, der erst später zur Regel geworden ist.

Die Rechtsverhältnisse waren in den Zeiten des Krieges und des Übergangs zu den neuen Zuständen vielfach verrotten. So wurde denn auf mehreren Landtagen für sie Sorge getragen. Von den Untengerichten, d. h. den gutherrlichen Patrimonialgerichten, vom Gerichte der Oberhauptleute, deren Bezirk etwa dem eines Ordenskomtur oder Vogtes entsprach, und den städtischen Rögistraten sollte die Appellation an das herzogliche Hof- und Kammergericht statthalt sein, zu dessen Besande fürstliche Räte gehören sollten. Zu wichtigen Fällen war eine Berufung an den überbänischen livländischen Landtag statthalt, aber da der Herzog schon bald die Würde eines livländischen Gouverneurs annehmen mußte und damit die Beziehungen des subbänischen Kurland zum eigentlichen Litland sich vollends loderten, so liegt es nahe, daß tatsächlich von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht worden ist. Bei Streitigkeiten zwischen Herzog und Untertanen sollten nach dem Landtagschluß von 1572 vom Eide entbundene Kommissarien, die von beiden Theilen zu ernennen wären, entscheiden. Nur im Falle, daß auch dieses Mittel zu keiner Einigung führen würde oder offene Refusverweigerung von seiten des Herzogs vorlege, sollte die gesamteitterschaft als solche an den König von Polen appellieren können. Da dem Herzoge alles daran liegen mußte, daß Appellationen an die polnische Lehnsherrschaft nicht stattfanden, so war mit diesem Beschlusse eine ihm höchst nachtheilige Möglichkeit festgestellt worden. Das hat dann in Zukunft zu den vielfachen Appellationen der Landchaft an den polnischen König geführt, die eine immer größere Schwächung der landesherrlichen Gewalt und damit den Ruin des Staatswesens zur Folge gehabt haben¹⁾ — Die Patrimonialgerichtsbarkeit über die bäuerlichen Einwohner der Güter sollte dem Adel vorbehalten bleiben, aber „Schneider, Schuster und andere Handwerker sich deren ungebraucht lassen“.

Die Bedürfnisse des Rechtslebens hielten gebieterisch die schon

¹⁾ Es liegt nahe, daß die verfassungsmäßige Entwicklung des Herzogthums Preußen, daß es für Kurland Vorbild sein sollte beim livländischen Landtagschluß von 1572 miderstie; vierge Jahre zuvor (1566) hatten die preussischen Stände die herzogliche Gewalt wesentlich eingeschränkt.

bei der Unterwerfung unter Polen ins Auge gefaßte gesetzliche Regelung des gerichtlichen Verfahrens und die Abfassung eines Landrechts. Die Kanzleivordnung, die in ersterer Hinsicht dem Mangel in einigen formellen Fragen abzuwehren suchte, hat die königliche Bestätigung nicht erlangt, eine 1570 eingesetzte Kommission scheint nicht in Tätigkeit getreten zu sein und die 1572 dem herzoglichen Rat und Kanzler Michael von Brunnow übertragene Abfassung eines „Statutenbuches oder Landrechts“ geriet ins Stocken, da er schon nach einigen Jahren starb. So kam Kurland erst ein Menschenalter später zu einem Landrechte, aber es empfing diese Gabe, ein dargebotenes Geschenk, aus den Händen einer polnischen Kommission, im Lande selbst war — und der Vorgang hat sich in seiner Geschichte wiederholt — die rechte Zeit unwiederbringlich verpaßt worden.

Aber sollte die neue Schöpfung Bestand haben, so mußte eine Dynastie begründet werden, um die fürstliche Gewalt dereinst auf Leibeserben übertragen zu können. Schon früh trat der Herzog der Frage einer Eheschließung nahe, aber über den mannigfachen Sorgen seines Amtes kam es erst spät zur Verwirklichung dieses seines Wunsches¹⁾. König Sigismund August von Polen selbst und nicht minder der alte Herzog Albrecht von Preußen nahmen sich der Sache an und ersterer brachte dem Herzoge als Gattin die 1533 geborene Prinzessin Anna von Mecklenburg, die Tochter des Herzogs Albrecht VII. des Schönen, in Vorschlag. Einer ihrer Brüder war der tüchtige und ehrenwerte Johann Albrecht I., der Schwiegersohn Herzog Albrechts von Preußen, ein anderer, der junge Herzog Christoph, waroadjutor des letzten Erzbischofs von Riga, Wilhelm von Brandenburg, geworden. Er war es, der im Jahre 1563 den bekannten, verunglückten Versuch unternahm, sich nach Wilhelms Tode in den Besitz des Erzbistums zu setzen.

Im Mai 1563 erschien der preussische Rat und Kämmerer Friedrich von Ranitz in Schwerin, um für Herzog Gotthard um die Hand Annas anzuhalten. Aber während es dem Polenkönige gelang, die Zustimmung des nahe verwandten Kurfürsten Joachim von

¹⁾ H. W. Schirrmacher, Johann Albrecht I. Herzog von Mecklenburg, I, 632 ff., dazu S. Krusow im Riga Almanach 1892: Herzog Gotthardt von Kurland Werbung um die Prinzessin Anna von Mecklenburg.

Brandenburg und seines Bruders Hans von Rostin zur geplanten Ehe zu erlangen, verlaubbarte der medlenburger Hof Bedenken und Bedingungen, die nicht so leicht zu überwinden waren. Teils war man gegen die Heirat, weil Herzog Gotthard kein geborener Fürst sei, teils wünschte man, da seine Herrschaft keineswegs hinreichend gesichert erschien, die Sicherstellung des Heiratsgutes in Deutschland. Bedeutungsvoller waren die politischen Gegenstände. Herzog Johann Albrecht war von großem Ehrgeiz erfüllt, seinem Hause sollten weite Teile der Ostseeküste erworben werden. In diesen Zusammenhang gehören die Aspirationen auf das Erzbistum Riga und die Hoffnung, die tief gesunkenen Verhältnisse im Herzogtum Preußen zur Erwinnung der Vormundschaft über Herzog Albrechts Sohn und wenn irgend möglich, der Nachfolge benutzen zu können. Nun verlangte er, als über die Ehe seiner Schwester mit dem Rurländer verhandelt wurde, für sein Haus die Succession in Rurland, falls Gotthards Geschlecht aussterbe. Aber davon wollte man in Polen nichts wissen. Und war nicht am Ende der Herzog von Rurland ein Konkurrent bei den Plänen auf die Erwerbung des Erzbistums Riga? Als daher der inzwischen zum polnischen Feldherrn ernannte Herzog Gotthard in Romno die neu-geordneten Truppen anführte, nahm er die Gelegenheit wahr, dem gleichfalls dort anwesenden Herzog Albrecht von Preußen die Sache nochmals dringend andrängen zu lassen. Aber wenige Wochen später mußte Herzog Gotthard auf königlichen Befehl dem erwähnten Veruche Christoph von Medlenburg auf das Erzbistum Riga mit kriegsräucher Gewalt entgegenzutreten. Anfang August zwang er ihn in Dahlen zur Ergebung und machte ihn zum Gefangenen Polens¹⁾. Man versteht, daß Christophs Verwandte dadurch in ihrer Abneigung gegen den Bewerber um dessen Schwester nur bekräftigt werden konnten. Gegen Ende des Jahres begab sich Herzog Johann Albrecht von Medlenburg mit seiner Gemahlin und mit der Prinzessin Anna nach Königsberg, bald darauf eilte er aber mit seinem Sohne an den königlichen Hof nach Warschau, um dort Christophs Beirerung und die Ersetzung des eigenen Sohnes in den Besitz des säkularisirten Erzbistums zu errichten. Bei beiden Versuchen hatte er keinen Erfolg und da er glaubte, daß auch

¹⁾ *Skirmaszka* a C S 5349 — *Barthold Wenken Sigmundi Augusti Poloniarum regis Epistolas etc.* Lipsiae MDCCIII No CLIX, CLXVI, CC

Herzog Gotthard die Erwerbung des Erzkistens durch das Haus Medlenburg zu vereiteln suchte, so wuchs die Spannung zwischen ihnen noch mehr und das Zustandekommen der Heirat schien demnach ausichtslos, daß schon der Fürst Rodz. will den Versuch machte, die Hand der Prinzessin für sich zu gewinnen; doch sollte es dazu nicht kommen. Herzog Albrecht von Preußen, eifrig darauf bedacht, die Heirat Gotthards mit Anna zu Stande zu bringen, entsandte Friedrich von Ramin mit eiliger Vortschaft nach Rurland: liege dem Herzoge an der Heirat, so möge er ungekäumt selbst nach Königsberg kommen. Das tat zwar Herzog Gotthard nicht, er war noch nicht sicher, daß man „ihn in seinen Schimpf führen wolle“. Er schickte aber seinen vertrauten Rat Salomon Henning in die preußische Hauptstadt, um die Stimmung der medlenburgischen Fürstlichkeiten zu sondieren und sie für den Plan zu gewinnen. Er hatte, obwohl es an Intriguen und Verdächtigungen der Person Gotthards, so besonders von seiten des Herzogs Magnus von Holstein, nicht fehlte, Erfolg; schon am 3. März 1564 konnte Herzog Gotthard zu etwa dreiwöchentlichem Aufenthalte in Königsberg antreffen und währenddessen hat die Verlobung des Herzogs mit der Prinzessin, der er bei persönlicher Bekanntschaft gefallen hatte, stattgefunden. „E. F. W. — so schrieb die Hofmeisterin der Prinzessin bald darauf an den fürstlichen Bräutigam — haben betrübte Leute hinter sich gelassen und ihnen das Herze gestohlen.“ Aber als die Prinzessin mit den Ihrigen wieder nach Medlenburg zurückgekehrt war, da zeigte es sich, daß die Familie der Prinzessin ihre Bedenken durchaus noch nicht ausgegeben hatte, und die Bemühungen des Königs Sigismund August, der im September 1564 die Werbung in Dobbesau durch eine Gesandtschaft erneuern ließ, Herzog Albrechts von Preußen und des treuergebenen holländischen Rates Michael Brunnow, der selbst an die Höfe der medlenburgischen und brandenburgischen Fürsten alle, hatten zunächst geringe Resultate; namentlich machte die Forderung, Gotthard möge für die künftige Gemahlin irgendwo in Deutschland 40000 Gulden „für alle Fälle“ deponieren, große Schwierigkeiten, weil der Herzog sich in sehr üblen Geldverhältnissen befand. Erst als im Jahre 1565 Gotthard nach der Einnahme Pernau die fürstlichen Insignien erlangt hatte, als der König Sigismund seine Bemühungen eifrig fortsetzte und Johann Albrecht von Medlenburg wohl selbst erschienen mußte, daß Gotthard seinen Plänen auf Niga nicht entgegen-

arbeit, erschienen die Bedenken beseitigt zu Michaelis 1565 kam die vorläufige Eheverbindung in Königsberg zu Stande. Zur Versicherung der Morgengabe sollte Gotthard seiner Gemahlin die Ämter Mitau, Reuenburg und zum Kadelgelde Grenzhof verzeichnen und Morgengabe und Leibgedinge in Deutschland sicher stellen. Doch von letzterer Forderung stand Johann Albrecht schließlich auf Wunsch des polnischen Königs ab und so konnte, nachdem mecklenburgische und preussische Kommissarien die genannten Güter in Kurland besichtigt hatten, der Termin zur Hochzeit auf den 21. Februar 1566 angesetzt werden. Schon sollte mit einem Gefolge von 200 Mann der Aufbruch nach Königsberg stattfinden, als freundliche Bewegungen der Schweden bei Bernau den Herzog bewogen, einen Aufschub der Hochzeit auf den 3., dann den 10. März in Königsberg zu ertitten. Aber da auch dieser Termin von ihm nicht eingehalten werden konnte, so fand die Trauung des fürstlichen Paares erst am 11. März statt. Fünf Tage später traf der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg in Königsberg ein und nach mannigfachen Festlichkeiten und der endgültigen Feststellung des Ehevertrages, der u. a. der Herzogin das Schloß Mitau und andere Ämter als Witwenfug ausicherte¹⁾, brachen am 21. März die Reuermählten, von dem Herzoge Johann Albrecht bis Rempel geleitet, auf. Hier hat Herzog Gotthard am 24. März 1566 eigenhändig dem Schwager eine Urkunde ausgestellt, in der er versprach in Polen dafür zu wirken, daß im Falle der Kinderlosigkeit seiner Ehe die Succession in Kurland dem Herzoge Johann Albrecht oder seinen Erben zufalle und ferner, daß das Erzstift Riga letzterem eingeräumt werde. Aber keines von diesen beiden Zielen sollte Johann Albrecht erreichen. Für seinen Schwager aber hat die nahe Familienverbindung mit ihm die Folge gehabt, daß König Sigismund August auch ihm zeitweilig mit großem Mißtrauen gegenüberstand, als er den Plänen Johann Albrechts auf Preußen zuneigend und erbitert entgegentrat. — In Waldingen wurden die Reuermählten von der kurländischen Ritterschast und vom Herzoge Magnus, der aus Polen herbageroll war, festlich empfangen und am 28. Mai hielten sie ihren Einzug in Riga. Die neue Herzogin ist ihrem Gemahle eine vortreffliche Gattin, dem Lande eine fromme

¹⁾ Jürgenshorn § 654, vgl. E. Urbaniow in den Sitzungsberichten der Russ. Gesellschaft 1897.

und sorgsame Fürstin geworden. Von den Kindern, die sie dem Herzog schenkte, sind zwei Söhne, die späteren Herzöge Friedrich und Wilhelm, und zwei Töchter am Leben geblieben. Die Prinzessin Anna heiratete später den katholischen Herzog Johann Albert von Radziwiłł, die jüngste Tochter Elisabeth den Herzog Adam Wenzel von Teschen.

War so die Dynastie begründet, waren die Grundlagen des staatlichen Lebens in den allgemeinsten Umrissen gezogen, so hatte der Herzog doch mit manchen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, die sich im Lande selbst an ihn herandrängten und die für ihn gefährlicher waren, als etwa die Proteste, die der Deutschmeister in Mergentheim, Wolfgang Schuppar, gen. Wilsching, gegen die Säkularisierung des Ordenslandes in Altlivland verlautbarte. Nicht alle Untertanen des Herzogs konnten sich darin finden, daß er, einst demselben Stande wie sie entsprungen, nun ihr Herr sein solle, keiner aber hat Herzog Gotthard mit seinem Widerstande so viel zu schaffen gemacht wie Thieß von der Rede, der ehemalige Komtur von Doblen¹⁾.

Thieß von der Rede, der Sproß eines alten westfälischen Geschlechts, war früh in den livländischen Zweig des deutschen Ordens getreten und hatte es hier auf der Stufenleiter der Ämter bis zum Komtur von Doblen gebracht, als die livländische Katastrophe hereinbrach. Für die kräftige Unterstützung, die er dem Orden im Kampfe gegen innere und äußere Feinde in mannigfacher Weise geleistet, wurde ihm 1559 vom Ordensmeister Fürstenberg, dessen Koadjutor Gotthard Kettler und allen Gebietigern versprochen, „daß er das Gebiet Doblen, mit allem Zubehör, sein Leben lang — die Sachen in Livland trügen sich zu, wie sie wollen, — haben und besitzen solle“. Als Kettler dann den Sturz Fürstenbergs betrieb, erklärte sich Rede für ihn und als Lohn dafür gelobte der neue Ordensmeister am 10. April 1560, daß, falls er selbst Herr von ganz Livland bliebe, Rede die ganze Komturei Doblen erblich behalten solle. Es handelte sich um die reichen Gebiete von Doblen, um den Hof zum Berge und den Hof zur Auye. Man sieht also, daß in dieser Versprechung Kettler, den der Gang der Ereignisse mit Recht vorsichtig machte, sich einer Klausel bediente, die der Beschreibung des Jahres 1559 gefehlt hatte. Damit

¹⁾ Th. Schieman. Charakterköpfe und Sittenbilder S. 31 ff. Hier ist auch die ältere Literatur bezeichnet.

war der Anlaß zu einem Streite gegeben, der alsbald ausbrach, nachdem Gotthard Kettler Herzog von Curland geworden war. Der Herzog verlangte, daß Kede, dem er für 4 $\frac{1}{2}$ Tausend Mr. Töhlen übergeben hatte, sich ihm gleich den anderen bisherigen Gliedern des Ordens als Untertan unterwerfe und wolle ihm, da er selbst nur Curland und nicht ganz Livland erworben habe, auch nur einen Theil der Komturei Doblen dauernd einräumen. Kede glaubte aber mehr zu erreichen, wenn er direkt dem polnischen Könige den Vorschlag machte. Er nahm Sigismund August diesen entgegen, aber er lehnte auch Kettler ausdrücklich mit Doblen. Thierß von der Kede, der als Sechzigjähriger eben durch die Heirat mit Sophie von Firds sich den häuslichen Herd begründet hatte, verweigerte aber im Vertrauen auf Polen die Huldigung; ein kleiner Dynast für sich, will er nicht unter, sondern neben Kettler stehen, direkt ein Lehnsmann des polnischen Königs. Es kommt zu Verhandlungen und Sigismund August verbietet dem Herzoge jede Verrathheit; eine polnische Kommission wiederholt dieses Verbot und den Bemühungen Kedes geizt es sogar, den König dahin zu bewegen, vom Herzoge in dieser Sache überhaupt keine Erlöse mehr entgegenzunehmen. So entschloß sich Gotthard zur Gewalt. Es wurde riethbar, daß Kede eine Reise nach Westfalen plante, und daß ihm von Polen schon ein Geleitsbrief zugegangen war. Unter dem Vorwande, daß er den Herzog nicht um Erlaubnis zur Reise gebeten habe, ließ ihn dieser am Abend des 23. August 1566, als er auf der Fahrt mit seiner Gattin auf dem Hof Kru'ch'ala nachgehen wollte, durch Leute seines Hofgeschickes überfallen. Engelbert von der Lippe, Jürgen Biringhof und andere erledigten sich ihres Auftrages mit großer Rohheit, & Leute vom Gefolge Kedes löstete der Überfall das Leben und seine Gattin selbst geriet in große Gefahr. Am anderen Morgen wurde Kede, der die Nacht mit den Seinen in einem Bauernhause hatte verbringen müssen, zum Gefangenen des Herzogs erklärt und zur Auslieferung Töhlens aufgefordert, aber er weigerte sich es zu tun und blieb, nach Orunhof und in der Folge nach Mittau gebracht, bei seiner Vergerung. Erst als Doblen durch herzogliche Truppen belagert wurde und Gotthards Leute drohten, wenn die Burg gefallen sei, alle Einwohner hängen zu lassen, gab Thierß von der Kede nach, ein Vergleich sicherte ihm die Freiheit und Schloß und Gebiet Reuenburg als herzogliches Lehen zu. Aber kaum war er frei, so protestierte er gegen den erzwungenen

Vertrag und erste Klagen an den polnischen Hof. In der That gelang es ihm die Einsetzung eines königlichen Gerichtes zu Knischna zu erwirken, das ihm Doblen auch wieder zusprach. Der Herzog aber ignorierte den Schiedsspruch und konnte das um so mehr, als die Stimmung im Lande durchweg gegen Rede war, dem man es vorwarf, daß er mehr als seine Standesgenossen werden, daß er selbst „eine Obrigkeit“ sein wolle. Hatte schon der Februarlandtag des Jahres 1567 für den Herzog Stellung genommen, so faßte die Landesversammlung am 6. Mai 1568 einen direkt gegen Rede gerichteten Beschluß, sie tadelte seine „Hartnäckigkeit und seinen Unfug“, beschloß solche dem polnischen Könige vorzutragen und um Schutz des herzoglichen Ansehens zu ersuchen. Doch hat sich die Sache bei wechselndem Erfolge der beiderseitigen Bemühungen in Polen noch durch mehrere Jahre hingezogen und selbst an gewaltthamen Einfällen und Plünderungen Redes auf herzoglichen Gebieten hat es nicht gefehlt. Noch 1571 weigert er sich, auf einem Gerichtstage in Mitau zu erscheinen, erst drei Jahre später entschließt er sich nachzugeben und in der Sorge um Weib und Kind bequemt sich der alte Mann durch seinen Schwager, den bewährten herzoglichen Rat Jürgen Firds, Verhandlungen anzuknüpfen und am 18. Februar 1576 zu Riga einen Vertrag abzuschließen; er verzichtet auf Doblen und erhält Neuenburg, er selbst wurde nicht herzoglicher Unterthan, sondern blieb Zeit seines Lebens unmittelbarer Vasall des Königs, aber seine Nachkommen sollen nichts von den anderen Gliedern der Ritterschaft voraushaben; so schloß der jahrelange und wichtige Streit prinzipiell mit einem Siege des Herzogs.

Noch während dieser Kämpfe und Sorgen hatte Gotthard Zeit gefunden seine Fürsorge mit Erfolg einem Werke zuzuwenden, das dazu geeignet war, mehr als ein anderes seinem Namen im Lande ein dauerndes Gedächtnis zu sichern, dem segensreichen Werke der Kirchenreformation¹⁾.

Gotthard Kettler war in jüngeren Jahren mit dem letzten der

¹⁾ Paul Elshorn. *Reformatio gentis letticae und Historia letticae* Neu-
drucke im Script. rer. Liv. II. — Silomon Hennings wahrhaftiger und bestän-
diger Bericht u. rer. Liv. II. — Kallmeyer: Die Begründung der evang.-luth.
Kirche in Curland in Mittel. VI., 1—224 — Kallmeyer und Dr. G. Otto:
Die evangel. Kirchen und Prediger Curlands. — J. Dalton: Serialisationsgeschichte
der evang.-luth. Kirche in Rußland, S. 186 ff

Seraphim, Geschichte III.

noch lebenden großen Männer des Reformationszeitalters, mit Philipp Melanchthon, wohl i. J. 1556, in Wittenberg auf einer Reise bekannt geworden und der Eindruck dieser Persönlichkeit, „von Geschicklichkeit unaussprechlich“, wie er sie selbst nannte, war ein dauernder geblieben. Seitdem haben ihn reformatorische Gedanken nicht verlassen, aber erst, nachdem er Herzog von Kurland geworden war, hat er sie zur Tat werden lassen können, hierin und in seinem Interesse für theologische und kirchliche Fragen seinem einstmaligen Amtsgenossen im preussischen Ordenslande, dem Herzog Albrecht, nicht unähnlich. Als er die „alberne und verkehrte Ordensregel“ aufgab und das Herzogtum gründete, war dieses im wesentlichen schon protestantisch, wenigstens seinem äußeren Aussehen nach, tatsächlich aber waren die kirchlichen Verhältnisse dermaßen verworren, daß von einem kirchlichen Leben überhaupt nicht gut geredet werden konnte. Hier bot sich nun der Tätigkeit auf dem Gebiete geistiger und sittlicher Bildung eine ebenso bringliche wie dankbare Aufgabe.

Die katholische Zeit hatte für die christliche Entwicklung des Landvolks wenig getan und sich mit dem äußeren Gehorsam in der Hauptsache begnügt. Schon in der Mitte des XVI. Jahrhunderts erklang in den Tagen des Zusammenbruchs die Klage:

„Dieß Land den Deutschen gegeben ist
Schier vor vierhundert Jahren,
Daß sie Dein Namen, Herr Jesu Christ,
Die Heiden sollten lehren
Sie aber haben gesucht vielmehr
Ihr eigen Ruh, Lust und Ehr,
Deiner wenig geachtet.“

Und ein alter Grimm spruch denselben Gedanken aus:

„Du armer Curischer Bauer,
Dein Leben wird Dir saur,
Du steigst auf den Baum,
Und haust Dir Sattel und Baum
Du gibst den Pfaffen auch ihre Pflicht
Und weisst von Gottes Wort doch nicht.“

Kaum war es in dem halben Jahrhundert, das seit dem Aufstreten der lutherischen Lehre vergangen war, viel anders geworden. Noch war das Volk tief im Aberglauben und in den Erinnerungen an die heidnische Zeit befangen, und erst der Arbeit mancher Generationen ist es gelungen hierin Wandel zu schaffen, und die Verehrung der Haus-, Feld- und Waldgötter, sowie überhaupt den ganzen alten Naturdienst

zu beseitigen, der in manchen „schandlosen, abscheulichen“ Festen zu Tage trat. So war im Herbst von Michaelis bis Allerheiligen „die gottlose Superstition der Seelengastmähle und was der heuchelichen Opinion mehr ist“ üblich, „wenn sie alle Montage Speise Opfere ihren Verstorbenen Vorvätern, Freunden und Verwandten schlachten, gekochte Speisen neben ihrem Getränke fürsetzen, und auf Allerheiligen die Seele reinigen, Baden und Waschen“. Ein ähnliches Fest wurde im Dezember nächstlicher Weise „mit tanzen, springen, singen und grausamen Weisern, auch freßen und saufen“ begangen. Trotz der geringen religiösen Förderung, welche der Katholizismus den Bauern hatte angedeihen lassen, waren sie ihm sehr anhänglich und mit dem Tausch, den ihnen die Reformation brachte, keineswegs zufrieden, sie vermißten die vielen Feiertage der katholischen Kirche und die manchen Vorrechte, die mit der Abhängigkeit von einer geistlichen Obrigkeit früher verbunden gewesen waren, und empfanden die Forderung der sittlichen und religiösen Arbeit an der eigenen Persönlichkeit lästig im Vergleich mit der alten Zeit, die sich mit äußerem Gehorsam und toter Werkheiligkeit zufrieden gegeben hatte.

Die Männer, die seit der Reformation als lutherische Prediger auf dem Lande wirken sollten, waren an Zahl gering und die wenigen keineswegs alle dem Amt gewachsen gewesen. Noch 1570 mußte der Landtag tabelnd bemerken, daß es noch Leute unter den Predigern gebe, „denen nicht Menschen, sondern Sauen zu weiden sollen vertraut und befohlen werden, sogar nicht dieselbigen ihrer Vocation und seines befohlenen Amtes mit fleißigen studiren, predigen, beten, Besuchung der Kranken wahrnehmen, vielmehr sich auf andere Gewerb- und Handthierung, Rauffchlagen, Krügen, ja Freßen, Sausen, Unzucht, und was des unflätigen unordentlichen Lebens, auch anderer Leichfertigkeiten mehr ist, gänzlich und öffentlich begeben“. Wenig verbreitet war unter ihnen die Kenntnis der lettischen Sprache und in der Not hatte man Letten als Prediger angestellt, denen wieder die wissenschaftliche Bildung ganz mangelte.

Der Bau von Kirchen und Schulen und die Sicherstellung der Diener der Kirche vor der Noth des Lebens waren stark vernachlässigt und dadurch die äußeren Bedingungen eines kirchlichen Gemeindelebens sehr verkümmert worden. In all diesen Richtungen mußte die Tatkraft Herzog Gotthards vorgehen und Abhülfe schaffen. Wie es

ihm nun überhaupt nicht an tüchtigen Mitarbeitern gefehlt, wie er Männer von bedeutenden Fähigkeiten, einen Jost Glodt, Lukas Hübner, Laurentius Müller, Thomas Horner und Wilhelm von Effern als Räte zur Seite gehabt hat, so war es von segensreichen Folgen, daß ihm in der Arbeit für die Kirchenreformation Salomon Henning fördernd beigestanden und sich als treuer und energischer Vollstrecker seiner Absichten bewährt hat.

Salomon Henning war 1528 zu Weimar in Thüringen als Sohn einfacher Eltern geboren worden und nach beendetem Universitätsstudium durch Vermittlung des damaligen Ordensschaffners Gotthard Kettler, dessen persönliche Bekanntschaft er gemacht hatte, 1553 in die Dienste des livländischen Ordens getreten. Bald gelangte der gewandte, geschmeidige Mann bei seinem neuen Vönnern zu einer einflussreichen Vertrauensstellung und zu einem Ansehen, das sich mit dem weiteren Steigen Kettlers hob. In den Jahren der Auflösung des Ordens ist er zu mancher wichtigen diplomatischen Mission und Verhandlung benutzt worden und als Lohn seiner Mühen wurden ihm damals die Wahrensichen Güter von Kettler verliehen. Es war nahelegend, daß er, als Kettler Herzog von Kurland geworden war, dessen Rat wurde. Als solcher hat er die Eheverhandlung des Herzogs vermittelt und oft mit auswärtigen Mächten verhandelt, aber am unmittelbarsten und dauerndsten bleibt sein Name mit der kirchenreformatorischen Tätigkeit seines Herrn verbunden¹⁾.

Schon sehr früh, wahrscheinlich schon 1563, hatte der Superintendent und litauische Stadtprediger Mag. Stephan Bülow von Gotthard den Auftrag erhalten, zum Zwecke der Feststellung des damaligen kirchlichen und religiösen Zustandes in Kurland, eine Kirchenvisitation abzuhalten. Er tat es und fand dabei die unsertigen oder gar verkommenen Verhältnisse vor, die wir oben auseinander gesetzt haben, und diese Erfahrung drückte ihn so nieder, daß er die Stellung als Superintendent bald aufgab und nach Deutschland heimkehrte, wo er schon 1565 nachweisbar ist²⁾. Er fühlte sich mit den vielen

¹⁾ Vgl. Karl Kirchensgeschichte III, 287—294, der nicht mehr vorhandene) eigene Aufzeichnungen Hennings benutzt hat.

²⁾ Nach einer Mitteilung Herrs v. Arnholms. Danach kann er nicht 1566 von Herzog Gotthard mit der Visitation betraut gewesen sein, wie die gewöhnliche Darstellung erzählt.

Eigenchaften nicht ausgerüstet, die nach seiner Meinung gerade ein kurländischer Superintendent besitzen müsse. Er hatte nur in Mitau, Bauske und Doblen größere Kirchen vorgefunden, in Golbingen, Windau, Ludum, Talsen, Randau und Gabeln nur kleine hölzerne Kapellen. Wenn nun auch hierzu die teils in, teils bei den Ordensschlössern befindlichen Kirchen und manch anderes Gotteshaus kamen, das wohl nur verfallen oder seiner Bestimmung entfremdet war, so war der Mangel an Kirchen doch ein großer und diesen mußte zunächst abgeholfen werden. Wie es scheint, war schon Alexander Koppernitsch Superintendent, als Herzog Gotthard die Landschaft zu einem Landtage nach Riga berief, und hier wurde in Wiederholung eines 1563 zu Stende genommenen Regesses am 28 Februar 1567 ein Beschluß von größter Bedeutung gefaßt. Etwa 70 Kirchen sollten errichtet und bei ihnen Prediger angestellt werden; die Lasten und Kosten nahm der Herzog meist auf sich, doch fiel ein großer Teil von ihnen auch der Ritter- und Landchaft zu. Nach Vorarbeiten Hennings wurden an 27 Orten Semgallens und 43 Kurland's Kirchen in Aussicht genommen und die Errichtung von Schulen und Armenhäusern an mehreren Orten beschlossen. Für den Pastor wurden „Widmen“, die aus einer Wohnung und Ländereien bestanden, vom Gebiete der herzoglichen oder privaten Güter ausgeschieden und für ewige Zeiten für die kirchlichen Zwecke bestimmt. Die Abgaben der Bauern, die in der Schüttung des sog. Kirchenforns oder Geld, bei den Strandbauern aber in Fischen und dergl. bestanden, wurden geregelt und die Fürsorge für ihre Leistung den Hauptleuten aufgetragen. Um alle die gefaßten Beschlüsse ins Werk zu setzen, ernannte der Herzog seine Räte Salomon Herning und Wilhelm von Effern, sowie den Hofprediger Alexander Einhorn zu „Visitatoren und Reformatoren der Kirchen in Kurland und Semgallen“ und diese Männer, die Einsicht und Eifer besonders dazu befähigten, machten sich alsbald ans Werk, aber diese zweite Kirchenvisitation wurde durch mannigfache Dinge, besonders die Überhäufung Hennings mit politischen Geschäften, gehindert und wenn es auch gelang, ihn der Sache zu erhalten, als er um seinen Abschied nachsuchte, so mußte doch der Landtag des Jahres 1568 von neuem die Frage der Visitation erwägen und besonders Maßregeln gegen diejenigen Gutsherrn beschließen, die sich in der Zahlung des Kirchenforns und der kirchlichen Abgaben säumig oder gar widerspenstig zeigten. Man drohte solchen

mit der Eingiehung eines Gefindes, wenn andere Mittel nichts fruchteten. Nun setzte Henning die Visitation mit Eifer fort und 1569 konnte sie als in der Hauptsache als vollendet gelten. Auf dem Rigaer Landtage vom 1570 eritatteten die Visitatoren über ihre Tätigkeit Bericht und legten das „Kirchenbuch“ vor, in dem die rechtliche Stellung der einzelnen Kirchen und die Pflichten der Eingepfarrten aufgezeichnet waren¹⁾. Der Bericht mußte manchen Mißstand rügen, einige Ausbesserer waren bei ihrer Weigerung, die Kirchen zu bauen und die Widmen zu errichten, verharret, und hier, aber auch noch oft in der Folgezeit, war die Anschauung zu Tage getreten, ob die für die kirchlichen Zwecke enteigneten Ländereien doch Befandteile der Güter geblieben seien. So war mancher Prediger dadurch „in Hunger und Kummer“ geraten, aber es war auch offenkundig geworden, daß die Persönlichkeit mancher Prediger, die als „Kranke und Weighalfe“ bezeichnet wurden, keineswegs dazu geeignet war, der von ihnen vertretenen Sache Achtung zu verschaffen. Im Allgemeinen aber konnte man mit dem Erreichten zufrieden sein und richtete nun sein Augenmerk mehr auf dessen Sicherung und Erhaltung. Alexander Einhorn wurde zum Superintendenten ernannt, ihm mit 4 Vätern und Predigern die dauernde Leitung der geistlichen Angelegenheiten übertragen und so der erste Schritt zur Gründung eines Konsistoriums getan, während die laufenden Geschäfte der Kirchenkanzlei besorgen sollte, der die ganze herzogliche Zeit hindurch erscheint. Einhorn erhielt den Auftrag, eine „Kirchenreformation“, zu der Vorarbeiten des Kanzlers Michael Brunnow vorlagen, und eine „Kirchenordnung“ auszuarbeiten, von denen jene mehr die äußere Organisation des Kirchenwesens, diese die Pflichten der Seelsorger und die Lehre betreffen sollte. Nach ihrer Vollendung war eine nochmalige allgemeine Kirchenvisitation in Aussicht genommen, die unter Teilnahme Einhorns und auch Hennings, der von der Arbeitslast erdrückt, vergeblich seinen Abschied begehrte, in der Tat, wenn auch mit jahrelangen Unterbrechungen, stattfand. Die Beschlüsse des Landtages gab der Herzog noch in einem besonderen Edikt bekannt und in dem schon genannten Goththardenschen Privilegium gelobte er nochmals fernerlich den weiteren Ausbau der lutherischen Landeskirche. Einhorn kam seinem Auftrage mit Eifer nach und schon in 3 Monaten

¹⁾ Dr. G. Otto in Ausl. Eipber 1891, Anhang S 37 und 1896 Anhang S 47.

war er mit den Arbeiten fertig, doch erst 1572 erschienen die Kirchenreformation und Kirchenordnung, die sich an bestimmte Muster, besonders die luthische Kirchenordnung Johann Brismanns anlehnte, zu Rostock im Drucke. Beide Gesetze sind, obgleich die beabsichtigte Durchsicht und Auerkennung durch den Landtag nie erfolgt zu sein scheint, für die kirchliche Entwicklung Rurlands von bleibender Bedeutung geworden und, soweit sie durch das Kirchengesetz für die evangelische Kirche in Rußland vom 1882 nicht veraltet sind, zum Teil noch heute von Bedeutung. Ordnete die Kirchenreformation die Fundation der Kirchen und Schulen, die Hospitäler, Armenhäuser und Widmen der Pastoren und sämtlicher Kirchendiener, Vererbung und Unterhalt der Prediger und Küster und ähnliche Fragen, so setzte die Kirchenordnung die Lehre Luthers, wie sie im Katechismus und der Augsburgerischen Konfession vorliegt, als Grundlage des Bekenntnisses fest und wies der Tätigkeit der Seelsorger Richtung und Wege. Doch zeigte sich ein mißlicher und konfessioneller Starrheit abholden Geist in der Empfehlung der 1560 von Peucer zusammengestellten und von Melancthon beantworteten Sammlung von Bekenntnisschriften, in denen vielfach eine dem Calvinismus wohlwollende Stimmung zum Ausdruck kam¹⁾. Wie die Prediger die Gemeinde durch Hausbesuche kennen lernen und fördern sollen so werden ihre Amtsführung und ihr Leben durch Visitationen geprüft. Der Superintendent und die Visitatoren bilden in Ermangelung eines Konsistoriums das geistliche Gericht und der Kreis der Dinge, die vor dieses gehören, ist der damaligen Rechtsauffassung entsprechend möglichst weit gezogen, alle Ehefachen, aber auch Aufsehung gegen Obrigkeit und Eltern, Meineid und falsches Zeugnis u. s. w. gehören vor sein Forum. Gottesdienst und Verteilung der Sakramente, sowie die „Peregrinationen“ finden eingehende Besprechung. Die politischen Verhältnisse und der Tod Alexander Einhorn (1575) brachten die kirchliche Reformarbeit wieder ins Stocken, so daß 1582 auf dem Ratower Landtage abermals eine Visitation beschlossen werden mußte. Henning standen in der Folge als Visitatoren Christian Schröder für Semgallen und der herzogliche Rat Wech für das Gebiet von Danaburg

¹⁾ Dallen l. c. S. 181, meint, daß der strenglutherische Herzog Alwin seinem Hofprediger eine Konzession gemacht habe, doch R. Melancthon selbst ein Verehrer Melancthons gewesen, wie Henning bezeugt.

zur Seite, daneben an Stelle des verstorbenen Superintendenten die Pastoren Pios Boitard zu Goldingen und Balthasar Lembrecht zu Ludum. Sehr bemerkenswert ist die der Visitatoren in ihrer Instruktion auferlegte Pflicht, auf die Reinheit der Lehre der Prediger zu achten. Wir finden hierin eine strengere Ausschließlichkeit in Bezug auf ihre Formulierung, die dem weitherzigen Geist, den noch die Kirchenordnung annah, fremd war. Es steht nicht hinlänglich fest, welcher Einfluß sich darin beim Herzoge geltend gemacht hat, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß die Gegenreformation, die in Holland eben damals mit Hochdruck arbeitete, zu einer konfessionellen Abgeschlossenheit drängte, zu der früher kein Bedürfnis vorhanden gewesen war. Man darf auch nicht vergessen, daß in jenen Jahren auch in anderen deutschen Ländern, so in Kurhessen, das Luthertum gegen die calvinistischen Strömungen in seiner Mitte scharf vorging und daß etwas über ein Jahrzehnt vorher auch im benachbarten und durch die Ähnlichkeit der Geschichte und Kultur nahe verbundenen Herzogtum Preußen nach dem Sturze der Barten Ofsanders ebenfalls die streng lutherische Orthogorie siegreich geblieben war. Gegen die „Schramensschwärmer der Zwangslionen und Kalbiristen“, die sich hin und wieder ausbreitete, richtete der Herzog in der Instruktion drohende Worte. Wer von den Predigern sich nicht schriftlich zum strenglutherischen Abendmahlssakrament bekenne, wie sie in den 10 Artikeln des, übrigens vielfach mißliebig gewordenen, Leipziger Professors Dr. Nicolai Selmecker ausgearbeitet sei, würde aus dem Amt vertrieben werden. Wie hier die trostlose feindselige Abschließung gegen die reformierte Schwesterkirche zu hartem Ausdruck kommt, so empfand es der Herzog bitter, daß 1577 nicht auch ihm die Konfessionsformel zur Unterschrift vorgelegt wurde, in der der Begriff des „reinen Luthertums“ seinen Ausdruck fand, aber er bekannte sich zu ihr und verlangte Gleiches von seinen Predigern. Noch 1584 hat eine Visitator durch Herning festgestellt, die wahrscheinlich für nötig erachtet wurde, weil im Leben der „Archidiaconi“ und Prediger schwere sittliche Schäden zu Tage getreten waren. Den letzteren warf der Herzog in einem an Herning gerichteten Befehle vor, daß sie weltliche Gewerbe trieben, „Jagen, Schießen und Krügerei üben, und in allen Illationen und Tänzen die ersten und besten sein wollten“, daß mancher Prediger auf allen Gesellschaften zur Erheiterung beitrage und sollte er „auch darüber zum Sportvogel werden“.

Allmählich erst ging die Generation unter den Predigern, bei der nicht selten mangelhaftes Verständnis mancher für die Würde ihres Berufs Anlaß zu so strengem Tadel gab, zu Grabe und es kam ein vom Geiste eines Einhorn erfülltes Geschlecht an ihre Stelle, das mit einigen Ausnahmen eine Hierde des Landes geworden ist.

Predigt und Gottesdienst in der Landessprache waren stets Forderungen der Reformation gewesen und, um diesen auch in der Praxis gerecht zu werden, wandte Gotthard seine Fürsorge den Bestrebungen zu, die auf die Beschaffung lettischer Bücher und Druckwerke kirchlichen Inhalts gerichtet waren. Hatte man sich bisher mit Übersetzungen von Katechismus, Bibelstellen und Liedern begnügt, die der einzelne Prediger, so gut er es konnte, verfertigte, und war so von Einheitlichkeit im Gottesdienst nicht die Rede, so erließ der Herzog nun die Aufforderung an geeignete Prediger, Übersetzungen anzufertigen, die durch den Druck veröffentlicht werden könnten. Der lettische Pastor von Doblen, Johann Rivius, machte die ersten größeren Vorarbeiten dazu, starb aber schon früh. Nun setzten die Pastoren Christian Wyle zu Eckau, Balthasar Lembrecht zu Ludum, Gotthard Reimers in Hansle und Joh. Wegmann in Frauenburg sein Werk fort. So konnten 1587 der kleine Katechismus, im folgenden Jahre aber die „Un deutschen Psalmen und geistlichen Lieder oder Gesänge“¹⁾ die sonntäglichen Evangelien und Episteln und die Passionsgeschichte, nach den vier Evangelien erzählt, zu Königsberg in Preußen erscheinen, nachdem die dortige Universität und das samländische Konsistorium ihre Bedenken darüber, ob in Kurland wirklich das reine Luthertum herrsche, hatten fallen lassen.

Sie hatten entstehen können, weil Livland durch Polens gegen-reformatorysche Bestrebungen so viel zu leiden hatte und es zunächst nicht sicher schien, inwieweit sich Kurland dieser zu entziehen im Stande sein werde. Auch mochte es in Königsberg nicht unbemerkt geblieben sein, daß kurz zuvor (am 2. Januar 1586) die Tochter Gotthards, die Prinzessin Anna, einen katholischen polnischen Magnaten, den litauischen Großmarischall Joh. Albert Radziwiłł, geheiratet hatte und nach katholischem Ritus getraut worden war. Und wenn der Herzog auch öffentlich bekannt geben ließ, daß sein Haus durch

¹⁾ Neugedruckt von Dr. H. Oldenstein u. Prof. A. Bezzenberger

diese Ehe der evangelischen Kirche nicht entzogen werden würde, so war es begreiflich, daß in der an konfessionellen Gegensätzen so reichen Zeit die Verbindung mit dem einflußreichen Hause der Radziwiłł, trotz ihrer politischen Vorteile, in protestantischen Kreisen manche Bedenken erwecken mochte.

Die Stellung Gottthards brachte es mit sich, daß er, soweit dies möglich war, als Anwalt der bedrängten Glaubensgenossen im polnischen Livland auftrat, aber viel Erfolg haben seine Bemühungen dabei nicht gehabt. Als König Stephan Bathory 1582 nach Riga kam und die Jakobitkirche den Jesuiten eingeräumt wissen wollte, hat die Gemeinde Herzog Gottthard, der auch in Riga weilte, um Hilfe in der Not ergegangen. Sein Rat ging dahin, vor dem König einen Fiskal zu tun, er selbst wollte für sie reden. Ehe es aber dazu kam, hatten sich die Abgesandten des Rates den drohenden Forderungen des Königs gefügt¹⁾. Als nun dieser gleichzeitig die Errichtung eines katholischen Bistums in Livland plante und den Herzog Gottthard zu einer Äußerung darüber aufforderte, welcher Ort als Sitz des Bischofs am geeignetsten erscheine, da machte dieser seinen Lehnsherrn in entschlossener Überzeugungsstrenge auf die auch von ihm beschworenen Privilegien aufmerksam, die Livland die Herrschaft der evangelischen Kirche zusicherten²⁾. Aber das Verdröben hat er damit nicht aufhalten können. Noch einmal finden wir Herzog Gottthard in Riga's Verwickelung freundschaftlich eingreifend, als sich hier jener verfaßlungsrechtliche Kampf, der mit religiösen Fragen eng verknüpft ist, abspielt, den man als die Kalenderunturben zu bezeichnen pflegt. Er selbst und später seine Gesandten, Barthold Buttker und sein Rat Tiefenhausen haben zwischen Rat und Gemeinde zu vermitteln gesucht, aber ein dauernder Erfolg ist ihnen nicht beschieden gewesen³⁾. Indem der Herzog hierbei aber den dem polnischen Könige verhaßten Führern der Gemeinde, für die er wegen der konfessionellen Färbung der ganzen Bewegung wohl Sympathieen haben mochte, weiter entgegenkam, als der Lehnsherr es wünschte, lag er sich dessen Unzufriedenheit in nicht geringem Maße zu.

¹⁾ Laurentius Müller a. a. S. 63

²⁾ Hennings Bericht n. Script. rer. Liv II. 209.

³⁾ Vgl. D. Tiefenhaus. Herzog Gottthard von Ruckland Friedensvermittlung zwischen Rat und Bürgerchaft der Stadt Riga im Jahre 1584. Mitau 1884 und Ernst Gerapheim, Livländische Geschichte Band 2.

Die äußeren politischen Verwickelungen im Verlaufe der Regierungszeit Herzog Gotthards können, da sie zunächst in den Zusammenhang der livländischen Geschichte gehören, hier nur in aller Kürze Erwähnung finden. Man weiß, daß Gotthard Rittler, als er die livländische Statthalterwürde bekleidete, noch nicht ganz auf den Gedanken verzielt hatte, für sich doch noch ein größeres Gebiet Alt-livlands zu erwerben, als es die Herzogtümer Kurland und Semgallen darstellten; die Ernennung von Chodkewicz zum livländischen Statthalter hat dann diesen Hoffnungen im Jahre 1587 definitiv ein Ende gemacht und seitdem beschränkt sich die Politik des Herzogs auf die Sicherung und Erhaltung des Erworbenen und den Versuch, all die südlich der Düna gelegenen Gebiete auch wirklich dem Herzogtum einzuverleiben. Hatte der Herzog Dünamünde auf dem rechten Düna-ufer, das ihm die Subjektionspaktien zusicherten, schon im März 1562 wieder der polnischen Krone abtreten müssen¹⁾, so hat es auch sonst an territorialen Einbußen nicht gefehlt; besonders ist es die Frage der Festsetzung der kurländisch-litauischen Grenze, die durch die Arbeiten gemischter Kommissionen in den Jahren 1582, 1583 und 1584 eine für das Herzogtum viel ungünstigere Regelung erfuhr, als es die Verträge, die zu Zeiten des Ordens abgeschlossen worden waren, hätten erwarten lassen²⁾. Dagegen glückte es ihm, das Amt Reugut, das das Rigaer Domkapitel in Anspruch nahm, und das der König als dessen Eigentum anerkannte, sich zu erhalten³⁾. Trotz aller Erfahrungen, die der Herzog mit Polen machte und dem Mißtrauen, das er von ihm erfuhr, hat er doch an der einmal für notwendig erklärten Verbindung mit diesem Reiche, soweit unsere Kenntnis reicht, stets rückhaltlos festgehalten und sich entgegengesetzten Anträgen immer versagt. Im Felde und durch Verhandlungen hat er für die Sache seines Lehnsherrn zu wirken gesucht; so hat er 1568 einen sehr gerungen Briefwechsel mit dem Rat der Stadt Reval geführt, als diese eine Reizung versuchte, seiner Aufforderung zu folgen und die schwedische Herrschaft abzuschütteln, um sich der polnischen zu unterwerfen⁴⁾. Als die Erzberräter Johann Laube und Eilherd Kruse im Jahre

¹⁾ Biegenhorn Hist. Nr. 56.

²⁾ Biegenhorn § 348.

³⁾ Menken l. c. Nr. CLXXXIV. Henning l. c. S. 280 ff.

⁴⁾ D. Wiederrich in den Kurland. Sitzungsberichten S. 188.

1560 in Lolland für den Zaren Iwan den Grausamen Anhänger warben und in der Folge seine verhängnisvollen Beziehungen zu Herzog Magnus vermittelten, haben sie sich auch an den kurländischen Hof mit ähnlichen Anerbietungen herangebracht. „Ja, sie haben,“ berichtete Salomon Hennig¹⁾, dessen Chronik für diese Dinge unsere Hauptquelle ist, „bei dem Herzogen zu Ehurland durch allerlei wege, wie dieselben auch haben mügen zum scheinbarlichsten erdacht und gefunden werden, nichts unversucht gelassen, mit anbietungen des ganzen Liefflandes, Ob sie ihnen mit solchen grossen versprechungen möchten betören und in des Moskowitzs stride führen. Es ist aber dem Herzogen, dem des Reussen rath und schwande ziemlich bekannt, un-gelegen gewesen, sondern hat solche schriftliche und überaus statliche anbietunge der Königl. Maz. zugeschickt und die Practicanten keiner antwort gewerbiget, wie dann kein antwort auch ein antwort ist, das er also eben so wohl als andere, und dazu viel eher. König in Lieffland hette werden können. Er hat aber nach solcher Etre nichts gefroget, sondern dieselb einem andern viel lieber, als sich selbst, gütten wollen.“ Als dann in den sechziger Jahren die moskowitischen Heere Livland überflutet, hat auch Kurland sich an dem Kriege gegen sie beteiligen müssen und eine kurländische Abtheilung finden wir in den Kämpfen gelegentlich erwähnt. Schon 1575 beschloß der Landtag²⁾ Bewilligungen für die Landesverteidigung gegen den drohenden Feind. Als im Jahre 1577 Iwan der Grausame in Livland sengend und brennend einbrach, verbreitete sich das Gerücht, er komme auf Einladung Eilhard Kruses und Johann Laubes und in der That hatten diese den Großfürsten, dem sie sich wieder nähern wollten, gefälschte Schreiben in die Hand gespielt, in denen der Kaiser und die Reichsfürsten ihm Livland abtraten. Auch Schreiben Herzog Gottthards, in denen dieser und ausländische Edelleute dem Zaren ihre Huldigung in Aussicht stellten, waren von ihnen gefälscht und mit nachgemachten Siegeln und Unterschriften versehen worden³⁾. Später kam der Betrug zu Tage, aber die doppelgüngigen Verräther verstanden es, sich wieder

¹⁾ Script. rer. Liv. II, Nr. CLXXXIV; Hennig l. c. S. 280 ff.

²⁾ Danges Arch. II

³⁾ Hennings Chronik, Script. rer. Liv. II, pag. 278, Schiemann in Carl Sigber. 1874, S. 32.

aus der Affaire zu ziehen, indem sie erklärten, sie hätten den Zaren hintergangen, um ihn von größeren Rüstungen abzuhalten, also das Beste des Landes im Auge gehabt. Tatsächlich blieb jedenfalls Kurland, wo man gleich wie im Stift Bitten sich zu rüsten nicht unterließ¹⁾, diesmal von den Horden des grausamen Feindes verschont, „da er“, nach Hennigs Bericht²⁾ „des von Ehurland Fürstenthumb, dieseits des Danastroms, nicht auff ein Hun verderbt, oder schaden zugefügt, Obs nun aus andern ursachen verblieben, oder das etliche des Herzogen Unterthanen, vor sich selbst auff Düneburg sprache mit ihnen gehalten, geleit: begert unnd auff abfertigung der Gesanten vertroöstung geihan, ist Gott allein bekant. — Ja welches sonderlich, als ein Memorial unnd Notabel stücklein zu behalten und in Ieme vergeßtheit zu stellen, hat der Großfürst einmal den Herzogen auff sein schreiben geantwortet, Er wollte seines Gottes Ländchens für dißmal verschonen, unnd demselben kein nachtheil oder schaden zufügen lassen. Welchs den Herzogen in seiner großen angst und herzenleide, also gestercket, getröstet, und erigirt, das er für fremden auffgesprungen, unnd gesaget, Ist denn mein Fürstenthumb, wie ich nicht anders wuß und glaube, Gottes Ländchen, So bin ich nun sicher unnd gewiß, das Gott über den seinen werde halten, dem Feind ein gebiß ins Maul legen, und ihme nicht verhängen, das er mich oder die meinen weiter beträbe. Welches, Gott in ewigkeit, also erfolget, und in diesem schweren Juge geschehen. — Er der Herzog war die ganze Zeit über, mit seinem herzlieben Gemahl, auffm Hause Riga, und nicht in geringer gefahr seiner Lande, Leute, Leibes, Lebens, also das sichs leicht, durch Gottes verhängnis und andere zufälle hette zutragen können, das er entweder in des Moskowitzs hand gerathen, oder mit einem weißen Stabe, wenns ihme noch so gut were worden, darvon treten müssen. Da wars für gut angesehen, daß die Herzogin sich mit ihrer beyderseits herzlieben Kindern, Herrn und Frawlein, gen Geldingen weiter ins Land, umb mehrer sicherheit willen begeben solte. Sie war aber mit jungen von ihrem Herrn nicht zureißen, sondern die ganze zeit über so keß und be(h)rziget, das sie andere auch konte trösten, und ihnen ein muth zusprechen, Summa, bei ihrem Herrn wolte sie leben

¹⁾ Geneal. Jahrb. 1893, S. 101.

²⁾ L. a. S. 296.

und sterben.“ Die Kinder des herzoglichen Paares sind aber in der Folge nach Goldingen gebracht worden¹⁾.

Die Erzählung Hennings hat Kurland die Bezeichnung als Gottesläubchen verschafft, die der Kurländer noch heute gern anwendet, aber es mag dahingestellt bleiben, in wie weit sie den Tatsachen entspricht. An sich liegt es nahe, daß sie ihren Ursprung in dem panegyrischen Charakter des Schriftstellers hat, der die Verdienste seines verehrten herzoglichen Freundes und Gönners um das Kirchenwesen nicht besser hervorheben konnte, als wenn er selbst dem grausamen Feinde Worte ehrender Anerkennung dafür in den Mund legte. Weder entspricht der Vorgang der bekannten Art des Feindes, noch der Tatsache, daß der Herzog als polnischer Vasall sich seinerseits dem Kampfe gegen Moskau gar nicht entziehen und demgemäß vom Großfürsten keine besondere Schonung erwarten konnte. Wenn dieser Kurland in Ruhe ließ, so geschah es wohl vielmehr, weil es ihn nach Wenden zog, daß ja auch bald von ihm belagert wurde, oder weil er auf Grund jener gefälschten Briefe noch immer hoffte, der Herzog im Grunde schon sicher zu sein. Jedenfalls schreibt die Herzogin Anna im Juli 1578 an den Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg, der Feind habe „diesen Winter und Sommer (1578) das Herzogthum Kurland an einem Striche im Grund verheeret und an dem armen Volke große Tyranney verbrocht“. Damit war die Bitte verbunden, er möge, gleich wie der Administrator Preußens, Markgraf Georg Friedrich, geholfen habe, auch seinerseits „mit explicitem Kriegesvolke, geschütz, Kraut und Lott nach möglichkeit und eigenem Wohlgefallen zu Hilff und Entsch kommen“. Noch am Ende des Jahres richtet die Herzogin die Bitte nach Berlin, für den moskowitischen Krieg 5000 Taler zu senden²⁾. Während dieses Jahres vollzieht sich auch der Abfall des Königs Magnus von Livland von seinem moskowitischen Protektor und Herzog Gotthard vermittelt durch seinen Kanzler Michael Brunnow des „Königs“ Anschluß an Polen. Als dann zu Beginn des folgenden Jahres der Statthalter Christoph Radzwill in das von den Russen okkupierte Städt Dorpat einfällt und

¹⁾ *Genealog. Jahrb.* 1893, S. 101. (S. Arbulow's Nachrichten über Thomas Cardinal)

²⁾ *W. Seraphim im Riger Sitzungsber.* 1894, S. 41.

dabei das feste Haus Kurempä in Asche sinkt, da sind es auch kurländische Truppen unter Jürgen Buttler, die an diesem Streifzuge teilnehmen. Im Jahre 1579 erschienen die Russen, während der Herzog ins Feldlager zu Dissna geeilt war, um dort von König Stephan Bathory die Investitur zu erhalten, wieder in den Grenzen des Herzogthums Kurland, eine bei Reugut liegende Abtheilung wurde von ihnen überfallen. „Am 27. Juli sind ein Haufen Russen und Tataren im Stift Riga, zwischen Rokenhusen und Lennwardt, über die Duna bei Nachtzeit nach Kurland eingefallen, haben das kurländische Lager überraschet und über 60 Mann von Junkern und Knechten erschlagen und gefangen genommen. Diesen Spott haben sie von den Moskowiter müssen leiden, dieweil sie ganz sicher gewesen sind und keine gute Wache gehalten und alle Handschaft und gute Warnung nichts geachtet haben.“ Auch wurden „etliche (vom Feinde) gefenglich weggeführt, die er in der Pleßkau für die Köpfe geschlagen und erlauffen laßen“¹⁾.

In den nächsten Jahren hat zwar Iwan Livland räumen müssen und die polnischen Scharen bringen auf der ganzen Linie vor; unter den Truppen, die 1580 ins Dörptsche einfallen, begegnen uns abermals die Kurländer unter Barthold Buttlar, schon streifen sie bis nach Reuhansen an die russische Grenze. Bald wurde diese von den Polen unter dem Oberbefehle des Großkanzlers Joh Jamoiski überschritten und eine Reihe wichtiger Plätze genommen²⁾. Dann aber fand man bei Pleßkau und beim Kloster Petschur, das die Mönche tapfer verteidigten, kräftigen Widerstand. Bei der Belagerung Petschurs fielen mehrere junge Kriegerleute aus altem Geschlechte, unter diesen auch Wilhelm Kettler, Herr auf Resselrath und Amboten, ein Neffe des Herzogs, in die Gefangenschaft der Mönche. Im Eifer des Kampfes hatten sie einen Turm erstiegen, als die Reiter hinter ihnen zusammenbrach. Aber schon bald wurden sie durch einen Bauern in wunderbarer Weise nach den Worten des Chronisten „über alle menschliche Vernunft gleichs dem Apostel Petro“ wieder befreit. Am 15. Januar

¹⁾ Balthasar Russows Chronik in Script. rer. Liv. II pag 187 und Henning l. c. S. 275, 276.

²⁾ Für viele Dinge Laurentius Müller's Polnische, Livländische, Moskowitische, Schwedische und andere Historien. Leipzig 1603. S. 52 ff

³⁾ Henning l. c. S. 277

1582 machte der Friede, der unter Vermittlung des bekannten, für die Segentransformation des europäischen Nordostens so bedeutungsvollen, päpstlichen Legaten Antonio Possevino zwischen Kossau und Polen bei Bapolye zu Stande kam, dem Kriege ein Ende und auch Kurland ging für eine Reihe von Jahren ruhigeren Zuständen entgegen. Dankbaren Herzens ordnete der Herzog an, daß der Tag des Friedensschlusses alljährlich durch eine kirchliche Feier begangen werden solle und der zur Auslegung bestimmte Text des Friedensfestes (Luc. 13) gab dem Gedanken Ausdruck, daß Kurland ohne eigenes Verdienst nur durch Gottes Gnade in den Wirren der letzten Jahre ein günstigeres Los zugefallen war, als dem litauischen Nachbarlande.

Wenn es nun auch Friede im Lande geworden war, so hat es doch an Bedrohung desselben nicht gefehlt und nicht lange dauerte es, so halfte das Stift Bilten wirklich vom R'ang der Kassen wider Wir müssen auf diese Dinge etwas genauer eingehen und können uns dabei glücklich schätzen, in den Historien des Laurentius Müller¹⁾ eine gute Quelle zu besitzen, deren Wert um so größer ist, als ihr Verfasser als kurländischer Hofrat den Gang dieser Ereignisse auf das eingehendste verfolgen konnte und an ihrer Entwicklung selbst teilgenommen hat. Zunächst freilich greifen wir etwas weiter zurück.

Als Herzog Magnus²⁾ jenen für ihn so verhängnisvollen Entschluß, sich dem Harn Iwan in die Arme zu werfen, ausführte, war der litauische Statthalter Johann Choblenowicz nach Bilten aufgebrochen, um dieses Gebiet zu besetzen, und nur die Interzession des kurländischen Herzogs, der ja Bilten als sein, ihm nur vorenthaltetes Eigentum ansah, hatte dem Ländchen die Okkupation durch polnische Truppen erspart. In Abwesenheit von Magnus hatten dann die von ihm hinterlassenen säklichen Räte und Regenten den herzoglich kurländischen Abgeordneten zu Bilten das feierliche Gelöbniß geleistet, das Stift niemand anders, als dem Herzoge von Kurland und seinen

¹⁾ Kede und Kapierich's Schriftstellerlexikon III. 237 Ich habe die Historien des Laurentius Müller in der Ausgabe von 1606 benutzt, die älteste ist von 1585. Die Erlangte Doktorpromotion von Konstantin v. Kuznetsovskii (1908) über Marggraf Georg Friedrich und das Stift Bilten ist mir leider noch nicht zugänglich gewesen, doch verdanke ich der Güte des Herrn Verfassers briefliche Mitteilungen über die Ergebnisse seiner Arbeit.

²⁾ Henning I c. 6. 279 ff

Erben zu unterwerfen und auf freiem Felde bei der bsländischen Kirche hatte die gesamte stiftliche Landschaft diesen Beschluß gutgeheißen. Als dann Magnus wieder vom Thron abgefallen war, hatte, wie schon erzählt, der kurländische Herzog seine Versöhnung mit Polen zu Stande gebracht und jener war wieder als polnischer Vasall Herr Piltens geworden. Von der Regententätigkeit Herzog Magnus im piltenschen Kreise ist wenig überliefert, wir wissen von einigen Schenkungen, die er der Stadt Piltten machte und daß er ihr den Gebrauch des rigischen Rechtes 1570 zusicherte¹⁾. Die politischen Wirren, in die der unkluge und unbesonnene Mann immer wieder geriet, hatten zur Folge, daß fast alle Stiftsgüter verpfändet und veräußert wurden und nicht selten die bittere Noth an die Thore des Schlosses zu Piltten klopfte. Als er seine Augen schloß, nannte er nur noch die Ämter Piltten, Hasenpott, Ermahlen und Neuhausen sein eigen²⁾. Gotthard aber entsagte seinen Ansprüchen auf Piltten keineswegs, vielmehr ließ er sie sich 1579 von Stephan Bathory ausdrücklich wieder bestätigen und Herzog Magnus selbst, dem seine Gattin nur eine Tochter geboren hatte, nahm zu Mitau den ältesten Sohn Herzog Gotthards, den jungen Prinzen Friedrich, zum Sohne und Nachfolger im Stifte an³⁾. Aber als Herzog Magnus am 18. März 1583 starb, entwickelten sich die Dinge ganz anders, als der Herzog von Kurland es wünschte⁴⁾.

Gleich nach dem Hinscheiden des Herzogs entsandten die piltenschen Landsassen Johann von Behr, der auf einer Reise nach Deutschland begriffen war, mit dringender Botschaft zum König Friedrich II. von Dänemark, dem Bruder des Verstorbenen, und baten ihn das Stift unter seine Botmäßigkeit und in seinen Schutz zu nehmen; obwohl Magnus Piltten als polnischer Vasall beiseßen hatte und somit Polens Anspruch aufs Stift nicht leicht in Abrede zu stellen war, so

¹⁾ Richter: Geschichte der Ostseeprovinzen II. III. S. 10.

²⁾ „Inventarium über das Stift Piltten, welches Anno 1585 ist aufgerichtet worden“ Copia vidim. vom 26 Aug. 1615 im Königsberger Staatsarchiv. Das Orig. vermutlich in Mitau.

³⁾ Die Chronologie dieser Ereignisse bei Hennung ist eine recht unklare, Gebhardts Angaben, S. 25 sind ungenau.

⁴⁾ Fürs Folgende: Laurentius Müller Historien a. a. O. — Mittheilungen aus der Livl. Gesch. III. 343, 352. Hennings Chronik S. 280ff.

Scrapsim, Geschichte III.

moßte man doch in Wilten von einer Unterwerfung unter Polen umsonstiger etwas wissen, als eben in den letzten Jahren die Landsleute nördlich der Däna es deutlich zu spüren bekommen hatten, wie wenig Polen sich in seinen gegenreformatorischen und polonisierenden Bestrebungen um feierlich verbrieft Privilegien kümmerte. Allgemein war unter der stiftlichen Mitterschaft der Glaube verbreitet, daß die in Polen wogebender Zehnten ihr Auge auf Wilten geworfen hätten und das einst katholische Pändchen wieder dem protestantischen Bekenntnisse zu entfremden beabsichtigten. „Wer nicht will Zeumkern sein, der wird seiner Güter beraubt, ungeachtet mit wie statlichen Rechten er auch dazu befugt“ schreibt Joh. von Pehr (17. Septbr. 1584) an den Dänischen König. Und diese Sorgen und Befürchtungen hielten die Stiftlichen auch vor einer Unterwerfung unter den ausländischen Herrscher zurück, schien er doch in dieser Hinsicht nicht die Sicherheit wie das dänische Königreich bieten zu können. Und in Dänemark mußte man diesen Kläuscher doch Verständnis entgegenbringen. Seit dem Stettiner Frieden (1570) besaß die dänische Krone bereits die Insel Oesel, und jede territoriale Vergrößerung auf dem Boden Mitteleuropas konnte ihr nur willkommen sein. Warum sollte sie hinter Polen und Schweden dauernd zurückbleiben die so ungleich reichere Beute davongetragen hatten, als der Bau Mitteleuropas in Trümmer ging?

Zunächst suchte man in Wilten den Eintritt des Herzog Magnus zu verheimlichen und als der polnische Statthalter in Lwland einen Boten nach Wilten abfertigte, um sich nach der Sachlage zu erkundigen, erzählte man ihm, der Herzog sei zu krank, um ihn zu empfangen; bei der Tafel tranken die Gäste dem Befehlten sogar ihres Herrn Gesundheit zu. Aber auf die Dauer ließ sich der wahre Sachverhalt nicht verschweigen. „Summa, es ward je länger, je mehr rächtbar, Wer tod ist, der bleibet wol todt.“

Daher entsandte Hadzimeil, der auch die litauischen Pfandkämmer des Verstorbenen (Kasztel, Helmet, Erbes, Rujen) hatte einnehmen lassen, Thomas von Umdden und den Marschall Severin Sallesky nach Wilten, um die Massen des Erbes für Polen in Geld und Pflicht zu nehmen. Aber diese lehnten die Aufforderung dazu ab, da sie auf dänische Hilfe vertrauten. Denn in der That hatte der dänische König Johann von Pehr und mit ihm Matthias von Lubbe mit einigem Geschick nach Wilten abgefertigt und seine Unterstützung zu-

gesagt. Auch eine zweite Gesandtschaft Radziwiłłs an die Stiftischen hatte keinen Erfolg und wenn die jener zugeordneten herzoglichen Räte Salomon Henning und Lucas Huebner die Aufgabe gehabt haben, einen Anschluß an Kurland zu betreiben, was freilich nicht ganz sicher ist, so ist auch ihre Mühe eine vergebliche gewesen¹⁾.

So entschloß sich Radziwiłł, kräftigere Maßregeln anzuwenden. Er entsandte den Obersten Oborski mit einer Abteilung Reiterei nach Pilten, um es mit Gewalt zur Unterwerfung zu zwingen. Raubend und brennend durchzog er das Ländchen, dessen Inassen mit Beisgabe des flachen Landes in ihre festen Schlösser flüchteten. Ein Überfall, den die Stiftischen auf Oborski, der von Goldingen zur litauischen Grenze zog, am 24. Mai 1583 nicht weit von Amboten machten, brachte ihnen selbst eine Niederlage ein und bald darauf fielen Amboten, Neuhausen und andere Schlösser in die Hände der Polen, von denen nun stiftische und herzoglich-kurländische Untertanen gleichermaßen zu leiden hatten. Eine Ruhepause im Kriege schien eintreten zu wollen, als Oborski vor dem Schlosse Erwahlten, dem Erze Johann Behrß, erschossen wurde.

Eine Versammlung piltenischer und kurländischer Landiassen, die bis zur endgültigen Entscheidung der Streitfrage um die Erbschaft eine Sequestrierung derselben herbeiführen wollte, ging am 27. Juli resultatlos auseinander, da die dänische Partei an der Unterwerfung unter König Friedrich II. festhalten wollte. So mußte der Krieg fort dauern.

Radziwiłł hielt es aber für geboten den Herzog Gotthard zur Teilnahme am Kampfe gegen das der polnischen Auffassung nach rebellische Stift zu veranlassen, eine Zusammenkunft, die sie deshalb zwischen Wilna und Miga hatten, führte zu keinem Resultat; der Herzog konnte sich mit Recht darauf berufen, daß ein direkter Befehl des Königs dem Statthalter gegen die Piltenischen beizustehen nicht vorliege. Bald darauf erschien der Unterkämmerer von Kelm, Stanislaus Kosla von Stangenberg in Wilna, um auf Grund eines königlichen Creditivs den Herzog umzustimmen.

Aber da dieser darauf hinweisen konnte, daß dieses königliche

¹⁾ Henning S. 280 leugnet derartige Absichten Herzog Gotthards, Witter behauptet sie a. a. O.

Empfehlungsbriefen ganz allgemein gehalten und nicht im Hinblick auf die politische Frage erlassen sei, so gelang es ihm, sich abermals des lästigen Drängers zu erwehren. Sag ihm doch nicht nur davon Kollisionen mit Dänemark zu vermeiden, sondern forderte es ja auch sonst sein Interesse nicht kriegerisch gegen eine Landschaft vorzugehen, die er noch immer für sich gewonnen zu können hoffte. Wohl aber erklärte er sich auf Andringen seiner Räte dazu bereit, Barthold Rütler mit 100 Reitern auf Haus Wndau zu legen, um die holländische Grenze und den Strand gegen feindliche Umfälle zu decken. Bei dieser Entscheidung blieb er auch, als bald darauf der Hauptmann zu Marienburg, Benkowsky, der zum Nachfolger Oborski ernannt worden war, ihn auf dem Durchzuge durch Witau nochmals bestärkte, ihm Hilfe zu leisten. Auch die Lieferung von Proviant lehnte er ab, da die Polen dem Lande schon großen Schaden zugefügt hätten.

Da auch die angrenzenden samarischen und litauischen Landstriche durch den kleinen Krieg viel zu leiden hatten, so hatten sich die dortigen Stände klagend an den polnischen König gewendet und den Befehl an Radzymil erwidert, die Truppen aus dem Stüt nach Samarien abzurufen und sich auf die Defensiv zu beschränken. Der holländische Statthalter ließ von dieser königlichen Befehl nichts bekannt werden, ließ vielmehr durch Stangerberg nochmals in den Herzog dringen, die erbetene Hilfe nicht zu versagen. Um eines Besseren halbes entgegenzukommen zu geben sagte der Herzog zwar nicht die gewünschte Unterstützung wohl aber die Zahlung von 2000 Rikd. zu. Bald darauf aber wurde der polnische Oberst Almus Ross von den Litauern, mit denen er alte Fädel hatte, gefangen genommen und unter seinen Papieren fand sich auch jener königliche Befehl. Er wurde von den Litauern dem Herzoge mitgeteilt und diesem so die Augen geöffnet, welches Spiel Radzymil mit ihm gespielt habe. Gotthard forderte daher diesen zu einer Zusammenkunft auf, um die Sachlage zu klären. Sie fand auf dem Reisterholme, 1/2 Meilen von Riga, in der That auch statt und Gotthard machte dabei Radzymil ernsthafte Vorstellungen über sein arglistiges Verhalten. Aber der vielgewandte Pole gab ausweichende Erklärungen, der König, dem Sachlage der Dinge fern, habe keinen Befehl unter anderen Vorwänden erlassen u. a. m. Doch hielt es Radzymil für geboten wegen eines Waffenstillstandes mit Abgesandten Jaros Jaromachs, des dänischen Statthalters auf

Oeki, in Unterhandlung zu treten. Da geschah es, daß am 29. Juli (8 Aug.) 1583 die Stiftischen, die mit 60 Reitern, 80 Fußsoldaten und 3 Kanonen aus der Burg Pilsen ausgebrochen waren und Penloslawskis Heerhaufen 6 Meilen von Pilsen entfernt beim Tagesgrauen überfielen, eine vollständige Niederlage erlitten. Zahlreiche Tote bedeckten das Schlachtfeld, darunter auch Matthias Hudde, dessen wir oben gedenkten und der kurzlich auch die Stelle des dänischen Königs als Vize bei einer Rindsaufe im Hause Jarensbachs zu vertreten berufen gewesen war¹⁾, nur an Heft entkam nach Pilsen. Radziwill aber brach nun die angeknüpften Verhandlungen wieder ab.

Die Plänkelleien hörten so zwar auf, aber die pilsensche Frage war damit noch nicht aus der Welt geschafft und der Zwist zwischen Dänemark und Polen spitzte sich um so mehr zu, als Jarensbach mit Polen in vertrautere Beziehungen trat, als den Pflichten gegen seinen Herrn in Kopenhagen entsprach. An die Stelle der Waffen traten diplomatische Schritte, Gesandtschaften gingen hin und her und endlich gelang es dem Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg, der das Herzogtum Preußen für den „böden Herrn“, den Herzog Albrecht Friedrich administrierte, zwischen den Streitenden den Frieden zu vermitteln. Sein Abgesandter Lewin Wälow brachte am 15. April 1585 in Kronenburg, wo Polen durch Wilhelm Kettler, Dänemark durch Johann Behr vertreten war, einen Vertrag zu stande, nach dem das Stift Pilsen an Polen fallen, dieses aber der dänischen Krone 30000 Tlr zahlen sollte. Der dänische König konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß das Ländchen doch von Dänemark zu entfernt gelegen sei, um es ohne große Kosten und Opfer dauernd behaupten zu können. Von fremdem Staatsgebiet umgeben, konnte es alsbald der Schauplatz neuer Kämpfe werden, wenn Polen sich welche Uebergriffe zu Schulden kommen ließ. Und die polnische Politik Danemarks war bisher überhaupt so ungünstlich verlaufen, daß sie die Lust zu großen Wagnissen nicht erwecken konnte. So entschloß man sich zum Verzicht. Aber auch Polen wollte, um des Stifts willen, mit Dänemark keinen, vielleicht langandauernden Krieg führen. Seine Finanzen waren erschöpft und der erst 1582 beendete Krieg mit Rußland hatte seine Kräfte doch stark in Anspruch genommen. So entschloß man sich zu einer Abschlagszahlung an Dänemark, ja noch

¹⁾ Radziwill Bericht an den poln. König, d. d. Riga, d. 13. Aug. 1583, unsere Hauptquelle für das Treffen, Mitt. III S. 347.

mehr, man verzichtete auf den eigenen, direkten Besitz Polens z. B. Gunsten des Mediators, des Markgrafen Georg Friedrich, des Administrators von Preußen. Dieser schloß der Krone Polen jene 30 000 Tshl. vor und erhielt dafür als Pfand die Erbsgüter und die damit verknüpfte Herrschaft über das ganze Erbk. Dabei blieb natürlich die Oberherrlichkeit Polens über das Ländchen bestehen. Indem Polen so weiteren Kollisionen auswich, verpflichtete es sich zugleich den Markgrafen, der als Administrator von Preußen noch eben während des russischen Krieges durch seine Gutsleistung gezeigt hatte, daß es von Nutzen sei, ihn bei genügender Besinnung zu erhalten. Der Kuzer und auf die Wehrung des Hausbesitzes der Hohenzollern eifrig bedachte Markgraf Georg Friedrich hatte bei seiner Vermählung sehr reale Ziele im Auge gehabt, schon besaß er das große Amt Grobm in Ausland, dessen Besitz man so hoch schätzte, daß man meinte, mit seinem Verluste würde dem Herzogtum Preußen der dritte Teil seiner „Verkaufen“ abgehen¹⁾. Nun da er Pläne gewonnen hatte, erkrachte sich die hohenzollernische Jurisdiktion, die errenante Vandräte ausübten, bis an die Spitze von Domestikus hinauf. Die vier unveräußerlichen Erbsgüter, deren wir gedachten, bedeuteten allerdings keinen großen Gewinn, aber es handelte sich eben zunächst um die Landeshoheit, die gewonnen war. Johann Peter hat denn viele Jahre hindurch als brandenburgischer Rat und Statthalter die Interessen des hohenzollernischen Hauses in den neu-erworbenen Gebieten wahrgenommen¹⁾. Amboten fiel dem Unterhändler Wilhelm Kettler als Lohn zu, die große Herrschaft Domburg aber kam an den hedenburgischen Kanzler Stephan Bathorn, Martin Verewitz, um später in den Besitz der Pulawer überzugehen.

Durch diesen Ausgang waren die Interessen Herzog Gottfrieds auf das empfindlichste verletzt, seine berechtigten Ansprüche ein'ich konnte geschoben worden. Er ließ daher durch seine Gesandten Wilhelm Kettler und Gottfried Welling in P. l. r. Protest gegen den Kronen-lunger Vertrag einlegen und in der Tat bewilligte König Stephan am 15. Deybr. 1585, daß dieser Protest zu den Akten der litauischen

¹⁾ Bei hohem Vertrauen er genoh, zeigt u. A. der Wunsch der Herzogin Marie Eleonore von Preußen daß er die von ihr mit Kuzer geführte Partei ihrer Tochter Marie mit König Christian IV. von Dänemark betreibe. Ähnlich entzog sich Peter diesem ihm gleich ausschließend erscheinenden Plane. S. die Mitteilungen des Hsch. Krieg von Kaphen im Warschauer Jahrbuch 1896 S. 37 ff.

Kanzlei genommen würde. So blieb der Rechtsstandpunkt gewahrt, aber es sollte noch zwei Menschenalter dauern, bis das Recht auch tatsächlich zu Ehren kam.

Herzog Gotthard war allmählich gealtert und die Jahre mahnten ihn sein Haus zu bestellen. Die Art und Weise aber, wie er es tat, ist für die privatrechtliche Auffassung der Zeit vom Staate und Staatsgute, wie man sie mit Recht oft bezeichnet hat, sehr charakteristisch. Man sah in naiver Weise diese als bedingungsloses Eigentum der fürstlichen Familie an und maß ihnen die Bestimmung zu, der Versorgung und dem Unterhalt dieser vorstehbar zu sein. Aus dieser Auffassung heraus ist das Testament des Herzogs zu erklären, das nur zu sehr geeignet war, die Quelle vieler Unglücke zu werden. Es bestimmte, um keinen der Söhne vor dem andern zu bevorzugen, daß beide, Friedrich und Wilhelm, die Regierung gemeinsam führen sollten, ohne daß das Herzogtum geteilt werden dürfe. Bis zur Volljährigkeit Wilhelms sollte Friedrich allein die Regierungsgeschäfte erledigen, aber sich stets der Leitung der bestellten Räte, des Oberburggrafen Wilhelm von Effern, Gerhard von Wolke's auf Hasenpott¹⁾, des Goldmengenischen Oberhauptmanns Georg Firsch, Georg von Lusenhausen's, Salomon Henning's, des Hofmarschalls Barthold Buttker, Christoph Bistram's, Christopher Schroeders unterordnen. Während Wilhelms Minderjährigkeit war als herzogliche Residenz abwechselnd Goldingen oder Selburg in Aussicht genommen. Von den Gütern sollte Friedrich Mitau, Doblen, Bauske, Reugut, Selburg, Danaburg, also die semgallischen, Wilhelm die hurländischen, Goldingen, Windau, Jabeln, Talsen, Aug, Frauenburg, Schwanden, Schrunken, Durben und Grobin erhalten. Eine gemeinsame Regierung durch mehr als zwei Herzöge wurde für die Zukunft als unstatthaft erklärt, der König von Polen als Testamentsvollstrecker erbeten und dem Cardinal Radvinsk die Mitaufsicht angetragen. Das Testament beschäftigte sich auch mit den Ansprüchen des herzoglichen Hauses auf Bilten und Grebin und legte deren Ausübung allen and. Herz. — In einer Reihe von Legaten für mitauische Kirchen, Schulen und Armenhäuser betätigte sich der Herzog's Interesse für seine Residenz²⁾.

¹⁾ Erbk. L. S. 73, der ihn Gerhard Wolke nennt. Beide Vornamen lassen sich nachweisen.

²⁾ Inland 1846. Sp. 1209.

Am 17 Mai 1587 nach Sonnenuntergang hat Gotthard Rettler's vielbewegtes Leben seinen Abschluß gefunden. „Ettliche Tage zuvor aber, — so erzählt sein treuer Mitarbeiter Salomon Penning¹⁾ —, und da er vermercket das es mit ihm schier auff der Todten neige, ein ende und aufhörens haben, und sich die beide liebsten und besten freunde, Leib und Seele, von einander scheiden wollten, hat er seine beyde Söhne zu sich begeret, und ersfordern lassen, und sonderlich den Eltern Herzog Friedrichen mit ein Christlichen ruffen, und ernst (denn was das hertz voll, gehet der mundt über) ganz vaterlichen und frommherzighen vermannt, Gott und sein heiliges Wort, welches die ewige wahrheit vor augen und in ehren zu halten, und von der Außspurgischen Confession nicht ein haar bereit zu weichen, es wüchte ihm den daruber ergehe, was Gott in seiner verhengnis hätte, Seine Frau Mutter die Herzogin, zu lieben und zu ehren, und ihr allen kindlichen gehorsam zu erzeigen, sich mit seinem Bruder wol zu vertragen, und der Schwester hernacher, wenn ir der liebe Gott gute wege zur verheyrathung weiset, aus dem Fürstenthumb gedultliche aussteuer zu thun, sich mit seinen Rheten und Landschafft wol zu vertragen, Ingleichen sich S. F. O. widerumb aller unterthenigen treue zu ihnen zu verziehen, Seine Häuser und Festunge, mit bekanneten ehrlichen Leuten zu versorgen und wol zu verwahren. Summa mit dem anfangen beschloßen, und diese worte widerholet, daß er für allen Dingen Gott für Augen halten, Gottfürchtig und fromm sein sollte, so würde er wol bey Lande und stände erhalten bleiben. Darnach der Herzogin Hand auff seine bloße Brust gebrüdet und sie zufrieden gesprochen.“ „Darnach den Kindern und gangen umstande, seine Fast gebotten, gesegnet und sich keiner Weltlichen handel mehr oder Profansachen, bekümmert, sondern zu seiner seligen Jnnensfahrt alle sein thun geruht, mit herrlichen trost Sprüchen aus Gottes wort sich selbst unterrichtet und unterrichten lassen und also sein sanfft, als in einem rechten natürlichen und lieblichen Schlasse hingekrieden.“ Am 2. Juli fand in der Schloßkirche zu Wita das feierliche Begräbniß statt.

Die Kunde, daß der letzte Ordensmeister in Anland, daß Gotthard Rettler aus dem Leben geschieden sei, ging auch in der Fremde nicht

¹⁾ Wahrhaltiger und beständiger Bericht, wie es bißher und zu heutiger Stunde in Religionsachen Im Fürstenthum Churland, und Semgallen in Liffland ist gehalten worden x. Script. rer. Liv. II. S. 321.

spurlos vorüber. Mehrere in Rostock studierende Livländer ehrten den Hingeshiedenen in lateinischen Gedichten, einer von ihnen, Magnus Kolde, hielt dortselbst zu Ehren des Herzogs eine Trauerrede, ohne es ahnen zu können, daß er einst in dem Leben der Söhne Herzog Gotthards eine so verhängnisvolle Rolle spielen würde. In gleicher Weise ehrte des Heimgegangenen Andenken der berühmte Rostocker Professor David Chytræus, der von Gotthard einst an das von ihm noch zu Zeiten des Ordens geplante Gymnasium zu Bernau vociert werden sollte¹⁾. Salomon Henning aber fügte seinem 1589 erschienenen Berichte über den Zustand des livländischen Kirchenwesens in pietätvollem Gedenken auch eine Nachricht „vom Leben und seligen Sterben“ seines alten Herrn ein und widmete seinem Lebenswerke Worte ehrender Anerkennung.

Die Tätigkeit des letzten Meisters des deutschen Ritterordens in Livland ist von Mit- und Nachwelt oft ungünstig beurteilt worden und ihm harter Tadel nicht erspart geblieben. Und wer wollte es behaupten, daß in dem Elend jener unsäglich verworrenen Jahre er rein von Eigennuß und Lug, daß er untadelig befunden worden sei? Für die geschichtliche Auffassung freilich ist damit das letzte Wort nicht gesprochen, sie fragt nach der Frucht menschlichen Wirkens, nach dem Erfolge: Gotthard Ritter hat aus dem allgemeinen Ruin für sich einen aussichtslosen Kleinstaat gerettet. Hätte er das ganze weite Gebiet des Ordens und der Bischöfe in Altlivland für sich und damit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft erworben, — die Schlacken seines Wesens würden dem Urtheil der Nachwelt weniger in die Augen fallen. So aber wird immer auch ihm ein Teil der Schuld begemessen werden, deren Folge der ruhmlose Untergang Altlivlands war. Wie freilich wird verkannt werden dürfen, daß von dieser Schuld der ganzen livländischen Staatenkonföderation in ihrem Wesen und in ihren Vertretern ein reichlich Maß zufällt? Und ist der Untergang Altlivlands schließlich nicht durch den Gang seiner Geschichte und die Stellung des Mutterlandes zu ihm unabwendbar geworden?

Die Faktoren, die einst zur Gründung von Deutschlands ältester Kolonie geführt hatten, waren nicht mehr lebensfähig und wirksam, das Mutterland mußte seine Kolonie fallen lassen und diese fiel. Im

¹⁾ Winkelman: Bibl. Liv. hist. Nr. 8560—8563.

Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte sind gewiß nicht in geringerem Maße als in den Wirrnissen der livländischen Provinzialgeschichte die Keime zu finden, aus denen die Katastrophe Altlivlands als historische Nothwendigkeit hervorgehen mußte.

Wenn aber etwas geeignet ist, unser Urtheil über die Persönlichkeit Gotthard Kettlers günstiger zu gestalten, so ist es sein späteres Wirken, seine Thätigkeit als Herzog von Kurland. Umsichtig und mit Eingabe hat er seines Amtes gewaltet und nach dem Elend der Kriegsjahre wieder Recht und Ordnung zu Ehren zu bringen gestrebt. Nachdem er den alten Glauben aufgegeben hatte, um sich der Lehre Luthers anzuschließen, ist ihm das Evangelium immer mehr eine Lebensmacht geworden und geblieben bis an das Ende seiner Tage. Und er hat für die neue Lehre gewirkt nach bestem Können und Wissen, zu den erfolgreichsten Förderern der evangelischen Sache in deutschen Landen im Zeitalter der Reformation wird er stets gerechnet werden dürfen. Und in Kurland soll es ihm nie vergessen werden, daß er durch seine reformatorische Thätigkeit die inneren und äußeren Grundlagen für das hohe geistliche Gut gelegt und gesichert hat, dessen sich die nachgeborenen Geschlechter noch heute dankbaren Herzens erfreuen dürfen.

2. Kapitel.

Der Sieg des Adels über die herzogliche Gewalt. Krieg und Friedensjahre unter Herzog Friedrich¹⁾.

Als Gotthard Kettiler aus dem Leben schied, war nur sein älterer Sohn Friedrich, der am 25. Nov. 1569 in Niga das Licht der Welt erblickt hatte, erwachsen, Wilhelm aber, der am 20. Juli 1574 geboren war, noch ein Knabe, der an die Regierung selbst natürlich nicht denken konnte. Die jungen Herzöge empfingen noch 1587 die Huldigung der Beamten und Lehnsinhaber, und am 6. 16. April 1588 erhielt Herzog Friedrich zu Warschau von König Sigismund persönlich die Lehen, während Wilhelm durch einen Rat dabei vertreten wurde. Beiden Söhnen hatten die Eltern eine sorgfältige Erziehung zuteil werden lassen, Johann Simonius, Johann Ribius und später der berühmte Professor David Chytraeus in Rostock sind ihre Lehrer gewesen. Nach des Vaters Tode finden wir hier Wilhelm als Studenten instruiert, in den Jahren 1591—1598 hat er das Amt eines Rectors honoris causa bekleidet. Herzog Friedrich aber trat 1590 seine „Peregrination“ an, auf der er nach Frankreich, England, Italien und Deutschland kam. Auch nach Liegnitz in Schlesien hat ihn 1593 sein Weg geführt und hier hat der incognito reisende junge Fürst den Ritter Hans von Schweinichen kennen gelernt, dessen prächtige Lebensaufzeichnungen einen überaus wertvollen Beitrag zur Kulturgeschichte jener Zeit enthalten. Dieser hat über den Besuch des Herzogs folgende Bemerkung niedergeschrieben: „Allda war Ihro F. G. den Abend

¹⁾ E. Seraphim: Aus Kurlands herzoglicher Zeit S. 1—150. E. Seraphim: Aus der kurländischen Vergangenheit S. 17. Die dort citirte ältere Literatur ist hier meist nicht mehr aufgezählt.

²⁾ Hofmeister: Rostocker Matruel I. S. 234, 235, 237—240

lustig und guter Dinge und tranken sehr. Es ließ sich aber der Herzog von Rurand Nichts merken, sondern war ein guter Gefelle mit, mit welchem ich auf Brüderschaft trank“.

In den folgenden Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts ist Herzog Friedrich häufig im Auslande, wiewohl von einer zusammenhängenden Peregrination nicht geredet werden kann. Für ihn und für den auch nicht selten abwesenden Bruder führen dann die Räte die Regierung, sorgsam waltend und dem fürstlichen Hause treu ergeben. Schon 1598, als die alte Herzogin Anna in ihrer medlenburgischen Heimat verstarb, war an das fürstlich rurlandische Haus der Plan eines Ehebündnisses des Herzogs Friedrich mit der pommerischen Prinzessin Elisabeth Magdalene herangetreten, doch erst im folgenden Jahre kam es, nachdem man der Axtung zunächst keine Folge gegeben hatte, zur Verlobung des Herzogs, die im Sommer 1599 in Wolgast stattfand. Die Hochzeit folgte, nachdem das Labgedinge der Herzogin im Ehebündnis durch das Amt Tahlen, das bereits auch als Witwenamt dienen sollte, sicher gestellt worden war, am 4./14. Mai 1600, verbunden mit großen Festlichkeiten, die sich durch zwei Wochen erstreckten.

Nachdem Wilhelm das mündige Alter erreicht hatte, verabredeten die fürstlichen Brüder einen in seinen Folgen höchst verhängnisvollen Vertrag über die tatsächliche Teilung der herzoglichen Gewalt, der am 21. Mai 1596 im Hof zum Ferge vollzogen wurde und, was für seine rechtliche Gültigkeit von Bedeutung war, am 7. April (n. St.) 1598 die königliche Bestätigung erhielt. Darnach sollte die Regierung in Semgallen Friedrich zufallen und Mitau seine Residenz sein, in Rurand dagegen Herzog Wilhelm herrschen und in Goldingen seinen Sitz nehmen. Die Hofhaltung sollte ebenso gesondert sein, wie die Verwaltung; es gab nun zwei fürstliche Kammern und zwei Hofgerichte, wenn auch in der Theorie beide Herzöge als die Inhaber der gesamten Gewalt im ganzen Lande galten.

Herzog Friedrich war — soweit unsere Kenntnis reicht, darf man es wohl sagen, — durchaus eine Durchschnittsnatur ohne hervorstechende Züge und Eigenart. Gegen die Seinen wohlwollend und freundlich, ein liebevoller Vater und treuer Pflegerater, verhältnißmäßig und entgegenkommend in den Fragen der Politik, nachgiebiger, als mit der Aussicht auf Erfolg verknüpft ist, vielleicht überhaupt ohne volles Ver-

ständnis für die innerpolitischen Gegensätze seiner Zeit, jedenfalls nicht die geeignete Persönlichkeit, um große prinzipielle Fragen rücksichtslos durchzukämpfen, — so hat er während seines Lebens weit weniger Anstoß erweckt und Feinde gehabt, als sein jungerer Bruder, aber die Sympathien der Nachwelt verlagern sich seinem schattenhaften Wesen und wenden sich der an Fehlern aber doch auch an individueller Sonderart so ungleich reicheren Gestalt des Herzogs Wilhelm zu. In greifbarer Realität steht seine Persönlichkeit vor uns. Den Freunden ist er ein warmherziger Freund und das erkennt nicht nur ein hochgeborener Standesgenosse dankbar an, sondern auch ein junger Edelmann, der ihm als Page dient. Ritten steht er im Leben, seinen Freuden verschließt er sich nicht, Wein und Weib haben auch für ihn ihre Bedeutung gehabt. Er ist bereits über vierzig Jahre, als ihm die Lust an Liebeständeleien noch nicht vergangen ist, seine ihm eng befreundete Schwägerin Elisabeth Magdalene deutet darauf in ihren Briefen an ihn scherzend hin, wenn sie von dem Margaretlein spricht, in dessen Nähe er gewiß zu finden sein werde. Gewiß hat er den Humpen zu schwingen wohlverstanden und es gerne getan, in seinen Briefen zeichnet er wohl den Postal auf, aus dem er dem Freunde zukommt. Und des Lebens leichteren Seiten hat er sich selbst zu einer Zeit hingegeben, als schweres Unheil seinem Hause sicher drohte. Das ist der Trost seiner unbändigen Natur, der ihn verblendete und nicht sehen wollte, was alle sahen. Denn eine unbändige Natur war er durch und durch; cholerisch und jach nennt ihn ein Zeitgenosse und wir wissen, daß er nicht nur warm lieben sondern auch heiß hassen konnte. Gegen jene streichen Junker, die ihn ihren Nachbarn Wilhelm Kettler nannten, lohte sein Horn fürchterlich auf. In wilder Roheit drohte er ihnen mit Fußtritten und er läßt schließlich den Wortschlag gegen sie zuden, um sie zu befertigen. Das ist das große Unglück seines Lebens, daß ihm die Selbstzucht des Charakters fehlt und daß er so um die Erfolge kommt, die ihm nach seinen Gaben und nach seinem Streben zukommen. Denn reich hat ihn die Natur ausgestattet und die Bildung seiner Zeit darf er sein eigen nennen. Weit entfernt von der nichts nutzigen Faulheit und Versumpftheit mancher Standesgenossen z. B. jenes liegniger Herzogs, den wir aus Hans von Schwenckens köstlichen Denkwürdigkeiten kennen, ist er stets tätig und nie ohne Ziel; wie er in der Verbannung gleich einem tätigen Landedelmanne

wirkt und schafft, so erfüllen die politischen Aufgaben seine Tage, als er noch Herzog in Curland ist. Von schwächlicher Bersöhnlichkeit weiß seine frische Natur nichts, es ist ja sein Wahlspruch:

Zum Lieben oder Hasen ist jeder Mensch geschaffen,
Da gibt es keine Wahl, der Teufel ist neutral.

Und wie geläutert erscheint uns dann später der Bekannte, ein Reiziger, ein Bibelforscher und Gottsucher. Gewiß, die Not lehrt beten — aber nicht Jeden. Wie rührend ist seine Liebe zum einzigen Sohne, dessen Bildung er im Exil mehrere Jahre hindurch selbst leitet. Und als er dann am Abend seines Lebens aus der Verbannung heimkehren kann, da verzichtet er darauf für sich und sichert nur des Sohnes Zukunft. In dem Handexemplare seiner Bibel aber schreibt er das Schriftwort an „ . ich muß in diesem Lande sterben und werde nicht über den Jordan gehen, ihr aber werdet ihn übergehen und solch gut Land einnehmen . “ So wächst er sichtlich über seine natürliche Art weit hinaus.

Für die Geschichte Rurlands ist natürlich zunächst seine politische Persönlichkeit von Wichtigkeit. Wie kaum ein anderer, hat er die große politische Frage, die für Rurland gestellt war, ob Fürst oder Adel seine Geschicke maßgebend leiten sollten, erkannt und es spricht vieles dafür, daß ihm der Sieg zugefallen wäre, wenn er sich nicht selbst durch eine unselige That politischer Leidenschaft um die Möglichkeit eines solchen gebrech: hätte. Ehe wir die inneren Wirren, die sich vorherrschend an die Person Herzog Wilhelms knüpften, verfolgen, müssen wir einigen andern Fragen näher treten und zunächst der kaiserlichen Begabenheiten gedenken, die auch Rurlands Geschick nicht unberührt ließen.

König Sigismund Basa von Polen, der einst der polnischen Krone die evangelische Religion geopfert hatte, war im strenglutherischen Schweden, zu dessen Königswürde das Erbrecht ihn zunächst berufen hatte, von seinem Onkel Karl von Südermannland durch die Schlacht bei Stångebrö (1598) verdrängt worden und der Krieg zwischen Polen und Schweden seitdem nicht erloschen. Es handelte sich bei diesem Kriege um mehr als eine Krone, es waren die großen Gegensätze des Protestantismus und der katholischen Reaktion, die sich miteinander maßen, denn siegte Polen, so schlugen die Wogen der Gegenreformation auch nach Schweden hinüber, drohten es zu überfluten und dadurch

Bresche zu schlagen in den fast geschlossenen evangelischen Norden Europas. In Beginn des 17. Jahrhunderts spielten sich die kriegerischen Ereignisse auch auf livländischem Boden ab. Karl von Südermannland durchzog schon 1600 siegreich Livland, dessen von Polen in ihren heiligsten Gütern beeinträchtigte Ritterschaft den Anschluß an ihn vollzog, während Riga dem bisherigen Lehnsherrn treu blieb. Freilich ging in den beiden folgenden Jahren Livland wieder an den polnischen Kronfeldherrn Jamoiski verloren, doch dauerte der Kampf fort und berührte auch das polnische Lehnsherrzogtum Kurland. So hören wir, daß 1601 bei Plönen am iudumischen Strande die Schweden landeten und die Gegend verheerten und zwei Jahre später kamen schwedische Truppen nach Windau und nahmen das übel bewehrte Schloß ohne Mühe ein. Nicht wenig hatte Kurland auch von den Polen zu leiden¹⁾, obwohl beide junge Herzöge persönlich am Kampfe gegen den Feind ihres Lehnsherrn teilnahmen. Herzog Wilhelm finden wir an der Naue und Dünamündung, Herzog Friedrich mit dem Aufgebote von 200 Reitern im polnischen Hauptquartier tätig, als der Wilnasche Boierwabe, Fürst Radziwill im Sommer 1601 tief nach Livland eindrang und Rönneburg einnehmen wollte. Aber wie Herzog Friedrich schon harte bei von den Polen mit kränkendem Mißtrauen behandelt wurde, so bekam sein Land bald darauf den tief eingewurzelten Haß der Polen gegen alles Deutsche zu spüren, als königliche Truppen im September verüstelnd und mordend durch das Oberland aus Litauen nach Livland zogen. „Da wo einer in teutischen Kleidern begriffen, mußte er ohne einige Gnade und Barmherzigkeit sterben, wenn er auch keinen Schweden gesehen, vil weniger ihn treu worden wahr.“ Ein zeitgenössischer Bericht weiß von Mordern und Rotten, die an Hoch und Niedrig verübt wurden, vieles zu erzählen. Sechzehn Äster fielen dem sinnlosen Wüten der Polen, die lieber das Korn auf dem Felde verbrannten, als es den Bewohnern des Landes zu lassen, zum Opfer. „In diesen gemelten Gütern haben die ehrlichen Brüder entweder nur die vier Bende stehen lassen oder wol ganz atgebrandt und solches haben sie nicht allein Iren fürstlichen Gnaden, sondern auch den Edelleuten und andern Einwohnern des Landes gethan, daß also von

¹⁾ Für das folgende vergleiche: A. Bergengrün: Eine livländische Melanon über die Ereignisse in Livland aus der Zeit von 1589—1602 in den Mittheilungen zur livländischen Geschichte Bd. XVII, bej. S. 147 ff.

Dünaburg bis nach Bauschke, so fast 40 Meil von einander gelegen, nicht einen Hundt, geschweig einen Menschen, ausgenommen Todten, der alle Straßen full zu finden“. Kein Wunder, daß sich schließlich 4000 luthische Bauern, von Bergverflang ergriffen, im Walde zusammenrotteten und das polnische Kriegsvolk, wo sie es trafen, beraubten und tödteten. Nachdem der König Sigismund schließlich nach geringen Erfolgen im Dezember 1601 Livland verlassen hatte, traten für Livland zwar zunächst etwas friedlichere Tage ein, aber eine schreckliche Hungersnot begann 1602 infolge des Kriegselendes zu wüthen und nicht wenige fielen ihr zum Opfer. Der Pastor Friedrich Engelke zu Schem im luthischen Oberlande, dem der Krieg ebenfalls an den Bettelstab gebracht hatte, hat 1603 in Königsberg von ihr eine Schilderung drucken lassen, die, wohl beglaubigt, und entsetzliche Einblicke in den Jammer jener Tage gewährt. „Der Winter-Moggen — heißt es bei Engelke, — war auch das Jahr sehr übel geraten, und ward das übrige, so noch war, von dem durchziehenden Kriegsvolk und den meisten Nach Räubern den Leuten mit Gewalt genommen, darauß weil auch in den Gärten Nichts gewachsen, ein großer unerhörter Hunger einfiel, und daraus entstande Die Armen Leute buchen Brot von den Wörden der Eschen und jungen Lichen, auch aus den Seen die Seelienwurpeln, hart getrenget, mit den Wörden zusammen klein gestoßen und der jungen Linden Saft drein gethan gebaden und gegeben Und als sie sich damit nicht haben erlätigen können, haben sie Berbe, Hunde, Hagen, Maß und allerley Ungezieser, von Fogen und andern unreinem gestressen. Und als der Hunger nirgends mit künde gestillt werden, haben viel Weiber ihre Kinder und die Kinder ihre Eltern geschachtet und davon geessen . . .“¹⁾ Im Jahre 1605 erneute der rigischen zum König erhobene Karl den Krieg mit Macht, schon stand er an den Thoren Riga, da wandte sich das Glück. Im September 1605 war eine schwedische Flotte in den rigischen Meerbusen gesetzt, am luthischen Strande waren die Schweden in der Stärke von 4000 Mann an Land gekommen und hatten, während der von Herzog Friedrich aufgebotene Hofschaß nach Rindan zurückwich, Luthum ohne Widerstand genommen. Dann hatten sie sich mit dem bei Kirchholm stehenden Hauptheere vereinigt

¹⁾ Vgl den Neudruck in den *Scriptores rerum Livonicarum* Bd. II

und hier fiel die Entscheidung, aber zu Gunsten der Polen, die vom Generalissimus Choblewicz geführt wurden. Herzog Friedrich hatte sich mit einem Aufgebot Reiter dem polnischen Heere angeschlossen, in der Schlacht zeichnete er sich aus. Im Angesichte der Feinde ging er, eine nur wenigen bekannte Furt benutzend, über die Duna und nahm neben der Leibkompanie des polnischen Generals Stellung. Karl von Südermannland soll, als man ihn auf die Absicht des Herzogs, über den Strom zu setzen, aufmerksam gemacht habe, gemeint haben: „Laß ihn überkommen, es ist eine Morgenjappe.“ Aber es kam anders; durch den Angriff auf die linke Flanke und die dadurch herbeigeführte Trennung der schwedischen Streitkräfte trug Friedrich zum Gewinnen der Schlacht bei und dem Kurländer Thieß von der Feste auf Koenigsburg glückte es beinahe Karl selbst gefangen zu nehmen. Vierzehntausend Tote verloren die Schweden, deren königlicher Feldherr nun nach Schweden zurückkehrte. Die Reste der schwedischen Truppen haben freilich erst im Jahre 1609 Litland verlassen und solange war auch das kurländische Herzogtum des Friedens nicht vollkommen sicher.

Während dieser Ereignisse war Herzog Wilhelm zum Theile auf Reisen gewesen; im Jahre 1609 aber entschloß er sich zu heiraten, was um so wichtiger war, als Herzog Friedrich aus seiner Ehe mit Elisabeth Magdalene keine Kinder hatte und das Aussterben des Kettlerschen Mannesstammes somit nicht ausgeschlossen erschien. Am 5. Januar 1606 fand Wilhelm Verlobung mit der preussischen Prinzessin Sophie, der Tochter des geisteskranken Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen, zu Königsberg statt, der dortselbst am 12. Oktober die Hochzeit folgte. Aber schon am 24. November 1610 wurde ihm die Gemahlin durch den Tod entzogen, nachdem sie am 28. Oktober d. J. einen Sohn geboren hatte, der bei der Taufe den Namen Jacob erhielt. Die Ehe des Herzogs brachte ihm die Gelegenheit zwei lange erstrebte Gebiete dem kaiserlichen Hause zu gewinnen, Grobin und Bilten. Die Mitgift nämlich und die Summe, die die Herzogin Sophie als Erbeil von ihrer Mutter, der clevischen Prinzessin Marie Eleonore, zu beanspruchen hatte, wurden von dem brandenburgischen Kurfürsten Joh. Sigismund, der eine ältere Schwester der Herzogin Sophie geheiratet hatte, zunächst auf Grobin in der Weise verrecknet, daß er sein Anrecht auf das Amt, das schon sein Vater, der Kurfürst Joachim Friedrich, von dem 1603 verstorbenen Administrator Markgraf

Georg Friedrich geerbt hatte, dem Herzog abtrat und diesem durch die preussischen Regimentsräthe den Empfang der Pfandsomme von 50000 Gulden quittieren ließ. (März 1809.) Seitdem ist Grobin, obgleich der König auf Klage der den Herzog Wilhelm wegen des Verbotes des Holzportes aus Libau grossenden Eingekessenen des Distriktes sie direkt der Krone unterstellen wollte und ihnen die Unterwerfung unter einen andern Fürsten verbot¹⁾, doch stets beim Herzogtum geblieben und sein Schloß eine von den kurländischen Herzögen nicht selten benutzte Residenz gewesen.

Nicht so leicht ging die Piltensche Angelegenheit von statten, zu deren Verständnis wir wieder ein wenig zurückgreifen müssen²⁾.

Einige Jahre nach dem Tode des Königs Stephan Bathory ertheilte (3. Juni 1589) der polnische König Sigismund III. Basa dem Balthasar Bathory, einem nahen Verwandten des verstorbenen Königs, die Berechtigung das Stift Piltten vom Markgrafen Georg Friedrich für sich auszulösen, da aber Herzog Friedrich von Kurland dagegen protestirte und Bathory selbst an der Sache nicht gar zu viel gelegen zu haben scheint, so verzichtete er auf sein Recht zu Gunsten Herzog Friedrichs und der König ertheilte 1591 (19. Juli, dazu die Genehmigung. Trotzdem liess sich der brandenburgische Markgraf zur Herausgabe des Stifts gegen die ihm vom Herzog Friedrich angebotene Erlegung der 30000 Thaler nicht bereit finden und so wandte sich dieser klagend an den König. Eine vom letzteren eingesetzte Kommission entschied 1594 (18. Februar) in Piltten, daß der Markgraf sich der Auslösung des Stifts durch den kurländischen Herrscher nicht widersetzen dürfe, obwohl die brandenburgischen Delegirten dagegen

¹⁾ Rapieroff: Index Nr. 3705, 3^o06. Siehe auch Grotthuis Apologie in Mon. Liv. ant. II, 41.

²⁾ *Deductio de origine, nomine et statu Districtus Piltensis, Deputation vom Ursprung und Fortgang des Bisthums Piltten; Summaria demonstratio, Episcopatum Piltensem subrebus Sarmis R. M. totiusque Republ. ordinationem etc. Summaria deductio Juris Illustratissimi Lucibus Curlandiae in Districtum, Piltensem competentis etc.* in *Jhr. Kesselsch. Anekdota Curlandiae*. Bspzig 1734. — Dr. Th. Schirrmann *Histor. Darstellungen aus Reichthal Studien* S. 217—219. — Über die piltensche Frage zur Zeit Herzog Gottfrieds f. u. S. 23. Auch hier habe ich Alten des Königsberger Staatsarchivs benutzen können, glaube aber, daß es sich lohnen würde die Geschichte des Vergnüßes der brandenburgischen Markgrafen auf den Piltenschen und Grobinschen Besitz noch genauer zu verfolgen.

Protest einlegten. Da aber trotz alledem die Auslösung tatsächlich nicht stattfand, so trat auf Betreiben des hurländischen Herzogs 1597 abermals eine Kommission in Piltzen zusammen, die (31. Januar) wiederum zu seinen Gunsten entschied. Doch die preussischen Vertreter lehnten die sofort angebotene Erlegung der Pfandsumme ab und brachten die Angelegenheit durch Appellation an den polnischen König. Und wie es so oft geschehen war, die klare Rechtsbewandtnis fand plötzlich keine Beachtung mehr: König Sigismund sicherte dem hurländischen Herzog, den Nicolaus Clodt vertrat, zwar die Erlaubnis zu (4. April 1598), das Stift einzulösen, aber erst nach dem Tode des Markgrafen Georg Friedrich und seiner Gattin Sophie. Dinen wurde wenige Tage später (13. April) ihr Lebtagsrecht am Stift feierlich verbrieft.

Als dann der tüchtige und einsichtige Markgraf Georg Friedrich aus dem Leben geschieden war, erneute Herzog Friedrich, der auf fast allen Reichstagen gegen den brandenburgischen Pfandbesitz hatte protestieren lassen, seine Bemühungen und wirklich erklärten, wohl unter dem Eindrucke der Ereignisse von Kirchholm, der Rürig und der Reichstag 1607 und dann nochmals auf Betreiben der hurländischen Abgesandten Michael Mantuffel und Christopher Firds 1609 (3. März), daß sie mit der von den hurländischen Herzögen geplanten Auslösung des Stifts zufrieden seien. Der Markgräfin Sophie von Ansbach, der Witwe Georg Friedrichs war aber, zumal da sie Preußen verlassen hatte und nach der frankischen Heimat zurückgekehrt war, die Verwaltung der enstiegenen, durch die Pest heimgefuhten und durch die Kriegswirren bedrohten Besitzungen im Piltenschen zu beschwerlich geworden. Sie hatte diese daher im Jahre 1604 dem preussischen Kanzler Christopher Rappe auf 12 Jahre gegen die jährliche Zahlung von 1000 Fl. in Arrende gegeben, war aber gleich darauf (1605) mit Herzog Wilhelm, der persönlich in Ansbach gewest hatte, darüber in Verhandlungen getreten, daß er die Arrende von Rappe übernehmen und den ganzen piltenschen Pfandbesitz an sich bringen möge. Die Verhandlungen wurden teils durch den Grafen Lymar, teils durch den Herzog Johana Casimir von Sachsen geführt und schienen nach einigen Jahren dem Abschluß nahe, als Herzog Wilhelm, der inzwischen mit dem Königsberger Hofe wegen seiner Hermit in Beziehung getreten war, gegründete Veranlassung bekam, sie abzubrechen. Die Markgräfin besaß

nämlich ohne Frage den lebenslänglichen Besitz (die Abvitalität) Bilsens, aber das Pfandrecht am Stift selbst war durch testamentarische Verfügung ihres Vaters auf den Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg übergegangen und daher hielt es Herzog Wilhelm, dem diese wichtige Lage nahegelegt wurde, für richtiger nur mit dem brandenburgischen Kurfürsten Johann Sigismund in Unterhandlungen zu treten. Dieser aber hatte schon (am 22. Juli) 1609 seinem preussischen Rangler Ihr Rappe, dem er für seine Dienste mit größeren Summen verpflichtet war, das Pfandrecht an den Stiftsgütern, die er ja schon in Artensdorf besaß, mit der Bestimmung zedirt, daß, falls in 3 Jahren Rappe nicht das ihm vom Kurfürsten geschuldete Geld zurückgezahlt sein würde, er jene in seinen Besitz nehmen, die obrigkeitlichen Rechte der Brandenburger aber dabei nicht geschädigt werden sollten. So lange Rappe nicht befriedigt war, konnte über die bilsenschen Stiftsgüter natürlich nicht disponiert werden. Am preussischen Hofe wurde aber zunächst die prinzipielle Frage eifrig erwogen, ob man überhaupt das Stift an den holländischen Herzog abtreten sollte. Man war nicht leicht dazu entschlossen, da man bisher stets davon gedacht hatte, die einst von Magnus veränderten bilsenschen Stiftsgüter einzulösen, dadurch die Höhe der Wardsumme zu steigern und dem holländischen Herzogen oder anderen Bewerbern die Einlösung des Stiftes unmöglich zu machen. Man meinte durch gute Ökonomie es dahin zu bringen, daß es soviel trage „wie ein abgestandener Fürst in Deutschland haben möge.“ Die preussischen Oberräthe konnten sich aber anderseits dem nicht verschließen, daß der Wert des Stiftes für die Hohenzollern bedeutend gesunken war, seit kürzlich eine polnische Reichstagskonstitution (1611) beschlossen hatte, den Adel des Stiftes der Abhängigkeit von dem brandenburgischen Pfandinhaber zu entziehen und einer autonomen Wojewodschaft zu unterstellen. Dieser direkten Inkorporation in den polnischen Staatskörper war ein Teil des Adels im Bilsenschen fernweg abgeneigt. Magnus v. Kolbe, ein erbitterter Gegner der holländischen Herzoge, hatte sie besonders betrieben. Nach alledem konnten die preussischen Oberräthe es überhaupt nicht für sicher halten, daß das Haus Brandenburg sich in Bilsen würde behaupten können und sie mußten fürchten, daß, wenn es erst hatte weichen müssen, nicht der holländische Herzog, sondern ein Pole es erhalten werde und „dadurch das Bisthum, so Gott verhalten wolle, im Stift mit Herrschaft

desselben Orts und großem abbruch der reformirten Religion eingeführt werden möchte¹⁾. Dies war vielleicht das ausschlaggebende Moment, das dahin führte, dem neuen Verwandten, dem man ja auch als solchem Rücksicht schuldete, keine Schwierigkeiten zu machen. Jedenfalls kam schon 1611 die Frage zum Abschluß. Herzog Wilhelm setzte sich (20. Dez.) mit Rappe auseinander, er trat ihm den Hof Aistern ab, verpflichtete sich zur Zahlung von 50 000 Gulden und verständete ihm, da er von dieser Summe nur die Hälfte zahlen konnte, zur Sicherung des Restes die Ämter Ruhau und Niederbarten. Dafür erhielt er von Rappe dessen Anrechte auf die piltenschen Stiftsgüter. Der Kurfürst Johann Sigismund trat daraufhin (am 28. Februar 1612) alle seine Ansprüche auf das Stift an Herzog Wilhelm ab, nachdem schon kurz zuvor (19. Januar) dessen tatsächliche Übergabe an den Herzog stattgefunden hatte. Doch bedang der Kurfürst ausdrücklich aus, daß Herzog Wilhelm die von Rappe (1604) gegen die Markgräfin von Ansbach eingegangene Verpflichtung, ihr jährlich 1000 Th. zu zahlen, während der noch verjährigen Dauer des Rentenkontrakts auch seinerseits erfüllen, nach Ablauf dieser Frist aber sich mit ihr hinsichtlich ihres Lebtagsrechtes vergleiche. Die Markgräfin Sophie fühlte sich freilich durch diesen Vertrag auf das tiefste verletzt, sie meinte, daß über ihr Recht vom Kurfürsten verfügt worden sei und es entspann sich zwischen ihr und Herzog Wilhelm, sowie dem brandenburgischen Kurfürsten ein stark gereizter Briefwechsel, ja sie rief die Vermittelung des Kaisers und der Kurfürsten des heil. römischen Reiches an, ohne freilich etwas zu erreichen.

Noch bedeutender waren die Schwierigkeiten, die sich im Innern des Ländchens erhoben. Wir sahen, wie eine Partei der Herzog Wilhelm's rücksichtslos durchgreifende Natur einen Anschluß an Kur-land nicht wünschenswert erscheinen ließ, direkt unter Polen zu stehen wünschte; sie vergaß dabei ganz, daß dadurch des Landes höchste ideale Güter bauernb gefährdet sein würden. Eine polnische Kommission, der auch Magnus von Kolbe angehörte, kam 1611 nach Kasanpott, um die piltenschen Verhältnisse zu ordnen. Sie beschloß

¹⁾ Die Schreiben der preussischen Oberen an den Kurfürsten Joh. Sigismund 1611 13. Dezbr. und 1611 10. Oktbr. (Orig. in Königsberger Staatsarchiv) sind für diese Dinge eine maßgebende Quelle wie ich hier überhaupt Königsberger Archivalien folge.

die Errichtung eines aus sechs Mitgliedern bestehenden, vom Lande zu wählenden Landratskollegiums und eines Niedergerichtes und sah die von Carl von Sacken auf Dubersallen entworfenen „Statuten“ durch, die sich dem einheimischen auf deutscher Grundlage beruhenden Rechte, besonders dem holländischen Ritterrechte und dem Sachsenpiegel angeschlossen und in jeder Beziehung den Wünschen der Stillschifferschaft entsprachen. Am 23. Oktober 1311 erhielten sie die Bestätigung König Egidmunds und eine Konstitution des Reichstages hieß den durch den kommissarischen Abichand beschlossenen Zustand gut. Trotzdem hat sich Herzog Wilhelm als Herrn Piltens angesehen und Regierungssatz auszuüben gestrebt. Im Jahre 1614 erließ er (am 14. Juni) an Paul Spandlen und drei andere Beamte einen Befehl, im Grobinkischen Kreise und im Piltenschen eine Revision der Güter vorzunehmen, wie wir ihn in Kurland gleichfalls begegnen, und am 11. Januar 1615 huldigte ihm die Stadt Hasenpoth, der er am 25. November desselben Jahres ihre Privilegien bestätigte¹⁾. Allerdings existierten im piltenschen Kreise auch Landrate, die, wie es scheint, vom Lande gewählt waren. Ihre Stellung und Verhältnis zum Herzoge ist nicht hiesiglich klar, von 1611 bis zur endgültigen Regelung der piltenschen Verfassung durch die polnische Kommission von 1617, begegnet sie uns aber mehrfach.

Durch diese ist das so lang erstreckte Ländchen dem Herzog Wilhelm und damit überhaupt dem holländischen Hause wieder entzogen worden infolge jener unglücklichen Wirren, die wir als die Koldeschen Handel zu bezeichnen pflegen und denen sich unsere Erzählung nun zuwenden hat.

Durch das ganze siebzehnte Jahrhundert läßt sich das Ringen der landesherrlichen Gewalt mit der Macht der Landstände²⁾ verfolgen, ein Kampf, der meist mit dem Siege einer kraftvollen Monarchie endet. Er wird in Frankreich und England in Dänemark und Schweden geführt und es ist ein Seitenstück dazu, wenn König Stanislaw IV. von Polen mehrfache, freilich erfolglose Anjäte macht, um das polnische Königtum aus seiner unwürdigen Abhängigkeit von den

¹⁾ Die Instruktion für Spandlen im Carl. Arch., über Hasenpoth vgl. Zinsb 1838 S. 247

²⁾ Erdmannsdorfer: Deutsche Geschichte von 1346—1740 I. S. 410 ff

Ständen zu befreien. Auch in zahlreichen deutschen Territorien spielt sich der Kampf zwischen dem sich bahnbrechenden Staatsgedanken und der altständischen Auffassung ab und zwar am folgenschwersten und fruchtbarsten im brandenburgisch-preussischen Staate. Dem großen Kurfürsten ist es vorbehalten gewesen, über die Vertreter jener „Libertät“ zu triumphieren, die neben ihr im Grunde eine andere Freiheit nicht dulden und in ihren Interessen die des Staates aufgehen lassen wollten, weil sie seine eigentsten Aufgaben nicht verstanden. Wenn wir uns diese Entwicklung, die sich auch in der staatswissenschaftlichen Literatur widerspiegelt, vor Augen halten, so finden wir den richtigen Standpunkt, um die Kulmburger Fäden zu verstehen, die, je mehr sie sich ausweiteten, sich zum Austrage über die Frage gestalteten: Fürst oder Adel? Gehen wir von diesem Ausgangspunkte aus, so gewinnen wir die Möglichkeit, die kurländischen Wirren in ihrem geschichtlichen Zusammenhang zu begreifen und in ihnen trotz aller Verschiedenheit im einzelnen die allgemeinen Züge wiederzuerkennen, die jener großen Auseinandersetzung im staatlichen Leben des 17. Jahrhunderts eigen waren. Auch hier klingt uns in den Schriftstücken der Parteien das Schlagwort von der ständischen „Freiheit“, die durch das nach dem „absolutum dominium“ strebende Fürstentum bedroht sei, entgegen. Aber in mancher Hinsicht lagen die Dinge in Kurland ungünstiger für die fürstliche Gewalt als anderswo in deutschen Landen. Die Dynastie war eben begründet und der Glanz, der die alten Fürstenhäuser umstrahlte, fehlte dem jungen Geschlechte; die Abgrenzung der Rechte des Herzogs und der Landassen war in der jungen Staatsschöpfung im einzelnen überhaupt noch nicht durchgeführt und somit eine Quelle ewiger Zwietracht offen geblieben, die von der Oberlehnsherrschaft nur zu gern zur Schwächung des Lehnstaates ausgenutzt wurde¹⁾.

¹⁾ Monumenta Liv. ant. II enthält das von Knapitzky erhaltene Urkundematerial zur Geschichte der Ritterschaften, wozu Kallmeyer im selben Bande publizierten Nachträge und sein Aufsatz über Otto von Goltshus kommen. Leider reicht all dieses Material nicht vollständig aus und besonders ist zu bedauern, daß wir bisher keine dem herzoglichen Standpunkte vertretende Denkschrift besitzen, während der Opposition in Otto von Goltshus „Apologie“ bereits Betrachtung gefunden hat, die Landtagsabschlüsse (siehe unvollständig) im Würtz Archiv II, 231—270. Siehe auch E. v. Ficks, Kurländisches Ritterbuch, Einleitung. Endlich habe ich handschriftliches Material aus dem Kurl. Ritterchaftsarchiv, das zum Teil aus Aufschlüssen bot, in Kopien, die mir Herr E. Urbasow zur Verfügung stellte, benutzt.

Auf dem Landtage zu Bauste (Februar 1601) trat der Gegen-
satz zuerst in scharfer Form zu Tage. Die Landschaft überreichte
eine Reihe Gravamina, die, wie die Forderung, ein Landrecht zu er-
lassen, zum Teil berechtigt waren, zum Teil aber über das erlaubte
Maß herausgingen. Es hieß z. B. doch die wichtigsten Rechte der
Landesherrschaft in Frage stellen, wenn der Abt. erklärte, die Herzöge
hätten kein Recht über seine Glieder die Kriminaljurisdiction auszu-
üben. Jedenfalls waren die Beschwerden in einem höchst respekt-
widrigen Tone vorgetragen; im Falle, daß einzelne Punkte nicht in
ihrem Sinne erledigt würden, wurde den Herzögen einfach der Gehor-
sam aufgebietet. Die Landschaft hatte es Herzog Wilhelm sehr ver-
argt, daß er auf einer 1599 geplanten Reise zur Lehnshuldigung nach
Borschna und schon vorher (1595) zur Hochzeit seiner Schwester
Elisabeth, ein Aufgebot des Adels erlassen hatte, ohne den Landtag
zu befragen, und besonders erbittert hatte es, daß Pferde des Adels
damals der herzogliche Wagen gespannt und die Landsassen dadurch
„an ein Fuhrwerk verknüpft“ worden waren, zu dem der polnische Adel
nicht verpflichtet war.

In der That mag Herzog Wilhelm hier manche unnütze und ver-
letzende Forderung erhoben haben. Dann hatte Herzog Friedrich
große Unzufriedenheit erregt, weil in seinem Ehekontrakt bestimmt war,
daß die Einzelsassen Toblens, des Leheganges der Herzogin Elisa-
beth Magdalena, ihr und nach ihrem Tode ihrem Bruder Philipp
Julius von Pommern untertänig zu sein, eidl. geloben sollten.
Dann aber fürchtete man, daß die Teilung der herzoglichen Gewalt
dem Adel höchst nachtheilig werden könne und war daher gegen die
Herzöge von dem höchsten Mißtrauen erfüllt, noch ehe man sie recht
kannte. Weit wichtiger als jene Punkte und als die wesentlichen
Fragen erschienen die des Hofdienstes, des Indigenates und der
Güterreognition.

Der Hofdienst war von Herzog Wilhelm als die Gefahr des
schwedischen Krieges immer näher kam, auf königlichen Befehl nach
Randau einberufen worden, und in der Folge hatte sich die Frage er-
hoben, ob der Herzog, ohne den Landtag zu befragen, ein solches

Eine Neubearbeitung dieser polnischen Hände wäre sehr wünschenswert. Auch im
Königl. geh. Staatsarchiv in Berlin finden sich Akten über diese Angelegenheit, für
die überhaupt mehr Materialien erhalten, als bisher benutzt sind

Aufgebot erlassen dürfe. Man nahm besonderen Anstoß daran, daß der Herzog den Hofdienst in doppelter Stärke (nämlich von 10, statt von 20 Haken, je einen Knecht) aufgeboden und das persönliche Erscheinen des Hofdienstpflichtigen verlangte hatte. Tue er es in Zukunft, so werde man seinen Mandaten keine Folge geben. Es handelte sich also um eine Frage, die von prinzipieller Bedeutung für die Stellung der Herzöge zu ihren Untertanen war. Der Adel aber vermutete, daß der Braunsberger Herzog Wilhelm die Absicht zu Grunde lege, das alte Lehnrecht trotz der Privilegien von 1561 wieder zur Geltung zu bringen und fürchtete, daß dadurch einmal sein Güterbesitz selbst in Frage gestellt werden könne. Von tief eingreifendem materiellen Interesse war auch die Angelegenheit der Relognition der Güter. Es ist früher erzählt worden¹⁾, wie durch die Privilegien des Königs Sigismund August und des Herzogs Gotthard die Lehnsgüter des Adels, die sich damals in dessen Händen befanden, tatsächlich zum freien Eigentum der bisherigen Lehninhaber wurden. Formell freilich blieb das lehnrechtliche Verhältnis bestehen und kam im Lehnssdienste praktisch zum Ausdruck. Man kann also verstehen, daß die herzogliche Regierung ein Interesse dabei hatte, diese rechtliche Bewandnis, in oft ein Wechsel der Besitzer eintretend, durch diese immer wieder anerkannt (relogniert) zu sehen. Dazu kam noch ein Moment von Bedeutung: Es war in jenen Privilegien festgesetzt, daß bei später etwa stattfindenden Verleihungen von Gütern deren Besitzer nur soviel Rechte haben sollten, als die Verleihungsurkunde ihnen direkt zusprach. Es war daher eine Scheidung dieser beiden Klassen von Gütern nötig, sollten nicht Unordnungen und Rechtsverwirrungen entstehen. Solche hatten auch in der Tat stattgefunden, Lehne waren veräußert, vererbt und Erbverbrüderungen abgeschlossen worden, auch in solchen Fällen, wo die Verleihungsurkunde das nicht gestattete. Schon der Landtag von 1590²⁾, auf den gewiß kein Druck von oben ausgeübt wurde, hob lebhaft hervor, daß alle sich das Privilegium „der samen den Hand“, d. h. Erbverbrüderungen abzuschließen, anmaßten und ferner, daß die dieses Privilegiums Teilhaftiger es unterließen, ihre Erbgüter zu relognieren, d. h. durch Vorlage der betreffenden Urkunden den Nachweis

¹⁾ Siehe oben S. 7.

²⁾ Wir kennen dieser Regel (abgedruckt in Bungs Archiv II, 270) in diesem Zusammenhange zu wenig Beachtung zu sein.

zu führen, daß sie rechtlich besagt seien, ihr Gut, sei es durch Erbgang, sei es auf Grund einer Erbverbrüderung (eines sogenannten Gesamtbandvertrages) zu besitzen. Um nun dieser einseitigen Verwischung der verschiedenen Arten von Gütern und überhaupt der Verdunkelung der Rechtslage vorzubeugen, beschloß der Landtag, daß, wenn jemand in ein Gut succedire, er binnen Jahresfrist jene Recognition leisten solle und zwar knechend. War die Recognition, zumal in einem Zeitalter, wo ein geordnetes Grundbuchwesen noch nicht existierte, an sich notwendig, so war die Form des Knechtens, die Otto von Grotthus, später der bedeutendste Führer des Adels, als „longobardische Abgötterei“ bezeichnete, um so weniger eine Erniedrigung, als die Herzöge selbst auch ihrerseits ihr Lehen vom polnischen König knechend empfangen, ohne darin eine Schmach zu erblicken.

Die Herzöge hatten nicht viel Aussicht ihre Politik durchzusetzen, wenn sich ihre Berater nur aus dem angeheffenen Adel zusammensetzten, in ihrem Interesse lag es vielmehr, möglichst viele Ausländer, die durch ihre Existenz oder doch ihren Vortheil an den Landesherren gebunden waren, theils als Räte, theils Amtleute in ihre Dienste zu ziehen. Auch diese Frage war nicht neu, sie war schon zu Herzog Gotthards Zeiten zur Erörterung gekommen und auf dem Landtage des Jahres 1570 bestimmt worden, daß zu Oberhauptleuten und zum Obermarschall zunächst Eingörlinge (Indigenae) zu berufen seien, aber dieser Begriff ausdrücklich dahin fixirt worden, daß zu ihm nicht die Geburt im Lande, sondern nur die Besitzlichkeit in ihm erforderlich sei, zum Kanzleramte aber sollten im Falle des Bedürfnisses auch Ausländer berufen werden können. Vor einer sich aus den Privilegien ergebenden Verpflichtung der Herzöge, nur wieder landesangehöriger Familien zu den Landesämtern zu befördern, war nicht die Rede gewesen, wie denn auch das Gotthardische Privileg, das die für Aurland speziell in Betracht kommenden Punkte des Privilegium Sigismundi Augusti hervorhob, davon nicht redete. Wohl aber erlachte Herzog Gotthard es als geboten an, im allgemeinen die im Lande Angehörigen bei Anstellungen zunächst in Betracht zu ziehen. Je mehr sich der Streit zuspitzte, um so mehr erwiesen sich die ausländischen Ratgeber, besonders Herzog Wilhelm Ranzler, Samuel von Woelpe (gen. Kurfaber) und die Räte Dr. Berg, Dr. Lippe, Dr. Dreiling und Georg Linstau als treue Verfechter der herzoglichen

Interessen. Namentlich aber traf der Haß des Adels den energischen Pommern Paul Spandau. Er verspottete ihn wohl als „Zungenbrecher“, aber als der einflußreichste Ratgeber Herzog Wilhelms ist er ihm doch ganz besonders unbequem geworden. In einer schon mehrfach genannten Parteischrift werden diese Räte als Leute bezeichnet, „welche nackt und bloß in unsere Nester gekommen, und nachdem sie sich darinne wol befekert, wie die undankbaren Kukulen uns daraus vertrieben und alles dieses Spiels und Unglücks Ursachen seyn“, den Herzögen aber galten sie mit Recht für ihre Hauptstützen, die sie nicht gut fallen lassen konnten. Es soll in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt bleiben, daß diese „Inbigenatsfrage“ auch in anderen Territorien, so in Brandenburg, damals eine Rolle gespielt und das Bestreben der Landesherren vorgelegen hat, tüchtige Ausländer in ihren Dienst zu ziehen.

Doch kehren wir zum Landtage von 1601 zurück; die Herzöge nahmen die Gravamina nicht entgegen, wozu der Ton derselben mitgewirkt haben mag, und von Herzog Wilhelm mußte man zu erzählen, er habe geäußert, er wolle als Feind der Landtschaft sterben. Dagegen protestierte wieder ihrerseits die Landtschaft und man schied in Unfrieden, und an drohenden Worten der Fürsten gegen die „Rebellion“ hat es nicht gefehlt. Ein neuer Landtag, der in Aussicht gestellt worden war, wurde nicht berufen, Herzog Friedrich verließ auf kurze Zeit das Land und der Konflikt seines Bruders mit den Landhossen wurde immer schroffer; auf einer von Herzog Wilhelm berufenen, wenig besuchten Versammlung¹⁾ wurde im August 1601 eine Revision der Guterbesitztitel beschlossen, die den Gegensatz umsomehr verschärfen mußte, als sie direkt in das Gebiet des Besitzes übergrieff und in den vielen Fällen, wo alte Besitztitel in den Kriegsjahren oder durch Feuer verloren gegangen waren, bei rücksichtsloser Geltendmachung des formalen Rechts zur schreiendsten Ungerechtigkeit werden konnte. Dieser Beschluß, dessen Ausführung in der Folge in den Härden Paul Spandau lag, war ebenso unbillig, wie unklug, er mußte die vielen, die durch die prinzipiellen Gegenläge weniger berührt wurde, in die bange Sorge versetzen, ihren Wohlstand einzubüßen. Unbedachte Arrangements, die Herzog Wilhelm dem Adel zu teil werden ließ, die

¹⁾ In Grotthuß' *Wologie* wird als Ort desselben Willenberg ²⁾ angegeben.

aber im einzufließen auf ihr wahres Rath zurückzuführen nicht leicht ist, mußten die Spannung vermehren. Obwohl der Ritterschaftshauptmann Johann Kolbe gegen die Revision protestierte, wurde sie fortgesetzt und so zogen sich die Dinge, deren genauere Darlegung hier zu weit führen würde, mehrere Jahre hin. Der ehemalige Ritterschaftshauptmann Jakob von Schwernu und sein Nachfolger Johann Kolbe, den Herzog Wilhelm wegen Nichtleistung des Hofdienstes vor Gericht gefordert hatte, bevollmächtigten 1504 den Bruder des letzteren, Magnus, der mit dem Herzoge wegen Verweigerung der Recognition und Huldigung verfallen war, auch ihre Sache in Warschau zu führen und überaus geschickt erledigte sich der vielgewandte Mann, den wir schon bei den polnischen Angelegenheiten nannten, seiner Aufgabe, ohne dabei in der Form seines Auftretens der herzoglichen Würde den nötigen Respekt zu erweisen. Wollte man den Herzog Wilhelm, den man weit mehr haßte als den harmlosen Bruder, unschädlich machen, so war es am geeignetsten keine Herrschaft an sich als ungültig und den Hof zum Verger Lehnungsvertrag als ungültig hinstellen. Kolbe hatte beim polnischen Könige Erfolg. Ein mahnendes Schreiben desselben unterlagte Herzog Wilhelm „solch unbefugtes Regieren.“ Magnus Kolbe, der selbst Überbringer dieser königlichen Rundgebung sein sollte, stellte sie dem Herzoge mit einem ansehnlichen Begleitischen ab, in dem er ihm den Rat gab, lieber doch die Herrschaft über Untertanen, die ihn haßten, freiwillig aufzugeben, ehe er ihrer entsezt werde. Bald darauf entschuldigte er seinen Gimmur mit dem Hinweis auf Agrippa, der dem Kaiser Augustus einen ähnlichen Rat gegeben habe¹⁾.

Doch gelang es Herzog Wilhelm, der dem Könige seinen Standpunkt darlegen ließ und die Unterzeichner der Warscher Gravamina als „Rebellen, Meuchelbige, Aufstörer und Konspiranten“ hinstellte, den Monarchen umzustimmen, sodaß Sigismund III ihm gestattete, gegen sie das heimliche Verfahren zu eröffnen. Vielleicht, daß beim Könige das Mißtrauen, das er gegen einen Teil der Polländer wegen ihrer schwedischen Sympathien hegte, auch gegen den litaländischen Adel geweckt worden war. Als dann Herzog Wilhelm 1505 in Warschau die Erbhuldigung geistet hatte, glaubte er seiner Sache ganz sicher zu sein und verließ auf zwei Jahre das Land. Es schien nun, als würde

¹⁾ Schreiben Magnus Kolbes an Herzog Wilhelm vom 23. August und 28. September 1504. Gindgenzige Kopie im Earl Ritterschaftsarchiv.

seine Abwesenheit der Sache des von der überwiegenden Mehrheit des Adels aufrichtig gewünschten Friedens dienlich sein, jedenfalls ließ sich der Landtag, den Herzog Friedrich zum Februar 1608 nach Müna berief, sehr versöhnlich an. Johann Ketler auf Amboten und Levin Bülow auf Dondangen traten auf den Wunsch beider uneinigten Teile als Vermittler auf und der Landtagschluß kam in der Hauptsache einem Siege der herzoglichen Sache gleich. Herzog Friedrich erkannte den doppelten Rosßdienst als einen nur durch die außerordentliche Sachlage veranlaßten an und versprach eine Hafenregulierung vorzunehmen. Der Rosßdienst soll auf herzogliches Aufgebot sich stellen, die Landsassen in Person aber nur, wenn der Herzog selbst auszieht. Die „ungehöhnlichen Pflichtdienste“, wie sie Herzog Wilhelm gefordert, will der Herzog Friedrich, der hier auch stets für seinen Bruder handelt, nicht mehr verlangen. Dagegen erkennen die Landsassen die Rekognitionenverpflichtung an, über die Frage, ob die knieende Stellung bei dem Akte der Rekognition in Anwendung kommen soll, will sich der Herzog mit seinem Bruder bereden, ein günstiger Entscheid in dieser doch mehr nebensächlichen Formfrage scheint dem Adel in Aussicht zu stehen. Der Landtag heißt die Doppelregierung gut, doch sollen die Pflichten der Landsassen deshalb nicht verdoppelt sein, er verzichtet auf den Anspruch, daß über Edelleute das herzogliche Kriminalgericht nicht kompetent sei. In der Frage des Indigenates erklärt der Herzog, daß er zu den Ämtern Einzöglinge, „soweit sie tüchtige Personen seien und er sie seiner Gelegenheit nach behandeln könne“, sich empfohlen sein lasse er will es also wie sein Vater halten, aber sich prinzipiell nicht die Hände binden.

Dieser Kompromiß, der von der Einsicht der Vermittler und dem gesunden Maßhalten der Berater Herzogs Friedrich Kunde gab, war den radikaleren Elementen auf beiden Seiten nicht genehm. Diejenigen Landsassen, welche Herzog Wilhelm dauernd unschädlich machen wollten und in dem Ritterschaftshauptmann Johann Kolbe, seinem Bruder Magnus und später in seinem Nachfolger Otto von Grotthuß auf Rapseden ihre geistigen Häupter fanden, hielten die Nachgiebigkeit des Landtages für sehr bedauerlich und sahen in ihr nur ein Zeichen auffallender Schwäche. Daß aber Herzog Wilhelm seinen Groll gegen die Häupter der Opposition nicht begraben hatte, sollte sich bald zeigen.

Es war für die dauernde Befriedung des Landes ungünstig,

daß dieser Vertrag nicht auch die bereits erhobenen Klagen und alten Mißthelligkeiten aus der Welt schaffte. Prinzipiell war der Friede hergestellt, aber sollte auch denen nichts nachgetragen werden, die besonders auf dem Bausker Landtage die Herzöge verletzt hatten, die diese als Rebellen ansehen und die gerichtlich zu verfolgen der polnische König ja gestattet hatte? Hier gingen die Meinungen wohl auseinander. Die Opposition glaubte oder gab sich den Schein zu glauben, als ob durch den Friedenslandtag von 1606 wirklich die allgemeine Eintracht wieder hergestellt sei und alles vergessen und vergeben sein mußte. Ganz anders sah Herzog Wilhelm die Sache auf. Als er im Herbst 1607 von seiner Reise heimkehrte, ließ sich einer der alten Gegner, der Ritterschaftshauptmann Johann Kolbe in Gollingen bei ihm melden, um ihm zur glücklichen Heimkehr zu gratulieren. Welche Gesinnungen ihn dabei leiteten, ist nicht ganz sicher. Herzog Wilhelm sah aber in dem Erscheinen des verhassten Gegners eine persönliche Verhöhnung und ließ ihn durch seinen Rat Berg sagen: „Er sollte vor seine Augen nicht kommen, oder wolte Ihm treten, daß u.“ Es sollte verhängnisvoll werden, daß Herzog Wilhelm die alten Streitigkeiten nicht auf sich beruhen ließ, denn nun war die mit dem, wie sie meinte, faulen Frieden, wenig einverständene extremere Gruppe der Landschaft entschlossen, den Kampf wieder aufzunehmen. Die Mißthelligkeiten nahmen bald einen überaus scharfen Charakter an und die Zwistigkeiten Herzog Wilhelms mit dem Adel Groluns und Bittens trugen nur dazu bei, das Feuer der Zwietracht im Herzogtum Kurland zu schüren. Im Jahre 1610 starb zwar Johann Kolbe, aber in Otto von Skotshuf auf Kapfeden, der ihm als Ritterschaftshauptmann folgte, erhielt der Adel einen Führer, der durch Bildung, Energie und den Glauben an die Gerechtigkeit seiner Sache zu einem gefährlichen Gegner werden mußte. Obwohl selbst nicht persönlich, wie die Kolbes, am Kampfe interessiert, vertrat er die Rechte des Standes, dem er angehörte, mit Feuer und Hingebung, weil er ihn durch Wälfur fürstlicher Lannen bedroht glaubte. Auch er ist in seiner Opposition weit über das erlaubte Maß hinausgegangen, aber er bleibt trotzdem eine persönlich sympathische Erscheinung und es röhrt mit mancher Schroffheit aus, daß er später ein ehrlicher Freund des herzoglichen Hauses wird und ihm in Treue dient. Zunächst trat aber Magnus Kolbe in den Vordergrund der Action.

Im Jahre 1610 ließ Herzog Wilhelm Magnus Rolde vor ein adliges Lehngericht (*Pares curiae*) in Goldingen zitieren, um sich wegen der verweigerten Recognition zu verantworten. Ihm wurden, da er nicht erschien, aber durch Bevollmächtigte die Gefesphchkeit eines solchen Gerichts bestritt und nur Herzog Friedrich zum Lehnhende verpflichtet zu sein erklärte, seine Rolde'schen Güter aberkannt und die gerade in Goldingen in nicht geringer Zahl anwesenden Edellente, deren Hülfe Rolde anrief, mischten sich in die Sache nicht ein. Fast scheint es, als ob sie die Person des schroffen Mitbruders fallen lassen wollten, um desto energischer ihre Sache zu vertreten. Sie begehrten zur Beilegung ihrer Beschwerden einen Landtag, die Herzöge aber stellten sich auf den Standpunkt, daß jene durch den Landtag von 1606 behoben seien und keine Veranlassung zu Landtagen vorliege. Rolde klagte nun in Warschau beim Könige¹⁾ und erwirkte von diesem einen Befehl, der dem Herzoge die Zurückgabe Rolde's an Rolde auferlegte, da das Lehngericht ungesetlich gewesen sei. Doch wurde noch im Juni 1611 ein letzter Versuch, den Streit gütlich beizulegen, gemacht. Rolde erklärte dem Herzoge Friedrich brieflich, daß er eines Besseren belehrt sei und sein Unrecht einsehe, und der Herzog, sowie Otto Schenking, der Bischoff von Wenden, der damals der piltenschen Anlegenheiten wegen im Lande weilte, übernahmen im Verein mit anderen Vertrauenspersonen das Vermittleramt. Schon war in Audum ein Vertrag entworfen, der nach den nötigen Entschuldigungen Rolde's ihm die Rückgabe seiner Güter gewähren sollte, aber Rolde verwarf ihn und kam nicht nach Audum. Rolde konnte sein Ziel eben auch ohne Vergleich erreichen: dem königlichen Befehle hatte sich Herzog Wilhelm nicht gefügt, er hatte vielmehr seinen Rat Heinrich von Hummel nach Warschau entsandt und es durchgesetzt, daß die Angelegenheit während des nächsten Reichstages entschieden werden sollte, freilich nicht ohne Mühe, denn es war am Hofe König Sigismunds eben damals über bemerkt worden, daß die kurländischen Herzöge eine Botschaft protestantischer Fürsten an den Schwedenkönig durch Kurland hatten passieren

¹⁾ Vgl. Dogiel Cod. dipl. Pol. V Nr. CXXIV. Ferner sind hier Schriftstücke des Ritterschaftsarchivs berücksichtigt, besonders die von Chr. von Girds am 8. Januar 1612 verfaßte „*Brevis recapitulatio eorum, quae Warsawiae ad Maximianum Principem D. Wilhelum Cur et Sem Ducem perscripta et transmissa sunt*“.

lassen. Als aber der Reichstag zusammentrat, blieb den Abgesandten Herzog Wilhelm, Christoph von Jülich und Lorenz Cice nicht verborgen, daß die Stimmung für ihren Herrn außerordentlich ungünstig war. Sie wünschten daher, daß der eben damals in Lüttichburg in Preußen weilende Herzog selbst nach Borschau komme, seine persönliche Autorität geltend mache und den Streit mit Kolden durch freiwillige Rückgabe Kalletens an diesen beende. Sie erwirkten daher unter dem Vorgeben, sich die zur Führung der Sache erforderlichen Akten erst beschaffen zu müssen, eine acht tägige Frist, um für die Verwirklichung ihrer Absichten Zeit zu gewinnen. Allein der Herzog wollte nicht nachgeben und so wurde denn nach dem Verstreichen jener Frist ohne Rücksicht auf weitere Einreden von dem Königl. Relationsgerichte, dem die Sache überwiesen war, das Urtheil gefällt. Es lautete dahin, daß Kolden seine Güter wieder erhalten solle und der Herzog alle Kosten zu tragen habe. Die pilsnischen Landräthe sollten das Urtheil exekutieren und für den Fall, daß Herzog Wilhelm sic daran hindern würde, wurde ihm eine Fön von 30000 ungar. Gulden angedroht. Kolden wurde außerdem von der Gerichtsbarkeit Herzog Wilhelms befreit und der Hierrendarm des Reichs legte gegen die herzogliche Doppelregierung einen Proceß an. Bei dieser Sachlage wurde in Königsberg, wo sowohl Herzog Wilhelm mit seinem Rat Spanblau, als auch Magnus Kolden weilten, im October 1612 nochmals versucht, die Angelegenheit durch einen Vergleich beizulegen, als dessen Vermittler die Kurfürstin Anna, Herzog Wilhelms Schwägerin, und ihr Gemahl, der Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg fungieren sollten. Doch noch ehe es zu einem gebrüchlichen Abschlusse kommen konnte, hatte in Gegenwart der pilsnischen Landräthe Heinrich Tonhorst im Interesse Koldes sich mit Gewalt des Hofes Kalleten bemächtigt, obwohl Hermann Grotthuis vom Herzoge in den Besitz desselben eingewiesen worden war, und sogleich wurden die Verhandlungen abgebrochen. Im folgenden Jahre nun kam es zu einer Beilegung des Landlages, die von den Herzögen bisher unterlassen worden war, und damit zu einer Erneuerung des Verfassungsaampfes.

Der polnische König entsandte nemlich den Kammerherrn Hermann Maydel und den Sekretär Jakob Hedemann mit dringender Forderung nach Kurland: das Land möge für den Krieg Polens gegen Schweden Kontributionen bewilligen. So mußte Herzog Friedrich

(Wilhelm wollte gerade im Auslande) den Landtag nach Doblen berufen. Gleichzeitig wurde für die Landesangelegenheiten ein Landtag nach Lüdum zum 29. November angesetzt. Essenziell war dabei der Wunsch maßgebend, daß die Landesherren nicht auf demselben Landtage, auf dem die königlichen Boten anwesend waren, zur Sprache kämen. Trotz der Eitelkeit des Adels, entweder jetzt die Landesbeschwerden zu erledigen oder doch vor dem polnischen Reichstage zu diesem Zwecke einen Landtag an einen geeigneteren Ort zu berufen, kam es zu keiner festen Zusage und als gar die Nachricht anlangte, die Herzöge hätten die Landschaft in Warschau „übel angegeben“, beschloß diese eine Gegenschrift nach Polen zu senden und zum nächsten Reichstage eine Legation zu schicken. Der Ritterschaftshauptmann Grotthuß bekam den Auftrag, deren Instruction auszuarbeiten und, falls der Herzog keinen Landtag ausschreibe, von sich aus die Landassen zusammenzuberufen, um ihnen jene vorzulegen. Das tat denn auch Grotthuß alsbald am 9. Oktober und damit geschah ein revolutionärer Schritt, denn die Berufung des Landtages war eine Prerogative der herzoglichen Gewalt. Da die Abreise der Gesandten sich nicht so schnell bewerkstelligen ließ, so bevollmächtigte der Landtag den in Warschau weilenden Magnus von Kolbe, dem Könige seine Beschwerden zu übergeben. Kolbe entledigte sich seines Auftrages und zwar in verletzender Form: den Herzog Wilhelm beschuldigte er kurzweg der Tyrannei (*Saevitia*). Indem der lurländische Adel die Entscheidung über seinen Streit mit den Herzögen in die Hand Polens legte, beging er einen Akt großer polnischer Kurzsichtigkeit. Schon 1589 hatte der polnische Reichstag beschlossen, daß im Falle Aussterbens des herzoglichen Hauses Kurland direct eine Provinz Polens werden solle, die letzten Absichten der Polen waren also in Kurland nicht unbekannt. Dagegen mußte es der Politik Polens dienlich sein, den Adel durch weitgehendes Entgegenkommen bei seinen Streitigkeiten mit den Herzögen sich zu verpflichten, ihm den Gedanken an eine dereinstige Vereinigung mit Polen in sympathischer Beleuchtung erscheinen zu lassen. Daher ließ sich die polnische Krone die Gelegenheit nicht entgehen in die lurländischen Dinge einzugreifen und die herzogliche Gewalt zu diskreditiren: der König ertheilte auf Kolbes Beschwerde der Ritterschaft das Recht, wenn nöthig, auch ohne die Herzöge zu einem Landtage zusammenzutreten. Zunächst aber erging an jene die Mahnung, einen Landtag zu berufen.

und gegen Herzog Wilhelm ein Kontumazialurtheil, das ihm, da er das im Jahre 1811 gefällte Urtheil nicht ausgeführt habe, die Pönn von 30000 ungarischen fl. wirklich auferlegte.

Die Herzöge versuchten nun, den Adel einzuschüchtern und erließen gegen die meisten der 24 Edelleute, die an der Doblener Versammlung theilgenommen, Citationen zum Kriminalgericht in Warschau. Gleichzeitig wurden etliche Edelleute nach Putau berufen und ihnen hier die Frage vorgelegt, ob sie mit den von Kolbe übergebenen Beschwerden einverstanden seien. Sie erwiderten, daß sie, ohne Kolbe befragt zu haben, sich von ihm nicht lossagen könnten. So scheiterte der Versuch, die Gegner zu trennen, in seinen Anfängen, trotzdem aber trat immer wieder die Tatsache zu Tage, daß die Opposition sich in der Hauptsache doch nur auf einige Kreise beschränkte und es nicht so leicht war das ganze Land gegen seine Herrschaft mobil zu machen. Als Grotthuß von sich aus Aufschreiben zum Landtage ergehen und in üblicher Weise an die Kirchentüren anschlagen ließ, wurden sie von diesen vielfach abgerissen, zwar wie Grotthuß meinte, von kaiserlichen Offizieren, aber auch von vielen „Kirchspielsjüngern“ wurde sehr darauf getrapet und gescholten, daß man ohne ihre Erlaubnis solche Aufschläge mache. Bald darauf trat ein Teil der Landstaden im Januar 1815 zu Raga unter Grotthuß' Leitung zusammen. Die Versammlung zählte nur 19 Mitglieder, aber den Mangel an Zahl ersetzte die Energie ihrer Führer. Sie nahm in einem Schreiben an Herzog Wilhelm in energischer Weise für Kolbe Partei und warnte ihn vor seinen bösen Rathgebern. Man machte sich ferner den König durch den Beschluß geneigt, die in Doblen bewilligten Subsidien Gelder ohne den Herzog aufzubringen und entsandte dann Grotthuß selbst nach Warschau, um dort die peinlich angeklagten Edelleute zu verteidigen, die Privilegien des Adels zu vertreten und, falls nötig, die Befreiung der Belagerten von der herzoglichen Gerichtsbarkeit zu erwirken. Die Semgaller aber traten diesen Beichlüssen der Rurländer nicht bei, sonderten sich von ihnen ab und schlugen ihnen schriftlich vor, „noch gütliche händel beyn Fürsten zu suchen“.

So ritt denn Grotthuß nach Warschau, aber hierher begaben sich auch die beiden Herzöge Friedrich und Wilhelm mit ihren Räten. Als sie sahen, daß ihre Aussichten ungünstig lagen, wollten sie ihre Klage gegen die von ihnen Citirten überhaupt nicht vorbringen und

so einer Erörterung der kurländischen Fragen vorbeugen. Aber trotz der Unterstützung, die ihnen ihre Schwester, die Fürstin Radziwiłł, zu teil werden ließ, brachte es Grotthuß dahin, daß sie schließlich jene Klage bei König und Senat einbringen mußten. Obwohl ihre Sache noch durch ein Vermittlungsschreiben des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen dem Könige empfohlen war, stellte, nachdem im Senat über die Klage der Herzöge selbst kein rechtsverbindlicher Beschluß zu stande gekommen war, am 12. April 1815 der König eine Urkunde aus, in der er alle Privilegien des Adels hierlich bestätigte, und befreite wenige Tage später die 24 Signierten und ihren Anhang, im ganzen 31 Personen, von der Gerichtsbarkeit der Herzöge¹⁾. Herzog Wilhelm hatte aber in Erwartung dieser Dinge schon vorher Warschau verlassen.

War ein prinzipieller Sieg der Opposition damit auch noch nicht erfochten, so konnte die in Warschau herrschende Stimmung doch nur ermutigend auf sie wirken. Trotzdem fand Grotthuß, als er mit einem königlichen Manifest, das einen Landtag anordnete, heimkehrte, im Lande nicht die erhoffte Befriedung, der größte Teil der Landbesitzer wollte seinen Frieden mit der Landesherrschaft schließen und fürchtete die Gefahr mit Polen direkt vereinigt zu werden; man wußte, durch die Erfahrungen der Litwänder gewarnt, daß dann Nationalität und Konfession gleichermaßen in Gefahr kommen würden. Gegen diese Stimmungen und Anschauungen schrieb Otto von Grotthuß seine „Apologia für den kurländischen Adel“, die indessen nie gedruckt, sondern nur handschriftlich verbreitet wurde, um das bisherige Verfahren im Lande zu rechtfertigen und die Bedenklichen zu sich hinüber zu ziehen. Er wandte sich auch besonders gegen diejenigen, die in dem Verhalten der Opposition eine Gefährdung der Rationalität sahen, eine solche liege nicht vor, übrigens müsse jeder zugeben, „daß bloß mit der Sprache der Obrigkeit ohne Privilegien, und mit Dienstbarkeit keinem Lande und gemeinen Nutzen groß gedient sey“. So sehr hatte selbst ein Mann wie Grotthuß in der Leidenschaft des Parteilampfes des Landes allerwichtigste Interessen aus dem Auge verloren.

¹⁾ Auch in Preußen hatte die polnische Krone das Mittel zur Schwächung der Herzoglichen Gewalt angewandt, Untertanen königliches Geleite zu verleihen und sie so von der landesherrlichen Jurisdiction zu eximieren. Vergebens hatte Herzog Albrecht dagegen angekämpft.

Es war die Schwüle des Gewitters, die über den Gemüthern lagerte, als am 10 Juni die von Grotthuß zusammentgerufenen Landboten sich in Riga einfanden, um die königliche Antwort zu vernehmen und weitere Schritte zu beraten¹⁾ Daß zunächst noch die besonnenen Elemente die Oberhand hatten, zeigt der Umstand, daß man dem Wunsche der Herzöge entsprechend beschloß, sich am 24. Juli zu einem Vergleich in Mitau einzufinden und irgends von weiteren Schritten abzusehen; der Rat der Stadt Riga war von den Herzögen dabei zur Vermittelung aufgefordert worden.

Der Mitauer Landtag trat aber bereits unter drohenden Anzeichen zusammen, die Herzöge hatten geworbene Reiter und Fußvölk, sowie 300 bewaffnete Bauern zusammengezogen, die Straßen besetzt und der Bürgererschaft Mitaus die Weisung zugaben, sich auf den ersten Befehl bewaffnet einzustellen, und aus Riga war, wie es hieß, ein Heer mit zwei Schwertern von Herzog Wilhelm verschrieben worden. Als sich eine Abordnung des Adels auf das Schloß begab, um die Gravamina der Landschaft zu überreichen, wurde ihr im Namen der Herzöge eine in scharfer Form abgefaßte Schrift vorgelesen, welche die durch Anreizung „ebllicher weniger ruhiger widerwärtiger Personen“ entstandene „Empörung“, die unzulässigen Beschlüsse der Dablenener Versammlung und besonders Magnus Rolbes Tätigkeit in Warichau ihr hart vorhielt und sie drohend zur Erklärung darüber aufzuforderte, ob die Landboten sich mit allen Schriften Rolbes und Grotthußens identifizieren wollten. Die Entgegnung einer Beantwortung wurde abgelehnt, wenn die Abgesandten des Landtages sie nicht selbst auf dem Schlosse übergeben würden. So entstand der Argwohn, daß die Fürsten die Häupter des Adels auf jede Weise in ihre Gewalt bekommen wollten und selbst der Absicht durch Rigas Vermittelung den Zwist beizulegen muß die Opposition geheime Hintergedanken hegte. Da traf es sich zum Unglück, daß Magnus Rolbe, der in Geschäften des polnischen Königs nach Riga zog, mit seinem Bruder Gotthard in Mitau antraf. Es ist nicht hinlänglich sicher, ob sie an den Verhandlungen des Landtages teilzunehmen beabsichtigten oder ob ihre Anwesenheit in Mitau so harmlos war, wie die Opposition 'pater be-

¹⁾ Ob die Herzöge in Riga anwesend waren kann nach einer wahrscheinlich von Otto Grotthuß herrührenden Denkschrift vom 17-27 Nov. 1817 fraglich erscheinen.

hauptete, und ob sie gar selbst die Landboten zum Frieden gemahnt haben. Jedenfalls hat man im Schlosse das Gegentheil geglaubt und besonders Herzog Wilhelm sah in Magnus Kolbe's Anwesenheit eine Gefohr und einen Hohn auf seine herzogliche Würde. So kam es zu einer unerhörten Gewalthat, die die Sache Herzog Wilhelms rettungslos diskreditirte. Es war in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr, als eine Anzahl Bewaffneter in die Wohnung der Kolbe, — sie waren im väterlichen Hause (in aedibus paternis) abgestiegen¹⁾ — einbrangen. Magnus Kolbe wurde, bloß mit dem Hemde bekleidet, aus dem Bette geholt und unter Mißhandlungen mit seinem Bruder Gotthard und Engelbrecht von Mengden auf die Straße hinausgezerrt. Bei der nicht ferne von der Drixe belegenen Gildstube wurden beide Brüder Kolbe mit der Hellebarde niedergestoßen und ihre Leichen verstümmelt.

Engelbrecht von Mengden dankte der Fürsprache zweier Räte Herzog Wilhelms, Karl Lokwin und Georg Vinßtau, sein Leben. Otto von Grotthuß, der auch nicht sicher gewesen wäre, glückte es zu entkommen. Vergeblich jagte ihm Frommhold von Saden, ein Parteilanger Herzog Wilhelms im Stift Pilsen, mit dreißig Bewaffneten nach, auch Engelbert von Vietinghoff, dem man nachstellte, entging den Häschem.

In Gegenwart der genannten Räte Herzog Wilhelms und anderer Leute seines Hofes war der Mord an den Kolbe verübt worden und es wurde die Urheberschaft an ihm allgemein dem Herzog Wilhelm zur Last gelegt. Daß er an ihm nicht unschuldig war, ist kein Zweifel²⁾; wie weit seine Instruktionen gereicht haben, ob er nur den Auftrag gegeben hat, die Kolbe auf jeden Fall in seine Gewalt zu bringen, um dann ein gerichtliches Verfahren gegen sie zu eröffnen, das sind alles Fragen, die heute und vielleicht noch für längere Zeit im Dunkel gehüllt sind. Herzog Friedrich aber hat stets beteuert, und wir haben keinen Grund das zu bezweifeln, daß er von dem Anschläge gegen die Kolbe nichts gewußt habe. Zunächst wurde am Hofe eine gewisse Fröhlichkeit zur Schau getragen, aber es war ein großer Irr-

¹⁾ Nach einer anderen Nachricht in der Herberge bei Witten Pland

²⁾ Das erweist das Zeugnis Herzog Friedrichs, siehe E. Geragh. in „Aus Kurlands herzogl. Zeit“ S. 44.

tum, wenn Herzog Wilhelm von Siger zu sein g'aupte. Tatsächlich hat ihm der Koldesche Kord eine endgültige Niederlage zugezogen, die er sonst wohl hätte vermeiden können.

Die Familie der Hingeworbenen legte gegen die blutige Tat am königlichen Hof Rechtsverwahrung ein und gleichzeitig (am 5. Oktober überreichte auch Otto von Gronhuß dem Könige eine Supplikation, die den Mord eingehend berichtet und über ihn noch heute unsere Hauptquelle ist¹⁾). Die Folge war, daß schon am 13. November (n. St.) eine Kommission eingesetzt wurde, an deren Spitze Otto Schenking trat, derselbe, der als Renegat und katholischer Bischof von Wenden in der Geschichte Polens eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Ihre Aufgabe sollte es sein, in Kurland die Koldesche Angelegenheit zu untersuchen, die Beschwerden zu erledigen und die Unterthanen vor weiteren Gewalttaten zu sichern, dann aber auch über die Organisation des Gerichtsweßers Verfügung zu treffen. Eine Ergänzung der Instruktion (vom 7. Januar [n. St.] 1616) bestimmte ferner, daß von dieser Kommission nicht an die gewöhnlichen Gerichte appelliert werden dürfe.

Am 21./11. Januar 1616 erging an die gesamte Ritter- und Landknecht das Ausschreiben eines Landtages in Mitau und auch an die Herzöge wurde eine Zitation erlassen. Dessen mußte alles daran liegen, den Landtag und die Kommission zu hinterstreifen, Herzog Friedrich ließ daher durch seine Räte Hermann von Well, Joachim Pfaff und Werner Hemmer in Wiga vor dem dortigen Bischofskapitel Petrus Laszkowski gegen jeden Eingriff in seine Rechte protestieren. Herzog Wilhelm aber nahm die Zitation nicht einmal entgegen. Dieser ungeachtet eröffnete die Kommission am 22./12. Januar in der Stübube zu Mitau ihre Tätigkeit. Am 25. lief eine Klage von Otto von Gronhuß darüber ein, daß Herzog Wilhelm durch den holländischen Gouverneur Wolmar Jarembach, den übel beleumundeten Sohn Jürgen Jarembachs, den er mit einem Haufen Bewaffneter in seine Besitztümer gekommen hatte, den Adel daran hindere, zum Landtage nach Mitau zu eilen. Während sich Herzog Friedrich am 26. entschließen mußte, die Kommission anzuerkennen und den Landboten

¹⁾ Für die Geschichte der polnischen Kommissionen von 1616 und 1617 siehe auch Dr. Th. Schiermann: Die Argumentation und die kurländischen Statuten von 1617, Einleitung.

freies Geleit zu sichern, wurden zu Herzog Wilhelm nochmals Delegirte abgeschickt; am 29. begannen die Verhandlungen über die von der Landschaft eingereichten Beschwerden, die in 51 Fragen zusammengefaßt wurden und das Verhör über den Koldeichen Fall. Schon wurde die Frage gestellt, ob nicht die ausländischen Räte die Urheber allen Übels seien, und so den Fürsten angedeutet, daß sich ihnen ein Ausweg biete, wenn sie ihre Räte opferten. Die inzwischen von Herzog Wilhelm, der noch in Aug. weilte, zurückgekehrten Delegirten überbrachten allerdings die Nachricht, daß er der Kommission Rede stehen wolle, klagten aber über die brutale Behandlung, die ihnen unterwegs Farenbach hatte angedeihen lassen, „Hundesöhne“ hatte er sie geschimpft, es war zu Lärcheiten gekommen, mit knapper Not waren sie Schlimmerem entgangen.

Am 30. Januar langten die Gesandten Herzog Wilhelms, Dr. Christoph Wppe und Bernhard von Bietinghof, in Mitau an, sie, der Leutnant Döwals Tornow und der Sekretarius Balthasar Holtzschur sollten seine Sache führen. Zunächst ging die Kommission auf des Herzogs Verteidigungsschrift nicht ein, sondern verlangte durch Abgesandte, daß er gestatte, daß die an ungeweihten Orten liegenden Leichen ausgegraben würden, und daß er seine Gesandten anweise, die Beschwerden der Ritterschaft zu beantworten. Der Herzog erklärte nun, gegen den erstgenannten Wunsch nie etwas gehabt zu haben, den zweiten aber nicht erfüllen zu können, ehe seine Beschwerden gegen die Landschaft erledigt seien. Nun stellte auch Herzog Friedrich die Berechtigung der Kommission außer dem Koldeichen Falle auch die Beschwerden der Landschaft zu untersuchen in Abrede, da dafür der Landtag das kompetente Forum sei, auch seien die Landboten keineswegs in dem Entschlusse einig, ihre Beschwerden vor die Kommission zu bringen. Nach einigen Verhandlungen und dem vergeblichen Versuche der Ritterschaft zu verbieten ihre Beschwerden den Kommissarien vorzulegen, beharrte er bei seiner Haltung. Da erklärten diese, sie würden heimreisen, da man sie an der Erfüllung ihrer Pflicht hindere, Wanten aber der Forderung des Herzogs, den von ihnen bis zur Erledigung der Beschwerden des Unterthanenstandes entbundenen Adel wieder zum Gehorsam gegen die Herzöge zu verpflichten, nicht entsprechen. Das hätte, bis der König und Reichstag die Sache entgiltig ordneten, einen ganz unhaltbaren Zustand zur Folge gehabt, der Herzog wäre

im eigenen Lande doch nicht Herr geblieben. So gab er nach, er erkannte die Kommission an und versprach ihre Dekrete im Semgallen zu vollstrecken. Nachdem nun am 11./1. Februar die Leichen der Kolben unter dem Geleite der Kommissarien feierlich nach Inga gebracht worden waren, um dort im Dom beigesetzt zu werden, wurden das Verhör und die Erörterungen der Beschwerden des Landtages begonnen. Die privaten einzelner Landkassen gegen Herzog Friedrich wurden erledigt, für die öffentlichen ein zwölfwöchentlicher Termin anberaumt, an dem die ganze Frage vor König und Senat gebracht werden sollte. Nach einigen Zwischenfällen stellte nun die Kommission das alte Untertanverhältnis zwischen Herzog Friedrich und den Landkassen her und unterstellte ihm auch den holländischen Adel der ausdrücklich nochmals keines dem Herzog Wilhelm geleiteten Untertanereides entbunden wurde. Die von der herzoglichen Gerichtsbarkeit schon früher Eximierten sollten es noch wie vor sein, Herzog Wilhelm wurde die Ausübung jeder Gerichtsbarkeit verboten und ihm befohlen, in 14 Tagen seine Truppen zu entlassen. Allen etwaigen Versuchen die Plünderer im Lande beilegen, wurde durch das Verbot ohne königliche Genehmigung einen Landtag abzuhalten ein Riegel vorgeschoben. Offenbar war man nicht im Urklaren, daß trotz allem noch immer keine ganz kleine herzogliche Partei existierte. Wäre Herzog Wilhelm die Versöhnung mit Polen gewünscht, so wäre in der Tat die Opposition in Kurland nicht siegreich geblieben. Es kam alles darauf an, jene herbeizuführen, ehe der Terrorismus der frondierenden Gruppe weitere Kreise für sich gewann. „Es ist“ — schreibt Juh Elodt von Jurgensburg, der damals als schwedischer Agent die holländischen Angelegenheiten erforchte, an Gustav Adolf — „noch still in Kurland, nur daß die vom Adel, so dem Herzog abfeindlich werden, deren nicht wohl über 20 möglich sein, die anderen, so noch beständig bei ihrem Herrn verharren, aufs eifrigste verfolgen und in Polen anzuzeigen“.

Doch die Kommission ging rücksichtslos vor. Am 29./19 Februar einkaufender Prozeß Herzog Wilhelms wurde, wie schon ein früherer, nicht beachtet und die Kommission schickte sich an, nach Wilken aufzubrechen, um auch im Osten die Dinge zu ordnen. Aber sie mußte, da Herzog Wilhelms Truppen Hohenpoh, die Hauptstadt des Landes, besetzt hatten, umkehren; am 4. März schloß sie in Witau ihre Tätigkeit. Der Landtag delegierte nach Warschau den Ritter-

schaftshauptmann Otto von Grotthuß, noch einen andern Otto von Grotthuß und Heinrich von Plattenberg ab, um die Rechte der Ritterschaft dort wahrzunehmen und falls der König mit den Fürsten „der Schärfe nach procedire“, durchzusetzen, daß bei einer Einteilung des Landes in polnische Starosteien kurländische Edelleute zu Starosten ernannt würden. Im Sommer versuchte Herzog Friedrich noch einmal die entschieden vorhandene Uneinigkeit in der Landschaft zu benutzen; er erließ für sich und den abreisenden Bruder am 28./18. Mai aus Grünhof ein Universal an den Adel beider Fürstentümer, in dem er diejenigen, die mit den der Kommission eingereichten Beschwerden nicht einverstanden seien, aufforderte, ihre Namen zu unterzeichnen. Wer es nicht thäte, den werde er „billig vor schuldig achten und solches Rechtlich zu Lyffern wissen“. Die nach Warschau entsandten Vertreter der Landschaft warnten von dort aus dringend ihre Mitbrüder sich vom Herzoge einschüchtern zu lassen. Kaum hätte es dessen bedurft, denn die Entscheidung war in Polen inzwischen gefallen.

Zum angelegten Termin waren nämlich die kurländischen Angelegenheiten vor König und Senat gekommen. Sie erklärten sich gegen die Herzöge, warfen ihnen Mißachtung königlicher Befehle vor und bezeichneten die Teilung der Gerichtsbarkeit, das Verbot der Appellation an den königlichen Hof, die kneende Lehnsbuldigung und die Schaffung eines herzoglichen Hofgerichtes statt eines Adelsgerichtes für ungesetzlich. Zeigte sich hier das beste Verständnis des polnischen Adels für die Wünsche seiner kurländischen Standesgenossen, so brachte eine weitere Behauptung des Senats Licht darüber, in welchem Sinne Polen seine Einmischung in die kurländische Frage zu benutzen gedanke. Plötzlich hieß es nämlich, der Angelpunkt (Cardo) der ganzen Angelegenheit sei die Unterdrückung der katholischen Religion und die Verhinderung ihrer freien Ausübung. Der Sinn dieses Satzes konnte kaum zweifelhaft sein, Duldung der katholischen Kirche hieß in diesem Falle kaum weniger als Vorbereitung zu ihrer Alleinherrschaft, und so mußte die Befürchtung entstehen, daß auch Kurland in die Kreie der Gegenreformation hineingezogen werden würde, das mochte doch auch manchem im Lande die Augen darüber öffnen, wohin die Vereinzelnung Polens in die Verhältnisse des Herzogtums schließlich führen mußte.

König und Senat brachten die Angelegenheit vor den Reichstag

und die Herzöge wurden vor ihn zihert, um sich zu verantworten. Da Wilhelm nicht erschien, so wurde er am 4. Mai in contumaciam verurteilt und des Herzogtums entsetzt, Herzog Friedrich aber, der schon in Witau während der Tagung der Kommission seine Sache von der seines Bruders getrennt hatte und deshalb mit diesem selbst in gespanntem Verhältnisse stand, ließ sich durch seine Räte Michael Monteuffel und Kaspar Dregling vertreten. Er wurde am 7. Juli a. St. 1618 „aus reiner Gnade“ des Königs in seiner Würde belassen, falls er vor der Kommission sich durch einen Eid von dem Verdachte der Mitschuld am Roldeschen Morde reinige. Vielleicht weil seine Kränklichkeit und Kinderlosigkeit einen gar zu langen Fortbestand der Dynastie doch nicht wahrscheinlich machten. Man beschloß eine zweite Kommission unter dem Vorzuge des Kulmer Bischofs Johann Kuyborsch nach Kurland zu senden, die zwischen Herzog Friedrich und dem Adel vermitteln und eine Regimentsformel und ein Landrecht (Statuten) ausarbeiten sollte. Vergeblich machte Herzog Friedrich im September Versuche den König brieflich davon zu überzeugen, daß er falsch instruiert sei, und daß der spezielle Feind der Herzöge, Jakob Mademann, die Sache der Ritterschaft fälschlich zum besten wende — In diese Zeiten banger Spannung fallen die ersten Annäherungen der kurländischen Herzöge mit König Gustav Adelf von Schweden.

Obwohl damals noch durch den Krieg gegen Rußland in Anspruch genommen, hatte der König seine Blicke schon auf Livland gerichtet, er mußte es gewinnen, wollte er das dominium maris baltici und dadurch die Sicherheit vor der katholischen Reaktion der Habsburger und ihrer Bundesgenossen erlangen. Für diese Bestrebungen mußte es höchst störend sein, wenn das protestantische Kurland durch den Fall seiner Herzöge auch in den Bannkreis der Gegenreformation gezogen wurde. Und diese Gefahr schien zu drohen. So wies denn der König den berühmtesten Wolmar Jurensbach den polnischen Gouverneur in Livland, nicht ab, als dieser in verräterische Beziehungen zu ihm trat, ihm Dunamünde anbot und sich bereit erklärte zwischen ihm und den kurländischen Herzögen zu vermitteln. Er ließ also zunächst die Angelegenheiten in Kurland durch Joß Glodt von Jürgensburg sondieren, der in der That im Februar 1618 in Witau erschien. Inzwischen aber hatte der vertraute Rat Gustav Adelfs, Adam Schrapffer, die Beziehungen zu Jurensbach und dessen Agenten Sie-

nislans Heffnuch fortgeschwommen und war auch mit den lurländischen Herzögen in Beziehungen getreten. Für diese mußte die Annäherung Schwedens im verlockendsten Lichte erscheinen, Polen schien sie fallen zu lassen, vielleicht, daß Gustav Adolf sie rettete. Sie waren, wie Farnsbach im November 1616 an Schrapffer schrieb, geneigt, sich dem Schutze Schwedens zu unterwerfen, wenn Gustav Adolf vorher mit Moskau Frieden schliesse, um so freie Hand gegen Polen zu bekommen und ihnen vollkommene Sicherheit verspreche. Unter diesen Bedingungen seien sie zum Abschlusse geneigt, falls die erwartete polnische Kommission ihnen Land und Leute absprechen würde. Wilhelm war entschlossen, seine Sache mit den Waffen zu verteidigen, er hatte bereits mit dem englischen König Jakob I., dem Vater seines Sohnes Jakob, angeknüpft und ging jedenfalls weiter als sein Bruder. Er wünschte in Esthland oder in Deutschland für alle Fälle sicher gestellt zu werden und stellte in Aussicht Farnsbach zu seinem Feldobersten zu ernennen; während er dann außer Landes gehen würde, um Hilfe zu werden, möge Farnsbach, scheinbar aus eigener Entschliessung, Bindau den Schweden in die Hände spielen. Im Januar 1617 erstellte Gustav Adolf Schrapffer die Instruktion, mit Herzog Wilhelm abzuschließen: er wollte den Herzögen, wenn ein Waffenstillstand mit Polen nicht zu stande käme, mit voller Macht zu Hilfe eilen. Während des Krieges will er den Herzögen eine Pension von 15000 Talern ausfahren, bis sie ihr Herzogtum wiedererlangt haben oder sonst versorgt sein werden. Ein Handschreiben des Königs an Herzog Wilhelm, das Schrapffer diesem zugehen lassen sollte, begleitete der König mit einem eigenen Briefe, in dem auch er, wie der König, die Gemeinsamkeit der protestantischen Interessen gegenüber den „Habsblichen und ihrem aufdringenden Joche“ betonte. Während dieses Briefwechsels war aber in Mitau die Entscheidung bereits gefallen, Herzog Friedrich hatte die Verkündigung mit Polen gesucht und gefunden, er schied aus den schwedischen Projekten definitiv aus.

Am 6. Februar 1617 begann die Kommission in Mitau ihre Arbeit; Herzog Friedrich, der auf einen ihm nicht ungünstigen Ausgang rechnete, anderseits aber wohl von dem Abschlusse des russisch-schwedischen Friedens nichts wußte, der noch im Februar zu Stolbova zu Stande kam, fügte sich ihr unbedingt und der zusammenberufene Landtag oder doch die Häupter der Opposition sahen sich am Ziele

ihrer Wünsche. Die Kommission verlangte die sofortige Entlassung der Truppen Herzog Wilhelms und erklärte jeden Widerstand für Aufruhr. Herzogs Friedrichs Räte, die ihn vertraten, erwarteten mit Ruhe eine sechstägige Frist, um mit Herzog Wilhelm zu verhandeln, am 13. 3. Februar konnten sie der Kommission die Mitteilung machen, daß Friedrich alle Besitzungen seines Bruders übernehme und die festen Häuser nur mit Inländern zu besetzen verspreche. Darin lag die Anerkennung der Tatsache, daß Herzog Wilhelm seines Lebens entzieht war. Dieser aber setzte indessen durch Farenbach, der freilich den Kommissarien seine größte Ergebenheit vorheuchelte, die Anknüpfungen mit Schweden fort.

Die Rörder der Kolde waren inzwischen reiß der Gefahr gewichen und geflohen; gegen sie erging eine Citation zum Kriminalgerichte und Achtung. Dann führte die Kommission, nachdem Herzog Friedrich hatte geloben müssen, sich allen königlichen Anordnungen zu fügen, die Versöhnung (*Compositio*) zwischen ihm und den Landsassen herbei. Nachdem er dann hinsichtlich der Ermordung der Kolde den Reinigungseid geleistet hatte, sprach ihm die Kommission Semgallen als Herzogtum in aller Form wieder zu, von Kurland, dem Gebiete Herzog Wilhelms, wor dabei nicht die Rede. Das neue Verwaltungsrecht fand in der Formula Regiminis, das Landrecht in den kurländischen Statuten, die am 28./18 promulgirt wurden, seinen gesetzlichen Ausdruck.

Die Regimentsformel hob alle Landtagschlüsse seit Gründung des Herzogtums einfach auf, es war als ob ein halbes Jahrhundert kurländischer Geschichte und autonomer Entwicklung nicht existiert hätten. Die Grundzüge der Verwaltung sollten nun in der Hauptsache folgende sein. Dem Herzoge stehen als Oberräte (*Supremi Consilarii assessores*) der Landhofmeister, der rechtsgelehrte Rangler, der Burggraf und der Landmarschall zur Seite, die wohlbesitzliche eingeborene Edelleute sein sollen, daneben 2 gelehrte Räte, Doktores der Rechtsgelahrtheit, die, wenn möglich auch aus den Edelleuten zu nehmen sind. Diese Räte vertreten den Herzog in seiner Abwesenheit oder Minderjährigkeit. Sie sind zugleich das Hofgericht, das als Appellationsinstanz entscheidet in Kriminalsachen von Edelleuten ober, durch die 4 Oberhauptleute verstärkt, die erste Instanz bildet. In solchen und in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die den Wert von 500

Gulden übersteigen, kann an die königlich-polnischen Relationsgerichte appelliert werden. Es liegt ein Anstoß zu constitutionellen Regierungsformen in der Bestimmung der Regimentsformel (§ 28), daß die Oberräte berechtigt sind, den Herzog bei etwa vorkommenden Verletzungen der Rechte und Privilegien aller Einwohner des Herzogtums zu ermahnen und zu warnen“, die obersten Landesoffizianten sind eben nicht mehr als bloße Beamten des Fürsten, sondern zugleich auch als Vertreter der Interessen des Landes, d. h. in praxi doch der Ritterschaft gedacht. Das erklärt es, wenn die Ritterschaft eine offenkundige Einbuße darin erleidet, daß das Institut der Ritterschaftshauptleute in den Statuten keine Erwähnung findet. Es verschwindet, um erst im 18. Jahrhundert unter anderem Namen wieder aufzutauken. In der Zwischenzeit hatten die Oberräte für die Rechte der Ritterschaft auch dem Herzog gegenüber zu wachen, doch wurden für einzelne Fälle vom Landtage auch immer wieder besondere Delegierte erwählt, die außerhalb des Landes tätig waren¹⁾. Die erste Gerichtsstanz bildeten die Oberhauptleute von Witau und Selburg in Samogallen, von Goldingen und Tuckum in Kurland, die Assessoren zuziehen. Die Oberhauptleute rücken allmählich ins Kollegium der Oberräte auf und setzen sich ihrerseits aus den ehemaligen Hauptleuten zusammen, die meist polizeiliche und Verwaltungsfunktionen wahrzunehmen haben. Wenige Jahre später begegnen neben ihnen auch Raunrichter für die Begepolizei und Exekution der Urteile.

Bei der Ernennung der Oberhauptleute hat innerhalb dieser Schranken der Herzog freie Hand. In den Städten liegt Jurisdiktion und Polizei den Magistraten oder Räten ob, an der Kriminalrechtspflege nimmt aber meist der Hauptmann oder Oberhauptmann teil. Entsteht zwischen einem Edelmann und dem Herzog ein Streit, so wird die Sache direkt vor dem König verhandelt. Dem König bleibt es vorbehalten, freies Geleit und Sicherheit herzoglichen Unterthanen zuzusichern und die Herzöge haben dann solche zu respektieren.

Die Landtage treten regelmäßig alle zwei Jahre in Witau zusammen und zwar nur als Versammlung von Deputierten der Kirchspiele, denen die Beratungsgegenstände (Deliberatorien) zeitig mitzu-

¹⁾ Für die Entwicklung der amtlichen Vertretung der Interessen der Ritterschaft vgl. auch Freyh. v. Liewen im Genealog. Jahrbuch 1896, S. 36 ff.: „Der Landesdeputierte in Kurland“.

teilen sind. In zwingenden Fällen sind auch außerordentliche Landtage zulässig, die der Herzog nach Rücksprache mit seinen Räten beruft, tut er es nicht, so werden sie aus königlicher Autorität berufen. Wenn zur Erörterung von Beschwerden, die das Recht des Adels betreffen, der Herzog einen Landtag anzufagen sich weigert, so hat jeder einzelne das Recht, dem Könige davon Mitteilung zu machen. Findet dieser die Beschwerde begründet, so fallen alle Kosten der Mitteilung dem Herzoge zur Last. Die Landtage werden vom Marschall geleitet.

Der Hofdienst der Ritterschaft wird nur auf königliches Anhalten aufgeboten, sonst darf ihn der Herzog bei Strafe nur im Falle einer plötzlichen Gefährdung des Landes befehlen. Der Hofdienst des Adels bildet die Adelsfahne, das eigene Aufgebot des Herzogs die Hofesfahne, doch stehen beide unter der gemeinsamen Leitung des Herzogs.

Von 20 Haken ist ein Reiter zu stellen und daher eine Hakenrevision durch eine aus Edelknechten und herzoglichen Räten gemischte Kommission durchzuführen. Die Anführer der Adelsfahne werden vom Herzog aus den ihm vom Adel präsentierten Kandidaten ernannt.

War dies eine dem Adel sehr günstige Entscheidung, so war sie es noch mehr in der vielgenannten Indigenatsfrage. Der Herzog wird verpflichtet, den adeligen Titel „Edel“ nur wirklichen Edelknechten zu geben und wer Edelmann ist, darüber soll ein von Edelknechten gebildetes Gericht, die sog. Ritterbank entscheiden. So erhält der Adel die Möglichkeit, sich zusammenzuschließen, die herzoglich geminten Elemente zu exkludieren und, da die Haken der Herzoge Edelknechte sein sollten, dem vorzulegen, daß Gegner der Oppositionspartei der Herzöge Betrüger seien.

Aber in den Kelch der Freude der Sieger fielen auch einige bittere Tropfen, zunächst durch die Bestimmung, daß polnische und litauische Edelknechte auch in Ausland als solche gelten sollten, mit dieser Wendung der Dinge war man wenig zufrieden. Von weiterer Bedeutung war es, daß die katholische Religion in dem bisher streng-lutherischen Lande von nun ab mit der Augsburgischen Konfession gleichberechtigt sein sollte. Auch zu öffentlichen Ämtern sollten Katholiken gelangen dürfen. Trat ein Grundbesitzer, der alleiniger Patron einer Kirche war, zur katholischen Kirche über, so sollte er das Recht haben, sie mit allen Einkünften für sich zu behalten. Damit war in-

direkt gesagt, daß in solchen Fällen eine evangelische Kirche zur katholischen und dadurch stillschweigend auch lutherische Gemeinden katholisiert werden könnten. An solchen Fällen hat es dann in der Praxis der Folgezeit nicht gefehlt. Endlich mußte es jene Zeit als eine katholisierende Vergewaltigung auffassen, daß die Kommission die Einführung des neuen Kalenders dekretierte, der, weil er vom Papste ausgegangen war, von den protestantischen Mächten trotz seiner Vorzüge meist schroff abgelehnt wurde. Es sollte indessen tatsächlich noch Jahrzehnte dauern, ehe die neue Zeitrechnung in den allgemeinen Gebrauch überging. Noch der tüchtige Superintendent Paul Einhorn verschieb (1655) auf der Kanzel, als er eben gegen die Annahme des neuen Kalenders eiferte. Die letzten Hintergebauten polnischer Heißsporne aber enthüllte ein bei den Verhandlungen in Warschau abgegebenes Separatvotum des Kulmer Bischofs, der die lutherische Konfession in Kurland nur für eine geduldete und die Rechte der katholischen Kirche auf den einst ihr gehörenden Besitz als noch bestehende erklärt hatte.

Die kurländischen Statuten waren auch nicht in jeder Hinsicht den Wünschen der Ritterschaft entsprechend; hatte diese noch auf dem Kaiser Landtage 1615 einfach um die Erlaubnis gebeten, die piltenischen Statuten rezipieren zu dürfen, die sich an die einheimischen deutschen Rechtsgewohnheiten eng angeschlossen, so wurde nun das römische Recht bei der Abfassung der Statuten in einem Grade berücksichtigt, der dem bisherigen Rechtsleben fremd gewesen war. Der eigentliche Konzipient des Statutenbuches war der königliche Sekretär und einflüßige Rigaische Syndikus, Jakob Godemann, dem wir in der piltenischen Frage noch begegnen werden¹⁾.

Der Zustand, den das neue Staatsgrundgesetz feststellte, war ein solcher, daß es mit einer kräftigen landesherrlichen Gewalt endgültig zu Ende sein mußte und Polen stets die leichte Möglichkeit hatte sich in die Geschicke des Herzogtums einzumischen; war Polen eine königliche Republik, so wurde Kurland eine Adelsoligarchie mit fürstlicher Spitze.

¹⁾ Die Autorschaft Godemanns erwelet E. Rahler in den Arch. Sitzungsberichten 1898, S. 15. Über die größere Berücksichtigung des römischen Rechtes f. u. a. auch W. v. d. Brinden in der Dorpater Zeitschrift für Rechtswissenschaft VIII, S. 59.

Als die Kommission ihre Arbeiten beendet hatte, begab sie sich nach Posenpeth, der Hauptstadt des piltenschen Kreises, um die dortigen Verhältnisse im Sinne Polens zu ordnen. Hier erschien auch als Vertreter der Markgräfin Sophie von Ansbach der Sekretarius Jakob Godemann und erhob Klage gegen Herzog Wilhelm, der ihr die für Abtretung ihres Lehnsgutes auf Piltten zugesagte jährliche Zahlung von 1000 Fl. nicht geleistet hatte. Die Kommission erkannte nun der Klägerin am 8. April n. St. weder das Lehnsgutrecht zu und ignorierte Herzog Wilhelms Recht, das Stift einzulösen, vollständig. Sie stellte sich, obgleich der Kurfürst von Brandenburg ein Interzessions schreiben sandte und darauf hinwies, daß Piltten dem Herzoge nicht durch Belehnung, sondern nach Pfandrecht gebühre und daher nicht entzogen werden könne, auf den Standpunkt der Konstitution von 1611, die das direkte Abhängigkeitsverhältnis des Stalles von Polen beibehalten hatte. Sie erließ, ohne sich um den Protest, den Herzog Wilhelm am 14. 4. April in Goldingen gegen ihre Tätigkeit einlegte, am 9. Mai zu Posenpeth einen Abschied, der 7 Landräten, denen ein gleichfalls ablichter Landnotarius zur Seite stehen sollte, Rechtsprechung und Verwaltung zusand und das bisher neben dem Landgerichte fungierende Kedergericht aufhob. Vom Landgerichte, d. h. eben dem Gerichte der 7 Landräte, sollte bei Streitigkeiten von über 400 Gulden an die königlichen Relationengerichte appelliert werden dürfen. Ein „Landeskassen“, d. h. eine Staatskasse, wurde eingerichtet und der Hofdienst auf 80 Pferde fixiert. Der Landtag besteht nicht, wie in Kurland aus den Deputierten, sondern aus allen Eingelehenen des Kreises. Als Hauptmann (Starost) über das Schloß Piltten und die dazu gehörigen Güter wurde auf Präsentation der Markgräfin Sophie Jakob Godemann eingesetzt. Bald darauf hat die Markgräfin ihr Lehnsgutrecht an dessen Nachfolger Hermann Wandel abgetreten, der es 1633 jenem Febr. Otto Warde¹⁾ übergab¹⁾. So schien das Stift dem kurländischen Herzogshause dauernd verloren gegangen zu sein.

¹⁾ Die beiden Wandel werden nicht zusammengeworfen (so auch von Gebhardt S. 49 Anm. Berg¹⁾ Karl Sigurgöter 1794, S. 79. Wandel hat schon 1619 Godemann aus der Starostei Piltten verdrängt, nachdem er vorher mit der Markgräfin angeklagt hatte. 1621 (11. Juli) überreichte ihm diese das Stift, das nach förmlicher Zustimmung (27. Septbr.) ihm am 3. Oktbr. eingeweiht wurde. Doch mußte 1623 die Besitzung wiederholt werden. (Kurl. Mittheilungsarchiv.)

Besser glückte es Herzog Friedrich, sich auch im Besitz des dem Herzog Wilhelm aberkannten Theiles der Herzogtümer zu behaupten; das war, als die polnische Kommission im März Witau verließ, keineswegs sicher gewesen, denn nach ihrer Entscheidung sollte der Herzog Kurland seinem Bruder nur abnehmen, um es der polnischen Krone einzuhändigen. Kaum waren die Kommissionen nach Hasenpoth ausgebrochen, als der Herzog nach Wilna eilte, um vom Könige, der sich horthin zum Landtage begeben hatte, die Einweisung in das Gebiet Herzog Wilhelms zu erwirken. In der That lagen die Dinge so, daß, wenn der Teilungsvertrag beider Brüder ungültig gewesen war, Herzog Friedrich nun in den Besitz der gesamten Lande eintreten mußte. Als die Kommissionen in Hasenpoth von jener Reise erfuhren, schickten sie ihn Godemann, und als dieser ihn nicht mehr antraf, Briefe noch, um ihn zur Umkehr zu bewegen. Doch setzte Herzog Friedrich, den sein Rat Laszar Dreiling treu betrat, die Reise fort; er verordnete aber seinen Kanzler Mantuffel und andere Räte zu Verhandlungen mit der Kommission und theilte dieser seinen Entschluß aus (Poswol in Litauen am 29. März 8. April) mit. Obwohl die Kommissionen, die eben Kurland direkt der Krone inkorporieren wollten, gegen ihn protestierten und sich gegen Dreiling sogar ein Strafverfahren vorbehielten, erlangte Herzog Friedrich vom König Sigismund III., daß dieser ihm die Herrschaft über das Gebiet Wilhelms zusprach. Es ist wohl mit Recht vermutet worden, daß bei dieser günstigen Entscheidung des Königs die Befürchtung mitgewirkt habe, der Herzog würde sich, zum äußersten getrieben, Schweden in die Arme werfen, was von Wilhelm, wie wir gleich sehen werden, mit Recht geangewöhnt wurde. Im April 1617 konnte Herzog Friedrich in Hasenpoth der Kommission eine Versicherungsschrift ausstellen, in der er der kurlandischen Ritterschaft gegen jedermanns Hilfe zusagte, wogegen dann diese gleich der samogallischen ihm Gehorsam geloben sollte, doch ist die Verletzung des kurlandischen Geheims an Herzog Friedrich formell durch den König erst ein Jahr später, am 8. 18. März 1618, erfolgt. In der Zwischenzeit hatte ein Protest, den Herzog Wilhelm im Mai 1617 in Dobberan gegen die Besitzergreifung Kurlands durch seinen Bruder eingelegt hatte, diesen zu der größten Zurückhaltung veranlaßt, die er erst später aufgab.

Nachdem der Herzog im April 1618 in Warschau der kurlan-

bischen Ritterschaft und dem Könige eine Versicherung darüber ausgestellt, daß er auch in Kurland die kommissorialischen Deklationen (Entscheidungen) und die Regimentsformel beobachten wolle und etliche Schulden seines Bruders übernehmen hatte, wurde er im Juni desselben Jahres durch eine (dritte) polnische Kommission, an deren Spitze der Kammerherr Reinhold Brakel stand, in die kurländischen Besitzungen eingewiesen¹⁾. So hatte Herzog Friedrich durch die Trennung von der Sache seines Bruders dessen Gebiet erworben und daraus konnte ihm niemand einen Vorwurf machen. Herzog Wilhelm mußte damals als ein in Polen politisch toter Mann gelten und der von Herzog Friedrich eingeschlagene Weg schien, da Schwedens Hilfe nicht sicher war, der einzige zu sein, um dessen Land für das Haus Kettiler und dereinst in einer bessern Zukunft für den Verbannten selbst oder doch seinen Sohn, den jungen Prinzen Jakob zu retten. Er wird nicht müde für diesen, den „jungen unschuldigen Herrn“, zu wirken, und im Winter 1618 eilt die Herzogin Elisabeth Magdalene selbst nach Warschau, um dort für Schwager und Neffen einzutreten. Aber es blieb vorläufig umsonst.

Bunächst freilich schien der geächtete Fürst nicht gewillt, sein Recht aufzugeben. Sehen wir nun, wie er es bisher wahrzunehmen versucht hatte²⁾. Während die Kommission in Mitau getagt hatte, hatte er sich in Goldingen und Schruden, wo er fremde Soldaten, meist Schotten und Engländer, zusammengezogen hatte, aufgehalten und die Fäden weiter gesponnen, die er schon früher mit Jarenssbach angeknüpft hatte. Zu einem Abschlusse kam es aber längere Zeit nicht; als die Kommissarien dann auf der Reise nach Posenpeth bei Schruden an die Windau gelangten, kam ihnen Herzog Wilhelm mit der Besatzung Schrudens in demüthiger Haltung entgegen und lud sie ein, im Schloß zu nächtigen. Als sie der Aufforderung bei dem Mangel einer andern Unterkunft Folge gaben und am folgenden Morgen dem Herzog eine Unterredung nicht gut abschlagen konnten, erüchte er sie, nur ihn beim Könige zu interveniren; der Spruch

¹⁾ Jirgenhorn: Staatsrecht Beil. 108—110.

²⁾ Über Herzog Wilhelms Verhaltungen zu Schweden und Jarenssbach vergl. G. Seraphim in: „Aus der Kurland Vergangenheit“ S. 81 ff. und G. Seraphim: „Herzog Wilhelm's Exil und Ende“ in der Balt. Monatsschrift XXXIX, S. 315.

gegen ihn sei zu hart, seine Bevollmächtigten hätten sich treuloser Weise der Kommission nicht gestellt man möge auch mit seinem jungen Sohne Miklad haben. Die Kommissarien antworteten ausweichend, die Sache werde ihre rechtliche Erledigung finden. Es mag dahinstehen, ob der Herzog hier noch den letzten Versuch gemacht hat, sein Verhältnis zu Polen zu bessern oder ob die Demut, die er vor den Kommissarien gar Schau trug, nur geschmelt war, um sie irre zu führen. Im ersteren Fall hat ihn die ablehnende Haltung der Polen zum äußersten getrieben. Kaum waren sie in Hajenpoth angelangt, so erfuhren sie, daß Herzog Wilhelm seine Truppen verstärkte und die Besatzung der Schlösser neu beordigen ließ. Nun ließen sie ein Universal ausgehen, in dem sie die Absetzung Wilhelms bekannt gaben, aber erst durch Trohungen wurden die Magistrate in Goldingen und Windau zu seiner Publikation bewogen und in Libau und Hajenpoth ging es ähnlich. Die Annäherung Wilhelms an Schweden betrieb in dieser Zeit auch besonders Paul Spandau, der ohne die herzoglichen Dienste anzugeben, in die Gustav Adolfs getreten war.

Am 1./11. April 1617 schloß Wilhelm definitiv mit Jarensbach ab und ernannte ihn zu seinem Stellvertreter und Gouverneur. Die Schlösser sollte er wohl in acht nehmen und Keinem ohne herzoglichen Befehl überliefern. Nähere Befehle scheint er ihm nicht hinterlassen und Jarensbach hinsichtlich des Anschlusses an Schweden keine direkten Befehle erteilt zu haben; daß Jarensbach das Herzogtum Gustav Adolf in die Hände spielen wurde, mochte er voraussehen, aber das passte in seine Pläne wohl hinein; Gustav Adolf mußte dadurch für ihn noch mehr gewonnen werden und Polen gegenüber konnte für den Fall, daß es sich zu seiner Wiedereinsetzung doch bereit fand, immer noch darauf hingewiesen werden, daß Jarensbach eigenmächtig gehandelt habe. Er eilte selbst nach Deutschland, um in Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und Sachsen, sowie bei den Generalstaaten seine Sache zu betreiben, besonders aber nach Stockholm, wo er sich mit Gustav Adolf persönlich verständigen wollte. Inzwischen scheint er sich aber für alle Fälle freie Hand haben wollen.

Jarensbach besetzte im Mai Goldingen und Windau und installierte hier an Stelle der bisherigen herzoglichen Beamten ihm ergebene Hauptleute, dort Antonius Weimar, einen Lübecker, hier Wilhelm de Turen la Barre. Der polnischen Kommission, die ihn wegen

seines Beginns interpellirte, trat er mit der größten Frechheit entgegen, er schien sich keiner Schuld bewußt zu sein. Dann aber vollzog er offen seinen Anschluß an Schweden und spielte ihnen im Nord-Dunamünde in die Hände, und den Bemühungen Paul Spandau glückte es von Gustav Adolf die Zusage zu erhalten, daß für Jarembach bald die erbetene Unterstützung eintreffen werde. Herzog Friedrich hielt sich diesen Dingen ganz fern und erklärte einer Rigoer Gesandtschaft, die ihm Anfang Juli wegen seiner Beziehungen zu Jarembach interpellirte, er wisse von ihr nichts und gedenke bald seinem Unweilen zu steuern, schon einmal habe er die Landtschaft berufen, doch sei sie nicht erschienen. Bald gelang es Jarembach, dem in der That Verstärkungen zuzugingen, das Blockhaus auf dem südlichen Ufer der Dunamündung einzunehmen und die kurländischen Schlösser zu besetzen. Im September aber vollzog der Verräther eine plötzliche Schwerehung, er näherte sich wieder der polnischen Regierung und löste die Beziehungen zu Schweden und zu Herzog Wilhelm, dem er wegen seiner Huldhaltung hinsichtlich seiner letzten Pläne grüßte. Nicht lange freilich währte es, so trat ein neuer Bruch mit der polnischen Regierung ein, die Beziehungen des Wetterwendischen, dessen Truppen in Livland und Kurland viel Unheil anrichteten, zu Miga und zum polnischen Feldherrn Ghr. Radziwiłł nahmen bald einen drohenden Charakter an. Wegen Ende des Jahres 1617 schlossen Herzog Friedrich und der in Mitau beratende Landtag unter tätiger Theilnahme der Herzogin Elisabeth Magdalena mit Abgeordneten des Rigoer Rates einen Schutzvertrag ab, der sich gegen Jarembach wendete. Dieser bezog nun eine feste Stellung im Schlosse Aup und schien entschlossen, sich hier gegen jedermann zu verteidigen. Wegen ihn schickte Miga eine Abtheilung Truppen aus, auch ein Aufgebot der kurländischen Landtschaft schloß sich an, aber die kurländische Regierung sich in Abwesenheit des in Warschau weilenden Herzogs es zu tun und wünschte vielmehr in Riga über die Sache zu berathschlagen. So kam es zur Belagerung von Aup ohne kurländische Hülfe; bald schon mußte sie aufgegeben werden und Jarembach konnte aufatmen. Da, er wagte es auf den Warschauer Reichstag zu ziehen, um dort seine Unschuld zu vertreten und legte noch seiner Feindschaft seine Verwundungen und Plünderungen in Kurland tort. Das Land blieb dem gegenüber ganz wehrlos, auf den Landtagen im Mai, August und December 1618 konnten sich

Herzog Friedrich und die Rathsassen über das Defensionswerk nicht einigen und als im Februar 1619 Dr Ludwig Hintelmann, als Abgesandter Rigas, den Herzog dringend um die Stellung von Reiterei ersuchte, mußte der ohnmachtige Fürst sie ablehnen, da er ohne Zustimmung des Landtages den Hofdienst nicht ausbieten dürfe. So hat Rurland noch geraume Zeit durch den rucklosen Abenteuerer, der Herzog Wilhelms „urzeitiger Gouverneur“ gewesen war, zu leiden gehabt, bis ihn seine Laufbahn auf einen fernem Schauplatz führte.

Herzog Wilhelm hatte indessen seine Bemühungen in Deutschland fortgesetzt und war dann nach Dänemark gegangen. Aber König Christian IV, der den Aufschwung Schwedens eifersüchtig verfolgte, wollte sich mit dem landflüchtigen Herzoge, der sich Schweden in die Arme zu werfen Kieme machte, nicht einlassen, er empfing ihn nicht einmal. So eilte Wilhelm, der schon vorher durch Scandlau mit Gustav Adolf verhandelt hatte, an dessen Hof. Im Frühjahr 1618 kam ein Abkommen zu stande, das wir im einzelnen nicht kennen. Herzog Wilhelm erhält die Lehen Orholm und Wartofia in Westgöthland, Herstellung seiner herzoglichen Würde oder Erbs in Estland oder Schweden scheinen ihm zugesichert zu sein. Die Herzöge Adolf Friedrich von Mecklenburg, Franz von Pommern, die Kurfürsten Sigismund von Brandenburg, Johann Georg von Sachsen, die Stadt Lübeck, Moriz von Cranien und die Generalstaaten versprechen Interzession am polnischen Hofe und neben diesen protestantischen Mächten, die den kurändischen Handel im Lichte der Abwehr katholischer Bestrebungen betrachteten, macht selbst der Kaiser Matthias ähnliche Versprechungen. Da erfährt Herzog Wilhelm Jarensbachs Verrat an der schwedischen Sache und Antonius Weimar, der mit Ruhe seine wichtigsten Freundschaften aus Goldingen gerettet, mahnt ihn dringend, ins Land zu eilen und es sich so wieder zu erwerben. Die Nacht ist, daß er in der That im Spätherbst 1617 mit zwei Schiffen in Rurland gelandet, aber wegen Jarensbachs Frontenwechsel wieder weggesegelt sei, ist nicht hinlänglich beglaubigt. Herzog Friedrich riet hm dringend den schwedischen Hof zu verlassen und sich auf den Regensburger Reichstag zu begeben, um dort seine Sache zu betreiben, doch noch im Sommer 1618 wollte er in Stockholm, dann finden wir den Unstäten im Herbst in Lübeck, im Winter am Dreßdner Hofe und in der That entsendet Kurfürst Johann Georg den gelehrten Doktor Fran-

gänslich Romanus wider in Wilhelms Interesse an den polnischen Hof. Aber kein Erfolg krönt die Bemühungen Wilhelms, die er in den folgenden Jahren zum Zwecke einer Ausöhnung mit Polen fortsetzt, ohne die Annäherungen mit Schweden abubrechen. Da aber eine vollständige Festigung von Gustav Adolf die Vorbedingung einer Ausöhnung mit Polen war, so mußten alle Versuche, die Dr. Romanus und die Herzogin Elisabeth, aber auch Christoph von Jucht und als Vertreter der Ritterschaft Barthold Huene machten, um wenigstens die Anerkennung der Rechte Jakobs, des kaiserlichen Sohnes Herzog Wilhelms, durchzusetzen, erfolglos bleiben. Seit 1620 wollte Wilhelm am Statthalter Hofe bei Herzog Bogislaw XIV., als Tischgenosse der befreundeten Fürsten gern gesehen, nur zumessen führen ihn politische Geschäfte nach Mecklenburg, Berlin und Dresden. Er hat die Jückerstadt keineswegs ausgegeben, noch 1621 schreibt er in ein Stammbuch die hoffnungsfreudigen Worte: „Tandem bona causa triumphat.“

Da kam das Jahr 1621 heran. Gustav Adolf beginnt einen energischen Angriff auf Livland, am 16. September 1621 fällt Riga in seine Hand und nun tritt an Herzog Wilhelm die Entscheidung heran, er muß wählen zwischen Schweden und Polen. Der königliche Rat Johann Göldeker eilt von Riga mit einem Handschreiben zu ihm, lautet es in diesem, möge der Herzog nach Kurland kommen, das er unter schwedischer Oberhoheit wieder erhalten solle. Die Antwort des Herzogs ist eine verschleierte Abfuhr, es sei ihm nicht möglich, dem Anerbieten, für das er freudigen Dank sage, Folge zu leisten, ein besonderer Bevollmächtigter werde Genueres mitteilen. Wir kennen Wilhelms Gründe, die ihn herbei leiteten, nicht genau und wissen nicht, ob er erst weitere Erfolge Gustav Adolfs abwarten lassen wollte, ehe er mit Polen definitiv brach; vielleicht auch, daß er noch allem auf eine Ausöhnung mit seinem Lehnsherrn rechnete. Jedenfalls führte diese Antwort einen schärferen Bruch zwischen ihm und dem Schwedenkönig herbei als er es vorausgesehen haben mochte, Gustav Adolf nahm ihm die Einkünfte der ostpreussischen Lehen und zog seine Hand dauernd von ihm ab.

Kurland war inzwischen zum Kriegsschauplatz zwischen Polen und Schweden geworden; am 26. September 1621 hatte Gustav Adolf die Duna überschritten. Während die Herzogin Elisabeth Magdalena ins feste Schloß Danzig flüchtete, eilte Herzog Friedrich ins polnische

Heerlager, um den Entsatz Mitau's beim Kronfeldhern Radziwill zu betreiben. Im Schlosse zu Mitau waren 400 Knechte zusammengezogen, Kriegsbedarf und Geschuß vorhanden und die Mauer in gutem Zustande. Aber der Kommandant, Gonthard von Schröber, bewährte sich nicht, noch ehe das ganze 14000 Mann starke schwedische Heer eintraf, ja noch ehe ein Schuß gefallen war, kapitulierte er „ohne allen Allord in eitler Furcht“. Reiche Vorräte und Schätze fielen den Siegern zu, die herzogliche Familie selbst war durch den Verlust ihres Privateigentums schwer betroffen und in der Stadt Mitau hausten die Schweden brennend und plündernd. Auch eine Belagerung Bauskes schien bevorzustehen, doch kam es dazu noch nicht. Gustav Adolf ließ Mitau neu besetzen, setzte den Grafen Wrangel als Kommandanten ein und zog mit seiner Hauptmacht in die Winterquartiere nach Riga. Im Januar 1622 machten die polnischen Obersten Korff und Kede mit einigen Tausend aufgebotenen kurlischen Baren einen vergeblichen Sturm auf Mitau, mußten sich aber damit begnügen, das Schloß einzuschließen; ein im folgenden Monat unter Führung Radziwill's der selbst jenen zu Hilfe gekommen, erneuter Versuch es zu stürmen, blieb resultatlos, und den Schweden fiel damals durch einen kühnen Handstreich noch ein weiterer Erfolg zu, indem sie das feste Haus Ludum, wohin der Adel seine Schätze geflüchtet hatte, nahmen und reiche Beute gewannen. Erst im Sommer 1622 mußte die schwedische Besatzung Mitau's, unter der Anstrengung stark aufgeräumt hatte, kapitulieren, aber schon Ende Juni brach König Gustav Adolf, der vom Stodholmer Reichstage heimgekehrt war, von Riga auf und eroberte die Stadt Mitau wieder. Noch war aber das Schloß in polnischen Händen, als eine Waffenruhe bis zum Juli 1623 vereinbart wurde, die in der Folge zweimal zuletzt bis 1625 verlängert wurde. Bald nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes sicherte Gustav Adolf in Riga den pommerischen Abgesandten, die für das kurländische Herzogthum Schonung auswirken sollten, die Raubung des Landes für die Dauer der Waffenruhe zu und so konnten die Bewohner während der kurzen Friedensjahre wieder aufatmen, aber es waren doch trotzdem schwere Zeiten, in denen besonders die Pest nicht wenige Opfer forderte. Kaum aber war der Waffenstillstand zu Ende, so begann der Kampf wieder, da Polen auf die Freieishebungen Schwedens, das von König Sigismund dem Verzicht auf Livland und auf die schwedische Krone

heißte, nicht einging. Nach der Einnahme Kolenhufens gegen die Schweden bei Lennaworden im Juli 1625 über die Düna, plünderten und fegten im holländischen Oberlande bis nach Bauske hin und nach Einnahme des festen Seiburg fiel Gustav Adolf in Litauen ein. Gegen Ende August berannte er Birzen. Dann wandte er sich wieder zurück zu, ohne daß der neuernannte litauische Kronsfürst Sapieha, dem auch Herzog Friedrich deutsche Söldner zuführte, ihn daran zu hindern vermocht hatte. Am 17. 27. September fiel Bauske trotz tapftrer Gegenwehr durch Verrat eines Bausker Bürgers Gotthard Hundt in des Schwedenkönigs Hände, der Hauptmann Butler wurde beim Sturm erschossen und das Schloß geplündert. Dann zog der König nach Riga, das er am 3. Oktober nach zweitägiger Belagerung einnahm. Der Kommandant Christoph Soder, der aber nur 90 Bürger und Soldaten verfügte, denn die aufgebotenen Bauern konnten nichts oder hatten „sich verbrochen“, suchte das Schloß zu halten, und durch Feuer, das er abends allenthalben anzünden ließ, den Feind über die Stärke der Belagerung täuschen. Erst als er seine Munition verschossen hatte, entschloß er sich zu einer ehrenvollen Kapitulation, die den Belagerten freien Abzug mit fliegenden Fahnen, Geschütz und Gepäck zusicherte. Nicht Soder trug an dieser Katastrophe Schuld — das zeigte deutlich die später gegen ihn eingeleitete Untersuchung, sondern das System, welches ausreichende Verteidigungsmaßnahmen veräußert hatte. Auch das Städtchen Riga wurde ein Opfer der entmenschten schwedischen Soldateska, nachdem der Oberst von der Rede mit einigen Polen es geräumt hatte. Obwohl ihm von dem schwedischen Obersten Tumals Schonung der Bürger zugesagt worden war, begannen die Schweden, die auf Polen angelangt waren, alsbald die Plünderung und Einäschung der Häuser, der die wehrlosen Leute ohnmächtig zuschauen mußten. So mancher, der sein bloßes Leben gerettet hatte, zog mit dem Bettelstabe in die Fremde; grenzenlos war der Jammer der Zurückgeliebenen, von dem uns ein Bericht des mitauischen Hofsverwandten Jakob Bußelberg ergebende Kunde erhalten hat. Auch der Adel auf dem Lande war ruiniert und noch ließ sich kein Ende des Krieges absehen; daß die Hülfsrufe, die die damals in Deutschlands weilende Fürstin Elisabeth Magdalene an befreundete, aber auch Gustav Adolf nahestehende Fürsten, wie den geachteten Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz und den Kessener

Abolf Friedrich ergehen ließ, nichts fruchten würden, ließ sich voraussehen. Das Jahr 1620 brachte wiederum eine große Schlacht, die auf lurländischem Boden ausgetragen wurde: bei Wallhof brachte am 7./17. Januar Gustav Abolf dem polnischen Feldherrn Sapieha eine vollständige Niederlage bei.

In dieser Lage entstand beim Herzog: Friedrich der Bunsch, seinem Lande die Neutralität auszuwirken und so Sicherheit vor den Kriegswirren zu verschaffen. Die Verhandlungen, die Friedrich im Juli durch seinen Kanzler Christoph von Gunkel mit Jakob de la Gardie, dem schwedischen Feldherrn in Riga, anknüpfte, blieben anfangs erfolglos, weil dieser ohne den König eine Entscheidung zu treffen ablehnte, dann aber erklärte sich de la Gardie am 16. August zu einer Neutralitätserklärung für Kurland bereit, falls die polnischen Feldherren Gonsiewski und Sapieha die von Schweden besetzten Schlösser Mitau und Bauske nicht angriffen, der Herzog die Verpflegung der in Kurland stationierten schwedischen Truppen übernehme und lurländische Edelleute nicht gegen Schweden kämpfen würden. Auch sollte der Handel aus Windau und Riga zu G. nisten Mitau beschränkt werden. Dieser Vertrag sollte aber die Rechtskraft erst erlangen, wenn der polnische König ihn unterschrieben haben werde. Um die Zustimmung König Sigismunds zu erlangen, war Otto von Grottkopf, der nur aus einem Gegner zu einem treuen Ratgeber des Herzogs geworden war, nach Warschau gesandt¹). Obgleich König Sigismund schon im Herbst 1625 in Osheli die Neutralität zugesagt hatte, so weigerte er sich jetzt es formell zu tun, es wurde so aussehen, als ob er seine Untertanen nicht selbst schützen könne. Auch der Senat widerriet eine Ratifizierung des Neutralitätsvertrages. Auch den Befehlen des Königs Kurland tatsächlich die Neutralität zu gewähren, gehorchte Sapieha nicht, machte vielmehr durch das Herzogtum einen Zug über die Dina, um die Schweden in Livland anzugreifen. Auch diese Unternehmung scheiterte kläglich, aber die Verhandlungen, die Sapieha auf Schloß Selburg anknüpfte, hatten keinen Erfolg und bald hatte Kurland, besonders Bauske und seine Umgegend, durch die Polen unter Gonsiewski, die wie Räuberbanden hausten, schweres Ungemach zu leiden. Mit Mühe und Not gelang es ihm von seiner Absicht, den Krieg auch nach Wst-

¹ G. Seraphim: Materialien zur Geschichte Kurlands unter Herzog Friedrich in den Sitzungsber. der Kaiserl. Akad. Wiss. 1889.

Litauen zu tragen, abzulenken. Als er im September endlich nach Litauen abzog, ließ er zwei Fiskalein Kosaken zurück, die erst, nach dem sie bis Litauen hin plündernd und raubend allenhalben Schreden verbreitet hatten, den Schauplatz ihrer unruhigen Taten verließen. Da war es denn nur Litauen von höchster Bedeutung, daß die Vermählungen Herzog Friedrichs, der schon lange zwischen Polen und Schweden vermittelt hatte, endlich einen teilweisen Erfolg aufwies, es kam um die Jahresende ein Waffenstillstand bis zum Juni 1627 zu Stande der um so höher zu schätzen war, als die Neutralitätserklärung vonseiten Polens, um die sich in Worschau mit der Rat Joh. Wildemann bemühte, nicht zu erlangen war. Als dann der Krieg wieder ausbrach, blieb, wenn er auch meist in Litauen geführt wurde, Litauen nicht von ihm verschont. Konstantin zwang die Schweden in Klausen im Mai 1628 zum Abzug, aber seine Scharen hausten nicht weniger brutal als die Schweden. Erst das Jahr 1629 brachte eine mehrfach verlängerte Waffenruhe, der im September der sechsjährige Waffenstillstand von Almarl folgte. Wie heillos er auch für Litauen war, so erlitt dieses doch durch ihn territoriale Einbußen. Der Herzog mußte 1630 durch einen Vertrag, den seine Räte Jords und Treuling mit dem schwedischen Kanzler Axel Oxenstierna zur weiteren Ausführung der Almarl Bestimmungen abgeschlossen, die Exklave (bei Riga, das Amt Dahlen und Reumünde (Dünamünde) mit dem Landstrichen zwischen Kolberga und Rigaer Meerbusen an Schweden abtreten¹⁾. Im Jahre 1635 hat dann der Stuhnsdorfer Traktat die Waffenruhe auf weitere zwei Jahrzehnte verlängert jene litauischen Grenzabtretungen blieben dabei bestehen und nur einige landesrechtliche Vorteile boten dafür einen gewissen Ersatz. Noch aber dauerte es Monate, bis die letzten Kriegsgaule das Land verließen, längere Zeit blieb Schloß Klausen in polnischen Händen und Litauen wurde von den Schreden fastochlich erst 1635 geräumt. In diesen Jahren wurde der Herzog selbst in Odau das Opfer eines Überfalls schwedischer Warodente, die ihm auf keinem Edelmansgemach selbst die Kleidung raubten, und die Herzogin wurde in Kernerburg nur durch die festen Mauern des Schlosses vor einem ähnlichen Schicksal bewahrt. Darnach ist noch einmal, im Sommer 1639, Litauen in die Kreise des großen deutschen Krieges hineingezogen worden, ein kaiserlicher Oberst Koltze

¹⁾ Blegenborn S. 56, 7.

unternimmt von Preußen aus einen Einfall ins schwedische Livland und passiert dabei auch Kurland. Herzog Friedrich, dessen Land von dem Abenteuerer schonend behandelt wird, steht dem Unternehmen ganz fern, aber ein verdrüßlicher Friedwechsel mit Schweden und Polen ist die Folge, weil die Truppe Boths Kurland passiert hat. Wir werden noch bei der Geschichte Herzog Jakobs darauf zurückzukommen Gelegenheit haben.

Die Folgen dieser Kriegsatre griffen in alle Gebiete wirtschaftlichen Lebens ein, die kümmerlich dahinlebenden städtischen Gemeinwesen und das flache Land lagen verwüster und verödet. Die Bauern waren vielfach „in den Busch“ geflohen und wollten zur Arbeit nicht mehr zurückkehren, das Vieh war von den Gütern fortgetrieben worden und der Mangel an Saat Korn erlaubte es vielfach nicht, die verkommenen Äcker neu zu bestellen. Die Gegend um Mitau gleich im Umkreise von 8 Meilen einer Wüste. Nicht zum wenigsten waren die Domänen betroffen worden und so der Ertrag der herzoglichen Güter auf ein geringes herabgesunken.

Die letzten Jahre Herzog Friedrichs waren dem Bestreben gewidmet, die Wunden, die der König geschlagen, zu heilen und die Not zu lindern; in diesen landesväterlichen Bemühungen hat ihm die Herzogin Elisabeth Magdalene, eine edle, wohlwollende, aber doch auch energische Persönlichkeit mit Hingebung zur Seite gestanden und mit zarter Hand manche Träne des Elends getrocknet. Und in der That blühte das Land allmählich wieder auf, die Wüsteneien bedeckten sich mit reichen Ährenfeldern und es schien, als ob alles Schwere des kriegerischen Jahrzehnts verwunden werden würde.

Schwerer als das flache Land erholten sich die Städte, denen die rechten Bedingungen wirtschaftlichen Gedeihens fehlten. Auch ihnen hat Herzog Friedrich jetzt und schon früher liebevolle Fürsorge zugewandt und ihrem rechtlichen Leben durch gesetzliche Regelung Festigkeit und Sicherheit gegeben. Mitau erhielt 1606 (5. September) eine neue Polizeiordnung, sie liegt der hauseichen von 1635, die 1645 vom polnischen König bestätigt wurde, zugrunde. Friedrichstadt oder Neustädtchen ist unter seiner Regierung entstanden, hat sich aber in den unruhigen Zeitläufen nicht emporarbeiten können, erst 1647 hat die Herzogin Elisabeth Magdalene als Witwe auch diesem Orte eine Polizeiordnung ausgewirkt. Libau, schon vorher von deutschen Ein-

wohnern besteht, erhielt 1625 vom Herzog Friedrich ein Privilegium, das dem Orte den Gebrauch des rigischen Stadtrechts erlaubte. Windau hat unter dieser Regierung 1610 eine Erweiterung seiner Bauersprache erfahren¹⁾. Es ist aber für die geringe Lebenskraft der kleinen Städte und die überragende Bedeutung des flachen Landes charakteristisch, daß auch da, wo das rigische Stadtrecht ihnen gestattet war, es tatsächlich bald vom Landrechte verdrängt wurde.

Die beiden Orte, die am meisten durch ihre natürlichen Bedingungen zur Blüte hätten gelangen können, Libau und Windau, litten durch manch äußeres Hemmnis. Nachdem die Stadt Riga im Jahre 1645 — es war nach der Kirchholmer Schlacht — den Herzögen gestattet hatte, aus Libau und Windau Waren zu exportieren, während sie bisher auf Grund eines alten Stapelrechtes keinen Hafenort in Kurland dulden wollte, sahen sich die kurlandischen Fürsten doch gemüthigt, wohl um an Riga einen Rückhalt gegen die Polische Partei zu gewinnen, 1615 mit der Stadt einen neuen Vertrag abzuschließen, der den Export von Sommerkorn und Viskalien aus Libau und Windau verbot. Rag schon hierin eine große Schädigung des Handels beider Städte zu Gunsten der Dünastadt, die erst durch den Stuhmsdorfer Vertrag beseitigt wurde, so trat eine weitere durch die Zollgesetze ein, die König Wladislaw IV. im Jahre 1635, ohne den Herzog zu befragen, erließ²⁾. Wie in den preußischen, sollte auch in den kurlandischen Häfen Libau und Windau ein 3¹/₂prozentiger Seezoll erhoben werden, dessen Direktion in Kurland Isaal Spiring zufiel. 1639 mußte Herzog Friedrich den Zoll (Luzen) auf zwei Jahre wie der Kurfürst von Brandenburg schon 1633 getan hatte — gestatten und er ist mehrere Jahre erhoben worden, was natürlich, zumal, da auch ein herzoglicher Agent daneben bestand, die Hebung des ohnehin geringen Handels wesentlich stören mußte; noch 1645 sprach sich der Landtag energisch gegen seine Erhebung aus. Witau endlich, dem keine Lage am tiefen Kosflusse einen direkten Handel wohl möglich machte, wurde durch den genannten Vertrag 1615 schwer beeinträchtigt, da die Herzöge sich hierin des Rechtes der Ein- und Ausfuhr durch die Dünamündung begaben.

¹⁾ Bunge Einleitung II 95, Biegenhorn l. c. § 674.

²⁾ Erdmannsdörffer in „Archiven und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ I. S. 116.

Es dauerte noch lange, bis die Erbitterung aus den Gemüthern wich, die sie zur Zeit des Verfassungskampfes erfüllt hatte. Soll Mißtrauen standen sich noch Jahre hindurch Herzog und Adel gegenüber, und die herzoglichen Räte, allen voran Otto von Grotthuß, hatten die undankbare Aufgabe, das Feuer der Zwietracht zu löschen und im Grunde machten sie es damit keinem recht: „Daß machet der Wahrheit Eigenschaft“ so klagt Grotthuß „die nirgend kann Herberge finden“ Grotthuß war längst aus der Stellung eines Parteihauptes hinausgewachsen und hatte die Höhe wahrhaft staatsmännischen Denkens erreicht, dem der Stand nicht mehr galt, als das Land, dem mit einem Worte das Wohl des Ganzen als das unverrückbare Ziel vorschweben mußte. Er hatte zwar erst das Verständnis für die nationale Seite der Frage, wie wir sehen, vermissen lassen, und er hatte sich veranlaßt gesehen, dem doch wohl erhobenen dahingelenden Vorwurfe entgegenzutreten. Das Auftreten der polnischen Kommission mochte ihn dann eindringlicher über die Gefahren belehrt haben, denen Kurland entgegenging, wenn die herzogliche Regierung aufhörte. Mit feurigem Idealismus war einst er für das Recht seiner Standesgenossen, so wie er es verstand, eingetreten; nun sah er die Rehrseite der „Freiheit“, die politische Unfähigkeit weiter Kreise, den zur Zuchtlosigkeit gesteigerten Individualismus vieler seiner Landsleute. Majoritätsbeschlüsse wurden in den Versammlungen der Riksdag nicht respektiert, viele blieben diesen einfach fern, und mochte es sich dabei um die wichtigsten Fragen die der Defension des Landes handeln. „Dahin ist unsere Freiheit entartet, daß sie sich in Zuchtlosigkeit und Willkürigkeit verwandelt hat“. Noch war der korporative Geist nicht Herr der Geister geworden, der es dahin bringt, daß die Korporation mit dem erziehenden Zwange der Tradition erfüllt, was dem einzelnen fehlt. Um so höher ist Otto von Grotthuß' Persönlichkeit zu stellen mit wenigen Gesinnungsgenossen hat er tapfer und charakterfest die Sache des Vaterlandes nach bestem Wissen vertreten, nicht nur dem Landesherrn, sondern auch den Standesgenossen gegenüber und das mußte ihm ja viel schwerer werden. Er war ein Staatsmann auf den Kurland stolz sein darf.

Im allgemeinen ist aber doch kein Adel die Tendenz wirksam

) Im allgemeinen über Grotthuß außer dem im Text Erzählten: Salzmeyer: Otto von Grotthuß in Monumenta Livoniae antiquae II. (1889)

gewissen, den Sieg im Verfassungskampfe auszunutzen und so kann man die staatsrechtliche Entwicklung Kurlands unter Herzog Friedrich seit 1617 als einen weiteren Ausbau der damals gelegten Grundlagen bezeichnen. Schon im folgenden Jahre wurde auf dem Landtage bestimmt, daß die Domänen, soweit möglich, adligen Amtleuten vergeben werden und diese nur vom Herzoge oder seinen Räten, nicht aber dem (bürgerlichen) Güterinspektor (Oeconomus) Befehle erhalten sollten. 1621 beschloß der Landtag, daß Hauptleute auch nur wohlbesitzliche landesgeborene Edelleute werden dürften, 1635, daß die zwei bürgerlichen Doktoren, die herzogliche Räte waren, in der Session unter den adeligen Oberhauptleuten sitzen sollten, und in demselben Jahre, daß niemand, als „wer von Adel oder adeliger Freyheit feilig“, bei 1000 Fl Strafe jagen oder „Hunde und Binden“ halten dürfe. In denselben Zusammenhang gehört der gleichzeitige, freilich an sich begründete Beschluß, daß die herzoglichen Beamten nur in Klagen, die ein Amtsvergehen betrafen, ihren Berichtstand vor der herzoglichen Kammer, sonst aber vor den gewöhnlichen Gerichten haben sollten. Nicht so siegreich war der Adel in der Frage, ob Bürgerliche (plebei) adelige Güter besitzen durften. Der § 103 der kurlandischen Statuten verfügte zwar in dem dem Adel übergebenen Exemplare derselben, daß es unzulässig sei, aber das herzogliche wie es diesen Paragraphen nicht auf und deshalb entschied 1618 das Hofgericht zu Goldingen, daß der Satz keine Geltung habe. Noch 1635 blieb die Frage auf dem Landtage unentschieden und wurde bis zu einer Revision der Statuten verschoben.

Es läßt sich nachweisen, daß die Städte bis zur Verfassungsänderung von 1617 öfters auf die Landtage Deputierte geschickt haben¹⁾ und daß in ihren Angelegenheiten ohne ihre Mitwirkung Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Seit der Regierungsformel kommen städtische Deputierte nicht mehr vor; als der Herzog Friedrich im Jahre 1625 einen „Generalkonvent aller und jeder Stände und Einwohner“ beruft und auf diesem auch Abgeordnete der Städte erscheinen, erklärt er ausdrücklich, daß dieser erweiterte Landtag sich nur aus dem „extra-

¹⁾ So schickten Windau und Goldingen 1616 Gesandte zu dem in Ruhenshal geplanten Landtage, Windau 1617 während der Tagung der polnischen Kommission an den Ritters Landtag (Goldingensche Chronik), vergl. auch G. Kähler in den Kurländ. Sitzungsber. 1896 S. 15.

ordinären Notfall“ erkläre und der Regimentsformel nicht Abbruch geschehen solle¹⁾). Otto von Grotthuß, der zu der Maßregel geraten, rechtfertigt sich deshalb ausdrücklich vor seinen Standesgenossen. Der Versuch der Städte, 1633 die Ritterschaft zur Anerkennung ihres Rechtes auf Teilnahme an den Landtagsverhandlungen zu bewegen, blieb erfolglos²⁾). Doch ist es nicht richtig anzunehmen, daß die Ritter- und Landschaft über städtische Verhältnisse schon in diesem Zeitraum von sich aus Bestimmungen getroffen habe. Vielmehr lag die Sache so, daß, wo auf Landtagen auch für die Städte Willkürungen gemacht oder Verordnungen erlassen werden, der Herzog für „seine Städte“ die Zustimmung gibt. Wie er ihnen städtische Verfassungen verleihen kann, so wird er nun ihre natürliche Vertretung auf dem Landtage, aber nach wie vor bezogen und gelegentlich städtische Abgeordnete, die während der Landtagszeit am Orte der Tagung weilen und dem Herzoge ihre Wünsche zur Vertretung verlaublichen.

Die wichtigste Errungenschaft des Jahres 1617 war für die Geschichte des Adels in Kurland das Recht durch eine Ritterbank selbst zu bestimmen, wer zu ihm gehöre. Die erste Ritterbank trat 1620 zusammen, der, da sie ihre Arbeit nicht hatte erledigen können, 1631, 1632 und 1634 andere folgten; im ganzen waren es 110 Familien, die ins Ritterbuch eingetragen wurden, nachdem sie entweder als notorisch adelig anerkannt waren oder durch urkundlichen Beweis ihre Zugehörigkeit zum Adel nachgewiesen hatten. Nur den registrierten Familien sollte der Titel „Edel“, sei es nun von der herzoglichen Kanzlei oder von den Predigern in den Leichensermonen oder sonst gegeben werden. Die von der Ritterbank nicht Aufgenommenen waren meist Anhänger der Herzöge im Verfassungskampfe gewesen und meist als Amteute in ihren Diensten tätig. Diese herzogliche Partei sollte nun politisch vernichtet werden und bei diesem Beginnen mag die Zugehörigkeit zum adeligen Stande und damit der Mitgenuß der politischen Rechte manchem aberkannt worden sein, der es nie anders gemußt, als daß er das Mitglied jenes Standes sei. Dem Versuche, sich durch polnische Adelspatente doch die Zugehörigkeit zum kurlän-

¹⁾ Kummel: Landtagschlüsse S. 24. Vergl. die von H. v. Toll im *Meerburg Jahrbuch* 1849 mitgeteilte Verteidigungschrift des Oberburggrafen Otto von Grotthuß.

²⁾ Ziegenhorn: § 685 und Beilage Nr. 130.

diesen Adel zu erzwngen, trat der 1031 gefaßte Beschluß der Ritterbank entgegen, daß kein königliches Privilegium mehr gelten solle, das nicht auf Empfehlung des Herzogs und Adels auf öffentlichem lurländisch-lemgaßischen Landtage und dann erst auf dem polnischen Reichstage durch Verdienste erlangt sei. Damit griff man in die landesherrlichen Rechte des polnischen Königs ein, der unfraglich nobilitieren durfte, wenn er wollte und es auch an zornigen Mandaten in solchen Fällen nicht fehlen ließ. Wie groß die Erbitterung dieser ausgeschlossenen Nobilitisten, wie man sie in der Folge nannte, zu denen u. a. auch die fam.lic Buhier (Biron) gehörte, war, zeigt die Strafandrohung gegen diejenigen welche sich an Ritterbankrichtern „mit der Faust“ zu vergreifen so frech sein sollten. Viel später erst ist der Titel „Edel“ allen Edelknechten, auch ausländischen Offizieren mit hoher Charge zugesprochen worden (1669) und da er nun kein ausschließliches Merkmal der lurländischen Edelknechte mehr war, für diese (1684) das Prädikat „Wohlgelobten“ geschaffen. So geht die korporative Gliederung des lurländischen Adels im wesentlichen in die Epoche Herzog Friedrichs zurück¹⁾.

Für den alternenden Herzog Friedrich war es ein Ereigniß von höchster Bedeutung, als es ihm gelang, die Nachfolge seines Vaters Jakob durchzusetzen, dem er und seine Gattin in herzlichster Liebe zugetan waren. König Sigismund hatte von einer Resignation Herzog Wilhelms nichts wissen wollen, erst als er gestorben war, kam es unter dem Einflusse der dem kaiserlichen Herzogthume verwandten Radziwills, — Karl Radziwill war Direktor des Interregnums, Christoph Reichstagsmarschall, — vielleicht auch unter dem Einbruche der Forderung, die die Könige von England und Frankreich einlegten, trotz des Protestes, den Hermann Rolbe dagegen verlautharte, 1632 zu einer Deklaration des polnischen Reichstages, der einstimmig die Wiederernennung Herzog Wilhelms bewilligte und bei dem künftigen Könige dafür zu wirken versprach, daß auch er Wilhelms und eines Sohnes Wiederernennung in die herzogliche Würde genehmige. In der That konnte der neue König, Wladislaw IV., der Sohn Sigismund III., nicht umhin, am 11. 21. März 1633 die Wiedereinsetzung Herzog Wilhelms unter der

¹⁾ Die Proteste der Ritterbanken sind herangezogen von Franz Ebnard v. Fries in dem Genealog. Jahrbuch 1885 S. 1 ff.

Bedingung auszusprechen, daß er selbst niemals die Regierung ausübe, und damit seines Sohnes Jakob Erbrecht anzuerkennen.

Als im September 1633 Herzog Friedrich vom neuen Könige mit Curland belehnt wurde, wurde auch Jakob dabei gestattet, an die Lehnsherrschaft zu greifen. Freilich war damit lange noch nicht alles erreicht, denn der polnische König scheute sich nicht im November 1635 auf dem Reichstage, auf dem er Jakob die Nachfolge versprochen hatte, nicht nur Lauenburg und Bütow — auf letztere Gebiete hatte die Herzogin Elisabeth Magdalene ein Erbrecht — sondern auch Curland für das königliche Haus als Entschädigung für die Verluste, die ihm der Schwedenkrieg gebracht, zu fordern. Darauf ging der Reichstag, der die königliche Gewalt nicht wachsen lassen wollte, nicht ein, aber der König behielt sein Ziel im Auge und sein Bruder Johann Casimir richtete an den kurländischen Adel sogar eine Aufforderung zum Abfall vom herzoglichen Hause. Da benutzte man in Mitau die glückliche Tatsache, daß der Prinz Johann Casimir im Mai 1638 in Frankreich aus politischen Gründen verhaftet wurde und somit den Aspirationen auf Curland für längere Zeit entzogen war. Herzog Friedrich entsagte nämlich, angeblich wegen seiner Krankheit, auf dem Landtage am 26. Juli 1638 der Regierung zu Gunsten seines Neffen Jakob, widerrief aber diese Entsagung, nachdem Polen Jakobs Nachfolge unter gewissen Bedingungen anerkannt hatte. Erst am 18./3. Februar 1639 ließ der König in Wilna das Investiturdiplom ausfertigen, indem er gegen das Versprechen Jakobs, bei seinem Regierungsantritte in Mitau und Goldingen katholische Kirchen zu gründen, seine Nachfolge in aller Form zusagte, wahrscheinlich, weil er damals den Prinzen für weitausschauende politische Pläne gewinnen zu können hoffte. So war die Successionsfrage endlich geregelt.

Herzog Wilhelm hatte indeß zu Anklam in Pommern einer reichen säkularisierten Propstei, die ihm Bogislaw von Pommern in freundschaftlichem Wohlwollen 1628 verlichen hatte, lange Jahre des Exils verlebt, nicht selten durch die auch nach Pommern hinüberflutenden Wogen des dreißigjährigen Krieges gefährdet und stets auf seine Heimkehr nach Curland sehnüchtig hoffend und wartend. Im Jahre 1632 hatte er während des polnischen Interregnums an den Großfürsten von Litauen, Leo Sapieha, bewegte Worte gerichtet: „In der Veräümeruß meiner Seele seufze ich nur darnach, daß ich noch leblich in der Heimath

in Ehren und des Bannes ledig, meinen Geist, den ganz zu Boden gebracht und lautlos, aufgeben könnte. Dieses mein dürftiges Trachten kann Niemand und, wenn er der tapferste Mann wäre, gering schätzen und tadeln.“ Wir sehen, daß seine Restitution noch in diesem Jahre erfolgte, aber die Heimat hat er nicht wiedergesehen. Da er an der Regierung doch nicht teilnehmen durfte, so mag ihn die Heimkehr weniger als früher gelockt haben. Vielleicht auch, daß er fürchtete, seine Anwesenheit in Kurland würde die Leidenenschaften des Parteilampfes wieder entfachen und dadurch die Stellung des geliebten Sohnes gefährdet werden. In den Jahren der Verbannung, in denen ihn die Not seines Lebens zur Lektüre der Schrift führte, innerlich geläutert, hatte er sich viel Liebe erworben. Als er, erst 65 Jahre alt, am 28 März 1640 einem inneren Geschwür erlag, konnte der Lebensmüde die Augen in der Zuversicht schließen, daß dereinst ein Sohn Kurlands Geschichte leiten werde. Im Jahre 1642 wurde die bisher in Lissabon aufbewahrte Leiche auf einem Schiffe mit schwarzen Segeln nach Kurland gebracht; gleich nach der Landung fiel das Fahrzeug einer Feuersbrunst zum Opfer, die fürstliche Leiche aber ward nach Mitau gebracht, wo sie in Gegenwart des Herzogs Jakob, Abgesandter fremder Höfe und der Ritters- und Landschaft beigesetzt wurde, um im folgenden Jahre ins fürstliche Grabbegräbniß im Schlosse übergeführt zu werden. Der Sarg trug die bezeichnende Inschrift:

Vanitas vanitatum et omnia vanitas.

Am 16. August 1642 folgte der 73jährige Herzog Friedrich, der schon lange gekränkelt hatte, dem Bruder im Tode nach, seine Witwe hat ihn, meist auf ihrem Witwensitz Doblen weilend, sieben Jahre überlebt, dem jungen Hefe Herzog Jakobs nahe verbunden, mit den Predigern des Landes in regem Briefwechsel und weit und breit als Reichthümerin der Kirche und der Armen geliebt und verehrt.

Mit dem Tode Herzog Friedrichs fand eine denkwürdige Periode kurländischer Geschichte ihren Abschluß: der Sieg der Landstände über die fürstliche Gewalt war errungen und nur eine bedeutende Persönlichkeit konnte diese wieder zu Ehren bringen. Eine solche erstand aber dem Lande in Herzog Jakob, der dazu berufen schien Kurland zu einer ungeahnten Höhe der Entwicklung zu führen. Und zunächst wurde dieser Schein zur Wirklichkeit, eine neue Zeit brach an.

3. Kapitel.

Leben des Aufstieges unter Herzog Jakob¹⁾.

Herzog Jakob stand schon im zweiunddreißigsten Lebensjahre, als ihn der Tod seines Oheims auf den kurländischen Herzogsstuhl berief. Mit reichen geistigen Gaben ausgestattet, war er durch die harte, aber lehrreiche Schule einer ernsten Jugend gegangen und hatte es gelernt, wie an andere, so auch an sich strenge Anforderungen zu stellen. Nach dem frühen Tode der Mutter und in Folge des Bermüdnisses seines Vaters mit dem kurländischen Adel war er zur Erziehung an den ruhigeren Hof seines Oheims, des brandenburgischen Kurfürsten Johann Sigismund gebracht worden; dort ist er mehrere Jahre hindurch in allen fürstlichen Tugenden erzogen worden. Als der Vater später zu Kulow in Pommern eine Zufluchtsstätte fand, nahm er den Sohn zu sich und hier unter seiner Obhut ist dieser herangewachsen. 1623 finden wir ihn in Leipzig als Ehrenrektor der Hochschule, dann legten es die politischen Verhältnisse Kurlands nahe den jungen Prinzen dorthin zu senden; nun verlebte er, von seinem Oheim und der ihm in mütterlicher Liebe ergebenen Herzogin Elisabeth Magdalene treu behütet, mehrere Jahre an ihrem Hofe, in den gefahrlosen Kriegsjahren meist im festen Golbingen. Im Jahre 1634 machte er den polnischen Kriegszug gegen Smolensk mit; mit schwerem Herzen ließ ihn der Vater ziehen, aber er wünschte ihm „ein tapffer und männlich Herz, So woll Sieg und Victorien“²⁾. Nach dem baldigen Ende

¹⁾ Eine Geschichte Herzog Jakobs nach archivalischen Quellen ist noch zu schreiben. Sehr dankenswerth wäre auch eine Sammlung der wichtigsten Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte Jakobs, die nicht nur für die Geschichte Kurlands Bedeutung haben würde. Freilich ist dazu Voraussetzung, daß das herzogliche Archiv in Riga der landesgeschichtlichen Forschung offen steht. Wann wird das der Fall sein?

²⁾ Die Teilnahme Jakobs am dreißigjährigen Kriege und zwar im Herzog Bernhard von Weimar ist bestritten, aber doch nicht unwahrscheinlich nach den Ogenfurna-Stiftter. Sen. Affdel. VII, S. 172, 230.

des Feldzuges trat er die übliche größere Reise an, die mehrere Jahre dauerte und ihn u. a. auch nach Paris, wo Richelieu eine so mächtige Anziehungskraft auf vornehmlich strebsame Geister ausüben mußte, aber auch nach England und Holland führte; der Aufenthalt in der emporblühenden Republik, die damals im Handel eine hervorragende Rolle spielte und die Ideen des Merkantil'systems in fruchtbarster Weise zur Wirklichkeit gestaltete, in einem Lande, wo dem vom Meere stets bedrohten Boden durch die harte Arbeit seiner Bewohner ein lohnender Ertrag abgerungen wurde, hat gewiß auch Herzog Jakob, der mit der Empfindlichkeit der Jugend die großen Eindrücke auf sich wirken ließ, die Anregungen für sein eigenes politisches System gegeben.

Bereits im Jahre 1639 sehen wir den jungen Fürsten eigene politische Wege gehen, als ein Oberst Both als Parteigänger der kaiserlichen Politik, vom Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg unterstützt und unter Konnitenz Polens jenen Einfall nach Livland unternahm, der so gründlich scheiterte¹⁾. Eben damals hatte der französische Hof durch seinen Botschafter in Hamburg Erkundung wegen der Anwerbung von 3000 Mann für den deutschen Krieg mit Herzog Jakob angeknüpft und dieser war geneigt die Werbung vornehmen zu lassen. Nun kam der Both'sche Einfall und zwar zu einer Zeit, wo der Herzog Polen gegenüber sich in gereizter Stimmung befand. Zwar hatte Jakob die Investitur im Jahre vorher vom König Wladislaw IV. erlangt, aber an mehreren Provinzialanträgen war dagegen Protest eingelegt worden und ganz mochte der junge Fürst jemem königlichen Lehnsherrn nicht trauen. Hatte nun Wladislaw IV. die Both'sche Unternehmung begünstigt, so stellte sich Jakob direkt ablehnend zu ihr und er ging hierin weiter, als sein Oheim, der alte Herzog Friedrich, der dem schwedischen Gouverneur von Riga jeden Zweifel darüber nahm, daß ihm der Durchzug der Both'schen Truppe durch Russland unerwartet und peinlich gewesen sei. Jakob eröffnete dem vom livländischen Gouverneur Erichson an ihn abgeordneten Anführer Joh. Flügel, wie er zur Sache stehe. Er wollte den polnischen Feldherren Radziwill veranlassen, sich mit ihm zur Vertreibung

¹⁾ Vgl. meine Schrift: des Obersten Both Aufschlag auf Livland (1639) und sein Zusammenhang mit der allgemeinen Politik der Zeit. Königsberg 1895. Dazu für Jakobs Stellung: Altstadt zur Geschichte des Both'schen Einfalls. Mitgeteilt von H. Geraph in den Riganer Sängungsberichten Nr 1898. S. 54 ff.

der Nothföhen Scharen zu vereinen oder doch mindestens sich jeder Förderung desselben zu enthalten. Ja er war bereit, wenn der französische König es anordne, die für diesen zu werbenden Truppen den Bundesgenossen der Franzosen, den Schweden zur Bekämpfung der Mächte, die sie in Livland angriffen, zur Verfügung zu stellen, statt sie auf den deutschen Kriegsschauplatz zu führen. Man kann sich vergegenwärtigen, daß das leicht zum Kriege mit Polen, zum Bruch mit der bisherigen Oberlehnsheererschaft führen konnte. Es waren also kühne Pläne, die Jakob erwog, schon damals mag ihm die Erwerbung der Souveränität als erstrebenswerthes Ziel vor Augen gestanden zu haben.

Drei Jahre später wurde er nach Herzog Friedrichs Tode alleiniger Herzog von Curland und seine ganze Kraft hat er nun in den Dienst seines Landes und Hauses gestellt. —

Es ist nicht leicht das Wesen dieses merkwürdigen Mannes mit voller Gegenständlichkeit klar zu stellen. Seine ganze Tätigkeit wartet noch heute auf die verdiente geschichtliche Darstellung und gerne würden wir von seiner Regentenarbeit mehr wissen. Aber das ist nicht die einzige Schwierigkeit, die sich einer Charakterisierung Herzog Jakobs entgegenstellt und es ist nicht die größte; denn immerhin wissen wir manches von seiner Tätigkeit, von seiner Politik und seinen Zielen; wie sie die Achtung der Mitwelt errangen, so werden sie noch heute unser Interesse und nicht selten unsere Bewunderung; wir stehen unter dem Eindrucke, daß zu den eigenartigsten und bedeutendsten Herrschern der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts, das auf deutschem Boden eine ganze Reihe hervorragender Fürstengestalten aufzuweisen hat, auch Herzog Jakob von Curland gehörte. Auch auf ihn möchten wir die Worte anwenden, die von seinem Schwager, dem Großen Kurfürsten, einst dessen größter Nachkomme sprach: Sein Leben war sein Lob. Aber ganz befriedigt uns das doch nicht. Der Mensch ist ja mehr als die Summe seiner Taten oder auch weniger als sie, und wenn wir nur seine Taten kennen, so kennen wir ihn noch nicht ganz. So bedauern wir es schmerzlich, daß zunächst nur wenige persönliche Zeugnisse seines Innenlebens vorliegen und kein privater Briefwechsel noch in der Tiefe der Archive ruht. Bis dieser erschlossen ist, wird sich jede Würdigung der lebensvollen Persönlichkeit Herzogs Jakobs gefallen lassen müssen, daß man von ihr sagt, sie sei

aus seinen Taten abstrahiert und gebe ein reflektiertes Bild. Aus den Jahren männlicher Vollkraft Jakob von Rußland stammt das Bild, das sich im Schlosse Gripsholm in Schweden erhalten hat und uns sehr anziehendes Äußeres nahe rückt. Mit den klaren Augen, wie sie das Bildnis zeigt, hat er auch in seinen Lebentagen in die Welt geschaut, und er ist nicht müde geworden seinen Blick zu erweitern und seine Kenntnisse zu vermehren. Es ist nicht ohne Interesse in seine Bibliothek zu sehen. Man erkennt, was ihn bewegt und gefesselt hat: in erster Reihe Dinge, die für ihn von praktischem Wert waren, die Geschichte fehlt nicht ganz, sie tritt aber doch zurück hinter der Erdbeschreibung, hinter Fahrten nach Ost- und Westindien, Rechtswissenschaft und zwar besonders Serecht und den Werken über Handel, Landwirtschaft, Verkehr Schifffahrt und politische Ökonomie. Auch das „Machiavelli Regentenkunst“ ist vorhanden. Noch in der Gefangenenschaft hat er das Buch erstanden. Und ihm fehlte nicht der Unternehmungsgest, um in der Wirklichkeit des Lebens nach dem zu ringen, was ihn die theoretischen Studien als erstrebenswert erkennen ließen. Wer seinem Lebenswege nachgeht, wird finden, daß die Beherrlichkeit, die Zähigkeit, die nie ermüdet und ihn noch nach den größten Mißerfolgen das Haupt gebeugt tragen und ihn stets nach neuen Wegen suchen läßt, zu den hervorstechendsten Zügen seiner Art gehören. Es will scheinen, daß er sich über das Wesen aller politischen Macht Klar geworden ist und erkannt hat, daß Geld und Truppen die unentbehrlichen Voraussetzungen jeder erfolgreichen politischen Veranstaltung bilden. Und weil er die Bedeutung des Geldes verstanden hat, so hat er all jene weit ausschauenden Unternehmungen ins Leben gerufen, über die so verschiedene Urteile gefällt worden sind, ist er wirklich ein Kaufmann in großem Stile geworden. Und wenn die Konjunkturen ihm nicht günstig waren, ist er deshalb zu tadeln? Das Geld ist ihm gewiß zur Mittel gewesen für weitere Zwecke, sicher wohl auch um politisch unabhängig zu werden. Daß er geizig gewesen, läßt sich nicht sagen; wenn seine leichtlebigen Söhne es fanden, so zeigt das nur, daß sie kein Verständnis besaßen für die notwendige Sparsamkeit des gealterten Mannes, den das Unglück schwer heimgesucht hatte. Am meisten kann befremden und Herrzog Jakob ist deshalb nicht ohne Tadel geblieben, daß er es vernachlässigte sich bei Zeiten eine tüchtige Armee zu beschaffen. Daß er die Bedeutung einer solchen aber nicht

unterschätzt hat, ist anzunehmen; wie seine Bücher: nicht wenige Werke über Fortification und Militärwesen aufwies. So hat er wohl Versuche gemacht, sich eine ausreichende Truppenmacht zu beschaffen, freilich zu spät, als er seine persunären Hülfsmittel in kolonialen Unternehmungen engagiert und sie im Augenblicke nicht zur Verfügung hatte. So war er in entscheidender Stunde auf den guten Willen seiner getreuen Ritter und Landschaft angewiesen und der reichte nicht aus, um das lachändische Staatschiff sicher und selbständig zu lenken, als die Wogen des ersten nordischen Krieges hoch gugen. Wir würden von Herzog Jakob einen unrichtigen Eindruck gewinnen, wollten wir glauben, daß der Herrscher in ihm den warmführenden Menschen erstift habe. Es spricht für ihn, daß er die zärtlichste Liebe und Hingabe bei einer Gattin fand, die ihn ohne Kränkung geheiratet hatte. Und wie seiner Gattin, so war er seinen Kindern herzlich zugetan, er hat sich um sie, ihre Erziehung und ihr Fortkommen ratend und wenn nötig auch scheltend bemüht. Der Glanz seines Hauses und seiner Familie ist ein sehr wesentlicher Factor für ihn gewesen und hat ihn z. B. veranlaßt, für die Anfertigung eines vornehmen Stammbaumes an eine fragwürdige Persönlichkeit trotz seiner Sparsamkeit verhältnismäßig viel Geld wegzuwenden. Als Landesvater war er ernst, aber wohlwollend und genoß Liebe und Vertrauen; er war ein treuer Anhänger der Lehre Luthers, aber kein Jesuit, sondern weitherzig gemut; wenn er den Übertritt seines jüngsten Sohnes zum reformierten Glauben nicht gut hieß, so sagte er ausdrücklich, es geschehe aus Rücksicht auf das streng lutherische Land. Von Aberglauben war freilich sein reger Geist nicht frei; auch in seinem klaren Kopfe fehlten nicht die Widersprüche, die in menschlicher Art begründet liegen; aber im großen und ganzen erscheint er als eine fest in sich geschlossene, reich beanlagte und entwickelte Persönlichkeit mit starkem Willen und nicht geringem Können. Aber zur vollen Entfaltung ist sie kaum gekommen, es fehlte diesem regen Geiste der rechte große Schauplatz zum Wirken, in kleine Verhältnisse gebannt, konnte er die vollen Proben seiner Leistungsfähigkeit nicht geben. Es ist ihm so gegangen wie auch anderen reich veranlagten Menschen, er hätte mehr geschaffen, wenn das Geschick ihn in eine günstigere Stellung gewiesen hätte.

Wenig zu Beginn seiner Regierung traten ihm nicht anbedenkliche Schwierigkeiten entgegen. Eine polnische Kommission, an deren Spitze

der Palatin von Bernau, Joh. Sawadsky, stand, traf im November 1642 in Niku ein, um eine Reihe von Beschwerden, die von der Ritterschaft wegen angeblich stattgehabter Abweichungen von der Formula regiminis erhoben worden waren, abzustellen und den Herzog in sein Land offiziell einzuführen. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß sich in jenen das Mißtrauen weiterer Kreise des Adels gegen den jungen Fürsten aussprach, von dem man annahm, er werde in den Pahlen keines Reters wandeln. Der am 29/19. November zwischen Landtschaft und Herzog durch die Kommission herbeigeführte log. kommissarische Abchied und die am 8. Dezember folgenden Resolutionen der Kommission regelten teils die Beschwerden, teils vernieinen sie für weitere königliche Entscheidung¹⁾. Im allgemeinen stellten sich die Ergebnisse dieses Landtages, auf dem sich die Gemüter stark erhitzten, als ein Sieg des Adels dar. Zunächst wurden zahlreiche Mobilisten, die in Gegenwart der polnischen Kommission nochmals die Aufnahme in die Korporation des Adels erreichen wollten, trotz der Forderung jener, abgewiesen und ihre Angelegenheit auf einen anderen Landtag verschoben, wo man unter sich die Frage entscheiden könnte. Gegen die Versuche, sich durch polnische Adelspotente in die Ritterschaft hineinzuschmuggeln, wandte sich die an den König gerichtete Bitte, daß dem Lande in Zukunft keine neuen Edelente aufgedrungen werden möchten. In der 1636 noch offen gebliebenen Frage des Güterbesitzes Bürgertlicher wurde verfügt, daß adlige Wäiter, d. h. solche, die zur Zeit der Subjektion unter Polen in adligen Händen gewesen waren, Bürgertlichen nur dann verbleiben dürfen, wenn sie noch vor den Statuten von 1617 gekauft seien, im anderen Fall sollten sie gegen Erstattung des Kaufpreises und der Reclamationen den nächstverwandten Gliedern des früheren adeligen Besitzers übergeben werden.

Bag in der erneuten Abweisung der Mobilisten und der Verhinderung der Adzukunft, daß sich ein bürgerlicher Güterbesitzerstand ausbreite, eine Schwächung der herzoglichen Interessen, so war dasselbe der Fall bei den Bestimmungen hinsichtlich der herzoglichen Räte. Hier entsinnen uns, wie sehr die Opposition gegen die ausländischen Räte Herzog Wilhelm angelämpft hatte, und daß die Formula re-

¹⁾ Ziegenhorn Hist. Nr. 148. 153 und S. 319. Siehe auch G. v. Hirsch im Genealog. Jahrbuch 1899, S. 81 ff.

gimnia die Zahl der Oberräte auf 6, die zwei Doktoren der Rechte einbegriffen, festlegte. Tatsächlich war das aber unausführbar gewesen und auch nach der Regimentsformel begegnet uns außer jenen im Dienste der Herzogin Elisabeth Magdalena und des Herzogs Jakob Privaträte; bei seinem Regierungsantritt waren Georg Vischer auf Bieghden und Eberhard von Ahnen in dieser Stellung tätig, von denen der erstere zwar Ausländer, aber erst 1632 geädelt, der letztere aber Ausländer war. Nach dem kommissarischen Abscheid nun sollten sie noch in ihrem Amt belassen werden, für die Zukunft aber die Ernennung privater Räte nicht mehr statthaben. Auch wurde verfügt, daß nur die vier abtug Oberräte im Falle von Abwesenheit oder Unmündigkeit des Herzogs die Regierung ausüben dürften, daß dagegen die zwei Doktoren der Rechte, die ja auch bürgerlichen Standes sein konnten, in diesem Falle aus den Funktionen der Oberräte auszuschreiben hätten. Es war ferner für die damals sich anbahnende Scheidung der Stände sehr charakteristisch, daß der Adel in seinen Gravamina Luxusgeetze gefordert hatte, damit der Adel- und Bürgerstand gänzlich unterschieden wären. Der Abscheid wies dem nächsten Landtage die Aufgabe zu einseitig von sich aus solche zu erlassen.

Günstig war für den Herzog die Entscheidung, daß erlebte Lehen zu jener Verfügung stehen, er also nicht gebunden sein sollte sie wieder zu vergeben. Damit war die Möglichkeit gegeben eine Ruhe von Gütern in Arrende zu vergeben, dadurch wirtschaftlich nutzbar zu machen und der herzoglichen Kasse eine beachtenswerte Einnahmequelle zu sichern. Die polnische Kommission mochte doch wenig geneigt sein, die Macht des Adels ins Grenzlose anwachsen zu lassen, im Interesse Polens lag es vielmehr, daß beide Faktoren, Herzog und Adel, sich gegenseitig lähmten und die Wage hielten. Vielleicht hängt damit ihr Wohlwollen für die Städte zusammen, gegen deren Rechte und Polizeiordnungen sich die Beschwerden des Adels besonders gerichtet hatten. Sie ordnete nämlich an, daß zur weiteren Ausführung ihrer Bestimmungen im nächsten Jahre ein außerordentlicher Landtag aller Stände des Landes berufen werden sollte. Damit waren auch die Städte gemeint, die ja stets die Teilnahme an den Landtagsverhandlungen geheiht hatten. Aber aus diesen Ansätzen wurde wieder nichts, der allgemeine Landtag zerfiel sich 1643 am Widerstande des Adels.

Es ist kein Zweifel, daß Herzog Jakob im Grunde mit den Städten sympathisirte und daß sein letztes Ziel die Wiederherstellung der alten Nachfolge der herzoglichen Würde war. Aber er ist damit in den nächsten Jahren nicht durchgedrungen: er konnte auch 1644 und 1648 den Städten, als sie wieder die Forderung am Landtage teilzunehmen verlaublichen, nur mittheilen, daß sie ihm ihre jeweiligen Weiswerden gegen die Ritterschaft einzuwenden sollten, damit er sie vor den Landtag bringen könne, und daß während dessen Tagung städtische Deputierte sich bei ihm einfänden möchten, um die Entscheidung zu vernehmen. Allerdings erreichte es 1649 eine aus dem Rittauer Rathsherrn Rudolph Rebel und dem Rauter Notarius Johann Hirschfeld bestehende Deputation der Städte an König Wladislaus IV., der in Polen selbst die Raupre eines einseitigen Adelsregimentes kennen gelernt hatte, daß er dem vom Rat Christoph Verchau ausgearbeiteten Entwurfe eines kurländischen Landrechtes die Bestätigung verleihe, bis ihn auch die Städte gutgeheißen haben würden, und in einem Reskript es aussprach, daß den kurländischen Städten dieselben Rechte gebührten, wie denen des Herzogthums Preußen und daß das Wachstum der Städte dem ganzen Lande zum Vortheil gereichen würde¹⁾. Aber ein Landstand, wie im Herzogthum Preußen, sind die Städte in Kurland niemals geworden, wie vorteilhaft es für den Herzog auch gewesen wäre.

Bei den Versuchen die landesherrliche Gewalt wieder zu kräftigen, mußte Herzog Jakob nach den Erfahrungen, die er gleich zu Beginn seiner Regierung machte, außerordentlich behutsam vorgehen und offenen Konflikten ausweichen. Er suchte nun seine Stellung auf anderen Wegen zu befestigen und in die Reihe dieser Bestrebungen gehörte auch die Ehe die er 1645 mit der Prinzessin Louise Charlotte von Brandenburg einging²⁾.

Eine Schwester Kurfürst Friedrich Wilhelms, den schon die Antwort den Großen benannt hat, ist Louise Charlotte am 3 Sept 1617 zu Cöln an der Spree geboren worden. In den gefährlichen Jahren, in denen der große dreißigjährige Krieg die Position ihres Vaters, des Kurfürsten Georg Wilhelm, auf das Äußerste erschütterte, wuchs

¹⁾ Giegenhorn S. 169 und 170.

²⁾ Vgl. meine Schrift: Eine Schwester des Großen Kurfürsten, in den Darstellungen und Forschungen zur Geschichte des Hauses Hohenzollern. Biographien I, Berlin 1900.

sie heran mit der Bildung der Zeit ausgestattet und dem reformierten Bekenntnis, dem einst ihr Großvater sich angeschlossen hatte, von Herzen ergeben. In den letzten schweren Lebensjahren ihres Vaters wollte sie mit den Angehörigen im verhältnismäßig sichern Königsberg und hier ist sie auch den dichterischen Größen der Biegelstadt, einem Heinrich Albert und Simon Dach, dem Dichter des Annchen von Tharau, nahegetreten. Nach dem Tode Kurfürst Georg Wilhelms verlobte sie sich auf Wunsch ihres Bruders mit ihrem Vetter, dem Markgrafen Ernst von Brandenburg (Jägerndorf), aber schon im Herbst 1642 löste der Tod des durch die politischen Wirren und seine stürmische Lebenswerke früh gebrochenen Mannes diese Verlobung. Schon damals war ihre große Begabung allgemein anerkannt und es hat ihr, obwohl die erste Jugendblüte hinter ihr lag, an Bewerbern nicht gefehlt. Als im Sommer 1644 Herzog Jakob in Berlin durch den Königsberger Professor Ehr. Vetschau wegen einer Heirat anfragen ließ, waren von Kurpfalz und dem polnischen König Wladislaw eben deshalb Verhandlungen angeknüpft worden. Aber der Kurfürst sprach sich auf das Günstigste seiner Räte für den ausländischen Herzog aus, besonders wegen seines Reichthums¹⁾, und so konnte mit Zustimmung der Kurfürstin-Mutter im Juli 1645 in Königsberg die Verlobung erfolgen. Die Hochzeit, die ursprünglich in Goldingen gefeiert werden sollte, fand am 10. Oktober (n. St.) 1645 in Königsberg statt, weil man mehreren verwandten Fürstinnen die weite Reise nach Kurland nicht zumuten zu können meinte. Sie wurde mit großen Festlichkeiten und unter allgemeiner Theilnahme — auch Simon Dach feierte den Tag mit einem Gedicht — begangen, dann traten die Neuvermählten die Reise nach Kurland an, wo in Goldingen sieben tägige Empfangsfestlichkeiten folgten. Der Herzog hatte seiner Gattin in der Eheverabredung die Ämter Grobin, Oberbartau, Rugau und Heiligenaa als Leibgebirge zugesichert, die 8000 Rthl jährlich tragen sollten. Über die Kinder, die der Ehe entsprießen sollten, wurde bestimmt, daß die Söhne der lutherischen Konfession zuzahlen, die Töchter aber der reformierten der Mutter folgen sollten. Wegen der Ehegelder, mit denen die Prinzessin durch die preussischen und pommerischen Stände ausgestattet werden sollte, hat

¹⁾ Er hatte damals in Amsterdam bares Geld liegen, ein unter deutschen Fürsten höchst seltener Fall (Spannagel, Konrad von Dürzsdorf S. 228, 1903).

der Herzog noch Jahrzehnte drängen müssen, ehe er zu ihnen kam. Die Fürstin, die Herzog Jakob die Hand zum Ehebunde gereicht hatte, ist ihm, obwohl dieser aus politischen Rücksichten und ohne besondere Neigung geschlossen wurde, doch in Liebe zugetan gewesen und mit ihm seinem Hause und ihrem „lieben Kurland“ je länger je mehr verwichen. Mehr als ein Reiznis liegt vor, daß sie es für ein großes Glück gehalten hat die Gemahlin eines so bedeutenden Mannes geworden zu sein. „Ich bin zu keiner Soldatenfrau“, schreibt sie in den Tagen des Elendes nach der brandenburgischen Heimat und als sie drei Jahrzehnte später ihren letzten Willen aufsetzt und dabei des Abschiedes von ihrem mude gewordenen Gatten gedenkt, da bricht sie in die Worte aus: „Wann ich an St. Eb. gedenk, so will mir mein Herz schon brechen.“ Alle Sorgen des Herzogs hat sie in Treue geteilt und in die große Politik greift sie mehrfach mit Eifrigkeit und Klugheit selbst tätig mit ein. Ihr Briefwechsel, den sie mit in- und ausländischen Gelehrten, mit Predigern und Staatsmännern führt, ist eine anziehende Quelle für die politische und kulturelle Entwicklung jener Zeit.

Durch die Verbindung mit dem aufstrebenden Kurhause Brandenburg näherte sich der Herzog den deutschen Fürstenthümern und wurde in Deutschland allgemeiner bekannt. Es gehört zu diese Bestrebungen hinein, daß Jakob auch in Deutschland selbst festen Fuß zu fassen sich bemühte. Schweden sicherte ihm 1648 den Erwerb des Fürstentums Jägerndorf, mit dessen letzten Fürsten Herzog Jakobs Mutter und Gemahlin verwandt gewesen waren, zu, doch konnte diese Schenkung nicht realisiert werden, da der Westphälische Friede anders verfügte und der Große Kurfürst keine Rücksicht zu dieser Erwerbung verweigerte. Das schmerzte den Herzog um so mehr, als er durch sie deutscher Reichsstand zu werden gehofft hatte; erst 1654 glückte es ihm von Kaiser Ferdinand III. seine und seiner Nachkommen Erhebung in den Reichsfürstenstand zu erreichen¹⁾.

Wollte Herzog Jakob die volle Unabhängigkeit von seinen Ständen erreichen, so mußte er vor allem darauf bedacht sein, sich politisch selbständig zu machen und neue Einnahmequellen zu erschließen. Die Erringung jenes Zieles erschien um so schwieriger, als er zunächst

¹⁾ Dr. Th. Schiemann. *Diskor. Tarkell. und Archib. Stud.* S. 124, 197.

große Schulden, die von seinem Vater herstammten, zu bezahlen hatte. Aber mit Energie beklebt er sein Ziel im Auge und kam ihm in der That nahe. Er hat mit großem Eifer seine Fürsorge der Pervirtschaftung seiner Güter zugewandt und durch persönliche Inspektionsreisen, die er namentlich in der ersten Periode seiner Regierung jährlich vornahm, ihr Gedeihen verfolgt und überwacht. Aber daneben finden wir den Herzog auch ganz erfüllt von dem Ideen des sogenannten Merkantilismus, das er einst in jüngeren Jahren in Holland persönlich kennen gelernt hatte und zu dessen überzeugtesten Vertretern er gehörte. Dieses erschien ihm der richtige Weg, um zu Geld und damit auch zu Macht und Einfluß zu gelangen. Denn das gehört zu den Eigentümlichkeiten dieser volkswirtschaftlichen Richtung, daß es nach ihrer Anschauung im Interesse des Staates liegt, möglichst viel edle Metalle aufzusammeln und nicht ins Ausland abfließen zu lassen. Daraus entspringt auch die Tendenz, die Industrie nach Möglichkeit im eigenen Lande auszugestalten, um nicht durch Bezug von Produkten aus anderen Staaten den eigenen Nationalreichtum zu schwächen. Es war ganz im Sinne dieses Systems, dessen bedeutendster Vertreter ein Colbert war und dem auch der große Kurfürst huldigte, gedacht, daß Herzog Jakob alsbald der Fabrik- und Manufakturthätigkeit seine lebhafteste Fürsorge zugewandte¹. Schon Herzog Wilhelm hatte Eisenhämmer einzurichten begonnen, aber in den Wirren des Verfassungskampfes waren die Ansätze des Unternehmens steden geblieben, hier knüpfte der Sohn an. Schon 1646 hatte er den Stangenschmied Heinrich Gaertner nach Deutschland geschickt, um Berggraber, Stüdgießer und ähnliche Arbeiter in seine Dienste zu nehmen. Bald entstanden nun in dem waldreichen Lande Eisenhämmer, zuerst in Ralsdorf, dann aber auch in Angern, Buschhof, Kreuzut und besonders in Eiden, in denen das im Lande selbst gewonnene Sumpfeisen bearbeitet wurde. Weit an denselben Orten gab es auch Stüdgießereien (d. h. Kanonengießereien), Kupferhämmer und in Ritten arbeitete gar ein Stahlhammer, in Schwanden eine Büchschenschmiede und Pulvermühle. Kugeln und Granaten fanden u. a. auch in Riga Absatz, das noch zu Beginn des 16. Jahrhunderts aus

¹ Die meisten, auf archivalischem Material beruhenden Nachrichten über des Herzogs Manufakturunternehmen bei Ritten, Rarl Bruse II. 216 ff., rümen nicht nur lehrswerten, sondern trotz seiner Glorifizierung auch bei richtiger Benutzung wertvollen Stoffe.

Waldborn und Ungern seinen Bedarf bezog. Der damals noch viel größere Reichtum an Holz wies auf die Produktion von Leer hin, der in Holland guten Abzug fand, im Stromgebiet der Wudaa, aber auch im Oberlande finden wir hin und wieder Leerbrände. Sägemühlen arbeiteten in den tiefen Forsten Tauerksalns, Roenrens, Niederbartaus u. und der reiche Bestand an Eichen, den erst der Unversand späterer Zeiten vernichtet hat, lud zum Möttchereibetriebe ein, dem wir in Thomsdorf, aber auch in Ungern begegnen. Weniger gut gediehen die Glashütten Nitauß und Buschhofs und die Salpetersiederei in Golsdingen. Lohnender aber gestaltete sich das Tergulgewerbe, das eifrig kultiviert wurde. In Mesoten entstand eine Tuchfabrik, die die Wolle feiner spanischer Schafe verarbeitete, aber auch in Annenburg an der Na, wo die verfertigten Gewebe in Färbereien weiterer Verarbeitung unterlagen; in Gdau, Sehten und anderen Orten wurden einfachere Tuche in großer Masse verfertigt, während die Tapetenwirkerei Nitauß wohl nur für den Bedarf des Hofes berechnet war. Papiermühlen, so die in Thomsdorf und etliche Eisensiedereien kamen hinzu, um die Zahl der Betriebe zu vermehren. Nicht alle von ihnen konnten von Landesleuten versehen werden, da sie hien mehrsch unbekannt waren; namentlich wurden für die Eisenbranche Schweden verwendet, erst später hat der Herzog auf eine stärkere Heranziehung lettischer Bauern sein Augenmerk gerichtet.

Wir wissen nicht, wann die einzelnen Unternehmungen ins Leben getreten sind, aber dürfen annehmen, daß es schon sehr früh und zum Teil noch vor dem Tode Herzog Friedrichs geschehen ist. Als der Herzog in Berlin wegen der geplanten Verlobung ankam, hat er dorthin schon berichten können, daß er aus seinen Schulden fast heraus sei. So darf man annehmen, daß bereits damals seine Unternehmungen Früchte trugen.

Der Handel Kurlands ist nicht erst unter Herzog Jakob entstanden, die Lage und natürlichen Produkte des Landes hatten schon früh auf ihn hingewiesen. Freilich war er meist in Händen von Ausländern¹⁾, Engländern und Schotten in erster Linie, aber auch holländische Kauf-

¹⁾ Siehe Jaland 1863, Spalte 456. Eine Handelsgeschichte Kurlands liegt noch nicht vor, eine Darstellung der Beziehungen des kurländischen Handels besonders zu England und den Niederlanden wäre aber sehr dankenswert. Dieses Moment sollten die Geschichten der Sidde, die hoffentlich einmal erscheinen, besonders berück-

leute, die Erben des hanseatischen Handels, schufteten im Lande ihre Agenten umher, die auf den Gütern Privater und des Herzogs Getreide u. a. aufkauften und auf eigenen Schiffen exportierten und dafür Wein, Salz, Feringe und aus Schweden Eisen u. a. ins Land brachten. Von einem eigenen Handel der Seestädte Kurlands war in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts kaum die Rede, die Kaufleute Libaus und Mitau waren wenig mehr als Spediture und Krämer im kleinen und ein geringer Aufschwung trat erst ein, als Livland an Schweden kam und der litauische Handel sich nun mehr als bisher statt nach Riga, nach den kurländischen Häfen zog. Etwas besser lagen die Dinge im Stromlaufe der Windau. Johann Gossing, ein im Jahre 1621 verstorbenen angesehenen Kaufmann in Galdingen, betrieb mit 12 eigenen Schiffen einen schwunghaften überseeischen Handel und es läßt darauf schließen, daß die Windau damals eine beachtenswerte und beachtete Handelsstraße war, wenn wir hören, daß Herzog Friedrich 1631 dem Windauer Kaufmann und Bürgermeister Jakob Jaspers, gegen die Verpflichtung den Fluß schiffbar zu machen das Recht erteilte, 20 Jahre mit seinem Konsortium auf ihr allein Handel treiben zu dürfen¹⁾ Auch die Herzöge Friedrich und besonders Wilhelm haben selbst Schiffe besessen, die nach Holland segelten, die Produkte Kurlands dorthin führten und die dort zusammenströmenden Gaben milderer Himmelsstriche wiederum zurückbrachten. Doch blieben diese Ansätze des Eigenhandels stecken und traten hinter der Tätigkeit der Niederländer und Schotten weit zurück. Je mehr nun unter Herzog Jakob die ländliche Industrie aufblühte, um so mehr mußte ihn daran liegen, deren Produkte selbst auf die großen Märkte des Westens zu bringen, seine Schifffahrt zu treiben und den Gewinn einzuheimsen, der sonst in die Hände Fremder überging. So entstand die Flotte Herzog Jakobs, die auf den Werften Windaus gebaut wurde und deren Zubehör vollständig im Lande hergestellt wurde. Das Segeltuch wurde vorherrschend im Amt Schuanden, die Seile in Suhrä produziert, die Eisenteile den herzoglichen Hämmern entnommen. Vierundsiebzig Offizanten und Handwerker arbeiteten für den Schiffsbau in Windau und schufen eine

flotte. Auch das Königsberger Staatsarchiv enthält z. B. über den Handel in Heiligen-Ha manches hierher gehörige.

¹⁾ Inland 1844, Spalte 441

für die damalige Zeit sehr beträchtliche Handelsflotte von schätz-
vollen Schiffen. Wie diese aus Getreide, Wein/act, Teer, Holz, Lachs,
Leber, Wachs und andere Landesprodukte in die Fernen trugen, so
brachten für Norue und Lugsdauern des westlichen Europa, sowie die
Produkte der Tropen an die Küste Norlands, mehren den Reichtum
der herzoglichen Ratten und wählten vielen Hunderten Erwerb und
lohnende Tätigkeit. Den Städten kam dieser vom Herzog selbst aus-
gehende Handel mehr indirekt zu Statten, die fäbische Seehandlung
wuchs in dieser Periode, wo die fürstliche weit überwiegt, weniger an.
Auch das lag im Sinne des merkantilistisch denkenden Zeitalters, daß
die Fürsten selbst den Handel in die Hand nahmen und, wo möglich,
monopolisieren und jener bairische Kaufmann, der an den berühmten
Rechtslehrer Hugo Grotius schrieb, daß alle Herrscher zu Handelsleuten
geworden seien und mit keiner Nase alles, was ihnen Vorteil bringen
konnte, auspärrten¹⁾, trafen gewiß das Richtige. Die staatliche Obrigkeit
wurde in nicht begründeter Unterschätzung der freien Kräfte im Volks-
leben für die wesentlichste Quelle auch wirtschaftlichen Gedeihens all-
gemein aufgefaßt und wie konnte es da Wunder nehmen, wenn auch
Herzog Jakob, den diese Ideen so mächtig erfaßt hatten, den Irrtümern
des Merkantilismus keinen Tribut entrichtet hat?

Ein erster Versuch, mit einer der großen Westmächte in feste
Handelsbeziehungen zu gelangen, war der Handels- und Schifffahrts-
vertrag, den Herzog Jakob durch den Major Georg von Fjelds, der
Mazaria und anderen Orthen beträchtliche Geschenke überbrachte, am
20. Dezember 1648 mit der französischen Krone abschloß. Gleich den
französischen Untertanen sollten die Norländer in Frankreich handeln
dürfen, keinen höheren Zöllen und Abgaben unterliegen, als jene, und
ihre dort erworbenen Güter verkaufen können, während sonst die Nieder-
lassenschaft Fremder dem Staate arbeitsam fiel. Der Herzog erhielt das
Recht in Frankreich Grundbesitz anzukaufen, was ihm im Hinblick auf
den Bezug von Holz und vor Wäldern wichtig erschien, der französischen
Krone aber wurde die Berechtigung gewährt in Norland Verbunden vor-
zuschauen, sowie das Versprechen gegeben, daß Jakob in einem Kriege
Frankreichs Feinde nicht unterstützen werde²⁾. Ihren Untertanen wurden

¹⁾ Fridencia, Daamarks ydre historia II, 187.

²⁾ Giegehörn Gef. Nr. 154

endlich gleiche Handelsprivilegien im Ausland, wie die Ausländer für in Frankreich genießen sollten, zugesichert.

Zu diesen Bestrebungen des Zeitalters des Merkantilismus gehörten auch die Koloniegründungen Herzog Jakobs, die im Lichte desselben betrachtet, nichts Seltsames, sondern etwas durchaus Begreifliches sind. „Allgemein ist diesem Zeitalter die Richtung auf Belebung und Ausbreitung des auswärtigen Handels, auf direkten Verkehr mit den überseeischen Ländern und wo möglich auf den Besitz eigener Kolonen. Man hat vielfältig die überschwenglichsten Vorstellungen von dem, was auf diesem Gebiete möglich sei und von der Fülle des Wohlstandes, den man damit dem eigenen Lande zuführen könne. Eine Unterschätzung der Schwierigkeiten verbindet sich sehr oft mit solchen Bestrebungen, aber auch eine gewisse Reizung zum Fahren und Wagen und daneben das lebhafteste erwachte geographische Interesse“¹⁾. Zur Verwirklichung dieser Absichten ließ der Herzog in Windan eine Kriegsflotte bauen, die bald 44 starke, mit 20 bis 70 Kanonen wohl versehene Fahrzeuge umfaßte.

Im Jahr 1649 scheinen die ersten greifbaren Anfänge der kolonialen Bestrebungen Herzog Jakobs zu fallen, nachdem schon der Major Jircks vergeblich in Frankreich und Holland ähnliche Anknüpfungen gesucht hatte. Er beauftragte 1650 seinen Faktor Henry Romber in Amsterdam, mit holländischen Kaufleuten wegen Gründung einer Handelskompanie einen Vertrag zu schließen, doch gab ihm dieser den Rat, sein Unternehmen auf eigene Hand zu beginnen. Ehe es noch hierzu kam, trat an ihn der Vorschlag des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der zu ihm den Sekretärus Schleyer abgesandt hatte, heran, sich an der geplanten brandenburgisch-ostindischen Kompanie zu beteiligen und ihm für diese außerdem 26000 Rtl. vorzuschüssen. Dafür sollte der Herzog im Falle des kinderlosen Ablebens des Kurfürsten dessen Anrechte an der Kompanie und seinen Anspruch auf die von der dänischen Kompanie zu kaufende Kolonie Tranquebar erben. Doch lehnte Herzog Jakob das Anerbieten ab, da er es mit

¹⁾ Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte I, S. 443 ff. Das Verdienst, für Herzog Jakobs Kolonialtätigkeit den richtigen Gesichtspunkt scharf betont zu haben, gebührt G. Diebentz in seiner Studie „Herzog Jakobs Kolonien an der Westküste Afrikas“ (Münch. 1890). Er wendet sich besonders gegen Senft: Eine kurfürstliche Kolonie in Balt. Monatschrift XXI, S. 1 ff.

Recht für nicht hinreichend gesichert hielt¹⁾. Inzwischen setzte er seine Pläne in Holland fort, er ließ durch den Kammerjunker der Herzogen Franz Hermann von Buttlammer, der in Angelegenheiten der cleveschen Erbschaft in Haag weilte, den Generalstaaten ein Bündnis vorschlagen und zugleich erklären er wolle die Besitzungen, die er in Ost- und Westindien zu okkupieren gedenke, unter ihrer Protektion besitzen. Damit wollte er sich vor der Gefahr der holandisch-westindischen Kompagnie sichern, aber aus Rücksicht auf diese gingen aus gerade die Generalstaaten auf den Vorschlag nicht ein, sondern gaben eine zweideutig ausweichende Antwort. Ehe der Herzog sie erhalten hatte, hatte er aber bereits von einem Kegerhäuptlinge, dem „König“ von Gunbe (Combo) die zehn Seemeilen von der Mündung des Gambiaflusses in diesem belagene unbewohnte Insel St. Andreas erkaufte, zu der später noch die am Flußufer liegenden Gebiete von Tschilifree und Faiona und in der Folge ein sechzig Meilen stromaufwärts gelegenes Gebiet kam, das er vom „Könige“ von Kossan erstand. Zur Sicherung der Kolonien wurden auf St. Andreas und den anderen Orten Forts gebaut, die den Strom beherrschten und deren erster Gouverneur der Major Fod war. Die Mißgunst der holandisch-westindischen Kompagnie trat bald darin zutage, daß ihr Vertreter dem holländischen Schiffe „Der Walvisch“ zu einem nicht näher bekannten Punkte der Guineaküste die Landung unmöglich machte und es zur Umkehr nötigte, was längere diplomatische Verhandlungen zur Folge hatte. Ein aufregendes Ereignis fiel dann ins Jahr 1652: Prinz Ruprecht von der Pfalz, genannt der Kavalier, ein Parteigänger der verbannten englischen Königsfamilie, kam auf einem seiner Streifzüge an die Mündung des Gambia, wo er das nach der Heimat segelnde holländische Schiff „Krolobr!“ zur Umkehr zwang, auf englische und spanische Schiffe Jagd machte und vom holländischen Kapitan Peter Schulte, der ihm auch als Pilot gedient hatte, sogar den Herzog gehöriges Eisen und Felle zu kaufen wehren machte. Das geschah nun zwar nicht, als Ruprecht erfuhr, wem die Niederlassung gehöre, so er wurde sogar den Herzog auf reiche Goldminen hin, die nach den Engländern abgenommenen Bruten stromaufwärts zu vermuten waren.

¹⁾ © Scraphim Kolonialpolitische Streifzüge im 17. Jahrhundert. Balt. Monatschrift 1890. © 51 ff. das Folgende nach Tiedemands I. c.

War diese Aussicht auch verlockend, so war es doch sehr bedenklich, daß die Beznahme englischer Schiffe durch Ruprecht in der Nähe der holländischen Kolonien stattgefunden hatte und daher das Verhältnis des Herzogs zur englischen Republik gefährden konnte. In der That sind bald darauf holländische Schiffe von Engländern gekapert worden und dasselbe thaten 1653 die Holländer. Es war daher ein großer Vorteil für den Herzog, daß es ihm gelang, in dem infolge der Navigationsakte zwischen Holland und England ausgebrochenen Kriege 1653 von den Generalstaaten, 1654 von Cromwell einen Neutralitätsvertrag zu erlangen. In der sich stets wiederholenden Beznahme der holländischen Schiffe durch fremde Staaten lag die eine den Kolonialplänen drohende Gefahr, die andere aber in der Unmöglichkeit, für ihre Ausföhrung zuverlässige und geeignete Personen zu gewinnen. Als Herzog Jakob die Kolonien am Gambia unter die gemeinsame Leitung eines „Direkteurs“ legte, ernannte er zu diesem Amte den Holländer Jakob de Moulin, der sich aber ebenso als habüchtiz, wie als Trantenbold herausstellte. Der tüchtige und zuverlässige Friedrich Wilhelm Treiden, genannt Treiden, wurde ihm als Leutnant zur Seite gestellt und bald hatte er genug des Übels von seinem Chef zu berichten. Eine unter Moulin's Leitung im Herbst 1653 abgeschickte Expedition litt in Kopenhagen durch das Vorgehen der dänischen Regierung, die die Entlassung der dort angeworbenen Leute verlangte, ebenso wie durch seine Untreue und die Verwendung des zur Besoldung der Soldaten bestimmten Geldes zur Bezahlung seiner Schulden. Dazu war Moulin am Nachmitag schon stets betrunken, wie ein Bekannter meinte, „ärger wie ein Eel und Schwein“. Er wollte schließlich die Vorräte verkaufen und sich selbst aus dem Staube machen. Es kam zu einer Klage der Offiziere und zur offenen Meuterei. Man kehrte nach Windau heim, von wo Treiden mit neuen Vorräten bald wieder nach dem Gambia absegelte, Moulin aber wurde in Solbingen ins Gefängnis geworfen, nachdem die Untersuchung seine Nichtwürdigkeit erwiesen hatte und erst nach zwe. Jahren freigelassen, nachdem er hatte versprochen müssen den Schaden zu bezahlen. Als sein Nachfolger empfahl sich der dänische Oberleutnant Philipp v. Seiß, der kaum besser als Moulin war. In der That wurde er Gouverneur am Gambia, segelte im April 1654 hin, verließ es aber schon bald, ohne die Schiffe mit Waren beladen zu haben und nahm die besten Offiziere

und Soldaten mit sich, sodaß der Verdacht entstand, er habe die Besitzungen den Spaniern in die Hände spielen wollen. Da gegen ihn in Hamburg eine Klage angestrengt wurde, so entfloh er nach Liconia, dann nach Vindland, ohne daß der Herzog Ersatz für seinen Schaden erhalten zu haben scheint. Nun trennte Jakob das Amt des Gouverneurs von der Leitung der Handelsangelegenheiten, neben den braven Gouverneuren auf St. Andreas Otto Stiel erscheint ein „Direktor der Kaufmannschaft“ und für die einzelnen Handelsgänge Kommissare, die sich freilich oft auch als große Gauner herausstellten. Indigo, Kaffee, Ebenholz, Perle, Wach, Gewürze und Eisenstein und auch Gold wurden aus den Kolonien exportiert, Branntwein, Eisen, Felle und Manufakturwaren bildeten in der Hauptsache den Import der Norländer. Auch der Perlenfischerei wandte der Herzog sein Interesse zu und es ist leider nicht zu bezweifeln, daß er auch Sklavenhandel getrieben hat, auch hiernach ganz im Sinne der Zeit brägen. Eine andere Kolonie hatte der Herzog inzwischen auch in Bestandem erworben¹⁾, indem er vom Grafen Warwick, der an der Spitze der englisch-amerikanischen Handelskompagnie stand, die Insel Tobago kaufte, wobei der Zeitpunkt und die Höhe des Kaufpreises ebenso ungewißhaft sind wie die Frage, mit welchem Rechte Warwick das der Handelsgesellschaft vom englischen Staate verleihe. Gehet überhaupt verkaufen durfte. Es gelang dem Herzog auch, sich auf der Insel festzusetzen und auf ihr das Jakobstort und wohl auch einige andere Niederlassungen, als deren Namen Cassinshafen, Friedrichshafen, Rutichshafen und Neu-Dinan genannt werden, zu gründen. Das muß vor 1654 geschehen sein, denn als in diesem Jahr die holländischen Kaufleute Patrien und Cornelius Vampsin auf Tobago ebenfalls Niederlassungen gründen wollten, fanden sie den besten Platz schon besetzt und mußten sich an die dem Jakobstort entgegengesetzte Seite der Insel beschränken. Als Kommandant des Forts erscheint Christoph Regierung, also wohl ein Norländer, und neben ihm Christian Lessen. Hauptausfuhrprodukte der Insel waren Tabak, Indigo, Ingwer, Zucker und das Produkt des Zuckerrohrs, der Rum, Baumwollgewächse, Bananen, Feigen, Schildpatt, Papageien u., die meist gegen Branntwein, Vieh, Gewürz und andere Erzeugnisse des

¹⁾ Siehe Erwähnung oben zweiten Kaffee, dann H. Erasmus' Briefe an den Grafen von Warwick in der Balt. Monatschrift 1840 S. 279 ff.

Nordens eingetauscht werden; wie am Gambia handelt es sich in Tabago in erster Reihe um Tauschhandel, die Schiffe pflegen, wenn sie Raum übrig haben, auf der Heimkehr von den benachbarten Inseln, so Barbados, noch Waren nach Europa zu laden und dadurch das Fruchtgeld zu verdienen.

Neben den wirtschaftlichen Interessen, die ja zunächst in Frage kommen, hat sich der Herzog auch für die Ausbreitung des Christentums unter den Heiden am Gambia und in Tabago interessiert, und die Prediger, die er in die Kolonien schickte, angewiesen, „die heidnischen Gemüter zu rechter wahrer Erkenntnis Gottes“ zu bringen¹).

Trotz der Schwierigkeiten und Verluste, die bei den Kolonialgründungen nicht ausblieben, scheinen diese zunächst doch nicht geringen Vorteil gebracht zu haben. König Karl Gustav von Schweden wird nicht ohne Grund den Anspruch getan haben, Herzog Jakob sei zwar zu arm für einen König, aber zu reich für einen Herzog, und für jene Annahme spricht auch die Tatsache, daß er stets nach neuen Kolonien Ausschau hielt.

Um solche zu gewinnen, hatte er, der protestantische Fürst, selbst mit dem Papste Beziehungen angeknüpft²). In den Jahren 1651 und 1653 hat er den Dominikaner Jakob Górecki an den Papst Innocenz X. abgesandt, um diesem sein Projekt vorzulegen. Der Herzog wollte 40 Kriegsschiffe mit 24 000 Mann ausrüsten, diese verpflegen und mit ihnen neue Länder entdecken; vielleicht daß er dabei an den, eben den allgemeinen Interessen näher gerückten großen Ozean dachte. Der Gewinn sollte zwischen Herzog und Papst geteilt werden, dieser aber 3 bis 4 Millionen Taler zur Besoldung der Truppen bezahlen und das Unternehmen unter seine Protektion stellen. Die Kirche Gottes, d. h. in diesem Zusammenhang die Papstkirche, werde durch die Ausbreitung ihrer Herrschaft und Mission den größten Vorteil davon haben. Die Bedenken, die des Herzogs lutherisches Bekenntnis hervorgerufen mußte, wurden durch dessen weitgehende Zusicherungen, wie es scheint, behoben, dann aber haben Papst Innocenzens Tod und wohl auch andere Umstände die Fäden zwischen Witten und Rom gerissen.

¹ Bgl. S. Dieberichs in den Kurländ. Sitzungsberichten 1895, S. 7 ff.

² L. Schlemmann: Herzog Jakobs Beziehungen zur päpstlichen Kurie, in Archiv. Stud. und Histor. Darstellungen S. 231 ff.

und die nordischen Kriegswirren des Herzogs Interesse auf einem näheren Schauplatz festgehalten. Zeigt das Entgegenkommen gegen die katholische Kirche, wieviel der protestantische Herrscher für seine Kolonialwerke opfern will, so werft darauf auch der Preis hin, der dem Unterhändler Górecki in Aussicht gestellt zu sein scheint. Górecki, dem von Polen die Würde eines pulterschen Bischofs zugebach war — bisher waren die Katholiken in dem tatsächlich ganz lutherisch gewordenen ehemaligen Bistum dem Wilnaer Bischof kirchlich unterstellt gewesen. — sollte nämlich von Herzog Jakob die Zustimmung erhalten, die an Otto von Masdel verpfändeten Stiftsgüter wieder auszulösen. Dann wäre das Bistum tatsächlich wieder aufgelöst, das Ländchen wieder katholisiert und der Herzog um die Aussicht gebracht worden, es jemals mit dem Herzogtum zu vereinigen. Wir können uns das nur so erklären, daß der Herzog die Hoffnung, Bitten für sich zu gewinnen, damals für eine vergebliche angesehen und es daher seinen kolonialen Plänen opfern zu dürfen geglaubt hat.

Auch mit Spanien waren ähnliche Verhandlungen geführt worden¹⁾. In den vierziger Jahren waren kurländische Schiffe auf der Höhe von Ostende von Spaniern aufgebrocht und nicht zurückerstattet worden. Vergeblich versuchte der 1648 aus Frankreich heimkehrende Major von Zirk die Provinzialregierung in Brüssel zum Schadenersatz zu bewegen und die Inanspruchnahme des spanischen Gesandten in Polen, des Marquis Castel Rodrigo, hatte nicht mehr Erfolg. Da beauftragte der Herzog 1652 den polnischen Residenten im Haag, H. de Bye die Sache zu betreiben und zwar auf folgende Weise. Er sollte nämlich dem spanischen Gesandten B. von vorschlagen, daß der Herzog durch eine spanische Insel in Ost- oder Westindien für die Schiffe entschädigt werden solle. doch führten diese Verhandlungen nicht zum Ziele, obwohl der Herzog sich bereit erklärte dem spanischen Könige für die Insel den Zehnteid zu leisten. Wir kommen auf diese Frage noch später zurück.

Um mit den großen Mächten in vertraute Beziehungen zu kommen und es dahin zu bringen, daß sie mit ihm als einem Faktor von Bedeutung rechneten, hat der Herzog sich in Handel der großen Politik

¹⁾ H. Seraphim: Herzog Jakobs Beziehungen zu Spanien, Kurländ. Sitzungsbericht 1890, S. 41—5.

gemischt, die scheinbar dem kurländischen Interesse fern ablagen. So entstanden u. a. auch die Anknüpfungen mit den Stuarts, die recht weit zurückreichen¹⁾. Schon 1606 hatte König Jakob I. dem kurländischen Herzog Wilhelm als Entgelt für die, uns freilich unbekannten, Dienste, die er dem englischen Monarchen geleistet hatte, eine jährliche Pension von 400 Pfund (= 2000 Rth.) zugesichert und später bei Herzog Jakobs Tode die Patenschaft beim jungen Prinzen übernommen. Diese Pension war sehr unregelmäßig gezahlt worden und schon 1638 hatte Herzog Wilhelm den Sekretarius Joh. Fittgel an König Karl I. abgesandt, um die Zahlung zu erwirken. Wohl nahm dieser den Gesandten freundlich auf und beehrte ihn mit einer goldenen Kette, aber die Pension blieb unbezahlt und die Rückstände betrugen 1625 schon 1800 Pfund. Als Herzog Jakob nun durch den Major Georg Firds mit Frankreich die oben erwähnten Handelsbeziehungen anknüpfte, suchte er auch Fühlung mit England. Firds verhandelte erst mit der gerade in Frankreich weilenden Königin Henriette und ging dann selbst nach England hinüber, um sich mit dem König persönlich zu bereden. Dieser war damals, wie bekannt, in die Kämpfe mit dem Parlament schon tief verwickelt und es mußte ihm sehr erwünscht kommen, daß ihm Firds die Unterstützung seines Herrn, der ihm Schiffe, Munition und Getreide liefern wollte, in Aussicht stellte und zur weiteren Abmachung die Entsendung eines Spezialgesandten nach Mitau vorschlug. Selbstverständlich hat der Herzog dabei seinen eigenen Vorteil im Auge gehabt und es liegt nahe, daß als Gegenleistung des englischen Königs, an dessen Sieg über seine rebellischen Untertanen wohl auch Jakob glaubte, Konzessionen auf kolonialem Gebiete in Aussicht genommen waren. Im Herbst des Jahres 1645 trat als Envoyé Karls I. der Ritter Joh. Cochran in Mitau auf und wurde wohlwollend aufgenommen; eine goldene Kette mit des Herzogs Bild geschmückt, ward ihm zu teil und über die Lieferungen wurde genauere Abrede getroffen. Schon vorher

¹⁾ Den für diese Dinge interessanten Briefwechsel des Agenten Karls I., Cochran, mit Herzog Jakob hat aus dem Wiener Herzogl. Archiv, dem Kurl. Museum und anderer Fundstätten mit meiner Beihilfe Dr. F. Morland Simpson in den „Miscellany Vol. XV of the Publications of the Scottish History Society December 1893“ edirt unter dem Titel: „Miscellaneous Papers connected with the Marquis of Montrose“.

hätte Cochran vom herzoglichen Koffer in Danzig, Albrecht Lau, 100 Hentner Pulver erhalten und seitdem sind hier und daneben sein zubecker Kollege Berndt Jense die regelmäßig wiederkehrenden Mittelspersonen zwischen dem Herzog und dem englischen Agenten. Zu Lebzeiten Karls I. hat der Herzog allein 6 wohlarmierte Kriegsschiffe der königlichen Sache zur Befugung gestellt und große Massen an Getreide, Pulver, Musketen, Kanonen &c. geliefert und als Karl als Opfer der Revolution gefallen war, blieb er mit dem jungen Präterdenten und späteren König Karl II. in enger Fühlung; nochmals erschien Cochran 1649 mit königlicher Vollmacht in Ruton und Jakob lepte die Unterstützung des königlichen Partegängers Lord Montrose, als dessen Agent Cochran nun wirkte, fort; im Jahre 1650 betrugen seine Forderungen an die englische Krone, wie eine erhaltene Aufrechnung zeigt, schon 375 923 Mk. (74 584 Pfund). Dann aber trat eine starke Milderung des Verhältnisses zu den Stuart ein. Cochran selbst stellte sich als ein höchst unzuverlässiger und habgieriger Mann heraus und der Herzog wird sich auch des Ergebnisses nicht verschlossen haben, daß zunächst an eine Restauration Karls II. nicht zu denken sei. Seine kolossalen Pläne drängten ihn daher sich der englischen Republik zu nähern, den Baron Raskin nach London abzuenden und, wie wir sahen, 1654 mit Cromwell einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. Drei Jahre später brachte sein Abgesandter Rudolph von Ettrauch (am 17 Juli 1657) einen Schiffahrtsvertrag zustande, der für den Herzog recht günstig war. Dieser Erfolg und die Erwägung, daß er jetzt auch den großen Seemächtern bekannt und von ihnen beachtet war mag ihm zunächst geholfen haben, den Verlust, der ihm die Unterstützung der Stuart gebracht, zu verschmerzen. In der That lag doch ein früber kaum denkbare Hindernis aus der Stellung eines polnischen Lehnsfürsten in der selbständigen Art, wie er mit den großen Staaten unmittelbar verkehrte, an sie Gesandtschaften schickte und eine eigene Politik betrieb. So wurde sein Name im Auslande angesehen und im eigenen Lande mit Respekt genannt und er durfte hoffen, daß ein ungehemmtes und rüstiges Fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn ihn das oben angedeutete Ziel erreichen lassen werde. Tatsächlich war trotz der einengenden Fesseln der Regimentsformel der Herzog im Begriff Herr im Lande zu werden und es bewahrheitete sich auch hier die alte geschichtliche Erfahrung, daß nicht die Institutionen allein es sind, die

eines Landes Gedeihen bestimmen, und daß eine an Geist und Willen starke Persönlichkeit bis zu einem gewissen Grade den Hemmungen, die in jenen begründet liegen, das Gegengewicht zu halten vermag.

Freilich hing alles davon ab, daß die nordeuropäischen Verhältnisse sich nicht gefahrdrohend gestalteten und auch Kur.und in ihre Kreise zogen. Daher war sein Bestreben auf das eifrigste darauf gerichtet den Wiederausbruch des Krieges zwischen Polen und Schweden zu verhindern und den durch den Stuhmsdorfer Vertrag geschaffenen Waffenstillstand in einen dauernden Frieden zu verwandeln¹⁾. Daß dieses Bestreben erfolglos blieb und daß der Krieg zu einer Zeit ausbrach, wo dem Herzog noch die ausreichenden Mittel fehlten, um eine starke Militärmacht zu beschaffen, darin liegt kein und keines Landes Verhängnis. Der § 22 des genannten Vertrages hatte die Fürsorge für das Zustandekommen eines dauernden Friedens dem Herzoge von Kur.und auferlegt und mit Energie nahm sich Jakob dieser Verpflichtung an, wie es scheint, nachdem von Berlin aus 1644 der Anstoß dazu gegeben worden war, wo man gleichfalls am Frieden das größte Interesse hatte²⁾. Der Herzog gewann maßgebende Kreise in Polen, Magnaten wie Sapieha und Gonfiowski, die im Gegensatz zum König Wladislaw IV. den Krieg zu vermeiden wünschten. Aber erst nach seinem Tode und nachdem Ludwig XIV. von Frankreich auf Schweden und Jakobs Wunsch sich zur Vermittelung bereit erklärt hatte, falls ihn auch Polen darum ersuchen würde, glückte es den unermüdlichen Bemühungen des Herzogs und seines in Stockholm, Barichou und Königsberg wirkenden Agenten und Rates Georg Bischof die Anberaumung eines Friedenskongresses zu erreichen. Dieser trat denn auch 1651 in Lübeck zusammen; der Herzog wurde auf ihn durch seine Räte Joh. Wildemann und Melchior von Joellertsham vertreten, aber alle ihre Bemühungen blieben vergeblich. Als sich der Kongreß, der nicht ohne Unterbrechungen bis ins Jahr 1653 gedauert hatte und an dem außer Polen und Schweden auch Frankreich und Venedig als vermittelnde Mächte teil genommen, resultatlos auflöste, mußte der Herzog mit der Tatsache eines bald ausbrechenden Krieges rechnen und unter

¹⁾ M. Scraphim in: „Aus der Kur.und Vergangenheit“, S. 153—155.

²⁾ Reinardus, Protokolle des Brandenb. Geh. Rath II, 417 ff. 649. Schiemann l. c. S. 277. Siegenhorn Beil. Nr. 173.

solchen Umständen schien es für ihn ein Glück zu sein, daß er schon im Juni 1647 von der Königin Chastiane einen Neutralitätsvertrag erlangt hatte.

Die ersten Vorboten des nahenden Krieges brachte der Aufstand der Kosaken gegen Polen, zu dessen Dämpfung der Herzog und Landtag die Werbung von Truppen und nicht unerhebliche Geldmittel zu bewilligen nicht umhin konnten. Da der russische Zar Alex. Michailowitsch die Unterwerfung der Kosaken unter seine Herrschaft annahm, so entstand 1654 ein russisch-polnischer Krieg. Der Zar warnte den Herzog brieflich davor, seinem polnischen Lehnsherrn Hilfe zu leisten und so hielt es Jakob für das Gerathenste in diesem Kriege ganz neutral zu bleiben, und in der That sprach nicht nur der polnische König, an den der Herzog den Rat Friedrich von Rudnitat abfertigte, am 16. Januar 1655 dazu seine Genehmigung aus, sondern am 17. Juni erklärte sich auch der Zar, zu dem Marnu Haile als holländischer Agent gereist war, bereit, die Neutralität anzuerkennen, wenn der Herzog Polen nicht unterstütze. Hierbei war die Rücksicht gegen Schweden ausschlaggebend gewesen, mit dem der Zar damals auf gutem Fuße zu stehen wünschte und des ferneren keinen Einfluß zu Gunsten Rußlands geltend machte, weil es sonst fürchten mußte, daß Moskau das Herzogtum offenern, so Livland vom Süden umklammern und bei dem bevorstehenden schwedisch-polnischen Kriege ihm hinderlich sein werde. Als alle Versuche, die Herzog Jakob und sein Schwager, der Große Kurfürst, machten, um diesem Kriege vorzubeugen, scheiterten, war es für den Herzog sehr wichtig, daß sein Ratler Melchior von Jockersheim, der gerade in Stockholm weilte, vom König Karl Gustav zwar nicht die Bekräftigung der vor Christiane gewährten Neutralität, wohl aber die Versicherung erhielt, daß Rußland von Schweden nichts zu befürchten habe. Als aber der schwedisch-polnische Krieg wirklich ausbrach und sich für Karl Gustav erfolgreich gestaltete, als dieser am 30. August Warschau einnahm und Polen sich ihm unterwarf, da ließ er die Rücksicht auf Herzog Jakob fallen und trugte ihn sich der Krone Schweden zu unterwerfen. Der Herzog war in schlimmer Lage, da er an ernstlichen Widerstand nicht denken konnte. Der Hofdienst des Adels, — 200 Pferde stark — konnte kaum ernsthaft in Frage kommen, wenn es galt gegen die großen Heere Schwedens den Kampf aufzunehmen. Die Befestigung der wichtigsten Schlösser hatte der Landtag im Jan. 1655

war für notwendig erachtet, aber sie in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit wieder verschoben und die im vorhergehenden Jahre bewilligten Mittel zur Verhuth von vier Kompagnien Fußvolf waren so unregelmäßig eingeflossen, daß diese bald in zwei hatten zusammengezogen werden müssen. Die Festungen waren, soweit sie überhaupt diesen Namen verdienten, mit geworbenen Soldtruppen besetzt, deren Zuverlässigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben war. Mit großer Gewandtheit wußte sich der Herzog den Anerbietungen und Forderungen des schwedischen Generalgouverneurs, Magnus de la Gardi, der im August 1655 den Assistenzrat Paul Helms, dann den Reichsrat Benedikt Skytte zu ihm sandte, um ihn zur Annahme der schwedischen „Protection“ und der Trennung vom polnischen Lehnverbande zu bewegen, zu ertziehen. Es konnte ihm nicht verborgen bleiben, daß die schwedische Lehnshoheit ungleich drückender sein würde als die polnische und daß die Abhängigkeit von der die Zügel straff anziehenden Regierung Schwedens ihm die Möglichkeit selbständiger Politik nehmen werde. Der Adel Kurlands vollends hätte die Interwerfung unter das nordische Königreich höchst ungern gesehen, weil es leicht voraussehen war, daß seine rechtlich fast omnipotente Stellung einen starken Stoß erhalten würde. Bald darauf unterwarf sich auch Litauen dem schwedischen Könige und damit war Jakobs Stellung erschwert, da nun schwedische Truppen auch sichtlich von seinem Lande standen. Im Vertrage zu Rosowol mußten sich daher seine Räte dazu verstehen den schwedischen Truppen eine Straße für den Durchzug durch Kurland nach Litauen anzuräumen. Die Frage der Neutralität Kurlands dagegen, die damals dem eigenen Ermessen des Königs anheimgestellt wurde, sand, als Herzog Jakob den Kanzler Reichsgr von Koellerfahn zu ihm abdelegierte, doch keine endgültige Regelung. König Karl Gustav genehmigte die Neutralität nur bis auf weiteres. Der polnische König hatte seine Zustimmung zu dieser neutralen Stellung seines Lehnfürsten im November 1655 erteilt, dabei aber den Wunsch ausgesprochen, daß der Herzog seinen Schwager in Preußen vor dem Anschlusse an Schweden zurückhalte. Allein im Januar 1656 mußte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm entschließen durch den Königsberger Vertrag Preußen vom schwedischen Könige zu Lehn zu nehmen; damit war auch die Position des kurländischen Herzogs Karl erschüttert und er hätte sich nicht länger sträuben können, die ihm wieder durch Skytte

nahgelegte Unterwerfung unter die schwedische Lehnshoheit und die Auslieferung seiner Flotte und Böden zuzugestehen, wenn nicht Stettin nach Preußen abberufen worden wäre und Magnus de la Gardie sich genöthigt gesehen hätte mildere Sätzen aufzustehen; denn inzwischen hatte sich Polen gegen König Karl Gustav erhoben und in Litauen war ein blutiger, von den katholischen Priestern geschürter Aufstand gegen die Schweden ausgebrochen. So gestattete denn der Generalgouverneur, daß der Herzog nochmals die direkte Erbscheidung des Königs anging. Diese erfolgte im Mai 1655 und lautete dahin, daß er auf ein Jahr Rußland für neutral erklären wolle, nämlich solle sich der Herzog aber im geheimen ihm ungehindert unterwerfen und Subsidienelder, für die Vitten als Brand dienen könne, zahlen. Aber die für Schweden gerade damals mißliche Lage veranlaßte de la Gardie am 1. Juli (n. St.) 1655 mit dem Herzog zu Riga einen Vertrag abzuschließen, der für diesen weit günstiger war. Die Neutralität blieb bis auf weiteres bestehen, von der Unterwerfung war zunächst im Vertrage nicht die Rede. Dagegen brachte er dem kurländischen Herzog ein lange ersehntes und schon fast aufgegebener Gebiet, nämlich das Stift Vitten.

Wir müssen zum Verständnis dieser Thatfache etwas weiter aus-
holen. Kaum war Herzog Jakob zur Regierung gekommen, so hatte er auch die Veruhungen um Vitten wieder aufgenommen. Er hatte 1644 Otto Wapfel der ja damals Inhaber der Starostei war, vor das Relationsgericht nach Warschau vorgefordert, aber Wapfel war in seinem Besitze durch königliches Dekret bestätigt und dem Herzoge nur anheimgegeben worden die Frage an den polnischen Reichstag zu bringen. Trotz der fortgesetzten Thätigkeit Jakobs war in dieser Sachlage keine Änderung eingetreten und die Rethche Stendenburg zur Rückzahlung der 30 000 Rth. zu bewegen, die Herzog Wilhelm einst Kurfürst Joh. Sigismund als Kaufpreis für sein Anrecht auf Vitten gezahlt hatte, blieben gleichfalls resistent. Die Inassen des Kreises selbst fühlten sich in der losen Abhängigkeit von Polen sehr zufrieden und wollten von einer Vereinigung mit Rußland wenig wissen. Erst der schwedisch-polnische Krieg hatte ihnen das Bedenkliche dieser Stellung klar gezeigt. Schwedische Truppen unter Jakob Gasimir de la Gardie waren im Sommer 1655 plündernd in das Stift eingedrungen und hatten es zur Leistung einer Kriegskonteibution und Truppen-

lieferung gezwungen und die Lage wurde, als im folgenden Jahre der Aufstand in Litauen gegen Schweden ausbrach, noch schwieriger, indem man dort einen Anschluß der Biltener erwartete, de la Gardie sie aber in der drohendsten Weise davor warnte. Diese Situation mußte Herzog Jakob aus und schloß wegen der Neutralisierung des Stiftes nach mehrmonatlichen Verhandlungen mit Magnus de la Gardie jenen oben erwähnten Vertrag ab, in dem er von diesem für die Zahlung von 50 000 Gulden d. i. Zession der Starosten auf 10 Jahre erlangte. Die Neutralisierung des Kreises für weitere 100 000 Gulden, die er für diesen zunächst auslegen sollte, wurde ihm ebenfalls zugestanden. Der pilkische Landtag, der anfangs Bedenken gehabt und an der Zession Anstoß genommen hatte, wurde schließlich durch die Tatsachen gezwungen die Union mit dem Herzogtum gut zu heißen, nachdem der polnische König am 10. Juli zu dieser seine Zustimmung gegeben und Otto Maydel seine Ansprüche auf die Starosten und die Stritzgüter für 30 000 Taler an Jakob abgetreten hatte. Damit hatte der Herzog in den Kriegswirren durch geschickte Benützung der Verhältnisse das Stift endlich gewonnen. Doch bestätigte er ihm alle seine Privilegien und versprach nach dem Friedensschlusse einen Oberhauptmann für den Kreis zu ernennen.

Trotz der erlangten Neutralität hatte das kurländische Herzogtum durch schwedische Durchmärsche im Jahre 1656 schwer zu leiden und Goldingen wurde durch die Truppen des schwedischen Generals Loewenhaupt überfallen und geplündert. Noch gefährlicher wurde die Situation, als Rußland, das schon lange auf Schwedens Erfolge mißtrauisch blickte, diesem im Sommer 1656 den Krieg erklärte und sich ein russisches Heer den Grenzen Livlands näherte¹⁾.

¹⁾ Für die Beziehungen Herzog Jakobs (und überhaupt des Herzogtums Kurland) zu Moskau ist die einst von Bantysch-Kamenasky nach den Akten des Moskauer Reiches des Ministeriums des Äußeren gearbeitete „Übersicht der auswärtigen Beziehungen Rußlands“ von Bedeutung. Sie ist abgedruckt in: Belofurrow: Die Kurländischen, Estländischen, Liefländischen und Finnländischen Älten im Moskauer Reich. Moskau 1896. — Die das Herzogtum Kurland betreffenden Teile sind in der Kurländischen Gouvernementszeitung (russisch) 1898 wiedergegeben.

Für die Stellung Herzog Jakobs zu Rußland im Kriege 1655—60 findet sich manches bei H. v. Hedenström: Die Beziehungen zwischen Rußland und Brandenburg während des ersten nordischen Krieges (1655—1660). Kopenhagener Dissertation 1896. In einzelnen ist die Auffassung Hedenströms eine von meiner abweichende.

Wieder geriet der kleine Staat in Gefahr, im Ringen der großen Staaten zertreten zu werden. Wohl sandte Herzog Jakob im Mai den Goldingischen Oberhauptmann Georg von Firds dem russischen Zaren entgegen, um von ihm die Schonung des Landes zu erwirken; aber die Antwort, die Firds im Feldlager zu Smolensk erhielt, war nicht günstig: der Zar forderte, daß der Herzog die russische Lehnsheerheit anerkenne. Als der Gesandte erklärte, er sei dazu nicht legitimiert, wurde er mit dem Bemerkten entlassen, der Zar erwarte demnächst vom Herzoge entsprechende Anträge. Der Herzog unterließ aber solche und der Zar befand zunächst auch nicht auf seiner Forderung; als er aus dem Feldlager vor Riga, daß er zu belagern begonnen hatte, den Boiewoden Raschicholm nach Mitau zum Herzog abfertigte, war davon nicht mehr die Rede, wohl aber verlangte er, daß Jakob seinen Einfluß bei der Bürgererschaft des belagerten Riga in dem Sinne geltend mache, daß sie die Stadt gegen Zusicherung großer Privilegien dem Zaren überliefere. Was sollte Jakob thun? Weigerte er sich, so konnten die Scharen des mächtigen Zaren ungesäumt sein Land plündern und sengend überfluten. Gewiß, die Neutralität war sein Ziel und hätte er die Macht dazu gehabt, er hätte keinem der streitenden Theile eine Gefälligkeit erwiesen. Aber das vermochte er eben nicht. So mußte sich seine Neutralität in eigentümlicher Weise darin äußern, daß er jeder der feindlichen Mächte zu Willen war. Er hatte den Schweden den Durchzug durch sein Herzogtum gestatten, er hatte ihnen noch eben große Naturalleistungen leisten müssen, und doch waren die Schweden weit davon entfernt, das für ein Unverständnis zu halten, sie wußten, daß der Herzog nur that, was er nicht lassen konnte. So ist doch auch sein Verhalten dem Zaren gegenüber zu beurtheilen. Er hat im Trange der Umstände sich wirklich dazu bereit gefunden, jene Einwirkung auf die Bürger Rigas zu versuchen; er hat diese Aufgabe sogar wiederholt, als er seinen Kanzler Melchior von Jollerakm zu Beginn des September ins Lager vor Riga entsandte und zugleich versprochen, für die Wahl des Zaren zum Nachfolger König Johann Kasimir von Polen tätig zu sein. Daraufhin erhielt er nun auch das Versprechen, daß die russischen Truppen Rurand schonen würden und es wurde in der Hauptsache auch eingehalten. Ernst gemeint war jenes Versprechen bezüglich der Einwohner Rigas gewiß nicht; wir wissen aus der Korrespondenz der Herzogin Luise

Charlotte, daß der kurländische Hof die russische Nachbarschaft noch weniger gerne sah als die schwedische, und es findet sich auch keine Spur eines Beweises dafür, daß Jakob Verhandlungen mit Riga in dem angegebenen Sinne eröffnet hätte. Ubrigens mußte der Zar bereits im Oktober die Belagerung als aussichtslos aufgeben und nach großen Verlusten abziehen. Am kurländischen Hofe atmte man nun auf, man wußte, daß ein Erfolg der Russen vor Riga die Unterwerfung Kurlands zur Folge gehabt hätte; aber auf der anderen Seite war auch Schweden von einer großen Gefahr befreit und dadurch wieder in die Lage versetzt, rücksichtsloser gegen den Herzog vorzugehen und die Unterwerfung zu verlangen.

Bisher hatte Jakob es als das Ziel seiner Politik betrachtet seinem Lande die Neutralität zu wahren. Je weniger sicher sich diese aber erreichen ließ, um so mehr mußte er eine Beendigung des Krieges mit allen Mitteln erstreben. Am wenigsten schien Schweden dazu geneigt höchstens ließ sich noch erhoffen, daß König Karl Gustav nachgeben werde, wenn ihn die Übermacht der Gegner dazu zwang. Es galt also in aller Stille Schweden zu schwächen und zu hemmen. Unter diesen Umständen ist es sehr begreiflich, daß die Herzogin Louise Charlotte sich den von Polen aus an sie gelangenden Bitten nicht entzog, die dahin gingen, sie möge ihren Bruder, den Großen Kurfürsten, wieder zum Anschluß an Polen und zur Loslösung vom schwedischen Bündnisse bewegen. War eine solche Vermittlung einerseits vom polnischen König direkt bei Bestätigung des schwedisch-kurländischen Neutralitätsabkommens gefordert worden, so war es auch sehr wichtig für Kurland, wenn Karl Gustav im Kurfürsten einen mächtigen Bundesgenossen verlor. In Schweden aber blickte man natürlich mit erhöhtem Mißtrauen auf Herzog Jakob, moß ihm gar die Schuld an der Belagerung Rigas bei, und jenes Mißtrauen wuchs noch, als der Herzog die Reise russischer und dänischer Staatsmänner, die über ein Bündnis beider Mächte gegen Schweden verhandelten, durch sein Land gestattete, weil er auf den Zaren Rücksicht nehmen zu müssen glaubte¹⁾.

Im Spätherbste des Jahres 1656 begann de la Gardie wieder

¹⁾ Die regen Beziehungen Jakobs zu Rußland hörten auch nach Aufgabe der Belagerung Rigas nicht auf. Noch 1658 hat der Herzog wegen der Anerkennung

die Verhandlungen; er forderte die Unterwerfung Jakobs unter die schwedische Lehnshegemonie, während der Herzog jetzt, dem Beispiel seines Schwagers in Preußen folgend, die Souveränität für sich begehrte und auf ihr auch dann noch bestand, als Schweden ihm die volle Justizhoheit über seine Untertanen und auch im übrigen eine sehr lose Gestaltung des Lehnverhältnisses in Aussicht stellte. In persönlicher Weise machte sich jetzt aber die militärische Schwäche Jakobs geltend. Er selbst hatte es verabsäumt ein stehendes Heer zu unterhalten; die Kosten der kolonialen Unternehmungen waren zu groß gewesen und ehe er von ihnen Früchte ernten konnte, war der Krieg ausgebrochen. Mindestens mußte der Landtag sich endlich mehr seiner Pflichten bewußt werden, hatten doch die bisherigen Landtagsbeschlüsse tatsächlich den Defensionswerke gar nichts genützt. Und in der That beschloß der Landtag im November 1656 für den Fall der Noth ein allgemeines Aufgebot aller Männer vom 13. bis 60. Lebensjahre, was ein recht beträchtliches Heer ausgemacht hätte. Aber war es, wenn der Nothfall eingetreten war, nicht schon zu spät? Zunächst vergingen freilich Monate, in denen zwischen Schweden und Rußland Friedensverhandlungen gepflogen wurden und Rußland mehr Ruhe bekam. Als sie wegen des Ausbruchs des schwedisch-dänischen Krieges ins Stocken gerieten, war das auch für den Herzog ein Nachtheil, immer rückfälliger wurden Schweden und Polen mit ihren Durchzügen und Requisitionen und bekümmert schrieb die Herzogin Louise Charlotte an ihren Bruder in Berlin: „Die Polen Sagen, Wir sein zu Schwedisch, jene, wir sein ganz polnisch und wir sein nur für Uns selbst. Aber Udanek ist bei der Neutralität das Ende“. Eine Unterredung, die im Juni 1657 auf einer Insel der Boldersee zwischen dem Herzoge und de la Gardie stattfand, führte keine Einigung zu stande und der Groß König Karl Gustav mußte natürlich wachsen, als sich der Kurfürst Friedrich Wilhelm im September durch den Wehlauer Vertrag von ihm loslagte, sich mit Polen, daß ihm die Souveränität zusicherte, verständigte und als es kein Geheimniß blieb, daß die kurländische Herzogin, die zur Pflege ihrer Schwägerin in Königsberg weilte,

der russischen Schuttherrschaft über Kurland verhandelt, als es schon, daß der Jar nicht auch zum Nachfolger des polnischen Königs gewählt werden würde. E. Brunsow l. c. und Rurl. Gubernementsgenung 1896.

während der dem Vertrage vorhergehenden Unterhandlungen zur Befriedigung des kaiserlichen Gesandten Franz von Esola ihren Bruder eifrig für den Anschluß an Polen zu gewinnen gesucht hatte. Sie selbst mußte, daß man ihren Königsberger Aufenthalt mit Mißtrauen betrachte und wünschte dringend einen allgemeinen Frieden. „Sonst — schrieb sie an den ihr befreundeten brandenburgischen Minister Otto von Schwerin, — bin ich verloren, damit man mir Alles an S. L. Seite zumisset“. Bei den sich anspinnenden Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen, zwischen dieser Macht und Schweden finden wir Herzog Jakob auch stets tätig. Karl Gustav wollte, um sich gegen Dänemark wenden zu können, eine Verständigung mit Polen, aber dabei stellte er unerfüllbare Bedingungen, Rußland wollte er gewinnen und den Herzog durch das Stift Wirten entschädigt sehen. So dauerte der Krieg fort, im Oktober 1657 spielte er auch nach Livland hinüber. Der litauische Feldherr Gonszewski blockiert erfolglos Riga, aber die Schlösser Monneburg und Wolmar fallen in seine Hände. Dabei haufen die durchziehenden Polen auch in Kurland barbarisch und, um die Not zu erhöhen tritt die Pest auch in den Grenzen des Herzogtums verheerend auf. Im folgenden Jahre wechselt das Kriegsglück. König Karl Gustav hat Dänemark in raschem Siegeszuge zu Boden geworfen und im März 1658 zum Ratslüber Frieden gezwungen und in Livland macht de la Gardie und dann sein Nachfolger Douglas erhebliche Fortschritte, Wolmar und Monneburg fallen wieder in seine Hand, Livland wird von den Polen gefährdet und die in Flußmünde eröffneten Verhandlungen mit Moskau scheinen den Frieden mit dieser Macht in Aussicht zu stellen, obwohl Polen und auch Herzog Jakob eifrig entgegenwirken. Da bricht der zweite Krieg Karl Gustav's gegen Dänemark aus und gibt das Signal zu einem allgemeinen Angriff der Polen, des Kaisers und Brandenburgs gegen den Schwedenkönig. In dieser gefährvollen Lage entsteht in Schweden der Plan den kurländischen Herzog unschädlich zu machen, damit er dem Friedensschlusse mit Moskau nicht mehr entgegenarbeite oder gar die Verbindung der schwedischen Truppen in Livland und Preußen hindere. Man mochte dort im einzelnen dem Herzoge unrecht tun, aber das ist klar, Jakob von Kurland erwies sich immer mehr als ein unbequemer und nur seinen eigenen Interessen nachgebender Nachbar. Die freilich unvermeidliche Annäherung des

Herzogs an den Saren, die Haltung der Herzogin Luise Charlotte in Königsberg, das Zusammenhalten des kurländischen Hofes mit dem verhassten brandenburgischen Kurfürsten, — das Alles hatte den König Karl Gustav tief erbittert und Herzog Jakob sollte es fühlen, daß man sein Spiel in Stockholm durchschaute. Da er sich in den Dienst der Politik Schwedens nicht stellen wollte, so sollte er bekümpft werden. Man hatte an der Unzuverlässigkeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm genug, sein Schwager sollte nicht in ähnlicher Weise Schweden täuschen und schädigen. Und daß seine Politik nun in kühnen Bahnen einlenken werde, schienen ja die geplanten großen Rüstungen zu erweisen. Zunächst freilich war der Herzog militärisch gar nicht so stark, wie man argwöhnte, und seine Schwäche hatte sich auch darin gezeigt, daß er und der Landtag im Juli 1658 dem Gouverneur Simon Brändel Helmsfeld große Lieferungen hatten zu liegen müssen, wogegen ihnen Schonung des Landes versprochen wurde, falls der König seine Genehmigung erteile. Dieser Vertrag war im Grunde sehr gefährlich, da es sich fragte, ob diese Genehmigung eintreffen würde, vor allem aber, weil in ihm das Zugeständnis lag, daß der Herzog aus eigener Kraft seine Neutralität nicht wahren könne, sondern sie durch große Opfer erkaufen müsse. Vergebens hatte der Große Kurfürst den Rat erteilt sich militärisch stark zu rüsten. Zu den Rüstungen erschienen die Reichdienstpflichtigen nur lässig, die Mittel zu Werbungen in großem Stil, die doch allein hätten helfen können, fehlten der herzoglichen Kasse und der Landtag war kaum geneigt und wohl auch kaum im Stande sie zu beschaffen. Wohl aber hätte das allgemeine Landesaufgebot eine nicht zu verachtende Macht dargestellt; aber wenn Schweden, ehe dieses zusammenberufen war, einen Gewaltstreich wagte, so waren der Herzog und kein Land verloren, und in der That erhielt der Feldmarschall Douglas, als er als Oberkommandierender nach Livland abging, die Befehlung, die Schlösser Wilna und Warsze, sei es auch mit Gewalt, zu besetzen und, wenn nötig, den Herzog mit seiner Familie gefangen zu nehmen.

Der Feldmarschall, dessen Armee nur aus 8000 Mann bestand, griff zur schnellen List. Sie gelang, weil die Warnungen des Dänenkönigs, in dessen Hände ein erneuter Befehl Karl Gustavs an Douglas den Herzog zu besetzen gefallen war, zu spät kamen. Er rückte mit seiner Armee in die Nähe Wilnas und schloß mit dem Herzog am

30. September und 1. Oktober in Bergfried oberhalb Ritas einen Vertrag ab, in dem die Neutralität des Rurländers gegen die Verpflichtung, große Geldsummen und Lebensmittel zu liefern, nochmals anerkannt wurde. Nachdem Jakob dadurch sicher gemacht war, schritt Douglas zur Tat. Er erhielt vom Herzog gegen dreißig Böte, die er, angeblich zum Transport kranker Soldaten nach Riga nötig hatte, die ihm aber tatsächlich zur Ausführung seines Planes dienen sollten. In der Nacht vom 9. zum 10. Oktober (n. St.) führten Fußtruppen unter Führung des Oberst Nikolaus Both den Fluß herab zum Schlosse, bestiegen im Dunkel der Nacht unbemerkt den Wall und machten sich zu Herren der Festung, ohne erheblichen Widerstand zu finden. Der Herzog eilte, als er den Tumult vernahm, aus dem Schlafgemach mit der Fellebarde in der Hand herbei, um seine Leute zu sammeln, aber diese waren meist in der Stadt und nur mit Mühe entging er selbst durch die Geistesgegenwart eines Jünglings, der zur rechten Zeit eine Thür hinter ihm zuschlug, der drohenden Todesgefahr. Nun folgte eine Plünderung der fürstlichen Silber- und Rentkammer, der prinziplichen Gemächer und die Erbeutung des herzoglichen Archives, das in der Folge nach Stockholm abgeführt wurde. Gleichzeitig hatte Breiterei unter dem Oberst Jersin ein herzogliches Detachement in dem, dem Schlosse gegenüber liegenden, Krüge aufgehoben und auf dem linken Ufer der Na waren 8 Kompagnien unter Oberst Jakob Uexküll an die Stadt Ritas herangerückt. Sie wurde schnell eingenommen und von der beleagerten Soldateska gründlich geplündert; erst Douglas' Erscheinen machte den Streich ein Ende. Das im Schloß und Stadt stehende fürstliche Militär wurde in die schwedischen Regimenter eingereiht und die fürstliche Familie, die im Schloß blieb, streng bewacht. Der Herzog blieb nominell Regent, tatsächlich aber hörte die fürstliche Regierung auf; Douglas war Herr im Lande und erzwang es bald, daß Jakob selbst den Befehl zur Übergabe der festen Schloßer Bausteine und Dahlen erteilte. Die Städte freilich, besonders Riban, weigerten sich die geforderte Unterwerfung unter Schweden zu vollziehen und der Adel trat vielfach in die polnisch-litauische Armee ein, um gegen die Landesfeinde zu kämpfen.

Der Eindruck der Katastrophe war besonders in Polen und Brandenburg ein gewaltiger und das menschliche Interesse an dem vergewaltigten Fürsten wuchs, als man erfuhr, daß die Herzogin Luise Charlotte

9*

acht Tage nach dem Überfall einen Anaben geboren hatte. Einarmig zur Welt gebracht ist der später in Riga geaußte Prinz Alexander ein wackerer Kriegermann geworden. Leider geschah aber nichts zu des Herzogs Befreiung, der Plan des polnischen Königs, daß man den Schwiegervater des schwedischen Königs, den Herzog von Holstein, durch einen Neutralitätsvertrag erst sicher machen und ihn dann Herzog Jakob's Reichel bereiten solle, wies Kurfürst Friedrich Wilhelm von sich; Truppen aber konnten, da die Verbündeten sie im Kampfe, den sie auf der litauischen Halbinsel und in Westpreußen gegen die Schweden führten, selbst brauchten, zu einer Diversion nach Karland nicht entsandt werden; die litauischen Truppen unter Gonskowski aber, zu denen noch ein Kontingent Brandenburger und das schließlich bis zu 5000 Mann anwachsende Aufgebot der Rurländer kamen, die im November 1658 eine Landesversammlung bei Goldingen abhielten und sich freiwillig zur Verteidigung ihres Vaterlandes und zur Befreiung ihres Herrn verbunden hatten, waren Douglas nicht gewachsen und mußten sich unter Freigabe Semgallens auf die Verteidigung des eigentlichen Karland beschränken. Trotzdem hielt der schwedische Feldmarschall die Anwesenheit des Herzogs in Mitau für gefährlich und beschloß einen gewaltsamen Versuch der Polen, ihn zu befreien. Daher ließ er ihn am 9. November (n. St.) mit der ganzen Familie — auch die kaum vom Wochenbett aufgestandene Herzogin — auf Böden unter militärischer Bedeckung auf der Flucht nach Riga bringen, wo sie im Schloß interniert und streng bewacht wurden. Die fürstlichen Oberleute aber blieben als Gefangene in Mitau zurück. Sie versuchten in der Folge die Wiederherstellung des früheren Zustandes herbeizuführen, indem sie Douglas sowohl als Komorowski die Räumung des Landes vorschlugen. Da aber letzterer sie von der vorhergehenden Befreiung des Herzogs abhängig machte, Douglas aber darauf nicht ohne Genehmigung des Königs einzugehen zu können erklärte, so zerfielen diese Verhandlungen und die Haft der Oberleute wurde nur noch verschärft. Damit hörte selbst der Schein einer herzoglichen Regierung auf und die Einwohner Mitaus, die sich anfangs mannhaft dagegen sträubten, wurden mit brutaler Gewalt zur Kristung des Huldigungsheides gezwungen. Vergeblich blieb ein Vorstoß der polnisch-litauischen Truppen unter Komorowski, die schon Doblen belagerten, mit starken Verlusten mußten sie abziehen. Für die Verbündeten trat ein verhängnis-

volles Ereignis ein, als am 1. Dezember Schweden mit Rußland zu Wallisat bei Karwa Frieden schloß und so von einem mächtigen Feinde befreit wurde. Der hereinbrechende Winter veranlaßte Komorowski nach Litauen abzugehen und so fielen noch im Ausgang des Jahres 1658 die Schlösser Schrunben, Hajenpots und Goldringen, das trotz der Kapitulation geplündert und ausgeraubt wurde, in die Hände der Schweden. Zu Beginn des folgenden Jahres nahmen die Polen und Rurländer zwar Sackenhausen und für kurze Zeit auch die Stadt Ritalu wieder ein, aber das waren vorübergehende Erfolge, wenn auch in dem kleinen Kriege an dem Rurländische Edelknechte und Bauern eifrig Anteil nahmen, zuweilen die Schweden den kürzeren zogen. In diesen Kämpfen tat sich als Führer einer Soldnertruppe Johann Lübeck hervor, ein Rurländer, den man wohl seines kurzen Gesichtes wegen den „Blinden“ nannte, ein gewandter Bandenführer, der durch manchen letzten Überfall den Schweden nicht geringen Schaden zufügte. Trotzdem fielen im April 1659 Eibau, Windau und Schloß Grobin und damit der Rest des Landes in Dolzlas' Hände, der alsbald in den beiden Seehäfen schwedische Zollkammern einrichtete. Dann bezug der Feldmarschall eine feste Stellung bei Schoden zwischen den Flüssen Windau und Wardau.

In diese Zeit fällt auch der Verlust der mit so liebevoller Fürsorge gehegten Kolonien am Gambia und auf Tabago¹⁾. Raum war in Holland bekannt geworden, welche Katastrophe über den Herzog herein-
gebrochen war, so regte sich auch gleich die Amsterdamer Handelskammer der ostindischen Kompagnie, um aus der Situation Vorteil zu ziehen. Sie beredete den herzoglichen Faktor Henri Romber mit ihr am 3. Februar 1659 einen Vertrag abzuschließen, wonach er ihr das Fort St. Andreas am Gambia für die Zeit der Gefangenschaft Jakobs abtrat. Sie wollte es angeblich für ihn verwalten und ihm nach seiner Restitution zurückgeben, aber der Rurländische Agent Biquetfort im Haag traf das Mißliche, wenn er meinte, es sei dabei eine dauernde Erwerbung von den Holländern geplant. Romber teilte dieses zum mindesten eigermächtige Abkommen dem herzoglichen Gouverneur am Gambia Otto Stel mit und stellte es ihm anheim, wenn er dazu die Macht habe, es nicht anzuerkennen. Der wackere Stiel tat es nun auch nicht und weigerte sich, als ihn eine holländische Facht zur Übergabe

¹⁾ V. Dieckhoff: Herzog Jakob's Kolonien, S. 42 ff. Siew ghl. c. S. 13 ff. H. Seraphim in Balt. Monatschrift 1890, S. 297.

aufforderte, diese zu vollziehen. Aber eine vom holländischen Kapitän angestellte Impörung der kurländischen Eoldner, denen man vor-
spiegelte, sie würden, da der Herzog gefangen sei, um ihren Sold kommen,
brachte das Fort in die Hände der Niederländer und den Komman-
danten Stiel ins Gefängnis.

Nicht viel anders vollzog sich der Verlust des uraldischen Ei-
landes Tobago. Die holländischen Kaufleute Lamfsin, die sich auf der
Insel unter herzoglichem Schutze ansässig gemacht hatten, versuchten
zunächst das Jakobsfest mit Gewalt zu überrumpeln. Aber sie wurden
geschlagen und griffen daher zur List. Sie gewannen die Soldaten und,
wie es scheint, die beiden obersten Befehlshaber des Forts Christoph
Reislering und Christian Lissen, indem sie ihnen vorstellten, wie un-
wahrscheinlich eine Wiedereinnahme Herzog Jakobs sei. Auch hier kam
es zu einer Verrätheri; die dem Herzog treuhaltenden Offiziere wurden
beseitigt und nun mit den Lamfsin ein Vertrag abgeschlossen, durch
den die Insel ihnen überlassen wurde. Durch eine Ru'chme des An-
waltars wurde indeß dem Herzog die Möglichkeit gegeben unter Um-
ständen später das Seinige zu reklamieren. Es liegt auf der Hand,
daß diese freiwillige Ubergabe rechtlich ebensowenig Wert beanspruchen
konnte, wie der famose Vertrag, den Hamber abgeschlossen hatte.

Herzog Jakob und seine Gemahlin hatten inzwischen von Riga
aus, soweit es ihnen die strenge Überwachung, die sich sogar auf die
Kontrolle der Lehensmittel erstreckte gestattete, sowohl Polen als auch
andere Staaten für ihr Schicksal zu interessieren gesucht und in der
That bemüht sich besonders der große Kurfürst für ihre Befreiung,
indem er Moskau, England, Frankreich und die Generalstaaten auf
das dem Kurländer zugefügte Unrecht hinwies. Aber das blieb ziem-
lich erfolglos, wenn auch hier und da, so am Wiener Hofe, an den
der Legationsrat Joh. von Drachenkis als herzoglicher Delegierter
gestellt war, ein gewisses platonisches Interesse für den brutal behan-
delten Fürsten vorlag. Der nach verwandte Hof von Kasel — die
Landgräfin Hedwig Sophie war der Herzogin Schwester — konnte
auch wenig tan, und als es zu Verhandlungen zwischen ihm und dem
schwedischen Rürig kam, bestand dieser auf der Lehnshoheit über Kurl-
land oder dem direkten Erwerbe des Landes, für das der Herzog
in Litauen oder Pommerellen entschädigt werden könne. Der alten
brandenburgischen Kurfürstin Elisabeth Charlotte aber, die für ihre

Kurländische Tochter brieflich bei ihm Fürsprache einlegte, schrieb Karl Gustav durchaus ablehnend.

Während die Schweden sich immer mehr in Kurland ausbreiteten, war die Bevölkerung des Landes doch weit entfernt, mit ihnen zu sympathisiren, obwohl sie nicht ungern die das gemeinsame lutherische Bekenntnis betonten, das sie gegen Polens katholische Bestrebungen zu verteidigen berufen seien. Aber es war doch nur eine, allerdings sehr bedauerliche Ausnahme, daß der Superintendent Paffstein in zelotischem Uebermaß auf der Kanzel Gott dankte, daß man nun endlich eine christliche Obrigkeit habe. Was die neue „christliche“ Obrigkeit dem Landesfürsten angetan, das freilich bedachte der hochwürdige Herr weniger als diejenigen Prediger, die sich im Gegensatz zu anderen, von Menschenfurcht beherrschten Amtsbrüdern standhaft weigerten, das übliche Kirchengebet für den Herzog wegzulassen und deshalb zum Theil gefänglich eingezogen wurden. Auch die Bauern, die man gegen die Gutsherrn aufbechte und denen man die Freilassung versprach, wenn sie schwedeneindliche Edelleute lebendig oder tot einliefern würden, ließen sich nur zum kleinen Theil verlocken. Sie hielten meist zu ihren Herren und kämpften nicht selten unter ihrer Führung tapfer gegen den Landesfeind. Als die rechtmäßige Obrigkeit im Lande galt, da der Herzog abwesend war, die Obrerräte, da aber auch diese nicht frei waren, so erwählte die Ritterschaft auf einer im Januar 1656 abgehaltenen Versammlung außerhalb Kurlands, in Kemel, Barthold von Blettenberg, Erwald von Brinken, Eberhard Rod, Otto Barthold Schending, Ernst von Saden und Eberhard von Lubinghausen zu stellvertretenden Obrerräten und diese erhielten auch die Bestätigung des Königs, der anfangs von sich aus kommissarische Vertreter ernannt hatte. Schließlich oberging im Lande alles drüber und drunter: „Als hat ein Jeder“ schrieb damals der Talsensche Kaufmann Berent Reding in sein Tagebuch, „gethan, was er gewollt. Ja es war damals Charlandt Einem Jedem zum Raube gegeben, Also daß man nicht gewußt, vor wehm man sich hüten sollte, es haben Theils Einheimische, den Soldaten gleich geraubet, in Summa es wahr fast Keiner für den andern Sicher vor Ein und überfall und ist leicht zu erachten, wie es Alba zugehet, da Veracht und Gerechtigkeit ganz bantedersieget.“ Besonders stellte sich auch eine Verwilderung der bauerlichen Bevölkerung ein, der nun die gewohnte Arbeit und Frucht vielfach zu fehlen begann.

Der Sommer des Jahres 1659 brachte einen Umschwung der Kriegereignisse zu Ungunsten Schwedens. Douglas räumte, da er sich den Lituauern, denen die brandenburgischen Regimenter Schönauß und Polen zu Hilfe eilten, nicht gewachsen fühlte, im Juni seine feste Stellung bei Echoden, zog, nachdem er seine Infanterie bei Goldingen zurückgelassen, nach Norden ab und postierte seine Reiter auf der Straße von Tuckum nach Riga. Die Polen und Brandenburger, denen sich das lathländische Aufgebot zugesellt hatte, rückten unter steten Scharmügeln langsam nach und nahmen am 13. 23. Juli die Stadt Riga ein, wobei dem Rittmeister Lübeck das Hauptverdienst zukam. Die Oberräte wurden befreit und die Befestigungen geschleift, ehe man dem Feuer, das der schwedische Kommandant des Schloßes Valentin Reger auf die Stadt eröffnen ließ, weichen und die Stadt wieder räumen mußte. Die Strekpatrouillen der Polen kamen plündernd und verheerend bis an die Düna. Vom rigischen Schloß aus konnte die gefangene fürstliche Familie sehen, wie auf dem jenseitigen Ufer des Stromes das Vieh weggetrieben wurde und Häuser aufflamment.

Bei dieser Sachlage entstand der Plan, den Herzog noch weiter von Rurland zu entfernen, da er in Riga der schwedischen Sache immer noch gefährlich zu sein schien. Nachdem man an Stedholm gedacht hatte, wurde Zwangorod bei Kerna als neuer Verbannungsort des Herzogs in Aussicht genommen und am 9. August brach die fürstliche Familie von Lünamünde, wo sie einige Zeit in qualvollem Warten verbracht hatte, dorthin auf. Der in Brandenburg entworfene Plan, die Schiffer, die die Gefangenen transportierten, durch Befehdung zur Landung in einem preussischen Hafen zu bewegen, schlug fehl und am 19. August landete Herzog Jakob in der fernsten Grenzfestung Schwedens, die ihn nun bis zum Frieden beherbergen sollte. In vier kleinen Holzbaracken schliefen die Verbannten, die trotz des Wohlwollens des Kommandanten Helmkeß durch die strenge Bewachung und Absperrung schwer litten, ihre Wohnung auf. Inzwischen dauerte der Krieg in Rurland zu Ungunsten der Schweden fort, Komorowski, Schönauß und Polen rückten vor Goldingen, nahmen die Stadt, plünderten sie rücksichtslos und verheerten selbst die Kirche nicht, im Schloß aber hielt sich der Kommandant Oberst Spens, ein Knecht von Douglas, mit großer Tapferkeit und kapitulirte erst (23. August), als Douglas, der von Riga zum Entsatz aufgebrochen war, umkehrte, um

Doblen einigen Aurlandern zu entreißen, die es durch einen Handstreich eingenommen hatten. Die Kapitulation Goldingens, die für die Belagerten ehrenvoll lautete, wurde von den Polen nicht gehalten und die schwedischen Soldaten zum Übertritt in polnische Dienste gezwungen. Die Polen aber plünderten trotz aller Verbote das herzogliche Schloß Goldingen und führten selbst das Schloßarchiv mit sich fort. Nach zweiwöchentlicher Belagerung kapitulirte das von Erich Lobe verteidigte Schloß Schranben und auch Winbau sowie das von den Schweden geraumte Libau fielen Anfang Oktober in die Hände der Verbündeten. Bogislaw Radziwill, der brandenburgische Statthalter in Preußen, zwang wenige Wochen später den Oberst Arenfeld, der sich auf Grobin zurückgezogen und, um das Schloß zu verteidigen, die Stadt eingekerkert hatte, zur Übergabe. So war außer Mitau und Bauske ganz Aurland den Schweden entrissen und Douglas hielt es nun für geraten, die Stellung die er bei Annenberg bezogen hatte, aufzugeben und sich mit den Truppen nach Riga zurückzuziehen.

Die durch die Eroberung der Stadt Mitau befreiten Oberräte, der Kanzler Melchior von Földersheim, der Landhofmeister Wilhelm von Rummel und der Landmarschall Wilhelm von der Medt hatten inzwischen schon im August nach Remel eine Landesversammlung berufen. Diese richtete an den polnischen König ein Memorial, in dem sie die Bitte, Herzog Jakobs Restituierung herbeizuführen, aussprach; aber natürlich bedeutete das im Erfolg ebensowenig, wie das Kollektivschreiben, in dem die Kurfürsten von Mainz und Köln und andere deutsche Fürsten bei König Karl Gustav für des Herzogs Befreiung eintraten, oder wie das Memorial, das dieser selbst an den schwedischen König richtete. Schwer genug mochte es dem stolzen Fürsten sein, nun sich mit demütiger Bitte dem stolzen Sieger zu nahen und um so schwerer, als er sich selbst sagen mußte, daß Karl Gustav nicht nachgeben würde.

Dem General Polabinski, der nach Komorowski's Tode an die Spitze der polnischen Truppen getreten war, gelang es zu Anfang des Jahres 1660 (10. Januar n. St.) das Schloß Mitau zu Fall zu bringen, die Truppen unter Oberst Meyer durften nach Riga abziehen, als polnischer Kommandant aber wurde der Oberst Egidius Bremer eingesetzt. So hielt sich nur noch Bauske, aber bald zeigte es sich, daß die Polen, die das Schloß Mitau an die Oberräte herauszugeben sich weigerten, eine furchtbare Plage für die Umgegend der herzoglichen

Refidenz wurden. Besser führten sich die übrigen bald nach Preußen heimrückenden Truppen des brandenburgischen Kurfürsten, die Rabauw durch ein scharfes Patent vor Plunderungen gewarnt hatte, auf, obwohl auch ihre Verpflegung dem bis an die Grenze des Möglichen ausgelegenen Lande viel Beschwerden verursachte. Der in Goldingen versammelte Landtag, der den Oberst Lubed in die Dienste des Landes nahm und größere Erleichterungen zu seiner Befoldung vermahn, konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das „angemerkte“ Land, wenn der Friede nicht bald anbreche, zu Grunde gehen müsse.

Schon im Jahre 1659 war in Thorn ein Friedenskongreß zusammengetreten, der aber bald nach Warschau, dann nach Danzig verlegt wurde und schließlich nach dem nahegelegenen Kloster Olwa überfielte.

Herzog Jakobs Interessen vertrat auf diesem Kongresse der vortreffliche Kämpter Melchior von Fiedersheim, ein Mann von treuergebeuer Gesinnung, großer Bildung und reichen Gaben. Es war für ihn keine leichte Aufgabe, wenn die intoleranten und zum Teil abelwilligen polnischen Staatsmänner, die dem Herzoge seine Neutralität nicht verzeihen, sich zu keiner energischen Tätigkeit auftrafen konnten, sie anzuspornen, durch Geldversprechungen zu gewinnen und mit den nötigen Belehrungen über die ihnen ganz fremden kurländischen Angelegenheiten zu versehen. Wir übergeben die einzeln Verhandlungen des Friedenskongresses, bei denen Fiedersheim eigentl. nur durch die brandenburgischen Gesandten wohlwollend beraten wurde; die gefährdete Lage Schwedens, das auf allen Kriegsschaupätzen im Rückzuge war und die der Tod des Königs noch freigerie, ließen schließlich zu einem verhältnismäßig günstigen Resultate gelangen, Polen verzichtete endgültig auf Livland, behielt aber Westpreußen. Herzog Jakob für den sich auch Ludwig XIV. in gewissem Grade interessierte, sollte auf der alten Grundlage als polnischer Lehnsherr in Warland restituirt werden, nachdem schon vorher seine bedingungslose Freilassung beschlossen war. Der Herzog Kurlands sollte die 1636 festgestellte bleiben, die Insel Hund, die bisher zu ihm gehört, an Schweden fallen. Schweden verzichtete auch auf das Stift Wilna und gegen seine Union mit Kurland, für die sich auch Brandenburg interessierte, machten trotz der Intriguen Ewald von Sacken's, nicht dem Herzog abgeneigten polnischen Edelmannen, die polnischen Kongreßdelegirten keine erheblichen Einwendungen. Vielmehr wurde das Stift Wilna nicht unter die Zahl der

im Friedensinstrumente aufgezählten, unmittelbar unter Polen stehenden Gebiete Altislands aufgenommen und damit seine Zugehörigkeit zu Russland indirekt anerkannt. Eine Entschädigung des Herzogs ließ sich zwar nicht erlangen, aber es war immerhin ein Erfolg, daß das Herzogtum fortbestand und er am Regiment blieb, ohne unter Schwedens Lehnhoheit zu kommen. Nachdem der Herzog am 10. April 1660 in Zwangorod entsprechend den Bestimmungen des Kongresses ein Reserval unterzeichnet hatte, in dem er auf die Rache an Schweden verzichtete, konnte er die Heimreise antreten. Sie führte ihn über Rerval und Bernau nach Riga, wo er, von Douglas feierlich eingeholt und von zweitausend russländischen Bauern begrüßt, unter dem Donner der Kanonen am 15./25. Juni einzog. Nach längerer Rast brach der Herzog in sein armes, verruftes Land auf, an dessen Grenze ihn die Ritter- und Landschaft Russlands und Biltens mit feierlichen Ansprachen empfing. Da die andern Schlösser nicht in brauchbarem Zustande waren, Mitau in den Händen der Polen und auch Bauske von den Schweden nach dem Friedensschlusse ihnen übergeben worden war, so mußte die Residenz zunächst im „engen Keste“ Grobin aufgeschlagen werden. Es dauerte aber noch bis Mitte August, bis der gewissenlose polnische Kommandant in Mitau, der Oberst Bremer, das Schloß an die herzoglichen Bevollmächtigten herausgab, und wie sich seine Truppen schon bis dahin arg als Räuberbanden aufgeführt hatten, so war es bei ihrem Abzuge beinahe zum Kampfe mit den auch zuchlosen Lübedischen Rintern gekommen. Das wurde glücklich verhindert, aber durch das mühe Treiben dieser Truppe, dem ihr Führer nicht steuerte, hatte das Land noch Jahre hindurch zu leiden. Ein Schrecken des Landes ist die'ses Feuerregiment, wenn es mit dem Bezahlen der Löhnung nicht reich genug geht, zum Äußersten fähig, ja um jener Willen durchzukehen, zieht Lubed sogar einmal drohend vor Mitaus Tore. Erst 1664 ist der „blinde Oberst“ im russisch-polnischen Kriege, fern der Heimat, gefallen. An den Herzog aber trat nun die Aufgabe heran, seine Lebensarbeit von neuem zu beginnen; das Werk 20jähriger Regententätigkeit lag geknickt und vernichtet am Boden.

Das tragische Geschick des Herzogs, der sich mit hingebendem Eifer an diese Aufgabe machte, liegt in der Tatsache beschlossen, daß es ihm trotz redlicher Mühe nicht glücken sollte, die erklimmene Höhe auch nur annähernd wieder zu erreichen.

4. Kapitel.

Jahre des Niederganges bis zum Tode Herzog Friedrich Casimira.

Dem Olivaer Frieden folgte im Juli 1661 der Vertrag von Kardis, der den Krieg zwischen Schweden und Rußland beilegte; zwischen Polen und Rußland hat er noch mehrere Jahre gewüthet, obwohl sich sowohl der Große Kurfürst, als auch Herzog Jakob um seine Beilegung eifrig bemühten; erst 1667 ist in Andruschow ein dreizehnjähriger Waffenstillstand zwischen beiden Mächten geschlossen worden. Damit fanden die unmittelbaren Nachwehen des Krieges in Kurland ihr Ende, denn nun hörten die Durchzüge und Kontributionen endlich auf, die dem armen Lande bisher von den Polen nicht erspart geblieben waren. Im Jahre 1665 hatte die russische Armee das Land passiert und dann war auch die des litauischen Unterfeldherrn Pac durch Kurland gezogen und hatte neben den erheblichen Kosten der Verpflegung noch große Geldsummen vom Lande erpreßt. Später, es war 1672 und 1673, konnte sich das Herzogtum den von Polen beehrten Willigungen für die Türkenkriege nicht entziehen. So konnte sich das Land nur sehr langsam von den Folgen der schweren Kriegsjahre erholen, und diese waren in jeder Beziehung entsetzlich.

Die Städte, deren wirtschaftliche Entwicklung ohnehin eine sehr kümmerliche gewesen war, waren durch die Plünderungen, Kontributionen und das Darniederliegen von Handel und Wandel ins Mark getroffen, Goldingen war am schwersten heimgesucht, aber auch Mitau so heruntergekommen, daß es nicht imstande war, die Brücken und Tore in Ordnung zu bringen; noch monatelang waren zum Schaden der Anwohner die Tore zur See und mühlenwärts unpassierbar. Die fürstlichen Schlösser waren meist verkommen und des Inventars beraubt,

Mitau wird als „unflätig“ bezeichnet, bewohnbar war zunächst eigentlich nur Grobin. Die Domänen des Herzogs waren in ihren Erträgen auf ein Minimum herabgesunken; die Herzogin Luise Charlotte erhielt, als sie ihren Hofmeister auf ihre Güter entsandte, um die „Serechtigkeit“ zu nehmen, statt der gewöhnlichen 6000 nur 30 Gulden und 1661 mußte sie bei ihrem Bruder in Preußen eine Anleihe an Saalforn machen, da es ihr an solchen mangelte. Die abligen Höfe waren nur wenig besser daran und der wirtschaftliche Niedergang ein allgemeiner. Die Bauern waren in den Kriegsjahren verwildert und in großer Zahl nach Litauen, Döland und, wie schon einst im Schwedenkriege zu Herzog Friedrichs Zeiten, nach Preußen geflüchtet¹⁾, wo von altersher lettische Landsleute saßen. Die Schritte, die vom Herzoge mehrfach gemacht wurden, um die Auslieferung der Entwichenen zu erwirken, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Die Fabriken und Manufakturen des Herzogs waren in den zwei bösen Jahren außer Gefangennahme eingegangen und nun da sie mit großen Opfern und Kosten zum Teil wieder eröffnet wurden, empfand man doppelt den Mangel der Flotte, die in den Kriegsjahren zum Teil verloren gegangen war und auch an Eucilität eingebüßt zu haben scheint. Als im Jahre 1669 der Herzog einige Schiffe, die im Windauer Hafen lagen, verkaufen wollte, fand sie der Oberst Johann Hille, der Kommandeur der ersten brandenburgischen Flotte, der sie im Auftrage des Großen Kurfürsten besichtigte, ganz unbrauchbar, eines war sogar mit 12 Fuß Tiefgang gebaut, während die Mündung des Winbaustrones nur 8 Fuß tief war. Es konnte also überhaupt den Hafen gar nicht verlassen²⁾. Die Möglichkeit des direkten Betriebes der eigenen Produkte litt durch jenen Mangel ebenso, wie der einst so schmunzvolle Importhandel. So wurden denn die früheren Werkstätten nur in beschränktem Maße und mit einer geringeren Zahl Arbeiter in Tätigkeit gesetzt und der Erfolg dieser Unternehmungen scheint der alte nicht mehr gewesen zu sein. Trotzdem finden wir den rührigen Fürsten schon bald wieder auf neuen Bahnen kommerziellen Strebens. Im Mai 1664 erwarb er vom dänischen Könige das Recht Eisenwerke in

¹⁾ V. Gerach in: Über Auswanderungen lettischer Bauern aus Karland im XVI. Jahrh. in der Altpreuß. Monatsschr. XXIX, S. 317–331.

²⁾ Hgl. Nober: Die erste brandenburgisch-preussische Flotte (1903), S. 54.

Norwegen eingerichtet und in der That hat er im folgenden Jahre in Eidsvoll im Stiftsamt Ithikania einen solchen Betrieb mit einer größeren Anzahl Leute eröffnet, für die er selbst einen eigenen Prediger in Dienst nahm. Ein Jahrzehnt später erhielt er von Christian V. auf 12 Jahre die Verleihung mit 3 Schiffen Island zu besetzen und dort Handel zu treiben, wozu schon früher der Kaiserhrieg die Blick des Westaussehenden gelenkt hatte. Auch für den Handel mit der kleinen Insel Fiedroe an der Südküste Norwegens hat er ein Privilegium erworben. Doch läßt sich nicht verkennen, daß trotz alles Strebens zwischen der ersten Periode der Regierung Herzog Jakobs und den Jahren nach dem Frieden zu Oliva ein beträchtlicher Unterschied obwaltete. Es tritt in vieler Hinsicht eine Kleinliche Beschränktheit und eine Kriete hervor, die im einzelnen gelegentlich penlich berührt.

Ungünstig ließen sich auch die Dinge im Stift Bilsen an¹⁾, obwohl es ihm gleich dem Herzogtum durch einen königlichen Kommissarius im September 1660 übergeben wurde. Am 25. Februar 1661 wurde zwischen dem überwiegenden Teile des Adels des Kreises und dem Herzoge zu Stob'n eine Transaktion vereinbart, die die Verfassung und Verwaltung des Landstums regelte und gemeinsame Landtage des Herzogtums und des Stifts in Aussicht nahm. Doch gelang es Ulrich von Saden, dem Führer der mit der Union unzufriedenen Gruppe der pultischen Ritterschaft, welche die alten Seiten ständischer Allmacht nicht vergessen konnte, ein königliches Reskript zu Wege zu bringen, das die Aufz des Kreises den Landräten übertrug und die herzogliche Gewalt beseitigte. Doch erklärte schon 1661 König Johann Casimir dieses Reskript für erloschen und sprach dem Herzog alle landesherrlichen Rechte am Stift Bilsen zu. Damit war auch der größte Teil der Landhufen wohl zufrieden, da er der Gegenpartei den Vorwurf machte, daß sie ein cliquenhaftes „Schwager-Kollegium“ sei, und der Ansicht war, daß „wenn eigene Brüder die Regierung führten, sie scharfer bissen, als eine andere Landesoberkeit.“ So fanden wieder gemeinsame Landtage statt und der Herzog ernannte die Landräte. Die Frage schien erledigt, als sich Otto von Wandel, der ehemalige Pfandbesitzer der Starosten, zum Präsidenten des Kreises aufwarf und seine

¹⁾ Gedhardt, a. a. S. 101. Schwarz, Blätter Nr. 35 ff. Schlemmer, Histor. Darstellungen, S. 231 ff.

Anhänger, d. h. die Oppositionspartei, dazu vermochte, neue Landräte zu wählen und den vom Herzoge ernaunten die Anerkennung zu versagen. Doch kam es nach mancherlei Zwischenfällen und nachdem die Rechtsfrage auch in zahlreichen Tendenzschriften ihren Austrag auf literarischem Boden gefunden hatte, im Juli 1668 dahin, daß König Johann Casimir Maydel und seine Landräte direkt ablegte und die Rechte des Herzogs entsprechend der Grobener Transaktion anerkannte; dasselbe tat im Dezember 1669 auch sein Nachfolger König Michael Wiesnowiecki, an den der Herzog seine Räte Schubert und Puttkammer gesandt hatte, nachdem Maydel von ihm zuerst einen Befehl an den Herzog erschieden hatte die Gerichtsbarkeit im Stitt Piltten nicht auszuüben. Trotzdem scheint der Kreis vom Herzog ziemlich unabhängig gewesen zu sein, die Landesbeamten brauchten von ihm ebensowenig wie die Landtagschlüsse bestätigt zu werden. Erst als König Michael 1673 starb und die allgemeine Lage dem piltenschen Adel Besorgnisse einflößte, hielt er es für geraten im Februar 1674 die Bereitwilligkeit zur Vereinigung mit Karlarb auszusprechen, wenn der Herzog eine Bestätigung derselben durch einen Reichstagsbeschluß herbeiführte. Ein solcher erfolgte 1679 und am 8. April 1680 konnte nun endlich ein Vergleichsinstrument aufgesetzt werden, das indessen nicht vollzogen worden zu sein scheint. Als Herzog Jakob starb, war die piltensche Angelegenheit noch nicht geregelt.

Raum auf einem Gebiete aber zeigte sich die Tatsache, daß die Stellung des Herzogs eine wesentlich geschwächte war, in dem Grade, wie auf dem der überkreischen Kolonien, wo dem Herzog mit der größten Rücksichtslosigkeit begegnet wurde. Die Besitzungen am Gambia waren, nachdem sie in der oben erwähnten Weise dem Herzoge entfremdet worden waren, bald darnuf wieder auf der Kammer von Amsterdam verloren gegangen¹⁾. Ein französischer Seeräuber in schwedischen Diensten hatte zu Anfang des Jahres 1660 das Fort St. Andreas überfallen und ausgeplündert und es dann einem für die westindische Kammer von Grönningen in jenen Gegenden tätigen Kaufmann überlassen. Die Grönningensche Kompanie bot nun die Insel, die ihr nicht paßte wieder dem herzoglichen Agenten Romber an, falls er eine Besatzung hinsenden wolle. Romber ging darauf ein und bezog Stiel wieder als

¹⁾ D. Dieberichs, Herzog Jakobs Kolonien etc., S. 47 ff.

Kommandant mit einigen Truppen hinzulegen. Dieser nahm das Fort auch wieder ein und als er nach wenigen Wochen durch Kriegsschiffe der Handelskommer von Amsterdam zur Übergabe gezwungen und gefangen worden war da wurde kein gutes Verhältnis zu den Engländern keine Rettung. Ihre drohende Barternahme für ihn zwang die Holländer nicht nur ihn freizulassen, sondern auch das Fort, nachdem sie es demolirt hatten, zu räumen. So blieb Suel im Besitz der Insel, bis im März 1661 eine englische Fregatte nachlicherweile vor ihr erschien. Die Verwundungsschiffe des Forts, in dem man sie für ein holländisches Fahrzeug hielt, nahm ihr Kommandant Holmes zum Vorwande, als sei er angegriffen worden, und zwang den holländischen Gouverneur, der von der Ausschüttung jedes Widerstandes überzeugt kein mußte, zur Kapitulation. Er stellte ihm dabei eine Erklärung darüber aus, daß er nur der Übermacht gewichen sei. Durch diese Gewaltthat, als deren Urheber Prinz Rupert der Kavallerie vermutet wurde, verlor der Herzog endgültig die Besitzungen, deren Erwerbung ihm soviel Ruhe gestiftet hatte und die weit höheren Nutzen als Tabago zu verschaffen schienen. Die Versuche des Herzogs durch seinen Agenten Phil Freyer, dann aber durch einen beförderten Envoys Adolph Wolffrath, die Rückgabe der Insel beim englischen Könige zu erreichen, schlugen fehl, der Envoys stellte sich als ein winziger eiler Brachhaus heraus und die Holländer wählten der Restitution des unbewohnten Küstlands offen entgegen. Wolffrath, der dem Herzoge unbegründete Hoffnungen gemacht hatte, wurde schließlich auf der Heimreise in Danzig festgenommen und hat später noch ein Jahr in Mitau gefangen gesessen. Trotzdem setzte Jakob seine Bemühungen durch seinen Boten Trankow fort, allein er mußte bald erkennen, daß sie vergeblich sein würden. Er enthielt sich daher späteren Herzens auf die Besitzungen am Gambia zu verzichten, um wenigstens Tabago zu retten. So schloß er am 17 November 1664 mit Karl II. einen Vertrag ab, der dem Herzoge zwar das Recht des freien, aber doch durch einen dreiprozentigen Zoll beschränkten Handels am Gambia und die Erlaubnis dort Warenhäuser anzulegen, zusicherte, das Eigentumsrecht an den dortigen holländischen Besitzungen aber der englischen Krone zusprach. Dagegen verließ Karl II. die Insel Tabago dem holländischen Herzog, der nun ein unbestreitbares Recht auf sie erhielt, das ihm bisher gefehlt hatte. Aber nicht einmal der unge störte Handel am Gambia war

tatsächlich erreicht, die königlich-afrikanische Kompanie und besonders ihr Präsident, der Herzog von York, der ihr pekuniar verpflichtet war, wußten dem Handel des Herzogs die größten Schwierigkeiten in den Weg zu legen; 1678 schlugen ihr die Holländer gar vor, den Handel an der Guineaküste gemeinsam zu monopolisieren. Der Herzog, dessen Agent Lucas Ygon bei Karl II. nichts ausrichten konnte, sah unter solchen Umständen den Vertrag von 1664 für erloschen an und verlangte nun durch einen Spezialdelegierten, Abraham Marin, die Rückgabe des Forts, zum mindesten aber den freien Handel. Trotz des Eifers, an dem der Agent es nicht fehlen ließ, war der Einfluß des Herzogs von York und der Kompanie ein so großer, daß sich Jakob 1681 dem Gedanken nicht mehr verschließen konnte, daß alle Mühen und Kosten umsonst seien. Er hat damals sein Augenmerk mehr auf Labago gerichtet, ohne daß freilich seine bisherigen Erfahrungen ihn Veranlassung geboten hätten auf Erfolg zu hoffen.

Die Campsins hatten sich in der Meinung, daß die Generalstaaten sie in ihrem Besitze nicht genügend schützen würden, an Ludwig XIV. gewandt, der die Insel denn auch zu einer französischen Baronie und Cornelius Campsin zum Baron von Labago erhob. Das folgende Jahr brachte jenen Vertrag Jakobs mit Karl II., der ihm Labago verlor, doch konnte der Herzog in den Besitz der Insel nicht gelangen. Als dann im Jahre 1665 zwischen England und Holland jener Krieg ausgebrochen war, in dem die holländischen Seehelden de Ruyter und Tromp der jungen Flotte ihres Landes frische Vorbeeren erwarben, bemächtigten sich bald darauf englische Freibeuter der Insel und vernichteten die Niederlassung der Campsins. Aber schon bald verloren sie ihren Raub wieder an die mit Holland verbündeten Franzosen und die französische Regierung ordnete auf Ansuchen der Generalstaaten die Abtretung der Insel an die Holländer an. Während dieser Wirren hatte Herzog Jakob wenig zu hoffen. Auch der Friede zu Breda (1667), der diesen Krieg beendete, brachte ihm keine Vorteile, alle seine Proteste und Bitten fanden taube Ohren und die Campsins konnten wieder ruhig daran gehen, ihre Niederlassung neu zu gründen. Da entstand 1668 in Maastricht der Plan statt der diplomatischen Verhandlungen kräftigere Mittel zu versuchen und die Insel

¹, Schwich L. c. S. 20 ff. A. Scraphim u. Ball Monatschr. 1890, S. 214 ff. Scraphim, Geschichte III.

gewalttham zu nehmen. Der Kapitän Castens als Führer des Schiffes „Islandsfahret“ und der Kapitan Waldmann als Kommandeur der Soldaten waren zur Ausführung der Expedition bestimmt. Aber schon in Helsingör begannen Frierthionen und die beiden leitenden Persönlichkeiten, die in steter Rivalität leben, zeigten sich der Aufgabe keineswegs gewachsen. Als man nach Tabago gelangt war, wurde die rechte Zeit, um unbemerkt zu landen, veräußert und so erhielten die Holländer von der Ankunft des furländischen Schiffes Nachricht und konnten das bisher verlassene Jakobshof besetzen. Waldmann, der selbst auf der Insel landete und mit dem holländischen Führer eine Unterredung hatte, versuchte sich nur zu überzeugen, daß an eine gewaltthame Verbindung nicht zu denken sei. So blieb das mit vielen Kosten verknüpfte Unternehmen erfolglos und ebenso auch spätere Versuche. Die „Röve“, die 1670 nach Tabago segelte, wurde an der Küste Kengranadas von französischen Kriegsschiffen aufgebracht. Der Prozeß, der gegen die Erben der Kampfin 1671 durch den Rittmann von Friedrichshof Peter von Boldershoven im Auftrage des Herzogs im Haag angestrengt wurde, erwies, wie gering das Wohlwollen der Generalstaaten gegen den Herzog war. Als trotzdem im bald darauf (1672) ausbrechenden Kriege der Holländer gegen Frankreich und England der furländische Erbpriest Friedrich Cairur in die Dienste der Generalstaaten trat, trat auch in London eine nicht geringe Verstimmung gegen den Rittauer Hof ein. Zwar meinte, als während dieses Krieges die Kampfin (1673) durch die Engländer von der Insel vertrieben worden waren, der Herzog nochmals den Versuch, Tabago in Besitz zu nehmen, indem er 1675 den Obersten von der Heyde mit den Schiffen „Einhorn“ und „Islander“ nach Tabago abfertigte¹⁾, doch kamen die Fahrzeuge über Tanemarl nicht hinaus. Der Oberst, ein überaus lüderlicher und gewissenloser Schwindler, verhandelte in Kopenhagen seine Soldaten an die dänische Regierung, segelte dann mit dem „Einhorn“ nach Weblamblick in Holland, wo er das Fahrzeug verließ, während der „Islander“, der nach Rurand zurückgeschickt war, bei seiner zweiten Ankunft in Kopenhagen von der dänischen Regierung eingezogen und erst nach längeren Verhandlungen herausgegeben wurde. Nach Tabago ist das Schiff so wenig gelangt, wie der „Islandsfahret“ und die „Röve“.

¹⁾ H. Gerazhim in Rurand. Eihungsber. 1892, S. 19—22.

die 1671 von französischen Kapern erbeutet wurden¹⁾. Endlich erwirkte der Herzog es im Jahre 1680, daß König Karl II. seinen Gouverneur auf Barbados, Atkins, die Befehle gab, die Schiffe der Kurländer bei ihren Ansiedlungsversuchen zu unterstützen. Und in der That kam es zu einer neuen Niederlassung der Kurländer, doch schon im demselben Jahre fiel sie einem Angriffe von Indianern, die einige französische Vandalen anführten, zum Opfer. Das veranlaßte Herzog Jakob, die unmittelbare Exploitation der Kolonien als unausführbar aufzugeben und einen anderen Weg einzuschlagen. Er schloß nämlich mit dem Kapitan John Bohn, einem englischen Abenteurer, der ihn durch Verspiegelungen und erdichtete Berechnungen täuschte, durch Abraham Marin (1681) einen Vertrag ab, durch den Jakob die Insel ihm und einer von ihm gegründeten Kompanie unter folgenden Bedingungen überließ. Die Kompanie soll in drei Jahren 1200 Menschen und dann noch mehr auf ihr ansiedeln, die nach sieben abgabefreien Jahren dem Herzoge einen jährlichen Zins zahlen sollen. Die Bevölkerung, von der aus Rücksicht auf England Katholiken ausgeschlossen sind, erhält im weitesten Maße Selbstverwaltung, leistet dem Herzog und auch dem englischen König den Treueid und darf, falls diese beiden in Krieg geraten, neutral bleiben. Die Kompanie erhielt ferner das Recht, von Tabago aus mit der ganzen Welt Handel zu treiben, ein Recht, das der Herzog gar nicht verleihen durfte, da der Vertrag von 1664 ihm selbst nur den Handel von Tabago nach kurländischen Häfen und Danzig gewährt hatte. Es zeigte sich hierin die schon oben erwähnte Auffassung Jakobs, daß der Vertrag erloschen sei, und darin lag, da vor diesem eine anerkannte rechtliche Grundlage für die kurländischen Ansprüche nach Tabago nicht existiert hatte, ein in seinen Folgen sehr verhängnisvoller Bergang. Doch sollte der Herzog diese nicht mehr erleben, sondern erst sein Nachfolger, bei dessen Geschichte wir darauf zurückkommen. Herzog Jakob aber hatte noch im Laufe des Jahres 1681 Mond mit einigen Schiffen nach Tabago entsandt, um sich dort festzusetzen. Er tat es auch, aber doch nur für kurze Zeit, schon 1683 mußte er die durch Angriffe der Indianer und den Mangel an Zufuhr gefährdete Kolonie wieder verlassen.

¹⁾ Ob die 1672 nach Tabago abgeschickte „Wöbe“ dorthin gelangte, ist unbekannt fraglich. Siehe A. Gerapšin in den Kurländ. Sitzungsb. 1896, S. 16.

Setzt sich in diesen unglücklichen Versuchen und Verhandlungen schon eine Schwäche der Stellung Herzog Jakob, so ist das auch der Fall bei seinen Beziehungen zu Spanien und Frankreich¹⁾. Von ersterer Macht gelang es ihm trotz jahrzehntelanger Anstrengungen, die er gleich nach dem Frieden von Ulm machte, nicht Schadenertrag für die gelepten Schiffe zu erlangen. 1673 ernannte er Christoph Hagedorn, der es im französischen Dienste zum Baron d'Estree gebracht haben wollte, zu seinem Vertreter am Madrider Hof, aber da er für diplomatische Geschäfte ganz unbrauchbar war, so glückte es nicht den passiven Widerstand des spanischen Hofes, der die Sache an die Brunnialregierung in Brüssel verwies, zu bezwingen. So kam der Herzog 1676 auf den Plan, als Entschädigung die Abtretung der Insel Annabab zu verlangen. Um das Widerstreben des katholischen Spaniens zu befeitigen, erklärte er sich bereit in erster Reihe Katholiken auf der Insel anzusiedeln und den katholischen Geistlichen dieselben Einkünfte wie Spanien zu gewähren. Man sieht, daß der Herzog in konfessioneller Hinsicht sehr vorurtheilhaft ist, wie er in Tabago laut des mit Venedig abgeschlossenen Vertrages keine Katholiken zulassen will, so will er sie in Annabab bevorzugen, er richtet sich in dieser Hinsicht ganz nach den Wünschen des Staates, den er nützlich hat. Da Hagedorn ihn von der Ausfichtslosigkeit dieser Vorschläge nicht in Kenntnis setzte, so ließ der Herzog 1677 schon einen Vertragserwurf wegen Annababs ausfertigen. Er eibet sich hier auch im Kriegsfalle ein Schiff für ein Jahr zur Verfügung zu stellen, wogegen ihm in der ganzen spanischen Monarchie freier Handel zugestanden werden sollte. Aber trotzdem, daß der Herzog sich nach Wien um Vermittlung wandte und sich geneigt erklärte den Jesuiten die Einrichtung des Gottesdienstes in Annabab zu überlassen, kam der langwierige Streit, der schon 1679 zwei Schiffe zur Verstärkung Annababs ausgesendet, nicht zu seinem Ziel. Man treibt mit ihm ein häßliches Spiel und keine Position wird noch abger, als Hagedorn 1681 starb und nun zwei höchst fragwürdige Subjekte, Bartholomew Quinzans und ein Teutischer Edel, der sich aber lieber Cheletet nannte, sich den Rang eines herzoglichen Agenten streitig

¹⁾ Über Herzog Jakob Beziehungen zu Spanien: V. Gierstein in den *Archiv. Espanol* 1897, S. 41—57 und über die französischen. Baron Almon von Heyling vorfeldt 1861, *Waldung*.

machten und einander beim Herzoge rastlos verleumbeten, aber für ihn nichts erreichten; wiewohl Luitpold später eine Entschädigung in Belgien in Aussicht nimmt und dann statt Trinidad eine andere Insel vorschlägt, für die er den Namen Neu-Kurland oder Neu-Semgallen und die Fehdelang durch Verbrecher empfehlte. So schließt diese ganze spanische Affaire doch mit einem gänzlichen Mißerfolge und die ganze Behandlung durch Spanien zeigt, daß man hier des Herzogs Machtlosigkeit erkannte und ausbeutete.

Nicht besser ging es Herzog Jakob, als er mit dem Pariser Hofe in Beziehungen trat, um von ihm Entschädigung für die Wegnahme von vier kurländischen Schiffen zu erwirken, um seinen Einfluß zur Wiedererlangung der Insel Rund von Schweden auszunutzen und die Anerkennung der Neutralität seiner Kolonien in künftigen Kriegen zu erlangen. Der Herzog bevollmächtigte 1677 den Agenten der Hansestädte in Paris, Beed, sein Interesse zu vertreten, aber obgleich er mit Geldversprechungen an die französischen Minister nicht zu sparen kauft war, glückte es ihm doch weder die Insel Martinique als Entschädigung zu erlangen, noch auch sonst seine Aufträge erfolgreich zu erledigen. Als der Herzog 1681 den Hofjunker Karl Johann von Blomberg, der sich als Verfasser einer noch heute wichtigen Schrift: „Description de la Livonie“ später bekannt machte, nach Paris entsandte, um seine Interessen mit größerem Nachdruck zu vertreten, trat es klar zu Tage, daß der selbstherrliche Sonnenkönig, der eben erst Straßburg dem deutschen Reiche geraubt hatte, für das Recht des kleinen Herzogs von Kurland nicht das geringste Interesse besaß.

Alle diese kolonialpolitischen Pläne und Bestrebungen der zweiten Regierungsperiode Herzog Jakobs erweisen sich als ebenso kostspielig, wie erfolglos. Die herzoglichen Agenten spielen dabei bisweilen die undankbare Rolle zudringlicher Rörgler, die man nicht einmal immer ernst nimmt. Wenn Jakob trotz dieser Erfahrungen an seinen Unternehmungen festhielt, so sieht man, wie sehr er an sie geglaubt hat und wie er sich über die Schwierigkeiten und die Grenzen seines Könnens täuschte. So tief steckte eben auch sein reger Geist in dem Ideenkreise jenes merkantilistischen Jahrhunderts.

Warme Fürsorge wandte Herzog Jakob dem städtischen Wesen zu. Russischen Ansiedlern, die in der Kriegszeit die Heimat hatten verlassen müssen und im Holmhöfchen an der Düna eine Niederlassung ge-

gründet hatten, verlieh er 1670 für ihre „Slobode“ den Namen Jakobstadt und den Gebrauch des magdeburgischen Rechts, das in einer in Polen verbreiteten Bearbeitung hier nun Geltung gewann. Doch hat sich in diesem erst allmählich deutsch werdenden Gemeinwesen ein kräftiges Bürgerthum nicht zu bilden vermocht. Der Reidenzstadt Mitau kam dies Wohlwollen ihres Herzogs besonders zu gute. Hier entstand der nach ihm benannte Jakobslanal, der von der Spitze zur Spitze führte, die Festungsgräben speiste, aber auch den Betrieb zweier Mühlen ermöglichte und in jenem sanitäre Rücksichten wenig ins Auge fassenden Zeitalter zur Versorgung der Stadt mit Trinkwasser bestimmt war. Die Strengigkeiten der Stadt mit dem Adel dauerten auch in dieſer Periode fort, erstere wollten namentlich den Anspruch des Adels ausschließlich sogenannte adlige Güter zu besitzen nicht als zu Recht bestehend anerkennen, aber auch sonst fehlte es nicht an Differenzpunkten, die eine endgültige Erledigung indeß nicht fanden.

Die im Vergleich mit seiner früheren selbständigen Politik geschwächte Lage des Herzogs trat auch in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens während des schwedisch-brandenburgischen Krieges 1673/79 deutlich zu Tage¹⁾. Nachdem Schweden 1675 durch den Großen Kurfürsten die Niederlagen von Fehrbellin und Rothensow erlitten hatte, hatte sich eine Gelegenheit die Schwarte auszuweichen nicht gefunden. Da aber ein Überfall Preußens von Lolland aus erwartet wurde und daher ein Durchzug der Schweden durch Ansland in Aussicht stand, so sah sich Herzog Jakob in Moskau nach Hilfe um. Er entsandte Alexander v. Taube²⁾ in die russische Weichsel, um die Wiffstellung eines russischen Heeres an der Grenze Lollands und den Schutz vor Schweden zu erwirken. Und wirklich erhielt auch der moskowitzische Feibherr Chowarski dementsprechende Befehle was den Herzog jedenfalls vor einer Wiederholung der Ereignisse von 1658 sicher stellte. Im Jahre 1677 nahm jener Plan eines Angriffs auf Preußen in Schweden

¹⁾ August Kiese: Friedrich Wilhelm des Großen Kurfürsten Winterfeldzug in Preußen und Samogitien gegen die Schweden 1678/79. Ferdinand Schich, der Winterfeldzug in Preußen 1678—79. (Berl. 1897). S. 31—33, 39 u. a. a. O. — v. Hummel: Kurland Landtagschlüsse, S. 256—259. Bgl. dazu die von mir in den Kurland Editionen über 1895 S. 209 ff. aus dem Königsberger Staatsarchiv mitgetheilten Briefe.

²⁾ Richter l. c. S. 82, 83.

greifbare Gestalt an. König Karl XI. ersuchte im September Herzog Jakob der Armee des Generals Christer Horn den Durchzug durch sein Land „onder Entgelt“ zu gestatten und käufte auch mit dem litauischen Feldherrn Bac d.eshalb Verhandlungen an. Herzog Jakob erklärte nun die Sache seinem Lehnsherrn anheimstellen zu müssen da er wußte, daß, obwohl König Johann Sobieski dem schwedischen Vorhaben wohlgeneigt war, er doch durch die Haltung des polnischen Adels an einer Retatigung dieses Wohlwollens verhindert werden würde. Bald darauf schickte er den preussischen Obrerräten brieflich und durch seinen Schwiegerohn, den Prinzen von Homburg, der ihn besucht hatte, auf ihre Anfrage über Schwedens Absichten Karen Wein ein und berief zum Januar 1678 den Landtag nach Mitau. Die Lage war für ihn sehr drohend. Graf Orenstierna und der Assistenzrat Gartenberg drängten zur Gewährung des Durchzuges und die Verhandlungen, die der kurländische Kanzler Ewald von Frank mit dem schwedischen Generalkissimus führte, vermochten diesen natürlich nicht von seinem Vorhaben abzubringen. Der Landtag beschloß für den Fall, daß der polnische König den Durchzug gestatte, für die schwedische Armee eine bestimmte Marschroute festzusetzen und für alle Fälle nicht ganz unerhebliche Leistungen vorzunehmen. Zu den in einem Lager bei Mitau stehenden herzoglichen Truppen, die mit Munition wohl versehen waren, sollte das Landesaufgebot stoßen. Das geschah auch und Bac, den der brandenburgische Kurfürst bestochen hatte, stellte auch seine Hülfe in Aussicht; die Schweden mußten darauf gefaßt sein, sich den Durchzug durch Kurland erkämpfen zu müssen. Da nun aber bald darauf, sei es infolge dieses Widerstandes, sei es wegen des Todes des zum Kommandierenden des Angriffskorps bestimmten Bengt Horn die Expedition nach Preußen zunächst verschoben wurde, so ging das Landesaufgebot wieder auseinander; nur ein Teil der Truppen blieb zurück, bis sich die Schweden ganz von der kurländischen Grenze entfernt hatten. Auch Bac entließ seine Truppen; zunächst blieb nun alles ruhig, erst im Herbst nahm Schweden den Plan eines Einfalles in Preußen wieder auf, obgleich selbst König Johann Sobieski nach dem Falle Stettins, das der Große Kurfürst erobert hatte, und den anderen Erfolgen der brandenburgischen Waffen in Pommeren davor gewarnt hatte. Den Oberbefehl übernahm jetzt Heinrich Horn, da ihn Christer Horn wegen seines hohen Alters ablehnte. Als die schwedische Armee

am 23. Oktober 1678 die kurländische Grenze überschritt, konnte Herzog Jakob, der seine Truppen ja entlassen hatte, dem Durchzuge nicht mehr wehren, er mußte den Drohungen Horns weichen und ihm für die Zahlung von 8000 Talern sogar die Lieferung von Lebensmitteln versprechen. Der Erbprinz Friedrich Kasimir, mit der Nachgiebigkeit seines Vaters wenig einverstanden, hatte nicht gesäumt, den Herzog von Utop, den Statthalter Preussens, von der Forderung Horns in Kenntniß zu setzen, aber jenes Entgegerkommen Jakobs war an von der Not erzeugten Unwillen. Als daher Pac ihn aufforderte, den Adel aufzubieten und sich mit ihm zu vereinigen, lehnte der Herzog es ab, weil es zu spät sei und der Feind schon im Lande stehe. So zogen denn die schwedischen Truppen, vor den kurländischen Hauptleuten geleitet und mit Lebensmitteln versehen, — nur an Salz war im Lande großer Mangel — über Tuckum, Samiten, Pättringen bis Schründen in raschem Marsche, dann aber setzten sie ihn so langsam fort, daß sie die 15 Meilen von Schründen bis Ruhau in 12 Tagen zurücklegten und in Kurland schon die Besorznis erford. Sie wurden hier Winterquartiere beziehen. Erst am 15. November betraten die Schweden bei Polangen schamatisches Boden und damit wurde Kurland die unliebsamen Gäste für einige Zeit los. Aber nicht lange wahrte es, so sah man sie in trostlosem Zustande wieder. Man weiß, wie Horns Expedition vollkommen mißglückte und wie der siegreiche Kurfürst die Trümmer der schwedischen Truppen weit bis Schancken hinein verfolgte. Die letzte Verfolgung leitete der General Schönning, in dessen Umgebung sich auch Herzog Jakobs Sohn, der Prinz Alexander, befand. Als Schönning erfuhr, daß Horn mit dem Reste seiner Truppen bei Esern in Kurland, daß er am 8. Februar 1679 erreicht hatte, Halt gemacht habe, setzte er die schon ausgegebene Verfolgung wieder fort, am 10. Februar erreichten die Brandenburgischen Fußkürassiere, wo sie zahlreiche Kranke und Verwundete, aber nicht mehr die Hauptmasse des Feindes antrafen. Schönning rückte nun am 11. Februar bis Ruz und ließ von hier in der Meinung, daß der Feind auf Ruz weiter geflohen sei, mehrere Detachements abgehen. Aber da die Schweden eine andere Straße eingeschlagen hatten, gab Schönning die nunmehr unnütze Verfolgung auf und zog sich über die Windau, über Amkoten und Hartau langs der Dirschelste auf Ruz zurück. Die Reste der schwedischen Armee waren indessen von Esern über Schwarzen nach Tobien weiter gerückt; allenthalben

bezeichneten die Toten, die auf der Landstraße liegen geblieben waren, den Zug dieser aufgelösten Truppen. Am 11. Februar passierte Horn mit einem Teil derselben die lirländische Hauptstadt; ein anderer hatte sich in Doblen abgezweigt, um Mitau in nördlicher Richtung zu umgehen. In der lirländischen Residenz fand Horn Proviant vor, der aus Riga entgegengeschickt war, und Herzog Jakob selbst, dem an der raschen Entfernung der elenden und kranken Schweden lag, stellte zu ihrem Transport 200—300 Schlitten zur Verfügung. Am 13. Februar passierten die Schweden, nachdem sie in Kalnagem ihr letztes Nachtquartier in Kurland gehalten hatten, die lirländische Grenze, ein tägliches Heer von wenigen tausend Mann. Der Rymweger Friede, der den Großen Kurfürsten um die Früchte seiner Siege brachte, war für Kurland bann insofern auch von Bedeutung, als die Bedrohung durch neue feindliche Durchzüge aufhörte, die, wie die Erfahrung dieses Kriegsjahres gezeigt hatte, Herzog Jakob aus eigenen Kräften zu verhindern nicht im Stande war.

Das hässliche Leben des Herzogs war, obwohl seine Ehe sich zu einer immer glücklicheren gestaltet hatte, doch nicht wolkenlos geblieben. Eine Differenz entstand zwischen ihm und seiner Gattin, als diese den jüngsten Sohn Alexander mit der moralischen Unterstützung des Großen Kurfürsten dem reformierten Bekenntnis zuführte, was dem Herzog weniger um seiner konfessionellen Stellung, als der Rücksicht wegen peinlich war, die er dem strenglutherischen Adel schuldig zu sein glaubte. Hatte man doch sehr übel vermerkt, daß der Superintendent Hasslein, aber auch der sonst so orthodoxe Paul Einhorn bei der Taufe der kurländischen Söhne die Teufelsaustreibung (Exorzismus) und sonst kein Gottesdienste im Schlosse den Gebrauch brennender Lichte fortgelassen hatten. Manchen Verdruß und Kummer haben dem Herzoge seine Söhne bereitet¹⁾. Der älteste, Friedrich Kasimir, war auf der üblichen Reise auch nach Frankreich gekommen und hier wurde der Versuch gemacht, ihn für die katholische Kirche zu gewinnen; der von seinem brandenburgischen Schwager gewarnte

¹⁾ Außer der schon angeführten Literatur kommen für die Reisen, Kriegsdienste und Erziehung der Söhne Herzog Jakobs Rirbachs kurlische Briefe in Betracht. Manches nach Briefen Franz Xeforts und anderen Genfer Quellen bei Pöjelt, Franz Xefort 1868. I. Band I und 2. Vgl. auch Genealog. Jahrbuch 1894, S. 153 über die 1672 und 1674 nach den Niederlanden aus Kurland geheerten Truppen, die wie die Eskadren zum Teil Landeshinder waren.

Herzog rief den Sohn alsbald aus Frankreich zurück und dieser trat nun als Führer eines Kavallerieregimentes in niederländische Dienste; er blieb in ihnen bis in Nachen der Erde zwischen Frankreich und dem Dreibunde hergestellt wurde. Als dann Ludwig XIV. 1672 den zweiten seiner großen Hauptkriege begann und Holland überfiel, veranlaßte der Große Kurfürst seinen Schnager in Kurland Truppen für Rechnung der Niederlande anwerben zu lassen. Den Befehl über die drei Regimenter — es waren Fußvolf, Ritter und Dragoner — übernahm, nicht ganz mit des Vaters Zustimmung, der Erbprinz Friedrich Casimir, der den auf dem Seewege an ihren Bestimmungsort gebrachten Truppen zu Lande folgte. Er hat sich in den Niederlanden bei der Verteidigung Orningens, bei der Einnahme Loerverdens und sonst als beherzter und weffenfreundiger Offizier bewiesen, aber durch den Zug, den er erlittete und die offene Tafel, die er hielt, geriet er in Schulden. Das erregte den alten sparsamen Herzog auf das Äußerste und dazu kamen noch Verdrüßlichkeiten anderer Art, als Ludwig XIV. sich in Polen darüber beschwerte, daß der Sohn des polnischen Lehnfürsten gegen ihn kämpfte und die Rißstimmung Frankreichs und Englands gegen den kurländischen Herzog nicht ohne peinliche Einwirkung auf dessen kolon als Unternehmungen blieb. So lehrte Friedrich Casimir beim; aber der alte Herzog hat es noch erleben müssen, daß auch sein jüngster Sohn Ferdinand gegen seinen Wunsch in niederländische Dienste trat. Prinz Karl Jakob hat dagegen auf seinen Reisen, besonders in Genf durch seine lockere Lebensweise dem strengen Vater nicht wenig Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben und auch die hohe Obrigkeit in der Stadt Genua, der Consul Genes hat sich mit den Streichen des jungen kurländischen Prinzen und seiner Genossen — auch der später als Freund Peters des Großen berühmt gewordene Franz Lesort gehörte zu ihnen — vielfach befaßt müssen. Der sonst mit guten Gaben ausgestattete junge Prinz starb am Kummer der Eltern 1676 auf der Heimreise in Ver. in am Fiechieber. Die Töchter des herzoglichen Paars waren zum Teil verheiratet. Die Älteste, Luise Elisabeth, heiratete 1670 den Landgrafen Friedrich von Hessen-Homburg, der als „Prinz von Homburg“ besonders durch Hannich von Alstedts Schildung in weiten Kreisen bekannt geworden ist.¹⁾ Der Landgraf

¹⁾ V. Geraphtin: Der Prinz von Homburg und seine Beziehungen zu Kurland. Balt. Monatschr. Bd. 39. S. 18 und 106 ff.

mit dem silbernen Bein, wie man ihn wohl nannte, — ein Bein hatte er bei der Belagerung Kopenhagens in schwedischen Diensten verloren — hat mit seiner Gattin, die er in einem Briefe zern als seine „Engelsbilde“ bezeichnet, zwanzig Jahre in glücklicher Ehe gelebt, die erst ihr Tod löste. Nicht so ungetrübt blieben die Beziehungen des Landgrafen zu seinem Schwiegervater, dem alten Herzoge. Der Grund der Differenzen war sehr materieller Art; erst wollte der Herzog, dessen Kassen gänzlich geleert waren, die Ehegelder in der allerdings sehr merkwürdigen Weise begleichen, daß er höchst unsichere Forderungen, die er an auswärtige Staaten wegen gekaperter Schiffe u. dergl. hatte, dem künftigen Schwiegersohn zuwies. Das verhinderte zwar die Intervention des Großen Kurfürsten, der die Heirat in erster Linie betrieb und seiner Schwester in Rurand bitterböse Worte schrieb: Man möge den Landgrafen nicht in den April schaden, „dieses mag der Gebrauch in Churlandt zwischen den Bauern sein, aber in Deutschland unter den fürstlichen Personen ist es nicht herkommen.“ Und als dann die Ehe schließlich ohne vorübergängigen Heiratskontrakt abgeschlossen wurde, hat der Landgraf noch geraume Zeit auf die ihm schließlich stipulierten Ehegelder warten müssen und nicht besser ging es mit den Summen, die aus dem Nachlasse der Herzogin Luise Charlotte seiner Frau gehörten. In diesen höchst peinlichen Verhandlungen und kleinen Geldhändeln zeigte sich die ganze wirtschaftliche Misère des einst so wohlhabenden Fürsten. Der andere Schwiegersohn Jakob, der Landgraf Karl von Hessen-Kassel, der seine Tochter Marie Amalie geheiratet hatte, machte ähnliche Erfahrungen und fand es 1681 für geratener, seine Schuldforderungen an den Herzog dem Könige von Dänemark zu gebieten, um die peinlichen Auseinandersetzungen in der nächsten Familie los zu sein. Die Prinzessin Sophie Charlotte blieb unvermählt, sie hat als Äbtissin von Herford — einer säkularisierten Abtei — im Jahre 1728 nach manchen Strengleiten hochbetagt ihre Augen geschlossen.

Der schwerste Schlag traf Herzog Jakob, als 1676 am 18. August seine Gattin nach 21jähriger Ehe die Augen schloß. Seitdem traukelte auch er, schon im Todesjahre der Gattin traf ihn ein Schlaganfall und die alte Kraft fand er seitdem nicht mehr. Er selbst, der sich dem abergläubischen Wahne der Zeit auch nicht zu entziehen vermochte, glaubte in den letzten Jahren, daß der Antinona von Reugut,

Lufft, ihm mit Gauberkünften nachstelle und an keiner Krankheit Schuld habe. Der durch die Felter zu den schrecklichsten Gefährnissen gebrachte Amtmann starb als Opfer eines vagen Verdachtes auf dem Scheiterhaufen; später fand der Leibarzt Harder, daß der unerklärliche schwarze Schleim im Auswurf des von Hustenanfällen geplagten Fürsten sich auf einfache Weise durch die halbvermoderte Tapete des Schlafgemachs erkläre. In der Kreuzfahrtnacht des beginnenden Jahres 1362 endete das Leben Herzog Jakob, nachdem er einundvierzig an Wechseln so reiche Jahre über Kurland geherrscht hatte. Mit ihm starb die letzte groß angelegte Persönlichkeit, die auf dem Herzogsthron der Ritters gesessen, ins Grab, es folgte eine andere Generation, anders an Waben, anders im Wollen.

Man pflegt gemeinlich die Epoche Herzog Jakob als die Glanzzeit des herzoglichen Kurland aufzufassen, mit Stolz und Freude gedenkt noch heute der Sohn der kurländischen Erde jener Tage, da des Herzogs Flagge auf dem fernen Weltmeer wehte, im Lande selbst die Güter des Friedens sich mehrt und sich in allem der Völkerschlag vollen Lebens nicht verkennen ließ. Und auch diese Anschauung ist in ihrem Recht, das Bild der argeherben Persönlichkeit wird durch ihre Mißerfolge billiger Weise nicht verdunkelt werden können. Aber sehen wir tiefer, suchen wir hinter der Erschütterungen Flucht das bleibende Ergebnis des Zeitabflusses zu verstehen, so wird der unbefangene Blick des Geschichtsschreibers nicht verfehlen, daß recht eigentlich die Zeit Herzog Jakob den Beweis für die Lebensunfähigkeit des Herzogtums Kurland bietet. Wenn selbst ein Mann von seinen Waben in vier Jahrzehnten nicht mehr errichte, wenn das ständische Sonderinteresse auch unter ihm nicht durch den Staatsgedanken ersticht, sondern nur durch die Macht einer Persönlichkeit im Zaum gehalten werden konnte, wenn er es trotz alles Wollens zu einer beachtenswerten Militärmacht nicht zu bringen vermochte und jeder polnische Konflikt ihn immer wieder um die Früchte jahrelanger Ruhe zu bringen drohte, so sieht man leicht, daß das Herzogtum Kurland infolge seiner inneren und äußeren Verhältnisse den Keim des Unterganges in sich trug. Daß mußte deutlich zu Tage treten, wenn über dem kleinen Staate nicht mehr das klare Auge eines würdigen Fürsten wachte und ein schwächeres Regiment Flak griff. Und ein solches trat ein.

Herzog Friedrich Casimir¹⁾, der nun den Herzogsstuhl bestieg, war im Jahre 1650 geboren und zum großen Teile am Hofe des Großen Kurfürsten erzogen worden. Obwohl nicht unbegabt, hatte er die Stetigkeit doch vermissen lassen, die allein eine gründliche Bildung gewährleistet. Nach den Berichten seines Erziehers Flemming oberflächlich und vergnügungssüchtig, hatte er es zu großen Kenntnissen nicht gebracht und so ging er denn, um sich weiter zu bilden, auf die übliche Reise, die ihn in verschiedene Länder führte. Wir haben erwähnt, wie er in Frankreich für die katholische Kirche gewonnen werden sollte, wie der Vater diesen Konversionsversuch veranlaßte, und wie er dann mit seinen in Kurland erworbenen Truppen in holländische Dienste trat und in diesen nicht ohne Auszeichnung fought. Als er den Dienst auf Wunsch des Herzogs Jakob, der von Frankreich deshalb Anfeindungen erfuhr, quittiert hatte, blieb er noch in Deutschland und heiratete 1678 in Rinteln die Prinzessin Sophie Amalie von Nassau-Siegen; seitdem tritt er gelegentlich in den Vordergrund, so vertritt er, als das Landesaufgebot 1678 berufen wurde, um dem drohenden Durchzuge der Feinde entgegenzutreten, des kranken Vaters Stelle. In seinem Wesen spiegeln sich verschiedene Züge wieder; nicht ohne Interesse für die Geschäfte des Staates und nicht ohne die Gaben ein leutseliger Landesvater zu sein, teilt er doch auch wieder viele Eigenschaften mit den nicht wenigen deutschen Fürsten, die in der Nachahmung des Hofes des Sonnenkönigs und der französischen Mode fast ihre Lebensaufgabe sahen. Man hat ihn in seiner Freude am Brunk nicht ohne Grund mit dem ersten Könige Preußens, seinem leiblichen Vetter, verglichen. Zu stolz, um das vom Vater Begonnene aufzugeben, hat er doch nicht die zähe Kraft und den immer nach neuen Wegen ausschauenden Geist seines Vaters; so kann er denn nicht retten und wahren, was schon unter dessen Regierung zu verkümmern drohte. Der Prozeß des Niederganges, den wir in der zweiten Regierungsperiode Herzog Jakobs nicht verkennen konnten, nahm unter Friedrich ein beschleunigtes Tempo an.

Freilich hat er mit großen Schwierigkeiten von Anfang an zu kämpfen gehabt. Die nächsten ergaben sich aus der Abfindung seiner

¹⁾ Im allgemeinen vgl. Schiemann, *Fürst Studien und archit. Darstellungen*, S. 131 ff. und 198 ff.

Reichthum¹⁾. Herzog Jakob hatte in seinen Testamenten 1673 und 1677 verfügt, daß das Herzogthum Rußland mit das Erb Polten an Friedrich Kasimir fallen sollten, Ferdinand sollte die Insel Tabago, die Faktoreien am Garibia und 10 Schiffe erhalten, Alexander die Anwartschaft auf einige im Brandenburgischen belegene Besitzungen, wie die Wästhaften Birab und Schwedt, die Jakob vom Kurfürsten als Ertrag für alte Schuldforderungen präterdierte, die norwegischen Bergwerke und die Handelsprivilegien in Bezug auf Island und Fletcoe, sowie ein Schiff. Solange aber die Brüder nicht in den Besitz ihrer ihren zugebachten Güter oder Rechte, die bekanntlich sehr illusorisch waren, gelangt waren, sollte ihnen der älteste Bruder jährlich 10000 Taler auszahlen. Den Töchtern waren Geldsummen vermacht, die erst eingulassiert waren, was von vornherein nicht ohne Schwierigkeiten ausführbar erscheinen mußte. Mit diesen testamentarischen Bestimmungen war keiner der Beteiligten zufrieden, am wenigsten Herzog Friedrich Kasimir, der, da die den Brüdern und Schwestern vermachten Besitzungen und Fortsetzungen nicht erreichbar waren, an sie Summen auszahlen mußte, die seine Mittel weit überdiegen. Prinz Alexander gelangte mit Hilfe des Großen Kurfürsten, der den Königsberger Hofgerichtsrat Bartholomäus Trauden 1662 nach Witau absandte, zu einem Vergleich, der ihm gegen Verzicht auf das ihm Vermachte, 500000 polnische Gulden, die in 10 Jahren gezahlt werden sollten, und inzwischen nicht unerhebliche Zinsen zu sprach. Prinz Ferdinand hatte es vorgezogen, den eigenen Bruder beim polnischen Könige zu verlagern und ihm wurden von diesem 600000 polnische Gulden zugesprochen, was trotz jenes mit Alexander abgeschlossenen Vergleiches zur Folge hatte, daß auch diesem seine Forderung auf 500000 Gulden erhöht werden mußte. Auch mit den Schwestern schloß Friedrich Kasimir Verträge, so mit der Landgräfin von Homburg durch deren Bevollmächtigten Maximilian von Krüge. Darin lag eine große Belastung des Herzogs und er mußte sie umsomehr spüren und wie er dem Großen Kurfürsten schrieb, als „fast unerträgliche Bürde“ empfinden, als er selbst zu einem prächtigen Festballe zeigte und in dicken Tingen einführte, welche der kühnen Art des Vaters fremd gewesen waren. Schnell entstand eine Orangerie,

¹⁾ H. Geraphim: „Aus dem Leben des Herzogs Alexander von Rußland“ in „Aus Rußlands herzoglicher Zeit“ S. 199 ff.

eine italienische Oper, und ein prächtiger Marstall und teure Jagden und Falkenbeizen kamen in Gebrauch. Bald nach dem Tode der nach 11 jähriger Ehe gestorbenen Herzogin Sophie Amalie unternahm der tränkliche Herzog eine Reise nach Karlsbad (1689), der in Kürze eine zweite folgte. Diese führte ihn auf dem Heimwege auch nach Holland und dann nach Brandenburg, wo er am 29. April 1691 seine Cousine, die Schwester des Kurfürsten Friedrich III, des 'pateren ersten Königs, Elisabeth Sophie, als Gattin heimführte¹⁾. Der glänzende Empfang, der dem jungen Paare im Mai in Goldingen zu teil wurde, entsprach den Reigungen des Herzogs und seiner Gemahlin gleichermaßen. Während der zweiten Ehe stieg der Luxus am Hofe noch um ein Bedeutendes. Die Fürstin ließ sich von ihrem Gatten überreich dotieren und große Wittumsverschreibungen ausstellen. Die Einnahmen wuchsen aber keineswegs in entsprechendem Maße und der Herzog mußte zu höchst verhängnisvollen Finanzoperationen greifen. Er entschloß sich wieder, nun für den bairischen König den Werber zu spielen und ihm für namhafte Geldsummen Truppen, die aus holländischen Landeskindern bestanden, zu überlassen (1682 und 1688), sodann aber verpfändete und verkaufte er, um seinen Gläubigern gerecht zu werden, eine Domäne nach der anderen und verminderte so eine der wesentlichsten Einnahmequellen des herzoglichen Hauses. Er wirtschaftete wie ein Mann, der von seinem Kapital lebt und nicht an die Tage denkt, wo dieses aufgezehrt sein wird.

Hatte es auch unter Herzog Jakob an Widerspruch des Adels nicht gefehlt, so war dieser doch je länger, je mehr verstummt; das Land trug der persönlichen Würde des alten Herzogs, mit dem es durch viel gemeinsames Leid und Glück verbunden war, Rechnung. Das wurde nun unter dem jungen Herzog anders. Nachdem er durch seine Abgesandten den Kanzler Christoph Heinrich von Patzkammer und den Landmarschall Dietrich von Altenbockum, am 25. März 1683 die Lehen vom polnischen Könige erhalten hatte, berief er die Ritter- und Landschaft zur Huldigung nach Mitau. Aber der Landtag, der in Mitau in der Stadtschule, statt wie bisher im Schloß, im folgenden Jahre zusammentrat, verlangte zuerst die Erledigung seiner Beschwerden, deren

¹⁾ Joh. Kasimir Brandts Aufzeichnungen (1689—1701) ed. F. Dieberichs geben über diese Eheführung einige Notizen.

er eine ganze Reihe vorzubringen hatte. Eirmal war man höchst ungut zu dem, daß ein Reformierter, Christoph Heinrich von Puttkammer, zum Rangler ernannt war man wünschte Abstellung dieser der Regimentsformel widersprechenden Beförderung eines Reformierten zu einem Landeskamte und konnte hierbei auf Zustimmung in Polen rechnen, da man hier Puttkammer schon 1670, als er für Herzog Jakob die Lehen empfangen sollte, anfangs seiner Konfession wegen dazu nicht hatte zulassen wollen. Dann aber fand man die Justiz nicht ausreichend und klagte darüber, daß die schon unter Herzog Friedrich ins Auge gefassten Assessoren beim Gerichte der Oberhauptleute nicht eingeführt worden seien. Dazu kamen Beschwerden über die Verdrängung des Vorties der eingeschleppten schlechten Künze und darüber, daß der Herzog nach Möglichkeit adlige Klobialgüter erkaufte, was schließlich zu einer Schwächung des grundbesitzenden Adels führen mußte. Alledings verpfändete der Herzog die erkauften Güter bald wieder, aber natürlich besonders gerne an nicht zum Indigenatsadel gehörige Personen. Dieser Mißgriff war der unerwünschteste und zwar verlangte der Adel, daß der Herzog ihm den Ankauf solcher Güter offen lasse und diese, so lange sie im Besitze des Herzogs seien, in Bezug auf Jurisdiction und Willkürungen den adligen Gütern gleich stehen sollten. Erst nachdem der Herzog durch die Kompositionsakten vom März und Juni und den Landtagsschluß vom Juli 1684 einige Zugeständnisse gemacht hatte, huldigten auch die bisher widersprechenden Teile des Adels. Die Forderungen des Herzogs bezogen sich besonders auf die konfessionellen Ausstellungen; eine Konfiskationsordnung sollte ausgearbeitet und zum Konsistorium nur Lutheraner zugelassen werden. Dagegen wurde die Frage des Ankaufs adliger Güter und der Gerichtsbarkeit auf diesen, ebenso wie die der Kurgenzwertung der königlichen Entschädigung anhangestellt. Die Ausdehnung der holländischen Edelleute zum Rechte in Ausland adlige Güter zu besitzen und die Feststellung des nur Indigenatsedelleuten zustehenden Titels „Wohlgelohren“ statt des verbliebenen „Edel“, der nur für bürgerliche Standespersonen freigegeben wurde, sind unter den Landtagsschlüssen deshalb zu nennen, weil sie von dem exklusiven Geiste der Zeit Zeugnis ablegen. Die Kompositionsakte fand 1685 die königliche Bestätigung, während die Städte, weil auch sie betreffende Fragen in ihr erledigt waren, gegen sie Protest einlegten. Die Zwistigkeiten mit dem Adel fanden aber mit diesem

Vergleiche nicht ihre Erledigung, und schon bald flammte die Zwietracht neu auf, wozu nicht zum mindesten die Verpachtung der Hölle an Juden, die das Land ausfogen, den Anlaß gab. Der im August 1692 tagende Landtag brachte in fast allen strittigen Punkten ein Nachgeben des Herzogs. In der Güterfrage ward das Kompromiß beschloffen, daß der Herzog die erkauften Adialgüter bis zur königlichen Entscheidung behalten dürfe, aber diese hinsichtlich der Besteuerung und Justiz den abligen Gütern gleichstellen sollten. Auch der freundlichen Abneigung der Ritterschaft gegen das reformirte Bekenntnis, das in Kurland seit geraumer Zeit Anhänger gefunden hatte, wich die herzogliche Regierung, indem sie zu Beginn der 90er Jahre die Betheiligung am reformirten Gottesdienste, den der Landhofmeister Puttkammer in seinem Hause abhalten ließ, mit der Strafe der Einschließung in der Festung Wausie bedrohte. Im Dezember 1697 plähten die Meinungen auf dem Landtage wieder hart aufeinander, die Landboten trennten sich resultatlos und das Ergebnis der Tagung war nur der Beschluß, den Major Ernst Wilhelm Schroeders und Heinrich von Trutta gen. Treiden mit den Klagen der Ritterschaft nach Warschau zu entsenden, wo eben die Krönung des neuen Königs, des Kurfürsten August des Starken von Sachsen, stattfinden sollte. Die jenen mitgegebene Instruktion war sehr scharf abgefaßt, doch erlebte der Herzog, der einige Wochen nach dem Landtage starb, den Ausgang dieser Streitigkeiten nicht. Bei dieser Stellung zum Adel mußte der Herzog naturgemäß in den Städten eine Stütze suchen und ihr Emporkommen auf jede Weise fördern. Diesem Zwecke sollten nun besonders die Konventionen entsprechen, durch die (1692 und 1695) dem Adel Schamantens und des Uprischen Kreises der zollfreie Handel nach Kurland gewährt wurde, nicht minder aber auch die Hafenbauten in Libau (1697), zu deren Verrichtung der Herzog der Stadt die Erhebung eines Zolles gestattete. Auch dienten neue Burgraves, wie die Windaus und Solingens (1694 und 1695), und manches herzogliche Edikt der Sicherung des städtischen Elementes vor Schädigungen und Eingriffen in seine Berechtigung¹⁾.

Eine wesentliche Gefährdung schien dem protestantischen Lande zu drohen, als die Jesuiten Anstalten machten sich in Riga dauernd

¹⁾ Richter, S. 90.

Scrapsim, Geschichte III.

eingewiesen. Sie planten 1684 den Plan eines Collegiums, das officiell Konversionszwecken dienen sollte, und führten diesen, obgleich der Landtag 1689 und 1695 dagegen Verwahrung einlegte, in sechs Jahren aus. Nicht minder war es eine Verletzung der Landesrechte, daß der Titularbischof von Lwowl, Poskrowski, den Anspruch erhob, in Rußland die geistliche Jurisdiction über die Katholiken auszuüben, die bisher der samarische Bischof im Namen des lutherischen kurländischen Herzogs gehabt hatte. Auch hiergegen legten Herzog und Landboten Verwahrung ein; wie weit aber die letzten Ziele der streng katholischen Kirche in Polen reichten, zeigte ihre Pläne auf das Ertz-Bischof¹⁾

Seit den Tagen des Lwower Friedens war das Landchen dem kurländischen Herzogthume nicht mehr demernd anstehend worden, obwohl es an Versuchen hierzu nicht gefehlt hatte und die Verbindung mit Rußland eine sehr lockere gewesen war. Im Herzog Salbst Feien war es zu einer förmlichen Unionverhandlung eigentlich nicht gekommen, da beide Theile hartnäckig ihren Standpunkt gewahrt hatten. Herzog Friedrich Cosimar hielt es nun im Hinblick darauf, daß die opponierende Partei in Warschau leicht die Oberhand bekommen konnte, für gethan, der polnischen Ritterschaft am 22 September 1685 eine Urkunde auszustellen, die das Unionverhältniß durchaus in ihrem Sinne regelte. Die Justiz sollte ein Oberhauptmann, den der Herzog ernennen und gagieren sollte, in erster Instanz ausüben, als zweite aber das Collegium der polnischen Landräthe unter dem Vorfige des Herzogs fungieren, diese waren auch als erste Instanz in Kriminalsachen des Adels in Aussicht genommen. In jedem Falle sollte die Appellation an den König offen stehen. Das Collegium der Landräthe sollte in Zukunft nicht mehr durch Wahl des Adels, sondern so besetzt werden, daß die Ritterschaft je zwei Kandidaten präsentierte, von denen der Herzog einen auswählte. Die drei ältesten Landräthe sollten vom Herzog beisolbet werden. Das Appellationsgericht der Landräthe sollte in Wltau, auf die kurländischen Appellationsgerichte folgend, stestinden, wermals im Jahre war eine bestimmte Anzahl Tage festgesetzt, wo in Wltau Supplicationen vordbreicht werden durften, die der Herzog mit den Landräthen entscheiden sollte. Die Landräthe und drei Prediger bildeten das Kon-

¹⁾ Unionsschleier vom 1685 bei Wettsteinbladt *Appellata Curia* (Strasburg und Leipzig 1736).

sifternalgericht, die Landtage endlich und das zeigt, wie locker die Union war, werden nicht mit den holländischen vereinigt, sondern getrennt abgehalten, und zwar nach dem Muster der im Herzogtum üblichen, als Deputiertenlandtage, die ein Landbotenmarschall leitet. Man sieht also, daß der Kreis nicht eigentlich mit dem Herzogtum Kurland zu einer Verwaltungseinheit verbunden wurde und das staatsrechtliche Verhältnis, das neu hergestellt ward, sich am besten noch als Personalunion bezeichnen läßt. Einen großen Fehler beging Friedrich Kasimir, indem er die 4 Stiftsgüter, die sein Vater einst ausgelöst hatte, nun an Otto Ernst Wapdele Witwe und Söhne, die schon das dem König direkte unterstellte Donndangen besaßen, in seiner Geldnot verpfändete. Daum war so nothdürftig die Grundlage zu einer weiteren Entwicklung geschaffen worden, so erhob sich eine neue Gefahr, indem der Bischof des polnischen Erzbistums, Poplawski, Ansprüche auf Biltzen erhob²⁾, nachdem schon 1670 der päpstliche Nuntius, Franziscus Norbius, die Rechte der Papstkirche auf das einst katholische Bistum, wenn auch vergeblich, in Polen geltend gemacht hatte. Nach Poplawskis Meinung mußte das einst zu Altkurland gehörige Bistum ihm unterstellt werden; da der weitaus größte Teil Erzbistums zu Schweden gehörte und evangelischen Bekenntnisses war, so ist sein Streben nach Erweiterung seines Sprengels begreiflich. König Johann Sobieski war mit dem Plane einverstanden und bat den Papst, Poplawski auch Biltzen zu übertragen. Das erweckte Befürchtung und Unzufriedenheit bei allen Beteiligten, da es leicht zu erkennen war, daß es sich hier um einen Vorstoß des Katholizismus handelte. Im Jahre 1685 kam eine Kommission, die vom Könige trotz der Gegenvorstellungen des herzoglichen Rates Nicolaus Chwalinski ernannt war, nach Biltzen, um die Ansprüche Poplawskis, hinter dem der päpstliche Legat Pallavicini stand, zu untersuchen, und lud den Herzog, Wapdele Witwe und die gesamte Ritterschaft vor sich. Aber die Ritterschaft erschienen, bis auf einige Edelknechte, die es persönlicher Gründe halber thaten, nicht, und den Kommissarien, zu denen bezachnender Weise Poplawski selbst gehörte, blieb nur übrig, ohne sie gehört zu haben, schließlich das Urteil zu fällen; es lautete dahin, daß das Bistum Kurland hergestellt werden, die Jurisdiktion in ihm Poplawski zufallen und diesem gestattet sein solle, die Stiftsgüter, die die Witwe

²⁾ Schiemann l. c. S. 222, Wehhardi l. c. S. 115 ff

Manbel unrechtmäßiger Weise eingelöst habe, für sich wieder auszulösen. Der König wagte aber doch nicht, in dieser Angelegenheit, die eine Reihe von polemischen Schriften hervorrief — auch Chwolkowski hat an ihnen Teil — der Kommission einfach beizupflichten, und so hintertrieß er es denn auch, daß die Relationsgerichte 1688 sie endgültig entschieden. Noch 1697 war Poplawski nicht durchgedrungen und dann kam das Unwetter des nordischen Krieges, in Polen hatte man nun Wichtigeres zu tun, als an Wilsen zu denken¹⁾.

Das Verhältnis des Herzogs zu Polen konnte nach dem Erzählten ein sehr intimes nicht sein. Trotzdem vermochte er sich der Anforderung nicht zu entziehen, dem Lehnsherrn im Türkenkriege Hülfe zu leisten²⁾. 1684, dann noch 1685 und 1687 leistete er sie, obwohl das Land zu Kriegsdiensten außerhalb der eigenen Grenzen nicht verbunden war. 1684 sandte Herzog Friedrich Kasimir ein Dragoner-Regiment unter dem Kommando Jakob Ernsts von Fürstenberg dem König zur Unterstützung. An den Türkenkriegen nahm gleichzeitig auch des Herzogs jüngster Bruder, der Prinz Alexander, in brandenburgischen Diensten teil, zwei Jahre später machte er die Belagerung der starken Feste Ofen mit und ist dabei tapfer fechtend auf dem Felde der Ehre geblieben (1686).

Die äußere Politik³⁾ Herzog Friedrich Kasimirs schien sich ganz in den Bahnen zu bewegen, die der alte Herzog einst eingeschlagen hatte. Auch er unterhielt an den größeren Höfen ständige Agenten, so in Polen Nikolaus von Chwolkowski, Schubert und Buttkammer und später den Hofrat Lau, in Stockholm Rudolf Amelung und Siebrand von Sehlen und andere und aus verschiedenen Kreisen des politischen Lebens ließen ihm Berichte zu, so aus Regensburg die Eberlins, der einst schon Herzog Jakob gedient hatte. Von einem so regen Eingreifen in den Gang der nordosteuropäischen Politik, wie es zu Herzogs Jakobs Zeiten stattgefunden hatte, war aber nicht mehr die Rede. Und mochte auch dem Fernstehenden der fürstliche Hof

¹⁾ Über die Bemühungen der herzoglichen Gesandtschaft in Warschau 1688 siehe das Tagebuch eines ihrer Mitglieder: Fromhold von Saden, mitgeteilt von Heinrich Eduard von Fiedl in den *Kurland. Sitzungsberichten* 1899 S. 10—13 und 23 ff.

²⁾ H. Seraphim: *Aus Kurlands herzogl. Brit.* S. 207.

³⁾ Schiemann l. c. S. 200.

imponieren und mit seiner Pracht blenden, mochte der Herzog auch darauf Gewicht legen, daß er auf seiner zweiten Reise in Wien am 14. Januar 1690 von Kaiser Leopold die schon von Jakob erstrebte Verleihung des Titels „Durchlaucht“ erwirkte, es war doch der Glanz des Hüttengoldes, der von seinem Hofe ausging, und hinter dem äußeren Glanze bargen sich drohend die Anzeichen des Verfalles.

Auch die Kolonialpolitik des Vaters setzte Friedrich Kasimir fort, nachdem die Erbchaftsauseinandersetzung mit den Geschwistern ihm das Anrecht auf Tabago zugewiesen hatte. Aber über den Versuch, sich in den Besitz der Insel und der übrigen Prästationen zu setzen, schwebte ein Unstern. Joh. Ramelow, einst der Erzieher des Prinzen Ferdinand, wurde nach Spanien abgeschickt, um dort den alten Schadenersatzanspruch zu betreiben, aber seine Bemühungen krönte kein Erfolg. Nicht besser ging es mit Tabago. Herzog Friedrich Kasimir verwarf zunächst den von Jakob mit Pohny abgeschlossenen Vertrag und bevollmächtigte im November 1682 den englischen Baronet Sir Richard Derrham mit der Vertretung seiner Interessen, in der Hoffnung, von Pohny bessere Bedingungen erzwingen zu können. Inzwischen aber war ein Schiff, das Pohny nach Tabago vorausschicken wollte, auf Veranlassung der königlichen afrikanischen Kompagnie, an deren Spitze der Herzog von York, der spätere König Jakob II. stand, in Graveland arretiert worden und die Regierung verweigerte seine Herausgabe. Auch der englische Gouverneur von Barbados, Drifton, dessen Miswirtschaft diese Insel ruiniert hatte, agitierte dagegen, daß die Regierung das Entstehen einer lebenskräftigen fremden Kolonie in Tabago zulasse. Während nun in London höchst ermüdende Verhandlungen geführt wurden, machte der Herzog noch einmal, ohne ihr Resultat abzuwarten, den Versuch, die Insel gewaltsam zu besetzen. Er entsandte den braven und tüchtigen Landmarschall Dietrich von Altenbodum mit 400 Mann nach Tabago, die sich in der Tat auch dort festsetzten. Doch starb Altenbodum schon 1688 (?) infolge der Verletzungen, die er sich beim Schiffbruch bei der Landung auf Tabago zugezogen hatte. Die Überlieferung, wonach der Rest der Ansiedler im Frühjahr 1680 nach Windau zurückkehrte, weil er sich in Tabago nicht mehr zu halten

¹⁾ Gemig. l. o. S. 33; Schäff: Brandenburg-Preußen Kolonialpolitik I, S. 107, 234. II, S. 134. H. Geröphim in den Kurhist. Sitzungsbereichen 1846, S. 16. 13.

vermochte, ist nicht ganz einwandfrei. Jedenfalls befand sich noch 1600 unter dem Leutnant Janton eine furländische Mannschaft auf der Insel und vielleicht noch etwas länger. Die geringen Erfolge, wohl auch das übelwollende Verhalten der englischen Regierung mögen den Herzog schließlich entmutigt haben. So entschloß er sich denn, nachdem er schon einige Jahre vorher wegen des Verkaufes einer Hälfte der Insel an Brandenburg mit Kurfürst Friedrich III. angetruft hatte, im Jahre 1691 wieder diese Beziehungen aufzunehmen. Er schloß im Mai d. J. mit dem Kurfürsten einen Vertrag ab, nach dem die Insel zwischen beiden Fürsten geteilt und eine Festung auf ihr erbaut werden sollte. Die Verwaltung und Justiz sollte in den Händen eines gemeinsamen Gouverneurs (Balthasar Bez), sowie von vier Räten, von denen jeder Kontrahent zwei ernennen würde, ruhen. Der Kaufpreis von 40000 Rl. war vom Kurfürst spätestens in 7 Jahren nach der Besitzergreifung zu zahlen und inzwischen erbot er sich dem Herzog zum Bau der Festung und Ausrüstung der Besatzung nicht geringe Summen vorzuschießen. Da aber England seine Ansprüche auf die Insel nicht aufgab, so hatte der Vertrag keine Folge, schon 1693 wechselten beide Teile die Vertragsurkunden wieder aus. Tatsächlich sind Kurlands Herzöge niemals mehr in den Besitz des so heiß erstrebten Landes gekommen und daher drehen wir die Erzählung von ihren kolonialpolitischen Plänen hier ab. Nur das sei erwähnt, daß die Regentschaft nach Herzog Friedrich Kasimirs Tode noch den Baron Joh. Blomberg in London entsandte und später als ihr Agent Prätorius im Haag wirkte. Von ihren Wirken ist keine Spur übrig geblieben, als vom letzteren eine Geschichte Tabagos, die noch heute für Kurlands Beziehungen zur Insel eine nicht üble Quelle ist. Herzog Ferdinand hat 1699 mit Peter dem Großen wegen Abtretung des Landes an Rußland verhandelt, aber es kam dazu nicht. So blieb der Rechtsanspruch des furländischen Herzogshauses bestehen, ohne doch je verwirklicht zu werden. Die Forderung, die Peter der Große 1710 in England für die furländischen Ansprüche einlegte, haben eine ernsthafte Bedeutung ebenso wenig gehabt wie die Bemühungen Preußens für das verwandte Herzogthum, die noch 1721 nachweisbar, aber stets am Widerstande Englands gescheitert sind.

Immer mehr traten in den letzten Lebensjahren des Herzogs die nordosteuropäischen Verhältnisse in den Vordergrund der Geschichte.

Rußland schiedte sich schon seit dem Regierungsantritt Zar Peters I. wieder an, an der Ostsee festen Fuß zu fassen und in die europäische Staatengesellschaft einzutreten. Einen diese Ziele mittelbar vorbereitenden Charakter hat auch die Bildungsreise gehabt, die der junge Zar 1697 inkognito im Gefolge der „großen Ambassade“ nach Europa unternahm¹⁾. Der Zar war infolge Empfangs, den er durch die Schweden in Riga erfahren hatte, tief verstimmt, obwohl der schwedische Generalgouverneur es an der nötigen Höflichkeit nicht hatte fehlen lassen und nur ein sehr berechtigtes Mißtrauen seinerseits zu Tage getreten war. Um so prächtiger und entgegenkommender war der Empfang, den ihm Herzog Friedrich Kasimir zu Teil werden ließ. Am 24. April 1697 hielt die Ambassade ihren Einzug in Wilna, nachdem schon in Edan eine Staatsklutche auf sie gewartet und der Ufersaß über die Ak auf den herzoglichen Pächten stattgefunden hatte; die Bürgerchaft bildete Spezier, die herzogliche Garde und Kavallerie eskortierten die Gesandtschaft, die nun, während vom Schlosse die Kanonen donnerten, in Quartieren untergebracht wurde. Bis zum 2. Mai wurde die Ambassade auf dem herzoglichen Schlosse „herrlich traktiert“, dann setzte sie, auf den herzoglichen Ämtern mit allem Nötigen versehen, über Litauen, wo sie mehrere Tage blieb, zum Teil zur See nach Pillau, teils über Riga auf dem Landwege die Reise nach Deutschland fort. Herzog Friedrich Kasimir hatte in Wilna Gelegenheit gehabt, die Bekanntschaft mit dem bekannten Franz Wfort zu erneuern, der ihm einst in den Niederlanden näher getreten war. Weit wichtiger waren die dreimaligen Unterredungen, die er mit dem Zaren hatte und in denen gewiß auch das Verhältnis Rußlands zu den Ereignissen der Zukunft in die Erörterung gezogen worden ist²⁾. Wenn freilich eine sonst recht nützliche Quelle erzählt, der Zar habe damals den jungen Erbsprinzen Friedrich Wilhelm in die Höhe gehoben, gelüßt und ihm versprochen, daß er ihn einst mit einer russischen Prinzessin verheiraten werde, so ist diese Nachricht täuschlich mit guten Gründen in das Gebiet der Legende verwiesen und wahrscheinlich gemacht worden, daß sie erst nach der Heirat Herzog Friedrich Wilhelms mit der Prinzessin und späteren

¹⁾ V. Klotzmann in: „Arbeiten der russ. Gesellschaft für Hist. und Russl. 1847“, S. 40—52. Brant's Aufzeichnungen S. 14 ff. Siehe auch S. 1892, S. 85 ff.

²⁾ Hoffelt, Franz Wfort I. Buch 2.

Kaisern Anna erfunden worden ist¹⁾. — Bald darauf hatte der Herzog Gelegenheit, im Juli 1697 den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. in Orbin bei sich zu empfangen. Es mag unentschieden bleiben, in wie weit dabei die moskowitische Ambassade den Anlaß zu einem politischen Gedankenaustausche gegeben hat. Schon Herzog Jakob hatte 1675 in Rußland Anlehnung und den Schutz, den ihm Polen nicht gewährte, gesucht, und Herzog Friedrich Casimir wußte wohl, warum er der großen Ambassade die prächtige Aufnahme gewährt, die auch wirklich wohlwollende Anerkennung fand. Es mußte ihm alles daran liegen, für die Zukunft zu den Monarchen in ein naheß Verhältnis zu kommen, dessen Reich immer mehr in den Vordergrund des politischen Interesses trat und Polen zu verdunkeln begann. Ehe der große Nordische Krieg Rußlands Vorherrschaft im europäischen Nordosten zur Tatsache machte und auch die Abhängigkeit des Herzogtums Kurland von Rußland herbeiführte, ist Herzog Friedrich Casimir am 22 Januar 1698 nach nur siebentägiger Krankheit auf dem Schlosse zu Mitau aus dem Leben geschieden. So steht keine Regierung an der Scheide zweier Zeitperioden; die polnische Lehnabhängigkeit bleibt zwar in der Folge noch bestehen, aber der Staat, der Kurlands Geschichte maßgebend bestimmt, wird bald das aufstrebende Moskau. Schon als der Herzog in die Gruft sank, hatten sich dunkle Wolken am politischen Horizonte zusammengezogen; es dauerte nicht lange, so entlud sich das Gewitter in furchtbaren Schlägen.

¹⁾ S. Niebierichs, zu Brandes Aufzeichnungen, S. 18 A 1. Die freundschaftliche Haltung Peters in Mitau bestätigt der Freiherr v. Blomberg in der *Description de la Livonie*, S. 334. Er konnte von den Dingen hinreichend unterrichtet sein.

5. Kapitel.

Der Nordische Krieg und der Ausgang der Kettler.

Da Herzog Friedrich Wilhelm, der durch den Tod seines Vaters nun zur Herrschaft berufen wurde, erst sechs Jahre zählte, so mußte für ihn eine Vormundschaft eintreten¹⁾. Nach der Regimentsformel hätte sie den Oberräten zufallen müssen, aber sowohl die Mutter des jungen Fürsten, Elisabeth Sophie, als auch Prinz Ferdinand, der Bruder Friedrich Casimirs, machten Ansprüche auf sie geltend. Herzog Ferdinand²⁾ hatte sich einst in jüngeren Jahren in niederländischen Diensten betätigt und war später in polnische getreten. In diesen hatte er Johann Sobieski's Türkenkriege mitgemacht, war dann, da man seinen Übertritt zum Katholizismus befürchtete, vom Großen Kurfürsten veranlaßt worden, Polen zu verlassen und in die preussische Armee als Generalleutnant überzutreten und hatte später das Regiment kommandiert, das sein vor Ofen tödtlich verwundeter Bruder Alexander befehligte hatte. Als solcher war er in den Kämpfen Österreichs gegen die Osmanen als Angehöriger des brandenburgischen Hilfskorps tätig, als an ihn 1687 die politische Kombination des Großen Kurfürsten herantrat, dessen verwitwete Schwiegertochter Luise Charlotte, eine geb. Prinzessin Radziwiłł zu heiraten, die er als reiche Erbin an einen näheren Angehörigen des Hauses Hohenzollern wieder vermählen wollte. Allein er entzog sich, als er aus dem Feldzuge mit kaiser-

¹⁾ Th. Schieman, Herzog Friedrich Wilhelm in „Histor. Darstellungen“, S. 141 ff. und dortselbst S. 201 ff.

²⁾ G. A. v. Mälverstedt, Die brandenb. Kriegsmacht unter dem Großen Kurfürsten S. 156 — Die historische Stellung des Hauses Radziwiłł (1892) S. 46—54. Über Ferdinands Studienreisen nach Maribau, Wien, Genf, wo er aufsehenerregende Ehrenhändel hatte, und Paris f. auch Posselt, Franz Defort I S. 69 ff. Vergl. auch Mirbach's russische Briefe.

licher Erlaubnis noch Berlin gekommen war, doch diesen Plänen und wollte hier für den polnischen Prinzen Jakob Sobieski, der sich Hoffnungen auf die Hand der Markgräfin machte. Ob Ferdinands Widerwille, die reiche Erbin zu heiraten, mit seiner Neigung für eine medlenburgerische Prinzessin zusammenhängt oder ob er sich dadurch bei seinen Differenzen mit dem regierenden Bruder eines Rückhalts in Polen verschern wollte, mag dahin stehen, jedenfalls heiratete er zunächst überhaupt nicht. Im Jahre 1689 schied er aus dem brandenburgischen Dienste ganz aus, ward nun wieder polnischer Generalleutnant und blieb es bis zum Tode Friedrich Kasimirs. Das Gerücht behauptete, daß er zur katholischen Konfession übergetreten sei, doch ist die Nachricht schwer zu kontrollieren und nicht wahrscheinlich. Die am wenigsten sympathische Erscheinung im Herzogshause der Rettler ist Herzog Ferdinand den Zeitgenossen und selbst den Jesuiten wegen seines rechtsharischen, strengachtigen Charakters, dem jeder größere Zug fremd schien, oft mißliebig geworden und für das staatliche Leben Kurlands, auf das es uns ankommt, ist seine spätere Regierung, sofern sich von einer solchen reden läßt, eine Quelle vieles Unheiles gewesen.

Es gelang dem Herzoge, der ja polnischer General war, durchzusetzen, daß ihm am 19. Februar 1698 König August II. (der Starke) von Polen wirklich die Vormundschaft übertrug; doch sprach bald darauf auf Intervention des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III., den seine Schwester Elisabeth Sophie um Unterstützung angegangen hatte, ein königliches Reskript auch ihr als der Mutter die Vormundschaft und die alleinige Sorge für die Erziehung des Sohnes zu. Gleichzeitig aber gaben die Oberräthe ihre Ansprüche nicht auf und der Herzog Administrator sah sich veranlaßt, mit ihnen ein Kompromiß zu schließen, das ihnen manche Befugnisse gewährte. Die folgenden Jahre bewegen sich in nicht aufhörenden Streitigkeiten zwischen Herzog Ferdinand, der Herzogin-Mutter und den Oberräthen und die Wohlfahrt des Landes leidet unter dieser Unsicherheit der staatlichen Verhältnisse. Und dann kommt zu der inneren Unruhe noch das äußere Unglück, der Nordische Krieg bricht aus und zieht alsbald auch Kurland in seine Kreise¹⁾.

¹⁾ Landtagsschlüsse ed. Rummel. Schrenkers I. c. Carlsson, Geschichte Schwedens II, 190 ff. Bruggell, Bedragsregl. Bd. XI, Th. II, bef. S. 49—63

Der Plan der durch Pottlufs Bemühungen verbündeten Mächte, Lauenmark, Sachsen und Rußland, wies dem sächsischen Kurfürsten und polnischen König August die Aufgabe zu, Riga zu belagern. Herzog Ferdinand, der an König August seinen Rückhalt suchte und wohl wegen seiner vermuteten katholischen Neigungen auch offensichtliche Förderung erfuhr, erwies dem Plane großes Entgegenkommen, obgleich sich die Republik Polen am Kriege noch nicht beteiligte. Er ließ es zu, daß sächsische Truppen unter dem Feldmarschall Plenning sich bei Polangen an der kurländischen Grenze sammelten und zu Beginn des Jahres 1700 in Kurland Winterquartiere bezogen. Der Landtag, der im Februar in Wilkau zusammentrat, mußte auf Requisition des sächsischen Generalmajors Bayhull große Proviantlieferungen beschließen und so hatte sich das Land tatsächlich den Feinden Schwedens schon zu einer Zeit dienstbar erwiesen, als offiziell noch tiefer Friede zwischen dem nordischen Königsreiche und Polen herrschte. In Riga war indessen der greise, aber jugendlich eifrige Statthalter Dahlberg gewarnt worden und zwar war es wohl die Herzogin Elisabeth Sophie von Kurland gewesen, die dem Nachbar die Nachricht von den sächsischen Plänen zugehen ließ. Sie tat es um so eher, als der Sigg König Augusts nur eine Stärkung der Position ihres verhassten Schwagers Ferdinand bedeutet hätte. Ein Scharmüßel bei Olai, das eine an der Grenze stehende Truppenabteilung mit dem Sachsen hatte, nahm dem schwedischen Kommandanten jeden Zweifel darüber, daß ein Angriff auf Riga geplant sei. In der That kam es zur Belagerung der livländischen Hauptstadt, die sich aber trotz des Bombardements nicht ergab und bald entsezt wurde. Auch eine zweite Belagerung, an der der König selbst teilnahm, hatte keinen besseren Erfolg. Nun zogen die sächsischen Truppen ab und zwar zum Teil nach Kurland. Hatte dieses schon auf dem Septemberlandtage 1700 den Sachsen Subsidien an Geld und Naturalien bewilligen müssen, denn der Ausdruck, es handele sich um eine „freiwillige Donation“, konnte nur die Bedeutung einer Phrase haben, so fiel ihm jetzt die Verpflegung der fremden Truppen zu.

Im Ubrigen sei auch hier auf den zweiten Teil der Geschichte Lw-, Est- und Kurlands von E. Geraphim verwiesen. Eine Geschichte Kurlands im Nordischen Kriege zu schreiben, wäre eine lohnende Aufgabe für die Landesgeschichtliche Forschung; zunächst ist zu ihrer Lösung so gut wie nichts geschehen. Das ist bei der Verteilung der kurzen Darlegung im Text zu beachten.

Wald aber änderte sich das Bild. König Karl XII., der in kühnem Siegeszuge Dänemark niedergeworfen und zum Frieden von Travendal gezwungen hatte, wandte sich jetzt gegen den sächsischen Feind. Er landete bei Bernau, zog aber, da er inzwischen Kunde vom Einfälle Jar Peters in Ingermanland erhalten hatte, gegen diesen und bezwang ihn bei Narwa. Dann rüstete er nach Süden und bald brachen für Rurland schwere Tage an. Herzog Ferdinand hatte zwar, als auf einen Befehl des Schwedenkönigs die Sperrung der lurländischen Häfen erfolgt war, sein Generalat niedergelegt und war nach Memel gerollt. Da ihm aber am 1. Februar 1701 in Tirkun zwischen König August und Jar Peter abgeschlossener Wändisch-Vertrag das schließliche Unterliegen des jungen Schwedenkönigs sicher erscheinen ließ, war er wieder in die sächsische Armee eingetreten; wenig zufrieden war damit der Landtag, der im Mai 1701 zusammengetreten war und am 2. Juni den Beschluß faßte, sich beim Reichstage Polens über die fortgesetzten Verdrückungen des Landes von Seiten der sächsischen Truppen des Königs durch eine Delegation zu beschweren. So lagen die Dinge, als sich König Karl den Grenzen Rurlands näherte. Am 9. Juli (1701) überschritt er die Düna und erfocht über die russisch-sächsischen Truppen unter General Skinsau und Bayall einen glänzenden Sieg. Herzog Ferdinand zeichnete sich bei diesem Kampfe durchaus nicht aus. Als sich die Entscheidung dem Schwedenkönig zuneigte, floh er, da er dessen Rache fürchtete, über Mitau und Goldingen nach Danzig, von wo er zeitweilig gar nach Kassel zu seiner Schwester Marie Anne eilte. Einen Teil des Archives ließ er sich nachkommen, doch wurde der herzogliche Postdirektor Ruprecht, der es geleitete, in Memel auf Bitte des von der Herzogin Elisabeth Sophie dazu beauftragten Tribunalkrats Van aufgehalten, festgesetzt und das Archiv in Königsberg für den jungen Herzog Friedrich Wilhelm verwahrt¹⁾. Die Herzogin Elisabeth Sophie, deren von der Stellung Herzog Ferdinands wesentlich abweichende Politik wir erwähnten, hoffte jetzt, daß ihre Zeit gekommen sei. Sie ersuchte daher den Tribunalkrat Theodor Ludwig Van ins schwedische Lager, um günstige Bedingungen zu erlangen, und erhielt auch die Zusage, daß der König, da nur Herzog Ferdinand die Schuld traffe, sie, die

¹⁾ S. Sängungsberichte der Rigs Bef. für Gesch. und K. textumskunde 1824, S. 41 ff.

Prinzessinnen und den jungen Herzog schützen werde. Als aber die Schweden Kolenhufen eingenommen hatten, zog Karl nach Kurland; am 28. Juli fiel Mitau in die Hände des General Wörner, dann nahm Karl selbst Bauste und zog über Mitau, Doblen, Frauenburg und Birsen an die Windau, dann aber nach Grobin und Libau, ohne dabei vom Feinde, der Kurland schon geräumt hatte, Widerstand zu finden. Bald trat es zu Tage, daß der Schwedenkönig sich im Lande so einrichtete, als ob er es dauernd zu behalten gedenke. Er erließ eine Kriegskontribution, die mit Strenge eingetrieben wurde, ordnete die Befestigung Libaus und Mitaus an, errichtete schwedische Zollkammern, ließ das Land vermessen und führte die herzogliche Bibliothek und das Archiv nach Riga. Die Geistlichen mußten für ihn das Kirchengelb, das sonst dem Landesherrn zukam, halten, und wie der Superintendent Mag. Høllenhagen¹⁾, sich weigerte es zu tun, ward gefangen gesetzt. Der Generalmajor Stuart bereitete für die nachrückenden Truppen Winterquartiere vor und die Herzogin und die Oberräte mußten sich alle dem fügen. Das veranlaßte die Herzogin Elisabeth Sophie, die sich in ihren Hoffnungen getäuscht sah, im November 1701 Kurland zu verlassen und mit ihrem Sohn und ihren Stiefschwestern nach Berlin zum preussischen König zu flüchten. Die Vormundschaft wurde ihr im folgenden Jahre vom schwedischen Könige aberkannt. König Karl brauchte Kurland um so mehr, als sich leicht absehen ließ, daß Polen, das wegen der Besetzung Kurlands protestierte, sich bald der Koalition gegen ihn anschließen werde. Zunächst aber zogen ihn bringende Aufgaben von Kurland ab. Mit einer Gruppe der litauischen Magnaten, besonders der Partei Sapieha, war er in enge Beziehungen getreten und zu Anfang des Jahres 1702 zog er nach Litauen und Polen fort.

Den Oberbefehl über das in Kurland zurückgelassene Korps übernahm nun der General Stuart, den aber, da er noch an einer alten Wunde laborierte, Graf Adam Ludwig von Loewenhaupt vertrat. Es war seine Aufgabe, die Angriffe der Polen unter Cypriani abzuwehren, die sogleich begannen, als die schwedischen Truppen und das Korps Sapieha Litauen geräumt hatten. Sie hörten im Jahre 1703 auf, als Loewenhaupt (am 18. März a. St.) über den überlegenen

¹⁾ Kallmeyer Otto, die Prediger und Kirchen Kurlands S. 311.

Feind bei Salab südlich von Bauske einen ehrenvollen Sieg errocht, der ihm die Ernennung zum Unterstatthalter von Riga eintrug, während Stuart ins Bad reiste. Voorenhaupt suchte nun im Frühjahr 1704 in Litauen die Anerkennung des von Schweden installierten Gegenkönigs Stanislaus Leszczyński zu erzwingen, zog sich aber, als er vom Heranrücken russischer Truppen Kunde erhielt, nach dem festen Riga zurück. Die durch polnische Truppen unterstützten Russen begannen alsbald die Belagerung des festen Selburg an der Düna, aber als Voorenhaupt und Sapieha zum Entsatz herandrückten, zogen sie eilig ab. Doch lehnten ihnen die Schweden nach, erreichten sie bei Jelskinstadt und hier kam es am 24 Juli a. St. zu einer Schlacht, in der sie Sieger blieben und reiche Kriegsbeute machten. Diese Misserfolge veranlaßten Peter im Jahre 1705 Scheremetjew mit 20 000 Mann nach Kurland zu schicken. Voorenhaupt zog ihm entgegen und erwartete ihn drei Meilen von Riga bei Semauertshof. Am 16. Juli (a. St.) schlug er den doppelt starken Feind in blutigem Ringen, doch war auch sein Heer so geschwächt, daß er sich nach Riga zurückzog, als er vom Herandrücken einer neuen russischen Armee hörte. Nur in Riga und Bauske ließ er Besatzungen zurück, weil der König es wünschte. Ende August überfluteten russische Truppen unter des Zaren eigener Leitung Kurland, in Riga mußte der Oberst Anvring eine Kapitulation schließen, die ihm freien Abzug nach Riga gestattete und bald darauf fiel auch Bauske in die Hände der Russen. Dann zog Peter nach Polen ab und ließ in Kurland den General Bauer mit 20 000 Mann zurück. Durch Requisitionen, die er und Generalleutnant Georg Guilar von Rojen in Kurland und Bitten erhoben, hatte das Land nicht wenig zu leiden. Es wäre daher für das Herzogtum ein großes Glück gewesen, wenn der preussische König Kurland für die Dauer des Krieges in Sequester genommen hätte, was er damals (1705) plante, aber leider nicht erreichte¹⁾.

Schon im folgenden Jahre (1706) veranlaßte Karls XII. längerer Aufenthalt in Litauen die Russen wieder Kurland zu räumen. Sie sprengten die Festungswerke in Riga und Bauske und nach ihrem Abzuge besetzte Voorenhaupt wieder das Herzogtum, das er nun bis in den Herbst des Jahres 1709 okkupiert hielt. Es waren für das

¹⁾ Nach den Akten des Berliner Geh. Staatsarchives.

Land drei nicht leichte Jahre, obwohl Loevenhaupt durch sein gewonnenes Weien die Kurländer vielfach für sich einnahm und ein ordentliches Regiment führte.

Dann kam im Juli 1709 die Schlacht bei Poltawa, in der das schwedische Heer gänzlich vernichtet wurde und der russischen Macht eröffneten sich jetzt ungeahnte Aussichten. War es ein Wunder, wenn man am preussischen Hofe Rußlands wachsende Bedeutung zu fürchten begann und auch für Preußen einen Wachsthum erstrebte? König Friedrich I. selbst war es, der zu diesem Zwecke den Plan ersann¹⁾, Polen zu teilen und zwar zwischen Preußen und dem polnischen Könige selbst, dem der Gedanke nicht so fern liegen mochte, Teile des polnischen Staatskörpers preiszugeben, um dann mit fremder Hülfe Herr über die Libertät des Adels im verkleinerten Polen zu werden. Aber August II. lehnte den Plan ab, da er im Augenblicke Preußen nicht nötig zu haben glaubte. Daher versuchte König Friedrich sein Heil beim Zaren und versuchte ihn für den Teilungsgedanken zu gewinnen. Dabei waren Westpreußen und Samogitien und die Aussicht auf Kurland Preußen zugebracht. Friedrich I. und Zar Peter hatten deshalb eine Entree in Marienwerder (Oktober 1709). Aber hier wurden die preussischen Wünsche zu Wasser, indem Peter sie „nicht für praktikabel“ erklärte. Über Kurland wurde bestimmt, daß der jugendliche Herzog Friedrich Wilhelm, der Sohn Friedrich Casimirs, es erhalten, aber eine Nichte des Zaren heiraten sollte.

Das war ein Erfolg der russischen Politik. Peter der Große hatte den Herzog schon lange protegiert und es konnte die Übernahme der Regierung durch ihn dem russischen Interesse umsoweniger widersprechen, als die geplante Ehe die Gewähr bot, daß der Einfluß des Petersburger Hofes in Kurland kein geringer sein werde. Inzwischen hatte sich der schwedische General Locht, nachdem er Kurland verheert hatte, von Mitau mit seinen Truppen nach Riga zurückgezogen und bald rückte die russische Armee durch Kurland, um Riga einzuschließen. Als Peter am 17. November in Mitau einzog, legte er dem Lande

¹⁾ Erdmannsdörffer I c II, 309 Droysen, Preuß. Politik IV, 4. S. 284 ff. — Ich hoffe demnächst auf Grund der Akten des Berliner und Königsberger Staatsarchives die Geschichte der Pläne Preußens auf Kurland im Nordischen Kriege genauer darlegen zu können.

nur eine Contribution auf und verheißt sonst Schonung. Nunmehr konnten die Oberräthe es wagen, den Herzog Friedrich Wilhelm, den Schützling des Zaren, für mündig zu erklären und der Landtag, der in Mitau im November zusammengetreten war, beschloß die Erhebung einer Steuer, deren Ertrag dem Herzog die Reise aus Bayreuth nach Rußland ermöglichen sollte.

Der junge Fürst, dem also die Regierung Rußlands zufallen sollte, stand damals im 18. Lebensjahre. Als er mit seiner Mutter 1701 Rußland verließ, war er mit ihr an den preussischen Hof gekommen, in Königsberg Zeuge der ersten preussischen Krönung gewesen und hatte dann in Berlin gewohnt. Aber die Herzogin-Witwe fühlte sich hier, wo man ihrer fürstlichen Würde nach ihrer Meinung nicht genügend Rechnung trug, sehr wenig glücklich. „Aus desespoir“¹⁾ heiratete sie 1703 den Markgrafen Christian Ernst von Bayreuth, an dessen Hof nun auch ihr Sohn und dessen Halbschwester überlebten. Unter der Leitung seines Erziehers Georg Albrecht Stabner erhielt Prinz Friedrich Wilhelm in Erlangen auf der Ritterakademie seine Bildung; ein begabter, fleißiger Knabe, gedreht er prächtig an Leib und Seele und im Verkehr und Briefwechsel mit den Schwestern, die sich am Bayreuther Hofe wie Aichentrödel fühlen und wenig an den Bruder schließen, zeigt sich ein zartes, liebevolles Gemüth. Auch für die Dichtkunst hat er Verstandnis und in gemüthsreiche Verse kleidet er seine zartesten Gedanken, seine Liebe zur Prinzessin Charlotte von Weissenbuttel und seine Ahnung, daß ihm ein frühes Ende bestimmt sei. Als an ihn 1709 die Aufforderung der Oberräthe ergieht nach Rußland zu kommen und die gewünschte Heirat mit der russischen Prinzessin einzugehen, muß er wählen zwischen seiner Liebe und dem Thron seiner Väter. Ein langer, aber schwerer Kampf folgt, er entjagt seiner Liebe und eilt nach Rußland, nachdem die Mutter, mit der das Verhältniß ein recht frostiges gewesen zu sein scheint, erst nach längeren Verhandlungen und Bitten ihre Zustimmung erklärt hat. Am 19. Mai traf er in Libau ein, wo er feierlich empfangen wurde und den Orden de la reconnaissance gründete, der aus je 12 russischen und ausländischen Edelleuten, sowie den Oberräthen und den polnischen Land-

¹⁾ Briefe der Kurf. Sophie von Hannover. Publizt. aus den preuß. Staatsarchiven Bd. 37, S. 247

räten bestehen, einige humane Aufgaben erfüllen und dem Herzog, der zugleich Ordensmeister ist, Gehorsam leisten soll¹⁾.

Der Zustand Kurlands war damals ein wahrhaft trostloser. Der Krieg hatte schwer auf dem Lande gelastet, aber nun war in seinem Gefolge die Pest aufgetreten (1710), und wie noch nie zuvor hatte der Würgengel der Seuche seine Opfer geheischt. Vermästete Äcker, verfallene Höfe, menschenleere Gegenden, das war das Bild, das sich damals in beprimierender Einförmigkeit darbot. Von Libau aus schon ergriff der junge Fürst Maßregeln zur Abhülfe, und auch sonst nahm er sich der darniederliegenden Verwaltung und Gerechtigkeit an. Eine große Aufgabe winkte ihm, Ordnung und Zucht sollten wieder zu Ehren kommen, die in dem letzten Jahrzehnt, namentlich dem Bauer, gänzlich abhanden gekommen waren.

Zunächst mußte die Frage der beschlossenen Heirat des jungen Herzogs geregelt werden. Schon von Deutschland aus hatte er den Rat Theodor Ludwig Lau und den Obermarschall Ernst v. Roenne nach Petersburg geschickt, um die Neutralität Kurlands, seine Einsetzung als Statthalter von Livland und die Feststellung des Ehekontraktes zu betreiben. Aber als sie im Juli in Petersburg anlangten, wurden sie bitter enttäuscht, denn von dem „Generalvikariat“ von Livland war nicht mehr die Rede und während der Herzog sich selbst eine der Töchter des Zaren auswählen zu dürfen gehofft hatte, ward ihm die Prinzessin Anna Iwanowna, eine Schwestertochter Peters des Großen, als Gattin zugewiesen. Als Mitgift wurden ihm statt der gewünschten 300 000 nur 200 000 Rubel zugesagt, von denen 40 000 als eigentliche Mitgift dienen, 160 000 dagegen zur Einlösung verpfändeter kurländischer Güter zum Besten der neuen Herzogin dienen sollten.

Als die Heiratsallianz, zu der nach längerem Sträuben die Herzogin-Mutter auf Anbringen des preussischen Königs ihre Einwilligung gegeben hatte, abgeschlossen war, eilte Herzog Friedrich Wilhelm über Dorpat nach Petersburg, wo er im Oktober 1710 eintraf. Am 11. November fand die Vermählung mit der Prinzessin Anna nach griechischem Ritus statt, nach 3 Tagen folgte die Ein-

¹⁾ Über einen früheren kurländischen Orden, den Herzog Casimirs Witwe 1698 stiftete, s. Kurland. Sitzungsberichte 1899 S. 47.

segnung durch den Lutherischen Hofsprecher. Peter feierte das Familienfest mit großem Prunk; die inzwischen stattgehabte Erwerbung Livlands war wohl geeignet, ihn mit dem Gefühl freudigen Stolzes zu erfüllen; nun trat durch die Ehe seiner Nichte auch Kurland in den Kreis seines machtvollen Willens. Aber die rauschenden Feste mit dem überladenen Luxus einer dem schlicht erzogenen Herzog ganz fremden Welt hatten seine Gesundheit tief erschüttert. Krank verließ er am 9. Januar 1711 Petersburg, auf der Postkation Rippingshof in Angermanland ist er am 13. Januar trotz der Bemühungen der aus Petersburg herbeigeeilten Ärzte gestorben. Seine Leiche ward über Riga nach Mitau gebracht und im fürstlichen Grabgewölbe beigesetzt. Bald darauf zog seine junge Witwe Anna nach Kurland, um auf ihren Witwengütern ihren Wohnsitz zu nehmen.

Die vielversprechende Episode der Regierung Friedrich Wilhelms war rasch und plötzlich zu Ende gegangen¹⁾. Die Frage entstand, wem nun die fürstliche Gewalt zufallen werde.

Nach dem Erbrechte mußte ohne Frage Herzog Ferdinand als der rechtmäßige Fürst des Landes gelten, sobald er sich in dieses begab und die Belehnung vom polnischen Könige empfing. Er war aber seit der Zeit, wo er als Administrator tätig gewesen war, im Lande sehr verhaßt und man wünschte ihn hier um so weniger als Herrn, als er die Unabhängigkeitserklärung Herzog Friedrich Wilhelms nicht anerkannt, alle während dessen Herrschaft stattgehabten Regierungsatte für ungültig erklärt hatte und eine vollständige Veränderung des eben Begründeten zu beabsichtigen schien. Der Herzog selbst erwartete sich vom Könige von Polen für die Lehnsempfangnis Aufschub und schließlich gar ein Mandat an die Kurländer, ihm Gehorsam zu leisten. Doch stand dem die unbestreitbare Vorschrift der Regimentsformel entgegen, die für die Zeit der Abwesenheit des Herzogs den Oberräten die Regierung zuwies. Diese hatten also Recht und Pflicht sie für sich zu beanspruchen und

¹⁾ Grafe II, S. 297 ff. F. v. Huttenberg: „Beitrag zur Geschichte der kommissionarischen Dreihöfen von 1717.“ Jahresverhandlungen der Ruzl. Ges. für Litt und Kunst (1819) I, S. 315 ff.

das Vorgehen des Herzogs zu beanstanden, der die Einkünfte des Landes durch besondere Beamte sich nach Danzig überbringen ließ. Herzog Ferdinands Gründe, die ihn hier zu bleiben veranlaßten, stehen nicht sicher fest und es ist nur eine ganz unbewiesene Vermutung, daß er heimlich zur katholischen Kirche übergetreten sei und deshalb nicht nach seinem protestantischen Herzogtum habe zurückkehren können.

Diese unklaren Verhältnisse waren um so empfindlicher, als bis 1713 russische Truppen im Lande standen, mannigfache Forderungen stellten, und, als sie endlich abzogen, sächsische an ihre Stelle traten, die noch weit unbequemer wurden. Im Jahre 1716 verließen sie das Land, in dem wir später wieder Russen stationiert finden. Die eigentlich maßgebende Persönlichkeit Kurlands war mehrere Jahre hindurch der Oberstallmeister der Herzogin Anna und Generalkommissarius Bestjuscheff Rjumin; es begannen sich damit Verhältnisse anzubahnen, die später zur Regel werden sollten¹⁾.

Inzwischen dauerte der Streit Herzog Ferdinands mit dem Lande fort; er blieb diesem fern und das trug schlimme Früchte, in Wilen sowohl als in Kurland.

In Wilen machte nämlich der Bischof des polnischen Bistums, Christophor Anton Szembek, 1713 wieder die Ansprüche auf das Stift geltend, die sein Vorgänger schon einst in den Tagen Herzog Friedrich Kasimirs vergeblich zur Anerkennung zu bringen versucht hatte. In den dabei entstandenen Streitigkeiten suchte der Adel Wilens, der ja mit Kurland noch durch die Union von 1685 verbunden war, an Herzog Ferdinand seine natürliche Stütze. Dieser aber empfing den an ihn abdelegierten Landrat Behr aus Schled gar nicht und so hielt der Adel es für geboten den polnischen König zu ersuchen, ihn direkt unter seinen Schutz zu nehmen. Eine Reichstagskonstitution stellte im Jahre 1717 den Zustand für Wilen wieder her, wie er durch den kommissorialischen Abschied von 1617 geregelt war. Die kleine Adels-

¹⁾ Wenn Bischoffom Katharina II. Bd 1, S. 231 Anna als „Regentin“ Kurlands bezeichnet, so ist das natürlich ganz falsch, sie hatte mit der Regierung nichts zu tun wie nach dem kurländischen Staatsrecht sich vor selbst versteht. Noch verkehrter ist der Satz, als sie Kaiserin wurde, „ernannte sie ihren Oheim Ferdinand zum Herzog von Kurland“. Ferdinand war seit 1711 Herzog und sie konnte ihn dazu auch nicht ernennen. Ihr, bzw. Bestjuschew-Rjumin's Einfluß war ein rein tatsächlicher, nicht rechtlich begründeter.

republik war so von Kurland wieder getrennt und eine Vereinigung hat in herzoglicher Zeit nicht mehr stattgefunden.

Der Zwispalt des Herzogs mit der Ritterschaft Kurlands nahm um so schroffere Formen an, als sich in ihn bald ein materielles Moment mischte. Da nämlich ein großer Teil der fürstlichen Unter sich im Wittumsbesitz der Herzogin Anna bestand und ein anderer zur Deckung der durch Friedrich Kasimirs Brunnacht und die Drangsale der Kriegszeit entstandenen Schulden verpfändet war, so war die pekuniäre Lage Herzog Ferdinands in der That eine sehr bedenkliche. Um sie zu verbessern, begann er nun die Pfandgüter allmählich auszulösen, fand dabei aber mannigfachen Widerstand, indem die Pfandbesitzer durch sehr hohe Berechnungen der vorgenommenen Meliorationen und dergl. die Einlösung nach Möglichkeit erschwerten. Unter anderen war es der Starost Karl Friedrich v. Firds, Erbbesitzer von Lesten, der dem Herzoge dadurch viel zu schaffen machte, daß er das fürstliche Gut Abanshof, das er im Pfandbesitz hatte, nicht herausgeben wollte. Der Disponent von Greudsen, Major v. Saden, nahm dem Starosten das Gut auf herzoglichen Befehl schließlich mit Gewalt weg, wurde aber deshalb von letzterem in Mitau auf öffentlicher Straße mißhandelt. Saden klagte beim Herzoge, der nun von Danzig aus Ende Januar 1715 die Korporale der fürstlichen Garde in Mitau beauftragte, den Starosten Firds, da er die öffentliche Sicherheit gefährdet habe, festzunehmen und in der schwarzen Kammer im Schloß gefangen zu setzen. Firds suchte sich nun durch den Landesbelegierten Ferdinand v. Huttenberg einen königlichen Schutzbrief zu erwirken, aber ehe dieser erlangt werden konnte, war es in Mitau zu einer blutigen Gewalthat gekommen. Der Korporal Willemßen, der Firds gefangen zu nehmen beauftragt hatte, wollte ihn in dem Augenblicke arrelieren, als der Starost mit seiner Familie in den Wagen steigen wollte. Als Firds Widerstand leistete und zu seiner Verteidigung den Degen zog, ließ der Korporal Feuer geben, ein Schuß tödtete den Starosten, ein anderer verwundete seine Gattin.

Diese blutige That war vom Herzoge ohne Frage nicht angeordnet worden, aber sie war doch eine notwendige Konsequenz seines Auftrages, sobald sich bei dessen Ausführung Widerstand einstellte, und dieser Auftrag schon war ein ungesetzlicher, da Edelleute nach den kurländischen Statuten nur auf Grund eines rechtmäßigen Erkenntnisses

eines Berichtes verhaftet werden durften, ja die Frage blieb offen, ob der Herzog vom Auslande überhaupt Befehle erteilen dürfe. Im März 1715 versammelte sich der gesamte Adel zu einer sogenannten brüderlichen Konferenz in Mitau, die mit den Oberräten gemeinsam dem Landesdelegierten Rutenberg den Auftrag gab, beim König und der Republik um die Abstellung der Beschwerden zu bitten, die sie gegen den Herzog erhoben. Es gelang Rutenberg mit Unterstützung des Feldmarschalls Flemming und einiger polnischen Magnaten trotz der Gegenbemühungen Herzog Ferdinands beim Könige schließlich die Einsetzung einer Kommission durchzusetzen, die nach Kurland kommen sollte, um den hiesigen Mord zu untersuchen und die allgemeinen Beschwerden der Ritterschaft zu erledigen. Sie war schon ernannt, als Herzog Ferdinand ihre vorläufige Suspension vom Könige erlangte, bis eine von ihm gegen den Adel angestrebte Klage ihre Erledigung gefunden habe. Doch glückte es Bilkow, dem Nachfolger Rutenbergs, die Erneuerung der Kommission und die Ermächtigung zu erreichen, daß sich der Landtag ohne herzogliche Berufung versammelte, um die Landesbeschwerden zusammenzustellen. Dieser Landtag trat auch, obwohl ihn Herzog Ferdinand durch die Ankündigung eines von ihm zu berufenden zu vereiteln strebte, wirklich zusammen, und am 20 Mai 1717 eröffnete die Kommission unter dem Voritze des Bischofs von Samogitien, Alexander Dorein, in Mitau ihre Tätigkeit. Ihr Ergebnis, die kommissorialischen Decisionen, bedeutete im allgemeinen eine Niederlage des Herzogs, an der dieser durch sein Verhalten, namentlich sein beharrliches Fernbleiben von Kurland, nicht wenig Schuld hatte. Die Regierung sollen die Oberräte, denen auch die Ernennung der Beamten zusteht, führen; dem Herzoge braucht, bis er die Huldigung leistet, niemand zu gehorchen. Die herzogliche Kammerverwaltung, die bisher nach Danzig Geld gesandt hat, soll einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Herzogliche Mandate, die nicht von dem Landtage angenommen worden sind, dürfen von den Kanzeln nicht publiziert werden u. s. w.

In manchen Städten sorgte der siegreiche Adel für seine Interessen. er setzte bei der Kommission durch, daß die Assessoren der Hauptleute keine Bürgerlichen sein sollten, daß statt der zwei gelehrten Räte, die in Abwesenheit des Fürsten ohnehin keinen Antheil an der Verwaltung hatten, in Kriegzeiten zwei adlige wohlbesitzliche Räte vom Landtage

bestellt werden sollten und daß nur im Lande Befähigte Riter befehlen durften. Erst letztere Bestimmung der Möglichkeit, daß sich ein mittelbarer und daher vom Fürsten abhängiger Beaurtenstand ausbilde, entgegen, so wird der materielle Besitzstand des Adels durch die Bestimmung gesichert, daß ohne Entscheidung der Oberen niemand in seinem Besitze (d. h. den Pfandgütern) gestört oder aus ihm verdrängt werden sollte. Die herzoglichen Riter, die man als Werkzeug fürstlicher Willkür ansah, sollten auf eine ganz kleine Zahl herabgebracht werden. Für die am Stursten Fudis verübte Gewalttat wurde Willemsen als Mörder belangt und hingerichtet und eine Klage gegen den Herzog beschlossen. Eine Hofenrevision, die schon oft und noch zuletzt von den Schweden während des Nordischen Krieges geübt worden war, wurde gleich der genauen Trennung zwischen Lehn- und Allodialgütern des fürstlichen Hauses Rottler beschlossen, sie ist aber nicht durchgeführt worden. Eine Reihe von Bestimmungen über das Privatrecht und den Prozeß schloß sich daran. Im Juni verlagte sich die Kommission, dann ward sie vom Könige suspendiert, schließlich aber wieder hergestellt. Doch trat sie nicht mehr in Wirksamkeit und ihre Beschlüsse erhielten nie die Bestätigung des Königs oder des Reichstages. Trotzdem blieben sie nicht ohne Einfluß, namentlich soweit sie das Gerichtsverfahren betrafen, und in Rurhard wurde es Brauch sie als gültige Rechtsnormen anzusehen. Eine „Kompönition“ zwischen Adel und Obrern folgte der Kommission und wies dem zunehmenden Regierungskollegium Ziel und Wege seiner Verwaltung. In dem Verfassungskampf, der nun zunächst seinen Abichluß fand, erschienen zum erstenmal sogen. brüderliche Konferenzen, d. h. Versammlungen des ganzen Adels statt seiner Deputierten, und das Amt eines ständigen Landeskorrespondenten (1712, der zwischen der Ritterschaft und ihren auswärtigen Delegierten, aber auch den Obrern die Vermittlung bildete. So lebte die alte Stellung eines Ritterschaftshauptmanns in anderer Form wieder auf, aus ihr hat sich dann das Amt des Landesbevollmächtigten mit gleichzeitiger Anwesenheit im Laufe der Zeit entwickelt. Es liegt auf der Hand, daß dadurch in der Ausbildung des politischen Rechts des Adels ein kräftiger Schritt nach vornwärts getan wurde¹⁾

Die folgenden zehn Jahre holländischer Geschichte sind mit Bei-

¹⁾ Frick, Alexander v. Dieren im *Genealog. Jahrbuch* 1890, S. 54.

suchen verschiedener Mächte ausgefällt, die Nachfolge auf dem herzoglichen Stuhle nach dem Tode Herzog Ferdinands in ihrem Interesse vorzubereiten, sonst bringen stete Grenzverletzungen von litauischer Seite Abwechslung und gelegentliche Aufregung in das politische Leben. Die kirchlichen Verhältnisse des Landes leiden durch die Annistung der Jesuiten, denen die Katholisierung der Kirchen von Schönberg, Alschwangen und Murg glückt. Man spürt, daß ein festes Regiment fehlt; die Ritterschaft bildet seit dieser Zeit ihre Rechte weiter aus und das erstreckt sich auf Dinge des weltlichen und des kirchlichen Lebens. In der in jenen Tagen brennend gewordenen Frage, ob der Segen in der Kirche drei- oder zweigliedrig gesprochen werden solle, spricht die Ritterschaft ihr Nachwort zu gunsten des Superintendents Graeven, der den dreigliedrigen eingeführt hatte. Für den Gast, der allmählich im Lande zu reisen beginnt, ist ferner die Bestimmung charakteristisch, daß bei Introduktionen der Prediger der adlige Patron der Kirche den Vortritt vor dem Superintendenten haben solle.

Bei den Bemühungen um die Nachfolge Herzog Ferdinands, dessen Ausgang man irrigerweise nicht mehr fern glaubte, sind es besonders drei Mächte, die ihre Interessen fördern wollen. Zunächst hoffte der polnische König und sächsische Kurfürst, August der Starke, den Herzogthum einem Angehörigen seines Hauses zuzuwenden, unbekümmert darum, daß die oligarchische Republik Polen nach Herzog Ferdinands Tode das Behen nicht mehr vergeben, sondern Kurland dem polnischen Reiche incorporieren wollte. Schon 1711 schlug der Graf Bixthum¹⁾, der als sächsischer Gesandter nach Petersburg ging und auf der Reise sich in Kurland aufhielt, seinem Könige vor, die Wahl eines seiner Söhne noch zu Ferdinands Lebzeiten zu betreiben. Er hatte gefunden, daß manche Kurländer, so der Oberst Brinden, aber auch „die Firze und Korffe“ diesem Plan geneigt seien. Der sächsische Kurfürst hielt zwar den Zeitpunkt nicht für geeignet, die Frage zu verfolgen, er ließ sie aber keineswegs aus dem Auge. Auch Rußland behielt die kurländische Succession im Auge; zwar nicht die Reglerung als solche nahm sich der Angelegenheit an, aber der Günstling des Zars Menschikow trug sich mit dem ehrgeizigen Gedanken, das reiche Herzogtum zu ge-

¹⁾ L. v. Weber: *Reich v. Sachsen* (1863), S. 85ff.

winnen, und der General v. Roenne und wenige andere Kurländer sympathisierten mit seiner Kandidatur. Die meisten aber wollten nach Bishups Bericht davon nichts wissen, da sie befürchteten, sie würden dem „unter das Moskowitzsche Joch“ gebracht werden. Abgeneigt war man in Russland auch der Nachfolge des russeler Erbprinzen Friedrich, den sein Oheim, der alte Herzog Ferdinand von Danzig aus empfahl, angeblich weil er nicht lutherischen, sondern reformierten Bekenntnisses war. Endlich war der preussische Hof schon damals sehr darauf bedacht, Russland im Falle des Todes Ferdinands für einen Angehörigen des preussischen Königs Hauses zu gewinnen, wenn möglich für den König selbst. In diesem Sinne hat der König mit Herzog Ferdinand in Danzig verhandeln lassen, aber auch andere Wege nicht unversucht gelassen. Wir lernten bereits die Teilungspläne König Friedrichs I. kennen und sehen, daß auch bei ihnen Russland eine Rolle spielte. Auch König Friedrich Wilhelm hat, wenn auch wesentlich reservierter, an dem Gedanken, Russland zu gewinnen, festgehalten. Der Markgraf Albrecht Friedrich von Brandenburg-Schwedt, der eine Tochter Herzog Friedrich Kasimirs geheiratet hatte, sollte, das war einer der Wege, an die gedacht wurde, seiner Gemahlin und deren Schwestern Erbansprüche an das Allobachvermögen ihres Vaters geltend machen, sich durch Abtretung eines Teiles der herzoglichen Domänen von Herzog Ferdinand befriedigen lassen und auf diese Weise im Lande festen Fuß fassen. Trat der Tod Ferdinands ein, so sollte er von Dornel aus mit einer Truppenabteilung nach Russland eilen, seine Güter besetzen und seinem Wunsche, gewählt zu werden, größeren Nachdruck geben. Oder aber der Weg direkter Verhandlungen mit dem polnischen König sollte beschritten werden, und in der That sehen wir mehrfach die preussische Regierung für Dornel, die sie dem polnischen König — auch gegen seinen eigenen Adel — leisten will, als Gegengabe Förderung ihrer russländischen Pläne fordern (1711—1715). Diese Dinge können hier nicht weiter verfolgt werden, nur das ist wichtig, daß König August II. sich nie zu festen Beschlüssen bereit fand; war er doch im Grunde selbst Konkurrent des preussischen Königs, Preußen konnte die Politik territorialer Erwerbungen im baltischen Norden, wie sie im XVI. Jahrhundert einmal geglückt waren, unter wesentlich anderen Verhältnissen und bei dem Vorhandensein wichtigerer Aufgaben nicht durchführen. Der Adel Russlands war zum Teil gegen

die Herrschaft eines Hohenzollern, da er für seine Libertät fürchtete, doch berichtete der Vertrauensmann des preussischen Königs, Christian Ludwig Lau, daß andere ihr durchaus nicht abgeneigt sein würden.

Von den Bewerbern trat offen zuerst der Herzog Johann Adolf von Sachsen-Weissenfels hervor¹⁾, den König August der Starke als nahen Verwandten mit Zustimmung Peters des Großen dazu aufzusehen hatte. Er sollte die Herzogin-Witwe Anna heiraten. Eine brüderliche Konferenz, die im März 1718 in Mitau zusammentrat, bat den König August um die Belehnung des sächsischen Herzogs, da der Oberkommissarius Bestjuschew sonst mit der Eintreibung der der Herzogin Anna aus dem Ehevertrage noch gebührenden Summen drohte. Der König war mit der Wahl seines Verwandten, da er die eines eigenen Sohnes doch nicht hätte erreichen können, wohl zufrieden, nicht so aber die polnischen Kanzler, denen die Inkorporierung Kurlands nach Ferdinands Tode als die richtigste Lösung erschien. Aber auch zwischen dem König August und dem Caren trat damals eine starke Spannung ein, die Wege der beiden alten Gegner Schwedens schienen vollständig auseinander zu führen.

So sehr verließ sich das Bild, daß Peter der Große mit Schweden auf den Alandinseln bereits über einen Friedensschluß verhandelte, der Karl XII. Livland wieder zurückgeben sollte. Auch König Friedrich Wilhelm I. stand der neuen Kombination eine Zeitlang nicht fremd gegenüber und durfte nun auf das Entgegenkommen Rußlands hinsichtlich seiner kurländischen Absichten wohl rechnen. Er schlug daher die Kandidatur des Markgrafen Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Schwedt, eines Enkels des Großen Kurfürsten und Sohnes einer Tochter Herzog Friedrich Casimirs für Kurland vor, der die Herzogin Anna heiraten sollte²⁾. Im März 1718 wurde ein dahin zielender Vertrag in Petersburg unterzeichnet, dessen Vollziehung wegen der Jugend des erst 1705 geborenen Markgrafen aufgeschoben wurde. Aber in Polen fand diese Proposition eine sehr ablehnende Aufnahme, und der kurländische Landtag vom Juni 1719, auf dem der preussische Tribunallrat Lau die Wahl des Markgrafen durchsetzen wollte, ging

¹⁾ Erdmannsdörffer II, 337. Biegenern § 176.

²⁾ Th. Schiemann Eine Episode in der Geschichte der preussisch-russischen Herrschaftspläne in Sobels histor. Zeitschr. Bd. 68, S. 428 ff.

auseinander, um der für ihn so gefährlichen Wahlfrage überhoben zu sein. Der Tod Karls XII. veränderte dann die politische Lage von Grund aus. Peters Annäherung an Schweden fand ihr Ende und bald erfüllten ihn andere Entwürfe; er wollte Rußland dem Herzog Karl Leopold von Mecklenburg, dem Wemahl seiner Nichte, dessen Land er für sich zu gewinnen trachtete, überlassen, doch zerstückte sich dieser Plan, zu dem die Rußländer officiell Stellung zu nehmen gar nicht in die Lage kamen, und auch die Wünsche des Prinzen Karl Alexander von Württemberg, des Prinzen Johann Friedrich von Zerbst und des sächsischen Feldmarschalls Grafen Flemming konnten erhebliche Bedeutung nicht beanspruchen. Im Jahre 1722 kam König Friedrich Wilhelm I. von Preußen nochmals auf die Heirat und Kandidatur des Markgrafen von Schwedt zurück, aber Peter der Große nach dem Vorschlage mit dem Vorwande, er sei zunächst durch den Krieg mit Persien oßupiert, aus und blieb bei seiner ablehnenden Stellung, als er mit dem Schah Frieden geschlossen hatte. Da indeß die Herzogin Anna selbst die neue Ehe nicht wünschte und man glaubte, daß von ihr Nachkommenschaft nicht zu erhoffen sei, so schlug der preußische Gesandte Markseß seinem Könige vor, den Markgrafen lieber mit der Tochter des Kais, Elisabeth, zu verheiraten. Als dieses Project, das Friedrich Wilhelm und sein Minister Algen billigten, an Peter den Großen herantrat, da machte dieser seine Zustimmung davon abhängig, daß Preußen seinem Schwiegersohne, dem Herzog Karl Friedrich von Holstein-Gottorp, gegen Dänemark beistehe, daß ihn aus seinem Ländchen vertrieben hätte. Noch während der Verhandlungen darüber starb Peter der Große im Februar 1725 und seine Nachfolgerin Katharina I. behielt den Plan im Auge, da sie ihre Tochter Elisabeth gerne mit dem Herzogin Rußland verheiratet hätte. Doch gab sie der Sache insofern eine neue Wendung, als sie statt des Markgrafen jetzt als Heiratskandidaten und Aspiranten auf Rußland den preußischen Kronprinzen vorschlug, d. h. den späteren König Friedrich den Großen, der mit der ihm nun als Braut zugebachten Elisabeth vereint seinen schwersten Krieg führen sollte. Friedrich Wilhelm sah allerdings Rußland als „enen guten Biß" an, aber er hielt es für geratener, den Plan aus Rücksicht auf keine pommerschen Aussichten aufzugeben. Somit schieden der preußische Kronprinz und der Markgraf von Schwedt aus den russländischen Dingen aus und es blieb auch ein über die ersten

Staben der Vorbereitung nicht hinausgehender Plan, den Herzog von Holstein mit Lurland, aber auch mit Lülund und Eistland zu entschädigen. Dieses von Wien ausgehende Projekt, das Preußen unterstützte, scheiterte am Widerstande Rußlands und nicht am wenigsten des bei der Kaiserin so einflussreichen Fürsten Menchikow. Dieser hatte nämlich wieder selbst sein Auge auf Lurland geworfen¹⁾, nachdem er schon 1711 im Vertrauen auf eine kleine Partei in Lurland, an deren Spitze der General Rönne stand, sich mit dem Gedanken getragen hatte, den polnischen König für diese Absicht zu erkaufen, was er aber während Peter des Großen Regierung zu betreiben nicht gewagt hatte. Bald aber sollte ihm ein überaus gefährlicher Gegner entstehen.

Der lurländische Landesbelegierte in Warschau, der kluge und ehrenwerte Oberhauptmann Casimir Christoph von Brudel, hatte sich mit Sorge von der Gefahr der Inkorporierung ins polnische Reich überzeugt, die Lurland nach dem Tode Herzog Ferdinands drohte. Es entstand nun in ihm der patriotische Gedanke dieser Möglichkeit durch die schnelle Wahl eines Nachfolgers Ferdinands vorzubeugen, und zwar schien ihm der eben im Dezember 1725 nach Warschau gekommene Graf Moriz von Sachsen, ein natürlicher Sohn König Augusts des Starlen und der schönen Gräfin Aurora von Königsmark, der als französischer Marschall und durch seine galanten Abenteuer die Augen der Zeitgenossen auf sich zog, der geeignete Mann zu sein, den Herzogsstuhl in Lurland zu besteigen. Brudel trat zu ihm in nahe Beziehungen und Moriz versprach, wenn er gewählt würde, die Wahl anzunehmen. Der König war über den Gedanken Moriz so zu versorgen sehr erfreut; es galt nun die Zustimmung des russischen Hofes zu gewinnen. Der russische Gesandte in Warschau, der vielgewandte und gebildete Fürst Wassili Tolgoruk, schien nicht abgeneigt, aber aus Petersburg ging im April 1726 dem russischen Oberkommissarius und Sekretär der Herzogin Anna, Bestjuschew die Mitteilung zu, daß der dortige Hof die Kandidatur des Grafen von Sachsen nicht zulassen könne. Nicht

¹⁾ Über Menchikow und Moriz von Sachsen vgl. H. Brüdner: Die Kaiserin Katharina II. „Die lurländ. Frage“, in deutscher Übersetzung von Dr. G. Otto in dem Lurländ. Sitzungsber. 1894 S. 49 ff. R. v. Weber: Moriz Graf von Sachsen S. 80 ff. F. Edardt: Moriz von Sachsen in Litau in „Die balt. Provinzen Rußlands“ S. 79 ff. (nach Sächsebaletski's russischer Schrift „Fürst Menchikow und Graf Moriz von Sachsen“).

sowohl die sachliche Erwägung war dabei maßgebend, daß der polnisch-sächsische Einfluß durch Moriz in Rurland keinen Einzug halten könne, sondern vielmehr das persönliche Bestreben Menschikows selbst Herzog von Rurland zu werden. Daher wollte er auch von der Wahl des Prinzen Georg von Hessen-Dassel, den Herzog Ferdinand als seinen Neffen empfohlen hatte, nichts wissen und der geheime Rat schloß sich dieser Meinung an. Für den Fall aber, daß Menschikow nicht gewählt werden sollte, wurde Bestjuschin instruiert, einen holsteinischen Prinzen den Rurländern zu empfehlen, der dann Menschikows Schwiegersohn werden sollte. Für Moriz wußte in Petersburg im stillen der sächsische Gesandte Le Fort, der die junge Prinzessin Elisabeth für den schönen Moriz entusiastisierte, da er nicht an dessen Heirat mit Anna, als vielmehr mit Elisabeth dachte und mit Recht voraussetzte, daß die Kaiserin Katharina, um ihre Tochter zur Herzogin von Rurland zu machen, gerne die Candidatur von Moriz protegieren werde. In Litau war aber inzwischen Anna auch für den Gedanken, dem galanten Marschall die Hand zu reichen, gewonnen worden und auch die Stimmung im Lande war ihm sehr günstig. So beschloß er denn selbst nach Litau zu eilen.

Fand der Graf auch im Kronhetmann von Litauen, Boger, einen eifrigen Förderer seiner Pläne, so war doch im allgemeinen die Opposition gegen ihn in Polen unter der patriotischen Partei, die das Herzogtum inkorporieren wollte, sehr groß und der machtlose König mußte dem Ansturm dieser Kreise weichen; er ließ am 31. Mai 1726 seinem Sohn durch den Minister Grafen von Monteuiffel den Befehl mittheilen, nicht nach Rurland zu gehen, und dem rurländischen Adel ging das Verbot zu, einen Wahltag zu halten. Im geheimen aber erteilte er ihm doch durch den Überbringer dieses Verbotes, den Starosten Czchopowski, die Ermächtigung, zu einer Landesversammlung zusammenzutreten.

Morizens Entscheidung war aber schon gefallen und es gab für ihn kein Zurück mehr. Trotz jenes Verbots zog er, mit Geldmitteln von seiner Mutter und seiner Geliebten in Paris, der schönen Schauspielerin Abilenne Desouvreux, nach Kräften ausgestattet, eilig nach Litau ab. Am 26. Juni 1726 trat der Landtag wirklich zusammen und am dritten Tage fand trotz eines Inhibitoriums des polnischen Königs, das Moriz zur erschlaffen hinstellte, trotz der Bemühungen

Bestjuſchew, und ohne Rückſicht auf ein ſchriftliches Verbot Herzog Ferdinand, der ſeinen Neffen, den Landgraf Georg von Heſſen empfahl ja zu ſeinen Gunſten abzuſtehen zu wollen erklärte, der Wahl ſtatt. Brackel, der auch auf dem Landtage als Referent über die Wahlangelegenheit fungierte, hatte den Triumph, Moritz zum Nachfolger Herzog Ferdinands einſtimmig gewählt zu ſehen. Damit wurden nicht allein Menſchikow's Abſichten zu Waſſer, ſondern auch die der Prinzen Karl und Ludwig Bruno von Heſſen-Homburg die als Großſöhne Herzog Jakob's ebenfalls gern zur Herzogswürde gelangt wären und deren Hofmeiſter Boenigau die Heirat eines von ihnen mit Menſchikow's Tochter ins Auge gefaßt hatte¹⁾.

Es war klar, daß der allmächtige Günstling Menſchikow dieſe Niederlage nicht einſach hinnehmen werde. Der Fürſt Dolgoruki, der in ſeinem Auftrage aus Warſchau nach Mitau geeilt war, proteſtierte ſofort gegen die Wahl und verlangte von den Landboten, die er zu ſich beſchied, daß entweder Menſchikow oder der Herzog von Holſtein-Glücksburg gewählt werde. Allein man weigerte ſich, das geſchehene Wahlverfahren zu laſſieren und erklärte, daß der Holſteiner zu jung ſei, Menſchikow aber nicht in Frage kommen könne, da er weder Lutheraner noch Deutſcher wäre. Inzwiſchen war Menſchikow ſelbſt nach Riga gekommen und in ſeinem Namen teilte ſein Flügeladjutant, der Kurländer Georg Reinhold von Sieven, am 29. Juni in Mitau mit, daß ſich 12000 Mann Mitau näherten und daß der Fürſt alſobald ſelbſt eintreffen werde. Obwohl dieſe Drohungen nicht ganz ohne Eindruck blieben, ſo fand man doch den Mut, Moritz nicht im Stich zu laſſen. Die Herzogin Anna, die ſich für den ſchönen Marſchall von Sachſen lebhaft intereſſierte, fuhr ſelbſt nach Riga hinüber, um bei Menſchikow perſönlich für ihn zu wirken, die Unterredung führte aber zu keinem Reſultat. Am 10. Juni trat Menſchikow, der gegen Beſtjuſchew das Mißtrauen hegte, er arbeitete als Sekretär Annas ihm entgegen, ſelbſt in Mitau ein und am nächſten Tage folgte ein Dragoner-

¹⁾ Erſt Schulze: Lebensbeſchreibung des Prinzen Ludwig Bruno von Heſſen-Homburg. Mitteilungen des Vereins für Geſchichte und Altertum Homburgs v. d. J. 1892 (Heft V) S. 28 ff. - Über eine anonyme Denſchrift a. d. J. 1727, die es für wünſchenswert erklärte, daß das reiche Haus Sachſen-Gotha ſucceſſierte und dann Kurland dem heil. röm. Reich inſorporiert werde, ſiehe H. Dieckmann in den Mitteil. d. Ver. d. h. S. 1897, S. 8, 137.

regiment, das keinem Ausreten mehr Nachdruck geben sollte. Menschikow hatte mit Moriz, der ihn ansuchte, eine Unterredung, die mit beiderseitiger Erbitterung schloß. Moriz hatte dabei vorgeschlagen, daß derjenige von den beiden Nebenbuhlern, der obsiege, dem anderen 10000 Rbl auszahle und als Menschikow darauf einwies, auf dessen Wunsch sich bereit erklärt, ihn dem polnischen König zu rekommandieren. Natürlich war das nicht ernst gemeint. Der Landtag verhielt sich den Brutalitäten Menschikows gegenüber, der mit dem Einrücken einer Armee, mit Deportation nach Sibirien, Stockschlägen und ähnlichem drohte, mit würdiger Festigkeit, indem er ihm mittheilte, daß er nur vom polnischen Könige Befehle empfangen dürfe. Seine einzige Konzession bestand in der Bereitwilligkeit, dem Lande durch ein Gericht die Wünsche Menschikows zur Kenntnis zu bringen. Man war auf alles gefaßt, Moriz erwartete sogar einen nächtlichen Überfall. Aber Menschikow wußte, daß man in Petersburg, wo sich Moriz beschwerte hatte und eine mächtige Gegenpartei ihn bekämpfte, keineswegs zuzurücken sein würde, wenn er Gewalt anwende. Er begnügte sich daher, als er in Folge eines kaiserlichen Restriptes Litau verlassen mußte, damit vorher den Sekretär Bestuschkew, Schuschk, zu erretten, die Papiere der Herzogin Anna Iwanowna zu verriegeln und einige ihrer Diener durchzupacken. Empört eilte die Herzogin-Witwe persönlich nach Petersburg, um bei der Kaiserin Klage zu führen. Wohl erhielt sie ihre Papiere zurück, aber Menschikows Einfluß blieb ungebrochen, wenn auch von keiner Kandidatur auf den kurlandischen Herzogsstuhl nicht mehr die Rede war. Bestuschkew wurde aus Warschau, wo er als Dolgorukis Nachfolger weilte, nach Petersburg geschleppt, und das gleiche Geschick widerfuhr Brodel.

Moriz war in Litau geblieben, aber bald drohte ihm Gefahr von einer andern Seite: der polnische Reichstag trat in Grodno im September zusammen. Hier zeigte sich im Kreise der Patrioten bald eine große Erregung über das eigermächtige Vorgehen von Moriz und der russische Geschäftsträger Juguschinski unterließ nichts, um die allgemeine Verwirrung, die dem Reichstag charakterisirte, zu schärfen. Zwar berief der Kong Moriz aus Litau ab und erklärte den Kurländern, daß sie auf seine Kandidatur verzichten mußten, aber mit dieser Entscheidung waren die Patrioten nicht zufrieden, sie wollten, daß der Graf von Sechen selbst vor dem Reichstage erscheine und setzen beim

ohnmächtigen König die Bestätigung eines Beschlusses durch, der Moriz, falls er sich nicht dem Reichstage stelle, als einen Feind des Vaterlandes erklärte. Als Moriz, der der Wut der Polen zu trotzen wagte, nicht erschien, wurde er wirklich „für insam und einen Banditen“ erklärt. Das Resultat des Reichstages war der Beschluß die Vereinigung Kurlands mit Polen nur bis zu Herzog Ferdinands Tode aufzuschieben und zur Regelung der kurländischen Verfassung sowie zur Bestrafung der Schuldigen eine Kommission nach Mitau zu senden. Es war das ein Sieg des schlaauen Jaguschinski, der die Wahl von Moriz, aber auch eine sofortige Inorporierung des Herzogtums mit allen Mitteln hintertreiben und für neue russische Pläne Zeit gewinnen wollte.

In Kurland machte dieses Vorgehen gegen Moriz großen Eindruck und ein Teil der maßgebenden Persönlichkeiten, der Kanzler Johann Heinrich v. Keyserling und der Landbotenmarschall Johann Christian v. Saden meinten, daß eine Verständigung mit Rußland gesucht werden müsse. Dagegen hielten Brackel, der inzwischen aus Petersburg zurückgekehrt war, und der Landhofmeister von Brinden treu zu Moriz, der seinerseits sich durch sein Wort den Kurländern verpflichtet glaubte und nur der Gewalt weichen wollte. Er wagte sogar den erkrankten Vater in Grodno zu besuchen und in der für edelmütige Tüge leicht empfänglichen Ration rührte dieser Wut des geächteten Königssohnes. Allein er selbst ward sein größter Feind, indem er sich seines Haupthaltes durch eigenen Leichtsinns beraubte. Ein Liebesabenteuer entfremdete ihm nämlich die Günst Anna Iwanowna, die ihm seine Untreue, die sie schon früher geargwohnt, nun nicht mehr verzieh und ihre Günst einem neu aufgehenden Gestirn, Ernst Johann v. Bühren, zuwendete.

Im März des Jahres 1727 kam der Graf Devier im Auftrage der Petersburger Regierung nach Mitau, gewann mit den Anhängern derselben Fühlung und machte ihnen große Versprechen. Moriz machte dabei den mißglückten Versuch ihn zu bestechen. Wenig später sollte in Mitau die polnische Kommission eintreffen, zu deren wirksamer Unterstützung eine Armee von 5000 Mann an den Grenzen Litauens bereit stand. An ihrer Spitze standen der Wojewode von Plogk Dönhof und der Bischof von Ermland, Christoph Andreas Graf in Slupow Szembel, ein Mann, der ein ebenso guter Pole wie tatkräftiger An-

hängen der Papskirche war¹⁾. Moriz wollte bewaffneten Widerstand leisten, ließ auf einer Insel des Litauischen Sees Schanzen aufwerfen und rief durch eine Proklamation seine getreuen Untertanen zu sich. Dazu war er, als erst für den Todesfall Ferdinands gewählter Herzog, nicht befugt, und so verhallte denn auch sein Ruf wirkungslos. Schon schien das Einrücken der litauischen Armee bevorzustehen, als Rußland zuvorkam. Der General Lacy, ein tüchtiger und ehrenwerter Soldat, schloß am 17. August Moriz, der von der ihm nahegelegten Abdankung nichts wissen wollte, auf seiner Inselsetzung ein und ließ ihn durch den General Bibikow zur Kapitulation auffordern. Als die Bestechungsversuche, die Moriz wieder machte, scheiterten, zog er die Flucht vor; während der ihm von Lacy gewährten Bedenkzeit entwich er auf einem Fischerboot von der Insel fuhr nach Windau und schiffte sich hier nach Danzig ein. Damit war seine Kandidatur endgiltig zu Ende; als eine Woche später (26. August) die polnische Kommission in Witau anlangte und ihre Tätigkeit im Rathhause eröffnet hatte, stellte sie den Obersten Wachen vor's Haus setzte die Anhänger des russischen Einflusses, Brinden und Reuserling, von ihren Ämtern als Oberste ab und ernannte den Katholiken Rozjuszko, einen Parteigänger Herzog Ferdinands, zum Obersten. Am 30. August schrieb die Kommission den litauischen Landtag aus, der schon am 15. September zusammentrat. Die Landboten mußten am 26. September ein Dekret unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, der Wahl des Grafen Moriz zu entsagen und überhaupt niemals einen Herzog zu wählen. Seitdem wuchs die Erbitterung auf Polen, daß dem Lande seine Rechte nehmen zu wollen brächte, und Rußland erschien als die Macht, die durch ihr energisches Eingreifen das Einrücken einer polnischen Armee und die dann wohl zu erwartende Inkorporierung verhindert habe.

Auf die Kommission und ihre Entscheidungen kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden, doch sei erwähnt, daß der Adel durch sie in einigen Punkten eine Verstärkung seiner Ständesprivilegien erhielt²⁾.

¹⁾ Aber Symdel gab die Kommission L. auch Eichhorn, Geschichte der Litauischen Monarchie in der Zeitschrift für Geschichte und Alterthumskunde Braunschw. II, 1863 S. 147—149, wo auf manche handschriftliche Quellen, besonders eine Relation über die Tätigkeit der Kommission, die sich im Erzbischöflichen Archiv zu Stenaburg befinden, Bezug genommen wird.

²⁾ Vgl. Dünge, Rußland. Privatrecht § 145. — Geschichte Oberhess II., S. 190.

Wir erinnern uns, daß schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts Bürgerliche nicht Rittergüter besitzen durften. Aber das wirtschaftliche Leben sprengte tatsächlich diese Fessel und es bildete sich als Ersatz das Institut der Verpfändung auf 99 Jahre, der sogenannte Erbpfandbesitz aus. Durch ihn kamen Bürgerliche zu Rittergütern und Teilnahmen an den Landtagen. Das war der Ritterschaft durchaus nicht genehm und für sie war daher die Verordnung der Kommission eine beträchtliche Errungenschaft, wonach auch herzogliche Güter nur an Indigenatbedelleute in Pfand gegeben werden durften. Bei der Verpachtung der herzoglichen Güter sollten Edelleute den Vorzug haben. Die Landtage der folgenden Jahre suchten diese neue Grundlage weiter auszugestalten. So wurde 1729 beschlossen, daß der Verkauf und die Erbverpfändung adliger Güter auf 99 Jahre an Bürgerliche ungültig sei, sofern sie dem Rechte des Adels widerstritte, und daß daher ein Indigenatbedelmann berechtigt sein solle, sie gegen Erstattung der Kauf- oder Pfandsumme wieder an sich zu bringen. Aber die Bedürfnisse des praktischen Lebens haben es zu einer strengen Durchführung dieser Maßregel, die nur den Wert eines Näherrechts für den Adel bei Erbverpfändungen gewann, nicht kommen lassen.

Die Kommission erließ (5. Dezember) auch Verfügungen über die Regelung der Regierung für die Zukunft, d. h. den Todesfall Herzog Ferdinands, und die Landboten nahmen sie an. Dabei war zur Voraussetzung genommen, daß die Landesverfassung trotz der dann eintretenden Inkorporierung keine wesentliche Veränderung erfahren, dagegen zu mehreren höheren Landesposten trotz der Subjektionspakt Katholiken Zutritt haben sollten. Über das Bedenkliche dieser und anderer Bestimmungen sollte die lockende Aussicht hinweghelfen, daß die Wahl zu den Landesposten dem Adel freistehen würde, was bekanntlich erst unter der russischen Regierung zur Wirklichkeit wurde. Die latholisierende Tendenz der Kommission spricht sich unter anderem auch in der Anfeindung der Reformierten aus, die sich aber trotzdem behaupteten, bis ihnen der spätere Herzog Ernst Joh. Piron den erwünschten Rechtsboden schuf¹⁾. Am 12. Dezember beschlossen die Kommissionen ihre Tätigkeit.

Noch zehn Jahre vergehen seit der Tagung der Kommission, bis

¹⁾ O. Ruinatowski in der „Denkschrift zur Erinnerung an die Gedächtnisfeier des 150-jährigen Bestehens des evangel. reform. Gotteshauses in Riga“, S. 40.

der letzte Ketzer seine Augen schließt. Nach wie vor bewegt die Successionsfrage die Gemüter und dabei kreuzen sich verschiedene Interessen. Herzog Ferdinand protestiert gegen die Commission und ihre Beschlüsse bezüglich der Incorporierung. Ebeniowenig erkennt Rußland sie an, denn ihm liegt daran, daß das Herzogtum als Object russischer Beeinflussung bestehen bleibe. Die Situation ändert sich nicht, als Herzog Ferdinand als 75jähriger Greis die junge Prinzessin Johanna Magdalena von Sachsen-Weissenfels heirathet, denn die Ehe bleibt kinderlos. Als er 1731 durch den Kammerherrn von Pulow vom polnischen Könige die Leben empfängt, wählt der polnische Hof seinen Standpunkt, er fügt der Lehnurkunde die Bemerkung hinzu, daß im Falle der Throneröffnung der Herzogsstuhl nicht weiter besetzt werden solle. Aber wird Polen sein Interesse gegen Rußland wahren können? Seit 1730 sitzt als Kaiserin die Herzogin-Witwe Anna auf dem russischen Throne und verfolgt die kurlandischen Dinge mit Aufmerksamkeit. Ihr zur Seite aber steht als allmächtiger Günstling Ernst Johann Biron, und sein Ehrgeiz strebt danach, in seinem Heimlande der Herzogshut zu gewinnen.

Natürlich mußte es unter diesen Umständen in Petersburg sehr fördernd empfunden werden, als man erfuhr, daß der Landtag von 1732 des Hauptmann Hermann Christoph Jund von Jundenstrick nach Warschau abdelegiert habe, um dort, wie man argwohnte, die Zufriedenheit des Landes mit der eventuellen Incorporierung auszusprechen. Der Fürst Selizin erhielt die Befehle die Oberräte in Mitau dazu zu veranlassen, Ründe Abreise zu hintertreiben, und, als sie es zu thun sich weigerten, ließ er am 22. August den Delegierten aufheben und über Riga nach Petersburg eskortieren, erst später erfolgte seine Freilassung.

Aber auch die preussische Politik hatte ihre Hoffnungen auf den Erwerb Kurlands nicht aufgegeben, die sie ein Jahrzehnt früher gehabt hatte. Als der Eintritt König Augusts II. bevorzustehen schien, schloß der preussische König Friedrich Wilhelm I. mit dem österreichischen und russischen Gesandten in Berlin, Lwowenwolde und Sedendorff, den nach ersterem benannten Vertrag, der die drei Mächte verpflichtete, nach König Augusts Ableben weder seinen Sohn noch Stanislaus Leszczyński zur Krone Polens gelangen zu lassen, vielmehr einem portugiesischen Prinzen zuzuwenden. Ein verbindlicher Artikel setzte fest, daß Kurland (nach Herzog Ferdinands Tode) als Secundogenitur an das preussische

Königshaus und zwar zunächst an den zweiten Sohn des Monarchen, August Wilhelm, fallen solle. Dieser Vertrag wurde indessen weder vom Wiener noch vom Petersburger Hofe ratifiziert und das kann nicht Wunder nehmen, wenn wir die Pläne Birons und die Ziele der russischen Politik im Auge behalten¹⁾

Als dann König August der Starke am 1. Februar 1733 gestorben war und sein Sohn der Kurfürst August von Sachsen, Stanislaus Leszinski, der rechtmäßig zum König von Polen gewählt war, die Krone streitig machte, erkannte Rußland am 11. Juni die Ansprüche des sächsischen Kurfürsten an. Als Gegenleistung ließ sich Biron versprechen, daß August, wenn er König geworden, eine Zerstückelung Kurlands in polnische Wojewodschaften, d. h. keine Inkorporation, nicht zugeben werde²⁾.

Es war daher nur folgerichtig, daß, als der Landtag 1736 den Rundauchen Hauptmann Benedikt Heinrich von Heyking nach Warschau schickte, um beim Partikularienreichstage die Aufhebung des Inkorporationsdekretes von 1726 zu verwirken, das russische Kabinett ihn durch seinen Gesandten, den Grafen Hermann Keyserling, untersuchte. Und in der That gelang es dem Einflusse Keyserlings, durchzusetzen, daß sich der Reichstag, der im übrigen den Befehl, Herzog Ferdinand zu gehorchen, erneute und die Tätigkeit der Kommission von 1727 gut hieß, dahin aussprach, daß nach des Herzogs Tode das Lehen wieder zu be-
setzen sei. Dieser Todesfall trat am 4. Mai 1737 ein und damit er-
losch die Dynastie Gotthard Kettlers.

Dem gedeihlichen Wirken des fürstlichen Hauses war seine Abstammung von nichtfürstlichen Ähnen oft ein Hindernis gewesen. Es war für Kurland daher ein folgenschweres Verhängnis, daß der neue Herzog, der nun zur Regierung berufen wurde, in noch weit höherem Grade als Emporkömmling angesehen werden mußte. Die Folgen dieser Tatsache und die unlösbare Verbindung der Geschichte Kurlands mit der wechselreichen Geschichte des russischen Hofes werden charakteristisch für das Zeitalter der Birons.

¹⁾ Erdmannsdorffer a. a. O.

²⁾ Weber, a. a. O. S. 158. A. Jürgensohn. Die Memoiren des Grafen Ernst Rüdiger, S. 94.

³⁾ Es ist nicht richtig, wenn Rüdiger (Memoiren a. a. O. S. 117 erzählt, dem Kurischen Adel sei die Berechtigung eingeräumt worden, sich selbst einen Herzog zu wählen. Davon steht in der Konstitution des Reichstages nichts. Vgl. Liegen-
horn Beil. 806.

6. Kapitel.

Ernst Johann Biron und die endgültige Befestigung des russischen Einflusses.

(1787 bis 1769.)

Zu jenen Mobilistenfamilien, die einst im Kampfe Herzog Wilhelms gegen den Adel den Fürsten unterstützten und das mit der Nichtaufnahme an die Adelskorporation hatten büßen müssen¹⁾, gehörte auch das Geschlecht der Bühren; diesem entstammte Karl von Bühren, Erbherr auf Kalnjeem (bei Mitau), dem am 25. November 1690 als zweites Kind ein Sohn geboren wurde, der die Namen Ernst Johann erhielt. Als er herangewachsen war, trat er in die Dienste der verwitweten Herzogin Anna Iwanowna als ihr Sekretär, gewann ihre Gunst und verlor sie nicht, als er sich im Jahre 1623 mit ihrer Hofdame Denigna Gottliebe von Trotta gen. Treiden verheiratete. Schon vorher zum Kammerjunfer ernannt, erhielt er, als er der Kaiserin Katharina I. 1725 die Glückwünsche der Herzogin Anna zur Thronbesteigung überbrachte, die Würde eines Kammerherrn des russischen Hofes und Hofmeisters der Herzogin-Witwe Anna. Als diese 1730 Kaiserin von Rußland wurde, stieg auch sein Stern. Zum Oberkammerherrn des kaiserlichen Hofes und vom römischen Kaiser zum Reichsgrafen erhoben, gewann er am russischen Hofe bald maßgebenden Einfluß, er war, ohne ein offizielles Amt zu bekleiden, die Seele der Regierung und diesen Tatsachen entsprach auch die Stellung, die die fursländische Ritterchaft zu ihm einnahm. Hatte sie bisher stets seiner Familie die Anerkennung als einer adeligen verweigert, so rezipierte am 8. Sep-

¹⁾ Siehe oben und E. v. Fiedls im Genealog Jahrbuch 1893, S. 48—96
E. Windelmann: Rußland und Ernst Joh. Biron, Balt Monatschr. XV, S. 361

tember 1730 der Landtag den zu Macht und Ehren gelangten Kammerherren Ernst Johann, der sich seit einiger Zeit Baron statt Bühren nannte, mit seiner ganzen Familie in das „Indigenat“. Man hat wohl gemeint, daß in dieser Aufnahme eine Niederlage der Familie Bühren liege, die ja stets den Anspruch erhoben hatte, schon von Rechts wegen zur Adelsmatrikel zu gehören und diese Auffassung ist formell nicht unbegründet. Aber im Grunde war es die kurländische Ritterschaft, die eine moralische und politische Niederlage erlitt. Die stolze Korporation, die bisher das Geschlecht der Bühren nicht für ihresgleichen angesehen und stets abgewiesen hatte, entsann sich plötzlich der angeblichen Verdienste desselben in Vorzeit und Gegenwart, weil sie — Ernst Johannes Gunst gewinnen und ihm schmeicheln zu müssen glaubte. Mächtig stand er schon da, vielleicht gar, daß er bei der Herzogswahl selbst in Frage kam. Wir gedachten dessen, wie Barons Ehrgeiz nach diesem Ziele strebte und wie er 1733 und 1736 sein Interesse wahrgenommen hatte. Als nun im Mai 1737 Herzog Ferdinand das Zeitliche gesegnet hatte, fiel ihm Kurland als reife Frucht zu¹⁾.

Wohl war nun an Bewerbern um den Herzogsstuhl kein Mangel. Dem Landtage empfahlen sich als Kandidaten der Landrat Friedrich Jakob von Homburg, ein Enkel Herzog Jakobs und zwei Prinzen von Braunschweig, aber ernsthaft konnten sie nicht in Frage kommen. Da die russische Regierung Barons Kandidatur durch den Kammerherren von Buttlar unterstützen ließ und auch der Landesbelegierte Seyling die Mitteilung machte, daß die polnischen Senatoren der Wahl Barons vor der auswärtiger Fürsten den Vorzug gegeben hätten, so blieb kaum eine andere Möglichkeit, als den allmächtigen Günstling der russischen Monarchie zum Herzog zu wählen. Nachdem die Adels-

¹⁾ Das von Biegenhorn, Weil Nr. 307, mitgeteilte königliche Reskript, das den Oberräthen vorschrieb, die Regierung zu übernehmen und das Land ermahnte, nichts den königlichen Befehlen Widersprechendes zu unternehmen, worunter wohl die Wahl eines Herzogs zu verstehen sein dürfte, ist sicher keine vollzogene und abgehandelte Urkunde. Das erweist nicht nur die Tatsache, daß der Konferenzschluß (Mummel l. c. S. 584) eines solchen Reskripts nicht gedenkt, sondern auch der formelle Umstand, daß die Fassung eine ganz unvollständige ist, indem sie nur die Jahreszahl enthält. Es ist wohl ein fauler gelassener Entwurf, der Salusti, der Quelle Biegenhorns (Staatsrecht S. 82), vorgelegen hat.

lorieren; in Wilna am 13. 24. Juni die Wahl vollzogen hatte, wardte sie den Hofkanzler Georg Wilhelm von Pahn auf Wemelsdorf nach Petersburg, um Viton eine Wahlkapitulation vorzulegen, die im allgemeinen des Adels Rechte sicher stellen sollte. Sie enthielt u. a. die Bestimmung, daß der Herzog „alle kirchlichen Aemter und Güter an seine Andern, als Einbeholden von Adel, nach dem ihnen zustehenden Vorrechte, Fianca-Arrende oder Answerte gönnen werde“, was eine dem früheren Rechte fremde Beschränkung des Bürgerstandes bedeutete. Am 24. Juni unterzeichnete Viton nach einigen Verhandlungen die Wahlurkunde und nach Pahn's Rückkehr nach Wilna schickte der Landtag den Hauptmann von Mando, Benedikt Demich v. Henting, nach Frankfurt, wohn der polnische König den Senat berufen hatte, um die Genehmigung des letzteren zu erwirken. Am 13. Juli erfolgte zwar nicht die Bestätigung, wohl aber ohne Rücksicht auf die Wahl die Ernennung Viton's zum Herzog, doch sollte eine Kommission, die als Fortsetzung der im Jahre 1727 in Wilna wirkenden angesehen wurde, die näheren Bedingungen mit einem herzoglichen Bevollmächtigten feststellen und dann erst die Belehnung stattfinden. Diese Kommission trat wirklich in Danzig zusammen und verhandelte mit dem herzoglichen Vertreter, dem Rangler Hermann Christoph Gind von Lindenstein, eine am 12. November 1737 unterzeichnete Konvention, welche Vergünstigungen für die katholische Kirche und das Bisthum, in Wilna ein katholisches Gotteshaus zu bauen, ferner aber Sicherung der Rechte des Adels und besonders Bestimmungen über die Lehn- oder Domengüter enthielt, die auch als Tafelgüter bezeichnet wurden. Die Aufgabe dieser Güter war die, den Bedürfnissen des Staatshaushaltes sowohl als auch der kaiserlichen Hofhaltung zu dienen und es stand nach dem Gesetz und den Anschauungen jener Zeit allein dem Fürsten die Disposition über ihre Einkünfte zu. Nun waren diese Güter unter den letzten Ketikern, besonders auch, um die aus dem Ehekontrakte der Herzogin-Witwe Anna stammenden Forderungen zu befriedigen, stark verschuldet und an die Gläubiger verpfändet worden. Die Konvention setzte nun fest, daß in Zukunft die Lehn- oder Domengüter wenig zur Versorgung der herzoglichen Prinzessinnen und Witwen verwendet, dagegen die bisher verpfändeten nach Möglichkeit ausgelöst werden sollten. Zu dieser Auslösung sollten auch die Summen gebraucht werden, die sich aus dem Verlauf der dem verstorbenen Herzog

persönlich als Privateigentum gehörigen Güter (sog. Allodialgüter) nach Bezahlung der darauf lastenden Schulden ergeben würden. Es sollte dabei Herzog Ernst Johann freistehen, viele Allodialgüter nach gerichtlicher Taxation auch selbst als solche zu erwerben. Da eine besondere königliche Erlaubnis es Biron anheimstellte, auch von Petersburg die Regierung zu führen, so blieb er nach wie vor in seiner dortigen einflussreichen Stellung, wenngleich er das Amt eines Oberkammerherrn als unvertäglich mit seiner neuen Würde niederlegte. So schien seine neue Herrschaft sicher begründet, denn die Rechtsverwahrung, die der Deutschordensmeister beim Regensburger Reichstage im Oktober 1737 gegen sie einlegte, indem er die alten Ansprüche des Ordens auf Kurland und Livland anmeldete, hatte keine praktische Bedeutung und mußte die Zeitgenossen wie eine Stimme aus dem Grabe berühren.

Wie nur je eines Menschen Charakterbild, ist das Ernst Johann Birons „von der Parteien Gurst und Haß verwirrt“, der Gegenwart überliefert worden. Den blinden Anhängern ist er als eine Erscheinung von wunderbarer Größe, den Feinden als ruchloser Streber erschienen und doch trifft keines dieser extremen Urteile das Wahre. Mit großen geistigen Gaben, die selbst seine Feinde rickhaltlos anerkannten, ausgestattet¹⁾, aber von zügellosem Ehrgeiz verzehrt, gehört er zu den nicht wenigen politischen Abenteurern, die dem XVIII. Jahrhundert und besonders der russischen Geschichte dieses Zeitraumes eigen sind und erst im Lichte der Zeit wird auch sein Wesen verständlich. Trotz aller Schattenseiten, die diesen Glücksrittern meist eigen, ist dieser Liebling der Frauen und Schrecken heroischer Männer nicht ohne bessere Züge; auch ihn hat die Not später belehren gelehrt, ihn geläutert und unsterblich gefördert. Wie man aber auch über sein Wesen urteilen mag, als politischer Charakter ragt er denn doch ohne Frage über den Durchschnitt weit hervor. Das zeigt sein Walten in Rußland, aber auch seine zielbewusste, straffe Regierung in Kurland.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Tätigkeit Birons, der ja tatsächlich der Regent des russischen Reiches war, auf seinem größeren Arbeitsfelde zu verfolgen. Von den Russen vielfach gehaßt und in der Tat

¹⁾ Hegenhorn Bul. 318

²⁾ Bergl. das Urteil des Grafen Ernst Münnich in seinen Memoiren S. 83.

von Eigennutz und Härte nicht frei, ist er denn doch trotz alledem lange nicht in dem Maße zu verurtheilen, wie es eine tendenziöse Geschichtsschreibung zu tun beliebt hat; die großen Reichthümer, die er aufsperrte, flossen aus der freigebigen Gnade der Kaiserin Anna, die ihn z. B. in der Freude über die Eroberung Längö mit 130 000 Taler beschenkte und in der Folge immer wieder ihn und seine Verwandten mit Gaben des Wohlwollens überschüttete. Schon 1734 war es ihm möglich geworden, die Standesherrschaft Wartenberg in Schonen vom Grafen Dohna für 370 000 Taler zu kaufen¹⁾.

Aber die Stellung Birons in Rußland konnte auch nicht ohne Rückwirkung auf Kurland bleiben. In politischer Beziehung stand das Land natürlich noch mehr als früher im Bannkreise des russischen Staates und die polnische Oberlehnsherrschaft mußte dem Rechnung tragen. Aber auch in den inneren staatlichen Verhältnissen Kurlands mußte Birons gewaltige Machtthätigkeit sich geltend machen und der Adel sollte das bald spüren.

Es kann nicht auffallen²⁾, daß die Bestimmungen der Danziger Convention der Ritterschaft nicht in allem geseien. Namentlich war sie damit unzufrieden, daß die verpfändeten Lehnsgüter wieder eingelöst werden sollten, denn das mußte zur Folge haben, daß die Pfandbesitzer, die sich als Herren der Güter angesehen gewohnt waren, einen Besitz verloren der mehr wert war, als die unter anderen Verhältnissen gezahlte Pfandsomme. Man wünschte daher die öffentliche Aufforderung des Herzogs (Ediktallabung), wonach alle diejenigen, denen herzogliche Lehnsgüter verpfändet waren, sich zum Zwecke der Bezahlung melden sollten, zu hintertreiben. Wir entsinnen uns ferner, wie Herzog Friedrich Casimir bereits adlige Güter angelauft und dann wieder meist verpfändet hatte. Diese Güter gehörten leidend zu jenen Pötker'schen Allodialgütern, über die in der Danziger Convention verfügt war, sie sollten verkauft und der Erlös nach Bezahlung der darauf haftenden Schulden zur Auslösung der Lehnsgüter verwendet werden. Nun kaufte der Herzog selbst meist solche Allodialgüter auf,

¹⁾ Über Wartenberg s. A. Franzkowski in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde Schlesiens Bd. 33. — Nach jener Akquisition 1763 gelangte Biron wieder in den Besitz Wartenbergs, in dem er Aufseher, die Einkünfte darauf mochte, diesem abkaufte.

²⁾ Siegenhorn § 225—227.

die Ritterschaft aber wünschte, daß diese einst abligen Güter wieder von abligen Familien zurückgekauft werden sollten.

Es kam über diese Punkte zu Verhandlungen zwischen dem in Petersburg weilenden Herzog und der Ritterschaft, die an ihn Delegierte abschickte, aber noch ehe diese Sirentigkeiten beendet waren, erteilte der polnische König am 20. Mai 1739 dem einflußreichen Manne das Lehn durch seinen Bevollmächtigten Fins von Finkenstein und daß er sonst auf ihn Rücksicht nahm, trat deutlich zu Tage. Wohl suchte in Warschau der Ritterschaftsdelegierte Friedrich Wilhelm von Korff den Standpunkt des Adels gegen den herzoglichen Vertreter, den Rat Hartmann, zu wahren, aber ohne Erfolg: am 5. April 1699 entschied der König im Sinne des Herzogs, indem er nicht nur die Ediktalladung bestätigte, sondern ihm auch den Besitz der gekauften Allodialgüter bis zu weiterer Entscheidung gewährleistete. Die dem scheinbar entgegenstehenden Entscheidungen der Kommission von 1717 wurden als nur für Herzog Ferdinand verbindlich hingestellt.

Die reichen Mittel, die Herzog Ernst Johann zusslossen, verwendete er meist in sehr verständiger Weise. Die Witwe Herzog Ferdinands, die Witwe und Töchter Friedrich Casimirs wurden unter preussischer Vermittelung abgefunden, die Güter, die der Kaiserin Anna als Wittumsbesitz oder zur Sicherstellung ihrer Forderungen gehörten, erworben und ebenso das Postregal, das dem fürstlichen Hause ursprünglich gehört hatte, wieder ausgenutzt. Es gelang ferner, das fürstliche Archiv, das im Nordischen Kriege nach Schweden und Preußen verschleppt worden war, wieder zu gewinnen. Der Landeskultur warbte er auch seine Fürsorge zu, sie spricht sich u. a. in der Anwerbung schlesischer Leinwäber und der Anlage einer Leinwandfabrik aus. Hauptsächlich aber dienten ihm seine reichen Mittel dazu, um die Lehnsgüter einzulösen und damit das Fürstentum materiell zu kräftigen. War dies doch der einzige Weg, um seine so oft verkürzte Kasse zu steigern. Daß Ernst Johann an ein machtvolleres und auch fürstlich auftretendes Herzogtum dachte, zeigen auch seine Bauten. Der bekannte Architekt und Maler Rastrelli, der auch das Winterpalais in Petersburg aufgeführt hatte, wurde mit ihnen beauftragt, bald erhob sich das Schloß zu Ruhenthal und am 14. Juni folgte, nachdem die alte Burg durch Pulver gesprengt war, die Grundsteinlegung des Mitauer Schlosses, an dessen Bau sogleich geschritten wurde. So schien es, als ob sich

in Rußland eine kräftige Staatsgewalt ausbilden und der Gang der Dinge eine neue Wendung nehmen werde. Allein es sollte anders kommen.

Die Ereignisse in Rußland griffen wieder mächtig umgestaltend in das kaiserliche Leben ein ¹⁾ Am 28 October 1740 starb nämlich die Kaiserin Anna, nachdem sie in ihrem Testament den minderjährigen Prinzen Iwan, den Sohn ihrer Nichte Anna und des Herzogs Anton Ulrich von Anrusschens, zum Nachfolger, bis zu seiner Volljährigkeit aber Biron zum Regenten ernannt hatte. Der Herzog, der sich zur Übernahme der Regentenschaft erst hatte bitten lassen, glaubte auf den Feldmarschall Münnich zählen zu dürfen, allein er täuschte sich darin. Als der Feldmarschall eine Strömung zu Gunsten Elisabeths der Tochter Peter des Großen, wahrnahm und sich der Einsicht nicht verschließen konnte, daß Biron unter Umständen sein Ründel, den jungen Kaiser, fallen lassen werde, um sich dem neuen Göttern anzuschließen, da verbündete er sich, weil er vor Elisabeths Rache mit Grund Besorgniß hegte, mit den Eltern des jungen Kaisers, die sich durch Biron zurückgesetzt sahen, zum Sturze des Regenten. Der Staatsstreich gelang: er war in der Nacht auf den 20 November 1740 gegen 4 Uhr morgens, als Kanstein, der Adjutant Münnichs, mit einer Abtheilung Soldaten in das Sommerpalais, wo Biron wohnte, eindrang. Man versicherte sich der Wachen und eilte in das Schlafgemach des Herzogs. Es gelang den Verschworenen, Biron nach heftiger Gegenwehr zu entweiffnen und den Widerstand, den er und seine Gemahlin leisteten, zu brechen. Man zwang Biron, der aus vielen Wunden blutete, sich umzuwerfen und brachte ihn in Münnichs Karosse ins Winterpalais, wobei der Pöbel Gelegenheit fand, seinem Haß gegen den Gestürzten in mannsichfachen Schimpfreden Luft zu machen. Von dort wurden die Gefangenen nach der Festung Schlüsselburg transportiert, während die Regentenschaft für Iwan III. nun seine Mutter Anna übernahm und die maßgebende Persönlichkeit für kurze Zeit Münnich wurde.

Nachdem eine geheime Kommission, deren Leitung in den Händen Münnichs und Ostermanns lag, die Untersuchung geführt hatte, wurde am 8. April 1741 das Urtheil gefällt, daß Biron zum Tode, zur Bier-

¹⁾ J. Engelmann, Feldmarschall Graf Münnich. Zeit. Monatschrift XXXIX, S. 546 ff.

teilung und Konfiskation seines Vermögens verurteilte. Dann aber wurde es gemildert, der ehemalige Regent wurde nach Sibirien verbannt und trat im Juni die traurige Reise an, die ihn nach Belhm führen sollte. Am 6./17. November bezog er den neuen Wohnort. Eine besondere Gnade der Regentin hatte ihm gestattet, zu seiner Begleitung 2 Kammerdiener, mehrere Bediente, Möbel und seine Bibliothek mitzunehmen.

Wochte die Frage, inwiefern Biron als Regent des Reichs von einem Gerichtshofe abgeurteilt werden durfte, schon sehr zweifelhaft sein, so war es dabei doch nicht zu übersehen, daß er zugleich der Lehnsmann von Polen und als solcher Herzog von Kurland war¹⁾. Aber Münnichs Wunsch, seinen Nebenbuhler endgültig zu beseitigen, nahm darauf keine Rücksicht. So verlor Kurland seinen Herzog, dessen stammes Regiment eben erst drei Jahre gedauert hatte. Man war hier im allgemeinen nicht sonderlich betrübt über das Unglück Biron's und vergaß über der persönlichen Gegnerschaft gegen den verhassten Fürsten, daß in ihm doch auch das Herzogtum und sein Adel getroffen wurden. In Polen nahm man aber aus Rücksicht auf den Wiener Hof, der den russischen wieder zur Ausfrchterhaltung der pragmatischen Sanktion nötig hatte, die Verbannung des Lehnsherrn als Tatsache hin, ließ die Maßregeln der russischen Regierung ruhig zu, und ein königliches Reskript wies den Oberräten die verfassungsmäßige Stellvertretung des abwesenden Herzogs zu. Der russische Hof nahm aber nicht nur die Schenkungen der Kaiserin Anna zurück, sondern reklamierte sämtliche einst derselben verpfändet gewesene Güter und das dieser f. B. zugesagte Jahresgehalt, das nicht regelmäßig gezahlt worden war, auf das sie aber, als Biron Herzog geworden war, verzichtet hatte. Die fürstlichen Güter werden zur Sicherstellung dieser Forderung sequestriert und ihre Verwaltung dem Kammerherren von Buttlar überwiesen, der den Oberräten die zur Verwaltung nötigen Summen

¹⁾ Für die Zeit von 1740—1763 ist jetzt in erster Reihe zu berücksichtigen. Baron Alfons v. Heyking: *Die Kämpfe um den kurländischen Herzogstuhls vom Sturze Biron's bis zu seiner Wiedereinsetzung*, geschildert an der Hand der Landtagsakten, in: „Aus Polen und Kurlands letzten Tagen“ (1897 S. 23 ff.) Ferner außer Ziegenhorn noch A. Seraphim: *Zur Geschichte Biron's in der Verbannung*. Sonderabdruck aus der *Völkzeitung* 1894, Notizen auch in der *Landeszeitung* des Großherzogthums Kurlands von Klopman Teil II (Kurl. Provinzialmuseum).

auskehren sollte. Ein russisches Korps, das in Kurland einrückte, machte jede Auflehnung, sofern dazu Reizung vorlag, unmöglich, die Oberräte, die den Herzog weder ganz verleugnen, noch als solchen offiziell anerkennen konnten, haben sich gezwungen, die Regierungskakte auf ein Minimum einzuschränken. Bald darauf stellte die russische Regentin ihren Schwager Ludwig Ernst von Braunschweig als Kandidaten für den Herzogenthum auf, der Kestner von Buttlar theilte das dem Landtage mit und der Herzog empfahl sich diesem, als er im Juni 1741 versammelt war, persönlich. In der That hat der Landtag ungeachtet des Protestes, den Moriz von Sachsen in Erneuerung halb vergessener Ansprüche durch den Major von Dieskau in Mitau übergeben hatte (s. 1), den König durch seinen Delegierten Friedrich Wilhelm von Rorff um seine Ernennung, aber die Mission blieb erfolglos.

In Polen dachte man, da Bruns Rückkehr kaum mehr als wahrscheinlich gelten konnte, sehr einstich zu die Inkorporation des Herzogthums ins polnische Reich. Sehr charakteristisch wies ein neues königliches Reskript vom 25. Oktober 1741 die Oberräte an, den Namen des Herzogs in den Regierungskakten bis zur Erledigung seiner Angelegenheit wegzulassen, jene im Namen des Königs auszuüben und sich dabei eines Segels zu bedienen, das das polnische und kurländische Wappen zeigte. Für die Kandidatur des Braunschweigers schwand bald die letzte Hoffnung, als sich die Verhältnisse in Petersburg zu Ende des Jahres 1741 von Grund aus änderten.

Die Regentin Anna, die sich ihrer besten Stütze durch rücksichtslose Behandlung Münnichs beraubt hatte, wurde von der nationalen Partei gestürzt, die Elisabeth, der Tochter Peters des Großen, zum Throne verhalf. Natürlich war die Kandidatur Ludwig Ernsts nun ganz hoffnungslos, obwohl sie noch einige Jahre hindurch betrieben wurde, aber auch Bruns Geschick wurde durch diese Dinge berührt.

Ernst Johann hatte mit seiner Familie im weltverlorenen Belam anderthalb Jahre eines schweren Exils erlebt, als dieser Thronwechsel eintrat; schon glaubte man, daß Elisabeth ihn zurückrufen und restituieren würde, aber davon nahm die Kaiserin Abstand. Wohl aber wurde die Verbannung dahin gemildert, daß ihm Jaroslaw als Wohnsitz angewiesen wurde. Es ist oft erzählt worden, wie der aus Sibirien

¹⁾ Weber a. a. O. S. 172.

an seinen neuen Bestimmungsort reisende Herzog in Rajan mit dem von Elisabeth nach Sibirien verbannten Feldmarschall Münich zusammentraf und wie die beiden alten Gegner schweigend und nur die Hüte ziehend aneinander vorbeifuhren. In Jaroslaw hat Wiron nun über zwanzig Jahre zugebracht, zwar kein Gefangener, aber auch nicht ganz frei; er durfte 9 Meilen im Umkreise sich mit der Jagd beschäftigen und mit seinen Anhängern und Freunden korrespondieren. Und er hat davon reichlich Gebrauch gemacht, er arbeitete hier ein Memorial über die Vorgeschichte seiner Verbannung aus, das wohl dazu bestimmt war, in Kurland zu kursieren, und mit seinen Getreuen, besonders dem Kanzler Jind von Jindenstern, stand er in regem Briefwechsel, den in erster Reihe der Kaufmann Daniel Jehmman, ein rühriger und treuer Mann, besorgte.

Als Kandidat für den Herzogsstuhl meldete sich inzwischen, vom Petersburger Hofe unterstützt, der Prinz Ludwig Bruno von Hessen-Homburg, der als Urenkel Herzog Jakobs schon früher danach getrachtet hatte; aber er fand nicht nur bei den Oberräten wenig Anklang, sondern auch in Polen kein Entgegenkommen, obwohl dort der russische Gesandte, der Graf Hermann Keyserling, für ihn wirkte¹⁾. Ebenso wenig Erfolg hatte Moriz von Sachsen, der, um seine alten Ansprüche zu betreiben, selbst im Mai 1742 nach Moskau gereist war, er mußte sich bald davon überzeugen, daß L'Etocq, der ihm die größten Hoffnungen gemacht hatte, darin zu sanguinisch gewesen war und die Kaiserin, die ihn im übrigen persönlich ausgezeichnete, doch, nachdem sie den Homburger einmal rekommandiert hatte, aus der Neutralität den kurländischen Dingen gegenüber nicht hinausstreten werde. Am 4. Juli 1742 verließ Moriz unverrichteter Sache die russische Kaiserstadt.

Die eigentlich maßgebende Persönlichkeit in Kurland wurde fortan der Kammerherr von Buttlar, der, obwohl angewiesen die Verwaltung des Landes den Oberräten zu überlassen, doch zu großem Einfluß gelangte und hierin der Erbe der Stellung war, die einst West,uscheu eingenommen hatte. Indem er die sequestrierten Lehnsgüter unter

¹⁾ E. Schulze a. a. O. S. 141. Weber a. a. O. S. 181 ff.

²⁾ Das zeigen Berichte des Grafen Hermann Keyserling an den russischen Hof, die sich in den Akten des Berliner Sch. Staatsarchives befinden und natürlich nur durch eine Indiskretion oder dergleichen in den Besiz des Berliner Hofes gekommen sein können. Auszüge daraus werde ich demnächst an anderer Stelle mittheilen.

vorteilhaften Bedingungen an Edelleute verpachtete, bildete sich eine größere Gruppe, die, durch ihr persönliches Interesse an Rußland gefesselt, seinen Intentionen bereitwillig Gehör gab. Bis 1757 ist er in dieser Stellung tätig gewesen, dann folgte ihm 1753 (bis 1778, als russischer Resident Karl von Gmündin auf Plessen, gleich seinem Vorgänger ein Ruslander und als solcher zu seiner Stelle besonders geeignet. Diese Verhältnisse muß man im Auge behalten, wenn man die Regierungsperiode Herzog Peter's ganz verstehen will.

Die fast zwei Jahrzehnte umfassende herzogliche Zeit, die mit dem Jahre 1740 angebrochen war, wird charakterisirt durch ununterwandelnde Versuche Peters und seiner Anhänger seine Restauration durchzusetzen und durch Kandidaturen anderer kaiserlicher Personen auf das Herzogthum und durch den Kampf des Adels mit den Cberriäten und nebenbei mit den Städten. Die Regierung Peters hatte der raschen Weiterentwicklung der überragenden Stellung des Adels, wie sie durch die Kommissionen von 1717 und 1727 besiegelt war, einen Stiegel vorzulegen, der nun fehlte. Und es zeigt sich bald, daß in der über das normale Maß hinausgehenden Reichthümlichkeit des Adels eine Gefahr für das staatliche Leben lag. Der Adel beanspruchte schließlich nicht nur an Kontributionsbewilligungen und Akten der Gesetzgebung seinen Antheil sondern auch an der eigentlichen Entscheidung der Regierung. Daraus mußte notwendig ein Gegensatz gegen die Cberriäte, die „älteren Brüder“, entstehen, und den Bürgerstand mußte es in die Opposition treiben, wenn er wahrnahm, daß der Adel sich durch das dargelegte Verhalten als seine Cbriäte stellte und benahm. Erklärlich ist dieser Vorgang der Dinge aus der bisherigen Entwicklung des staatlichen Lebens Rußlands und dann durch das Vorbild der Cberriäthsherrschaft des polnischen Staates, der je länger je mehr zu einer Adelsrepublik geworden war. Indem der kurländische Adel die sich nun darbietende Gelegenheit benutzte, um seine Rechte nach polnischem Muster zu erweitern und in diesen Versuchen Erfolg hatte, zog immer mehr auch in Rußland der Unfrieden polnischer Intrigue und Zuchtlosigkeit ein. Zwar ließ es in den Streitigkeiten der Zeit kein, was verteidigt nur seine Freiheit und man war auf diese stolz. Mithin schaute man, wie der treffliche Theodor Gottlieb von Hippel, der Verfasser der wertvollen „Lebensläufe“, im Jahre 1761 in Rußland selbst wahrnahm, auf die Untertanen streng monarchischer Staaten, wie sie Preußen und Auf-

land waren. Aber mochten auch die Rurländer, wenigstens in ihren edleren Vertretern, sich fernig und urwüchsig ausgestalten und selbst der Dichtung Typen von charaktervoller Leberwahrheit liefern, wie Lessings „Tellheim“, wie Guppels „Baron Selbern“, es lag doch die Gefahr vor, daß namentlich auf politischem Gebiete dieser Freiheitsbegriff mißverstanden werde und die meisten, wenn sie von Recht und Freiheit sprachen, nur ihr Recht und ihre Freiheit meinten. Es war für den Bürgerlichen oder gar den Bauern nicht leicht zu seinem Recht gegenüber dem Adel zu kommen; doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Städte, im Bannkreise ihrer Rixhturmürteressen befangen, sich ängstlich abschlossen und starr den Zwang ihrer Punkte ausbildeten.

Der erste Konflikt des Adels und der Obrerräte fällt ins Jahr 1744, in dem im August eine brüderliche Konferenz zusammenberufen war. Einige Rixhspsiele, denen sich später die Obrerräte angeschlossen, beantragten auf dem bevorstehenden Grodnoer Reichstage energische Schritte für die Restitution Barons zu unternehmen, die Majorität aber lehnte es ab, indem sie nur im allgemeinen für die Herstellung der herzoglichen Regierung zu wirken beschloß. Dazu kamen noch andere Streitpunkte, die dazu führten, daß, während die überwiegende Mehrheit der Rixhspsiele in der Stadtschule die Beratung fortsetzte, die Obrerräte mit einer Minderheit in der „Gerichtsstube“ zu einer Sonderkonferenz zusammentraten. Diese Gruppe, deren Führer der Kanzler Fınd von Fındenstein und der Landhofmeister von Siden waren, erklärte daß sie sich an einem Beschlusse nicht beteiligen könnte, der den Intentionen des polnischen Königs und ihren Pflichten gegen den Herzog Ernst Johann zuwiderlaufe. Welches aus auch die Motive gewesen sein mögen, die die Obrerräte bestimmten, es ist nicht zu leugnen, daß ihre Auffassung des Majoritätsbeschlusses in der Tat die gesetzliche war¹⁾ Sie als Stellvertreter des Fürsten und als Wächter der Gesetze hatten zunächst die Pflicht, die Rechte des Herzogs zu vertreten, dessen Herrschaft nur tatsächlich, keineswegs aber rechtlich aufgehoben war, den ja auch Polen offiziell niemals des Lehens verlustig erklärt hatte. An diesem Gewandtais konnte der Umstand nichts ändern, daß die Obrerräte mehrfach diese Pflicht außer Augen gesetzt hatten,

¹⁾ Eine andere Auffassung, der ich nach erneuter Prüfung nicht zu folgen vermag, vertritt Baron v. Spring u. a. D.

auch wird man daran festhalten dürfen, daß die Beschlüsse des Landtages für die Oberräte, die ja nicht seine Mandatäre, sondern Stellvertreter des Fürsten waren, gar keine verbindliche Kraft hatten. Indem dann die Minorität gegen alles Fortkommen eine Sonderkonferenz bildete und sich mit den Oberräten vereinigte, stieg der Widerwart bis aufs äußerste. Die Gemüther plagten heftig aufeinander; die Majorität traf der Vorwurf, daß sie an ihren Aenden hänge und deshalb von Birons Rückkehr nichts wissen wolle, vielmehr an die Kandidatur des Fürsten Christian August von Anhalt Zerbst denke, die Oberräte wurden wieder beschuldigt, daß sie, weil Birons Restauration wieder bevorzustehen scheine, ihm rechtzeitig ihre Abhängigkeit hätten beweisen wollen.

In der That hat der Fürst von Zerbst¹⁾ sich damals mit ernsthaften Plänen auf Rußland getragen. Seine jugendliche Tochter Sophie war von der Mutter eben an den russischen Hof gebracht worden, um mit dem Thronerben und Neffen der Kaiserin Elisabeth, dem Prinzen Peter von Holstein, verheiratet zu werden. Es ist die spätere Kaiserin Katharina II., die ihrem Gemahl zugeführt wurde. Ihre Mutter, die Fürstin Johanna Elisabeth, schien bei der Kaiserin Elisabeth in hohem Ansehen zu stehen und so konnte denn der Gedanke wohl hervorströmen, daß es ihrem Einflusse glücken werde, ihrem Gemahl der Herzogshut Rußlands zuzuwenden. Der Sekretär der russischen Gesandtschaft in Berlin, Schwer, wies den Fürsten auf die lodende Aussicht hin und dieser ließ sich den Wink nicht entgehen. Aber seine Gemahlin mußte ihm schon bald mittheilen, daß er nur geringe Aussichten habe und so waren die Beziehungen, die seine Agenten in seinem Interesse in Rußland angeknüpft hatten, unnütze gewesen. Trotzdem hat er an seinem Plan festgehalten, bis ihm die Fürstin mittheilte, daß vor ihrer Abreise aus Petersburg (Septbr. 1745) die Kaiserin Elisabeth ihr unumwunden erklärt habe, sie werde zu Birons Lebzeiten in die Reubesetzung des herzoglichen Stuhles nicht willigen. Doch kehren wir zum kurländischen Landtag von 1744 zurück.

¹⁾ E. Girbigl: Katharina II. Brautreise nach Rußland, Dessau 1873. Vgl. Hilbellow: Katharina II., Bd. I S. 232 f. in der deutschen Uebersetzung, Berlin 1891)

Die Oberratspartei entsandte Ehr. Herm. Fınd von Findenstein und Georg Dietrich von Depelskirch an den polnischen König und die „Majoristen“ ihrerseits den Direktor der Konferenz Friedrich von Wirbach und Fabian von Plater, um in Warschau ihrem Standpunkt zum Siege zu verhelfen. Es handelte sich dabei im Grunde um die Frage, ob in der herzoglosen Zeit die Oberräte mit der dem Herzog bisher zustehenden Machtfülle oder lediglich als Mandatäre der Ritterschaft fungieren sollten. Auch die Städte schickten eine Delegation hin, um für Biron's Herstellung zu wirken. Der König entschied, daß die Majorität den rechtmäßigen Landtag darstelle und sprach sich auch in einigen anderen Punkten zu ihren Gunsten aus, besonders auch darin, daß die der fürstlichen Gewalt so nachteiligen kommissariatischen Decisionen trotz der Biron erteilten Zusicherungen Geltung haben sollten. Auch der russische Gesandte in Warschau unterstützte die Majoristen, und unter solchen Umständen sahen sich von Findenstein und Depelskirch in Warschau genötigt, von weiterem Widerstande abzulehen und selbst ihrerseits die Instruktion der Majorität zu unterschreiben. Wie bei dem Anwachsen der Majorität immer aussichtsloser werdende Situation bewog die Oberräte, nachdem das Jahr 1745 mit unerquicklichen Verhandlungen dahingegangen war, auf dem Landtage vom Mai 1746 vollständig nachzugeben und der Ritterschaft Rechte einzuräumen, die ihr die Interpretation der Gesetze, die fortwährende Kontrolle der Regierung und einen dauernden Einfluß auf sie sicherten. Auch die städtischen Berechtigungen wurden durch diesen Vergleich wesentlich berührt, sowohl durch Zugzwangschriften, als auch durch den Beschluß einer Revision der städtischen Polizeiverordnungen. Öffentliche Opposition gegen den gegenwärtigen Zustand wurde durch Zensurbestimmungen, verbunden mit strengen Strafmandaten, unmöglich zu machen gesucht. Indessen gelang es den Städten, die den Libauer Ratsherren Joh. Christian Grundt nach Warschau schickten, noch in demselben Jahre die königliche Bestätigung ihrer Rechte und die Versicherung zu erlangen, daß über sie, ohne sie zu hören, nichts beschlossen werden solle. Immerhin war es eine schlimme Lage für die Städte, daß ihnen nun der landesherrliche Schutz fehlte, der bisher ihr bestes Bollwerk gegen Vergehaltnungen gewesen war. Der Streit ging weiter und auch die Stellung der Oberräte zur Ritterschaft blieb trotz des Ausgleiches eine sehr gespannte.

Inzwischen schien es, als ob Biron wirklich wieder zur Herrschaft gelangen werde und das könnte von Einfluß auf die Stellungnahme der Oberräte gewesen sein. In ihrem Auftrage wirkte der alte Anhänger Biron's Hr. Herm. Jund von Jindenstein in Warschau und in der That machte ihm der russische Gesandte im November 1748 Versprechungen, die um so glaubhafter erschienen, als der Kanzler Alexei Bestuschev wirklich für des Herzogs Restitution Interesse zeigte, der sächsische Hof durch den Legationssekretär Junde in Petersburg die nachdrücklichsten Vorstellungen machte und im Jahre 1750 ein Senatsbeschluß in Polen den König zu weiteren Bemühungen aufforderte. Biron selbst, der den Lauf der Dinge mit Spannung verfolgte, war aberaus skeptisch und sein Mißtrauen war, wie sich bald zeigen sollte, nur zu begründet.

Wenig Bedeutung freilich hatten die Versuche, die Moritz von Sachsen noch einmal und zwar zum letzten mal machte, um Herzog von Kurland zu werden¹⁾. Er schickte den Kammerherrn Gutowski im Herbst 1749 nach Moskau, um dort im geheimen und zwar durch Beförderung der russischen Würdenträger für seine Sache zu wirken. Aber er fand keine Gegenliebe und der sächsische Delegierte Karl Egidmund von Krain, der im nächsten Jahre nach Rußland eilte, um wegen des Beitritts Sachsens zur ant-preussischen Allianz zu unterhandeln, wirkte ihm, da er für Biron agitieren sollte, direkt entgegen. Im April 1750 wurde Gutowski aus Petersburg ausgewiesen und damit war von Moritz nicht mehr die Rede.

Noch während dieser Tragödie hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Prinzen Wilhelm und Georg von Nassau, zwei Urenkel des Herzog Jakob's nach der fürstlichen Würde strebten. doch blieb es beim Gerücht. Wichtiger war es, daß sich im April 1749 der Landgraf Friedrich Karl Ludwig Wilhelm von Hessen-Homburg, ebenfalls ein Urenkel Herzog Jakob's, den Oberräten als Herzog für den Fall empfahl, daß ein solcher gewählt werden würde. Da die Oberräte, die sicher auf Biron's Rückkehr rechneten, ihm die Antwort erteilten, daß dieser Fall nicht eintreten werde, so erhob sich unter dem Adel große Erregung über diese Eigenmächtigkeit und der russische Resident Wutillar bildete dabei die Stütze der Opposition. Auf dem Landtage, der im

¹⁾ Weber a. a. D. S. 181, 170, H. Geraphim a. a. D. S. 29.

August 1749 berufen wurde, plähten die Gemüter aufeinander und es kam soweit, daß die Majorität geführt von Wilhelm Alexander von Heyking nach dem Muster polnischer Konföderationen sich zu einer „Union“ zusammenschloß, deren Zweck die Abstellung der angeblichen Übergriffe der Oberräte war. Dieser Zwiespalt setzte sich auf dem Landtage im Juli 1750 fort, den die Unionisten mit den Oberräten nicht abhalten zu können erklärten. Da griff endlich die polnische Krone ein, ein königliches Dekret hob die Union im Juli auf und ordnete in Streitfällen den Weg der Klage bei der Oberlehnherrschaft an, die auch am geeignetsten sei, die Versöhnungsakte zu vermitteln. In der That wurde zu diesem Behufe vom Landtage im März des folgenden Jahres Friedrich Wilhelm von Heyking nach Warschau entsandt, der dem Landesbevollmächtigten Kammerichter Magnus von Lork über seine Bemühungen Bericht erstatten sollte. Inzwischen war aber die Stimmung in Kurland eine sehr aufgeregte: im März 1752¹⁾ fühlten sich die Oberräte, durch anonyme Schreiben vor einem Überfall der Gegner gewarnt, vermaßen gefährdet, daß sie den Mitauer Bürgern die Weisung zugehen ließen, sich mit scharf geladenen Gewehren bereit zu halten, und die fürstlichen Reiter und Soldaten ausgerüstet wurden. Infolge scharfer Befehle des polnischen Königs, an den sich die Oberräte hilfesuchend wandten, kam in der That auf dem am 28 August 1752 beendeten Landtage ein Friedensschluß zu Stande, der bei allem Entgegenkommen in der Form gegen die Oberräte, doch im Grunde eine Niederlage dieser bedeutete. Der Landtagsschluß von 1746 wurde zur Basis genommen und gegen sie der von hohem Rikstraken zeugende Beschluß gefaßt, daß auswärtige Schreiben an den Adel nur in Gegenwart des Landes-Bevollmächtigten oder Landboten-Marschalls geöffnet werden sollten. Trotzdem war die Herstellung des Friedens ein Gewinn und daß man schließlich das Bedürfnis empfand, zu geordneten Zuständen zu kommen, zeigt die Tatsache, daß der Antrag, den 4 Kirchspiele auf Betreiben Dietrich von Keyserlings bei dem im Juli 1754 versammelten Landtage einbrachten, den Landesdelegierten Alexander Wilhelm von Heyking anzuweisen, in Warschau für Unruhen Befreiung zu wirken, angenommen wurde. Heyking, dem Georg Christoph von Ziegenhorn und der spätere Kanzler Keyserling zur Seite

¹⁾ Inland 1840 Spalte 551

standen, erreichte es, daß der König das Seine zu tun versprach und im übrigen der Ritterschaft anheim gab selbst einen Gesandten an den russischen Hof zu senden, um Birons Befreiung zu betreiben. Aber natürlich war das aussichtslos.

Hatte Kurland schon in den vierziger Jahren durch russische Truppen manche Unbequemlichkeiten erlitten, ja die wirtschaftlich so schweren Folgen eines Getreideausfuhrverbotes auf sich nehmen müssen, so blieben jetzt der sich nun mehrfach wiederholende Durchzug russischer Truppen und die Anlegung von Magazinen dem Lande nicht erspart. In den politischen Verhandlungen jener Jahre ist auch vielfach von Kurland die Rede gewesen. Schon 1757 hat Rußland in geheimen Besprechungen in Petersburg die Gewinnung Kurlands ins Auge gefaßt. Auch der politischen Kombination des russischen Kanzlers Bedjuchin sei gedacht, der noch der Okkupation Ostpreußens durch die Russen im Jahre 1757 diese Provinz beim Friedensschlusse an Polen auszuliefern gedachte, um dafür von diesem Kurland zu erwerben¹⁾. Bekanntlich war der Ausgang des siebenjährigen Kriegen ein anderer, als Bestjuchin hoffte. Noch ehe der Krieg nicht beendet, als Kurland doch auf einige Jahre einen Herzog erhielt²⁾.

Infolge der wiederholten Bitten des polnischen Königs, der als sächsischer Kurfürst ja Rußlands Verbündeter gegen Preußen war, entschloß sich die Kaiserin Elisabeth am Oktober 1758 ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung einer Kandidatur seines Sohnes Karl (Christian Josef) zum kurländischen Herzogstuhl auszusprechen, nachdem noch ein halbes Jahr vorher der Kanzler Woronzow eine derartige Proposition abgelehnt hatte³⁾. Dieses Entgegenkommen sah die Gattin des Thronfolgers, die spätere Kaiserin Katharina II., mit Recht für einen politischen Fehler an, da die Wahl Karls für das polnisch-sächsische Einflusssphäre überaus vorteilhaft war und zur Vermittlung des polnisch-sächsischen Einflusses anstatt des seit zwei Menschenaltern in Kurland maßgebenden russischen führen mußte. Der polnische Groß-Kanzler Ma-

¹⁾ Krieger. Maria Theresia V, 49. Koler, König Friedrich der Große I, 592.

²⁾ Silbellsow: Die Vereinigung Kurlands mit Rußland, in der Russische Starina, deutsch in der Ost. Monatschr. 1895 S. 205.

³⁾ Woronzow beorderte damals die Kandidatur des Prinzen Carl auf den kurländischen Herzogstuhl. S. Morzell, a. a. O., S. 121, 122.

Ischewski empfahl im Juli den kurländischen Oberräten die Wahl Karls durch den Kriegsrat Alon, aber der gerade damals versammelte Landtag verschob die Beschlußfassung, bis er von den Kirchspielen, die über die Kandidatur Karls und den Erfolg seiner Petersburger Reise unterrichtet werden sollten, neue Instruktionen erhalten habe. War dies schon verfassungsmäßig unumgänglich, so mußte es auch vorteilhaft sein, Zeit zu gewinnen. Wie sehr nämlich einerseits die Hoffnung okwalten mochte, man werde unter dem neuen Herzog zu geordneteren Zuständen gelangen, so konnte doch auch kein Patriot verkennen, daß die Wahl Karls manches Bedenkliche hatte. Als Sohn des Königs konnte er der Unabhängigkeit, als Katholik dem lutherischen Bekenntnisse des Landes gefährlich werden, jedenfalls widersprach ein katholischer Herzog den Subjektionspacten. Daß solche Befürchtungen wirklich in Kurland gehegt wurden, zeigte sich, als der Landtag im September wieder zusammentrat. Der Landesdelegierte Johann von Schoeppling aus Jßlß, der schon seit 1756 in Warschau akkreditiert war, erhielt die Weisung, zunächst für Birons Restitution, falls diese aber abgeschlagen wurde, für die Belehnung des Prinzen Karl zu wirken. Ein Zu'satz zu seiner Instruktion wies ihn an, den Übertritt des Prinzen Karl zum Luthertum zwar nicht zur unbedingten Voraussetzung zur Wahl zu machen, wohl aber zu erklären, daß das Land das Recht auf eine evangelische Obrigkeit habe. Schoeppling, der nun nach Warschau eilte, legte dem Reichstage zwar seine Instruktion im Wortlaute vor, aber er gab dem Drängen des Großkanzlers insofern nach, daß er ohne die Bitte um Birons Restitution in seiner Rede an den Senat zu erwähnen, direkt um Karls Ernennung bat und auch seine Reichsverwahrung fortließ. Es war das gewiß ein Abweichen von seiner Instruktion, aber daß er mehr hätte erreichen können, wird sich nur schwer behaupten lassen. Es fragte sich nur noch, wie der Senat sich stellen würde und hier hatte der Plan erbitterte Gegner. Es war die mächtige Familie der Czartoryski, die den Wachtzuwachs des königlichen Hauses, wie ihn Karls Erhebung bedeutete, durchaus nicht zulassen wollte. Sie machten geltend, daß Biron noch von Rechts wegen Herzog sei und daß, wenn die Erledigung des Lehns anerkannt würde, die Konstitution von 1589 wieder in Kraft trete, die nach dem Aussterben der Rettler die Inkorporierung Kurlands vorsah; die entgegenstehende Konstitution von 1736 zu Gunsten Birons sei nur eine einmalige Ausnahme gewesen. Die Gegner der

ehrigeligen „Familie“ meinten freilich, daß ihre beiden Häupter den Herzogshut Kurlands ihrem Kiesen, dem jungen Stanislaus Boniatowski gerne zugewandt hätten, wozu dessen Erziehungen zur Großfürstin Katharina mit Erfolg geliebt gemacht werden könnten. Doch wie dem auch sein mochte, die Majorität des Senates entschied sich für die königliche Proposition, indem sie feststellte, Biron habe sein Lehen verwirkt. So konnte denn trotz des Widerstandes der Gegner, trotzdem daß sich der litauische Kanzler Michael Gzartoryski weigerte, auf das Investitur das litauische Siegel zu drücken, der König am 16. November 1758 seinen Sohn Karl mit dem Herzogtum bezeichnen und die kurländische Ritterschaft konnte umsoweniger darauf pochen, daß die von Schoepfing vorgetragene Bitte nicht seiner Instruktion entspreche, als der russische Hof in jeder Weise die Sache Karls unterstützte¹⁾. Nun schickte der letztere den polnischen Geheimrat Eberhard von Wirsach — einen Kurländer — mit weitgehender Vollmacht nach Mitau, um mit der Ritterschaft zu unterhandeln. Hier wurde dem Gesandten vom Landtage der Entwurf einer Kapitulation vorgelegt, wie sie schon bei Birons Erhebung angewendet worden war. In dieser sollte sich der Herzog u. a. verpflichten, seine katholischen Kirchen zu bauen und den Katholiken keine Prozessionen und keinen Zutritt zu Staatsämtern zu gewähren. Dagegen ließ man den Uebertritt Karls zur Augsburgerischen Konfession und manches andere, den Umständen sich fugend, fallen. Die Domänen von denen nun das russische Sequester genommen wurde, sollte der Herzog nur an Edelleute und zwar nur an solche, die nicht in ausländischen Diensten standen, verpachten, verpfänden oder durch solche verwalten lassen. Der Ankauf von adeligen Allodialgütern sollte dem Herzoge nicht gestattet sein. Die zur Zeit verpfändeten Domänen sollen den Handinkabern als Erbgüter zufallen, wenn der Adel seinerseits darauf verzichtet, die von den früheren Herzogen angekauften Güter auszulösen. Verträge des Herzogs mit auswärtigen Mächten sollen an die Zustimmung der Ritterschaft gebunden sein und für die so geordnete Staatsverfassung Kurlands beim Friedensschlusse die Garantie der auswärtigen Mächte erwirkt werden. In diesem

¹⁾ Für die Verhältnisse in Polen bei Kosciuszko's Polen um die Mitte des 18. Jahrhunderts (1876) bei G. S. H. Hermann, *Geschichte Rußlands* V, 220 ff. Auch besonders Wilkosiowski a. a. O. und in manchen Punkten die früheren Darstellungen betragend Frhr. v. Heyling a. a. O.

Siane wurde der Paß vereinbart und auch von Wirbach unterschrieben, aber es ist doch anzunehmen, daß man darin noch nicht die definitive Regelung der Angelegenheit sah, denn die Ritter- und Landschaft wünschte noch eine nachträgliche Ratifikation durch den Herzog Karl. Auch galt es die Zustimmung des Warschauer und des Petersburger Hofes herbeizuführen und daher schiffte der Landtag den Starosten Friedrich von Ruß und Wilhelm Alexander von Seyling nach Warschau, während der Stellvertreter von Tarnob in Petersburg in jenem Sinne wirken sollte. Allein hier wie dort erhob sich Widerspruch. In Petersburg war man besonders mit der Bestimmung unzufrieden, nach der in fremden Dörfern stehende Karländer vom Pfandbesitz ausgeschlossen sein sollten. Gerade solche Personen konnten für einen benachbarten Staat einen wichtigen Faktor zu politischer Beeinflussung bilden. Auch Herzog Karl fand, daß Wirbach seine Vollmachten überschritten und den Rechten des Herzogs zu viel vergeben habe und es ist nicht auffallend, daß man in Polen keine Auffassung vielfach theilte. Bei den nun folgenden Verhandlungen mit den kurländischen Landesdelegierten standen ihm zwei mit den Verhältnissen ihrer Heimat wohl vertraute Kurländer, der russische Gesandte Graf Hermann von Kerserling und sein Stiefbruder, der Graf Dietrich von Kerserling zur Seite. Man kann kaum sagen, daß eine neue Wahlkapitulation im Sinne des Landtages aus diesen Verhandlungen sich als Resultat ergab¹⁾. Die Delegierten mußten sich doch damit zufrieden geben, daß Herzog Karl am 12. Februar 1757 eine ganz allgemein gehaltene Bestätigung der bestehenden Privilegien aussprach, die zwischen ihm und den Delegierten noch kritischen Punkte aber weiterer Vereinbarung mit dem Landtage vorbehielt. Dabei mußte man sich begnügen; am 29. März hielt Herzog Karl, von allen Ständen prächtig empfangen, seinen Einzug in Riga.

In manchen Beziehungen schien sich dieitterschaft mit der Niederlage, die sie erlitten, ausöhnen zu wollen. Ein augenfälliger Nutzen für das Land ergab sich schon daraus, daß die russische Regierung das seit 18 Jahren bestehende Sequester von den herzoglichen Domänen hob, die bisher zur Deckung der angeblichen Schulden Anroné an die russische Regierung beschlagnahmten Einnahmen derselben blieben nun wieder im Lande. Dazu brachte der jugendliche Herzog wieder Leben

¹⁾ Nur in der Auffassung abweichend von Baron Seyling a. a. O.

in die stille Residenz, und der neue Hofhalt, den der genussstrebige Fürst hielt, lockte weitere Kreise an. Fraglich blieb es allerdings, ob sich der Herzog auf die Dauer bewähren hätte, wenn man in Betracht zieht, daß die Freude am Lebensgenuss den Ernst seiner Lebensanschauungen weit übertraf und er sich später gar, wie so oft sinnliche Genussmenschen, einem mystischen Aberglauben ergab, der ihn schließlich in nahe Beziehungen zu den Rosenkreuzern gebracht hat.

Zunächst kam es darauf an, die ins Auge gefasste Vereinbarung über die noch strittigen Punkte zwischen Herzog und Ritterschaft herbeizuführen, und darüber entstanden Schwierigkeiten. So ist die kurze Regierung Karls von Sachsen (1760—1768) mit Streitigkeiten ausgefüllt, die Ritterschaft grüßte u. a. weil Georg Christoph Hegenhorn, ein Advokat von bürgerlicher Herkunft, zum Rat ernannt worden war und wollte die Huldigung nicht eher leisten, als der Herzog in ihrem Sinne Reversale ausgehellt haben werde. Nach mehrfachen Weigerungen und Verhandlungen mußte die Ritterschaft sich aber am 5. November 1759 dazu entschließen, nachdem der Herzog ein in der Hauptsache ihm genehmes Reversal unterzeichnet hatte¹⁾, daß den Katholiken den Zutritt zu wenigen Landbesitzern und einige Rechte zuscherte, dagegen von den Forderungen des Adels etliche fortließ. Die Erbpandbesitzer herzoglicher Güter wollte zwar der Fürst in ihrem Besitze nicht stören, aber den gewünschten Verzicht auf den ferneren Ankauf abligier Güter leistete er nicht. Die herzoglichen Domänen sollten nur „vorzüglich“, also nicht ausschließlich an Einheimische vom Adel in Arrende oder zur Verwaltung vergeben werden. Trotz dieses Vertrages kam es zu Verweigerungen der Huldigung und zu Anstößigkeiten, die den Adel in zwei große Gruppen spalteten. Fand der Herzog in dem Landhofmeister Otto Christoph von Fomen, der auch kurfürstlich sächsischer Rabinensminister war, seine Hauptstütze, so war der Führer der Mißvergnügten Eberhard Christoph von Kirchbach, der zu den Herzog einst verhandelt hatte, dann aber mit ihm verfallen war. Er dachte sogar daran, die kurländische Angelegenheit vor den bevorstehenden europäischen Friedenskongress zu bringen und bewog den talentvollen Enald von Klopman dazu, den russischen Minister Joh. Albrecht von Korf für diesen Plan zu ge-

¹⁾ Hegenhorn Bd. 255

winnen. Doch kam es nicht zum Friedenskongreß und Klopmann begnügte sich damit, in einer lateinischen Denkschrift, die in Königsberg 1760 erschien, auszuführen, daß der Herzog die von der Ritterschaft einst Wirbach vorgelegten Dinge hätte anerkennen müssen und daß das Land das Recht auf eine Wahlkapitulation habe. Da die Schrift, die auf dem polnischen Reichstage zirkulierte und viel Aufsehen machte, für Biron's Recht eintrat, wurde sie konfisziert¹⁾. Schließlich nahm die russische Regierung zu diesen Dingen Stellung, sie ließ durch ihren Ministerresidenten in Mitau, Smolin, der im September 1761 zum Landtage versammelten Ritterschaft ihre Mißbilligung über den Hader aussprechen und zugleich ihre Vermittelung anbieten. Die Ritterschaft sah sich zum Versprechen genöthigt den Wünschen der Kaiserin entgegenkommen zu wollen und sich nur gegen die Bezeichnung als *Wibriggefinnte* zu verwahren. Da.b aber verlor der Herzog Karl seine festeste Stütze, als am 5. Januar 1762 die Kaiserin Elisabeth starb und ihr Peter III. auf den Thron folgte. Die Ritterschaft berückte sich dem Kaiser zu seiner Thronbesteigung durch Deputierte zu gratulieren, und es war charakteristisch, daß einer von ihnen Friedrich Wilhelm von Seyditz war, der dem Herzoge Karl die Huldigung zu leisten sich geweigert hatte. Man sieht, daß auch in Mitau die veränderte Sachlage durchschaut wurde.

Man kennt die Verehrung, die der neue Monarch Rußlands für Friedrich den Großen empfand und weiß, daß er sich ihm alsbald näherte. Die Verbindung mit dem sächsischen Kurfürsten fand natürlich ihr Ende und die Besetzung des kurlandischen Herzogsthums mit dessen Sohn mußte als bedauerlicher Mißgriff gelten. Biron war infolge der durch Elisabeth's Testament angeordneten Amnestie nach Petersburg geeilt und machte seine Rechte als Herzog von Kurland geltend. Allen Peter III. hatte andere Pläne, er wollte seinen Oheim Georg Ludwig von Holstein zum Herzog machen und Biron sah sich gezwungen nach anfänglichem Sträuben in die Abtretung seiner Rechte an den Verwandten des Kaisers einzuwilligen. Die holsteinische Kandidatur war vom russischen Standpunkte ein Fehler denn Georg Ludwig war preussischer General und es lag nahe, daß mit ihm der preussische Ein-

¹⁾ Ewald von Klopmann's Aufzeichnungen od. S. Diederichs in der Balt. Monatsschr. XL, S. 114 ff.

fluß in Curland seinen Einzug halten werde und zwar um so mehr, als Preußen die Kulgarantie für die kurländische Verfassung gemäß dem russisch-preussischen Allianztraktat vom 3. Juli 1762 übernehmen sollte. Der Generaladjutant Gudowitsch eilte nach Mitau, um die Curländer für die Anerkennung Ernst Johannis und dann für die Abtretung der Rechte desselben an den Holsteiner zu gewinnen. Trotzdem, daß Karl an den Kaiser den Generalmajor Lachmet abschickte, um sein Recht zu vertreten, ließ Peter III. durch Simolin die kurländischen Domänen wieder konfiszieren, da er Karl nicht mehr als Herzog anerkenne. Aber diese holsteinischen Pläne wurden zu Wasser, da Peter III. bald gestürzt wurde und Katharina II. natürlich von dieser Kandidatur nichts wissen wollte.

Die neue Kaiserin glaubte den russischen Einfluß in Curland am besten zu wahren, wenn sie Ernst Johanns Biron restituirte. Sie ratifizierte daher den Vertrag mit Preußen nicht und ertheilte schon sechs Tage nach ihrer Thronbesteigung — am 4. Juli 1762 — dem Ministerresidenten Simolin den Befehl zwar bei auf die Domänengüter gelegten Beschlagnahme wieder zu heben, in geheimen aber die bironische Partei zu stärken; sodann ging ihm die Erlaubnis zu, es offen zu thun, die Curländer auf Biron's Ankunft vorzubereiten und Karl von der geplanten Reise nach Petersburg abzuraten, da die Kaiserin Ernst Johannis Recht anerkenne. In der That kam am 4. August ein „Gnaden- und Abtretungskais.“ zu stande, durch den Biron unter gewissen Verpflichtungen die Herrschaft zugesichert wurde. Hechtliche Sicherstellung der griechischen Kirche im Herzogtum, Einrichtung der russischen Post von Riga nach Polangen, die Erlaubnis zu Truppenburchmärschen und zur Anlage von Magazinen, Rücksichtnahme bei Verpachtung der Domänen auf Personen, die der russische Hof empfehlen werde — dies und Anderes m.ßte Biron der Kaiserin konzedieren und damit war die Abhängigkeit von Rußland gegeben. Der durch Mitau reisende russische Gesandte in Warschau, Graf Hermann von Reherling¹⁾, wiederholte dem Herzog Karl die Wünsche der Kaiserin und stellte ihm im Falle des Nachgebens Entschädigungen in Aussicht. Doch entschuldigte sich Karl mit den Befehlen des polnischen Königs und äußerte Zweifel an

¹⁾ Aus dem Leben des Grafen Dietrich von Reherling ab H. Tiedemann, Balt. Monatschr. XL, S. 579 ff.

der Möglichkeit, ihn genügend zu entschädigen. Auch ließ er zur Wahrung seines Rechtsstandpunktes durch den sachsische Geheimrat und damals bekannten Staatsrechtslehrer Emmerich de Vattel ein französisches Memoire über die luthländischen Affairen verfassen, das indessen bald auf Requisition der russischen Kaiserin in Riga und Mitau verbrannt wurde. Biron reiste im August 1762, nachdem er der Kaiserin in öffentlicher Audienz gedankt hatte, mit seiner Familie nach Riga ab und wurde hier von Vertretern der Ritterschaft begrüßt. Im Januar 1763 hielt er unter dem Schutze eines schon im September 1762 nach Mitau beorderten russischen Bataillons seinen Einzug in die luthländische Residenz, wo Smolin, der vorher die Domänen nochmals mit Beschlag belegt hatte, die Archive und Kongleien versiegeln ließ und die Tagung des Appellationsgerichts inhibierte.

Nun saßen in Mitau zwei Herzöge und die Ritterschaft mußte zu der veränderten Sachlage Stellung nehmen. Während der Okerburggraf Christian von Offenberg Biron gleich anerkannte, hielten der Kanzler Dietrich von Kerserling, der Landhormeister von Hoven und der Landmarschall von Brand jede Teilnahme an der Regierung so lange für unstatthaft, bis der polnische König einen Befehl, Biron als Herzog anzuerkennen, geschickt habe und der russische Beschlag von den Domänen genommen sei. Die Ritterschaft selbst aber erkannte in ihrer Majorität, nachdem Smolin das Ausschreiben zu einer Landesversammlung mit einem drohenden Zirkular unterstützt hatte, am 21. Februar 1763 in der brüderlichen Konferenz Biron als den rechtmäßigen Herzog an, die Minorität blieb jedoch der Konferenz fern, die wohl in manchem zeigte, daß sie eine Parteiversammlung war die nur ihren Sieg ausnützte. Da bald darauf der Beschlag von den Domänen gehoben wurde, so schlossen sich auch die Oberräte dem restituirten Herzoge an, mit Ausnahme Hovens, der auf der Forderung bestand, der polnische König müsse erst ein entsprechendes Mandat erlassen. Herzog Karl, der sich ungeachtet aller Gewaltmaßregeln und trotz der Aufforderung des luthländischen Generalgouverneurs Brodome nicht aus Mitau entfernt hatte, sah sich nun wirklich bald von den meisten verlassen, obwohl ein Befehl seines königlichen Vaters den Luthländern einschärfte, ihm treu zu bleiben. Es kam eben nicht mehr auf Polen an, sondern auf Rußland. So erkannten denn auch die von König August nach Luthland entsandten Kommissarien, der Kastellan Lipski und der Boje-

wode Biater, das Kuplose weiteren Ausharren. Auf ihren Rat verließ Herzog Karl am 14. April 1763 Witan und eilte heiltsuchend nach Warschau; aber die vom polnischen Könige an Biron erlassene Citation verhalfte so wirkungslos wie Karls Prokurte. Er hat Kurland nie wieder gesehen.

Katharina sprach auch Preußen gegenüber den Wunsch aus, daß es die Herrschaft Biron's gleich Rußland anerkenne und garantiere. Und König Friedrich entsprach dem, obwohl der polnische König ihn ersucht hatte es nicht zu tun: er wies Polen darauf hin, daß Biron's Herrschaft von Rechtswegen nie unterbrochen gewesen sei und er keinen Grund sehe, ihn nicht anzuerkennen. Nach dem furchtbaren Kungen der sieben Jahre hat Friedrich die Annäherung an Rußland gesucht und ein Bündnis mit Katharina für unentbehrlich gehalten. Um dies zu erreichen, hat er sich wie in der polnischen so auch in der kurlandischen Frage in den Dienst der russischen Politik gestellt. Er sprach seine Anerkennung Biron's aus, als der Landtag 1763 Christian Ernst v. Lisen an ihn abgeandt hatte¹⁾. Biron's Stellung befestigte sich noch, als König August von Polen starb. Die Nachhaber der Zwischenregierung neigten sich ihm bereits zu und der neugewählte König Stanislaus Bonictowski hat ihn dann, den Intentionen seiner kaiserlichen Beschützerin entsprechend, anerkannt.

Die lange Verbannung war an Ernst Jobarn nicht spurlos vorbeigegangen, auch er war in manchem gewandelt und innerlich gereift, als er in sein Land heimkehrte. Obwohl schon dreundstiebzugährig, war er fest entschlossen, sein Recht zu wahren und sein Vorgehen, frei von grenzenhafter Schwache, zeigt Energie, ja Rücksichtslosigkeit. Zunächst freilich mußte er, bis seine Position geklärt war, manches tun, was ihm recht sanft werden mochte. Er stimmte dem Landtagschlusse vom März 1773 zu, wonach alles, was in der Danziger Konvention 1737 gegenüber den Rechten des Adels verfaßt ist, ungültig sein sollte und versprach, sich bei dem Verlehr mit den polnischen Lehnsherrn die Beschränkungen gefallen zu lassen, die der Oberälen durch die Landtagsschlusse von 1746 und 1752 auferlegt worden waren. Es darf

¹⁾ Polnische Korrespondenz, Friedrich's des Großen, Bd. 22, S. 45, 25. Bgl. Rödel: 1 c., S. 172. Der preussische König erwartete übrigens schon 1762, daß sich Biron ihm nützlich erweisen werde, bgl. Pol. Archiv. Bd. 22, S. 346.

vermuthet werden, daß auch Rußland es wünschte, daß der Herzog zunächst mit der Ritterschaft seinen Frieden mache. Als aber seine Position gesichert schien, brach der Kampf mit der Ritterschaft bald aus. Dieser Kampf wird in zahllosen Streitschriften und Broschüren, auf den Landtagen und in der polnischen Hauptstadt ausgetroffen, und im allgemeinen wird Wiron dabei von der russischen Kaiserin unterstützt. Als seine Hauptberater erscheinen der Freiherr von Knigge, der erst später in das Inbignat rezipiert wurde und besonders der Kabinettssekretär Friedr. Wilhelm von Raison, ein tüchtiger, würdiger Mann, der, aus Koburg gebürtig, 1761 nach Kurland kam und bis zu seinem 1791 erfolgten Tode von großem Einfluß auf die Regierung der beiden Herzöge aus dem Wiron'schen Hause geblieben ist. Anfangs hatte der alte Herzog, auf die Partei der Ernestiner gestützt, mit den Anhängern des bisherigen Herzogs Karl, den Karolinern, einen erbitterten Kampf um seine Anerkennung zu führen. Später tritt, je aussichtsloser die Position Karls wird, umso mehr der Streit um die Prärogative des Fürsten und die Rechte des Adels in den Vordergrund und spielt eigentlich bis zum Ende der Regierung Herzog Ernst Johanns. Wir können hier die einzelnen Phasen dieses fast siebenjährigen Zwistes nicht im einzelnen verfolgen und greifen daher nur einige Hauptmomente heraus. Der Gegensatz der Karoliner gegen Wiron wurde alsbald zu einem erbitterten, weil die die Fuldigung Verweigernden von ihren Ämtern und diejenigen, die ihre mit Herzog Karl abgeschlossenen Arrondementkontrakte nicht mit Herzog Ernst Johann erneuern wollten, von ihren Arrondementgütern entfernt wurden. Am 22. Juni 1763 fand die Fuldigung der meisten Edelleute in Mitau statt, aber die Karolinger gaben ihre Sache noch nicht verloren und schickten Otto Christoph von Horn nach Warschau ab, der sie hier gegen den herzoglichen Vertreter Otto von Nebem mit Eifer vertrat, obwohl ein Manifest der russischen Kaiserin vom 23. Januar 1764 in sehr ernster Weise den Karolinern Vorstellung machte, sie zum Gehorsam ermahnte und die Monarchin im Juli selbst von Riga aus den Herzog in Mitau besuchte. Auch eine polnische Reichstagskonstitution vom Dezember 1764, die für Ernst Johann eintrat, schlug die Opposition nicht nieder. Den Höhepunkt des Konflikts bezeichnet aber der Landtag vom März 1765, auf dem die Oppositionspartei die Majorität gewann und eine ganze Reihe von Beschwerden gegen den Herzog entwarf, die zum großen Teil unbe-

gründet, jedenfalls in Ton und Fassung die dem Landesherren schuldige Ehrfurcht vermissen ließen. Man hatte die landesherrliche Gewalt vermehren vergessen, daß man nun, wo sie ihr Ansehen geltend machte, sich von „einer hasienstwürdigen Ansehschaft“ und einer „der Peronischen ähnlichen Tyranny“ bedroht sah. Es ist für den Geist der Opposition charakteristisch, daß, als der Superintendent sich entsprechend einer Weisung des Hofes weigerte, für die Landesbelegierten ein Kirchengelb zu halten, die Landboten sich weitere Maßregeln vorbehielten, „indem die Priester nicht des Fürsten, sondern der Gemeinde Diener wären“. Dann vertagte (limitierte) sich der Landtag, setzte das noch mehrfach fort und schickte Potem und seinen Sohn Otto Hermann als Delegierte wieder in die polnische Hauptstadt. Es spricht für den Mut der Opposition, daß sie auf ihrem Standpunkte verharrte, obgleich eine nach Petersburg abgeordnete Deputation wohl abgefertigt wurde und König Stanislaus im Januar 1766 in einem neuen Reskript zum Gehoriam mahnte. Da griff im September 1766 die russische Kaiserin energischer ein, ließ der Opposition durch den Minister Sumolin einen vierwöchentlichen Termin zur Huldigung eröffnen und den Widerspenstigen mit der Inquartierung russischer Truppen drohen, zugleich aber erhielt er die Weisung, keine Beuntelung anzubieten. In der That unterzeichneten nun gegen 70 Edelleute ein Reversal, in dem sie die Kaiserin um Verzeihung baten, die Huldigung versprochen und alle früheren Beschlüsse, die den Herzog verlegen könnten, widerrufen. Der zum März 1767 berufene Landtag schien den Frieden bringen zu sollen, da Ernst Johann zur Wiedererziehung der abgesetzten Beamten und materiellen Entschädigung der Attendatoren u. s. w. bereit war, wenn die Beschlüsse des für ihn so verlegenden Landtages vom März 1766 zurückgenommen würden. Doch wollte die Opposition darauf nicht eingehen.

Auf dem Landtage kam auch eine Proposition der russischen Kaiserin zur Erörterung, die den Anschluß Rußlands an die Konföderation der litauischen Dissidenten in Radom forderte¹⁾. Rußland und Preußen nahmen sich nämlich, um sich in die inneren Verhältnisse

¹⁾ Bei der großen Fülle von Schriften zur Vorgeschichte der ersten Teilung Polens ist hier nur auf Ado. J. Oer: Die erste Teilung Polens, Bd. 2, und auf Max Duncker: Die Schlegelgründung Weßpreußens, in: Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelm III., Bd. 18⁶, verwiesen.

Polens einmischen zu können, der Dissidenten, d. h. der nicht zur römisch-katholischen Staatskirche gehörigen Staatsangehörigen, mit Wärme an, und um deren Konföderation mehr Nachdruck zu geben, wünschte Katharina II., daß sich auch Rußland und Polen ihr anschließen. Wirklich wurde am 15. Mai 1667 auf einer dazu berufenen brüderlichen Konferenz eine Beitrittsakte vom Herzog und beinahe 300 Edelleuten unterzeichnet, doch mit Reservationen, die das Herzogtum der Oberlehensherrschaft gegenüber entschuldigten und jede weiter aus dem Beitritt etwa gefolgerte Verpflichtung ablehnten. Am Tage vorher war auch der Kreis Wilen, der im Laufe des Jahrhunderts und zuletzt noch 1754 durch die Ansprüche der katholischen Bischöfe von Polnisch-Litauen bedroht gewesen war, unter ähnlichen Bedingungen der Konföderation beigetreten. Unter dem Drucke Rußlands kam noch eine Reichstagskonstitution über die polnische Verfassung zu Stande, die den Dissidenten wesentliche Rechte einräumte und auch für Rußlands kirchliche Verhältnisse nicht ohne praktische Bedeutung war. Wichtiger war es für die augenblickliche Lage der Dinge im Herzogtum, daß die Konstitution trotz der Bemühungen der Landesdelegierten Johann Sadens und des jüngeren Gowen¹⁾ und des nach Moskau deputierten Landbotenmarschalls Heinrich von Brinden in politischer Hinsicht für Ernst Johann eintrat, alles, was während seiner Abwesenheit zu seinem Nachteil geschehen war, sowie die Beschlüsse der letzten Landesversammlungen kassierte und von der Opposition die strenge Einhaltung des Reversals vom September 1766 forderte. Demgemäß wurde der Landtag im Oktober 1768 von Simolin daran gemahnt, die aufgehobenen Verhandlungen aus dem Landeskasten zu nehmen und selbst zu annullieren und die Relation Gowens über seine Warschauer Tätigkeit, die für den Herzog beleidigend war, nicht zu den Akten zu nehmen. Doch sah sich der Herzog veranlaßt, die noch widerstrebende Landesversammlung auf den 18. Januar 1769 zu vertagen. Nun wurde endlich auf dem neuen Landtage der Bruchluß gefaßt, zwar nicht die in Rede stehenden Verhandlungen und Schriften herauszugeben, wohl aber für ungültig zu erklären, sobald sie niemals erwähnt oder zum

¹⁾ Über Intriguen des polnischen Brunsz Bodosski, die dahin zielten, Stanislaus Poniatowski durch den schlesischen Kurfürsten zu erziehen und in Rußland den Prinzen Karl wider an Stelle Brunsz zur Herrschaft zu bringen, sowie die Dienste, die ihm Gowen dabei leistete, vgl. Frhr. v. Geyling, . . ., S. 95.

Nachwill des Herzogs angeführt werden sollten. Allerdings erhoben sich auf dem Landtage im September auch noch Beschwerden, aber sie wurden auf den nächsten Landtag verchieben. Als dieser zusammentrat, hatte Ernst Johann schon am 25 November 1769 zu Gunsten seines Sohnes Peter abgethan und sich nur den Nennß der Allodialgüter vorbehalten. Die Gründe dieser Entsagung stehen nicht hinreichend fest, doch findet sie in seinem hohen Alter und in dem Wunsche, auf den Sohn noch bei Lebzeiten die Herrschaft zu übertragen, ihre hinreichende Erklärung¹⁾.

Es ist dem kränkenden alten Fürsten noch vergönnt gewesen, das endlich ganz fertiggestellte Schloß zu Mitau mit den Seinen zu beziehen, kurz bevor er am 28 December 1772 aus dem Leben schied. Auf den Gang der Geschichte Rußlands übte seine Resignation keinen großen Einfluß aus, denn in den ersten Jahren der Regierung seines Sohnes schloß auch diesen die mächtige Fürsorge der russischen Kaiserin. Sie schützte ihn mit Nachdruck gegen die Anfechtungen der Konföderation von Bar, die sich unter des Marschalls Strajinski Führung 1768 gebildet hatte und die Befestigung der den Dissidenten gewährten Rechte, für Rußland aber die Restitution Herzogs Karl anstrebte²⁾ und diese im Jahre 1770 direct aussprach, und nährte die Opposition des Adels gegen ihn nicht. Erst als die Kaiserin Peter sanftlich gegenübertrat, erreichten die Schwierigkeiten des Herzogs den Höhepunkt. Die Tage des Herzogthums Rußland waren gezählt.

¹⁾ Der damals in Mitau lebende Chirurg Philipp Hagen erzählt in seiner Selbstbiographie (in Starke's Archiv für Naturgeschichte, Bd. 5 (1793), S. 205 ff. (bei 226, 242, 252), daß der alte Herzog vom Hofrath Veron-heuvel ganz falsch behandelt worden sei, letzterer sich aber trotz der Warnungen Hagens bei ganz besonderem Vertrauen des Erbprinzen Peter zu erretten gehabt habe und nicht diese Miethung in eine besonders gehässige Beleidigung durch die weitere Angabe, der alte Herzog habe das in Mitau verbreitete Gerücht, man wolle ihn vergiften, geglaubt und es daher vorgezogen, der Giften abzusinken, um nicht „vor der bestimmten Zeit solchem totem werden zu müssen“ — In diesen Angaben mehr als fabelhafter Mord des mit Verurtheilung gefallenen und vom Erbprinzen Peter im Ungnade entlassenen Hagen sehen zu wollen, wäre m. E. sehr unbillig.

²⁾ In Poles's Biographie der Franziska Strofinka, der Gemahlin des Herzogs Karl. Aus dem Leben einer russisch-polenischen Prinzessin. Historische Skizze. 1890 (polnisch) finden sich auch Mittheilungen über die Barer Konföderation.

7. Kapitel

Zustände und Menschen in herzoglicher Zeit.

Ein Kapitel Aulturgeschichte.

Wir unterbrechen hier den Gang der geschichtlichen Erzählung, um, ehe wir den Ausgang des Herzogtums berichten, uns die Zustände des Landes und die Art seiner Bewohner in Kürze zu vergegenwärtigen. — Einiges von dem, was nun darzulegen ist, ist zwar im Zusammenhange der politischen Geschichte bereits gestreift worden, aber nicht alles, und das Wenige nicht im Zusammenhange, der doch allein eine gewisse Anschaulichkeit ermöglicht¹⁾.

1.

Am eingehendsten ist in den früheren Kapiteln die verfassungsgeschichtliche Entwicklung verfolgt worden, ja sie hat so sehr im Vordergrund gestanden, daß wir uns in Bezug auf Verfassung und Verwaltung hier darauf beschränken können dasjenige noch hervorzuheben, wofür sich in den vorhergehenden Abschnitten keine rechte Stelle fand²⁾.

Wie das Land regiert wurde, nachdem Herzog Gorthard das Herzogtum begründet hatte, und welchen Wandel dann wieder die Verfassungsänderung von 1617 mit sich brachte, ist schon erzählt worden³⁾. In der Hauptsache leitete der Herzog persönlich die Regierung, wobei er sich des Beistandes seiner Oberräte und rechtsgelehrten Räte zu be-

¹⁾ Fülte jede Bemerkung und Angabe in diesem Kapitel die Belege zu geben, würde zu weit führen. Sie sind meißt der gedruckten Literatur, zum kleineren Teil archivalischen Quellen entnommen.

²⁾ Die Hauptquelle bleibt trotz gelegentlicher Einseitigkeiten das grundlegende Staatsrecht des Herzogthums Ausland und Gemgallen von Ziegenhorn. (Königsberg 1772, dazu die Fußsße Frankfurt 1778, wo auch die Gegenschreiben erwähnt sind.) Die Bandlagschlüsse sind, soweit gedruckt und zugänglich, von mir berücksichtigt.

³⁾ S. S. 9 ff. und 76 ff.

bienen pflegte. Seine Befehle ergingen aus der herzoglichen Kanzlei als Verordnungen, Patente oder Rangkirgpetitionen, deren Konzepte sich in großer Zahl in den Archiven erhalten haben. Auch die Regimentsformel von 1817 hat die persönliche Regierung des Landesherrn prinzipiell nicht beruht gedrängt¹⁾, erst unter Herzog Peter werden wir eine staatsrechtliche Abhängigkeit des Herzogs von den Oberrenten kennen lernen. Jener Stellung des Landesherrn entspricht es, daß er — jedenfalls noch im 17. Jahrhundert — den Landtagen persönlich beizuwohnen pflegte²⁾. Ihm lag die Ernennung sämtlicher Beamten ob, soweit sie nicht solche der Adelskorporation waren und als solche naturgemäß von dieser gewählt wurden. Er berief die Landtage, deren Art und Zusammensetzung wir ebenfalls bereits kennen gelernt haben. Als die Regimentsformel den Deputiertenlandtag einführt, wurden seine Mitglieder in 27 Kirchspielen gewählt, deren Namen bereits in denen der Ämter in der Ordenszeit begegnen. So zeigt sich hier eine bis in die Gegenwart reichende Fortdauer der mittelalterlichen Einteilung des Landes³⁾.

Von den verschiedenen Zweigen der Verwaltung wollen wir nur einige, die Justiz-, Militär-, und Finanzverwaltung betreffen. Anderes, wie die Kirchenverwaltung und das Medizinalwesen des Landes, soll bei Besprechung der einzelnen Verhältnisse zur Erörterung kommen.

Die Rechtspflege des Landes war, wie das im Wesen der Zeit lag, eine ständisch gegliederte. Währerb für den Bauer die alte Patriimonialgerichtsbarkeit des Gutsherrn in Kraft blieb und auch die Städte die bisherige eigene Justiz behielten, die nur, wo es sich um todeswürdige Verbrechen handelte, nicht in allen Städten in gleicher Weise der Mitwirkung der betreffenden Oberhauptleute oder Hauptleute bedurfte, trat bei der Begründung des Herzogtums der größte Wandel dadurch ein, daß auf dem flachen Lande an Stelle der Komture und Wägte der Ordenszeit nun neue Beamte treten mußten. Es waren die Haupt- und Unterhauptleute, auf die nur ein Teil der Funktionen jener übergingen. Denn die Verwaltung der Domanen hing nun von der herzog-

¹⁾ Vgl. über S. 77.

²⁾ Hegenhorn, § 483.

³⁾ Vgl. auch O. S:adenhagen: Seit wann haben in Aurland politische Kirchspiele existiert? in den Aurl. Sitzungsberichten 1902 S. 14 ff.

lichen Kammer ab¹⁾), und die Bedeutung der Hauptleute in militärischer Hinsicht beschränkte sich in der Folge auf das Kommando der Schloßler und ihrer Besatzung. Ihre Hauptaufgabe blieb die Justiz. In Zivilsachen bildeten sie für alle Bewohner des Kreises (abgesehen von den Bauern und Stadtbewohnern) die erste Instanz, in Kriminalsachen beglichen, nur hatte der Adel in Strafsachen seinen Gerichtsstand vor dem Hofgerichte. Reizesordnet wurden diese im einzelnen noch genauer zu erforschenden Verhältnisse durch die Statuten von 1617. Das Land wurde in 4 Oberhauptmannschaften eingetheilt (Ritau, Selburg, Goldingen, Ludum), die acht Hauptmannschaften umfaßten²⁾. Die Hauptleute erhielten die mit Zugewehr von Verurtheilten zu Abend Gerichtsbarkeit über die Untertanen (Bauern) der fürstlichen Domänen. Die Oberhauptleute dagegen behielten für die übrigen Bewohner des Landes die bisherige Bedeutung. Sie legten die Gerichte mit Rittersoren, die noch aber hundertjährigen Bemühungen erst im Jahre 1759 zu einer ständigen Einrichtung geworden sind. Von diesem Gerichte erster Instanz, deren Sekreäre (später Instanzsekreäre genannt) als ausgebildete Juristen natürlich von größtem Einfluß waren, konnte nach an des herzogliche Hof- oder Obergericht Berufung geschehen. Dieses wurde vom Herzog, den 4 Oberräten und zwei Doktoren der Rechte gebildet und besaß eine größere Kanzlei unter einem Obersekretär. Es war einmal also die Berufungsinstanz, sodann aber auch in gewissen Sachen Gericht erster Instanz, so bei Konkursfällen, Amtsvergehen und bei Kriminalsachen des Adels. Sein Geschäftsgang war durch die polnische Kommission von 1648 geregelt. Seine Urtheile fällte es nur in zwei sogenannten Kuridiken, d. h. es trat im Sommer am Tage nach Trinitatis, im Winter am Tage nach den heiligen drei Königen zusammen, um in 4 Wochen, später (1717) in 2 Monaten die vorliegenden Sachen zu entscheiden. Inzwischen hielten sich die Herzöge, die früher jedenfalls in Person den Sitzungen präsidierten, mindestens in Zivilsachen, keinesweges an diese vorgeschriebene Zeit. Bei Kriminalsachen des Adels wurden nach der Regimentsformel von 1617 noch die vier Oberhauptleute hinzugezogen. Vor der Entscheidung des Hofgerichtes durften Edelleute (und Advokaten in eigener Sache) bei Rechtsfällen, die mehr als 600

¹⁾ S. S. 24

²⁾ Bauske, Doblen, Winbau, Grobm, Darben, Schurden, Frauenburg, Garbau

Gulden oder die Ehre betrafen, an die königlich-polnischen Appellationsgerichte appellieren. — Als öffentlicher Ankläger und Vertreter der Interessen des Herzogs fungierte der Fiscal (Officium fisci). Neben diesen Gerichten begegnen auch für Erbschaftsteilungen und sonst besondere herzogliche Commissarien, endlich hatte das Consistorium mit der Rechtsprechung zu tun und in gewissen Fällen auch die herzogliche Kanzlei¹⁾. Auf die Patrimonialgerichtsbarkeit der Edelleute über ihre Bauern und auf die Rechtspflege der Stadengerichte werden wir noch an anderen Stellen eingehen Gelegenheit haben.

Eine sehr geringe Bedeutung hat in herzoglicher Zeit das Militär in Kurland gespielt, eine viel geringere, als der Reichtum des Landes gestattet hätte und die polnischen Verhältnisse erforderten. Die Verpflichtungen, die der Herzog und die Ritterschaft als unmittelbar oder mittelbar Vassallen des polnischen Königs diesem gegenüber in Hinsicht auf den Kriegsdienst hatten, kamen im sogenannten Lehnssdienste des Herzogs und dem Rossdienste der Ritter und Landschaft zum Ausdruck²⁾. Als Besitzer der Domänen, des sogenannten Lehens, lag dem Herzoge ob, eine bestimmte Anzahl von Reitern dem Könige unter gewissen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen. Sie bildeten die Hofesfahne, zu der aber auch die Besitzer einiger adliger Güter auf Grund besonderer Rechtsverhältnisse ihr Contingent zu stellen hatten. Die Unterwerfungsurkunden von 1561 und die Belehnungsurkunden für die Herzöge bis zu der für Ernst Johann (1739) besagen nicht ziffermäßig, in welcher Stärke der Lehnssdienst zu leisten war, doch übernahm

¹⁾ Über die Gerichtsbehörden in herzoglicher Zeit s. Ziegenhorn § 529, 587, ferner v. Bunge: Geschichte des Gerichtswesens in Lit., Est-, Kurland (1874), S. 280 ff. Das Gerichtswesen vor der Regimentsformel (1617) ist auch in diesen Werken kaum berücksichtigt und noch genauer zu erforschen. Über die Consistorialgerichte s. oben S. 23.

²⁾ S. Ziegenhorn's Kurli Staatsrecht, § 339, 340, 341, 355, 381, ferner Baron Alexander v. Sieben: Der Lehn- und Rossdienst im Herzogtum Kurland und im Distrikt Wilna und die herzoglichen Schlachtführermandanten in Kriegsgewissen im Jahrbuch für Genealogie u. s. w. 1894, S. 15 ff. Wenn Ziegenhorn § 339 angibt, das Investiturdiplom Herzog Jacobs habe den Lehnssdienst auf 100 Reiter oder 200 Mann zu Fuß festgesetzt (A. v. Sieben a. a. O. 100 Reiter und 200 Mann Fußvolk), so ist zu bemerken, daß die betr. Urkunde überhaupt keine Zahlen für die Reiter nennt und vom Fußvolk gar nicht spricht. S. das Diplom in der Beil. Nr. 145 bei Ziegenhorn.

der Herzog auf dem Landtage 1579 die Stellung von 100 Reitern, als die Ritterschaft ihren Hofdienst auf 200 festsetzte, und das ist dann auch in der Folge das gewöhnliche Verhältnis zwischen der Stärke des Lehn- und Hofdienstes geblieben. Es entsprach auch etwa der Tatsache, daß die herzoglichen Domänen mindestens den dritten Teil des Landes (etwa $\frac{2}{5}$) bildeten. Zu Herzog Voithards und seiner Söhne Zeiten begegnet das Landesaufgebot auch außerhalb des Landes und auch die Regimentsurkunde von 1617 behauptet noch ganz allgemein, daß der Lehnssdienst nur auf Erfordern der Krone Polens zu leisten sei, wenn ihn nicht plötzliche Gefährdung des Landes auch sonst nötig machte. Erst in der Belehnungsurkunde für Herzog Jakob (1639) wird hervorgehoben, daß der Lehnssdienst nur innerhalb Kurlands zu leisten sei und das ist in den folgenden Investiturdiplomen wiederholt. Wird aber in Polen eine allgemeine Kriegskontribution ausgeschrieben, so hat der Herzog 10 000 Gulden zu ihr zu erlegen, wenn er und das Land nicht schon gleichzeitig den Lehn- und Hofdienst leisten. Es ist übrigens auch nach 1639 vorgekommen, daß die Herzöge über ihre Pflicht hinaus den Lehnssdienst auch außerhalb Kurlands leisteten. Auf eine neue Grundlage wurde der Lehnssdienst im Investiturdiplome für Herzog Ernst Johann Wiron gestellt, indem er hier auf 2 Kompagnien Reiter zu je 100 Mann oder 500 Mann Fußvolk festgesetzt wurde. Von dem Lehnssdienst, den die Herzöge im Kriegsfalle auf Grund ihrer Verpflichtungen gegen Polen leisten mußten, sind die Truppen zu unterscheiden, die sie aus eigener Initiative auch in Friedenszeiten hielten; ihre Zahl war nicht groß, doch war die Bestimmung der polnischen Kommission von 1717, daß die herzoglichen Reiter nicht mehr als 60 sein dürften, weder gesetzlich noch wirkungslos. Die stehenden Truppen bildeten die Besatzung der herzoglichen Schlösser als herzogliche Reiter oder Dragoner und standen unter dem Oberbefehl der Oberhauptleute oder Hauptleute. Als die Schlösser später gerieten und ihre Bedeutung aufhörte, begegneten uns Garnisonen, so in Libau, Riga und Goldingen, es ist die herzogliche Garde zu Ross und Fuß, die ihre besonderen Offiziere hatte, die der Herzog ernannte. Vorher — im 17. Jahrhundert — begegnet fürstliche Offiziere sehr selten. Vom Lehnssdienste und von den stehenden Truppen der Herzöge war der Hofdienst zu unterscheiden, den mit wenigen, oben erwähnten Ausnahmen die Besitzer adliger und bürgerlicher Güter und insoweit der Herzog etwa solche auf-

kaufte, auch er zu stellen hatten. Denn auch vom Herzog erworbene Landgüter behielten diese ihre rechtliche Eigenschaft. Der Roshdienst wurde, wie die ältesten Akte der Landtage zeigen, in derselben Weise wie zur Zeit des Ordens geleistet, d. h. von 20 Haken oder Heilhaltern (d. h. Gefinden, die dem Gutsherrn alle Woche einen Arbeiter zu Fuß und einen zu Pferde stellen und eine bestimmte Größe haben, sollte ein Reiter gestellt werden. Später verschob sich der Sprachgebrauch dahin, daß man von einem Gute, das einen Reiter zu stellen hatte, also 20 Heilhalter besaß, kurzweg sagte, es sei einen Haken groß. In den ersten Jahrzehnten des XVIII Jahrhunderts begann dann eine neue Berechnung des Hakens nach dem Werte der Grundstücke sich einzubürgern. Der Roshdienst trat auch nur auf Erfordern der polnischen Krone, im Falle der Gefährdung des Landes auch ohne ein solches auf Ausschreiben des Herzogs zusammen. Der gewöhnliche Roshdienst bestand etwa — die Zahl ist nicht absolut gleichbleibend — aus 200 Reitern, doch kam es auch vor, daß er in doppelter Stärke aufgezogen wurde. Seine Offiziere wurden vom Adel gewählt und zwar für jede Charge je 2, von denen der Herzog einen bestätigte. Diese Aufschmähe geschah in zwei Kompagnien, eine kurländische und semgallische, deren jede einen Rittmeister, einen Leutnant und einen Fehtrich (oder Kornet) aufwies. Die kurländische Kompagnie wurde bei Goldingen, die semgallische bei Rerik und Saulen gemustert. Die Anführung fiel stets dem Herzoge zu. In der Zeit des großen schwedisch-polnischen Krieges bezeugen besondere Verhältnisse, statt des schwerfälligen Roshdienstes finden wir 2 angeworbene Dragonerkompagnien und 1656 im November wird für den Fall, daß der Herzog selbst ins Feld ziehen mußte, ein allgemeines Aufgebot aller Männer bis zum 60 Lebensjahre beschließen¹⁾. Abgenommen ist es zur Ausführung dieser Maßregel nicht und auch in der Folge blieb die Landesverteidigung auf Lehn- und Roshdienst in der Hauptsache beschränkt, d. h. das Land hatte eigentlich gar keine Truppen, es blieb gar militärischen Ehre verurteilt und auch die mächtigsten seiner Fürsten mußten stets mit der verkängnisvollen Tatsache rechnen, daß hinter ihrer Politik keine Macht stand.

Wenn aber gesagt wurde, daß der Reichtum des Landes eine größere Truppenanzahl gestattet hatte, so wird das in der Hauptsache nicht in Abrede zu stellen sein, denn die Einnahmen der Herzöge waren sehr

¹⁾ S. oben S. 128.

erhebliche und die Kosten der Verwaltung des Landes nicht groß. Die großen Domänengüter der Herzöge trugen in gewöhnlichen Friedenszeiten sehr hohe Revenüen. Sie in Zahlen anzugeben, ist bei dem Fehlen einer Finanzgeschichte Kurlands nicht möglich¹⁾ und wird vielleicht überhaupt nicht möglich sein. Und stehen nur wenige Angaben über diese Dinge zur Verfügung und zwar erst aus dem 18. Jahrhundert. So gibt eine Quelle aus der Zeit Herzog Ferdinands sie auf 300000 Reichstaler an. Der englische Reisende Bragall erzählt, anscheinend auf Grund von Mittheilungen des Hofmarschalls von Klopmann, daß die Einnahmen der Domänen 500000 Taler betragen hätten, was aber wohl zu hoch gegriffen sein dürfte; eine Deduktion der Oberräte etwa aus derselben Zeit gibt 300000 Taler an.

Dazu kamen noch die Einnahmen der herzoglichen Zölle, die in Bezug auf Litauen durch Verträge geregelt waren. Da dem Adel, den Predigern und (seit 1775) den Professoren der Petrischen Akademie die zollfreie Einfuhr der für ihren Bedarf nötigen Waren zustand, so waren die Erträge dieses „Lizents“ nicht große, am größten noch in Libau und Windau. Mit diesen Einnahmen sollten die Ausgaben des Landes bestritten werden, der Rest stand zur diskretionären Verfügung der Herzöge und er war noch ein sehr erheblicher. Nach einer Berechnung der Oberräte aus der Zeit Herzog Peters betrug der Ueberschuß aus dem Rehen noch 134000 Taler, was gewiß nicht zuviel gerechnet ist und für jene Zeit eine sehr große Summe ausmachte. Die regulären Ausgaben des Staates waren, da ja das Militär so gut wie in Fortfall kam, aus dem Grunde keine bedeutenden, weil die weitauß meisten Offizianten des Landes mit wenigen Ausnahmen (Oberräte, Räte, herzogliche Kammer und Kanaler, Suberintendent, Kirchennotar u. a.) sowie die Prediger mit Land ausgestattet waren und demnach Gehaltszahlungen an sie in Fortfall kamen. Die wenigen Schulen wurden von den Städten unterhalten, bis es zur Gründung des akademischen Gymnasiums in Mitau kam, das dem Herzoge auch nur 8700 Taler kostete. Wenn der Fall eingetreten wäre, daß die Staatseinnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichten, so hätte sie der Landtag natürlich durch Willigungen ausbringen müssen. Diese

¹⁾ Dankenswerthe Bemerkungen darüber bei Baron Alfons v. Heyking in Aus Polen und Kurlands letzten Tagen. S. 307—316.

Gefahr bestand aber, wie die Dinge eben lagen, nur dann, wenn die Herzöge für sich unverhältnismäßig große Summen von den Landesinnahmen verbrauchten. Da die Abgrenzung der Zeit des Eigentums des Staates und des Staatsoberhauptes nicht trennte, so lag eine gesetzliche Schranke für die Herzöge bei ihren Ausgaben für ihren Hof und ihre Familie nicht vor. Das wohlverstandene eigene Interesse mußte sie aber davor zurückhalten diese Ausgaben für den Hof ins Ungemessene zu steigern, und in der Hauptsache scheint dies auch nicht geschehen zu sein, denn von Billigungen des Landes für die Zwecke des Staates ist in Friedenszeiten nichts überliefert.

Es war von Herzog Peter nicht klar, daß er auch nötige Ausgaben nicht zugeben wollte (wie z. B. für Gehälter der Richter, der Oberhauptleute, für Gefängnisse), da durch sie der ihm zur Verfügung stehende Rest der Landesinnahmen vermindert wurde. Es wäre ein Glück gewesen, wenn wenig, d. h. bevor das öffentliche Bewußtsein sich gegen jene Vermischung von Staatsgut und fürstlichem Eigentum auflehnte, eine Trennung beider statgefunden hätte, wie es etwa in Preußen der Fall war. Hier hatte schon König Friedrich Wilhelm I. den „Schatzgütern“, deren Einkünfte bisher der Privatschatulle des Landesherrn zugefloßen waren, „die Natur und Eigenschaft: rechter Domainal- und Kammergüter“ beigelegt und sie somit zum Staatseigentum erklärt. Leider geschah etwas Entsprechendes in Kurland nicht und das hat dann während der bedauerlichen Streitigkeiten zur Zeit des letzten Herzogs neuen Brandstoff dem Feuer der Zwietracht zugeführt. Vermutet wurden die ständischen Forderungen von der herzoglichen Kammer, unter der der Henkemeister Hand der Zahlungen empfing und leistete.

Von dieser staatlichen Finanzwirtschaft ist aber die der Ritter und Landchaft zu unterscheiden, die den Zweck hatte, den besonderen Bedürfnissen der Korporation zu dienen, so z. B. den Bevollmächtigten derselben am polnischen Hofe — später auch wohl gelegentlich am russischen — zu entschädigen, die Offiziere des Hofdienstes zu besolden und dergl. Die Geschichte der Selbstbesteuerung der Ritterschaft ist ein noch ungeschriebenes Kapitel. Zunächst läßt sich nur feststellen, daß durch die polnische Kommission 1642 zuerst die Art und Weise der Kontributionen geregelt worden ist¹⁾. Danach sollten von jedem

¹⁾ S. des *Modus executionis contributionum* bei Ziegenhorn. Beil.

Kirchspiel besondere Deputierte zum Einkassieren gewählt werden — die Untereinnahmer —, die die Kontributionen an die Obereinnahmer, deren es in Kurland und in Semgallen je einen gab — abführten und die Säumigen ihnen meldeten. Die Obereinnahmer hatten, wenn nötig, die gewaltsame Beitreibung durch die Kontrichter vornehmen zu lassen, denen hierzu ein besonderes herzogliches Mandat erteilt wurde. Die Landeskasse sollte in der Verwahrung des Oberhauptmanns von Goldingen und zweier Edelleute stehen, die je einen Schlüssel zum „Aerarium publicum“ besitzen sollten. Jedoch zeigen die Landtagschlüsse, daß es zu einem wohl eingerichteten Aerar (Landeskasse) nicht kommen wollte, ebenso wie die Konsignation der Urkunden des „Landeskassens“ lange als frommer Wunsch begegnet.

Wir verlassen nun die Betrachtung der staatlichen Zustände und wenden uns den einzelnen Bevölkerungsklassen zu. Ehe wir aber diese kennen lernen, wollen wir uns noch mit den Verkehrsverhältnissen in Kurland vertraut machen, wie sie uns in den Schilderungen von Reisenden im XVI., XVII. und XVIII. Jahrhundert entgegentreten

II.

Wer im XVI., XVII. oder XVIII. Jahrhundert nach Kurland reiste¹⁾, tat gut, jedenfalls in der besseren Jahreszeit den Seeweg zu wählen und mit einem Schiffe von einem der deutschen Ostseehäfen die Fahrt nach Riga, Windau oder Libau anzutreten. Sie war billiger und wohl auch in der Hauptsache, wenn Wind und Wetter nicht zu

Nr. 149. Landtagschluß von 1648, vom 30 Juli, § 28, 1738; 2 Juli, § 2. 1739, 28. Januar, § 3; 1746, 14 Februar, § 10.

¹⁾ Benutzt sind folgende Reisebeschreibungen und Berichte von Zeitgenossen A. Olearius, Ausführliche Beschreibung der Kundbaren Reise nach Moskau und Persien (1663); v. Reyerberg, Her in Moschoviam; Joh. Arnold v. Brand, Reisen durch die Mark Brandenburg, Preußen, Kurland u. (1702). J. Bernoulli, Reisen durch Brandenburg, Pommern, Preußen, Kurland i. d. J. 1777 u. 1778. (1779–80) Bd. 3 u. 6. H. Bragall, Bemerkungen auf einer Reise durch das nördliche Europa, Aus dem Englischen (1776), Rückern-
nerungen einer Reise durch einen Theil von Teutschland, Preußen, Kurland u. Strassburg 1795 Anonym (eiglt Königsberg. Verf.: Liebeskind); J. Schu. g. Reise eines Diefländers von Riga nach Warschau (1795). — Georg Ernst Sigismund Hennig im Preuß. Archiv II (1791), S. 553 ff. Abrah. Ernst Hennig's Aufsätze im Archiv der deutschen Gesellschaft in Königsberg I, 1, 270–272; IV 501–520; VI, 82–90; VII, 394–419; VII, 529–566 1792–1796.

widrig waren, schneller und bequemer als das Reisen zu Lande. Aus Deutschland mußte man zudem erst nach Ostpreußen gelangen, um dann die weitere langwierige Bogenfahrt nach Rußland anzutreten. Die gewöhnliche Straße dorthin führte von Königsberg nach Riga, dann über die kurische Nehrung auf sandigen Wegen vorbei an den Dörfern Sackau, Kossitten und Rägeln nach Memel, wo man zunächst über das Tief setzen mußte, ehe man in die Stadt selbst gelangte. Es kam aber auch vor, daß man von Schaul aus mit dem Segelboot die Fahrt über das kurische Haff nach Memel machte. Nicht ganz drei Meilen von hier hatte es der Reisende, bis er bei Rimmerfalt das Herzogtum Preußen verließ und beim Grenzorte Polangen das zu Polen gehörige Schmalen betrat, das hier mit einem schmalen Landstreifen Preußen und Rußland scheidend, das Meer erreichte. Hier war jedenfalls schon im XVII Jahrhundert ein Zollhaus, als dessen Insassen ein Reisender 1673 einen Juden vorfand, und hier hat dann, so lange Polen als Staat bestand, die Zollbeurkundung der Reisenden stattgefunden; auf preussischer Seite stand das Zollhaus in Rimmerfalt. Wohl dem Reisenden, der sich in Polangen nicht lange aufzuhalten brauchte, es sah „wie ein großes räucheriges Dorf“ aus und verankte nur dem Bernstein, der damals dort in erheblicher Menge gefunden wurde, seine höchst geringe Bedeutung. Im XVIII Jahrhundert ließ der Bischof von Wilna, Kossowski, für zwei seiner Manteffen einen Palast bauen, der mehr als 20 Zimmer hatte und den beide zu gleicher Zeit bewohnten. Später wurde er an einen Juden als Gasthaus verpachtet, das entlang einen großen Fortschritt in der Bequemlichkeit für Reisende bedeutete. Im Jahre 1793 aber im Innern bereits „das Ansehen einer Morbegrube“ hatte, die Tapeten waren zerlegt, die Fenster zum Teil zerbrochen, das Ganze bot ein Bild der Verwahrlosung. — Erst etwa zwei Meilen hinter Polangen gelangte man, nachdem die Brücke über die heilige Na passiert war, auf den Boden des Herzogthums Curland. Im XVII Jahrhundert ging nun eine Straße über Rugau, Oberbartau, Tadeiken, Trogen, Schründen an der Buda, Frauenbura, Alß und Doblen nach Mitau und so wird es noch im XVIII. Jahrhundert gewesen sein.

Nach Lbau führte die Landstraße nicht weit vom Meere, zum Theil unmittelbar an ihm, vorbei an Rapsen nach Birgen; so reiste jedenfalls im Jahre 1777 der bekannte Reisende Jol. Bernoulli, um

dann von Libau aus über Grobin, Durben und Ilmajen bei Schründen die große Poststraße zu erreichen.

War die Fahrt aus Preußen über Memel nun auch die gewöhnliche, so wird gelegentlich auch eine andere Route erwähnt, nämlich die von Elstt auer durch Litauen auf Wiltau zu; auf diesem Wege reiste z. B. die Herzogin Anna, die Witwe Herzog Gotthards, im Jahre 1591 nach Deutschland, wie sie den preussischen Oberräten berichtete, und 1600 wählte Herzog Wilhelm infolge der Kriegswirren in Schamaiten dieselbe Straße.

Wenn oben gesagt worden ist, daß das Reisen auf Landwegen mit sehr vielen Unzuträglichkeiten verknüpft war, so wirkten bei diesen mehrere Umstände zusammen. Die Wege waren zunächst recht fragwürdige, zum Teil sehr schlechte. Im Jahre 1673 schrieb Herzog Wilhelm von Kurland aus Schründen an die preussischen Regimentsräte, daß er durch einen Schlittenunfall so zu Schaden gekommen sei, daß er „zur Abwartung und Recapericang voriger Gesundheit“ die geplante Reise nach Warschau aufgeben müsse. Und doch war das Reisen im Winter noch besser, als im Herbst oder Frühjahr. Der Professor an der Universität Duisburg, Dr. jur. Arnold v. Brand, der den brandenburgischen Gesandten Scultetus auf besser Gesandtschaftsreise nach Moskau im Jahre 1673 begleitet hatte und dabei auch durch Kurland gekommen war, klagt mehrfach — es war im Oktober — über die „bö'en Wege“, die einmal sogar große „Mühe und Gefahr“ verursachen. Und nur gar erst, wenn das Leuwetter im Frühling die Wege aufweichte und beinahe unpassierbar machte. So erzählt der Baron v. Meyerberg, der als Kaiserlicher Gesandter im Jahre 1661 über Kurland nach Rußland eilte, über die Fahrt im kurlischen Oberlande: „Der Schnee, den der Frühling allmählich geschmolzen hatte und häufige Regengüsse hatten den Erdboden so tief aufgeweicht, daß die Hufen der Pferde und die Wagenräder tief einsanken und ihre Bewegung immer wieder gehemmt und unterbrochen wurde. Ein Bächlein, über das sonst Kinder hätten springen können, war so sehr angeschwollen, daß es wie ein großer Strom ausah und nur mit einem Flosse, das wir erst herstellen mußten, passiert werden konnte.“ Meyerberg reiste freilich in einer Zeit, in der eben der Krieg in Kurland gewüthet hatte; so erklärt sich seine Bemerkung, er könne nicht verhehlen, daß er auf keiner Reise solche Mühen wie in Kurland auszustehen gehabt habe. Erst in den letzten Jahrzehnten des Herzog-

ischen Kurlands war es mindestens mit der großen Poststraße Reme-
Riga besser bestellt, da sie auf dringendes Verlangen der russischen
Kaiserin Katharina II. als „Jouriststraße“ in gutem Stande erhalten
wurde. Die Briefpost, die — allerdings nicht ohne Unterbrechung —
seit 1717 bestand, wurde schon in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts
recht schnell befördert, konnte doch zum Beispiel ein Brief von Libau
nach Reme in 21, nach Riga in 27 Stunden expediert werden,
wenn die Wege gut waren. Wir hören, daß die Reisenden sich meist
vorher mit den nötigen Vorräten versehen, da solche auf der Reise
oft nicht leicht zu beschaffen waren. Allerdings gab es in Kurland
— nicht erst seit dem XVII. Jahrhundert — Krüge¹⁾, aber sie waren
damals noch selten und sehr primitiv und boten nur bescheidenen
Ausprachen Genüge. So erzählt der berühmte Reisende Olearius, wie
es ihm, als er auf seiner moskowitzischen Reise (1695) nach Doblen
kam, dort gegangen. „Der Wirt, weil es in der Nacht, wollte uns
nicht aufnehmen, vermeinte, daß wir Soldaten oder Zigeuner wären,
welche vor wenig Tagen auch bei ihm gewesen und dem Wirt nicht
wohl gelohnt. Er ließ sich endlich noch bereden, speisete uns aber
nur mit Kase, Brod und saurem Bier.“ Wenn Gesandte zeitig und
richtig angekündigt waren, erühten sie auf den herzoglichen Schlössern
Aufnahme und Bewirtung. Olearius erzählt freilich, daß der Haupt-
mann in Jauernburg ihn und seine Genossen nicht aufs Schloß lud,
sondern ihnen nur eine Tonne gutes Bier in die Herberge sandte.
Gewiß waltete auch in jenen Tagen in Edelhöfen und Pfarrhäusern
herzliche Gastfreundschaft, aber es war doch immer nur ein Teil der
Reisenden, der von ihr Gebrauch machen konnte. Man war doch
meist auf Krüge als Nachtquartier angewiesen. Im XVIII. Jahr-
hundert waren diese schon wesentlich besser geworden. „Zu Kurlands
Ruhm muß ich gestehen“, schreibt Bernoulli im Jahre 1777, „daß wir
mehrentheils recht reinliche und sogar lieblich meublierte Quartiere
Mittags und Abends angetroffen haben. Die kurländischen Krüge
bestehen so zu sagen insgesamt aus einer großen Wirtstube für die
geringen Leute, in die man aus dem großen Hof (Stadthof), wo

¹⁾ Es kam auch vor, daß man im Freien kein Nachtquartier aufschlug. So
suchte der Minor Samuel Riechel 1686 zwischen Riga und Reme auf freiem
Felde bei strömendem Regen unter einem Wagen kampieren. So erzählt er selbst in
seiner Reisebeschreibung (in der Bibl. des H. H. Bernini in Stuttgart Bd. 86, S. 106).

Pferde und Wagen halten, eintritt, an das andere schmälere Ende stoßen ein Paar kleine aber artige, mit sauberen Betten versehene Zimmer für die reisenden Herrschaften und an die eine längere Seite die Küche, Vorraths- und Wohnstube der Wirthsleute. Mit dem Essen ist man nicht so wohl daran; man findet wohl Hühner und anderes zahmes Vieh, allein frisch oder noch garnicht geschlachtet, sodaß alle Fleischspeisen nichts anders, als hart kochen genossen werden und höchstens nur dazu dienen eine gute Suppe zu machen. Daß Milch und Eier zu haben sind versteht sich, von grünen Gemüsen aber selten Etwas; gutes Brod muß man mit sich führen und überdies an den meisten Orten sein eigener Koch sein.¹⁾ Ein anderer Reisender fügt seinem sonst lobenden Urtheil über die Krüge hinzu, daß nur das Bier „wie fast überall in Rußland“ elend und schlecht gewesen.

Die Landschaft mit ihren gewiß schlechten aber so trauten Reizen, wie sie die nordische Natur für ein empfängliches Gemüt in so reichem Maße bietet, hat schon im XVIII. Jahrhundert warme Lobredner unter den Reisenden gefunden. „Nichts“ sagt der Engländer Bragall, indem er von seiner Fahrt durch etwa das mittlere Rußland redet — „übertraf die schönen Gegenden, die ich passierte Weiße Felder, die vor acht oder vierzehn Tagen noch mit einer reichen Ernte bedeckt gewesen waren und auf denen das Korn noch in Garben stand, machten dem Reisenden einen Begriff von Überfluß und Glückseligkeit. Alles, was ich sah, schien mir eine Anmerkung des Herzogs in Aufsehung Rußlands zu rechtfertigen und zu bestätigen, daß weder in den Archiven noch in alten Traditionen sich etwas von Hungernöth erwähnt fände²⁾. Die Natur ist ihm ungemein günstig gewesen und wenn man Rußland das nordische Sizilien zu nennen pflegt, so kommt diese Benennung mit mehrerem Rechte diesem Staate zu, dessen Produkte ehemals sämmtlich von Riga ausgeschifft wurden und daher zu dieser angenommenen Meinung Anlaß gaben. — Ich kam durch verschiedene Wälder, aber sie hatten nichts Wildes noch Finsternes an sich. Sie bestanden aus Eichen, Espen, Weiden, Lärchen und Rußbäumen, unter dem Schatten ihres veränderlichen Laubes aß ich einige kalte mitgebrachte Speisen, indeß meine Begleiter mir von den über meinen Kopf hängenden Zweigen einen Nachschuß von Rüssen besorgten.“ — Erst in der Nähe

¹⁾ Darin irrte der Herzog.

der Grenze fand Bayall, daß sich die Bevölkerung verminderte und die Gegend wüster ausieth: „Die düstere Wälder von 20 englischen Meilen lang, die nur Wölfen und Bären zum Schutze dienen können.“ Wölfe mochten mit ihrem heileren Gebell nicht selten den nächtlichen Reisenden erschrecken, es gab auch in der Nähe der Städte nicht wenige, jagte doch Herzog Peter nach der Angabe desselben Reisenden bei Wilna besonders gerne Wölfe und erlegte oft 6—7 an einem Morgen. — Vielfach reiste man damals auch zu Pferde und so Mancher, nicht nur Handwerksbursche, sondern auch wohl der mit irdischem Gut nicht reichlich ausgestattete Musensohn legte den Weg auf den Landstraßen zu Fuß zurück, und dazu gehörte mehr Zeit, als das heutige haltende Geschlecht für entbehrlich anseht. Aber auch zu Wagen bewegte man sich nach unserer Begriffe sehr langsam fort. Brand reiste im Durchschnitt täglich drei höchstens sechs Meilen. Er fuhr von Polangen am 13. Oktober (1673) ab und kam am 20. in Wilna an, brauchte also 7 Tage für diese Strecke, die auch Bernorili etwa 100 Jahre später in 6 Tagen zurücklegte. Als er reiste, gab es bereits eine Pferdepост in Rurik, aber häufig war es auch, daß man sich ein Gefährt in Remei, in Libau oder bei der umgekehrten Begehrung in Riga oder Wilna mietete. Der Königsberger Fuhrmann war eine in Wilna und Riga wohlbekannte Persönlichkeit. Als die Fürstin von Jersbst ihre Tochter, die spätere Kaiserin Katharina II., auf ihrer Brautfahrt nach Rußland (1744) geleitete, mußten die Reisenden für ihre 4 Wagen 24 Vierpferde nehmen, für die sie bis Riga 210 Taler zu zahlen hatten. Die Wagen wurden bei genügendem Schnee auf Schlitten gelegt, fehlte jener aber, so wurden die Schlitten an die Wagen angebunden und von diesen mitgezogen¹⁾.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Schwierigkeiten sich ergaben, wenn gar die herzogliche Familie oder Glieder derselben mit zahlreicherer Begleitung auf Reisen gingen. Wir haben aus dem 16. und besonders aus dem 17. Jahrhundert eine ganze Reihe von Nachrichten über das Gefolge, das die Fürstlichkeiten zu begleiten pflegte, es waren bisweilen gegen 200 Menschen und bis zu 200 Pferde, die uns begrenzten²⁾. Wer war aber auch nicht alles im Gefolge, wenn Seine

¹⁾ Vgl. Siebig: Katharina II. Brautreise nach Rußland. Dessau 1873.

²⁾ Herzog Christoph zog zu einer Hochzeit mit 200 Pferden, als seine Witwe

hochfürstliche Gnaden auf Reisen ging. Außer den Staatsmännern und Beamten finden wir den Hofprediger, den Stallmeister, Hofmeister, Junker, Edelknaben, Weinschenk, Oberkämmerer, Barbierer (Wundarzt), Kanzlisten, Küchenschreiber, Mundkoch, Schmiede, Einspänniger (Eilboten für Briefe), Trabanten, Lakaien, Kuriere, Trompeter u. a. Naturgemäß waren die Reisen nicht billig, wenn man in Betracht zieht, daß besreunbete Höfe weitgehende Gastfreundschaft gewährten. Es war üblich, den Landesherren der Gebiete, durch die gereist werden sollte, zeitig davon in Kenntniß zu setzen, damit auf den Schlössern oder Ämtern die nötigen Vorkehrungen getroffen werden konnten und die vielen Menschen und Rosse das Nötige fanden. Aber natürlich mußte nicht selten auch das Unentbehrliche gekauft werden und dazu kamen Extrausgaben, etwa, wenn die Wagen Schaben nahmen, ferner Trinkgelber und Geschenke. Letztere wurden auch hohen Beamten zuteil, wie heute auch noch neben den nun üblicheren Orden. Aus dem Jahre 1606 hören wir, daß die Herzogin Elisabeth Magdalena z. B. dem Hauptmann in Memel 80 Gulden „zu einem vergüldeten Becher“ schenkt. Ihre Reise nach Pommern hat ihr etwa 5000 Gulden, die Rückreise gegen 3000 Gulden gekostet, was bei der damaligen Bedeutung des Geldes keine geringe Summe ausmachte.

III.

Wir haben in der Geschichte des Herzogtums Kurland viel von Krieg und Kriegseleid zu erzählen gehabt; auch die Herrschaft des Landes ist von ihm reichlich betroffen worden und es hat in den Schlössern der kurländischen Herzöge Tage gegeben, wo bange Sorge die Gemüter erfüllte und sogar die bittere Not hat zu Zeiten an die

1592 aus ihrer Medlenburgischen Heimat nach Kurland zurückreiste, waren 85 Pferde nötig, um die Reisenden und ihr Gepäck zu befördern, 7 allem für den Wagen der alten Fürstin. Herzog Friedrich zog zum Belagerer des Markgrafen Johann Sigismund von Brandenburg 1594 mit über 300 Pferden. Herzog Wilhelm reiste 1607 mit 46 Personen, für deren Transport 45 Pferde gebraucht wurden, 1616 als er Kurland dauernd verließ, mit 65 Menschen und 6 Pferden, Herzog Friedrich im Jahre 1623 mit 109 Menschen und 110 Pferden. Und noch zahlreicher waren Personen und Pferde, wenn es sich um Reisen zum Könige oder Reichstage Polens handelte. Herzog Wilhelm begleiteten im Dezember 1600 einhundertachtundsechzig Personen mit 162 Pferden, fünf Jahre später waren es 189 Personen und 186 Pferde.

Tore geklopft. Aber wenn wir von den Kriegen absehen und all dem Ungemach, das sie mit sich bringen, so war die Lage der Herzöge von Kurland in mancher Hinsicht eine beneidenswertere, als die mancher fürstlichen Standesgenossen im heiligen römischen Reich. Denn reiche Einnahmen standen, wie schon erzählt ist, zu ihrer Verfügung. Loh das Herzogthum der Ritters für reich galt, trieb die Geneigtheit hoher Fürstenhäuser, mit ihm in Heratsverbindungen zu treten und wird bei Gelezenheit der Verhandlungen über die Ehenziehung Herzog Jakob's direkt erwähnt. Hätten die Biron's nicht so große Mittel zur Verfügung gehabt, so hätten sie schon nicht die schönen Schlösser auführen können, deren Bau auch in einem Zeitalter, wo infolge der Verbantertanigkeit die Dienstkraft außerordentlich wohlfeil war, sehr erhebliche Kosten beanspruchte. Als Herzog Gotthard das Herzogthum begründete, mochte seine Stellung freilich bescheidenere sein als sie es als Ordensmeister gewesen war. Die Kriegswaffen hatten das Leben zudem Armer gemacht und von der Lippigkeit und dem Behagen altbländischer Art wenig übrig gelassen. Die Verhältnisse erscheinen am jungen Herzogshofe recht primitiv; er muß sich Spielleute von Herzog Albrecht aus Preußen leihen und bittet denn später, sie noch länger behalten zu dürfen, da in Lande keine zu beschaffen seien. Aber schon bald läßt der neue Fürst eine Hofordnung entwerfen¹⁾, die uns einen Einblick in die Zustände des Hofes gewährt; er hat sie gewiß nach dem Muster anderer deutscher Fürstenhöfe abfassen lassen, wie denn überhaupt immer im Auge zu behalten ist, daß der Aufschwung des kurländischen Hofes nicht für sich Dastehendes war, sondern im Laufe der Jahrhunderte der Art und dem Wandel entsprach, die uns in Deutschland zu den Höfen bezeugen. Die Hofordnung weist über hundert Personen auf, die auf des Fürsten Kosten besoldet, gespeist und gekleidet wurden. Wir finden hier die höchsten Ratgeber des Fürsten, den Statthalter, Oberhauptmann, Kanzler, Obermarschall, Untermarschall und Hofrat, denen wir den anderen wichtigeren Beamten Pferde gehalten wurden, ferner den Küstmeister, Hofprediger, Leibarzt, Mundschenk, Küchenmeister, Bor-schneider, 2 Kammerjunker, einen Rentmeister in Riga, einen Kammermeister am Hofe, Knechte, Schächter, Sattler u. a. Es waren außer

¹⁾ Monumenta Livonica historica II. — Baltischer Jahrbuch für Genealogie 1893, S. 101. Arch. Sitzungstericht 1894, Novemberagung (S. Dieblich).

den letztgenannten niedrigsten Dienern 113 Personen, während der Herzogin 23 zur Verfügung standen, es fehlte eine Hofmeisterin so wenig wie — eine Hofwäscherin. Die ganze Hofgesellschaft zerfiel hinsichtlich der Bekleidung in achtzehn Tische; über deren Kosten finden sich genaue Vorschriften, ebenso darüber, was am Hofe jährlich an Korn, Vieh, Fisch und anderen Viktualien, sowie Wein verausgabt werden durfte, sogar die Zahl der Eier 25000 ist angegeben. Für Wein waren 1200 Taler angesetzt, 80 Ohm Rheinwein zu 720 Talern und 60 Faß französischen Wein zu 500 Talern. Die Kosten des gesamten Hofhauses waren auf ca. 4800 Taler im Jahr angenommen. Es ist nicht ganz sicher, ob es sich hierbei um einen Entwurf zu einer Verordnung oder um eine solche selbst handelt; jedenfalls wird es ähnlich gehalten worden und in der Folge geblieben sein, wenn auch die sich steigenden Bedürfnisse manche Abänderung herbeigeführt haben.

Bei dem Reichtum Kurlands an allerlei Wildpret und der Leichtigkeit, von den herzoglichen Ämtern die nötigen Lebensmittel stets in die herzogliche Residenz zu führen, dürfen wir uns den Reichtum der Verpflegung am Hof sehr reichlich denken. Aus Herzog Jakobs Zeiten¹⁾ hat sich ein Zettel erhalten, der wohl einen Entwurf zum Menu für die einzelnen Tische des herzoglichen Hofes enthält; solcher Tische werden im ganzen acht aufgezählt und für jeden eine besondere Speisenfolge festgesetzt, es sind „Sr. Fürstl. Durchlaucht Tafel“, die Prinzentafel, die Junkertafel, der Tisch des fürstlichen Frauenzimmers, der Kammer, der Rentkammer, der Kallaien und der Kochkammer. Für die fürstliche Tafel werden 20 Gerichte genannt, die im großen und ganzen recht einfach sind. Neben „kleinen Kalbfleisch-Portionen“ (Pastetchen), „Zuckerschnitten“ und „ausgeschnittenem Buttermisch“ fehlt auch nicht „ süßer Kohl mit Knackwurst“. Es war in der Art jener Zeiten unentwickelteren Weltverkehrs begründet, daß nicht immer alles Wünschenswerthe beschafft werden konnte. Es war ein Ereignis, wenn das erste Schiff mit den Früchten des Südens anlangte, wir hören auch von freundschaftlichen Geschenken, die der schwedische Statthalter in Riga der Herzogin Elisabeth Wladislawna sendet, Austern, die dort bereits auf dem Seewege eingetroffen waren oder den beliebten Rigischen Lachs u. a.

¹⁾ Im allgemeinen sei für die Zeit Herzog Jakobs auf Wierbachs holländische Briefe verwiesen.

und von Gegenprä-enten, die er dafür erhielt. Später freilich war von so harmlosen Beziehungen zwischen Witau und Wiza nicht mehr die Rede. Bei festlichen Gelegenheiten und beim Empfange von Gesandten ging es natürlich feiner her. Neben wir dem Protokoll von Brand das Wort, der über den Empfang der brandenburgischen Gesandtschaft nach Breslau, zu der auch er gehörte, in Witau im Jahre 1673 das Nachstehende aufgezeichnet hat: Nachdem er berichtet, wie eine mit rotem Tuche ausgeflagelte Jacht die Gesandtschaft über die Wa zum Schlosse gebracht, wie der Herzog Jakob sie an der Treppe, die zum Eßsaal lehrte, selbst empfangen und in einen herrlichen Saal geleitet hatte, „welches obere Gemach die abgemahlte Vierkugel repräsentirte“, fährt er fort. „Hier hielten wir sammt denen Fürstlichen Bedienten und unterdessen auf, in dem der Herr Abgesandte von den fürstlichen Gnaden in einem absonderen hart angelegenen Zimmer zur ersten Audienz begünstiget wurde, nachdem aber dieses geschehen und au' selbsteigene erteilte gnädige und freundliche Vorurtheilung der fürstlichen Gnaden wir die Gnade widerfahren, selbige unterthänigst zu küssen, wurden wir zur Taffel im selbigen Saal genöthigt, und ward dem Herrn Abgesandten durch Hr. Dorthausen (Dorthesen, der fürstliche Rathsmeister) zum Eßten das Handwasser dargeboten, welcher nach langwieriger und höchster Protection der hohen Herrn Ihre fürstlichen Gnaden die Vorwand gelassen, das Handtuch aber reichte der Oberhauptmann Beckum (von Altenbockum) und wurden in folgender Ordnung zur Taffel gesetzt der Fürst oben, recht gegen dem über der H. Abgesandte. . . Die Essen wurden erstlich zehn, zum zweiten wiederum zehn endlich vierzehn Schalen von Confitüren und anderem Banquet, alle in silbern Schüsseln und Schalen aufgetragen, und wurde erstlich des Churfürsten von Brandenburg, zweitens der Churfürstinnen und Prinzen Gesundheit vom Herzogen umgetrunken in Spanischem Wein, endlich brach der Herr Abgesandte des Fürsten Gesundheit herum. Was des Fürsten Kleidung betrifft, war dieselbe von schwarzer Seiden mit überbreiteten wenig schweren Spitzen; hatte ein Koller umd mit breittlichen Spitzen besetzt, die Schul waren mit in Rubinen verfertigten Spanden (Spangen) versehen; der Bart spiegelte an das Rinn mit großen grauen Ruedeln und war Alles um soviel mehr demselben anständig, als seine Freundlichkeit und trübsches Angesicht Allen angenehm war.“ Am Abend empfingen auch die fürst-

lichen Damen die Gesandtschaft. „Hiemuf wurden wir wiederum mit brennenden Fackeln im vorigen Nachigen über das Wasser in Begleitung etlicher Cavalliren nach unserm Quartier geführt, wo Wir dan obermahl von etlichen Cavalliren des Abends traktiret worden mit zweymal acht Schüsseln.“

Ubrigens war Mitau keineswegs die einzige Residenz der Herzöge. Herzog Gotthard hat z. B. auch in Riga und Selsburg, seine Söhne in Solbinger, Herzog Jakob auch in Grobin oft Hof gehalten, wenn auch seit 1642 Mitau als offizielle Residenz galt.

Das tägliche Leben und die Vergnügungen der lirländischen Fürsten im 17. Jahrhundert müssen wir uns noch recht einfach vorstellen. Wir wissen, daß die Herzöge Friedrich und Wilhelm einem guten Trumke nicht abhold und daneben der Jagd ergeben waren, die auch Herzog Jakob hochschätzte. Das Herrscherhaus schloß sich gegen die Landlaffen keineswegs ab, wir hören, daß es auch zu rigaschen Bürgern leutselige Beziehungen unterhält, z. B. das Patenamt bei ihnen übernimmt, und das gilt in noch höherem Maße von den Edelleuten und nicht wenigen Predigern des eigenen Landes. Auch die private Korrespondenz hat neben den Staatsgeschäften die Fürsten im Zeitalter geringerer Publizität in Anspruch genommen und nicht selten finden wir sie auf Reisen. Herzog Friedrich und seine Gattin, auch Herzog Wilhelm sind mehrfach im Auslande bei befreundeten oder verwandten Fürsten gewesen. Herzog Jakob dagegen war viel im Lande unterwegs, da er, wie Brand überliefert, viermal im Jahre alle seine „Aemter“, d. h. die Domänen zu besuchen und zu beschäftigen pflegte. Nicht ohne eigenes Längleitsgebiet waren auch die Herzoginnen, denen ja bei der Hochzeit Güter als Verlobgeld überwießen wurden, während ihnen andere später als Wittum zu dienen hatten. Die Bewirtschaftung dieser Güter wurde von ihnen selbst überwacht; wir wissen von der Herzogin Anna und besonders von der Herzogin Elisabeth Magdalena, daß sie sich lebhaft für ihre Güter interessirten und letztere mit Einwand und Bestrafungen nicht ohne Erfolg handelte. Weniger glücklich hierin ist Herzog Jakobs Gemahlin Luise Charlotte gewesen. Alle Fürstinnen Aurlands im 17. Jahrhundert sind Freunde der Geistlichkeit gewesen, Elisabeth Magdalena namentlich hat mit dem Hosprediger Johann Bernerich, mit Daniel Faststein, mit Georg Ranceltus u. a. in reger Korrespondenz gestanden und mancher „Discurs von geistlichen Sachen“ ist zwischen

ihnen geführt worden. Auch von Jakobs Gemahlin ist ähnliches bekannt. Über die Erziehung der fürstlichen Kinder erfahren wir genaueres erst in den Tagen Herzog Jakobs, dem ja eine große Anzahl von Söhnen und Töchtern heranwuchs. Wir besitzen noch Instruktionen, nach denen sich die Erzieher oder wie sie damals hießen, die Informatoren der Söhne Herzog Jakobs zu richten hatten. Genaue Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Hochlinge und ihre wissenschaftliche Schulung fehlen darin ebensowenig, wie Vorschriften über die Heranbildung in gesellschaftlicher Hinsicht, in den Formen und der Lebensart, wie sie jungen Fürsten zukam. Die Instruktion des Erbprinzen betraf noch die für den künftigen Herrscher nötigen Kenntnisse, so die polnische Sprache und „des polnischen Staats und dieses Landes Rechte und Gewohnheiten“. Die Instruktionen sind übrigens noch noch erhaltenen Vorbildern, den Instruktionen deutscher Fürsten, entworfen¹⁾.

Dass es bei fürstlichen Hochzeiten am üblichen Prunk nicht mangelte, ist uns mehrfach überliefert; wir erfahren z. B. bei Gelegenheit der Hochzeit des Herzog Jakobs, dass es bei ihr an Turnieren, an „Kopfs-, Fing- und Linienspielen“ und anderen „ritterlichen Exerzitien“ nicht fehlte. Aber wie diese Hochzeit, haben die sämtlichen kurländischen Herzöge im Auslande stattgefunden, die bei ihnen veranstalteten Lustbarkeiten sind also nicht irgendwie für den kurländischen Hof charakteristisch. Und das ist ja überhaupt festzuhalten, dass sich an ihm alles doch überhaupt in den Lebensformen bewegte, die an den meisten deutschen Höfen sich herausgebildet hatten und üblich waren. Das gilt auch von den Leichenbegängnissen in den hochfürstlichen Familien, bei denen ein bisterer Prunk entfaltet, die Leichen auf dem Paradebette ausgestellt und von Adel und Bürgerschaft die Leichenwache gehalten wurde, ehe die Beisetzungs im Gewölbe des Rigaer Schlosses stattfand. Das geschah mitunter sehr spät, so ist die Herzogin Louise Charlotte, Jakobs Gattin, erst ein ganzes Jahr nach ihrem Tode beigesetzt worden. Über ihr und ihres Sohnes, des Herzogs Friedrich Rissmit, Leichenbegängnis liegen sehr genaue Nachrichten vor, sie zeigen uns, mit welchem Pompe die herzoglichen Familienangehörigen zur Ruhe gebracht wurden.

¹⁾ E. H. Gerassim in: *Russlands herzoglicher Zeit* S. 170 ff. Vergl. auch D. Diederichs in den *Russ. Ergänzungsbänden* 1896 S. 36.

Während in den Tagen Herzog Jakobs der Hof den Eindruck schlichter Behabigkeit machte, trat in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Kasimir bereits ein Umschwung ein, der Herzog bewies, daß auch auf ihn der Glanz, der von Versailles ausging, gleichwie auf so viele seiner Standesgenossen in deutschen Landen den Eindruck nicht verfehlte. Manches Neue begegnet uns in Hof und Residenz; hatte Herzog Jakob, wie wir sahen, eine wertvolle, wohlausgesuchte Bibliothek gehabt, so bedurfte Friedrich Kasimir bereits eines Bibliothekars, den er in der Person des Mitauer Rektors Christian Hornmann fand. Wir hören von einem Aufseher, von einer Oper, einer Orangerie, „einer Jagd von einheimischen Jagd-, Wind-, Hühner- und englischen Hunden“. Bei Goldingen entstand der prächtige Tiergarten, in dem Hirsche gehalten wurden. Wie viel schlichter war es doch unter seinem Vater gewesen, der seine verfügbaren Mittel in vielleicht sanguinischer Weise zu weitläufigen Unternehmungen verwandte, aber für müßige Pracht kein Interesse hatte. Als Friedrich Kasimir zu seinen Vätern versammelt worden war, konnte längere Zeit von einer Hofhaltung in Mitau nicht die Rede sein, Herzog Ferdinand weilte außer Landes, Friedrich Wilhelms Regierung war eine kurze Episode und Ernst Johann Birn hielt sich gewöhnlich in Petersburg auf, bis er in die Verbannung gehen mußte. Erst unter dem sächsischen Karl lernten die Kurländer nach halbhundertjähriger Pause wieder einen Hof in ihrer Hauptstadt kennen. Besser sind wir dann über die Zeit des letzten Herzogs Peter Birn unterrichtet, und das, was wir erfahren, zeigt doch schon einen Wandel gegenüber den Verhältnissen unter den Herzögen Rattlerischen Stammes. Die alte Burg in Mitau, die zum Teil schon in den Tagen des Ordens gestanden, war geprengt und hatte einem freilich sehr langsam vollendeten Brachtbau Platz gemacht, in dem Glanz und Geschmack herrschten. Der Herzog fand an dem schönen Besitz Freude und machte daraus kein Hehl; der englische Reisende Brayall erzählt, der Herzog habe ihm persönlich das Schloß und die Seltenheiten, die er gesammelt hatte, gezeigt. Überhaupt liebte er es, Reisende von Reputation bei sich als Gast zu sehen und zeigte sich dann von der lebensmüdigsten Seite. Dieser Abgang des Herzogs verbannte auch der Professor Johann Bernoulli im September 1778 die Gastfreundschaft des Herzogs, der eben erst aus dem Lustschlosse Pöna zurückgekehrt war. „Wir wurden,“ erzählt Bernoulli (VI, 21),

„im Namen des Herzogs von dem Hofmarschall, Baron v. Koppmann, zur Tafel geladen, welche auch bald darauf anging und mit Geschmack und Uebersuß herzu war. Es waren etwa 20 Personen an einem sehr langen und schmalen Tische; mitten an demselben saß der Herzog zwischen seiner Frau Mutter und einem Minister: mich setzte man gegen Ihre Durchlauchten über. Die Unterredung war zum Theil allgemein; mit Anstand, lebhaft und ohne Zwang. Beim Dessert reichte mir der Herzog reichlich von dem schönen Cote, das in seinem Garten zu Schwedthof gezeuget wird. Nach ausgehobener Tafel spielt der Herzog Billard à la Guerre mit Verschiedenen des Hofes; mittlerweile führte mich der Hofmarschall in den vornehmsten Zimmern herum. Der Saal, in welchem Billard gespielt wurde, war eines der reichsten Zimmer des Schlosses; doch werden nicht einem Jeden die etwas gar zu massiven silbernen Zierathen gefallen. In dem großen Wohnzimmer nebenan, wo die Aussicht über den schönsten Theil der Gegend um Witau ganz herrlich ist, steht ein sehr kostbarer Schiedtisch, der in dem Verlauf der Erienen des Herzogs von Chaiseul, nach dieses Ministers Fall, für zwölftausend Livres erstanden worden und den nachher der vorige Besitzer vergebens wieder an sich zu bringen getrachtet hat.“

Nach einer eingehenden Beschreibung der Kamme, durch die Bernoulli geführt wurde, wird er von dem Herzog und seiner Mutter nochmals ins Gespräch gezogen. Am Abend ist er wieder aufs Schloß geladen, um dort ein Concert der aus 15—20 Personen bestehenden herzoglichen Kapelle zu hören, die vortrefflich spielt und besonders in dem Violinisten Adam Reichtner eine hervorragende Kraft bezaß. . .

„Sänger oder Sängerinnen unterhielt der Herzog damals nicht; nur noch ich, daß er welche annehmen gesonnen war; zuweilen aber singen die 2 Hofdamen der Herzogin Mutter und dieses Mal ließ er sie sich mit Arien aus einer ohrlangst auch bey Hofe aufgeführten komischen Oper, vor der Composition des Herrn Reichtner, auf eine geschmackvolle Art hören. Im übrigen waren wenig Damen gegenwärtig und diese allein setzte sich; der Herzog blieb die ganze Zeit stehen oder ging herum und so auch alle Mannspersonen.“ Bernoulli weiß von den herzoglichen Lustschloßern, dem schönen Ruhenthol, Schwedthof und Kurian, daß der Herzog später gewöhnlich zu bewohnen pflegte, Manches zu räumen, aber auch von den Gemäldesammlungen, in denen Minister wie Tizian vertreten waren, von den großen

wasserreichen Gärten, die teils nach der Art englischer Parks eingerichtet waren, teils das schönste Obst aufwiesen. In der Tat, Herzog Peter war zwar kein tiefgründiger Kenner der Kunst, aber ein Freund derselben, wie er denn auch der Wissenschaft Achtung zollte und ihr im akademischen Gymnasium eine Freistatt schuf. Es geht ein Zug verfeinerten Lebensgenusses durch diesen Hof. Freilich fehlten ihm auch die Schattenseiten nicht, von den Maitreffen des Herzogs wurde manches erzählt und war vieles zu erzählen, aber diese Bize waren an den meisten Höfen in einem Zeitalter keine Seltenheit, von dessen sittlichen Auswüchsen etwa Lessings „*Emilia Galotti*“ oder Schillers „*Räuber und Liebe*“ Zeugnis ablegen.

IV.

Wenden wir uns nun vom Hofe den Ständen zu und beginnen wir mit dem Adel, der ja eigentlich der einzige politische Stand im Lande war und eine ganz besondere Eigenart hatte entwickeln können. Th. Schieman¹⁾ hat das Landleben des Adels in der Mitte des 16. Jahrhunderts in einem lehrreichen Aufsatze nach alten Briefen und Wirtschaftsbüchern anschaulich geschildert und wir dürfen annehmen, daß die Verhältnisse noch bis ins 17. Jahrhundert ähnliche geblieben sind, da weder in der allgemeinen Kulturentwicklung noch im Wirtschaftsleben sehr einschneidende Veränderungen stattgefunden haben. Dehändig aber schlicht lebte der Landedelman damals auf seinem Gute, das er selten verließ, etwa wenn die Landtage, Kirchspielsversammlungen, Gerichtstage oder Besuche ihn von seinem Herrensitze wegfährten. Der Wirtschaftsbetrieb zeigte noch wenig von Arbeitsteilung, auf dem Hofe selbst wird hergestellt, was nur irgend hergestellt werden kann, die Lichte werden zu Hause gegossen, „Band“ gewebt und das beliebte „Stembier“ gebraut, das nach der Meinung der Kurländer sehr bekömmlich war und vor Steinleiden bewahrte. Alles, was zum Luxus des Lebens gehört, so der Wein, muß aus der Stadt beschafft werden und die Bezahlung geschieht häufig in Getreide denn das Geld ist rar und noch herrscht eine weitgehende Naturalwirtschaft. Auf den meisten Höfen gab es zur Beaufsichtigung der Bauern und der Wirtschaft Amtleute, die gewöhnlich wohl Deutsche waren. Unter ihnen

¹⁾ Th. Schieman Landleben u Kurland im 16. Jahrhundert, in „*Charakterköpfe und Sittenbilder*“ (1885). S. 127 ff

standen lettische Aufseher (Bagger), denen eigene Dienstmägde zur Disposition stehen. In der inneren Wirtschaft begegnet uns die „Auswerferin“, die Gebieterin über Küche und Köchinnen, dann die Buchmutter, der die Dienstmägde unterstellt sind, das „Kleiderweib“, der Rutscher mit den Stallmächten u. s. w. Die damals größeren Balder beaufsichtigte der „Waldförster“ oder Buchwächter, in der Regel wohl auch deutsche Leute. — Gastfreundschaft wurde in weitem Maße gelbt, es gab häufig Feste und es galt als ehrenvoll, sie nicht ohne Rausch wegziehen zu lassen. Und wenn gar Hochzeiten — „Kosten“ oder Tassen „Rindelbier“ gefeiert wurden, ging es hoch her. Die Jagd war hoch geschätzt und viel betrieben, sie war ja ein besonderes Vorrecht des Adels. Eine höhere Bildung legte sich im 16. und 17. Jahrhundert nur ein kleinerer Teil der Edelleute an, im Lande selbst war sie schwer zu beschaffen und so gingen denn manche nach Riga, Dünaburg, Stettin, Hamburg, besonders aber nach Königsberg, dessen Hochschule ihr fürstlicher Stifter gerade auch für die benachbarten evangelischen Lande bestimmt hatte. Schon seit dem 16. Jahrhundert zogen manche auch auf andere Universitäten, wie hinden Rurländer namentlich in Kostock, Greifswald, Bittenberg und Leipzig, aber keine Universität hat die Bedeutung für Rurland gehabt wie die Albertina in Königsberg¹⁾. Auf den Reisen, die mit der Studienzeit verbunden waren, aber auch noch in späteren Jahren wurde ein Stammbuch geführt und hier trugen sich Bekannte und Freunde mit Sprüchen und Sentenzen in gebundener Rede und in Prosa ein. Oft ließen sie auch ihre Wappen hineinzeichnen, was gewöhnlich Leute von Profession für Geld taten. Das älteste solcher Stammbücher lurländischer Herkunft stammt von Christoph von Saden auf Tubenaken und ist in den achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts angelegt. Eine große Anzahl von solchen Stammbüchern besitzt die Stadtbibliothek in Königsberg²⁾, einige haben Rurländern gehört, in viele haben sich Rurländer eingetragen; eine standische Scheidung ist

¹⁾ V. Seraphim: Die Rur-, Liv-, Estländer auf der Universität Königsberg I 1544—1710 und Dr. O. Otto. Die Rur-, Liv-, Estländer auf der Universität Königsberg II, 1710—1800. Beide Arbeiten in den Mittheilungen zur lurländischen Geschichte. Band 16. Vgl. Boeth-Bör. Die Rurländer auf deutschen Universitäten und zahlreiche Mittheilungen Otto's in den Rurl. Eigenheiten.

²⁾ Vgl. H. Arbulow in dem Genealog. Jahrbuch 1895. S. 137; Jahr. v. Rhaden ebenda 1898. S. 9 ff.

in ihnen nicht zu bemerken, wie denn überhaupt Adel und Bürgertum auf dem alten Kolonialboden noch friedlich zusammen lebten. Es ist ein kräftiges Geschlecht, dieser Landadel im 16. Jahrhundert, meist stammen seine Vorfahren aus dem Lande der roten Erde, aber auch vom Rhein und aus anderen Teilen Deutschlands ist er noch zu Zeiten des deutschen Ordens eingewandert. Im 17. und auch im 18. Jahrhundert findet dann kein ganz geringer Zuzug aus dem Herzogtum Preußen statt, das ja wie Kurland ein polnisches Lehen war¹⁾.

Gewiß hat es im 16. und 17. Jahrhundert nicht an Rohheit und brutaler Gewalt gefehlt, mehr als ein Beispiel ließ sich anführen. Im Jahre 1665 beklagten sich Rat und Gemeinde der Stadt Goldingen, daß einige Edelleute jenes Ortes trotz eines herzoglichen Ediktes „Gewalte mit Rieberreißung der Schlagbäume und Pallisaden, Einschlagung der Fenster und Einschließung und dergleichen Gewaltthatigkeiten bei nächtlicher Weile verüben“. Aber gegen Nichtswürdigkeiten erhob man sich einmütig. Als ein Wehr (1602) seinen eigenen Vater aus schänder Gewirnsucht erschlug, um sein Erbe anzutreten und sich dann durch den Übertritt zum Katholizismus die Gunst der polnischen Krone und dadurch Straflosigkeit zu erwerben versuchte, da wollte, wie in Pjaernes Chronik überliefert ist, niemand mit ihm zu tun haben, er ging aus dem Lande und in der Ferne ist er verschollen. Es gibt unter den Edelleuten treue Mitarbeiter der Kirche zum Wohle der Bauern. Jener Besitzer von Mülichajem, Christian Wilhelm von Hörner, ist schwerlich eine ganz allein stehende Erscheinung gewesen. Wir hören von ihm, daß er nicht nur dem Gebetsverhör der Bauern oft beizuwohnt, sondern sogar als Patron der Kirche eine Kirchenordnung für sein Gebiet festsetzt²⁾.

Im 17. Jahrhundert vollzieht sich die große Auseinandersetzung zwischen der Landesherrschaft und dem Adel und der letztere geht aus dem Kampfe als Sieger hervor. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf den Gesamthabitus des Standes und auch auf sein Verhalten zum Bürgertum. Der Einfluß der Zustände Polens machte sich mit der Zeit auch immer mehr geltend, eine gefährliche Überhebung und ein

¹⁾ v. Müllversteht im Gen. Jahrb 1897 S. 95ff

²⁾ Zb Bamberg: Zur Familien-, Kirchen- und Kulturgeschichte Kurlands in der herzoglichen Zeit in den Arch. Sitzungsberichten 1892. Anhang S 8—41.

schrankenloser Individualismus haben damals ins Kraut schießen können nach dem Muster der Zustände unter den Magnaten der königlichen Republik Polen. Der Historiker Brand sagt (1878) von den Freiheiten des kurländischen Adels, sie seien „wohl mehr *licentia*, als *libertas*“, Schrankenlosigkeit als Freiheit, und in manchem dürfte das stimmen, wie in der politischen Geschichte Kurlands weiter ausgeführt ist. Auch Otto von Grotthuß hatte darüber zu klagen und er mußte seine Standesgenossen kennen. Ein kurländischer Edelmann selbst erzählte Brand, daß gewalttätige Selbsthilfe unter den Edelenten damals etwas ganz Gewöhnliches war, „daß selbige in begehrenden Streitigkeiten sich mehr ihres Faustrechtes, als ordentlichen Gesetzen gebrauchten, dahero dann oftmahlen viel Mord und Todtschlag bey ihnen vernommen werden.“ Das Duellverbot des Landtags von 1694 schuf zwar keine Abhilfe. Gewiß waren solche Leute eine verbrannte Art im damaligen Kurland, aber sicher auch nicht die einzige, welche feingebildete und hochrangige Männer waren etwa Otto von Grotthuß und Melchior von Zölkershausen. Die Entwicklung zum Junkertum, das zunächst seiner Verrechte eingedenk ist und sich nicht durch selbst auferlegte Pflichten gegen die Allgemeinheit abet, vollzieht sich, täuschen nicht alle Anzeichen, in weiteren Kreisen und in bemerkenswerter Weise besonders im 18. Jahrhundert, als das Land eigentlich zwei Menschenalter ohne Herzog war und mancher Sproß altfürstlicher Familien sich um die Vornehmheit des kurländischen Adels bemühte, um mit seiner Hilfe den Herzogsstuhl zu besteigen. Wie sollten solche Verhältnisse ohne Einfluß auf die Menschen bleiben? Tatsächlich waren ja viele Junker viele Jahrzehnte Herren des Landes — soweit es nicht der Spielball fremder Mächte war. Der Standeshochmut mußte natürlich wachsen und die Exklusivität zunehmen. Das Zerfallen der Lehnsgesetze und Ritterordnungen macht sich nun auch im Kurland geltend. Hatte schon 1642 der Adel Vorschläge gewünscht, damit der „Adel und Bürgerstand gänzlich unterschieden“ wären, so nehmen derartige hochwichtige Fragen im 18. Jahrhundert die Landtage mehrfach in Anspruch. Der Landtagsschluß von 1746 befragt sich über die Purgeischen, „so auf ihren Oeflager Fadeln gebraucht und zur Musik der Trompeten und Pauken sich bedienet, sowie auch beim Bedäuen ihrer Leichen die Glocken zur Nachtzeit gehen lassen und sich dergestalt und auf andere Art dem Adel zu egaliziren herausgenommen.“

Das sollte nicht mehr vorkommen, ebenso wurde das Auffahren mit Wagen und Schlitten auf den Kirchhof den Bürgerlichen bei Strafe von 10 Reichthalern verboten. Auch die Beschwerden des Landtages von 1763 bieten in dieser Richtung nützliche Beispiele — Besonders tritt aber die Verderbnis auf politischem Gebiete hervor. Das tröffe Wahrnehmen des Richters der eigenen Person oder Korporation, das Ignorieren fremder Rechte, besonders der herzoglichen Gewalt, dabei die Unfähigkeit selbst Ordnung zu halten, von der auch die Klagen auf dem Landtage zeugen, daß die Willkürungen nicht einschränken, — All das und noch manches Andere zeigt einen bedenklichen Niedergang. Nicht, daß die guten persönlichen Seiten und Vorzüge plötzlich ganz erloschen wären, aber die Masse folgt vielfach den größeren Schreien und den Rathschlägen und das lockende Vorbild des polnischen Adels und der alte kurische Gang zur Bequemlichkeit und zum Hinausschieben wirken zusammen, um ein bedauerliches Versumpfen der öffentlichen Verhältnisse herbeizuführen. Eine politische Unreise bildet sich aus, die in der Zeit Herzog Peters die schlimmsten Früchte zeitigt. — Mancher Zug, der schon in früherer Zeit begegnet, tritt im achtzehnten noch in verstärktem Maße hervor, so die Raufucht und Duellwut der Edelleute, die aus anderen Verhältnissen Stammenbe seltsam berührte. Der berühmte Verfasser der „Lebensläufe“, der Königsberger Stadtpräsident Theodor Gottlieb von Hippel erzählt in seiner Selbstbiographie¹⁾, daß, als er auf seiner Reise nach Petersburg (1760) in Mitau in einem Gasthose sich aufhielt — es war vielleicht die von Bragall gerühmte Rigische Herberge, — ein Mitgast ihm sehr störend geworden sei. „Dieser unser Mitgast war ein echter curischer Junker v. B. f., der uns so viel von Hauen und Stechen erzählte, daß, wenn ich nicht auf der Universität mit dieser Sprache bekannt zu werden Gelegenheit gehabt, sie mir befremdlicher gewesen sein würde. Jetzt blieb alles in der Ordnung und unter curischer Vorrichtung drang uns kein Papier auf, um an uns ein Experiment zu machen.“ Zwischen Mitau und dem damals bereits zum russischen Reiche gehörigen Riga fand er einen gewaltigen Unterschied. „Im Freistaat (Rusland) herrscht eine ganz andere Verf. und Sprechart, als in der Monarchie. Diese Theorie ward mir hier augenscheinlich und ich muß, um die reine Wahrheit zu

¹⁾ Werke 12, 127.

sagen, bemerken, daß mir die Monarchie in meinem damaligen Alter (ich war im zwanzigsten Jahre), weit besser, als ein Freistaat gepiel. Ohne Zweifel würde indessen meine von jeher nach Freiheit strebende Seele sich doch mehr in ihrem Element gefühlt haben, wenn nicht die aristokratische Werke, die in Rurland gang und gäbe ist, mir die Freiheit gerade von keiner empfehlenden Weise gezeigt hätte. Unser Mitgast war kein hinzeißender, sich und die Sache empfehlender Cicerone der Freiheit, da der Mensch nichts, der Edelmann bei ihm alles galt. „Man sieht, der Eindruck jenes Mannes, der sozusagen mit der Waffe in der Hand geboren war, auf den Preußen, auf das Kind der Aufklärung, war ein wenig sympathischer. Es gibt auch sonst zeitgenössische Stimmen die nicht viel anders klingen. Gewiß liegt in dem energischen Wahrnehmen der persönlichen Ehre etwas Anerkennenswertes und die Rurländer kann es mit Recht freuen, daß Lessing seinen Major Tellheim, den Mann des ja fast krankhaft gesteigerten Ehrbegriffes zu ihrem Landsmanne macht. Aber vom Erhabenen bis zum Lächerlichen ist nur ein Schritt und nicht jeder Raufbold war ein Tellheim“).

Wie war denn die Jugendbildung im XVIII. Jahrhundert beschaffen, wie wurde der führende Stand für das Leben vorbereitet? Gewiß, es gab in den meisten Häusern Hofmeister, oder wie man heute sagen würde, Hauslehrer, aber manche hatten über die größte Verständnislosigkeit der Eltern zu klagen. Welche Erfahrungen machte zum Beispiel Joh. Georg Hamann, der in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts in Grünhof bei Mitau als Hauslehrer wirken mußte. Und andererseits, wie waren die Hauslehrer nicht selten! Der Professor Hartmann in Mitau schrieb 1775 an den Berliner Akademiker Sulzer, sie schlichen sich durch Empfehlungen ein und seien oft „wahre Adepten, sie versprechen goldene Berge und zeigen sich am Ende als unwissende Betrüger“).

1) Ob Hippel in seinen „Lebensläufen“ wirklich rurländliche Charaktere schildern wollte, oder ob das Rurländische nur Fiktion war, ist doch noch sehr zu untersuchen. Echteres ist keineswegs so sicher, wie verkömmlich behauptet wird. S. den Artikel Hippel in der Allgemeinen Deutschen Biographie und J. G. Schöffners Leben, erzählt von ihm selbst.

2) Vgl. Victor Diederichs. Joh. Heinr. Kant. Balt. Monatschrift XXVI, S. 589.

Was Joh. Heinrich Rant, Pastor in Altrahden, an seinen berühmten Bruder über das Kapitel „Jugendbildung des lurländischen Adels“ zu schreiben weiß, klingt nicht erfreulich. Er hebt einmal von einem jungen Edelmann besonders hervor, daß er von dem „Schlendrian“ des Durchschnitts sich unterscheidet und nicht „um den Baron zu spielen“, sondern um der Wissenschaften willen auf die Universität gehe.

Man könnte meinen, daß aus diesen Urteilen die Verbitterung des mit seinem lange aber widerwillig ertragenen Berufe unzufriedenen Schulmeisters spreche. Aber hören wir ein hochgebildeten lurländischen Edelmann selbst über seine Standesgenossen sich äußern. Im Jahre 1782 schreibt der Graf Heinrich Christian von Kersierling, der lange in Königsberg gelebt und mit den geistigen Koryphäen der Pregelstadt enge Beziehungen unterhalten hat, an den ihm befreundeten großen Rant: „Man kann bey der Geburt eines jeden Lurländischen Edelmanns in concreto behaupten, daß die bis zum äußersten Stauel angewachsene Menge der adeligen Ausgänger vermehrt worden.“ Die meisten Edelkure hätten nicht die Mittel, um ihren Kindern eine gründliche Erziehung zu geben, die es könnten, hielten ihnen Hofmeister oder geben sie zu einem Pastor ins Haus, „wo der hoffnungsvolle Jüngling bloß durch den Umgang mit dem Herrn Pastor ein Gelehrter werden soll.“ Dabei hat der Pastor mit seinem Amt und außerdem mit seiner Landwirtschaft genug zu tun. Ohne Vorkenntnisse werde der Jüngling dann zur Hochschule entlassen. Kersierling läßt dann einen solchen jungen Mann von sich selbst ein Bild entwerfen, das wie die reine Karikatur erscheint. Ungebildet aber selbstbewußt, frivol und heuchlerisch, beschränkt in der Überschätzung der einheimischen Art, nur für „Pferde, Jagdhunde, Jagdflinten und Mädchen“ interessiert, aber bei vermeintlichen Beleidigungen stets zum Schimpfen und Schlagen bereit. „Dann Point d'honneur habe ich recht viel“, in der That eine so abstoßende Schilderung, daß man hoffen möchte, der geistreiche Graf habe zu urbarmherzig seinem Spott die Jügel ziehen lassen.

Aber die geistigen Strömungen des Jahrhunderts der Aufklärung gingen doch auch an dem lurländischen Adel nicht spurlos vorüber. Neben den Ganterwäldlern, die in doch wohl karikierter Form

²⁾ Rants Briefwechsel, herausg. von der Königl. Preuss. Akademie der Wissenschaften I (1900). S. 276—285.

der Graf Keyserling uns schildert, gab es Kreise, die mit warmem Interesse den großen Aufschwung des deutschen Geisteslebens begrüßten und an ihm regen Anteil nahmen. Der mehrfach genannte Bernoulli gewann doch in etwa derselben Zeit einen ganz anderen Eindruck von den ländlichen Edelleuten, als ihn Biowel erhielt, er erklärt d. i. e. l. l., daß die Obrerräte, die er in Ritten in einer Gesellschaft kennen lernte, höchst liebenswürdig, höflich und gebildet waren „und so habe ich noch mehrere beiderley Geschlechts hier kennen gelernt“). Bernoulli erzählt von einem Herrn von Lord, der die Postrstation Schrudon in Pacht hatte und auch herzoglicher Amtmann war. Er schildert ihn, der doch nicht in einer höheren Stellung tätig war, als „einen ebenso artigen und klugen, als gütigen und bemittelten Mann. Die schöne Einrichtung seines Hauses, die gute Lebensart und Erziehung seiner Kinder und seine großen ökonomischen Anstalten — alles machte ihm Ehre“. Er hebt seine Tatkraft hervor und erwähnt, daß er ein großes Moor entwässern lasse. Es ist nicht ohne Interesse, was er vom Leben im Hause erzählt: „Das Wohnhaus ist von Holz, aber gut ausgebaut und eine ertige Büchersammlung von der besten philosophischen Literatur u. a. Schriften sah ich bei dem einzigen im Hause gebliebenen Sohne, dessen zweien in königlich preussischen Diensten stehende Brüder abwesend waren. Die Frau von Lord und ihre Fräulein Tochter waren französisch und neuomodisch angezogen und weil gerade diesen Abend auch der Schwager des Postmeisters ankam, so gab es hier schon eine ziemlich stattliche ländliche Mahlzeit; auch wurde hier noch nordischen Gebrauche das Schälchen Aquavit vor Tisch angeboten.“ Der ostpreussische Kandidat der Theologie Ernst Hennig, der 1792 als Postmeister nach Kurland kam, schildert das Leben der höheren sozialen Schicht Kurlands am Ende der herzoglichen Zeit ebenfalls in höchst anerkennender Weise.

Er fand eine Gostfreundschaft und Freigebigkeit, die sich gegen Bornhane und Geringe betätigte. Er zählte an einem Tage auf einem Gute 23 Aufstrecher, so nannte man arme Personen von Stande, und alle wurden nach Maßgabe ihrer Lage abgefunden. Hennig über- sah, daß eine derartige Gostfreizeit ihre Schattenseiten besaß, daß sie der Ausbildung jener merkwürdigen Gruppe von Leuten Vorschub

*) H. a. D., III, 250.

setzte, die als „Krippenreiter“ von Hof zu Hof zogen und doch nicht mehr waren, als im besten Falle liebenswürdige Tagediebe. Gennig imponierte ferner die Bauart der Schlösser und die Art der Geselligkeit, der die verständnisvolle Teilnahme der Damen nicht fehlte. Auf dem Lande gab es Lesegesellschaften und auf manchen Gütern (er nennt Breeseln, Schleß, Strohsen, u. a.) und Pastorate schöne Büchereien.

Der Mannrichter von Lorch und der Präsident von Behr auf Edwahlen waren im Besitze großer Münzsammlungen, Musik und Malerei wurden geschätzt und nicht ohne Talent betrieben.

In begeisterten Worten pries der Ostpreuße das Land und seine Bewohner und schloß seinen Hymnus mit den Worten:

Die Freiheit blüht in diesem Land,
Was sollten wir entbehren,
Und wer die Freiheit liebt und sand
Muß sie als Deutscher ehren!

Daß diese Freiheit doch nur sehr cum grano salis zu verstehen war, daß sie nur für eine kleine Minderheit galt und daß derartige Gedanken eben damals in den sändischen Streitigkeiten zu oft erbittertem Ausdruck gelangten, scheint dem fremden Hofmeister verborgen geblieben zu sein. Man muß eben nicht vergessen, daß ein jugendlicher Enthusiast es ist, der diese Schilderungen entwirft, der zudem aus engeren Verhältnissen stammte und offenbar durch die Reichlichkeit des Lebenszuschnittes und die gefälligen Formen der Geselligkeit gefangen genommen wurde. Er ist demselben Fehler verfallen wie Keyserling, nämlich zu sehr zu verallgemeinern. Er erwog dabei nicht, inwieweit die ihm entgegentretende Bildung nur gesellschaftlicher Firnis war oder in die Tiefe ging. Er wurde sich darüber nicht klar, daß er nur eine Spezies kennen lernte, daß aber zur Gattung sehr verschiedene Arten gehörten. Im damaligen Kurland gab es neben einem wenig gebildeten Durchschnitt unter dem Adel auch innerlich und äußerlich wahrhaft fein gebildete und vornehm denkende Männer und Frauen. Der Enthusiast Gennig hat gewiß so wenig allein Recht, wie der Spötter Keyserling. In Wahrheit, die Beziehungen des Landes zu seinem geistigen Mutterboden waren in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts zu lebhaft, als daß eine völlige Stagnation und Verrohung im Leben des kurländischen Adels hätte Platz greifen oder sich behaupten können.

Dah freilich auch in den früheren Jahrhunderten die Wissenschaft und Dichtung Deutschlands wie in den übrigen Teilen Mitteleuropas so auch in Kurland in den Kreisen, die sich der Bildung erschlossen hatten, willige Aufnahme gefunden, daß manche Tadeln geistiger Art auch damals herüber und hinüber spülten, kann nicht bezweifelt werden. Es wäre lohnend, ihnen nachzugehen. Hier können wir sie nur streifen. Mehr als eine literarische Größe hat zu Kurland Beziehungen gehabt, hat in ihm vorübergehend gelebt oder ist ihm doch entflohen. So hat die Wiege des Staatsrechtslehrers Theodor Meining in Windau gestanden und Joh. v. Beiser, der bekannte Hofschrift und Herkommenmeister am Hofe Friedrichs I. von Preußen hat im Pastorat zu Frauenburg das Licht der Welt erblickt. Das gute bursche Bier hat in dem Sargiter Joachim Rachel, der eine Zeit lang in Livland als Hauslehrer wirkte, seinen Lobredner gefunden und in der zahlreichen Belegenheitsdichtung Kurlands im XVII. und XVIII. Jahrhundert spiegelt sich der Einfluß der schlesischen Dichterschulen wieder. Die Beziehungen des Römgeberger Dichterkreises zu Kurland waren mannigfacher Art. Simon Doch war, wie wir sahen, mit der Gemahlin Herzog Jakob bekannt und besang festliche Ereignisse in ihrem Hause. Sein Onkel Robert Robertson hatte sich in jüngern Jahren als Hofmeister im Hause des Statisten von Radel auf Schloß Pilen aufgehalten. Der 1617 zur Wiederherstellung der Reinheit der deutschen Sprache gegründeten „fruchtbringenden Gesellschaft“ haben auch Kurländer (so J. W. drei Herren von Drachewitz) angehört. Dah freilich jene Zeit den Tiefstand deutscher Dichtung bezeichnet, zeigt sich auch an den Dichtern, die Kurland am Ende des XVII. Jahrhunderts selbst aufwies. Das größte der Gedichte des gekrönten Dichters und Rectors der Mitauer Stadtschule, Christian Hornemann, in dem der aus Sachsen eingewanderte Schulmann seine neue Heimat (Mitau) besang, ist ebenso wenig eine erhebliche poetische Leistung, wie das Gedicht des Pastors Bankau auf seinen Wohnort Tondangen. Rezer und Intimer wurden die literarischen Berührungen des kurländischen Lebens mit dem gesamtdeutschen wohl erst in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts¹⁾.

Eine ganze Reihe von Momenten wirkte dabei zusammen. Rängt

¹⁾ Einen Überblick über die deutsche Dichtung in den baltischen Ländern gibt Frhr. J. E. v. Grotthuß im Baltischen Dichterbuch.

waren die Zeiten dahin, wo in der Heimat zeit lebens zu bleiben die selbstverständliche und einzig mögliche Lösung der Frage der äußeren Lebensgestaltung schien.

So mancher Kurländer, der in Deutschland studierte oder reiste, machte hier die Bekanntschaft bedeutender Männer und knüpfte wohl Beziehungen an, die nicht selten dauernde Gestalt annehmen, so jener Graf Dietrich von Rejherling, der Gellert kennen lernte und in Leipzig besuchte. Dem Mutterlande blieb Kurland weniger fremd als Livland und Estland, und es bildete sich gar bei der auch heute noch in Deutschland außerordentlich verbreiteten Unkenntnis von den Geschicken dieser ältesten Kolonie des heiligen römischen Reichs der Gebrauch aus, daß, wenn der Bewohner des Reichs von „Kurländern“ sprach, er nicht selten die Bewohner aller baltischer Lande darunter verstand. Da die Heimat viel zu klein war, um jeder rüstigen Kraft und allen aufstrebenden Talenten die Möglichkeit der Betätigung, ja auch nur immer den nötigen Lebensunterhalt zu gewähren, so zogen die Söhne des Landes oft hinaus, um in polnischen, russischen, schwedischen oder französischen Diensten, besonders aber in denen deutscher Fürsten als Offiziere, Beamte und Diplomaten Erwerb und Stellung zu suchen. Besonders zog das benachbarte Preußen seit den Tagen Friedrich Wilhelms I., dann in gesteigertem Grade unter seinem großen Sohne die abhlige Jugend Kurlands an; als der siebenjährige Krieg ausbrach, diente über ein halbes Hundert kurländischer Edelleute im Dienste Friedrichs des Großen, die meisten von ihnen in den ost- und westpreussischen Regimentern. Aus der Lebensgeschichte des großen Königs ist ja jener kurländische Edelmann Dietrich von Rejherling wohl bekannt, der ihn — „kin Basaron“ — in treuer Freundschaft bis zu seinem Tode verbunden gewesen ist.

Ganz besonders intim sind die Beziehungen Kurlands zu Ostpreußen gewesen, das zwar von den Zentren deutschen Lebens weitab lag, aber gerade in jener Zeit dem Geistesleben der Nation die höchsten Anregungen und die tiefsten geistigen Schätze geschenkt hat. Wir gedachten, daß Johann Georg Hamann, der mystische „Magus des Nordens“ in Gränhof als Hauslehrer wirkte; er ist als solcher viel in Wilau gewesen und hat noch ein Jahrzehnt später zu dem ihm befreundeten dortigen Hofrat Tottien seine Zuflucht genommen, als schwere Konflikte sein Gemüthsleben betrogen. Im Tottien'schen Hause lebend, ist er 1766

der Redakteur der ersten Rigaer Zeitung, der „Nachrichten von Staats-, gelehrten und einheimischen Sachen“ geworden). Es ist nicht anzunehmen, daß eine so eigenartige Persönlichkeit keinen Eindruck gemacht haben sollte. Gleichzeitig wirkte im benachbarten Riga der jugendliche Herder, Anregungen empfangend und gebend. Bekannt sind seine Beziehungen zum lurländischen Pastor Christoph Friedrich Reander in Grenzhof, mit dem er noch Jahre hindurch im Briefwechsel stand. Reander selbst war einer der edelsten Vertreter des deutschen Kirchenliedes; manche Lieder, wie z. B.

„Gern will ich mich ergeben,
Dich zu verlassen, Welt“

zeugen von der Gemütsstärke sowohl wie von dem Formtalent, die ihm eigen waren.

Nicht ohne Einfluß konnte es bleiben, daß auch im XVIII. Jahrhundert viele Lurländer in Königsberg studierten. Wie sollten nicht auch sie von der Pregelstadt dauernde Eindrücke und Nachwirkungen in die Heimat mitnehmen, waren es doch die Tage, in denen der Stern Immanuel Kants im reinsten Glanze am Himmel der deutschen Philosophie, ja des gesamten deutschen Geisteslebens erstrahlte. Wir wissen, daß viele Söhne Lurlands zu den Füßen des großen Weltweisen gelesen haben, darunter auch nicht wenige Edelleute. Es ist das kein mäßiger Hinweis, wer die neue von der Berliner Akademie veranstaltete Ausgabe der Kantbriefe liest, erstaunt, wie groß die Zahl der Lurländer und Lurländer gewesen ist, die mit Kant in Korrespondenz gestanden haben und zu ihm mit Verehrung aufblickten.

In Königsberg blühte damals die einst von Coelestin Christian Flottwell und von Gottsched ins Leben gerufene deutliche Gesellschaft, nicht die einzige dieser Art in deutschen Landen und in jenen Tagen wirklich ein Faktor im Kulturleben des östlichen Deutschlands. Zu dieser Gesellschaft gehörten nicht wenige Lurländer, die eine förmliche Filiale von ihr bildeten. Der Baron Butler auf Kruthen, der Pastor Preuß und viele andere Lurländer werden von dem Pastor Pennig, dem wir schätzenswerte Nachrichten über das damalige Lurland verdanken, als Mitglieder angegeben.

Herder, den ja stets Bildungsgeanken bewegten, sagte einmal in

¹⁾ Inland 1854. Spalte 433.

seinen Tagebuche, „den lurländischen Adel sei durch die Freimaurerei beizukommen.“ Er hielt das Logenwesen für ein bedeutames Mittel, die Edelleute für allgemeine Bildungszwecke zu gewinnen. Und in der That ist anzunehmen, daß die Freimaurerei, zu der sich ja Angehörige verschiedener Stände zusammenfanden, zur Förderung allgemeiner Humanitätsgedanken und zur Ausgleichung von gegenseitigen Vorurteilen und Standesbunkel auch in Kurland beigetragen hat. War der kurländische Freiherr Christoph Heinrich von Schröders um die Entstehung der Königsberger Loge zu den drei Kronen wohl verdient, so waren er und nicht wenige andere Kurländer, die einst zur Dreikronenloge in Königsberg gehört hatten, später Mitglieder der Loge zu den drei gekrönten Schwertern zu Mitau oder Tempelburg, wie es im Sprachgebrauche der Maurer hieß. Der erste Meister vom Stuhl in Mitau war der Baron Manteuffel auf Blankenfeld, ihm folgte Ernst Johann von Firds, später auch Obermeister der Logen in Kurland, zu deren Provinz übrigens auch die damals noch nicht Preußen unterworfenen Städte Danzig und Thorn gehörten. Im Jahre 1761 waren bereits 95 Brüder in der 1754 gegründeten Loge, für die es dann von nicht geringer Bedeutung hätte werden können, daß das Universal-Ordenskonseil eben zu jener Zeit den Herzog Karl von Kurland zum Obervorsteher der in Polen, Kurland und im russischen Reiche bestehenden oder noch zu gründenden Logen ernannte. Aber wir haben ja bereits gesehen, daß die Loge herzoglichen Glanzes für Karl kurz bemessen waren¹⁾.

So gab es Quellen und Kanäle genug, aus denen das geistige Leben des Mutterlandes im Zeitalter der Aufklärung in die stillen Gewässer der Kolonie hinüberfluten konnte. Diese geistigen Strömungen erhielten dann eine mächtige Förderung, als Herzog Peter aus eigener Initiative das akademische Gymnasium in Mitau gründete (1775)²⁾.

¹⁾ Allerdings hat die Mitauer Loge sogar den Anspruch erhoben, daß die Königsberger zu ihrer Provinz gehöre; ist deshalb in Streit mit der Berliner gekommen und dieser schließlich dadurch beendet worden, daß die Königsberger als selbständige Mutterloge anerkannt wurde. Über die Freimaurern in Kurland, I. Grube II, S. 82, ferner J. B. v. Rede im Mitauer Kalender 1885. — Vgl. Henckell-Quellenkrit. Beiträge zur Geschichte der Dreikronenloge in Königsberg. Hgb. 1896. Allerdings gab es in Mitau noch eine zweite kleinere Loge, auch in Libau existierte eine.

²⁾ Karl Dannenberg: Zur Geschichte und Statistik des Gymnasiums zu Mitau. Festschrift zur Säcularfeier des Gymnasiums 1875.

Es versammelte sich nun eine große Anzahl geistig angeregter, zum Teil hochbegabter Männer, um ihr Lehramt anzutreten. Da kamen, um nur einige zu nennen, der feinsinnige Jurist Beseke, der charaktervolle und das Recht unbengsam vertretende Mathematiker Beitleer. Zum Professor der lateinischen Sprache war der bisherige Rektor der Mittauer Stadtschule Watson ausersehen, eine itenische und weiche Natur, die in ihrer ehemaligen Heimat Ostpreußen der Vonnunft getroffen hat, er habe, als die Russen im siebenjährigen Kriege die Bregelsstadt besetzt hatten, es an der festen preußischen Gelinnung mangeln lassen und sei zu entgegenkommend gegen den Sieger gewesen. Ebenfalls bereits am Orte anässig war der Professor der Beredsamkeit Johann Mikeland Luling, der aus Bremen stammend, seit einigen Jahren Prediger der reformierten Gemeinde Mittau war. Ein eifriger Freimaurer, beredt und geistreich, hat der nicht immer mäßvolle Mann, dessen Wesen eitle Belgeschäftigkeit nicht fremd war, viel von sich reden gemacht und später ist er sogar, wie noch zu erzählen sein wird, in politische Konflikte hineingezogen worden. Dem ersten Grädsten an der Akademie folgte bald in seiner Professur Karl August Kutner, ein fruchtbarer Ueberseher und Dichter, der sich besonders durch die Herausgabe der Mittauer Monatschrift um das geistige Leben Kurlands wohl verdient machte. Der Historiker Jaeger fand seinen Nachfolger (1789) in dem geistreichen aber unsteten Friedrich Schulz, der 1789 Zeuge der großen Revolution in Paris gewesen war und durch Reisen seinen Blick erweitert hatte. Auch in die politischen Wirren am Ende der herzoglichen Zeit hineingezogen, hat er eine so verschiedene Beurteilung gefunden, über sein Privatleben liegen so abweichende Angaben vor, daß es schwer ist, zu einem sicheren Urteil zu gelangen. Auch des Kurländers Johann Gottlieb Gruschke ist zu gedenken, der, selbst ein tüchtiger Kenner der Naturwissenschaften, auch dem humanistischen Studium warm zugehen war und dieses sein Interesse durch die Stiftung eines Fonds zu einer goldenen Medaille bekundete, die alljährlich dem Verfasser der besten lateinischen Preisarbeit überwiefen werden sollte. Als erster Professor der Philosophie kam der junge Schwabe David Hartmann nach Mittau¹⁾, eine gewinnende und liebenswerte Persönlichkeit. Fodmer und Luvauer treu ergeben, war

¹⁾ Wertler in Kurland, Balt Monatschr ft 1888, S. 515.

er als ein Feind des glänzenden Dichtergestirns, das damals von Frankfurt aus der deutschen Poesie zu leuchten begann, nach Kurland gekommen, um hier dann sein literarisches Damastuß zu erleben. Er lernte Elise von der Rede, die unglücklich verheiratete Tochter des Grafen Redem kennen, und als er nun die Leiden des jungen Werther mit dem ganzen Gefühlsüberschwang jener Tage der Empfindsamkeit im eigenen Herzen durchlebte, da schlug er völlig um, er wurde ein so glühender Verehrer des großen Dichters, daß er in die Worte ausbrach: „Nun lasse ich mich für Goethe tören.“ Er ist fern der Heimat 1775 in Mitau gestorben. Also geschah es, daß sich in dem stillen und an schönen Städtchen an der Driße eine erlauchte Kolonie hervorragender Männer versammelte, die auf das geistige Gelingen nicht bloß der Stadt, sondern des ganzen Landes großen Einfluß gewann. Noch heute erinnert der Philosophengang am Swetelonal an jene längst verklungenen Tage. Gewiß, die neue Anstalt war ein Kind der Aufklärung, war doch ein hervorragender Vertreter der Zeitrichtung, der Berliner Ästhetiker Johann Georg Sulzer, vom Herzoge beauftragt worden, den Entwurf für die Akademie zu verfassen und einen Teil der Professoren zu dozieren. Welche Hoffnungen man auf die neue Anstalt setzte, mag dadurch festgestellt werden, daß von der Berufung Kants an die reichlich dotierte Akademie die Rede sein konnte. Bekanntlich kam es dazu nicht, aber die neue Schöpfung ließ sich sehen. Johann Heinrich Kant, der Bruder des großen Philosophen, schrieb diesem noch im Gründungsjahre der Anstalt: „Wir haben auf unserer Akademie Leute, die einer Universität Ehre machen würden.“

In der Tat eine neue Zeit brach auch für den Adel in Kurland an. Es gab mehr als ein Haus, das sich der neuen Bildung erschloß und sie sich innerlich zu eigen machte. Zu jenen gebildeten und feingestimmten Familien gehörten auch die Redem auf Alt-Auk, und das Leben der Tochter des Grafen Redem, Elise von der Rede, ist ganz besonders geeignet, uns die Gegensätze zu vergegenwärtigen, die das damalige Wesen des kurländischen Adels in sich barg¹⁾. Sie war ohne Liebe die Gattin des Freiherrn Georg Magnus von Rede geworden, blutjung, empfindsam und unerfahren an einen Mann gefesselt, dessen Roheit ihr tief unjapanatisch sein mußte. Sie lebten in zwei

¹⁾ V. Nachd. Elise von der Rede, I, 1900; II, 1902

verschiedenen Welten und von der einen führte zur anderen keine Brücke hinüber. Der Zauner ihrer Ehe weckte in ihr das Bedürfnis zum Ausprechen ihrer Gefühle in Liebe, sie ward zur Dichterin und die tap'ere bezwungene Regung zum Professor Hartmann hebt sie sittlich und vertieft ihr religiöses Empfinden.

Wie nur je in den Tagen der Empfindsamkeit beim Leuchten des Mendels und Gurke'n der Sterne geschwärmt worden, wie nur je ihr Tränen geweint worden sind — so haben Elise von der Rede und ihre Freunde geschwärmt und geweint; sie stehen hinter den Empfindsamsten der Empfindsamen nicht zurück. Aber mag die heutige Zeit über manches an ihr ipötteln und den Kopf schütteln, vieles war doch an diesen Menschen höchst anziehend. Wie lebenswurdig erscheint die Gestalt ihres früh verstorbenen Bruders Fritz, der auf einer Studienreise erst zwanzigjährig in Straßburg vom Tode fortgerafft wurde. Der Briefwechsel Elises mit ihren Freunden und ihre Tagebücher zeigen, was in den gebildeten Kreisen des Adels alles gelesen wurde, kaum eine literarische Erscheinung des Mutterlandes blieb unbeachtet, Fromm's „Ansammlen“, Klopstock's Eden, Kleist's Frühling, Wieland, Zacharia, Goethe, Lessing, auch Kant und Mendelssohn und vieles andere. Auch den philosophischen Regungen dieses Kreises auch die Tiefgründigkeit fehlen und nicht selten Dietartismus und Selbstbespiegelung munterlaufen, dem Exter dieses Bildungsstrebens gegenüber mußten doch diejenigen im alten Rurland als Dunkelmannen gelten, die von jeder geistigen Aqualust die schlimmsten Folgen befürchteten; denn daß die alte Art durchaus nicht ausgestorben war, beweist mehr als ein Beispiel aus dem Familienkreise Elises von der Rede, so z. B. ihre Großmutter, die der Meinung lebte, daß Bücher nur für Männer da seien und deren Denkweise am besten durch ihr Urteil über des edlen Moses Mendelssohn Phädon, das Gespräch von der Unsterblichkeit der Seele charakterisirt wird. „Ein dummer Jude habe es sich einfallen lassen, beweisen zu wollen, daß die Seele unsterblich sei. Man mußte aufhören, an Geist zu sein, wenn man zweifeln konnte, daß die Seele unsterblich sei...“ Und es wäre doch eine optimistische Uebereilung, wollte man annehmen, daß der schörgestige Kreis mit seiner humanen Richtung die Denkreise weiterer Kreise des Adels alsobald völlig überwunden hätte. Große geistige Wandlungen vollziehen sich nicht von heute auf morgen, erst nach Generationen tritt

oft die Wirkung der gestreuten Saat offenbar zu Tage. Wenn man nach den Auswüchsen einer neuen Zeit ihr Wesen beurtheilen könnte, hätten die Vertreter des alten Schlandrians freilich darauf hinweisen dürfen, daß sich in die junge Saat doch manches Unkraut verirrt. Natürlich bleibt es nicht aus, daß sich neben den tüchtigen Kräften, die die Akademie hinnen, gelegentlich auch manch unwürdiger Vertreter dieser an Gegensätzen so reichen Zeit nach Kurland verirrt. So sei an Hartmanns Nachfolger, den Professor Stark erinnert, der später in Darmstadt Hesperdiger wurde und bei dessen Tode sich als sicher herauszustellen schien, daß er heimlich Katholik geworden war. G. F. Bahrdt freilich¹⁾, der gewissenlose und lüderliche Theosoph und Aufklärungsapostel, den man, nachdem er durch eine Entscheidung des Reichshofrathes als Ketzer aus dem heiligen römischen Reiche ausgewiesen worden, vielfach als Märtyrer ansah und den deshalb nicht nur Stark, sondern auch der edle Beseler nach Mailand ziehen wollten, hat trotz seines Wunsches in Kurland keinen Unterschlupf gefunden. Dagegen hat der Erzschwindler Gagliostro, in weiteren Streifen durch seine Theiligung an der unseligen Halsbandaffaire in Paris bekannt, geraume Zeit in Mailand sein Wesen getrieben²⁾. Im Jahre 1779 trat er in der kurländischen Residenz auf, dupirte die ganze vornehme Gesellschaft mit nekomantischen Betrügereien und gründete eine Loge, zu der gegen Freimaurerbrauch auch Frauen als Wittglieder gehörten. Denn so merkwürdig war ja die Zeit neben trassem Rationalismus begegnet und ein kunstlicher Aberglaube schlimmster Art. Aber es soll Elise von der Rede, die erst trotz der Warnungen ihres Freundes, des klugen Hofrathes Schwander, dem Schwindler Glauben geschenkt hatte, unvergessen bleiben, daß sie es war, die nach Erkenntnis ihres Irrthums ihn offen bekannte und vor dem gebildeten Europa Gagliostro entlarvte. Darin und in ihrem Kampfe gegen wirkliche und vermeintliche Drunkelmänner liegt ihre Bedeutung, daß sie in späteren Lebensjahren sich

¹⁾ H. Diederichs G. F. Bahrdts Beziehungen zu Kurland Balt. Monatsschrift XXI, S. 558

²⁾ J. Ederdt. Gagliostro in Mailandenda X, 324 ff. Vgl. Rachel. A. u. O. passim. Auch auf den räthelhaften und bizarren Abenteuerer Magnus Gavallo sei hingewiesen, der Ende der sechziger Jahre in Mailand und Venedig hazardierend und literarischen Unsinn produzierend, weltliche, und bürgerliches Aufsehen machte. S. Schriftstellerlexikon von Rede und Rapiersky I, 349.

Tiedgeß (des Dichters der heute nicht ohne Grund vergessenen *Urania*), als wahrer Freundin mit Rat und Tat annahm, ist mehr bekannt, aber weniger bedeutsam als jene Entladung, die wirklich eine Tat war.

V.

Außer dem Adel finden wir auf dem Lande in Russland noch andere soziale Schichten und Gruppen, die, abgesehen von dem lettischen oder wie man damals sagte, undeutschen Korbrollen, sich gleich dem führenden Stande aus Deutschen zusammensetzten. Dem Adel stand am nächsten an Bildung und Besitz der nicht zahlreiche bürgerliche Besitzstand. Freilich sollten nach den Bestimmungen der polnischen Kommission von 1642 die adeligen Güter, d. h. solche Güter, die bereits 1561 in adeligen Händen waren, nur dann im Besitze Bürgerlicher bleiben dürfen, wenn sie bereits vor 1617 von solchen erworben waren, aber immerhin gab es in Russland Güter, denen die Eigenschaft adeliger Güter fehlte und die als „bürgerliche Ländchen“ bezeichnet wurden).

Nur auch adelige Güter waren noch allem tatsächl.ich gelegentlich in den Händen bürgerlicher Besitzer, zwar nach dem Namen nach, aber doch in Wirklichkeit als Erbpandbesitz, der eine nicht selten begehrte Form wurde durch die sich die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens über engherzige Standesprivilegien hinwegsetzten. Ferner gab es viele Bürgerliche, die herzogliche Domänen im Arrende hatten oder sie als Pfand besaßen oder als Adelleute bewirtschafteten. Erst die Wahlkapitulation Ernst Johans Bruns (1736) bestimmte daß nur an einheimische Edelleute die herzoglichen Ämter „Plands-Arrends- oder Amtweise“ vergeben werden sollten, doch wurde diese Bestimmung in der Wahlkapitulation des Herzogs Karl (1759) bereits dahin eingeschränkt, daß die Edelleute zu jener Stellen „vorzugsweise“, also nicht allein gelangen sollten. Es gab zu Ende der herzoglichen Zeit auch nicht wenige Bürgerliche auf den herzoglichen Gütern.

Eine sozial mehrere Schicht repräsentierten die deutschen kleinen Leute auf dem Lande, denen damals keine geringe kulturelle Bedeutung zukam. Die Wirtschaftsbereichen des Adels und der Herzoge und besonders der zahlreiche Stand der Handwerker, daneben die Krüger und Kaufleute, gehören dazu. Wir wissen aus Kirchenbüchern, daß

¹⁾ Vgl. oben S. 94 und 104

im Herzen des eigentlichen Kurland (um Frauenburg) im 17. Jahrhundert auf dem flachen Lande eine rege Gewerbetätigkeit blühte, die sehr mannigfach gestaltet war. Wir finden da und im übrigen Kurland wird es ebenso gewesen sein, Schuster, Tischler, Schneider, Fischer, Brauer, Töpfer, Böttcher, Schmiede, Gerber, Maurer, Maler, Schlächter, Sattler, Zimmerleute, Weber, auch Vergolder, besonders aber sind die Müller hervorzuheben, da sie als sehr wohlhabend galten und kein geringes Standesbewußtsein hatten. Bei den großen Schwierigkeiten des Verkehrs konnte jeder tüchtige Mann sein Brot verdienen, gelegentlich auch das Handwerk wirklich einen goldenen Voten haben. Auch die Kaufleute in den kleinen Ortschaften, die wie etwa Tallien kaum über die Bedeutung eines deutschen Dorfes hervorragten, konnten es zu Wohlstand bringen, den dann freilich die Kriegszeiten nicht selten wieder in Frage stellten. In das Leben solch eines deutschen Kaufmanns im 17. Jahrhundert führt uns das Tagebuch Berent Rebing's ein, das vor einigen Jahren der unverbienten Vergessenheit entrissen ist¹⁾. Vielleicht haben sich noch andere Aufzeichnungen erhalten, jedenfalls ist nicht daran zu zweifeln, daß es noch andere solcher Art gegeben hat. Und manches Mannes Lebenslauf mag sich im 17. Jahrhundert ähnlich abgespielt haben wie der Berent Rebing's. So mag es gestattet sein, auf diesen mit wenigen Worten einzugehen. Rebing ist in Lübeck geboren, aber früh als Knabe nach Kurland gekommen, wohin verwandtschaftliche Beziehungen seiner Mutter wiesen. Als Lehrling in Windau in den Betrieb eines Kaufgeschäfts eingeweiht, vertritt er seinen Prinzipal als Gesell in einer Filiale in Tallien, um dann selbst dort selbständig zu handeln. Und das Glück ist dem offensichtlich fleißigen und ruhigen Mann günstig, er kann bald Mutter und Schwester unterstützen und selbst den häuslichen Herd begründen. Es mangelt nicht an Kreuz und Sorge. „Wir haben uns aber“, schreibt der schlichtfromme Mann in sein Tagebuch, „Solches nach Vermahnung des weisen Hauslehrers Sirach nicht verdrießen lassen weil es der liebe Gott Also geordnet, denselben Allzeit auch Hülfe und Verstand angerufen und nach der Lehre des Uniglichen Propheten Davids unser Anliegen und Sorge auff ihn geworffen, der uns auch seine Hülfe und Segen reichlich spüren lassen und unser täglich Wob nil-

¹⁾ Kur. Sitzungsbereichte 1893. S. 97 ff.

diglich bekehret“ Freilich broht der schwedisch polnische Krieg, ihn um seinen Wohlstand zu bringen. Einmal muß er mit den Seinen auf ein Jahr zu seinem Schwager, dem Pastor in Pussen, Rüdten, dann noch einmal „in die Wildauß“, dann an den Angerschen Strand Auch nach den Olivaer Frieden hörten die Streifereien der Polen nicht ganz auf. Aber „Rißl und Brandt, Segnet Gott mit milder Hand“ und wenn Rading dieses Sprichwort anzieht, er hat an sich seine Richtigkeit erfahren. Er kommt schon bald wieder in geordnete Verhältnisse, kann ein adliges Gut in Arrende nehmen und erfreut sich hohen Ansehens, das seine Wahl zum Kirchenvorsteher herbeiführt. Und er scheint in dieser günstigen Lage geblieben zu sein, machte auch der holländisch-englische Krieg alle Waren, besonders das wichtige Salz verteuern oder ein großer Kriegswach (1667) die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung schwächen. Es ist keine große Welt, in die uns der Tagebuchschreiber blicken läßt, aber er ist eine frisch und offen, dabei demüthig den Weltlauf ins Auge schauende Persönlichkeit, die an allem Interesse nimmt, was um ihn vorgeht; auch die Cometen der Jahre 1664 und 1665 notirt er genau: „Was nun diese Cometen, welche so bald auf einander erschienen, vor Bedeutung haben werden, Solches ist allein dem höchsten Gott bekannt, derselbe wolle unser Aller Herzen zur wahren Buße lenken.“

Die weitaus größte Anzahl der ländlichen Bevölkerung Karlands bildeten natürlich die erbunterthänigen Bauern. Ehe wir zu ihnen und wenden, ist noch der Reste des alten Standes der Landtreien zu gedenken, die sich aus den Zeiten des deutschen Ordens durch die ganze herzogliche Zeit bis ins 10. Jahrhundert erhalten haben, eine Gruppe, die als die Masse der Bevölkerung der Unfreiheit verfiel, sich die Freiheit wahrte und von jener in sozialer Hinsicht durchaus unterschieden war¹⁾. Die bekanntesten, aber keineswegs einzigen Vertreter

¹⁾ Im allgemeinen s. Graf Hermann Rostkling in den Arbeiten der Karl. Gesellsch. für Lit. und Kunst, Heft 5, S. 10—14 über die Kurischen Ränige Grube 1, 133. Sie hatten die Dörfer Wilker, Seemein, Rell, Saugauken, Dragguhn, Werhalpen inne, von die 4 ersteren zur Dypaukenischen, die 3 letzteren zur Goldingenischen Kirche eingeparrt sind und die 38 Hefinde und 3 Haldschlechterien enthalten. Über die Fragefinde August und Rullshenerf im Tuckuschen s. v. Hopmann: Karl. Gütershon 1, S. 184, Beil. 43—53; über Rullshenen (Butten) oder Rowadnerfen im Bessonschen, vgl. Holstmar in Jutland 1844, Nr. 44.

dieser Landfreien sind die sogenannten kurlischen Könige bei Goldingen, neben ihnen sind Freigesinde — zum Teil auch in den Händen deutscher Besitzer — noch in verschiedenen Teilen Kurlands nachweisbar. Aber da ihre Zahl am Ausgange der herzoglichen Zeit weit geringer war als an ihrem Beginne, so erkennt man die Tendenz der Entwicklung. Es war den Freien schwer, sich in ihrer Stellung zu behaupten, nur zu häufig wird das an einzelnen Orten direkt nachweisbare Bestreben der Güter oder herzoglichen Ämter vorgelegen haben, die Glücken der freien Leute in derselben Weise wie die Gesinde der Bauern zu Waden und anderen Leistungen heranzuziehen und die freien Leute so allmählich auf die Stufe der Bauern herabzudrücken.

Diese waren am Ausgange der Zeit des deutschen Ordens fast insgesamt in den Stand der Erbuntertänigkeit herabgesunken und hatten ihre Freiheit eingebüßt¹⁾. Ein Prozeß war damit zum Abschluß gekommen, der sich auch in anderen deutschen Territorien abgespielt hatte, in denen nationale Unterschiede zwischen Gutsherrn und Bauern nicht bestanden. Das Privilegium der Ritterschaft (28. November 1581, §§ 22 und 23) bedang das Fortbestehen dieser Verhältnisse ausdrücklich aus. Die Unfreiheit des Bauern galt schon als so selbstverständliche Tatsache, daß die kurländischen Statuten von 1617 die Ausdrücke Bauern und Unfreie gleichsetzten (*Rustici sive homines proprii*). Im großen und ganzen sind bei ihnen zwei Gruppen zu unterscheiden, einmal die Gesindewirte²⁾ („Zemmel, Gesinde — Zehsta“, auch Maja) und dann die Knechte (Kulps), die als Arbeiter auf den Gutshöfen oder in den Gesinden verwendet wurden. Die erstere Gruppe war natürlich die besser gestellte. Die Gesindewirte hatten dem Gutsherrn den Zins oder die Wacke zu leisten, d. h. nach dem Bodenumwert bemessen wurden, und teils in Geld, teils in Naturalabgaben bestanden. Ferner

Kurl. Sitzungsberichte 1881, S. 61; 1897, Beil. S. 169, Ann. 21. Über Dumpit im Hausleschen v. Klopmann, kurl. Güterchronika II, S. 91 ff. Daß die genannten Freigesinde die einzigen in herzoglicher Zeit waren, soll keineswegs behauptet werden.

¹⁾ Die Geschichte der Leibeigenschaft in Kurland in herzoglicher Zeit auf Grund der Archive darzustellen, ist noch nicht versucht worden. Was im Text gegeben werden konnte, stützt sich auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf die Landtagsakteste.

²⁾ Der eigentümliche Provinzialismus, Gesinde für Bauernhof war bereits im 18. Jahrhundert verbreitet.

waren sie zu dem sei's zu Fuß sei's mit Pferden zu leistenden Gehorch verpflichtet, d. h. zu Arbeiten, die entweder bestimmte waren oder vom Ermessen des Gutsherrn allein abhingen. Man unterschied Ganz- oder Heilhäker, die ein größeres Gefinde besaßen und mit zwei Pferden den Gehorch leisteten, Halbhäker, die es mit einem Pferde taten und Ein-
fuhrlinge, die so kleine Landstucke inne hatten, daß sie kein Pferd halten konnten und daher nur zu Fuß und allein Gehorch leisteten. Die niederste Gruppe der Einfuhrlinge bildeten die Birtenecken (Wadstüber), die in oder bei den Wadstüber wohnten, dafür diese zu bedienen hatten und außerdem zu Fuß ihren Gehorch leisteten. Daß der außerordentliche Gehorch (Venziba) gelegentlich auch in unbilligem Maße verlangt wurde, ist möglich, in der Regierungzeit Herzog Peters wurde es jedenfalls vom Landtage (1780) den fürstlichen Gutsdisponenten zum Vorwurf gemacht, wir wissen nicht, mit welchem Rechte. Was der Gutsadvokat, nachdem er diesen Verpflichtungen gerecht geworden war, erübrigte, war sein Eigentum. Die zweite Klasse, der der Grundbesitz fehlte, diente nach Übereinkunft auf den Gefinden und es ging das Bestreben dahin, ein zu großes Fluktuieren dieser Bevölkerungsklasse zu verhindern; dahin zielte die Bestimmung des Landtages von 1638, daß in den Gefinden die Knechte sich nur ein ganzes Jahr bestellen ließen, dagegen sollten „Wadstüber (Birtenecken), Halbknechte und Lostrichter“ nicht gelitten werden. Alle diese Väter waren in hohem Maße schollenpflichtig, unterlagen in der Freiheit ihrer Bewegung mannigfachen Beschränkungen und das Herausziehen der Kinder aus dem Stande der Eltern war sehr schwer. Die Statuten von 1617 verboten, daß ein Leibeigener ohne Erlaubnis seines Herrn „seine Söhne, es sei Studierens halber oder um ein Handwerk zu erlernen, in die Fremde schicke“¹⁾ Auch sonst war ihre Stellung in rechtlicher Hinsicht eine sehr geminderte. Wenn ein Bauer sich gegen den Leibeigenen eines anderen Herrn ein Vergehen zu schulden kommen ließ, so klagte der Herr des Geschädigten, nicht dieser selbst, wenn ihm auch die Geldstrafe aufiel. Wie die Erbherren das Recht hatten, für die Bauern Verordnungen zu erlassen, soweit sie nur nicht dem öffentlichen Rechte widersprachen, so übten sie auch die Gerichtsbarkeit über ihre Bauern aus, doch waren sie nach den Statuten von 1617 verbunden, keine

¹⁾ Statuten von 1617, § 57.

Verbrechen mit Todesstrafe zu belegen, ohne ein förmliches Gericht gebildet zu haben). Beging ein Bauer in der Stadt ein Verbrechen, so hatte das Stadtgericht seinem Herrn den Termin anzuzeigen, war aber berechtigt, die Sache auch dann zu verhandeln, wenn dieser trotz der Anzeige nicht erschien¹⁾. Ein solches Patrimonialgericht setzte sich meist aus mindestens drei Edelherren zusammen, wie erhaltene Protokolle zeigen. Der Bauer sollte im wesentlichen nur Bauer sein, auch die Krügerei war ihm (1638) verboten worden. Bei der fast diskretionären Gewalt, die der Gutsherr über seine Bauern ausübte, war ihre Lage auf verschiedenen Gütern und bei verschiedenen Herren eine sehr verschiedene und das Entlaufen der Bauern war etwas ganz Häufiges. Die Landtagsbeschlüsse und die wenigen Gesetzbücher der herzoglichen Periode zeigen eine ganz erhebliche Anzahl von Bestimmungen über die sogenannten „Lauslinge“. Wir ersehen aus ihnen, daß es nicht leicht war, flüchtige Bauern wiederzuerlangen, wenn sie etwa ins schwedische Döland oder nach Litauen oder Preußen entwichen waren²⁾. Um so strenger waren die Gesetze für das Herzogtum selbst und sie wurden im siebzehnten Jahrhundert strenger als sie gewesen waren. Während früher eine dreißigjährige Verjährung für Lauslinge galt, hoben sie die Statuten von 1617 (§ 53) auf, die Landtage gaben dieser Bestimmung eine möglichst strenge Auslegung (1624, 1636) und erst nach hundert Jahren setzten die Entscheidungen der polnischen Kommission eine Verjährung durch unvorstelligen, d. h. mindestens hundertjährigen Besitz eines andern fest. Daß trotzdem die Lauslinge zahlreich waren, zeigt die Bestimmung des Landtages von 1638 (§ 18), wonach Bauern, die zum zweiten Male ihrem Herrn entliefen, der Fuß abgehauen werden sollte. Indessen nahmen nicht selten andere Gutsherren flüchtige Bauern auf, wohl gar, wie auch überliefert ist, in sollemner Form in der Kirche. Doch kam es erst recht spät (1727) zu Strafbestimmungen gegen solche Herren, die flüchtige Bauern annahmen. Dagegen blieb die Selbsthilfe dem Herrn des Flüchtlings stets verboten; nur innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Flucht war er berechtigt, mit Gewalt seiner sich wieder zu bemächtigen. Sonst sollte

¹⁾ Statuten von 1617, § 58, 62, 63.

²⁾ Landtagsbeschluss von 1645, 10. März, § 26, 1648, 30. Juli, § 10.

³⁾ Über nach Preußen entwichene Bauern s. meinen Aufsatz in der *Altpruss. Monatsschrift* 1892, 317–331.

er sich an den Oberhauptmann wenden, der dann in summarischem Verfahren den Bauern dem ursprünglichen Herrn, „bei dem er seinen ersten Rauch gehabt“, zusprechen sollte.

Auf zwei Hindernisse sind aber die Gutsherren in Kurland selbst beim Restituieren der Kauslinge gestoßen, die Meinung der Städte, jenen eine Zuflucht zu gewähren und die Schwierigkeit, das Recht an den Leibeigenen auch den Herzögen gegenüber durchzusetzen, denen doch mehr als der dritte Teil ganz Kurlands gehörte. Mit diesen Dingen befaßten sich vielfache Landtagschlüsse im XVII. und XVIII. Jahrhundert und zwar fiel die Entscheidung immer zu Gunsten des Adels (1664, 1712), doch nahmen die Klagen des Adels unter Herzog Ferdinand wieder überhand. Die herzogliche Regierung hatte nämlich befohlen, daß aus den Städten und kirchlichen Gütern, die während der Besitzzeit (1710) und wegen Hungersnot ihren Herren entlaufenen Erbbauern nicht auszuliefern seien und eine dahinzielende Bestimmung sollte der Herzog sogar in die Statuten (von 1617) hineingeschmuggelt haben. Jedenfalls verfügte die polnische Kommission von 1717¹⁾, daß dergleichen herzogliche Befehle ungültig seien und nicht mehr stattfinden dürften. Gebunden und an'steu erkrankt somit die Lage der Bauern und sie war unter einem rohen und harten Herrn gewiß eine sehr traurige. Es war die allgemeine Entwicklung der rechtlichen Lage der Bauern in weiten Teilen Europas, die uns auch in Kurland entgegentrat. Vielleicht hat sich manches im XVIII. Jahrhundert zum Schlechteren verschoben. Die Statuten von 1617 erklärten für leibeigen jedes Kind eines leibeigenen Mannes, auch wenn die Mutter eine Freie war (§ 51), die Kinder eines Freien und einer Leibeigenen waren demnach als Freie zu betrachten. Aber offenbar schienen gerade deshalb den Ehen Freier mit leibeigenen Frauen im XVIII. Jahrhundert Schwierigkeiten vonseiten der Herren in den Weg gelegt worden zu sein. Nur das erklärt die gut überlieferten Fälle (so a. d. J. 1721 und 1786), in denen freie Bräute sich selbst zu Leibeigenen erklärten, um eine Unfreie heiraten zu können.

Wenn wir den Beschreibungen der Chronisten oder Mönchen nach urteilen, so war die kulturelle Stufe der Bauern im XVI. Jahrhundert eine recht tiefe. Laurentius Müller bezeichnet sie in seinen

¹⁾ ad grammata 20 und 21

Septentrionalischen Historien als ein „viehisch und närrisch Volk“, und erzählt dann von ihnen das Folgende: „Das Weibsvolk hat auch im harten Winter nur etwa ein Stück blau oder roth Tuch am sich geknüpft, das ist seine Kleidung: Behenget sich anstatt eines großen Bieraths mit Schmuckenhäusern und Messenen (messingenen) Ringen, um die Kniebänder machen sie einen Haufen hellen Schellen, also daß man sie von weitem hört kommen, die Schuhe flechten sie von Bast. Ihren Ackerbau können sie gar leicht bestellen, haben einen Pflug mit einem kleinen leichten Eisen, den ein ziemlicher starker Jünger mit einer Hand leicht regirt und mit einem ihrer kleinen Pferde Solches verrichten kann; sie machen aber wie zu erwarten gar leichte Furchen“. Hieran schließt der Chronist einen Bericht über ihren Ackerbau und hebt dabei ihren Gebrauch, das Getreide zu dörren, lobend hervor. Die Schilderung, die der Professor Brand etwa hundert Jahre später von ihnen gibt, läßt ihre Lage auch als eine sehr elende erscheinen. „Sie wohnen“, heißt es da, „in elenden und geringen Häuslehen, worinnen mehrmahlen nur eine Rauchstube und hißweilen ein begelegenes Speicherchen ist, wo ihr liebes Brod und schlechter Trank, welchen sie Pottal nennen, sammt Sauerkraut und Surken, verwahrt wird. In den Rauchstuben haben sie einen von hiden Kieselsteinen verfertigten Ofen, wie unsere Backofen, welche sie mit schwarzen Kohlen oder anderem Holz heftig einhizen und bey welchem sie auch des Nachts alle unter einander, als Vater, Großvater, Mutter, Kinder, (dan es bey ihnen zu mercken, daß sich bei dem Vater die Söhne und Enkel sämptlich pflegen aufzuhalten) vermischt schlafen, auff der Erden auf etlichen untergelegten Lumben, wiewohl auch etliche wenige Bettkätte alda gefunden werden, welche sie doch mehrentheils mit alten Tüchern und untergemorjenem Stroh belegen; das übrige ist vor ihr weniges Viehchen, als Kühe und dergleichen, von welcher Milch sie ihre häufige Kinder unterhalten.“ Die Häuser sind alle aus unbauenen Halken gehauet, mit Stroh oder Holz gedeckt; als Beleuchtung dienen statt der Talglöchte die Kienpäne.“ Brand gibt dann eine genaue Schilderung ihrer Tracht, die wir hier eben'o übergehen müssen, wie seine Mittheilungen über ihre Badstuben, die er neben dem Branntwein als ihre einzige Medizin bezeichnet und über ihre Hochzeitsgebräuche. In Summa sind sie nach ihm „ein armes elendes Volk, welches der Dienstbarkeit vermaßen unterworfen ist, daß sie wenig von

denen Leibeigenen der alten Römer können unterschieden werden.“ Auch Katharina II. gewann auf ihrer Reise nach Rußland (.744 von den Bauernhäusern einen sehr abstoßenden Eindruck. Und das Urtheil, das gegen Ende des XVIII. Jahrhunderts Reisende über die Lage der Bauern fällen, ist der Zeitrichtung der Aufklärung entsprechend, besonders tadelnd. „Gegen den kurlischen Bauer ist der deutsche ein wahrer Freiherr“ — sagte ein Königsberger, der 1784 durch Kurland fuhr und schon von den Bauernhütten abgestoßen wurde, die er als baniallige Baracken bezeichnet, „die alle Augenblicke einzufallen drohen und bei denen nicht selten die Thür die Stelle des Fensters und des Rauchfangs zugleich vertritt“.

Es wäre ein wahrheitswidriges und aussichtsloses Beginnen, solchen Zeugnissen, ganz besonders aber der oben angeführten rechtlichen Lage der Bauern gegenüber, zu behaupten, daß sie Grund gehabt hätten mit ihrem Lose sehr zufrieden zu sein. Indessen ist doch zu bemerken, daß bei den Zeugnissen der Reisenden Verallgemeinerungen und Irrthümer mit unterlaufen mochten und daß zwischen dem Gesetz und der Praxis doch ein beträchtlicher Unterschied war. Schon der Vortheil gebot den Gutsherren, ihre Leibeigenen nicht gar zu übel zu behandeln, da sie sich eben sonst nur zu leicht zur Flucht entschloßen. Daß ferner die materielle Lage der Bauern keine ganz üble gewesen sein kann, zeigen die Bestimmungen gegen den zu hohen Knechtslohn auf dem Landtage von 1636 (18. Juli) und die gleichzeitigen Verordnungen gegen die zu weit ausgebreitete Feier der Hochzeiten und Tausen. Die Toblensche Kirchenvisitation von 1637 verbot mehr als sieben Wochen bei letzteren und rügte es, „daß groß Uebermuth bei den Bauern auf ihren Hochzeiten und Kindtaufen soll getrieben werden, also daß solche Hochzeiten bei 14 Tagen gehalten werden und bei zehn, zwanzig Tonnen Wer oder mehr aufgehen“ Der Landtag vom Juli 1638 verbot solche „große Uebermaß und unnütze Gebrungen“ und setzte für bäuerliche Tausen einen, für Hochzeiten zwei Festtage, je einen im Gesinde des Brautigams und der Braut fest. Die Doblen'sche Kirchenvisitation von 1664 tadelte den Luxus der Bauern im Gebrauche der „Corduan-schuhe, Zuchensstiefel, güldenen Ringe, silbernen Wirtel, item mit jammenen gobelinen Rüpen“ u. s. w. Man sieht, es fehlte nicht an Luxus, es gab also auch bemittelte Bauern. Die Reizung zum „Vollhausen und großen Banketts“ tadelte dieselbe Visitation und die große Zahl

der Betrunknen hebt ein Reiender im Jahre 1794 hervor. Man sieht, bettelarm waren alle Bauern keineswegs, manche hatten mehr als das tägliche Brot. Auch ist zu erwägen, daß die Schollenpflichtigkeit auf der anderen Seite zur Folge hatte, daß der Herr in gewissem Maße bei Hungersnot und dergleichen doch für seine Bauern schon im eigenen Interesse zu sorgen und sie überhaupt zu schützen pflegte. So wird es sich erklären, warum die lurländischen Bauern das Angebot des Königs Stephan Bathory, die Leibeigenschaft aufzuheben, ablehnten, wie Laut. Müller berichtet. Übrigens entbehrten die Bauern in Starland nicht ganz aus ihren Kreisen genommener Obrigkeiten; als solche werden die Ältesten, Rechtsfinder und Schildreuter in den Landtagsschlüssen erwähnt.

VI.

Die Städte Lurlands sind nie zu großer Bedeutung gelangt¹⁾. Sehen wir von Mitau, den Seepfählen Libau und Windau, im XVII. Jahrhundert von Goldingen ab, so sind sie wenig mehr als Marktflecken gewesen, denen ein größerer oder geringerer Detailhandel, das zum Teil nicht übel geblühende Handwerk und die in ihnen vorhandenen Behörden oder Schulen ihre bescheidene Bedeutung geben. Aber große und einflußreiche Gemeinwesen sind auch die genannten Orte nicht gewesen, mochte es daselbst auch manchen reichen Kaufmann geben und zuzetten das Handwerk fröhlich gedeihen. So erklärte es sich, daß der Adel die Städte von der zu Beginn der herzoglichen Periode ganz unzweifelhaft ausgeübten Teilnahme an den Landtagen verdrängen konnte, auf die sie ein fragloses Recht hatten, wie in Preußen, dessen Verfassung ja das Vorbild der lurländischen sein sollte. Sie mußten sich jene Verdrängung auch gefallen lassen, sie waren ja kein so bedeutender Faktor, keine so große Macht, daß man auf sie Rücksicht zu nehmen brauchte. Die hierin liegende Capitis deminutio wurde im XVIII. Jahrhundert noch fühlbarer, denn galt früher der Herzog als der natürliche Vertreter der Städte dem obligen Landtage gegenüber, so mußte das nun anders werden, da Starland etwa ein halbes

¹⁾ Vgl. die Landtagsakten und Ziegenhorn. Von Stadtgeschichten liegen bisher nur vor die Goldingens von Ernst Hernig (1809) und Libaus von Alex. Wegner (1898).

Jahrhundert eines Fürsten entbehrte. Wohl hatte die Krone Polen dem Adel die Berechtigung abgesprochen, ohne Zustimmung der Städte Gesetze zu geben, aber in vieler Fragen mußten sie sich doch den Beschlüssen der Landtage fügen.

Die Verfassung der kurländischen Städte war mit Zugrundelegung des eiglichen Rechtes durch besondere, von den Herzögen verliehene oder neubestätigte Polizeiordnungen geregelt, wobei sich bei vielen Divergenzen im einzelnen doch auch gemeinsame Gesichtspunkte ergeben. Die Stadtverfassungen sind im wesentlichen die mittelalterlichen, natürlich vom Wandel der Zeiten vielfach modifiziert. Die Leitung der Stadt, ihre „Polizei“ — so hieß damals die gesamte Verwaltung im ursprünglichen Sinne des griechischen Wortes *Politeia* — sowie ihre Justiz nahm der Rat wahr, der in Kurland meist *Ragistrat* genannt wurde. Er zerfiel in eine große Anzahl von Unterabteilungen, die sich aber nicht alle in jeder Stadt fanden. Hervorzuheben sind die *Bette* oder das *Bettgericht* und das *Basengericht*. Die Bürgerschaft hatte nur bescheidene Rechte, so wurde für Libau 1654 von Herzog Jakob bestimmt, daß die Stadtväterleute, als Vertreter der Gemeinde, bei der Abhörnung der Stadtrechnungen zugegen sein und gleich dem *Ragistrat* einen Schlüssel zur Stadtkasse verwahren sollten. Die Bürgerschaft, „die Gemeinde“, wurde im übrigen keineswegs von allen Einwohnern der Städte gebildet. Außerhalb der Bürgerschaft standen die in der Stadt ansässigen Edelleute, die auch in persönlichen Angelegenheiten ihren Verichtsstand vor dem adeligen Verichte hatten. Jedoch waren sie verpflichtet, die Abgaben und Kosten für die Stadt, an deren Vorteilen sie Anteil hatten, von ihren Grundbesitzern zu leisten und diese unterlagen der städtischen Gerichtsbarkeit. Es war das ein von ihnen oft bestrittener Anspruch der Städte, den aber sogar die polnische Kommission von 1717 anerkannte. Nicht zur Bürgerschaft gehören durften Juden, die im Lande nicht gebuddet werden sollten. Doch scheint der Adel sie nicht haben erbehen zu wollen, er hat zwar im XVIII. Jahrhundert auf vielen Landtagen ihren Aufenthalt im Lande verboten, aber sie doch wieder gegen Erlegung einer gewissen Summe Geldes gebuddet, ein System, das den der „Schutzjuden“ in anderen Ländern, so in Preußen, nahe kam. Auch die Letten, die sogenannten „Urdeutschen“, konnten nicht städtische Bürger werden, sogar ihre Ansiedelung in den städtischen Gemeinwesen wurde sehr erschwert. Die

Windausche Bursprache von 1694 bestimmte, daß kein Undeutscher eine eigene Haushaltung beginnen dürfe, ehe er drei Jahre bei einem Bürger gedient habe. Sie unterlagen überhaupt manchen Einschränkungen, Brauerei und Schenkei war ihnen verboten (1717) und bei Übertretungen der Polizeiordnungen trat für sie an Stelle der Geldstrafen und des Gefangnisses häufig die Züchtigung mit Ruten.

Alle diese Elemente schieden aus der Bürgerschaft aus, ebenso die studierten Leute, die sogenannten Literaten, die zwar Einwohner, aber nicht Bürger der Städte im politischen Sinne waren. Bürger war nur derjenige, der nach den bestehenden Gesetzen das Bürgerrecht direkt erworben hatte, sei es das Großbürgerrecht als Kaufmann, sei es das Kleinbürgerrecht als Handwerker. Denn die Bürgerschaft zerfiel in diese zwei Gruppen. Die Großbürgerchaft, auch z. B. in Lissau die große Gilde genannt, bestand in der Hauptsache aus den Kaufleuten, an manchen Orten auch aus einigen „Professionisten“ und „Künstlern“, wozu z. B. in Lissau die Uhrmacher, Goldschmiede, Friseur, Barbier, Blindschneider, Maler u. a. gehörten. Doch im allgemeinen bildeten die Handwerker den Kleinbürgerstand, aus dem jedenfalls in Mitau die Ratsherren nicht gewählt werden konnten. Jeder Bürger mußte ein Bürgergeld (in Mitau der Kaufmann 10, der Handwerker 5 Taler) erlegen und dann dem Räte seine „Wehre“ vorlegen, ehe er zum Bürgertribe zugelassen wird, diese Wehre sollte in Mitau nach der Polizeiordnung von 1606 sein für einen Kaufmann „ein gut Bullharnisch und Helm, ein langer Spieß oder ein lang Panten oder Schloßrohr zur Obergewehre; zur Untergewehre ein Kappier oder Degen; für einen Handwerker oder Krüger oder Tagelöhner ein halber Mond oder Halpartie, oder Rnebelspieß zur Oberwehre und eine Unterwehre wie die Kaufleute“ . . . Dann zu den Pflichten der Bürger gehörte auch, wie schon in den Tagen des Mittelalters, der bewaffnete Schutz der Stadt. Wer aus dieser wegwanderte, mußte ein verschulden hoch bemessenes „Abzugsgeld“ erlegen, was eben die städtischen Gemeinwesen vor Verminderung ihrer geringen Einwohnerschaft schützen sollte. Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die beiden genannten Gruppen der Bürgerschaft.

Der Handel hat eigentlich nur in Windau, daß im XVII. Jahrhundert das vornehmste Emporium Rußlands war und in Goldingen, im XVIII. Jahrhundert auch in Lissau eine größere Bedeutung bran-

spricht¹⁾. Witan liess darunter, daß der Handel durch die Dänemündung zu den Vorrechten Riga's gehörte, so daß die Nachricht nicht unglaublich klingt, der unternehmende Herzog Jakob habe den Plan gehabt, die schmale Landzunge zwischen der Aa und der See bei Schloß zu durchstechen und so seiner Hauptstadt die unmittelbare Wasser Verbindung mit dem Meere zu erschließen, doch ist es dazu nie gekommen. Aber auch Libau und Windau erwachten Gemeininteresse anderer Art, der Vertrag der Herzöge mit der Stadt Riga im Jahre 1616 enthielt die Bestimmung oder wurde doch so gedeutet, daß der Export von Sommerkorn und Viskalien aus jenen Häfen zugunsten der Dunastadt unterlag²⁾. Die in jedem Falle vorliegende Schädigung der lirländischen Hafenstädte hob dann der Stahmsburger Vertrag von 1635 wieder auf und es kam Libau sowohl wie Windau zuhatten, daß Riga seit 1621 eine schwedische Stadt war und jene nun die naturgemäßen Ausfallspforten für den litauischen Handel wurden. Erst 1783 erzwang die russische Regierung, wie wir noch sehen werden, wieder eine Konvention zugunsten Riga's, die Libau und Windau lahm legen mußte. Moltingen aber lag weit ab vom Meere, mit dem es durch eine nicht immer befahrbare Wasserstraße verbunden war.

Dem lirländischen Handel über See entstand im XVII. Jahrhundert ein gefährlicher Konkurrent in der Landeshererrschaft selbst, die ja in jenem Zeitalter nicht nur in Lirland eigene kommerzielle Unternehmungen versuchte³⁾. Dann aber hat der Adel Lirlands ebenfalls mit Umgehung oder Schädigung der Städte in gewissem Maße zu handeln das Recht gehabt und dieses Maß zu überschreiten immer wieder versucht. Auch den Statuten von 1617⁴⁾ befaß der Adel die Befugnis, sein Korn auch an Schiffer die am obigen Strande landeten, direkt

¹⁾ Über Moltingen s. oben S. 110 ff.

²⁾ Der Graf Christian Heinrich Reysertling hat in einem Briefe an Pant (Beispruchel, I 274 275) den Nachweis zu führen gesucht, daß im Vertrage von 1616 nicht der Export aus Libau und Windau sondern aus den hier und da existirenden abligen Privatthälen verboten worden sei. Der Wortlaut ist zwar zweideutig, aber ich glaube, daß der Graf ganz recht hat. Danach wäre das auf S. 92 Gefagte zu modifizieren. Ubrigens wurde es sich empfehlen, den Vertrag von 1616 genauer zu untersuchen, wie denn überhaupt eine Handelsgeschichte Lirlands zunächst ein primum desiderium ist.

³⁾ S. oben S. 111 ff.

⁴⁾ § 82.

zu verkaufen; aber es waren immerhin nur verhältnismäßig wenige Güter, die an den Strand grenzten. Es war daher für den Adel wichtig, daß er schon 1562 das Recht gewonnen hatte, daß er auch in den Städten seine Kreuzzenten und Produkte — nur das Bier war ausgenommen — an den fremden Mann verkaufen und von diesem für seine Bedürfnisse einkaufen durfte. Dieses Recht des direkten Handels „Gast bei Gast“ hat sich der Adel auch gewahrt, obwohl die Städte durch Bestrafung der fremden „Gäste“ dem entgegenzuwirken strebten, sie beriefen sich dabei auf das bei ihnen geltende richtige Recht, daß ja nur Bürgern der Handel gestattet. Der Handel dagegen, der sich nicht auf den eigenen Bedarf oder die eigenen Erzeugnisse bezog, war unbestreitbar ein Vorrecht der städtischen Bürger, nur auf den Jahrmärkten fiel diese Schranke fort. Der Kampf zwischen Adel und Städten um die „Kaufmannschaft“ ist ein weitläufiges Kapitel in der inneren Handelspolitik der Städte Rurlands seit dem 17. Jahrhundert. Ihre Stellungnahme wird verständlich, wenn man erwägt, daß den Bürgern der Städte eine ganze Anzahl öffentlicher Leistungen — Wachtdienst, Abgaben u. s. w. — oblag und sie daher nur denjenigen an ihren Rechten Anteil geben wollten, die auch den gleichen Pflichten unterlagen. Und das war ja beim Adel in den Städten nicht der Fall. Gefährliche Rivalen der Städte waren auch die fremden Kaufleute, Schotten und Engländer, die, wie an der ganzen Ostseeküste, so auch in Rurland den Getreidehandel direkt mit den Produzenten betreiben, besonders aber die Holländer. Das reiche Handelshaus Voldert Voldertson in Amsterdam hat lange Zeit im XVII. Jahrhundert im Getreideexport Rurlands eine große Rolle gespielt. Sofern die fremden Handelshäuser in den lurländischen Seenähen Läger oder Kommissionäre hatten, unterlag deren Tätigkeit starken gesetzlichen Beschränkungen. Den vollständig freien Handel durfte überhaupt nur derjenige betreiben, der das „Bürgerrecht auf Handel und Wandel“ erworben hatte, also nicht die Höker, nicht auch die Handwerker, Krüger oder Tagelöhner. Aber auch für den Bürger galten gewisse gesetzliche Verpflichtungen in bezug auf den Handel, er durfte z. B. die von ihm bezogenen Waren nicht dem Rat verheimlichen, damit die Bürgerchaft zuerst zu kaufen Gelegenheit bekäme, die Vorkäufe außerhalb der Stadt war verboten u. s. w. Die gesetzlichen Bestimmungen hierüber enthielten die Willküren oder Wettordnungen.

Die Kontrolle des Handels und Handelsstandes übte eine Abtheilung des Magistrates, die Bette oder das Bettgericht, das der Bettherr und einige Rathherren bildeten. Ihr wich der „Junge“ — der Lehrling — vorgestellt, sie überwacht sein Verhältnis zum Kaufherrn, bis sie ihn nach der vorgeschriebenen Anzahl von Jahren bei guter Führung losspricht. Dann wurde er „Kaufgesell“ und erfreute sich des Titels „Monsieur“. Erst wenn er die Gesellenzeit hinter sich hat, kann er in die Bürgerschaft aufgenommen werden. Dann muß der neue Kaufmann den Bürgerreid leisten und das Bürgergeld entrichten. Die Bettordnungen der surländischen Städte in ihrer historischen Entwicklung zu verfolgen und ihre allem Anscheine nach vorliegende Abhängigkeit von den Bettordnungen anderer deutscher Städte zu prüfen, wäre eine lohnende Aufgabe, die noch ungelöst ist. Die Verhältnisse haben in Surland wohl ähnlich wie etwa in Preußen gelegen, es sind dieselben Bedürfnisse, die in jenem Zeitalter des Lustzwanges die handelsstrebenden Kreise fast überall gehabt haben¹⁾. Von Handelsfreiheit war ja bekanntlich auf dem ganzen Continente damals nicht die Rede. Aber trotz aller Hemmungen sind im XVII Jahrhundert in Windau und Goldingen rasche Kaufleute, die überseeischen Handel trieben, nachweisbar. Manche von den surländischen Kaufleuten sind mehr als Krämer gewesen²⁾.

Die Handwerker unterlagen in ähnlicher Weise der Gebundenheit des Zunftzwanges, indem sie unter Aufsicht des wohlweisen Magistrats an die Satzungen ihrer „Schragen“ oder Amtordnungen gebunden waren. Genane Vorschriften waren in ihnen z. B. über die Lehrzeit und über das Wandern der Handwerksburschen enthalten, sowie über die Gesellenzeit, das Meisterstück und das ganze Tun und Lassen der Handwerker. Die Zahl der Gesellen und Lehrlinge war genau bestimmt, erst in einer Zeit, wo sich gegen die Auswüchse des Zunftwesens auch sonst Opposition regte, wurde diese Beschränkung in Surland fallen gelassen (1765). Weitgehend war die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Zünften, die sich gegenseitig nicht ins Gehege kommen sollten. Wehe dem Brotkäcker, der Kuchen backt, und dem Weißgerber, der Sem.schleider bearbeitete; der Magistrat bestimmte die

¹⁾ Über Preußen vgl. v. Rohrscheidt: Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit 1898).

²⁾ S. oben S. 111

Tagen für Handwerker, besonders für die wichtigen Gewerke der Bäder und Fleischer. Streng waren die Bestimmungen gegen die Böhren, die nicht zünftigen Handwerker. Die Geschichte des Handwerkes in Kurland ist aber im einzelnen auch ein ungeschriebenes Kapitel der Kulturgeschichte, an das die Forschung heranrücken sollte¹⁾, ehe noch mehr Schragen und andere Reste und Zeugnisse aus den Tagen des Kunstzwanges verloren gehen. Trotz der kleinen Verhältnisse in den Städten hat das Handwerk anfraglich in Kurland vielach, z. B. in Goldingen im XVII. Jahrhundert wirklich einen goldenen Boden gehabt und in manchen Orten auch das Kunsthandwerk, die Goldschmiedekunst, tüchtige Vertreter gefunden, wie sich im XVIII. Jahrhundert in Warske, Mitau und Goldingen nachweisen läßt.

Dem Handwerk haben längere Zeit hindurch die wenigen Künstler nahegestanden, die sich überhaupt in herzoglicher Zeit nachweisen lassen²⁾. So war der in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts in Mitau lebende Christian Sibau sowohl Malermeister als auch Porträtmaler. Ebenso steht dem Kunsthandwerke der Bildhauer Nikolaus Seffrens in Windau nahe, als dessen bedeutendste Werke der Altar der Kirche in Landien und der in der St. Annenkirche in Libau gehören. Erst später scheinen die Kunst- und Porträtmaler in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts eine Gruppe für sich gebildet zu haben, ohne der Bürgerchaft anzugehören. Die Herstellung von Porträts und die Ausschmückung von Epitaphen in den Kirchen waren das wichtigste Betätigungsfeld dieser fast durchweg aus Deutschland angewanderten Künstler. Wohl bekannt waren ihrer Zeit Friedr. Hartmann Parisien († 1796), der im Stile des preussischen Hofmalers Pedone malte und Leonhard Schorer († 1777), dessen Kunst schon größeres Streben nach Charakterisierung des Geistigen zeigte. Mehr durch seine staunenswerten Fruchtbarkeit als Maler — er gibt die Zahl seiner Bilder auf 17.3 an — als durch die Tiefe seiner Kunst ist Joh. Heinrich Baumann (1753—1832) in weiteren Kreisen Kurlands bekannt geworden. Seine Tier- und Jagdstücke fanden in einem Lande, wo die Jagd eine so bedeutende Rolle spielte, großen Abzug. Als Kupferstecher ist noch

¹⁾ Dabei wäre natürlich die Schragenammlung des Kurländischen Provinzialmuseums zunächst zu berücksichtigen.

²⁾ W. Neumann, 700 Jahre baltischer Kunst in der balt. Monatsschrift Bd. 48 (1900), S. 319, 410 ff.

Sam. Gottl. Rülner, der Bruder des Rätener Professors und Dichters, hervorzuheben.

Außerhalb der ehrbaren Gesellschaft standen die fahrenden Brute und Komödianten, die in der herzoglichen Zeit — sie sind seit dem Ende des XVII. Jahrhunderts in Ritten nachweisbar — nicht ihren ständigen Sitz im Lande hatten, sondern kamen und gingen. Von größerer Bedeutung wurde für das Theaterwesen in Kurland erst die Schuch'sche Truppe aus Königsberg, die zuerst 1779 in Ritten auftrat und hier fast in jedem Jahre Monate hindurch zu bleiben pflegte. Sie fand in einer Zeit allgemein gesteigerten Kunstinteresses lebhaften Beifall¹⁾.

Das A. i. d. der kurländischen Städte war in herzoglichen Zeiten ebenso beschaffen wie ihre Einwohnerzahl. Noch am Ende des XVIII. Jahrhunderts betrug Ritten etwa 10—12000 Liben etwa 5000 Einwohner.

Die Straßen in den Städten wiesen fast nur einstöckige hölzerne Häuser auf und waren noch gegen das Ende des XVIII. Jahrhunderts sogar in Liben und Ritten teils gar nicht, teils schlecht gepflastert. Im XVII. Jahrhundert waren die Bürger Rittens verpflichtet, vor ihren Häusern Stiege für Fußgänger anzubringen und ähnlich wird es auch später und in den anderen Städten gewesen sein. Am Ende jeder Straße befand sich der obligate Brunnen²⁾. Über den Zustand der Straßen gibt die Bestimmung der 1693 wieder bestätigten Dursprache Goldingens zu denken: „Keiner soll vor seiner Thüre den Mist der Straßen über 4 Wochen lang liegen lassen, bei Strafe von 3 Mark.“ Die vielen Gärten bei den Häusern geben den Städten eine unterhältnismäßig große Ausdehnung, von Ritten wird das besonders hervorgehoben. Ein Reisender bezeichnet das Innere der kurländischen Hauptstadt als sehr unscheinbar, nur „das Schloß und mehrere, verstreut da gelegene große und gute Häuser geben einen fast glänzenden Anblick“. Den Wall um die herzogliche Residenz fand Bernoulli 1778 bereits verfallen, er bildete einen beliebten Spaziergang. Die Tore bestanden nicht mehr, doch sprach man noch von „Pforten“. Ähnlich vermindert und häßlich werden die auch heute nicht gerade bestückend schönen kleineren Städte gewesen sein.

Aber es herrschte in ihnen doch ein fröhliches und keineswegs armlisches Leben, wenn nicht Krieg oder Pestilenz verwüstend und

¹⁾ Vgl. z. B. Döring in den Murl. Sup.-Ber. 1871, S. 6—14.

²⁾ Rittener Polizeiverordnung von 1606.

veröbend das Land heimjuchten. Der altdeutsche Zug zu korporativer Zusammenichthung verband auch in den Städten Kurlands die Bürger zu Genossenschaften verschiedener Art. So gab es in Wolbingen von altersher ein Korps von Schwarzenhuptern, das sich wie in Riga aus unverheirateten Kaufleuten zusammensetzte und in Mitau und Libau verschiedene Brgergarben, deren Zweck gewiß ursprünglich militärische waren, die aber mit der Zeit gleich den Schtzenglben der deutschen Städte auch geselligen und genossenschaftlichen Ausgaben oblagen. Daß man im äußeren Gehaben nicht hinter dem Adel zurückstehen wollte, zeigen die diesem Streben entgegenwirkenden Kleider- und Speiseordnungen, die besonders für das XVII. Jahrhundert charakteristisch sind und die wir seit der 1591 von der Herzogin-Witwe Anna erlassenen vielfach und zwar in den Polizeiordnungen der Städte finden. Durch die Mitauer Polizeiordnung von 1606 wird zum Beispiel den Bürgern der Gebrauch von Kleidern aus echtem Samt und von goldenen und silbernen Schnüren, ihren Frauen und Töchtern das Tragen von goldenen Ketten, Armbändern, Perlbndern, „glbener oder mit Gold und Silberdraht durchgesridter, wie auch Flaatterhauben“ verboten. Zur Hochzeit soll ein Rathherr nicht mehr als 50 Personen laden, bei der Mittagsmahlzeit nicht mehr als sechserlei Essen neben Wein und Bier, jedoch nicht über $\frac{1}{2}$ Lbm Wein, vortragen lassen. Ein Handwerker soll nicht mehr als 30 Personen laden, nur 4 Essen und Bier zum Getränke geben. – Man sieht, daß der Sinn für Genuß und äußere Ausschmückung des Daseins den Bürgern der Städte zu Beginn des XVII. Jahrhunderts nicht fehlte und daß er auch in der Folge nicht abhanden kam, zeigen schon die bereits an anderer Stelle besprochenen Versuche des Adels, einem seiner Meinung nach unstatthaften, die Standesunterschiede uer acht lassenden Luxus entgegenzutreten. Ein Reisender aus den letzten Jahren der herzoglichen Zeit findet den Luxus in Mitau ebenso entwickelt wie in Riga. „Mancher Schneidermeister gibt, wenn er sich verheiratet, seiner Braut eine goldene Uhr zum Brautgeschenk, die diese Dame dann auch trägt und ihren übrigen Putz ebenfalls danach einrichtet.“ Die sozialen Schranken zwischen dem Bürgerstande und den Literaten waren jedenfalls im XVII. Jahrhundert nicht groß. Ehen zwischen beiden Gruppen sind vielfach nachweisbar und aus manchem Brgerhause stammen die Literatenfamilien, die noch heute in Kurland blhen.

VII.

Teils in den Städten, teils auf dem Lande lebte in verschiedenen Stellungen tätig der in Kurland von alters her angesehene Stand der Literaten. Es waren die Ärzte, die Juristen, die Prediger und Lehrer des Landes. Die Literaten, teils angewandert, teils schon im Lande als Kinder von Literaten oder Bürgern geboren, sind die ganze herzogliche Zeit hindurch in erster Reihe die Träger der Bildung im Lande gewesen, und das ist ja nicht auffallend. Wenn ihm auch ihnen der familienhafte Zug des baltischen Lebens zu statten, mannigfache Verbindungen und Verwandschaften erleichterten es somit, wenn auch nicht zu glänzenden, so doch zu solchen Stellungen zu gelangen, die ihrem Mann rührten. Schwerer hatten es, wie im XVIII. Jahrhundert Kant's Bruder klagte, die Ausländer, aber auch solche haben in sehr erheblichem Maße in Kurland ihr Brot gefunden, denn ohne den fortwährenden Zustrom aus dem Mutterlande wäre es nicht möglich gewesen, alle Stellen mit geeigneten Männern zu besetzen. Aber mochte das Fortkommen auch diesem Kreise nicht gar zu schwer werden, Kenntnisse und Arbeit waren bei ihm doch in einem viel höheren Grade Voraussetzung des Berufslebens als beim Adel, dem schon seine privilegierte Stellung als solche den Weg zu allen Landesämtern ebnete.

Die wissenschaftlich gebildeten Ärzte¹⁾ und in herzoglicher Zeit in Kurland nicht zahlreich gewesen. Zudem beschäftigten sich die Ärzte nur mit der inneren Medizin, die Chirurgie galt damals noch als eine für einen Arzt nicht angemessene Beschäftigung. Sie lag in den Händen der Barber, die nur an ihren Badegaststättungen wie zur Über lassen, schürfen und dergleichen vornehmen durften und der höher stehenden Barbere oder Wundärzte, die einen eigenen Schragen hatten und sozial zwischen Kaufleuten und Handwerkern rangierten. Wissenschaftliche Chirurgen, wie sie wohl in anderen Ländern begegnen, gab es in Kurland so gut wie gar nicht. Ein Mittelglied zwischen Barbieren und den wirklichen Ärzten waren die Wanderärzte die als Oculisten, Otorrhoeen, Bruch- und Steinschneider durch die Pende zogen und auch in Kurland nachweisbar sind. Alle diese Gruppen kommen für unseren Zusammenhang nicht in Betracht, sie gehörten

¹⁾ S. Otto, Das Medizinwesen Kurlands unter den Herzögen in dem Kur. Sitzungsbericht 1897.

nicht zu den Literaten. Die eigentlichen Ärzte waren einmal die seit den Tagen Herzog Gotthards nachweisbaren herzoglichen Leibärzte und dann die wenigen im Lande praktizierenden Doktoren oder Magister der Medizin, deren es um 1680 überhaupt nur zwei, einen in Mitau und einen in Goldingen gab. Erst im XVIII. Jahrhundert stieg ihre Zahl, so gab es in Libau schon 1769, in Mitau 1787 einen eigenen Stadiphysikus, im Stifte Wilten seit 1769 einen Landphysikus und besonders in den letzten Decennien des Herzogtums finden wir sowohl in den kleinen Städten wie auf den herzoglichen „Oeconomien“ eine etwas größere Anzahl von Ärzten, die bei der geringen Konkurrenz auch auf gutes Fortkommen rechnen konnten. Daß bei solchen Verhältnissen ein ausgebildetes Medizinalwesen nicht existieren konnte, liegt auf der Hand, gelegentlich werden die herzoglichen Leibärzte mit der Revision der Apotheken, dem Examen der Apotheker, gerichtlichen Sektionen u. dgl. betraut, zu letzterer Funktion aber auch andere Doctores medicinae herangezogen. Daneben übte der Rat in den Städten eine gewisse Sanitätspolizei, die sich u. a. auf die Kontrolle des Fleisches erstreckte, nach den Bestimmungen der örtlichen Polizeiordnungen aus. Hebammen gab es schon im XVII. Jahrhundert gelegentlich auch auf dem Lande. Im übrigen behandelten die Gutsbesitzer auf dem Lande selbst häufig die Bauern auf ihren Gütern, wobei Hausarzneibücher zugrunde gelegt wurden; keines unter ihnen hat eine so große Verbreitung gefunden wie die „Landapothek“ des ebenso sonderlichen, wie gelehrten und vortrefflichen Mitauer Arztes Dr. Lieb in den letzten Jahrzehnten des XVIII. Jahrhunderts.

Weit zahlreicher und auch einflußreicher waren die Juristen des Landes, zu denen die gelehrten Räte des Herzogs, der Fiscal (officium fisci), die Sekretäre der Gerichtsbehörden und Magistrats, die königlichen Notare und die Advokaten gehörten. Letztere übten die Anwaltspraxis als Untergerichtsadvokaten nur an den städtischen Behörden oder als Hofgerichtsadvokaten an sämtlichen Gerichten Lurlands, besonders auch dem herzoglichen Hofgerichte aus; diesen eignete (seit 1786) der Titel Justizräte und sie haben in Lurland ganz besonderes Ansehen und häufig keine geringe Wohlhabenheit erworben, namentlich da ihre Zahl sehr beschränkt war und noch am Ende des XVIII. Jahrhunderts acht nicht überstieg. Gerade die Juristen haben sich gelegentlich in Opposition zu den bestehenden Verhältnissen des Landes befunden.

Es ist verständlich, daß die Sekretäre, die in Wirklichkeit als gebildete Juristen die Urteile in den Gerichten entwarfen, es empfanden, daß die meist der Fachbildung entbehrenden Richter ihre Vorgesetzten waren, ja daß sie selbst normals Richter werden durften. Daher der Zubräng der bedeutendsten Juristen zur Advokatur; es ist auch kein Zufall, daß in den Verfassungskämpfen die Juristen meist Anhänger der Herzoge waren und sich in ihren Dienst stellten. Was am Range fehlte, ersetzte in gewissem Sinne die günstige materielle Lage. Wie wohlhabend ein Advokat in Rußland damals werden konnte, zeigen z. B. die mit einander eng befreundeten Justizräte Tetsch und Schwander, die zur Zeit Ernst Johanns und Peters lebten. Sigismund Georg Schwander, ein hochgebildeter Jünger der Aufklärung, klug und gescheit, ist uns bereits als Freund Elises von der Hefte, die er vor Kagliostro warnte, begegnet. Jedes literarische Ereignis verfolgte er mit Interesse, und der Kunst betrieb er in seinem Heim eine Stätte. Bernoulli bewunderte in seiner Gemäldesammlung „zwei vortrefflich gemalte Rundschirme von van der Meer, drei Studie von Albrecht Dürer u. A.“ Hierin stand ihm sein Freund Tetsch nicht nach; dessen Sammlung, in der besonders der Erfurter Maler Wolf, der Lehrer des bekannten russländischen Tiermalers Baumann vertreten war, erregte ebenso das Entzücken Bernoullis. Mochte nun auch der Gegensatz zwischen den Literaten und dem Adel gelegentlich zur Lage treten, mochte mancher von jenen sein Haupt auch hoch tragen und die überall, besonders im XVIII. Jahrhundert, hervortretende Superiorität der Edelleute nur widerwillig als Tatsache hinnehmen, es wäre doch falsch, wollte man glauben, daß Groll und Erbitterung zwischen den gebildeten Ständen die Signatur des russländischen Lebens abgegeben hätten. Dazu ist die Art der Rußländer im allgemeinen zu allen Zeiten viel zu wenig zu prinzipiellen Erörterungen und theoretischen Irradungen geneigt gewesen. Auch sachliche Gegner fanden sich im Leben zu gemeinsamer Arbeit zusammen und da auch die Literaten über materielle Benachteiligung nicht klagen konnten, so waren unsterbliche Beziehungen zwischen Adel und Literaten keineswegs die Regel. Nicht wenige hatten sich zusammen mit Edelleuten auf deutschen Hochschulen aufgehalten und gemeinsam die Jugendzeit genossen. So mochte es denn für solche recht schwer sein, wenn sie etwa als Prediger ihren Jugendkameraden zum Patron hatten, ihn als den hochmögenden „Sönner“ zu begrüßen.

und zu betrachten und es ist von ihnen wohl auch nicht zu oft erwartet worden. Besonders im Zeitalter der Freimaurerei und der Aufklärung rühten sich Adel und Literaten nahe; es ist an höchst ansprechendes Bild des sozialen Verkehrs der Stände, das wir aus dem kürzlich veröffentlichten Briefwechsel des Hofgerichtsadvokaten Christoph Ludwig Tetsch mit seinem Klienten und Freunde Karl Christoph von Sacken auf Alt-Schren gewinnen¹⁾. Beide Männer sind einander treue Freunde, die sich in Aufmerksamkeiten gegeneinander nicht genug tun können; sendet Sacken dem Aufstizrat Wildpret und vergleichen zu, so verwahrt sich dieser durch Aultern, Wein und Rum. Über alles tauschen sie ihre Gedanken aus, denn nichts Menschliches war ihnen fremd, und was nur immer in der Welt, der kleinen hurländischen und der großen europäischen vor sich gieng, wurde Gegenstand brieflicher Besprechung: der Tod des großen Friedrich, die französische Revolution, die noch erlebt zu haben Tetsch zu den glücklichsten Tugungen seines Lebens rechnete, aber auch die höchsten Dinge, Gott und die Unsterblichkeit und dann wieder die Streitigkeiten in Kurland zwischen Herzog und Adel, die Tetsch tief beklagte und über die er sich in treffender Weise äußerte. Einig sind beide Männer in der Liebe zu ihrer hurländischen Heimat und die Eigenart ihrer Wärner lieben sie beide, trotz aller Schwächen und Verrungen, „es ist überhaupt ein natürlicher Kerl, ein Kurländer.“ In Tetsch tritt uns eine gemüth- und humorvolle dabei hochgebildete und tief angelegte Persönlichkeit entgegen, die nicht nur lebenswert war im Leben, sondern auch dem Tode mit der Haterkeit eines abgeklärten Weisen entgegen sah. Was er an Sacken von seinem Freunde und Kollegen Schwander schrieb, galt auch von ihm: „Er sei gestorben mit der besten Disposition der Seele, so wie man aus einer Gesellschaft geht, in der man froh gewesen ist und gutes getan hat. Und so ist es auch schon ganz recht.“

Der Lehrerstand hat in Kurland bei der sehr geringen Anzahl öffentlicher Schulen eine größere soziale Bedeutung kaum haben können. Während von einem Volksschulwesen auf dem flachen Lande in herzoglichen Zeiten überhaupt nicht die Rede war, finden wir in einigen Städten, Mitau, Warsle, Goldingen, Windau und Libau schon früh Stadtschulen,

¹⁾ Christoph Ludwig Tetsch, Briefe an Kar' v. Sacken. Hrg. von H. Diederichs in der Balt. Monatschrift, 49 Bd. (1900), S. 109, 174 ff

für die später auch die Bezeichnung „Große Schule“, Lateinische Schule, begegnet. Bereits in den Jahren, in denen Herzog Gottbard die kirchlichen Verhältnisse des Landes ordnete, werden auch die Reime gelegt zum Schulwesen in den Städten; der Landtag beschloß 1567 die Anlage einer Schule in Mitau und die Kirchenreformation des Jahres 1570 verordnete, daß „besondere fürnemliche Partikularschulen an den besten, bequemsten und gelegentsten Orten“, nämlich zu Mitau, Goldingen und Selburg errichtet werden sollten. Unter Partikularen verstand man damals etwa unseren Gymnasien entsprechende Anstalten. In diesen Schulen sollten auch herzogliche Stipendiaten in den Wissenschaften in dem Maße unterwiesen werden, daß sie ohne weitere Universitätsbildung zum Amt von Predigern, Lehrern und Ranzleibeamten geeignet wären. Daß jedenfalls in Goldingen Stipendiaten wirklich unterrichtet worden sind, zeigt die Kirchenvisitationsregelle von 1600 und 1624. Aber schon in der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts scheinen diese Stipendiaten auch in Goldingen ganz aufgehört zu haben. Ob es auch an den anderen ins Auge gefaßten Orten solche gegeben hat, ist dagegen nicht bekannt. Wohl aber begegnet auch in Mitau schon früh eine Schule, die 1578 ein eigenes Haus erhielt, bisher aber mit gemieteten Häusern sich behelfen mußte. In Libau hatten schon in der Zeit, in der die Stadt wie der ganze Grobische Kreis unter der preussischen Herrschaft stand — mindestens vor 1587 — die Bürger einen gelehrten Mann zum Schulmeister angenommen und durch jährliches Zusammenschießen unterhalten. Die Verhältnisse dieser Stadtschulen weisen bei aller Abweichung im einzelnen doch vieles Gemeinsame auf und nur auf dieses kann hier eingegangen werden. Die Bezeichnung für die Lehrer, die „Schulgefallen“, ist nicht immer dieselbe gewesen, an Stelle dieses und des kradruckten Schulmeister tritt früh die Benennung Rektor für den ersten Lehrer. Ihm gesellen sich andere mit der Zeit zu, der Konrektor und Kantor, von dem z. B. in Goldingen verlangt wurde, daß er „sowohl dem Thor in der Kirchen als der Schulen vorstehen“ könne. Die Lehrer galien als privilegierte Personen, hatten daher auch in Zivil- und Kriminalsachen ihren Gerichtsstand nicht vor dem Räte der Stadt, sondern vor dem Oberhauptmann. Die Inspektion der Schule lag aber von vornherein, und so ist's zum Teil bis ins XIV. Jahrhundert geblieben, in den Händen des Stadtpredigers, dem häufiger Besuch der Schule zur Pflicht ge-

macht war. In Bibau sollte nach den Schulgesetzen von 1636 der Pastor wöchentlich einmal die Schule besuchen und am Ende des Winter- und Sommersemesters — später 14 Tage vor Ostern und Michaelis — ein öffentliches Examen abhalten. Ziel dieses gut aus, so erwidert sich der wohlweise Rat wohl aufmerksam und sandte dem Schulmeister Präsente, so in Goldingen einmal (1645) „drey Stof Spanisch Wein zu fünf Mark“ und ein anderes Mal (1675) „4 Stof Weib.“ Der Rat war überhaupt der höchste Vorgesetzte der Schullehrer, er stellte sie an in seiner Gegenwart wurden sie durch den Inspektor introduziert und ihnen hierbei die Rulhe, das einzige erlaubte Zuchtigungsmittel, übergeben und die Schulgesetze vorgelesen. Er durfte die Lehrer auch vom Amte entfernen, wenn eine mit dem Superintendenten anzustellende Disziplinaruntersuchung die Unfähigkeit des Lehrers oder seine moralische Unzulänglichkeit erwies. Die materiellen Verhältnisse der Lehrer waren durchaus nicht günstige, sie erhielten ihre bescheidene Belohnung zum Teil vom Räte, zum Teil von der Kirche (nicht nur die Kantoren), zum Teil von den Bürgern, die das Hofgeld mitzubringen hatten. Aber es kam auch vor, daß die Lehrer zu Zeiten in den Häusern der Bürger der Kirche nach gespeist wurden, solch eine *mensa ambulatoria* wird z. B. in Goldingen erwähnt. Der Lehrer hatte das Recht auf Circanten, d. h. in den Häusern zweimal jährlich herumzugehen, und Beiträge von den Bürgern für sich einzulassieren. Der Rat war verpflichtet, den Lehrern freie Wohnung zu geben und sie in Stande zu erhalten, während die Schüler für Beleuchtung und Beheizung der Schulräume aufzukommen hatten. So gab in Goldingen 1650 dazu ein jedes Kind jährlich sechs Fuder Holz und sechs Lichte. Ubrigens hat es gelegentlich besonders in Kriegsjahren mit dem Bezahlen des Gehaltes der Lehrer gehapert und mancher Lehrer zog dann fort, um sich ein besseres Fortkommen zu suchen. Ueberhaupt ist in den Stellungen der Lehrer ein überaus häufiger Wechsel in die Augen springend und es sind oft höchst mangelhafte Persönlichkeiten gewesen, denen die Unterweisung der Jugend zur Aufgabe gemacht worden war. Der Bausler Pastor Arnoldi hatte in der Mitte des XVII. Jahrhunderts in seiner Eigenschaft als Inspektor dadurch viel Verdruß und Arbeit, denn die Schule war damals in einer sehr üblen Verfassung, sodaß eine ganze Anzahl von Winkelschulen entstehen und prosperieren konnte. Ähnlich lagen die Dinge in Goldingen, wo 1638

der Präpositus Fasten auf den ernsthaftesten Widerstand der Stadtältereute stieß, als er die Befestigung der Winkelschulen forderte. Man betrieb sich auf eine seit langen Zeiten nicht beanstandete Gewohnheit. Allerdings bestimmte der Herzog 1689, daß die Studiosi, deren sich viele Eltern statt der öffentlichen Schule bedienten, nur Nachhilfestunden geben dürften, aber keine Schulen halten sollten, die Knaben vielmehr zunächst in die „große“ Schule geben sollten, doch hat dieser Befehl wenig geholfen, noch 1717 bat ein Schulmeister in Goldingen, „daß die vielen Winkelschulen verboten werden möchten, besonders dem Longobardischen Landtreicher, der das Schulehalten nicht verstünde“. Es ist daher schwer zu sagen, ob das Prosperieren der Winkelschulen Ursache oder Wirkung des Niederganges der Stadtschulen war. Beobachten lassen sich Klagen über einen solchen im XVII. Jahrhundert mehrfach (in Goldingen 1603, in Riga 1692 und wieder im Neuenalter später — und mehrfach in Brauk). Um so sehnlicher mochte man hoffen, daß es endlich zur Gründung eines Landesgymnasiums käme; aber obwohl schon der Landtag sich 1619 mit der Frage der Gründung eines Gymnasiums und eines „Jungfrauenklosters“ befaßt hatte, und sie und noch mehrfach auf den Landtagen begegnet, kam es nicht zur Einrichtung einer so notwendigen Anstalt. Es war kein erfreuliches Brot, das der Schulmeister an einer Stadtschule zu essen hatte, bei geringen Einnahmen und viel Verdruß gab es nicht einmal Jenen, die sonst eine Entschädigung für die Mühen des Lehrberufes sind. So waren z. B. in Libau, und anderswo war es wohl ähnlich, im XVII. Jahrhundert nur 14 Schulfreie Tage in den Hundstagen, wozu natürlich die hohen kirchlichen Fest- und Feiertage kamen. So ist es begreiflich, daß niemand lange Lehrer sein wollte, die tüchtigeren betrachteten den Beruf nur als Übergangsstufe, um dann in das Pfarramt in Stadt oder Land einzutreten.

Im XVIII. Jahrhundert scheinen die Stadtschulen in Riga und Libau doch einen Aufschwung genommen zu haben. Dafür spricht, daß sich an ihnen doch auch Persönlichkeiten von Ruf finden, so noch zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts der Rektor Voramann in Riga, der als „gekrönter Dichter“ bekannt war. Seit der Mitte des Jahrhunderts begegnet uns in Riga Mathias Friedrich Watson, der die Stellung eines außerordentlichen Professors an der Universität Königsberg aufgab, um das Rigaer Rektorat zu übernehmen. In Libau

sind dann besonders Georg Krüger zu nennen (1680–1690), der sich nicht bloß um die Schule verdient machte, sondern auch als Verfasser des ersten auf den kurländischen Horizont berechneten Kalenders und herzoglich kurländischer Astronom im Lande Ansehen genoß. Hundert Jahre später hatte Libau in dem Ostpreußen C. E. Raaphs einen ausgezeichneten Rektor, der den geistigen Strömungen jener Tage mit Interesse folgte. Das Programm der Stadtschulen ist allem Anscheine nach kein ganz gleichmäßiges gewesen; die unteren Klassen boten mehr elementaren Unterricht, während die Prima doch schon den Eindruck einer humanistischen Anstalt machte. Ein Lektionsplan der Mitauer Stadtschule aus dem Jahre 1740 zeigt uns, daß „in prima classe“ die Humaniora, Lateinisch, Griechisch, Hebräisch, Logik, Rhetorik und die Bibelerklärung zunächst Berücksichtigung fanden, Geschichte der Philosophie, Geographie und Weltgeschichte waren den Privatstudien vorbehalten. Nicht ohne Interesse ist die Bestimmung, die noch heute pädagogisch beachtenswerten scheint: Es sollen wöchentlich die *Maximen* einmal gelesen und mit historischen und geographischen Bemerkungen illustriert werden. Der Katalog der Libauer Stadtschule, wie er durch die 1780 bestätigten Gesetze für diese Schule angeordnet war, zeigt bereits Geschichte als obligatorisches Fach, berücksichtigt auch Rechnen und Geometrie, läßt aber das Griechische ganz weg. Es sind das Verhältnisse, die denen mäßig dotierter Lateinschulen in Deutschland entsprechen, und doch sind für viele diese Schulen die einzige Vorbereitung für die Universität gewesen. Wer es besser haben wollte, mußte schon zum Auslande seine Zuflucht nehmen, und so finden wir denn im XVII. und XVIII. Jahrhundert zahlreiche Kurländer auf der Domschule und dem Gymnasium zu Riga, auf dem Herzoglichen Patrikular in Königsberg, auf den dortigen Gymnasien, aber auch auf dem akademischen Gymnasium in Danzig, Hamburg, Stettin und an anderen Anstalten. In der Zeit gesteigerten pädagogischen Interesses hat auch das Philanthropinum in Dessau, die einst von Baschow gegründete Erziehungsanstalt, Kurländer unter ihren Schülern aufzuweisen. Die Universitätsstudien machten die Kurländer, Edelleute sowohl wie Literaten, auf den deutschen Hochschulen, die schwedische Universität Dorpat übte dagegen auf Kurland keine Anziehungskraft aus. Aber mochten sich auch manche am Vorn der Wissenschaften für das Berufsleben trefflich ausrüsten, andere waren auf der Universität

zwar „Studierend halber“, studierten aber nichts und brachten dann noch, wie im XVIII. Jahrhundert ein Zeitgenosse klagte, „franke Seelen, fränk Körper, leere Köpfe, leere Beutel“ in die Heimat mit. Von um so größerem geistigen und sittlichen Wert mußte die Gründung einer höheren Lehranstalt im Lande selbst sein, es war daher in der fürstlichen Bildungs- und Schulgeschichte erscheinend, daß der Herzog Peter auf den Rat seiner hochbegabten Sekretärs Raison diesem Gedanken näher trat¹⁾. Er selbst entbehrte zwar der höchsten Bildung, aber ihn lockte wie so viele zeitgenössische Fürsten, wie selbst einen Karl Eugen von Württemberg, der Gedanke, als Mäcen der Künste und Studien anerkannt und geehrt zu werden. Um seinen Lieblingsplan nicht scheitern zu lassen, entschloß er sich, ohne die pekuniäre Beihilfe des Landtages aus den fürstlichen Lehnsgütern die Kosten der Anstalt sicher zu stellen und ließ schon im August 1772 den Landboten bekannt geben, daß er sich mit einem solchen Plane linge. Im folgenden Jahre wurde an Stelle des früher vom fürstlichen Hause bewohnten Palais von dem Architekten Severin Jensen nach dem Vorbilde des Carolinums in Braunschweig ein prächtiger Neubau begonnen, der die neue Anstalt beherbergen sollte. Der Herzog hatte anfangs an die Gründung einer vollen Universität gedacht, da aber dazu die Zustimmung des polnischen Königs für nöthig gehalten wurde, die's nach den Grundätzen des lateinischen Reiches nicht ohne päpstlichen Konsens zu erlangen gewesen wäre, und es mehr als zweifelhaft war, ob der Papst der Gründung einer protestantischen Hochschule zustimmen werde, so entschloß sich Herzog Peter auf die Vorstellungen seiner Räte nur eine Akademie, ein akademisches Gymnasium zu gründen, das halb Schule, halb Hochschule, ohne die angegebenen Schwierigkeiten ins Leben gerufen werden konnte. Die Gründung solcher Institute, Ritterakademien und Lizen entsprach zudem dem Geschmack der Zeit. Nachdem der Berliner Altbauker Euler in Herzog Peters Auftrage den Entwurf für die neue Anstalt verfaßt hatte, wurde dieser 1773 gedruckt, im folgenden Jahre trafen die von Euler vorgeschlagenen Professoren schon in Altdam an und 1775 konnten die Vorlesungen in einem provisorischen Hörsaale eröffnet werden. Die Fundationsurkunde vom 3. Juni 1775 fand am 20. Juni die königliche

¹⁾ Dennenberg a. a. O.

Bestätigung und schon acht Tage darauf konnte der feierliche Akt der Eröffnung im neuen Gebäude vor sich gehen. Die Anstalt umfaßte zwei Klassen, die der Literatur und die der Wissenschaften. Trug erstere den Charakter der Schule, so war die zweite ein Stück Hochschule, wenngleich, abgesehen von den Theologen, angenommen wurde, daß die Studierenden des Petrinums zur Fortsetzung ihrer Studien noch eine deutsche Universität beziehen würden. Die Frequenz der Anstalt stieg recht langsam, lange hatte sie nur 10, im Jahre 1800 erst 40 Schüler; es ist auch nicht zu verkennen, daß die Kombination von Schule und Hochschule viel Mißliches hatte, daß jedenfalls erstere dabei zu kurz kam. Schon zwanzig Jahre nach ihrer Gründung schrieb ein Reisender, die Akademie müsse „ihren akademischen Zuschnitt verlieren und mehr die Einrichtung eines Gymnasiums bekommen“, da es an einem solchen im Lande fehle.

Und in der Tat, die Bedeutung der Petrinischen Akademie für die Kulturgeschichte des Landes war zwar, wie wir an anderem Orte ausführten, eine denkbar große, aber als Schule ist sie erst zur vollen Wirksamkeit gekommen, als sie den akademischen Charakter hatte abstreifen müssen. Aber das gehört bereits dem XIX. Jahrhundert an und liegt nicht mehr im Rahmen unserer Darstellung.

VIII.

Von allen den verschiedenen Gruppen, welche die Literaten bildeten, hat keine für die kulturelle Entwicklung des Landes eine so erspriessliche Bedeutung gehabt wie die der evangelischen Prediger¹⁾. Wir haben in einem anderen Zusammenhange erzählt, wie Herzog Gotthard

¹⁾ Im allgemeinen verweise ich auf die im I. Kapitel aufgeführte Literatur. Besonders vergl. auch Kallmeyer-Otto, Die evangel. Kirchen und Prediger Kurlands (1890). Zahlreichen Aufsätzen und Mitteilungen von Dr. G. Otto in den Sitzungsberichten der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst verdankt die Kurländische Kirchengeschichte dankenswerte Aufklärung, hervorzuheben sind die Mitteilungen über die ältesten Kirchenvisitationsregister (.891 u. .896, Propst Joachim Ernolds Manuale 1638—1640 (1894), die Doustische Diocesan-synode vom 5. März 1640 (1893). Ferner vergl. Lh. Lamberg, Zur Familien-, Kirchen- und Kulturgeschichte Kurlands im 17. Jahrhundert in den Kurl. Sitz.-Ber. 1892 und G. Diederichs Das Diarium des Propstes Stender in den Kurl. Sitz.-Ber. 1893, S. 29 ff. — Über die Verfassung der Kirche i. Letisch u. Dalton a. a. O. 4. bei Riegenhorst Staatsrecht. Auch die Landtagschlüsse sind benutzt u. a.

mit hingebender Sorgfalt die Kirchenreformation durchgeführt und die Gründung einer großen Anzahl von Kirchen veranlaßt hatte. Diesen sind dann, bis der Nordische Krieg ausbrach und auch hierin einen bedauerlichen Stillstand herbeiführte, noch andere Kirchen gefolgt, freilich sind nicht wenige auch wieder eingegangen oder doch ihrer Bestimmung entfremdet worden, durch Krieg, Pest (1657, 1710) und die irrige Annahme, daß die Pastoral-Länderereien doch im Grunde ein Teil des Gutes geblieben seien und z. B. bei Konfurfen zur Befriedigung der Gläubiger mit verwendet werden dürften. Dies, das Vordringen des Katholizismus und Anderes hat das Eingehen von Kirchen und von Pastorateu herbeigeführt.

Das Kirchenregiment selbst war bereits durch Herzog Gotthard geordnet, ein Konsistorium aus seinen Räten und aus Predigern unter Vorsitz des Kanzlers gebildet und an die Spitze der Geistlichen der Superintendent gestellt worden. Neue Organe der kirchlichen Verwaltung wurden 1636 auf dem Landtage durch Einführung des Amtes der Pröbste (Praepositi) geschaffen, für die der Herzog Friedrich dann eine Instruktion erließ. Freilich dauerte es eine Zeit, bis diese Reuerung sich durchsetzte, noch ums Jahr 1645 klagte der Superintendent Paul Einhorn dem Herzoge, daß im Oberlande die adeligen Patrone samt den von ihnen wozierten Predigern sich der Inspektion der Pröbste nicht fügen wollten, „denn sic absolutam potestatem hätten vocandi et dimittendi“. Die Pröbste wurden ebenso wie der Superintendent vom Herzoge ernannt, wobei nach dem Landtagsbeschlusse von 1684 die kurfürstlichen Konsistorialrechte maßgebend sein sollten.

Ein weiteres wichtiges Institut der Kirchenverwaltung waren die Kirchenvisitatoren, die vom Landtage dem Herzoge präsentiert wurden. Später (1684) wurde auch die Hinzuziehung des betreffenden Oberhauptmannes oder Hauptmannes, des Pröbste und mehrerer Patrone bei Visitationen bestimmt.

Bei der Besetzung der Pfarren war natürlich Voraussetzung, daß der Prediger Bekenner des augsbургischen Bekenntnisses war. Im übrigen waren von den Kirchen auf den herzoglichen Gütern, die der Herzog allein besaß, den sogenannten „Amtskirchen“, die „abligen Kirchen“ zu unterscheiden, bei denen die zu ihnen eingepfarrten Gutsbesitzer das Patronat ausübten. Dabei ist der Ausdruck „ablige

Kirchen“ nicht dahin zu deuten, als ob bürgerliche Gutsherrn nicht auch das Patronatsrecht in demselben Rahmen ausgeübt hätten¹⁾. Eine dritte Gruppe waren die sogenannten Kirchspielskirchen, d. h. diejenigen, zu denen sowohl herzogliche Ämter als auch private Güter gehörten. Hier galt später (seit 1684) die Regel, daß die eingepfarrten Gutsherren, die Kompatrone, dem Herzog zwei Kandidaten zur Auswahl vorschlugen. Übrigens hat sich das Recht der Gutsherren auf Patronat und Kompatronat erst allmählich durchgesetzt, 1618 begegnen Spuren von ihm, 1642 wird es anerkannt. Die Landeshoheit des Herzogs kam im Kirchenregiment im übrigen darin zum Ausdruck, daß neue Kirchen von seinem Superintendenten eingeweiht und alle Prediger vor diesem oder dem Probst introduziert werden mußten, nachdem sie von dem Superintendenten (später dem Konsistorium) sich einem Examen hatten unterziehen müssen.

Es ist in einem anderen Zusammenhange erzählt worden, wie schwer es hielt, immer geeignete Kräfte für das Predigtamt zu finden²⁾. Noch im XVII. Jahrhundert sind wohl auch Leute ins geistliche Amt gekommen, deren Kenntnisse höchst mangelhafte waren. So berichtet der Superintendent Paul Einhorn im Jahre 1643 (oder 1644) dem Herzog, daß „Anderer zu geschweigen“, soeben ein Prediger so große Unkenntnisse beim Examen an den Tag gelegt habe, daß, wenn er nicht einen ausdrücklichen Befehl zum Examen und zur Ordination vorzeigte, das Konsistorium Bedenken getragen hätte, ihm die Pfarre zu Roennen anzuvertrauen. „Insonderheit, weil er unter anderen einfältigen Fragen, darauf er nichts zu antworten gewußt, sogar schlecht angelaufen, daß da man ihn befraget, warum die Confessio Augustana (Augsburgische Konfession) also genannt sei? er sich vernehmen lassen, sie wäre vom Kaiser Augusto auskommen. Wenn nun ein Pontificus (Papstlicher) einen solchen Menschen hörete, wie leider die Zeiten immer gefährlicher sich ansetzen, was sollten unsere Widersacher von unserer Religion wohl judiciren?“ Nach diesem Bericht könnte man annehmen, als ob das Bestehen des Examens bei einem Kandidaten, den der Herzog nach der Probepredigt empfahl, als Regel zu betrachten

¹⁾ Der Landtagsbeschluß von 1692, nach dem nur adeligen Grundbesitzern das Patronatsrecht zustand, entbehrt der rechtlichen Grundlage und Wirkung. Vgl. Theodor Seraphim in der Balt. Monatschrift Bd. VII Ad vocem Patronat.

²⁾ S. oben S. 18 ff.

gewiesen sei. Solche Fälle wurden wohl immer rarer, doch scheuen die bösen Zeiten des Nordischen Krieges wieder die Verhältnisse verschlechtert zu haben, denn ein Messias Herzog Ferdinands beklagte sich darüber (1711), daß Prediger ohne Examen und Ordination zum Pfarramt gelangt seien. Im großen und ganzen war es aber ein tüchtiger und gebildeter Stand, der aus in den Predigern des XVII. und XVIII. Jahrhunderts entgegentritt. Freilich läudige Schafe gab es zum Ärger der Gemeinden und zum Verdruß der Amtsbrüder gelegentlich auch später und nicht ganz wenige. Wie der Dreißigjährige Krieg in Deutschland, haben die schwedisch-polnischen Kämpfe in Liv- und Kurland auf alle Stände verheerend eingewirkt und das konnte auch bei den Predigern nicht anders sein, die theils Landesinder, theils aus dem Ritterlande eingewandert waren. Der Lalsener Prediger Guarnarus Jrefferus wurde (1637) hingerichtet, weil er seine Frau erschossen hatte, sein Amtsbruder Rosenhal in Frauenburg (1629), weil er den Herzog geschmäht („ein unhöflich Mundtauff I. J. -ß gebraucht“) hatte. Es sind sonderbare Gestalten, die wohl gelegentlich entgegen- treten, so jener Michael Körber in Subbat, der in seiner Hohelst Saue und Pferde der Bauern verstummelt, Friedrich Goeride in Eßsau, der in des Herrn von Horven Gut Holmhof „Gallerttänze . . salva venia in blechem Hemde und Hosen knarfüßig in Bräunz von Frauen und Jungfrauen . . argerlich und unpriesterlich voll bracht“, besonders aber haben die Gulbinger Prediger Heinrich Troniarus und Georg Witting sich in der schamlosesten Weise gegen die Würde ihres Amtes vergangen. Witting wurde hier schließlich wegen Entweihung der Communen, Spott über biblische Dinge von der Kanzel, Trunk und Unzucht abgesetzt bekam aber wieder eine Stelle in Gdau, wo er es noch schlimmer trieb und die *Chronica scandalorum* in einer Weise berichtete, über die hier besser geschrieben wird. Aber es sind doch nur Ausnahmen, die in solcher Weise für das Fortleben ihres Andenkens georgt haben. Wie viele hervorragende stehen ihnen gegen- über! Alexander Einhorn, der treffliche Superintendent Matthard Rottlers vererbte seine Tüchtigkeit auf seinen charaktervollen Sohn Paul, der unter Herzog Friedrich Superintendent wurde. Ein eifriger Kirchenvisitator, ein tatferer ja schroffer Befenner der Lehre Luthers in der Abwehr des Katholizismus, ein Freund des Leutenvolkes und auch als Verfasser der *Historia Lettica* und *Reformatio gentis*

Lettinac" bekannt, war er eine der eigenartigsten Persönlichkeiten unter der lathländischen Geistlichkeit. Daß auch er an Zauberei glaubte, steht ihm nicht heisch, denn er theilte diesen Glauben mit den meisten Männern jener Tage. Sein Zeitgenosse war der gelehrte Georg Rancellus, der an die von Gustav Adolf von Schweden gegründete Universität Dorpat berufen wurde, aber dann doch wieder als Hofprediger nach Rurland zurückkehrte, wo er eine reiche Tätigkeit entfaltete. Nach den Worten eines älteren Chronisten „das Muster eines gründlich Gelehrten und gottegeligen Lehrers ohne Heuchelei und Bosheit" hat er durch Übersetzungen aus der Bibel, durch Zusammenfassung bereits erschienener lettischer Katechismen, Lieder und Evangelien in seinem „Vademecum" dem lettischen Landvolke eine Grundlage der Erbauung geboten. Den Predigern suchte er die Erlernung des Lettischen durch seinen „Lettus, das ist Wortbuch" zu erleichtern, hierin einem Uebelstande entgegen-tretend, der noch gelegentlich begegnete. Konnte doch nach sechzehn-jähriger Amtsführung ein Prediger (in Pilsen, nicht frei in der Volkssprache predigen, sondern nur „flammernd und stotternd aus den Scharteln" vorlesen. Daß man den Mißstand erkannte, zeigt die an ihn bei Straßandrohung ergangene Weisung, binnen Jahresfrist keine lettischen Predigten ohne Vorlage herzujaßen. Männer von großem Ansehen waren auch der milde Johann Bernerz, Probst in Grobin, der Superintendent Heinrich Adolphi, der Doblenische Probst Nicolaus Brend in der Mitte des XVII Jahrhunderts, im XVIII dann der Superintendent Alexander Gräven, der um die lettische Sprache und ihre Erorschung in höchstem Grade verdiente. Sonnarische Pastor Stender, der der herzlichsten Zuneigung zum Landvolk auch darin Aus-druck gab, daß er, der Deutsche, für seinen Grabstein die Worte be-stimmte: „Hier liegt Stender, der Lette". Und es wäre eine große Anzahl von Männern und Familien zu nennen, die nicht selten durch Generationen auf derselben Pfarre sorgsam und hingebend ihres Amtes warteten. Ohne viele Worte, still und treu, haben da deutsche Männer zur sittlichen und religiösen Förderung des lettischen Landvolkes ge-arbeitet und nur Unverstand oder Bosheit darf das verkennen oder leugnen. Nicht immer liegen Zeugnisse äußerer Art für diese Tätig-keit vor, wie etwa in jenem inhaltsreichen Kirchenbuche von Ruischapeen, das vor einigen Jahren in nachahmenswerter Weise bearbeitet worden ist. Es ist von dem Pastor Nikolaus Wittenburg eingerichtet worden

und zeigt, wie er von dem Patron neu unterflüßt, an der geistlichen Förderung des Volkes arbeitet. Die Bischofsvisitationen des XVII Jahrhunderts ordnen vielfach die jährliche Prüfung, das „Gebetsverhör“ der Bauern an, wobei die fünf Hauptstücke des Katechismus und der Morgen- und Abendsegen verlangt wurden. Auch sollte nach der Theilnahme der Bauern an der Kommunion und ihrem Kirchenbesuche Nachforschung gehalten und die Säumigen bestraft werden. Bauern, die statt in die Kirche zu gehen, „Sonntags zu Hause im Luder liegen“, sollten nach dem Grobener Visitationsregul vom 22. Dezember 1600 mit Geißeln und wenn nötig gar mit Futen bestraft werden und solche Strafen sind auch tatsächlich verhängt worden. Doch zeigt das genannte Münchener Kirchenbuch, daß noch gegen Ende des XVII Jahrhunderts die Kenntnis des Katechismus nicht groß war und das ist, da die Kenntnis nicht auf Grund gedruckter Texte, sondern nur mündlich übermittlel wurde, kaum auffallend. Es scheint nicht viel geholfen zu haben, daß Kenntnislose zur Theilnahme nicht zugelassen werden sollten. Neben der Indolenz und Gleichgültigkeit vieler Bauern in religiöser Hinsicht, die sie zu Verächtern von Gottes Wort und Sakramenten machten, spielt aber noch weit bei uns XVII. Jahrhundert die Ursache mit, daß der alte heidnische Götterglaube keineswegs erloschen war und unter anderem auch in der Vorliebe für die a. theidnischen Begräbnisstätten, statt der geweihten Kirchhöfe, zu Tage trat. Als der Königsberger Reinhold Lubenau 1586 auf seiner Reise nach Riga durch Kurland kam, lernte er bei Gollingen des heidnischen Abglaubens der Letten, insbesondere ihre Secumahlte kennen, die damals noch im Gange waren. „Weil es auf dem Christtage war, fuhren sie in ihren heiligen Wald zu jagen, in welchem sie sonst das ganze Jahr über kein Wild schlugen, auch keinen Stod daraus hauen. Was sie nun allda gefangen, an Hebe, Firschen und Hasen, haben sie gestreuet und gebreiet, dasselbe auf eine lange Tafel gelegt, und ein Fahren Wachelichter umb den Tisch gestellet vor ihrer Eßern. Großeltern, Kinder und Verwandten Schale und darauf stehend und niedergehend gestreuet und gekostet, auch uns darzu genothiget, nachmal ein lediges Bierfass gebracht, darzu mit zwei Knüppeln geschlagen und Mann und Weib um den Tisch getanzt, sowohl die Kinder, welche die ganze Nacht gewacht. Wie nun ein Jeder schlafen gangen, haben sie uns gebeten zu essen, auch was wir wollten, mitzunehmen, denn

sie essen das Uebrige nicht, sondern die Hunde verzehrten es¹⁾." Daß es hierin noch im XVII. Jahrhundert ähnlich stand, zeigen Paul Einhorn's Mittheilungen, nach denen die Letzten zu seiner Zeit auch die alten Götter er erwähnt die Waldmutter, Begeßgötten, Garten- und Viehmutter, die Meermutter, — anriefen und in Hebern verehrten. So bot sich der Arbeitsfreudigkeit der Seelsorger noch ein großer Spielraum. Aber wenn wir heute in eine Landkirche des XVII. oder XVIII. Jahrhunderts sehen könnten, wir würden gewiß manch andächtiges Gesicht schauen, das aufmerksam den Worten des Predigers zugewandt war, freilich auch manches, was uns fremd anmutet, so der „Archeposten“ mit dem „eisernen Anwurf“, an dem Delinquenten befestigt wurden, die wegen Unzucht und anderer Dinge zur Kirchenbuße verurtheilt waren.

Daß die Kirchen selbst lange Zeit als Begräbnißstätten dienten, will uns auch ebenso merkwürdig erscheinen wie die Tatsache, daß den Kirchspielsjünglern erst besonders vorgeschrieben werden mußte, nicht in die Kirchen hinein, sondern nur bis zum Turme zu reiten. In dem an Verdruß nicht armen Leben der Pastoren spielte dann noch eine besonders im XVII. Jahrhundert sehr ausgebildete Unart mit, nämlich der Streit um den Sitz im Kirchengestuhl, wobei die bürgerlichen Frauen ganz Außerordentliches leisteten. In Mitau mußte 1678 bestimmt werden, daß diejenigen Frauen, die sich einen unrechtmäßigen Platz anmaßten, mit Geldstrafen zu belegen seien. Der Ruster aber sollte solche „Haderlappen“, die sich nicht entblödeten, in der Kirche zu janken, zu stoßen oder schlagen, dem Bürgermeister anzeigen.

Wenn wir einen Blick auf die kirchengeschichtliche Entwicklung des Landes zu werfen versuchen, so ist es bei dem Mangel an publiziertem Material außerordentlich schwer, mehr als Andeutungen zu geben. Verhältnismäßig am besten sind wir noch über die Versuche unterrichtet, die von katholischer Seite ausgingen, um der Papstkirche den Boden in Kur-land zu bereiten. Es glückte den Katholiken, selbst ein Mitglied des fürstlichen Hauses für sich zu gewinnen; Herzog Gottbards Tochter, die Prinzessin Anna, die den litauischen Großmarschall Johann Albert Hadziewill geheiratet hatte, trat als Witwe zur Papstkirche über. Wenn die Angaben, die von katholischer Seite vorliegen, richtig sind, so war

¹⁾ H. Hubenand's Notizen, Manuscript in der Stadtbibliothek zu Römberg. S. auch oben S. 19.

dieser von den Jesuiten in Riga herbeigeführte Übertritt der Anlaß, daß ihre Mutter, die Witwe Gottward Kettlers im Jahre 1599 im Mitauer Schlosse auf Betreiben der lutherischen Prediger ein Religionsgespräch zwischen dem Rektor des Jesuitenkollegs in Riga, Becanus, und dem kurländischen Superintendenten Paul Oderborn veranstaltete, in der Hoffnung, der Verlauf der Disputation werde die Lächer wieder von der Richtigkeit der lutherischen Lehre überzeugen¹⁾. Das Gespräch fand in Gegenwart beider Fürstinnen und mehrerer Prediger statt, während Herzog Friedrich es vorgezogen hatte, Mitau zu verlassen. Ein nach Oderborns Tode von Becanus herausgegebener Bericht über das Gespräch, der 1605 erschien und mit kluger Berechnung dem Herzog Wilhelm gewidmet war, ließ Oderborn dabei eine recht klägliche Rolle spielen und die Überlegenheit des Jesuiten gutgeheissen. Natürlich ist es ein Parteibericht und er fand noch im XVII. Jahrhundert seine Widerlegung, aber Erfolg hatte die Disputation natürlich nicht. Der Katholizismus setzte seine Arbeit dann mit Eifer fort. Wir haben davon schon im Zusammenhang der politischen Geschichte vielfach gesprochen. Wir haben z. B. erwähnt, wie die polnische Lehnsherrschaft bei der Investitur Herzog Jakobs die Erbauung katholischer Kirchen in Goldingen und Mitau, bei der Graf Johanns einer in Libau ausbedang. Die Katholiken suchten dann ganz konsequent weiter vorzubringen, sie nahmen für ihre Kirchen ein Asylrecht in Anspruch und zur Zeit Herzog Friedrich Kasimirs glückte es ihnen, unbestimmt um seinen Widerspruch, in Mitau ein Jesuitenkloster anzulegen. Der Hoffnung der Katholiken, vielleicht einmal ganz Kurland wieder zu rekatholisieren, entsprang das im XVIII. Jahrhundert auftretende Bestreben, die geistliche Inspektion über die katholischen Kirchen in Kurland dem Bischof von Samogitien, der sie im Namen des lutherischen Herzogs ausübte, zu nehmen und dem Bischof von Polnisch-Litland unmittelbar zu übertragen. Der Plan auf die Wiedergewinnung des Stifts Piltzen für die Papstkirche ist mehrfach schon gedacht worden²⁾. Wirkamer als diese war der Anspruch, daß katholische Gutsbesitzer das Recht haben sollten, evangelische Gemeinden und Kirchen auch katholisch zu machen. Da das ins reformandi

¹⁾ J. Christiani in dem Syngelverste der Gel. Estn. Gesellschaft 1801.

²⁾ S. oben S. 162, 179 u. a. u. D.

höchstens als landesherrliches Vorrecht gelten konnte (so in Deutschland), so war das eine ganz ungehörliche Annahme, aber sie wurde von der polnischen Kommission (1617) zum Teil anerkannt und hat zur Folge gehabt, daß nicht weniger als 15 Gotteshäuser der evangelischen Kirche verloren gegangen sind und es ist dabei sehr charakteristisch, daß auch hier mehrfach von katholischen Priestern inspirierte Frauen ihre schwachen Männer zum Verrat an dem von den Vätern überkommenen Glauben bestimmt haben¹⁾. Allen diesen Versuchen, die übrigens doch nicht imstande gewesen sind, dem Lande seinen Charakter als den eines fast ganz geschlossenen evangelischen zu nehmen, wurde am Ende der herzoglichen Zeit ein Riegel vorgeschoben, indem die von Rußland und Preußen erzwungene polnische Reichstagskonstitution von 1768 nicht nur die Rechte der Dissidenten, der R. d. k. Katholiken im allgemeinen, sondern auch den Besitzstand und die Rechte der evangelischen Kirche in Kurland in sehr eingehender Weise garantierte²⁾.

Es ist noch nicht möglich, im einzelnen zu verfolgen, welche Stellung die evangelische Geistlichkeit zu den großen Strömungen in der evangelischen Kirche Deutschlands seit der Mitte des XVI. Jahrhunderts eingenommen hat. Synodalprotokolle, die hier eine nützliche Quelle sein könnten, gibt es nicht, denn es haben in herzoglichen Zeiten keine Landesynoden stattgefunden und zu Sprengelsynoden finden sich nur spärliche Ansätze. Es ist nicht sicher zu behaupten, aber doch nicht schlecht hin zu verneinen, daß die Forschung diese innere Entwicklung niemals wird eingehender klarlegen können. Bis das geschieht, kann die geschichtliche Betrachtung nur einige markante Tatsachen hervorheben und an die richtige Stelle rücken. Eins aber ist ganz unabweisbar, teilgenommen hat auch die lutherische Kirche Kurlands an den großen Wandlungen, die das Mutterland der Reformation bewegt haben, das Gegenteil wäre auch ganz undenkbar. — Als die evangelische Kirche Kurlands begründet wurde, hatte die deutsche Reformation ihren Höhepunkt bereits hinter sich. Die Epigonen suchten nun den Besitzstand

¹⁾ So gab Ulrich v. Schwerin Alschwangen und Jämsberg, Georg Christoph von Witten Eßern, Ellern und Groß-Bassen, Wilhelm Heinrich von Sieven Schmenpreis etc.

²⁾ Sie gewährte auch den Griechisch-Katholiken (auch den Nichtunierten) die freie Religionsübung in Kurland, die ihnen übrigens hier auch früher von den Herzögen (so z. B. in Jakobstadt) gestattet worden war.

der lutherischen Kirche an Lehren und Satzungen genau festzusetzen und bei diesem an sich begreiflichen Streben treten auch notwendige Schattenseiten zu Tage, die Theologie erscheint wohl nicht selten wichtiger als die Religion, das formulierte Bekenntnis bedeutender als seine Quelle die Zeit eines strengen Dogmenismus bricht an. Wir haben gesehen, daß bereits früh auch in Kurland diese Entwicklung sich widerspiegelt. Und wenn ein ganz besonders hervortretender Zug jener Richtung in der lutherischen Kirche die Feindschaft gegen das reformierte Bekenntnis ist, so läßt sich die auch in Kurland reichlich nachweisen¹⁾. Trotzdem fand die Lehre Luthers auch in Kurland Anhänger und deren Zahl stieg noch, da mehrere Herzoginnen, Luise Charlotte, die Gemahlin Jakob und beide Wittwen Friedrich Kasanows reformiert waren und mit ihnen Hofbeamte ihres Bekenntnisses ins Land kamen. Im „reformierten Saale“ des Schlosses versammelte man sich zum Gottesdienste, den der Hofprediger der Herzoginnen hielt; hier war man jedenfalls sicher, während der Gottesdienst in Privathäusern noch 1692 mit Strafe bedroht wurde. Nachdem die Herzogin Elisabeth Sophie 1700 Kurland verlassen hatte, bemühte sich die Gemeinde um ein Privilegium, das Herzog Ferdinand auch am 13. April 1701 gewährte und das trotz aller Gegenbemühungen besonders dank der Fürsprache des ersten preussischen Königs die polnische Krone am 8. August d. J. befestigte. Vierzig Jahre später (1741) besaß die Gemeinde bereits ihr eigenes Gotteshaus. Das ganze XVII. Jahrhundert hindurch ist nun das reformierte Bekenntnis in Kurland großen Anfechtungen ausgesetzt gewesen, jedenfalls wollte man seinen Anhängern die staatliche Gleichberechtigung verweigern. So wurde im Goldingen Bistumsvertrage von 1624 ausdrücklich verlangt, daß „keine Calvinisten noch andere, als rein lutherische Konfessionen Verwandten in kaiserlichen Ämtern und dierem Reichthum gebildet wüßten“. Daß der Landhofmeister Puttkammer reformiert war, erregte großen Unwillen im Lande, bei seiner Verdrigung kam es noch zu ärgerlichen Szenen (1663. Herzog Jakob der persönlich nicht engherzig war, gab der Stimmung des Landes doch imofern nach, als er den offenen Übertritt

¹⁾ Druckschrift zur Beobachtung des 150jährigen Bestehens des evangel.-reform. Gotteshauses in Riga (1879). Vgl. auch meine oben genannte Biographie der Herzogin Luise Charlotte.

seines jüngsten Sohnes Alexander zum Calvinismus, so lange er im Bande war, nicht duldete. Indessen kamen doch auch so ausgeprägte Männer, wie Paul Einhorn, den Wünschen der Herzogin Luise Charlotte in manchen sogenannten Mitteldingen entgegen, sie ließen bei der Taufe des Prinzen den Exorzismus (Teufelsaustreibung) weg und brauchten beim Gottesdienste am Hofe keine Ruchte. Aber noch mehr; die versöhnlichere Richtung, die sich bereits im XVII. Jahrhundert gelegentlich Bahn brach und in dem auf Vereinigung der christlichen Kirchen hinielenden Synkretismus zum Ausdruck kam, hatte auch in Kurland ihre Vertreter gefunden. Wir hören, daß einige Prediger wegen Hinneigung zum Calvinismus bestraft aber abgelehnt werden (1631, 1636)¹⁾. Als freilich Herzog Jakob 1645 zu dem von König Wladislaw IV. inszenierten liebevollen Religionsgespräch in Thorn im Einverständnis mit seinem Schwager, dem Großen Kurfürsten, Paul Einhorn und den gelehrten Pastor zu Durben Mag. Herm. Toppius entsandte, protestierten diese mit den anderen Lutheranern gegen jede abweichende Lehrmeinung. Aber es ist doch merkwürdig, Toppius selbst mußte 1656 wegen irriger Lehrmeinungen sein Amt aufgeben. Sollte nicht auch er vom Geiste des Synkretismus berührt worden sein? Nebenfalls so viel scheint sicher, die geistige Bewegung, die von Helmstädt, der Lehrstätte des edlen Galitz, ausging, hat ihre Wellenschläge auch bis nach Kurland gelangen lassen. — Das Ende des siebzehnten Jahrhunderts zeigt schon eine starke Opposition gegen den starren Dogmatismus in Deutschland, man erkennt, daß die wirklichen Kräfte des religiösen Lebens im Gemüt wurzeln und sich in der Nächstenliebe betätigen, es beginnt das Zeitalter Speners und des Pietismus. In nächster geistiger Verwandtschaft mit dem Pietismus stehen die Herrnhuter des XVIII. Jahrhunderts. Es wäre nun von großem Interesse, zu wissen, inwieweit der Pietismus auch in Kurland Vertreter gefunden hat. Leider liegt hier eine Lücke unserer Kenntnisse vor. Dagegen ist bekannt, daß die Brudergemeinde des Grafen Finjendorff in Mitau Anhänger fand und daß der energische Superintendent Gräven sie schließlich mit Hilfe der Regierung unterdrückte. Gräven, in mancher Beziehung hochverdient, erscheint in seiner theologischen Richtung noch als Vertreter der absterbenden lutherscher Scholastik des XVII. Jahr-

¹⁾ Otto in den Kur. Sitzungsber. 1893, S. 88.

hundert. Höchst eigenartig ist der große Streit, der 1717 entstand, als Gräven eigenmächtig den dreigliedrigen Segen beim Schlusse des Gottesdienstes von sich aus einführte. Er fand heftige Opposition, wandte sich an die Obreräte, seine Gegner riefen den Herzog Ferdinand in Danzig an und eine große Anzahl sehr heftiger Streitschriften wurde über diese Frage gewechselt, die vom Standpunkte der Religion doch irrelevant erscheinen konnte. Schließlich siegte Gräven, indem der Landtag 1733 die allgemeine Einführung des dreigliedrigen Segens befahl¹⁾.

Aber dem Pietismus sowohl wie der dogmenstrengen Orthodorie des alten Jahrhunderts entstand im achtzehnten ein neuer Feind, der Geist der philosophischen „Aufklärung“ greift um sich und der theologische Nationalismus macht sich geltend. Man sucht eine Religion, die nicht nur das Gemüt befehdigt, sondern auch den Verstand, man findet sie nicht in dem Überlieferten und wird nun gleichgültig gegen jede historische Ausprägung des Christentums. Es liegen nun so viele Zeugnisse vor, daß mit Sicherheit behauptet werden kann, die Aufklärung und der Nationalismus haben auch unter den kurländischen Pastoren ihre Nester gefunden. An dem Organ der Berliner Aufklärer, der „Berliner Monatsschrift“, arbeiteten auch kurländische Pastoren mit, so Bernhard Becker in Ren-Äng und Karl Dietrich Werth in Alt-Äng. Letzterer wurde nicht ohne eigene Unvorsichtigkeit in den Streit verwickelt, den die Berliner Aufklärer und mit ihnen Elise von der Rede gegen den einstigen Rikauer Professor, nunmehrigen Pulprediger in Darmstadt, Joh. Aug. Staud führten. Letzterem sollte nachgewiesen werden, daß er ein heimlicher Katholik, ja Jesuit sei. Elise von der Rede betrieb sich dabei auf einen Brief Werths; dieser aber konnte das von ihm Behauptete nicht beweisen und mußte die Schmähschrift Stauds, den „documentierten Anti-Werth“ stillschweigend auf sich beruhen lassen. Wie sehr die Gedankenwelt der Aufklärer auch unter den Predigern in Kurland festen Fuß gefaßt hatte, mögen die nachstehenden Berke illustrieren, die Bernhard Becker beim Tode

¹⁾ Der Segen wurde vom Geistlichen in Kurland früher nach Psalm 67, B. 2 (Gott sei uns gnädig und segne uns, er lasse uns (am Vortag leuchten) dreigliedrig sprechen. Nun sollte es nach 4. Mose, 24—26 dreigliedrig geschrieben und die Gemeinde dabei den 3. Vers singen — Für Gräven traten P. Senart in Bitten, gegen ihn die P. Rhode-Luan, Herrschau-Geddingen, Stet-Bindow.

von Moses Mendelssohn an Elise von der Recke richtete und 1786 in der „Berliner Monatschrift“ erscheinen ließ. Es heißt da unter anderem:

Mein erstes Motto soll kein Pfaff und Papst mir raten,
„Der Kern der Wahrheit liegt in aller Völker Glauben;
Und trägt bei allen gleiche Frucht!“
Das zweite — freilich von Konjilien verflucht! —
Sagt rein heraus: „Der Weise ist kein —aner,
Und wie sich sonst ein Seltsamame schließt.“
Weil, ohne Brillen zu vertragen,
Er in dem großen Buch, daß Gott uns aufgeschlagen
Nach Möglichkeit mit eignen Augen liest
Doch dürft ich einen Namen wagen,
So sprich ich — weil es synonymisch ist —
Der ächte Weise ist ein ächter Christ!
Nicht Kalvinist, nicht Lutheraner,
Nicht Guldbrandus Glaubens knecht.

Der Rationalismus ist bis weit ins XIX. Jahrhundert hinein eine weit verbreitete Richtung unter den lutherländischen Predigern gewesen, bis er dann für lange Zeit dem Konfessionalismus fast durchweg gewichen ist.

8. Kapitel.

Herzog Peter und das Ende des Herzogtums¹⁾.

Herzog Peter, der durch die Thronentsagung seines Vaters zur alleinigen Regierung des Herzogtums berufen war, stand damals schon in gereiftem Lebensalter. Im Jahre 1724 geboren, war er, erst sechzehnjährig, dem Vater ins Exil gefolgt und als dieser restituirt wurde, in die kurländische Heimat zurückgeführt. Aber einen vertiefenden Einfluß hat die an Schicksalschlägen reiche Jugend auf ihn kaum ausgeübt. Zwar ist er nicht das geist- und gemüthlose Schensal, zu dem ihn tendenziöse Zeitgenossen humpeln wollen, eher den Forderungen der Zeit durchaus nicht gewachsen, erscheint er als Staatsmann unfähig und kleinlich. Viel gebildeter als sein kluger Vater besaß er weder dessen rücksichtslose Energie noch sein zielbewußtes Streben. Klein im Großen und groß im Kleinen, zur unrechten Zeit nachgebend und trotzig beharrend, vermochte er das durch die Verhältnisse auf das Äußerste gefährdete Staatsschiff durch die Stürme der Zeit nicht erfolgreich zu steuern. Im übrigen ist sein Bild dem vieler der kleinen deutschen Fürsten seiner Jahre ähnlich. Ein ständlicher Genüßmensch, ist er doch auch nicht ganz ohne bessere Züge, ihm eignet ein freisich

¹⁾ Bilbassow a. a. O. Erste II, S. 177 ff. Richter a. a. O., S. 193 ff. Eine wichtige Quelle sind die Landtagsbibliotheken und die Staatschriften, die Schwarz in seiner Bibliothek zum Theil verzeichnet. J. Edardt: Jungensisch und Altkurländisch S. 375 ff. Neurdings sind die wichtigen dem Berliner Geh. Staatsarchiv entnommenen Mittheilungen hinzu gekommen, die Baron Grupp v. d. Bruggin unter dem Titel: Beiträge zur Unterwerfung Kurlands in der Balt. Monatschrift, Bd. 43, S. 382, 500, 578, 651 ff. gegeben hat. S. auch meine Veröffentlichungen Briefe Otto Spier u. v. d. Hoven's (1792—1793) in der Balt. Monatschrift, Bd. 47, 487, Bd. 49, 1 ff. und: Aus den Berichten des Konsul J. J. Immanuel in Libau 1794—1795, ebenda Jahrg. 190., S. 48 ff. und besonders auch Baron A. v. Heyking: Aus Polens und Kurlands letzten Tagen (1897).

dilettantisches Interesse für Kunst und Wissenschaft, das in der Gründung der Akademie und mannigfachen Bauten zum Ausdruck kommt, eine zärtliche Liebe zu seinen Kindern und eine gewisse Gutmütigkeit, die ihn zur rechten Zeit mit freigiebiger Hand zu spenden treibt. Wochte in Zeiten ruhigen Stilllebens eine demartige fürsichtige Persönlichkeit von dem allgemeinen Durchschnitte sich nicht wesentlich abheben, umso mehr mußte sich ihre Unfähigkeit in den Tagen, wo Herz und Nieren geprüft werden, offenbaren. Als Mensch erscheint er immer noch besser als sein vier Jahre jüngerer Bruder Karl, der, obwohl des Vaters Liebling, ein durch und durch unwürdiges Dasein führte und im Jahre 1768 als Wechselfälcher und Anführer einer Bande von Taschendieben in Wars geteilt in die Bastille eingesperrt gewesen war¹⁾. Am 14. April 1771 hatte dieser noch zu Lebzeiten Herzog Ernst Johanns, der ihm im Testamente eine Leibrente von 8000 Reichsthalern jährlich zuwies, eine Akte über den Verzicht auf seine weiteren Erbrechte unterzeichnet, aber schon bald nach dem Hinscheiden des Vaters suchte er in Polen ihre Gültigkeit auf gerichtlichem Wege zu vernichten und nachdem er später (1778) eine Polin, die Gräfin Apollonia Poninska geheiratet hatte, finden wir ihn eifrig danach streben für den Todesfall Herzog Peters sich und seinen Kindern das Successionsrecht zu sichern.

Gleich zu Beginn der Herrschaft Herzog Peters begann auch sein Kampf mit deritterschaft, der, durch kürzere oder längere Pausen unterbrochen, seine ganze Regierung erfüllen sollte. Dieitterschaft weigerte sich, weil Ernst Johann, ohne sie zu befragen, die Regierung weder dem Sohne übergeben, noch sich und seiner Gattin den Lebtagsgenuß der Allodialgüter hätte vorbehalten dürfen, die Erbhuldigung zu leisten, obgleich Peter 1765 die Belehnung in Polen erhalten hatte und die Allodialgüter Ernst Johanns ursprünglich verpfändete Rittersche Familiengüter gewesen waren, die er mit eigenen Mitteln ausgelöst hatte. Ein Teil des Adels stand freilich auf Seiten Herzog Peters, und Karl Ferdinand von Huttenberg schrieb sogar eine Broschüre, um die Verpflichtung, dem Herzog Peter zu huldigen, darzutun. Den Standpunkt der Majorität vertrat dagegen in Warschau, freilich ohne etwas

¹⁾ Friedrich der Große, der ihn allerdings für ein mauvais sujet erklärte hielt es nicht für unmöglich, daß man in Frankreich die Absicht hatte, in dem Prinzen, dem Schilling des russischen Hofes, einen zu treffen und zu verlegen. S. Polit. Korresp. Friedr. d. Gr. XXVII, S. 27, 28, 34, 37.

zu erreichen. Otto Hermann von Hoven, der von seinem Vater Otto Christoph den Haß gegen die Birons geerbt und schon gegen Ernst Johann agitiert hatte. Wie sein Vater, ein Anhänger des ehemaligen Herzogs Karl von Sachsen, hoffte er, der die Majorität des Landtages hinter sich hatte, durch die Abdämpfung der Nachfolge Peters, jenen wieder zum Herzogsstuhle zu verhelfen. Hier wußte tritt dem Herzog in einflußreicher Stellung dieser Mann entgegen, der in der Geschichte Rußlands eine dauernde Bedeutung erlangen sollte.

„Hoven“, sagt eine Zeitgenossin, „war ein schöner, höchst geistreicher, schlauer, doch auch gutmüthiger Mann, aber ganz ohne Grundsätze, Lebensgenuß war sein höchstes Ziel, Verschwendung sein höchster Genuß. Er verwirrte die Angelegenheiten, empörte die Landchaft gegen den Herzog, diesen gegen jene, um aus der Verwirrung Vorteile zu ziehen für sich.“ Seine Bedeutung stieg namentlich nach dem Tode des Fürsten Schwarzen, der beim Fürst und im Lande großes Ansehen genoß und weitreichenden politischen Einfluß geübt hatte. Auch der Historiker Grise der ihn noch persönlich zu kennen Gelegenheit hatte¹⁾, schildert ihn als einen Mann, der von der Natur mit einem lebhaften Geiste ausgestattet, nicht gemeine Ansichten nebst großer Gewandtheit besaß und bei der leidenschaftlichen Reizung, groß und üppig zu leben, nicht eben gewissenhaft war in der Wahl der Mittel, die ihm Befriedigung versprachen. Und in der That sprechen der Wechsel seiner politischen Anschauungen, die sich stets den Bedürfnissen anpaßten und das peinlich berührende Wahrnehmen seiner Privatinteressen für die Unlauterkeit seines Wesens. Aber wie sehr auch sein Charakter abflößt, es ist kein Zweifel: er war der politisch bedeutendste, klarste und nüchternste Kopf, den jene verworrne Zeit hervorgebracht hat, und man bedauert nicht selten, daß sich soviel Gaben nicht in den Dienst anderer Aufgaben stellten. Seine Mission in Warschau scheiterte, denn der polnische König erließ im Februar 1770 einem Decret an die Ritterschaft, dem Herzog zu huldigen. Er nahm dabei auf die Kaiserin Katharina von Rußland Rücksicht, die nach wie vor die Birons unterstützte und deren Ministerresident in Warschau, v. Simolin, die Ritterschaft ebenfalls vor weiterem Widerstande warnte. Die Ritterschaft machte die Huldigung nun entgegen den Landtagsbeschlüssen von 1592,

¹⁾ Elise von der Rost bei F. Rachel a. a. O. II, S. 284. Grise II, 179.

von der vorhergehenden Erlebigung der Beschwerden abhängig und verlagte sich dann aber, wie man es nannte, sie limitierte den Landtag, wozu sie, da nur der Herzog das Recht hatte, Landtage zu berufen, ohne Zweifel nicht befugt war¹⁾. Als sie wieder zusammengelommen war, wich sie, da sie von dem im März ernennten Befehle des polnischen Königs, die Gulbigung zu leisten, seiner Erfüllung dadurch aus, daß sie schnellst abermals auseinanderlag. Erst eine drohende Note v. Smolin's vom 20. Januar 1771 veranlaßte sie endlich, auf einem vom Herzoge bezogenen Landtage der Pflicht der Gulbigung nachzukommen, dann aber limitierte der Landbotenmarschall Ernst Wilhelm v. Brüggen sofort den Landtag. Nun schritten Rußland und der von ihm abhängige polnische König ein. Dieser erklärte Brüggen für einen Aufrührer und als die Ritterschaft trotz der Forderung Smolin's und des polnischen Großkanzlers Hoven aus Warschau nicht abtrief, ihm vielmehr ihre Anerkennung ausdrückte, da griff man zur Gewalt. Im Juli 1771 wurde Hoven in Warschau auf Veranlassung des russischen Hofes arrethirt und dabei unter seinen Papieren eine Korrespondenz mit dem sächsischen Hofe und ein Plan für die Restitution des Herzogs Karl gefunden. Der rührige Diplomat mußte nun drei Jahre harten Kerkers in der Zitadelle Rigas als Staatsgefangener unter starker Bewachung verleben, bis er im Oktober 1774 die Freiheit wiedererlangte. Nun lenkte der Landtag, der an dem neuemählten Landesbevollmächtigten Ernst Wilhelm v. Brüggen seinen Führer fand, ein, er bewilligte im April 1773 die Mittel, um den polnischen König durch ein Geschenk von 50000 Taler Alb zu versöhnen und zwar umso mehr, als man in Warschau sich anschickte, eine neue Reichstagskonstitution zur endlichen Regelung der lurländischen Streitigkeiten zu erlassen. Um die Abfassung dieser Konstitution zu beeinflussen, schickte der Herzog den Anassistat und Hofrat August Die, die Ritterschaft aber Eberhard v. Wirbach nach der polnischen Residenz, später ersetzte ihn Jhr v. Montauffel. Unter der Petheligung der russischen, preussischen und österreichischen Gesandten kam, nachdem die lurländischen Delegierten sich gegenseitig scharf belämpft hatten, am 3. August 1774 die Reichstagskonstitution zustande die nicht in

¹⁾ Sogar der polnische Reichstag hatte schon 1740 der Ritterschaft das Limitationsrecht abgeprochen.

allem den Wünschen der Ritterschaft entsprach. Hervorzuheben ist namentlich auch die Bestimmung, daß die Landtage über die Städte ohne deren Zustimmung nichts bestimmen sollten. Auch der aus der Danziger Convention von 1757 herrührende Anspruch des Herzogs auf die Ritterschaften Allodialgüter fand Anerkennung und ebenso Ernst Johanns Testament. Allein mit dieser Konstitution war der Friede nicht hergestellt und in den bald wieder ausbrechenden Streitigkeiten glaubte der Herzog umsoweniger seinen Standpunkt aufgeben zu sollen, als Rußland ihm immer noch gewogen war und die Stellung der Kaiserin Katharina sich noch kurzlich darin gezeigt hatte, daß sie einen Delegierten der Ritterschaft, den Kammerherren v. Bahr, der ihr die Gratulation derselben zum Friedensschlusse von Ritschul Komarisch überbringen sollte, gar nicht empfing während der Abgesandte des Herzogs, Graf Reiterlingk, wohlwollende Aufnahme gefunden hatte. Noch war eben die rechtswidrige Auffassung nicht zur Geltung gelangt, daß der Adel von sich aus, ohne Uebereinkunft mit seinem Landesherren, an auswärtige Mächte Delegationen senden dürfe. Die politische Erregung spiegelte sich auch auf literarischem Boden in die'n Jahren lebhaft wieder. Der königlich preussische Landratsrat Hr. Georg v. Ziegenhorn, der einst zu Zeiten Herzog Karls lirländischer Rat, aber vom Adel vielfach angefeindet und deshalb aus dem Lande gegangen war, ließ 1772 in Königsberg „das Staatsrecht der Herzogthümer Rurland und Semgallen“ erscheinen, ein Werk unsägliches Fleißes, das noch heute für den Geschichtsforscher und Rechtshistoriker eine unentbehrliche Quelle ist. Aber von der Tendenz, die herzoglichen Rechte gegenüber den Ansprüchen des Adels zu vertreten und die städtischen Gerechtigkeiten gegen den letzteren zu wahren, war das Werk durchdrungen und so fand es denn bald in dem Freiherrn Dietrich Ernst v. Seyling einen energischen Gegner, der 1774 eine kurze Gegenschrift und als Ziegenhorn 1776 Zusatz zu seinem Staatsrecht herausgab, den Versuch einer Widerlegung derselben publizirte. Und auch sonst war an tendenziösen und polemischen Streichschriften kein Mangel.

Da trat in Petersburg ein Umschwung ein der auf die lirländischen Dinge den größten Einfluß ausüben sollte. Die Kaiserin Katharina folgte nämlich dem Entschlusse, ihrem Haupttratgeber und Günstling, dem vielbekannten Fürsten Potemkin das lirländische Herzogthum zuzuwenden und instruirte daher ihren Gesandten in Warschau, den

Grafen Stadelberg, dahin, in Zukunft die Ritterschaft in ihren Wahrnehmungen gegen den Herzog zu unterstützen, die Entsetzung desselben nach Möglichkeit zu betreiben und die Nachfolge Potemkins herbeizuführen. Dieser Wandel in den Anschauungen in Petersburg hatte aber zur Folge, daß man sich in Kurland endlich auf sich selbst besann. Waren dem Herzoge die Aspirationen Potemkins höchst bedrohlich, so war man im Lande doch auch keineswegs mit der Aussicht, an Peters Stelle den allmächtigen Statthalter von Laurien zum Fürsten zu erhalten, zufrieden. Man hatte es schon erst an Ernst Johanns Regierung kennen gelernt, was die Vereinigung der kurländischen Herzogswürde mit der Stellung eines hohen russischen Staatsbeamten für Folgen haben konnte. So entschloß man sich in Kurland allen Eventualitäten durch eine Ausgleichung der Gegensätze aus dem Wege zu gehen und am 8. August 1776 kam zwischen Herzog und Landschaft eine Versöhnungs- oder Kompositionsakte zustande, die namentlich Hoven betraf, der dafür auch eine jährliche Pension von 1000 Taler vom Herzog erhielt. Die wichtigste Konzession des Herzogs war die, daß er es nur von der königlichen Zustimmung abhängig machte und den eigenen Widerstand dagegen fallen ließ, daß alle Güter, die von den Herzögen Rittlerchen Stammes als Lehn vergeben waren, zum freien Eigentum (Allod) ihrer jeweiligen Inhaber werden sollten. Diese königliche Zustimmung erlangte der vom Landtage nach Warschau abgeordnete Graf Joh. v. Keyserling auf Bitten in dem für den kurländischen Adel so wichtigen Allodifikationsdiplome vom 31. Oktober 1776. Endlich ist noch die Abmachung der Kompositionsakte, daß in Zukunft nur vom Herzog und Adel gemeinsam in streitigen Fällen die Entscheidung der polnischen Oberlehnsherrschaft angegangen werden sollte, hervorzuheben; wäre sie durchgeführt worden, so wäre dem Lande ein großer Dienst erwiesen worden. Leider aber geschah es nicht. Potemkin hat in der Folge übrigens sein Projekt fallen lassen müssen; es hieß, daß der Herzog Peter seinen einflußreichen Nebenbuhler durch namhafte Geldsummen abgekauft habe, und jedenfalls steht fest, daß beide sich später in gutem Einvernehmen befanden.

Die Kompositionsakte von 1776 gab dem Lande keinen dauernden Frieden. Das Bild, das der bald neu ausbrechende Kampf gewährt, ist kein erfreuliches; wir sehen, wie in der langen herzoglosen Zeit Kurlands Adel des staatlichen Lebens ganz entmocht war, wie er gelernt

hatte das Fürstentum für entbehrlich zu halten und wie schwer er die Verluste der Birons, die verfassungsmäßige Gewalt auszuüben, empfand. Aber in Rußland ist man doch nie geneigt gemessen sich durch rein theoretische Erwägungen zu größeren Aktionen fortztreiben zu lassen. Das hatte einst Herzog Wilhelm's Kampf gegen die Faktion der Russen gezeigt. Erst als durch die Frage der Güterrekognition ein eminent materielles Moment in den Streit hineingekommen, war die Opposition mächtig angewachsen. Und so ging es auch jetzt: indem Herzog Peter den großen Fehler beging, den Kampf auf das materielle Gebiet hinaübergulpielen, fielen die Schranken der letzten Rücksicht, die man bisher dem Staatsoberhaupt doch noch sollte, und es konnte nun einem jener verwegenen Streber, wie sie sich gerade in solchen Zeiten einzustellen pflegen, gelingen, unheilvollen Einfluß auf die Gemüter zu gewinnen und die Situation sonder Scheu auszunutzen. Eine solche Persönlichkeit war eben der schon mehrfach genannte Otto Hermann v. Fersen.

In den Zwist spielen gelegentlich die häuslichen Verhältnisse¹ des Herzogs hinein und das legt es nahe, ihrer zu gedenken. In erster Ehe hatte sich Herzog Peter nach vergeblichen Bemühungen um eine preussische Prinzessin²) am 15. Oktober 1765 mit Karoline Louise von Waldeck vermählt, doch war diese Verbindung sehr unglücklich. Die gebildete, aber kränkliche Fürstin, die über den keinesweges tadellosen Lebenswandel ihres Gemahls oft zu klagen hatte, blieb kinderlos, und das veranlaßte den letzteren, die Ehe am 15. August 1772 durch das ländische Konsistorium scheiden zu lassen. Doch ließ er gleich darauf durch seinen Hofmarschall Erwald v. Klopmann an mehreren Orten wegen einer neuen Heirat Verhandlungen anknüpfen. Klopmann bereiste in 18 Monaten verschiedene deutsche Höfe, doch glückte es ihm mit seinen Eherwerbungen nicht; in Darmstadt schant man durch die naheverwandte erste Gattin des Herzogs Peter über ihn zur Genüge informiert gewesen zu sein und in Holstein-Glücksburg und Gottorp kam es ebenfalls zu keinem Abschlusse. Daher verlobte sich Peter, den der russische Hof aus politischen Ursachen durchaus

¹) Klopmann: *Histoire de l'oulande*, III im *Russ. Arch.* Bd. XXIV, S. 255 ff. *Russ. Exped.* 1876, S. 25, 26. ²) Diederichs: „*Erzählung von Klopmanns Aufzeichnungen über sein Leben*“ *Balt. Monatschrift* Bd. XI, S. 127 ff.

³) *Pol. Korresp. Preuss. d. G.* XXV 130—33, 136, 154, 155

vermählen wollte, damit nicht eventuell im Falle seines kinderlosen Ablebens Preußen sein Auge auf das Herzogtum werfe, in Petersburg mit der Hofdame der Kaiserin Katharina, der Fürstin Eudokia Jusupoff, und am 6. März 1774 folgte die Hochzeit. Doch war auch diese kinderlose Ehe ebenso unglücklich wie von kurzem Bestande. Sie wurde schon nach zwei Jahren tatsächlich getrennt und am 27. April 1778 durch das kurländische Konsistorium geschieden, obwohl sie nach griechischem Ritus eingegegnet worden war. Das gab dem russischen Hofe, der, wie erzählt, damals Herzog Peter seine Gunst schon entzogen hatte, den Anlaß, seine dritte Ehe nicht anzuerkennen. Diese ging er am 3. November 1779 mit der feinsinnigen, anmutigen und schönen Tochter des Reichsgrafen Joh. v. Medem, Anna Dorothea ein, die ihm eine Reihe von Töchtern, zunächst aber nicht den heißersehnten Erbprinzen schenkte.

Es wurde verhängnisvoll, daß der Herzog, sei's nun, weil er sein Hausgut mehren, sei's, daß er seine Töchter sicher stellen wollte, den Plan faßte, die zu den Domänen gehörigen Würzau'schen Güter zu seinem Privateigentum erklären (allodifizieren) zu lassen. Er stützte sich dabei auf die Tatsache, daß der polnische König seinem Vater Ernst Johann schon im Jahre 1736 die Anwartschaft auf die genannten Güter zugesichert hatte, als er noch nicht Herzog war. Als er es geworden, hatte er unter der veränderten Sachlage jene Ansprüche nicht geltend gemacht. Das tat nun Peter und zwar durch Hoven, der als sein und der Ritterschaft Delegierter 1778 am polnischen Hofe weilte. Er hatte Erfolg, der König sprach die Allodifizierung des Gutes Würzau aus, aber Hovens Pläne gingen weiter. Wenn es dem Herzog so gelungen war, für seine Familie aus den Domänen ein Gut zu gewinnen, auf das er doch nur ein sehr zweifelhaftes Recht hatte, so ließ sich vielleicht hoffen, daß die Ritterschaft oder gar einzelne Glieder derselben beim polnischen Könige dasselbe Entgegenkommen finden würden. Das versuchte nun Hoven, der 1780 wieder nach Warschau ging, und es gelang ihm, nachdem er dem Könige ein ansehnliches Geschenk (*Don gratuit*) von der Ritterschaft zugesichert hatte, im folgenden Jahre zu erwirken, daß er die Domänengüter Grendsen und Irmelau der Ritterschaft zum Eigentum schenkte, jedoch erst für den Fall der Eröffnung des Lehens, d. h. des Todes Herzog Peters. Unter derselben Bedingung wurden verschiedenen einzelnen

Udellruken einige Domänengüter als Allod zugesprochen, so konnte selbst das Gut Reubergsfried, das er schon bisher zur lebenslänglichen Nutzung anstatt der jährlichen Pension von 1000 Taler besessen hatte. Damit war nun der Herzog keineswegs zufrieden, daß aber auch die Ritterschaft es zum größten Teile nicht war, sollte sich bald zeigen¹.

Als der Landtag im Juli 1782 zusammentrat²), fand Hoven vielstimmigen Widerstand, der seinem Gegner Carl Ferdinand v. Huttenberg zur Würde eines Landbotenmarschalls verhalf. Der Landtag verlief sehr stürmisch, sein Ergebnis war aber schließlich eine Niederlage Hovens. Die Majorität der Landboten beschloß sich nicht der Erkenntnis, daß eine Verminderung der Lehnsgüter oder Domänen ebenso rechtswidrig wie gefährlich war. Denn je mehr bei der Verminderung der Domäneneinkünfte die Einnahmen des Landes sanken, umso näher mußte die Gefahr rücken, daß Auslagen desselben für öffentliche Ausgaben nötig werden würden; auch war der König gemäß einer Konstitution des polnischen Reichstages von 1764 gar nicht befugt, ohne dessen Zustimmung über kurienbürtige Domänen oder Lehnsgüter zu verfügen. Daher weigerte sich der Landtag, Hoven die Kosten seines unnötig langen Warschauer Aufenthaltes zu bezahlen und tat es erst, als Hoven ihn in Warschau verließ. Trotzdem geniet der Letztere, dem sein Leben viel kostete, in große Bedrängnis, aus der ihn die Verpfändung seines Gutes nur teilweise rief. Vom Herzoge und Landtage wurde der Graf Johann v. Reysertling nach Warschau geschickt, um die Veräußerung jener Domänengüter zu hintertreiben. Allein er hatte keinen Erfolg, vielmehr glückte es Hoven, wie es hieß, mit Unterstützung des russischen Hofes, durchzusetzen, daß der polnische König im November 1784 ein Mandat erließ, indem er die sofortige Übertragung jener Güter an Hoven bezw. die Ritterschaft anordnete, die ursprüngliche Forderung also, daß diese erst im Falle der Lehnseröffnung statinnden volle wegheß. Als das geschah, hatte sich die Position der Gegenpartei Hovens schon wesentlich verichimmert. Hoven, einst der Gegner des russischen Einflusses in Litland, hatte, da er wohl erkannte, wie nun der Wind in Petersburg wehte, eine vollständige Schwertlung vollzogen und zwar zu dem russischen Ri-

¹) Schwarzg. Hist. Nr. 185 und Nr. 193.

²) Carl Ferdinand v. Huttenberg, noch den Aufzeichnungen seines Sohnes, mitgeteilt von G. Rog in der Berl. Monatschr. Bd. XXXVII, S. 21 f.

nisterresidenten in Riga, v. Krüdener, und seinem Nachfolger, Baron Westmeyer, in intime Beziehungen gerieten und bald ließ der russische Hof die Ausländer seine Macht spüren.

Der südländische Gouverneur Browne rückte im Jahre 1782 im Auftrage seiner Regierung an den Herzog die Anforderung, den Ausfuhrhandel von Getreide den Städten Libau und Windau zu verbieten, da er durch den einst (1615) zwischen den Herzögen und der Stadt Riga abgeschlossenen Vertrag ausschließlich über die letztere Stadt stattfinden durfte. Selbst wenn das im Vertrage erhalten gewesen wäre, hätte er doch durch spätere Verträge seine Bedeutung verloren. Aber das wurde nicht beachtet und eine motivierte Gegenvorstellung, die Herzog Peter auf Rat des Grafen Christian Heinrich von Kasperling an Browne richtete, nicht berücksichtigt. So mußte sich der Herzog, der von sich aus das von ihm Verlangte nicht bewilligen mochte, zur Berufung des Landtages im April 1783 entschließen und ihm die Forderungen Rußlands vorlegen. Sie enthielten außer jenem Handelsverbot noch das Verlangen einer Grenzregulierung und manches Andere, was hier übergehen werden kann. All das sollte durch eine gemischte Kommission seine Erledigung finden. Die Forderungen Rußlands waren für den Handel der beiden baltischen Häfen überaus gefährlich und für das ganze westliche Russland die Forderung, nach Riga seine Produkte zu führen, kaum ausführbar. Durch die territorialen Ansprüche wurde aber auch Polen, als die Lehns Herrschaft, in empfindlicher Weise berührt. Auch war an Widerstand nicht zu denken. Herzog Peter¹⁾ ließ eben damals durch seinen Hofmarkshall Ewald von Klopmann in Petersburg

¹⁾ Ewald von Klopmanns Aufzeichnungen I. c. S. 127. 128. Rutenberg u. c. S. 21. Die Tendenzklart „Erstes aus der Lebensgeschichte des Herrn von Fomen“ (Bafel 1796), deren Verfasser der Hofmarkshall von Schoepung war, erzählt: Fomen habe den russischen Staatsrat Dahl auf den verpöbten Vertrag von 1615 hingewiesen, um sich um Rußland verdient zu machen. Dabei habe ihn der russische Hof in der Frage der Modifikationen 1784 unterstützt. Der Graf Christian Heinrich von Kasperling dagegen vermutet, daß der von einem Obermann im Windauischen Kreise betriebene direkte Geßhandel der Windauischen Kaufleute so gereizt habe, daß sie: die Könige auf den Vertrag aufmerksam gemacht hätten. Hier habe man ihn aber nicht so wie sie interpretiert (nämlich daß in Rußland außer von Libau und Windau kein Getreideexport stattfinden dürfe), sondern ihm die im Texte angegebene für die beiden baltischen Häfen o. nachtheilige Anordnung gegeben. — Das Schreiben des Grafen Kasperling an Kant in Kants Briefwechsel I., 260 ff. S. auch oben S. 273 N. 2.

die ihm so wichtige Frage der Anerkennung der Herzogin Dorothea betreiben und zwar durch Vermittelung Potemkins. Ehe diese Frage, die übrigens gleich nach Abschluß der russisch-litauischen Konvention einen für Herzog Peter günstigen Abschluß gefunden hat, gelöst war, mußte es dem letzteren daran liegen, den russischen Hof nicht durch Schwierigkeiten zu verlegen. Jedenfalls traf ihn die üble Nachricht, er habe der dynastischen Frage der Anerkennung seiner Gemahlin das Interesse des Landes geopfert. Doch hatte ein längeres Sträuben des Herzogs im Grunde nichts geändert. Der eingeschüchterte Landtag konnte nur eine vierzehntägige Frist zur Einholung neuer Ratsmacher für die Landhosen erwarten. Er ernannte Herren und Baron Moenne zu seinen Vertretern in der Kommission, der Herzog aber den früheren Kanzler Dietrich von Kemmerling, den Landhofmeister Klopmann und den Justizscholl Ewald von Klopmann, Außland wurde durch die Grafen Ewers und Woronzow und Andere repräsentiert. Der Landtag, der sich gegen die russischen Wünsche anfangs sträubte, mußte froh sein, daß schließlich den Einwohnern der Ludumischen und Goldingenschen Oberhauptmannschaft sowie des Rezenburgischen Kirchspiels die Erlaubnis nach Wißau und Libau zu handeln zugesprochen wurde. Im übrigen trennte die Kommission, die sich auf Abmachungen des Jahres 1630 bezieht, von Kurland einen Landstrich an der untern Düna und Na mit dem Städtchen Schloß ab und schlug ihn zu Livland. Die russischen Kaufleute erhielten vollfreie Einfuhr russischer Produkte und gleich den russischen Arbeitern einen privilegierten Gerichtsstand vor dem russischen Ministerresidenen in Wilna. Für die nach Riga gehenden Waren wurden alle Durchfuhrzölle, Brückengelder und dergleichen aufgehoben und der Herzog zur Instandhaltung der Wege verpflichtet¹⁾. Diese und noch einige andere Bestimmungen der „Handlungs- und Grenzkonvention“ vom 10. 20. Mai 1783, der 1784 der Kaiserliche Reich beirat, zeigten, wer schon damals Kurlands Geschicke entschied.

Der Herzog, der Vordränglichkeiten seines Berufs überdrüssig trat, nachdem er den Erbprinzen die Stellvertretung übergeben hatte, im Sommer 1784 mit der Herzogin eine große Reise an, die ihn über Berlin, Wartenberg und Dresden nach Italien führte, von wo er erst im Sommer 1785 nach längerem Aufenthalte in Venedig und

¹⁾ Schwarz Bibliothek Nr. 188, 189. Rutenberg a. a. O., S. 22

Rom nach Deutschland zurückkehrte. Der Erfolg der Reise war einmal der Ankauf etlicher Besitzungen, besonders der großen Herrschaft Sagan in Schlesien, für die Friedrich der Große auch die eventuelle Succession der Lückler Herzog Peters zusagte, und dann die Annäherung an den preussischen Hof. In Berlin war man mit dem in der Convention von 1763 zu Tage getretenen Einflusse Rußlands in Kurland durchaus unzufrieden und verfolgte die dortigen Dinge mit Interesse. Deshalb nahm der große König auch den kurländischen Herzog so gütig auf und kam seinen Wünschen hinsichtlich Sagans entgegen. Herzog Peter anderseits hoffte unter Umständen an Preußen den Rückhalt zu finden, den Polen und die von ihm geführten Teile des Adels am Rußland so offensichtlich bejaßen. Daher griff er auch dem in Geldverlegenheiten heimgesuchten Kronprinzen, dem späteren König Friedrich Wilhelm II., mit Geld unter die Arme.

Während seiner Abwesenheit hatte sich der Konflikt in Kurland noch mehr zugespitzt und neuer Brandstoff angejammelt. Der Adel war höchst unzufrieden, daß der Herzog die Domänen nicht mehr alle an Edelleute in Pacht gab, sondern zu größeren Wirtschaftseinheiten (Ökonomien) zusammenzuziehen begonnen hatte. Hoffte der Fürst so die Einnahmen der Domänen zu vermehren, so verloren anderseits zahlreiche Edelleute die Aussicht, die materielle Versorgung zu erhalten, auf die sie in dem kleinen Lande seit Menschengedenken sich angewiesen gesehen hatten. Daher verlangten sie jetzt in des Herzogs Abwesenheit, daß die Obrerräte die Ökonomien auflösen und wieder in Pachtgüter verwandeln sollten. Zwar wichen die Obrerräte diesem Ansinnen aus, doch der Landtag des Jahres 1786 brachte einen neuen Vorstoß der Hohenheim'schen Partei. Sie forderte, daß die Pachtsummen der verpachteten Domänen nicht über den doch veralteten Anschlag von 1737 erhöht und daß vor Bezahlung jährlicher Kosten der Landesverwaltung kein Geld aus dem Lande gebracht werde. Der letzte Vorschlag richtete sich direkt gegen den Herzog, denn es war die schwer kontrollierbare Meinung verbreitet, er habe mit den Einnahmen der Domänen sich im Auslande Güter gekauft, wie z. B. Sagan in Schlesien. Während die Obrerräte die Auflösung der Ökonomien schließlich zusagten, blieben sie in der Frage der zu Gunsten einzelner Edelleute allodifizierten Güter fest, obwohl dem königl. Rescript vom November 1784 ein anderes vom Juli 1785 gleichen Inhalts gefolgt war, daß jene guthieß.

Inzwischen war aber die Stimmung im Lande zum großen Teile zu Gunsten Howens umgeschlagen. Man fand, daß die Allobifikationen, soweit sie zu Gunsten der Ritterschaft erfolgt waren doch nicht unvorteilhaft seien. Konnte die Korporation mit dem Ertrage der geschenkten Güter ihre ständischen Beamten gagieren, so brauchte sie ihre Mitglieder nicht zu hoch zu besteuern. Besonders aber war es die Hoffnung, durch die Auflösung der Oekonomen wieder die Möglichkeiten vorteilhafter Pachten erlangen zu können, die die Opposition gegen Herzog Peter mächtig anschwellen ließ. Der Graf Heinrich Christian von Rappierling geriet in einem Briefe an Kant die materielle Denkweise seiner Landsleute an und erinnert an ein etwas bissiges Urteil Pomanns, bei den Ausländern sei alles nur Fragen. Dann fährt er fort: „Alein stellen Sie sich nur einen Staat vor, der von lauter Fragen regiert wird, denn auf unsern Kirch'pfeil und Landtügen bringt ein jeder Edelmann seine portunculam Ma:estatis mit sich.“

Ganz gerecht war dieses Urteil deshalb nicht, weil der zahlreiche und zum Teil arme Adel des Landes unleugbar in eine sehr schwierige Lage kam, wenn ihm eine lange genossene Möglichkeit, sich seinen Lebensunterhalt zu schaffen, entzogen wurde. Nicht viele besaßen die Mittel und Bildung, sich im Auslande eine Stellung zu schaffen, man wird also diese Opposition in gewissem Sinne verstehen können. Daß aber materielle Fragen den Kern der Streitigkeiten zwischen Herzog und Adel bildeten, kann kein Zweifel sein, zu viele Zeitgenossen bestätigen es, und es fehlt nicht an Stimmen, die trotz alles Wohlwollens doch nicht verkennen, daß über dem Streit über materielle Dinge wichtige Lebensfragen des Landes gefährdet wurden. Der Justizrat Tetich schrieb einige Jahre später ganz in diesem Sinne an seinen Freund, den Freiherrn v. Sander: „Der Zustand unseres Landes ist überhaupt dieser: Es maukt so, wie Fröh, wenn Papa nicht immer oder nicht genug Hofieren und Wandeln gibt.“

Das Bedenkliche war, daß jener Zwist die politische Sicherheit des Landes schwer gefährdete, indem er dem Auslande Veranlassung bot, sich in seine internen Angelegenheiten einzumischen. Damit wurde die holländische Frage, die bisher nur eine rein lokale Bedeutung gehabt hatte, zu einer von allgemein politischem Interesse.

Howen und die neue Landtagsmajorität suchten und fanden ihre Stütze in England. Um sich mächtige Gönner zu erwerben, verließ

der kurländische Landtag 1784 und 1786 an hochgestellte russische Würdenträger das „Indigenat“, d. h. die Zugehörigkeit zur kurländischen Adelskorporation, indem er dabei von der Zahlung der bei solchen Aufnahmen zu entrichtenden 10000 Taler abließ, so z. B. an den livländischen Gouverneur v. Browne und den russischen Residenten in Mitau, v. Westmeyer. Bei wichtiger war es, daß die russische Regierung eine Handhabe besaß, um sich eine Partei im Lande dauernd zu erhalten. Als Katharina II. im Jahre 1762 Ernst Johann Biron als Herzog von Kurland restituierete, hatte dieser versprochen müssen, daß er bei der Verpachtung der Lehnsgüter auf Personen, die der russische Hof empfahl, Rücksicht nehmen werde. Allerdings hatte sich die Kaiserin im Jahre 1764 in einem Schreiben dahin ausgesprochen, daß sie den Herzog bei der Vergebung der Domänen nicht beschränken wolle¹⁾. Nun kam die russische Regierung bei der Veränderung ihrer Begehungen zu Herzog Peter wieder auf das Versprechen von 1762 zurück und besaß nun in der Möglichkeit jener Empfehlung ein überaus wirksames Mittel, sich eine durch ihr persönliches Interesse an Rußland gebundene Partei groß zu ziehen. Demgegenüber suchte Herzog Peter seinen Nachhalt in Berlin, wo man den wachsenden Einfluß Rußlands in Polen und Kurland mit Sorge und Eifer suchte betrachten, sich aber doch zu einer durchgreifenden Politik nicht aufzuschwingen vermochte. Wollte auch Preußen sich in Kurland eine ergebene Partei schaffen, so mußte es dasselbe Mittel anwenden, das die russische Diplomatie mit Erfolg anwandte. Das gelang aber nicht, und so hatte das Wohlwollen, das die preussische Regierung dem Herzog Peter entgegenbrachte, einen etwas platonischen Charakter. Wir haben einen interessanten Beleg dafür, daß auch intelligente fremde Diplomaten zu erkennen glaubten, daß ein preussisches Interesse hier im Spiele sei. Zu jener Zeit entstand nämlich im Kopfe des Grafen Mirabeau²⁾, des später berühmten gewordenen Staatsmannes der französischen Revolution, der damals am preussischen Hofe offiziell mit einer geheimen Mission weilte, tatsächlich aber dorthin nur gesandt war, weil die französische Regierung den unbequemen Mann aus Paris entfernen

¹⁾ Das behauptete Herzog Peter gegenüber dem Grafen Suvorov. S. Blum: Ein russischer Staatsmann III, 29.

²⁾ Titus: „Mirabeau's kurländisches Projekt“ in der Preß-Jahrb. Bd. 81, S. 119 ff.

wollte, der Plan, sich der französischen Regierung durch eine nahe Forderung mit dem preussischen Hofe zu empfehlen und diese dadurch herbeizuführen, daß er der Berliner Politik u. a. in der ausländischen Frage in die Hände arbeitete. Er erkrankte daher im Sommer 1786 seinen Sekretär, den Aurländer Karl v. Rolde, in dessen Heimat, um die dortigen Verhältnisse genauer zu studieren und die verarmte preussische Partei zu stärken. Allem Rolde mußte ihm schon bald schreiben, es sei zu spät. „Homen ist so gut wie Herzog von Kurland, denn er versteht die Funktionen eines solchen — er ist vollständig russisch gesinnt.“ Er sah, wie viel sich das Publikum von der Intelligenz Homens, der neben die Aufhebung einer Folge von Steuerermäßigungen kassirten beschlossenen Kornsperr durchgesetzt hatte, versprochen und wie die hergestellte Verpachtung der Domänenländereien gewirkt hatte. „Etwa 60 Lehen- und Nachtgüter“, schrieb Rolde im Dezember 1786 aus Mitau, „sowie mehrere Rittersitze sind an die einflussreichsten Personen des Landes wie des Auslandes vergeben worden, sodaß man sagen kann, ganz Kurland bilde die Partei des Oberrats Homens. Da man annehmen möchte, daß die Rücksicht hier die nämliche Rolle spielt wie anderswo, müssen Millionen aufgewandt werden, wenn man das Gegengewicht gewinnen wollte.“ Homen, der im September 1786 den Posten als Ritterschaftssekretär aufgegeben hatte und in schneller Folge zum Hauptmann von Schranben, dann zum Oberhauptmann der Soldaten abgerufen war, war nämlich inzwischen Oberrat geworden. Er kam zu diesem Ziele durch mancherlei Intriguen und zwar besonders dadurch, daß er den greisen Oberburggrafen Esch veranlaßte, seinen Posten aufzugeben, um die für seine Pläne erforderliche Bilanz im Oberratskollegium herzustellen. Esch ließ sich seine Abdrückung durch die Freierung des Postens eines Oberforstmeisters, ohne Wissen des Herzogs, aber auf seine Kosten, mit einer Summe von 1000 Taler für seinen zweiten Sohn abkaufen und der Widerstand des Kanzlers Taube blieb wirkungslos¹⁾. Homen, der Todtend Herzog Peter, der so ins Oberratskollegium gelangt war, hatte es bald zu dem von Rolde geschilderten Einfluß gebracht und es kam nun zu

¹⁾ Man erzählt sich, daß der Widerstand Taubes durch das Entgegenkommen der Oberräte in einer ihm persönlich schädlichen Weise gebrochen worden sei. Doch stimmt damit weder das günstige Urteil Huttenbergs l. c. noch das Urteil von der Hede (l. c. I, 285).

mehreren höchst bedenklichen Maßnahmen der Regierung. Dahin ist besonders zu rechnen, daß die beiden zum Wittum der Herzogin gehörigen Güter Ziepelhof und Vershof dem russischen Gesandten Westmacher unmittelsch übergeben wurden und die Regierung das Fowen durch die Alodifikation zugefallene Gut Neubergfried von ihm für den allgemein für zu hoch erachteten Preis von 200 000 Taler zurückkaufte. Fowens Pläne schienen damals der Erfüllung nahe; da der Herzog keine Erbin besaß, wurde die Beseitigung der herzoglichen Regierung und die Einverleibung des Landes ins russische Reich schon damals vielfach angenommen. Zwar erwartete die Herzogin Dorothea damals im Auslande ihre Entbindung und die herzoglich Gesinnten hofften, sie würde einen Erbprinzen zur Welt bringen und damit der Fortbestand der Dynastie gesichert sein. Aber die Befürchtung lag vor, daß ein im Auslande geborener Prinz am Ende von der russischen Regierung als untergeschoben erklärt werden würde. Durch die exzentrische Gemahlin des russischen Gesandten von Westmacher wurde die von dieser mit einer gärtlichen Freundschaft ausgezeichnete Gfike von der Rede von der dem Herzogshause drohenden Gefahr unterrichtet. Sie veranlaßte, daß der Landesbevollmächtigte v. Saß die Herzogin im Namen des Landes brieflich beschwor, heimzukehren, um hier die Niederkunft zu erwarten und der Kanzler Taube an den Herzog die nämliche Bitte richtete, zugleich aber hinzufügte, daß die Herzogin allein kommen möge, weil das für den Frieden des Landes zuträglich wäre. In der That kehrte die Herzogin nach Rußland heim, schon in Danzig wurde sie durch Deputierte empfangen und ihre Reise gleich einem Triumphzuge. Zwei Monate später schenkte sie (1787) dem heißersehnten Erbprinzen das Leben und alles schien sich friedlich anzulassen.

Aber als bald darauf auch Herzog Peter in sein Herzogtum heimkehrte, zeigte es sich, daß er mit der Verwaltung der Obrigkeit keineswegs einverstanden war. So kam es mit diesen zum Konflikt. Der Herzog erklärte alle jene oben erzählten Schritte für ungültig, und das ist zum Teil begreiflich, aber er ging in seinem Egoismus und seiner Kleinlichkeit weiter, als klug war, indem er auch mögliche Maßregeln, wie die durchgeführte Vermehrung des Personals der herzoglichen Kanzlei, beanstandete. Die Sache, die eigentlich vor die polnischen Relationsgerichte gehört hätte, kam durch eine Klage des Herzogs an den polnischen König, der in einem Restript vom 5. Januar 1788

dem Kläger in den meisten Punkten Recht gab, dagegen diesen verpflichtete, die Finanzverwaltung der Oberräte anzuerkennen und die während ihrer Regierung gemachten Schulden zu bezahlen. Die Oberräte wollten sich dieser Entscheidung nicht fügen, indem sie dabei geltend machten, daß der Herzog nach der Kompositionskarte von 1776 nicht befugt gewesen sei, einseitig, d. h. ohne den Landtag eine Streitfrage nach Polen zur Entscheidung zu bringen und daß der König ohne den Reichstag sich nicht hätte entscheiden dürfen. Nachdem der Landtag, der natürlich die Partei der Oberräte ergriff, im August und September 1788 resultatlos gesessen hatte, vertagte er sich auf den 19. Februar des nächsten Jahres. Ein heftiger Schriftwechsel füllte auch die diesmalige Session aus, wobei die Tatsache, daß die nicht in Ökonomie verwalteten Domänen auf Restitot und zwar nur auf drei Jahre vergeben wurden, statt nach dem Anschläge von 1737 auf sechs Jahre, eine ebenso große Rolle spielte wie die Ökonomie des Herzogs. Statt Brüggen, der mit Hornen gefallen war, wurde Hornes Better und Anhängen, der schlaue und gewandte Oberherb v. Ritbach, zum Landesbevollmächtigten gewählt und dieser ernannte von sich aus Karl Heinrich v. Heyling, einen Mann von großen Gaben und nicht geringem Eifer für die Libertät der Ritterschaft, zum Landesdelegierten in Warschau. Dann vertagte sich der Landtag einseitig auf den Juni 1789 und setzte diese „Limitation“ nach einer achttägigen vergeblichen Session zu diesem Termin auf den Januar 1790 fort.

Während nun der Herzog vergebliche Versuche macht, die versicherzte Gunst des russischen Hofes und hoher Würdenträger in Petersburg sei es durch eigene Vertrauensmänner so ; B im Jahr 1792 durch den Hauptmann v. Brinden, sei es mit Hilfe des preussischen Gesandten, wiederzuerlangen, spielt sich in der polnischen Hauptstadt ein eigentümlicher Kampf zwischen dem Vertreter des Herzogs und den Deputierten der Ritterschaft ab. Karl v. Wankruffel wirkt für den Herzog, Heyling für die Ritterschaft, beide agieren mit großer Hartnäckigkeit und der verrottete Boden des Warschauer Lebens bietet nur Intriguen und höfische Rabalen den schönsten Spielraum¹⁾. End

¹⁾ Die handschriftlichen Berichte K. H. v. Heylings a. d. J. 1790—1792, die sich im Kurländischen Ritterschaftsarchive befinden, habe ich dank dem Hrn. v.

Heßling, der übrigens persönlich Rußland sowohl wie Preußen am liebsten ganz aus dem Spiele gelassen hätte, am russischen Gesandten v. Stadelberg die erwünschte moralische Unterstützung, so war der preussische Gesandte Marquis Lucchesini beauftragt, den Herzog insoweit zu unterstützen, daß ihm von seinen rechtlichen Befugnissen keine ver-
kümmert werde. Im August 1789 erklärte er Heßling, „daß der König sein Herr lebhaften Antheil am Herzog nehme und nie erlauben würde, daß man dessen Gerechtsame im geringsten vermindere oder antaste“; in der Folge haben er und sein Nachfolger das herzogliche Interesse in der That mehrfach unterstützt, wenn auch nur mit allgemeinen Vorstellungen und ohne die Energie, die der preussischen Staatskunst seit dem Tode des großen Königs überhaupt mangelte. Monteußel¹⁾ konnte eine Audienz Heßlings beim Könige nicht verhindern und mußte es erleben, daß ein neues königliches Rescript vom 5. November 1788 das frühere vom Januar 1788 nur als einen Vermittelungsversuch hinstellte. Dagegen hatte der Herzog über das einseitige Limitiren des Landtages Klage geführt und am 12. November, also acht Tage nach jenem für den Adel so günstigen Rescript, erklärte ein neues eine einseitige Limitation für illegal, was nur einen Protest Heßlings zur Folge hatte. Während dieses Schaukelspiel in der polnischen Hauptstadt seinen Gang weiternahm und Heßling und Monteußel einander mit Noten und Gegennoten, die sie dem Reichstage und Könige zusandten, unermüdlich bekämpften, war die Hoffnung auf Beilegung der Zwistigkeiten, die sich an die Geburt des Erbprinzen geknüpft hatte, mit seinem im März 1790 erfolgten Tode wieder, trotz einiger Ansätze zu Friedensverhandlungen, bald endgültig zu Schanden geworden und im August 1790 kam zu den velen Streitpunkten noch ein neuer durch die Be-

des Mitterschafstarchivaren G. v. Fieds benutzen und verwerten können. Ferner kommen die Memoiren des Barons Freylings und Ruche. Elise v. d. Medt II für die Streitigkeiten in Warschau in Betracht.

¹⁾ Inwiefern das obällige Urteil Bisens v. d. Medt über Monteußel, bei ihrer Meinung noch nur um sich zu bereichern, den Herzog in stets neue Streitigkeiten verwickelt und die ebenfalls ungünstige Charakterisierung Monteußels durch Heßling gerecht sind, muß dahinstehen; nach Rachel I v. II, S. 384, sollen die Autographensammlungen in Sagan Belege für jenes Urteil enthalten, leider hat er aus ihnen nichts mitgeteilt, so daß die Frage noch nicht als abgeschlossen erscheinen kann.

Scrophim, Briefe III.

21

strebungen des bürgerlichen Elementes, auch am politischen Leben Anteil zu gewinnen.

Schon im XVII. und in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts hatten die kurfürstlichen Städte, wie wir sahen, mehrfach danach gestrebt, die Landstandschaft und ihren Ansätzen die Rechte wieder zu erwerben, die, wie der Gutsbesitz, allmählich im Gegensatze zu der ursprünglichen Rechtsentwicklung Privilegien des Adels geworden waren. Alle diese Bestrebungen mußten nun mächtig aufleben, als von Frankreich her die Ideen von staatlicher Gleichheit und Freiheit ihren Siegeszug durch den Kontinent hielten. Man weiß, wie in den großen deutschen Staaten, wie besonders in Preußen, das eine geordnete und jedermanns Rechtssicherheit verbürgende Verwaltung beschloß, von einem eigentlichen Enthusiasmus für die große revolutionäre Bewegung nur sehr wenig zu spüren war, daß aber in den kleinen Territorien und überall da, wo verrottete Duobeghäre und allmächtige Landstände einer normalen Entwicklung unzerstörbare Hemmnisse in den Weg legten, die Ereignisse jenseits der Bogen tiefen Eindruck machten und die Hoffnung auf eine neue Zeit mächtig entfeierten. Wie sollte es nun in Kurland anders sein, wo das Fürkertum seine alten Ansprüche niemals aufgegeben hatte und umsomehr unter die Allzuherrschaft des Adels zu kommen Gefahr lief, je mehr die fürstliche Gewalt zu einem Schulten zusammenschrumpfte? Wir erwähnten schon, wie der Geist der Aufklärung die Gemüter Kurlands mächtig ergriffen und empfänglich gemacht hatte für die Anregung, welche von Frankreich in alle Lande flutete. So trafen nie vergessene Ansprüche und neue geistige Strömungen zusammen, um den Wunsch nach einer Veränderung der damaligen Lage des Bürgerstandes allenthalben reger zu machen und nicht allein das bürgerliche Element wurde von diesen Gedanken erfüllt, sondern auch unter dem Adel fanden sich, gleich wie in Frankreich und in Deutschland, warme Anhänger der neuen Zeitrichtung; es ist uns von mehreren Edelenten direkt bezeugt¹⁾, daß sie der Meinung waren, „die Natur habe den Bürgern gleiche Rechte mit dem Adel gegeben“ und daß man sie diesen zugestehen müsse. Der

¹⁾ Preßings Berichte vom 25. Sept. und 5. Okt. 1790. Er nennt die Namen Kiedem, Janderhahn und Kankruffel. Siehe auch Feigel, Deutsche Gesch. vom Tode Friedrich des Großen bis zur Auflösung des Reichs I, S. 219. „Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist.“

Delegierte der hurländischen Ritterschaft Pehling meinte von einem Edelmann, er wolle gar „den Mirabeau spielen“. Aus dieser Zeitrichtung erklärte es sich, daß sich am 29. April 1790 ein Berem konstituierte, der sich als „Sämmtliche Städte und vereinigte Glieder des Bürgerstandes“ bezeichnete, später aber kurzweg die „bürgerliche Union“ genannt wurde¹⁾ und dessen Ziel eine Veränderung der hurländischen Verfassung war. Der Berem umfaßte einmal die durch den Magistrat repräsentierten Bürgerchaften der hurländischen Städte, aber auch die korporativ nicht organisierten Angehörigen des höher gebildeten Bürgertums, die sogenannten Literaten. Das akademische Gymnasium, das zur Teilnahme aufgefordert worden war, hatte sie abgelehnt, erst im Frühjahr 1791 gab es seine Zurückhaltung auf und trat mit Ausnahme der Professoren Tiling, Rütner und Schwemmschuh der Union bei. Unter den geistigen Epiführern derselben treten die Advokaten, die seit 1788 auch Justizräte hießen, besonders hervor, sie zogen sich als die rechtskundigen Vertreter der bürgerlichen Ansprüche die ausgesprochene Abneigung des Adels zu. Am 12. Juli 1790 wurde in der herzoglichen Kanzlei „die vorläufige Darstellung einiger Hauptanträge, betreffend der Gerechtsame des bürgerlichen Standes“ verabreicht, in der die Bitte nach Vertretung auf den Landtagen, damit nicht über die Städte ohne ihre Einwilligung etwas beschlossen werde, verlautbart sowie die Freigabe des Güterbesitzes für die Angehörigen des Bürgerstandes gefordert wurde. Ferner wurde ein strenger Schutz für den kaufmännischen Handel vor dem Kramhandel der angerristen Kaufleute begehrt. Endlich und das ist uberaus charakteristisch, wird hinsichtlich der Ämter ein Vorschlag über ihre Teilung zwischen beiden Ständen gemacht. Obwohl nämlich der Bürgerstand zu allen Ämtern ursprünglich Zutritt gehabt habe und von Rechtswegen haben müsse, so will die Union doch „zum Verweife der äußersten Mäßigung und zur Er-

¹⁾ Die bürgerliche Union in Kurland von J. R. in der Balt. Monatschrift XII, 129 ff. Das urkundliche Material ist meist zu finden in der „Sammlung aller bisherigen Schriften, welche durch die auf den ordentlichen Landtag vom 30. August 1790 gebrachte vorläufige Darstellung der bürgerlichen Gerechtsame veranlaßt worden“, mit den sich hieran schließenden Fortsetzungen dieser Sammlung. In der Partisirschrift „Etwas aus der Lebensgeschichte des Herrn v. Fomen etc.“ wird dieser als der Inspirator der Union angesehen, die einen neuen Streitpunkt zwischen Fürst und Adel habe schaffen und ihm die Möglichkeit im Trüben zu fischen geben sollen.

leichterung der gütlichen Ausgleichung" auf alle zur Zeit vom Adel besetzten Ämter (Oberhauptleute, Hauptleute x.) außer auf die Stellen der herzoglichen Kasse verzichteten, wenn dagegen dem Bürgerstande die allseitige Bekleidung der gegenwärtig von ihm innegehabten Kirchen- und Zivilämter (der Prediger, Advokaten, Sekreäre, Notare x.) zugesichert wird. Die erste und zweite Forderung waren rechtlich nicht ganz von der Hand zu weisen und entsprachen dem Zustande, wie er zu Beginn des Herzogthums geherichtet hatte. Nur waren diese alten Gerechtsame außer Gebrauch gekommen und wenn der meist nicht wohlhabende Bürgerstand sie jetzt anmeldete, so lag es nahe, daß der Adel, entsprechend der historischen Entwicklung seit der Regimentsformel, darin eine dem Bedürfnis nicht entsprechende anmaßende Forderung sehen werde. Der Wunsch, den Handel vor der Konkurrenz der angereisten Händler zu schützen, war wirtschaftlich erklärlich. Daß aber die Ideen einer wirklichen Gleichheit in staatsbürgerlicher Beziehung dieser Union im Grunde doch fern lagen aber doch fast mit praktischen Ermäßigungen durchsetzt waren, zeigt ihr Teilungsprojekt wegen der Ämter: nicht jedem Talent soll jede Tätigkeit offen stehen, sondern Adel und Bürgerstand sich jeder sein Gebiet reserviren, auf dem er sein Fortkommen haben soll. Der höhere Bürgerstand sorgte hier ganz wie der Adel nur für seine speziellen Interessen nicht ideale, sondern wirtschaftliche Triebfedern sind hier in erster Linie die maßgebenden. Der Herzog befaßte, diese Anträge mit den übrigen Landtagdeliberationen in die Kirchspiele umherzusenden, denn ihm war ihre Durchführung sehr erwünscht. Konnte er doch hoffen, in einem politisch gekraftigten Bürgerstande ein Gegengewicht gegen den ihm so unbequemen Adel zu finden. Als aber der Landtag am 30. August 1790 eröffnet werden sollte, legte der Landmarschall König v. Sacken bei der fürstlichen Kanzlei eine Protestation des Inhalts nieder, daß der Kanzleisekretär Müdiger seine Vernehmung zur Befriedung der bürgerlichen Anträge in die Kirchspiele erschicken habe, woraus sich die rechtliche Unmöglichkeit über sie auf dem Landtage zu beraten, zu ergeben schien. Noch wichtiger war es, daß im Schoße des Bürgertums selbst Spaltungen entstanden waren. Die Handwerker Witzen nämlich, die sich auch „Rümtler und Pro'essionsien" nannten, waren ursprünglich geneigt gewesen, sich der Bürgerunion anzuschließen, allein da in der Eingabe derselben ihr Hauptwunsch, nämlich der Zutritt zu den Magisträten der Städte nicht

Erwähnung gefunden hatte, so trat bald eine nicht geringe Unzufriedenheit in ihrer Mitte zu Tage. Sie meinten, daß die Kaufleute, die damals allem den Magistrat bildeten und die Literaten, die nur zu oft zum Schaden allgemeiner Interessen die weniger gebildeten Kreise durch dunkelhafte Hochmut zurückgestoßen und ihr Vertrauen zu gewinnen nicht verstanden haben, allein von der Union Vorteil haben würden und zogen sich von ihr nicht nur vollständig zurück, sondern wurden ihre eifrigsten Gegner und bald schlossen sich die Handwerker Bindaus und Libaus dieser Sezession an. Der Herzog bellagte, der Adel aber begünstigte diese Wendung der Dinge und zum Führer erkoren die Abtrünnigen den rebegewaltigen, aber leidenschaftlichen Professor und reformierten Prediger Johann Nikolaus Tiling, der in Schrift und Wort mit Erfolg ihre Sache führte, sich selbst aber seine Stellung in dem Kreise ganz verlor, dem er durch seine Verfassung und seine gesellschaftlichen Beziehungen angehörte. Ganz klar sind seine Motive nicht. Daß der heißblütige Mann in dem Verhalten der Union ein selbstthätiges Vertreten einseitiger Interessen sah, die für den weitaus größten Teil der bürgerlichen Einwohner belanglos waren, und daß er, der einst durch eine lobende Anzeige des Hieghornischen Staatsrechtes sich den Unwillen des Adels zugezogen, im Laufe der Jahre seine Ansichten wirklich dahin verändert hatte, daß ihm nun eine Bekämpfung des Adels unstatthaft erschien, ist sehr wohl möglich. Ob er sich aber, wie seine Feinde ausstreuten, von seiner Stellungnahme persönliche Vorteile, etwa die Aufnahme in das „Indigenat“ versprochen, muß dahinstehen, ein Beweis dafür liegt zunächst nicht vor und es ist jedenfalls auffallend, daß, während so Mancher in die Adelskorporation Aufnahme gefunden hat, weil sie von ihm Etwas erreichen oder seinen Widerstand beschwichtigen wollte, er, der wertvollste Parteigänger des Adels, nicht zur Zahl dieser gehört hat. Da der Landtag sich infolge der Sackischen Protestation und der Zwietracht der Bürger auf die Erörterung der Hauptanträge gar nicht einließ, so brachte die bürgerliche Union diese vor das Forum der polnischen Oberlehnsherrschaft, indem sie im März 1791 den pilnischen Landgerichts-Advokaten Tieden, den libauschen Stadthalter Vorlampff und den mtauschen Kaufmann Bierhoff zu ihren Delegierten erwählte und trotz des Protestes, den die Handwerker beim Herzoge einlegten, auch absandte, nachdem dieser ihnen eine Geldunterstützung von 10 000 Talern versprochen hatte.

Später gesellte sich zu ihnen noch der Professor Friedrich Schulz, nachdem auch das Gymnasium, dem der Handwerker mit Unrecht eine feindselige Gesinnung gegen die Union nachgeragt hatten, dieser, wie berichtet, beigetreten war.

Die Erbsinnerung in Witten flieg immer mehr und ergriff weite Kreise; selbst die in der Akademie studierende Jugend wurde von der allgemeinen Erregung erfaßt¹⁾ und ein Studiosus, der später als liebenswürdiger Dichter bekannt gewordene Ulrich v. Schluppenbach, vergaß sich soweit, daß er das im Auditorium maximum hängende Bildnis des Herzogs mit dem Degen durchbohrte und so den verhassten Furken in offiziele Ermordete. Nach seinem eigenen Geständnis hatten ihn „Vorurteile der Geburt, Anekdoten, die man ihm erzählt, eingewurzelter Unwille gegen den Herzog“ bei der That geleitet und eine wohl von ihm mißverstandene Predigt Tilings hatte schließlich den jenseitigen Vorstoß, sie auszuführen, in ihm hervorgerufen. Während der Herzog nun Tilig, den er als den Verderber der Jugend ansah, zürnte, behandelte das wittenische Konzilium der Professoren den Fall so mild, daß es den Täter nach kurzer Inkarcerierung nur zum Ersatz der Restaurationskosten verurteilte. Das zog dem Rektor Schwendner eine scharfe Rüge des Herzogs und der Akademie keine Unnade zu, sie äußerte sich darin, daß er durch den Rapt Schilling am 2. August 1791 sein beschädigtes Bild und auch das Euhers aus dem Gymnasium abholen ließ und später auch die geschenkte Druckpresse abverlangte. Erst nach geraumer Zeit sandte er den Bitten der Professoren Folge gehend, sein Bild zurück. Zwischen dem gebildeten Bürgertum aber und dem Adel, die bisher gesellschaftlich viel Fühlung befaßen hatten, bildete sich ein immer schrofferer Gegensatz aus, der u. a. 1792

¹⁾ Dannenberg I c. E. XXVIII. Aus den Vorarbeiten Dannenbergs zu seiner Geschichte des Witten Gymnasiums, die sich in seinem Nachlaß fanden, ergaben sich mir manche genauere Aufschlüsse über diese Episode. Eine „Anekdote“, in der Schluppenbach eine Rolle spielt, gehört hierher, die von dem Mitbeteiligten (Geisler) zwar als erfunden bezeichnet wurde, aber für die Erörterung und Erinnerung der Zeit so charakteristisch ist, daß ihre Mitteilung wohl liegt. „In einer Stunde, wo Meinungen über die Naturlehre heftig, gibt es die Rede von einem Furken.“ „Diese Wortung Furke“, fragt Schluppenbach, „ist wohl richtig?“ „So setzen wir ein furischer Gelehrter mit Verstand.“ Das Eingeständnis vermerkte Schluppenbach: „Wo sollen die furischen Gelehrten Verstand haben, da sie das Ungeheuer haben, bey Viel in die Schule gehen zu müssen“.

in der Gründung eines exklusiven adeligen Kasino zum Ausdruck kam. Wer aber, wie etwa der ehemalige Kanzler Dietrich von Kyserling, im Adel selbst die Partei des Herzogs nahm, hatte durch den Gefirungsterrorismus der Gegenpartei manche Anfeindung zu erdulden.

Während sich die Dinge so in Kurland weiter entwickelten, setzten die Vertreter des Herzogs und des Adels, aber auch die des Bürgerstandes ihre Wahrnehmungen in Warschau fort. Auch die Herzogin Dorothea eilte nach Warschau, um persönlich für die Sache ihres Gemahls zu wirken, und sie bezauberte nicht nur den leicht zu entflammenden, lebenswürdigen König Stanislaus, sondern auch Magnaten von dem Einflusse Kasimir Restor von Sapieha. Im Oktober und November 1790, dann wieder im April und Mai 1791 und schließlich längere Zeit vom Spätherbste 1791 bis Ende Mai 1792 hat die Herzogin in der polnischen Hauptstadt gewirkt und glänzenden Hof gehalten, um sich Anhänger zu werben. Der Delegierte Hestling, dem sich im Laufe des Jahres 1790 noch Georg von Lüdinghausen-Wolff und der Ritterschaftssekretär Ernst von Grotthuß als Deputierte des Adels zugesellten, traten in nahe Fühlung mit dem Prinzen Karl von Kurland und seiner Gattin Apollonia geb. Gräfin Bonriska, die die Ansprüche ihrer Kinder auf den kurländischen Herzogsstuhl trotz des einstigen Bezugs des Prinzen in Warschau eifrig betrieb. Auch der russische Gesandte ging ihnen zur Hand, während der herzogliche Delegierte Wartenffel an Luchefini noch wie vor einen Rückhalt suchte. Im März 1791 reiste Lüdinghausen-Wolff nach Berlin und überreichte dort eine Note, in der er die preussische Regierung an ihre früher abgegebene Erklärung, sich in die innern polnischen Verhältnisse, zu denen auch die kurländische Frage gehöre, nicht mischen zu wollen, erinnerte und das Verhalten der Ritterschaft gegenüber dem Herzog als verfassungsmäßig zu rechtfertigen suchte. Das preussische Kabinett hatte aber inzwischen den Sekretar der preussischen Gesandtschaft, Hüttel, instruiert, sich als ständiger Resident beim Herzoge Peter nach Mitau zu begeben, und nach dem früher Ausgeführten ist es klar, daß dabei der Wunsch maßgebend war, der in Rußland ihre Stütze suchenden Majorität des Adels ein Gegengewicht zu bieten. Wie die Stimmung in Berlin trotz der Wolffschen Mission war, zeigt die Äußerung, die der Marquis Luchefini im Februar 1792 einem polnischen Landboten

gegenüber tat: Wenn die ausländische Regimenformel im geringsten alteriert werden sollte, wurde er eine offizielle Note von Seiten seines Hofes in Warschau zu verabreichen sich gemüßigt sehen¹⁾.

Wenn es nun auch Martens nicht verhindern konnte, daß die Delegierten der Ritterschaft, denen der Herzog, weil sie von einem limitierten Landtage gewählt waren, ihre Vertretung absprach, im November 1790 vom Könige und im Februar 1791 vom Reichstage empfangen wurden und sie diesem im Namen der Ritterschaft auf den Rat einiger polnischen Magnaten zwölf mit dem Wappen der Ritterschaft gezierter Kanonen zum Geschenk machten, so waren Herkings unermüdbliche Machinationen, Ränke, Proskuren und Brolette lange Zeit hindurch keinesweges von dem erhofften Erfolge begleitet. Wir müssen, um die Situation zu verstehen, mit wenig Worten der allgemeinen Lage der Dinge in Polen gedenken²⁾.

Von der Überzeugung geleitet, daß nur einschneidende Reformer Polens Rettung werden könnten, tat sich eine Gruppe von patriotischen Edelknechten, unter denen Jagoz Potocki, Raachowski und Juge Kollentay hervorragten, zu ihrer Durchführung zusammen. Sie gewannen den schwankenden König Stanislaus und der militärisch umstellte Reichstag genehmigte am 3. Mai 1791 die neue Verfassung, jene vielberühmte Konstitution, die ein im Hause des sächsischen Kurfürsten erbliches Königtum nach dem Tode Stanislaus' in Aussicht nahm, die königliche Macht stärkte, das liberum Veto aufhob und, von den Aufklärungsideen ergriffen, auch dem Bürgertum polnische Rechte einräumte. Diese Entwicklung war natürlich Rußland, das ein sich kräftigendes Polen nicht wünschen konnte, höchst störend und auch Preußen, das mit Polen noch im Jahre 1790 ein Bündnis geschlossen, wor gegen jede Stärkung des polnischen Staates, der als allezeit getruer Bundesgenosse des Wiener Hofes die Position des preussischen Königtums aufs äußerste gefährden mußte. Trotzdem ließ sich das durch den Einfluß Bischoffs-Verden's geleitete preussische Kabinett bereit finden, am 25. Juli 1791 in einem mit Österreich abgeschlossenen Bündnisse die Integrität der polnischen Verfassung zu garantieren. Wenn sich diese Garantie nicht durchführen ließ, so konnte

¹⁾ Herkings Bericht vom 23. Febr. 1792

²⁾ S. v. Engel: Geschichte der Revolutionszeit I S. 261 ff

Preußen, dem die polnischen Patrioten ohnehin nicht trauten, zu einer inneren Interessen entsprechenden Politik in der Folge nicht mehr zurückführen, ohne sich dem Vorwurfe eines Treubruchs auszusetzen.

So lange die patriotische Partei in Warschau am Ruder war, sahen die Dinge für den kurländischen Herzog nicht ungünstig aus. Der Reichstag, der für eine starke Regierungsgewalt und eine Heranziehung des bürgerlichen Elementes im polnischen Leben sich ausgesprochen hatte, konnte mit den Wünschen der kurländischen Adelsoligarchie nur wenig sympathisieren, die außerdem, wie uns die Berichte Herzings zeigen, bei den Patrioten schon deshalb mißlieblich war, weil sie an dem diesen so verhassten russischen Hofe ihre Stütze suchte. So hatte der Adel kein leichtes Spiel. Die Deputierten der bürgerlichen Union, welche dem Adel als eine vom Herzog inszenierte „boshafte Rabale“ erschien, um „einen tiers Etat zu bilden“, „den Adel nicht allein um seine Vorrechte zu bringen, sondern, wenn es möglich wäre, ganz zu vertilgen“, die er als eine Ausgeburt frecher revolutionärer Ideen und als eine Frucht der „französischen Seuche“ ansah, suchte Herzing zunächst dadurch unschädlich zu machen, daß er ihre formale Berechtigung anstatt, da es in Kurland keinen organisierten Bürgerstand (*Ordo civium*), sondern nur einzelne Städte gabe, eine Auffassung, die in der That den wunden Punkt der Union traf. Doch hatten die Deputierten der Union am 16. Juni 1791 eine Audienz beim Reichstage, in der auch sie ihm 12 Kanonen zum Geschenk machten. Sie überreichten ein Memorial, das Herzing durch ein Gegenmemorial zu widerlegen sich bestrebt. Die Frucht vielmonatlicher Mühen war endlich eine königliche Deklaration, wonach die Reichstagskonstitution von 1775 in Kraft bleiben sollte, nach der der Landtag mit den Städten über die Abstellung ihrer Beschwerden verhandeln und ohne ihre Zustimmung in ihren Angelegenheiten nichts ertscheiden sollte. Damit war zwar nur erreicht, daß der Landtag sich mit den bürgerlichen Anträgen befassen mußte und der weiterverbreiteten Auffassung entgegengetreten war, als ob der Landtag auch den Städten Gesetze diktiert dürfe. Aber eine vollständige Niederlage des Adels war es noch nicht, wie sie dieser bald darauf dem Herzog gegenüber erlitt. Eine von diesem erbetene Grenzregulierung zwischen den Domänen und den herzoglichen Allodialgütern, die der Adel bekämpfte, weil er eine Bevorzugung der letzteren dabei befürchtete, kam, obwohl eine Kommission zu ihrer

Durchführung schon ernannt war, nicht zu stande, als Hefling sich an den Reichstag gewandt hatte. Aber die Reichstagsdeputation, der die Erledigung aller kurländischen Angelegenheiten im März 1790 zugewiesen war und die am Grafen Plater ein dem Herzog sehr geneigtes Glied besaß, wies sich diesem sehr entgegenkommend. Hefling legte ihr zwar ein Projekt zu einer Reichstagskonstitution über Kurland vor, das auf eine fast vollständige Beseitigung der herzoglichen Macht herauslief und mit der bisherigen Rechtsentwicklung in gressem Widerspruch stand. Der Herzog sollte danach die Pflicht haben, das auszuführen, was der Landtag beschlossen hatte, seine Einwilligung brauchte nicht erfolgt zu sein, es sei denn, daß er selbst dabei Kosten zu tragen habe. Die bisher ihm allein obliegende Verwaltung der Domänen sollte er den Oberräten übertragen. Seine Erlasse bedürften der Unterzeichnung der Oberräte, die dem Landtage für sie verantwortlich sind. Eine Ministerverantwortlichkeit war hier in Aussicht genommen, die den liberalsten Doktrinen genügen mußte und von Fürstentum wenig mehr als die dekorative Spitze einer Oligarchie überließ. Hatte der Herzog doch nicht einmal das Recht diese seine Minister, wenn sie sein Vertrauen verloren, zu entlassen! Die Domänen sollten nach Aufhebung aller Oonomen auf sechs Jahre in Ackerde vergeben werden. Der Herzog sollte endlich die Regierungssakz der Oberräte, die in seiner Abwesenheit stattgefunden hatten, anerkennen. Dieses in der That weit über den historischen Boden hinausgehende Projekt fand in Kurland, als der Herzog es mit einer Widerlegung zirkulieren ließ, trotz mancher Gegendemonstrationen den Beifall von 22 Richtspielen (von 27) und der Landtag vom Februar 1791 war ganz von seiner Güte durchdrungen. Auch der Reichstag in Warschau entschied zuerst (Mai 1792) durch eine offene Abstimmung im Streit des Herzogs mit der Ritterschaft für diese. Doch führte der Vertreter der Herzogin, der Fürst Sapieha, eine zweite geheime Abstimmung herbei, und diese endete mit einem Siege des Herzogs¹⁾. Die Konstitution des Reichstags erklärte das einseitige Vornutzen der Landtage durch den Adel, die dieser als „Belladium seiner Freiheit“ ansah, für ungesetzlich, kassierte

¹⁾ Die Herzogin wurde bei der ersten ungünstigen Abstimmung, der sie bewohnte, ohnmächtig; nach den Hefling'schen Remonträn simulirte sie nur eine Ohnmacht.

alle Beschlüsse künftiger Landtage, wies die Domänenverwaltung dem Herzoge allein zu und erkannte seine bisherigen Privilegien als zu Recht bestehend an. In seiner Abwesenheit sollten die Obreräte nicht gegen seinen Willen in Domänenfachen verfügen. Der Reichstag erklärte sich also für den Herzog und ließ seine Konstitution am 31. Mai 1792 dem Warschauer Reichstagen einverleiben. Auch beschloß er die Entsendung einer Kommission nach Kurland und entsandte den Kammerherrn Batowski dorthin, um als Generalkommissar in Kurland dauernd zu bleiben. Aber die Abhängigkeit der Herzogin war nur zu begründet, daß sie im besten Falle ein teuer erkauftes, aber nutzloses Papier nach Hause bringen werde.

Wie sehr im Grunde die Uneinigkeiten zwischen Fürst und Abel der Sache Kurlands schadete, trat klar zu Tage. Allenthalben machte sich im Reichstage unter den Patrioten, die ihr Vaterland um jeden Preis stärken wollten, der Gedanke bemerkbar, Kurland dem polnischen Reiche mit Aufhebung der herzoglichen Gewalt direkt zu inkorporieren und dazu mußte des Herzogs Kinderlosigkeit nur ermuntern. Hinsichtlich Wilens, auf dessen Stiftsgüter der livländische Bischof Rossakowski nun Ansprüche erhob, wurde die Frage ganz direkt auf dem Reichstage erörtert und zur Prüfung seiner Ansprüche trotz der Gegenbemühungen Heylings, der auch die polnischeitterschaft vertrat und seines Kollegen, des Landrats Karl v. Korff, wurden die Kanzler wirklich angewiesen¹⁾. Der Graf Johann Kerserling hatte im Jahre 1791 in einer Schrift seine Standsgefährten vor ihrer Opposition gegen den Herzog gewarnt, indem er sie darauf hinwies, daß sie in Polen den Glauben erwecken mußte, als wunsche man in Kurland eine Inkorporation in das Königreich. Jetzt freilich wollte man davon wenig wissen und beschuldigte den Herzog mit Unrecht, daß er seinerseits den Plan einer Inkorporation nach seinem Tode betriebe. Dagegen war das Gerücht begründeter, daß der Herzog durch seine Gemahlin in Warschau es zu erwirken suchte, daß Kurland für ein weibliches Leben erklärt werde, das dann seiner ältesten Tochter oder ihrem Gatten zu fallen sollte.

Als zukünftigen Gemahl der damals erst zehnjährigen Prinzessin nannte man einen der Rissen des Königs, Joseph oder Stanislaus

¹⁾ Heylings Berichte

Poniatowski, doch steht es nicht fest, wie weit dieser Plan gediehen ist:¹⁾ Dagegen ist es eine Tatsache, daß der preussische König gern seinen Neffen, den Sohn des Erbstatthalters der Niederlande, mit der Prinzessin Wilhelmine verheiratet und ihn so zum Herzog von Kurland gemacht hätte. Er erbot sich, als die Herzogin Dorothea im Oktober 1791 in Berlin weilte, die Kaiserin Katharina um ihre Einwilligung zu diesem Plane zu ersuchen, doch zog die Herzogin es vor selbst an sie zu schreiben. Aber sie erhielt eine abschlägige Antwort²⁾, da die Kaiserin natürlich einen mit dem preussischen Königsstamme verwandten Prinzen als Herzog von Kurland nicht wünschen konnte und ebenso mußte sie die Kandidatur des Poniatowski perhorreszieren oder die eines Herzogs von Württemberg, von dem das Gerücht schon 1786 erzählt, Herzog Peter wolle ihm das Herzogtum zuwenden. Vielmehr protegierte Katharina die Kinder Karl Wilhelms, ließ sie im Jahre 1792 nach Petersburg kommen und veranlaßte Herzog Peter, zu ihrer Erziehung namhafte Summen auszuwerfen. Jene für den Adel so ungünstige Konstitution sollte indessen keine langandauernden Folgen haben. Der am 27. Juni veranordnete kurländische Landtag³⁾ wandte sich nur am 2. Juli an den russischen Residenten von Ruckmann mit der Bitte, ihm gegen den Beschluß des polnischen Reichstages Hilfe zu gewähren und in der That sagte Ruckmann diese zu, worauf der Landtag am 12. Juli der Kaiserin in einer Adresse seinen Dank aussprach. Trotzdem hatte der Herzog den Mut gehabt, am 5. Juli die polnische Reichstagskonstitution an die Kirchspiele zu versenden und in dem Begleitschreiben die Erwartung, daß der Adel sich ihr fügen werde, ausgesprochen. Er rechnete offenbar auf die Unterstützung Preußens, an dessen König er am 1. Juli ein dringendes Schreiben mit der Bitte, ihm gegen die Mitterschaft beizustehen, geschickt hatte⁴⁾. Allem er sollte bitter enttäuscht werden; die allgemeine politische Lage hatte sich wieder verändert und wirkte auch auf Kurlands Geschick ein. Die reaktionären Kräfte des polnischen Adels, denen die Kon-

¹⁾ Bei E. Singer, Der Sommer in Pöbuden (1877), S. 80, der Kaiserin Katharina II. vom 19. Oktober 1791. Vgl. Rachel, Elise u. d. Rede II, 4.9.

²⁾ Wilhelmine I. in Relation des Paradenstolzmächtigsten Briefes vom 10. August 1793.

³⁾ Schreiben vom 1. Juli 1792 im Berliner Geh. Staatsarchiv.

stitution vom 3. Mai ein Dorn im Auge war, besonders Józef Potecki, der Großkanzler und der Kronhetman Wisznowski, traten im Mai 1792 unter russischer Protection zur Konföderation von Targowica zusammen, die die Herstellung der alten Verfassung verkündete. Die Kaiserin Katharina hatte, um in die polnischen Dinge besser eingreifen zu können, am 8. Januar (n. St.) 1792 mit der Türkei den Frieden von Jassy geschlossen und unterstützte nun die Konföderation. Russische Truppen siegten über das schwache Heer des polnischen Königs bei Dubielka und nahmen Praga, Stanislaus mußte sich selbst der Targowicer Konföderation anschließen und die Konstitution vom 3. Mai aufheben. Der alte chaotische Zustand in Polen war wieder hergestellt. Preußen, das im Grunde das nicht so ungern sah und in den Koalitionskrieg gegen Frankreich verwickelt auf Russlands Macht Rücksicht nehmen mußte, machte nun eine vollkommene Schwertung, es ließ Polen fallen und schloß am 7. August 1792 mit Rußland einen Allianzvertrag, dessen Geheimartikel die Befestigung der Konstitution vom 3. Mai und die Aufrechterhaltung der alten Zustände Polens zur gemeinsamen Pflicht machten. Wie die polnische Reformpartei so von Preußen fallen gelassen wurde, so erzog es nun auch dem kurländischen Herzog, für den es sich bisher interessiert hatte, ohne Rücksicht auf sein Stiefgeschick keine Gunst: der Allianzvertrag vom 7. August setzte hinsichtlich Kurlands fest¹⁾, daß hier der Zustand vor dem Jahre 1738 garantiert werden sollte, d. h. also wie er sich vor der Rückkehr des Herzogs von der großen Reise unter oberräulischer Regierung entwickelt hatte. Es sollte also die Anarchie in Kurland ebenso wie in Polen verewigt und dem großen Nachbarstaate die Möglichkeit zur Einmischung in die Angelegenheiten des Herzogtums offen gehalten werden. Der preussische Einfluß in Kurland mußte natürlich sinken und Katharina hatte ihr Ziel erreicht, war es zunächst auch nicht die Inskorporierung, so doch die tatsächliche Beherrschung des Landes. In Preußen legte man dagegen darauf Wert, daß man durch diesen Geheimartikel ebenfalls das Recht eines Garanten der kurländischen Verfassung gewonnen hatte. Ohne Zustimmung Preußens durfte Ruß-

¹⁾ Engel a. a. O. II, 139. Martens, Recueil des Traites . . . VI, 72. Vgl. Baron Brüggen in der Einleitung zu den Pittischen Berichten a. a. O., S. 481.

land also dem Herzogtum keine staatliche Selbständigkeit nicht nehmen. Aber bekanntlich machte Friedrich Wilhelm II. die Rechnung ohne den Wirt. Rußland ließ sich später die freiwillige Unterwerfung anbieten und nahm sie natürlich an. — Inzwischen zeigte sich schon bald, wer der Herr in Kurland war und Preußen zeigte sich völlig passiv. Die zweite Teilung Polens lag in der Luft. Rußland war zwar bereit, Preußen Teile Polens zu überlassen, aber doch nur widerwillig und um die mächtige Kaiserin in dieser Frage sich geneigt zu erhalten, ließ man nun in Berlin die Dinge in Kurland gehen, wie sie gingen, trotz aller Berichte des preussischen Gesandten in Petersburg, des Grafen Goltz und der Empfindung, daß Rußlands Vorgehen mit dem Vertrage vom 7 August nicht mehr vereinbar sei. Aber man fügte sich und erkannte den russischen Einfluß in Kurland an. Guttel wurde, wie die russische Regierung gewünscht hatte, am 28. Januar 1793 aus Kurland abberufen, nachdem fünf Tage vorher der Vertrag über die zweite Teilung Polens König Friedrich Wilhelm II. große Gebiete zugewiesen hatte.

Schon lange vorher war die neue Situation in Kurland fühlbar geworden. Der Herzog sah sich vollständig isoliert. Zum Unglück für ihn war im November 1791 sein treuer Berater v. Raison gestorben und die Männer, auf die er nun hauptsächlich hörte, besonders der Oberstleutnant Wulfert, waren keine staatsmännischen Persönlichkeiten. So herrschte am kurländischen Hofe eine gedrückte Stimmung und das war nur zu begreiflich. Aber wer hätte ihm auch helfen können?

Die Targowicer Konföderation hatte indessen alle Beschlüsse des letzten Reichstages von 1791 für ungültig erklärt, mithin auch alles, was zu Gunsten Herzog Peters gegen den kurländischen Adel beschlossen war. Die Generalkonföderation verlegte ihren Sitz von Targowicz (in Wolhynen) nach Brest in Litauen, und eine ihrer ersten Handlungen war die Abberufung Batowski aus Wien. Der russische Resident v. Rüdmann gab dem den nötigen Nachdruck und erzwang, daß Batowski in Eile die kurländische Hauptstadt verließ. Nachdem die Konföderation dann nach Grodno übergesiedelt war, eilte der Baron Hertling als Vertreter der Ritterschaft Kurlands auch dorthin und trat mit dem russischen Gesandten v. Ruker, der russischen Generalität, mit Jelis Potocki und seinen Gesinnungsgenossen in enge Fühlung. Er wurde in feierlicher Audienz empfangen und erhielt ein Universale,

daß im allgemeinen die Annullirung aller Akte des früheren Reichstages wiederholte und damit auch die Konstitution wegen Parlaments aus der Welt schaffte. Von Polen hatte Herzog Brzez nicht mehr zu erwarten, aber wie wir sehen, ebenso wenig von Preußen.

Der Geheimartikel des Vertrages vom 7. August 1793 war Hüttel zwar nicht mitgeteilt worden, wohl aber erhielt er die Weisung, den Herzog zu einer Verständigung mit Rußland zu veranlassen und beschloßte zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Fürst und Adel voraus. Die russische Diplomatie nahm zwar nach jenem Vertrage die Kriene an, als ob sie sich in die luthändischen Dinge nicht mehr zu mischen gedenke. Der herzogliche Agent in Petersburg der Hauptmann von den Brinden, erfuhr, daß die Kaiserin die Rolle einer Schlichterin in der luthändischen Frage nicht zu übernehmen gedenke. Sie wünsche nur die Herstellung der alten Verfassung und sei bereit, die Garantie für sie zu übernehmen. Könne man sich in Rußland nicht einigen, so möge der Herzog die Sache an den polnischen Reichstag bringen. Daß dieser sie aber dann im Sinne Rußlands entscheiden werde, ließ sich ohne großen politischen Scharfblick voraus sehen.

Diese Situation mußte das schon seit geraumer Zeit in Rußland vorhandene Bedürfnis nach einem Ausgleiche naturgemäß steigern. Es kam zu einer Unterredung des Herzogs mit dem Landesherosmächtesten von Mirbach, der sich dabei eine dreiwöchentliche Frist erbat, um den Entwurf zu einer Komposition d. h. Versöhnungs-Akte auszuarbeiten. Dieren veröhnlichen Bemühungen standen freilich manche Hindernisse im Wege: auf der einen Seite daß, wie Hüttel meinte, unkluge Verhalten der temperamentvollen Herzogin, auf der anderen die Ränke Potemkin, der wütend war, daß ohne seine Mitwirkung eine Versöhnung zustande kam, so wenn wir seinen Gegnern trauen dürfen, solche im Grunde überhaupt nicht wünschte¹⁾. Inzwischen lagen die Dinge im November so, daß eine Versöhnung möglich erschien, wenn man sich noch über die Frage verständigte, ob der gegenwärtige Landtag, der sich seit fast vier Jahren eigenmächtig immer wieder vertagt hatte und dann wieder ohne Berufung des Herzogs zusammengetreten war, als rechtmäßige Landesvertretung anzukennen sei. Der

¹⁾ E. Hüttels Bericht vom 6. Nov. 1792 I c S. 392 u. vergl. Anm. auf S. 323.

Herzog bestritt mit gutem Rechte die Gültigkeit dieses „limitirten“ Landtages, der opponierende Teil des Adels vertrat sie mit Nachdruck. Bei dieser Sachlage faßte Hornen den Entschluß, im Einverständnisse mit dem Landesbevollmächtigten v. Ribbach nach Petersburg zu eilen, um den russischen Hof zum Eingreifen in die lurlandischen Dinge in seinem Sinne zu veranlassen. Als ihm der Herzog auf den Rat der anderen Oberräthe (auch Hornen gehörte ja zu diesen) die Erlaubniß zur Reise nach Petersburg verweigerte, reiste er trotzdem ohne Urlaub am 27. November aus Mitau dorthin ab. Die Anwesenheit des gewandten und skrupellosen Mannes in der russischen Hauptstadt erregte mit Grund das Mißtrauen des preussischen Residenten in Mitau, besonders da der herzogliche Agent in Petersburg, Hauptmann von den Brinden, gerade in jenen Tagen von dort zurückgekehrt, zur Zeit also niemand da war, der die herzoglichen Interessen hätte vertreten können. Hättel ersuchte daher seinen Hof, den preussischen Gesandten in Petersburg anzuweisen, Hornen zu überwachen, und der König versprach das auch.

Hornen hat aber in Petersburg, wo ihm die Verhältnisse sehr imponierten, mit Anwendung aller Mittel und mit Erfolg zu wirken verstanden. Er erreichte, daß Rüdmann eine Depesche zuging, die er dem Herzoge vorlesen sollte, in der in den noch stehenden Fragen, so in Bezug auf die im letzten Landtage, dem Herzoge Unrecht gegeben wurde. Zugleich sollte er davon in Kenntniß gesetzt werden, daß er bei der Vergabung von Domänen die von Rußland empfohlenen zu berücksichtigen habe und es waren nicht wenige, die der russischen Regierung als ihr anhänglich zu empfehlen, Hornen übernommen hatte. Am 4. Januar 1793 erfüllte Rüdmann seinen Auftrag und so blieb dem Herzog nichts übrig als nachzugehen und den limitirten Landtag anzuerkennen. Dem Grafen Evers, der als russischer Gesandter durch Karland nach Grodno reiste, und am 22. Januar den Herzog aufsuchte, erklärte dieser seine volle Aneignung, alle diejenigen bei der Vergabung der Domänen zu berücksichtigen, die Rußland empfehlen werde¹⁾.

¹⁾ Hornen berichtet in seinen Briefen u. s. D.) mehrfach, er wisse, daß der Herzog sich dieser Verpflichtung dadurch zu entziehen versucht habe, daß er in der That, nachdem ihm Rüdmann jene Depesche vorlesen (sah) hatte, diese habe schreiben, zu discutiren und am Ende Anhänger werben lassen, um so die von Rußland empfohlenen schließlich übergehen zu können. Ich vermag diese Angabe nicht zu controlieren.

Noch während der Verhandlungen über den Ausgleich ereignete sich eine höchst aufregende Episode in Mitau, die, im Lichte der allgemeinen Lage betrachtet, ihre Bedeutung beanspruchen darf. Sie zeigt uns, wie schwer durch die Parteilämpfe die Autorität des Herzogs erschüttert war und wie nahe die Gefahr einer alle Stände ergreifenden Anarchie lag¹⁾.

Der herzogliche Oberamtmann Grünhoff hatte sich bei den Mültern Kurlands und insbesondere den Gesellen des Mülлераmtes namentlich dadurch mißliebig gemacht, daß er über einen Angehörigen der Zunft nachtheilige Äußerungen gethan, und, was mehr bedeutete, das sogenannte Biergeld abgeschafft hatte, eine durch den langjährigen Gebrauch, wie es schien, berechnigte Einnahmequelle der Gesellen. Diese zwangen nun die von ihnen in dieser Hinsicht abhängigen Meister, gegen Grünhoff beim Herzoge eine Klage einzureichen und alle im Lande lebenden Meister mit ihren Gesellen und Lehrlingen nach Mitau zu berufen. Nicht nur kamen diese, sondern sie weigerten sich sogar, dem Befehle in ihre Mühlen heimzukehren Folge zu leisten und der Herzog war so nachgiebig zweimal von ihm abzuweichen. Er vertraute den dableibenden Hauptmann Firds mit der Entscheidung der Klage, bei der den Mültern Joh. Ulrich v. Grotthaus mit Rat und Tat zur Seite stand, ein fähiger Mann, der sich auch literarisch im Kampfe des Herzogs mit dem Adel bekannt gemacht hatte. War es sehr charakteristisch, daß sich ein Edelmann der Mülser annahm, die, mochten ihre Forderungen auch nicht ganz unberechtigt sein, doch durch ihre Weigerung Mitau zu verlassen den der Obrigkeit schuldigen Gehorsam verletzten, so war es nicht minder aus der Zeitlage zu erklären, daß sich die Mülser eng an die der Union und damit dem Herzog feindlich entgegenstehenden „Künstler und Professionisten“ angeschlossen, und die Repräsentanten der letzteren am 30. Nov. der herzoglichen Kanzlei eine Unterlegung einreichten, in der sie sich für bevollmächtigt erklärten, die ihnen und dem Mülseramte gemeinsamen Interessen zu vertreten. End am 4. Dezember gefällte Urteil des Dohlemer Hauptmannes wies aus verschiedenen Gründen die Mülser ab und diese wandten sich nun

¹⁾ J. R. Der Mitauer Mülseraufstand in der Welt Monatschrift Bd. XXI, S. 231 ff. Ferner s. „Kurz und wahr Darstellung der vom 13. bis 17. Dec. u. der Hochfürstl. Residenzstadt Mitau vorgefallenen und von unglücklichen Folgen begleiteten Ereignisse“.

appellierend an den Herzog. Er gewährte ihnen einen entsprechenden Termin und die erbetene Erlaubnis sich auch ferner von Ulrich v. Gronthaus vertreten zu lassen, stellte aber die Bedingung, daß sie nun endlich in ihre Mühlen heimkehren. Doch waren sie weit davon entfernt zu gehorchen; sie beteiligten sich am 6. Dezember an einem von ihren Verbündeten, den Rantlern und Professionisten, zu Ehren Tilings veranstalteten Fackelzuge, wobei ihm, dem Spitzführer der Handwerker, eine silberne Vase mit der Aufschrift „So wird Bürgertugend belohnt“ überreicht wurde. Der Terrorismus der Gesellen ließ die besonnenen Elemente unter den Meistern nicht zur Geltung kommen, die Schuldenlast der Müller, die tagtäglich in den Wirtshäusern mit den Gesellen der anderen Gewerke rechneten, stieg schnell zu einer bedenklichen Höhe und das zahllose Geheulen der etwa 500 Männer, die sich beschäftigungslos zusammengefunden, wurde zu einer argen Plage für die ruhigen Einwohner der Stadt. Der Herzog kehrte nun am 12. Dezember aus Würzen nach Witau zurück und ließ den Müllern mitteilen, daß er auf den 13. Dezember und die folgenden Tage extraordinäre Termine für ihre Sache angelegt habe, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sie sich durch Bevollmächtigte vertreten ließen. Doch sandten sie diesen Befehl zurück und in den verwirrten Köpfen entstand in Erinnerung an ehemalige Gottesurtheile sogar der Plan durch ein Duell mit Stichwaffen, bei dem der Herzog und das Mülleramt durch je einen Mitgesellen vertreten sein sollten, die Streitfrage zu erledigen. Die Nacht vom 12. auf den 13. Dezember war eine höchst aufgeregte, lobend und lärmend durchzogen die Müller und diejenigen Handwerker, die sich ihnen angeschlossen, die Stadt und am Morgen des 13. begab sich eine große Masse zum Schlosse wohin die herzoglichen Truppen in Eile einbieten waren. Sie forberten drohend Schadenersatz und Abhilfe, mißhandelten einen herzoglichen Offizier und zogen um 10 Uhr mit der Versicherung ab um 1 Uhr wiederzukommen. Sie kamen in der That und alle Versuche, die durch herzogliche Beamte und den Magistrat gemacht wurden, sie zum Begehen zu bewegen, da ihre Sache gerichtlich entschieden werden wurde, scheiterten, sie schimpften auf den Herzog, verlangten, daß er selbst zu ihnen käme und drohten mit Pflanzung eines Freierbaumes. Als sie durch nichts zur Raison gebracht werden konnten, entschloß sich der Herzog zur Gewalt, da die Befürchtung nahe lag, die Müller

wurden ins Schloß bringen und die Rentkündern. Bald nach fünf Uhr ließ er zwei Kanonen abfeuern und von 24 Musketieren eine Salve abgeben. Mit Hinterlassung von 12 Toten und 9 Verwundeten zog sich nun der Haufe zurück; doch blieb man noch in der Nacht auf das Schlimmste gefaßt. Am 14. Dezember gingen die schließlich doch eingeschüchterten Müller mit Dank auf das Anerbieten des Magistrats ein ihre in Mitau gemachten Schulden zu bezahlen, wenn sie die Stadt verlassen würden. Eine allgemeine Amnestie des Herzogs legte die Sache endgültig bei, er selbst beteiligte sich mit 1000 Talern an der zur Deckung der Schulden veranstalteten Subskription und versprach für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu sorgen. Damit war der Zwischenfall beendet. Das müßige Gerücht der Gegner des Herzogs tadelte seine angebliche Härte, doch trifft ihr eher der Vorwurf nicht rechtzeitig scharf eingegriffen zu haben. Wenn dagegen in Kreise der Bürgerunion die Meinung laut wurde, Tiling und sein Anhang seien die Urheber des Mißtrahs der Müller, so wies Tiling diese „insamierende Beschuldigung“ am 10. September 1793 in einer vor versammeltem Landtage gehaltenen Rede scharf zurück. Gewiß mit formellem Recht, denn jenen Ausstreichungen stand er fern. Aber nicht minder wahr bleibt es, daß die Müller durch ihn und seine Partei um so mehr einen moralischen Rückschlag bekommen hatten, als sie der Bundesgenosse des Adels war. Gleich nach diesem Ereignis die gegenseitige Verhetzung steigerte, kam der Anagleich zwischen Herzog und Adel wirklich zustande. Nach persönlichen Unterredungen Herzog Peters mit dem Landesbevollmächtigten Warbach, während Howen noch in Petersburg war¹⁾, wurde auf dem vom 31. Januar bis 13. März dauernden Landtage eine Kompositionsakte (Versöhnungsakte) vereinbart, die am 18. Februar vom Herzog unterzeichnet wurde und eine fast vollständige Niederlage des letzteren bedeutete. Er mußte das Recht des Adels anerkennen die Landtage zu limitieren und den Oerräten im Falle seiner Abwesenheit freie Hand zu lassen versprechen.

Während er in Regierungssachen nichts ohne die Obrerräte be-

¹⁾ G. v. Zetisch an Baron Gader a. a. O., S. 195: „Der Oberburggraf wird nicht hier sein. Ich brauche gegen Sie nicht die Explikation zu machen, daß er nur körperlich nicht hier sein wird.“

schließen durfte und seine Verfügungen durch diejenigen von ihnen, die mit ihnen einverstanden waren, unterzeichnen lassen sollte, erhielt der Landtag das Recht in nur den Adel angehenden Angelegenheiten, besonders bei Indigenaterteilungen, Wahlen unbeförderter Adelsbeamten u. s. i., auch ohne des Herzogs Genehmigung gültige Beschlüsse zu fassen, ein Recht, daß ihm im XVII. Jahrhundert vollkommen fremd gewesen war. In den im Vordergrund des Interesses stehenden ökonomischen Fragen wurde vom Herzog die wichtige Konzession gemacht, daß der Landhofmeister die Domänenverwaltung in Händen haben, daß die großen Ökonomen aufgelöst und nach einem höchst billigen Anschlage auf 6 Jahre in Arrande vergeben werden sollten. Jedoch sollten ausnahmsweise die reichen Güter Meloth, Hofjamberge, Fodenhof, Grendhof, die pönanischen Güter und die Ökonomie Granhof zur Disposition des Herzogs Peter gestellt werden, es war das eben so ein nur der Person des Herzogs erwiehlener Entgegenkommen, wie die Bestimmung, daß, während Würkau, Jakobshof, sowie Alt- und Neu-Blatonen ihm als Allodialbesitz zugesprochen wurden, Grendlen und Irmdan dem Adel erst nach Erlösigung des Lehnes zufallen sollten. Im Prinzip aber sagte der Adel in fast allen Ständen. Beide partizipierenden Teile sollten vom polnischen Reichstage für diese Akte die erforderliche Bestätigung, vom Petersburger Hofe aber eine Garantieerklärung erwarten.

Raum war dieser Sieg der Adelsopposition erlrochen, so stürzten sich die Sieger, und das ist für den materiellen Kern des Streites sehr instruktiv, auf die Domänen, und der Herzog mußte für sehr gegen seinen Willen nun an solche Personen verarrendieren, deren Namen auf jener Liste verzeichnet waren, die ihm das Petersburger Kabinett mit der Drohung zugesandt hatte, es würde die Kontrakte ihm mißliebiger Personen als ungültig ansehen. Um die Kosten, die der Kampf gegen ihn dem Adel verursacht hatte, zu decken, mußte der Herzog diesem noch gar zwei Schuldbriefe im Werte von 150 000 Reichsthalern ausstellen und dem Führer der Opposition, Otto Hermann v. Horn, 100 000 Reichsthaler verzeichnen ¹⁾. Endlich mußte er unter dem Drucke

¹⁾ Richter a. a. O. S. 226. Hättels Bericht vom 3. Mai 1793. Weiseres bei Gehring a. a. O. S. 409 ff. Baron Gehring führt in der Kompositionskarte doch keine so entschiedene Niederlage des Herzogs, wie unsere Darstellung.

der veränderten Sachlage selbst die Hand dazu bieten einen ersten Bundesgenossen unschädlich zu machen, indem er am 11. September den Beschluß des Landtages guthieß, die Bürgerunion als strafbare, den Gesetzen widersprechende Verbindung zu kassieren. Freilich bestürmten die Magistrate der Städte den Herzog mit Klagen darüber und bestritten die Befugnis des Landtages, über die Bürgerunion, als eine städtische Angelegenheit, Beschlüsse zu fassen. Allein es hatte keinen Erfolg. Selbst der herzogliche Vertreter Sartorius v. Schwanefeld ging in Grodno, als die Städte sich unter dem Proteste der Handwerker hilfesuchend an den König wandten, mit dem ritterschaftlichen Delegierten Seyling Hand in Hand. Am 19. November wurde in der That eine Konstitution des Konföderationsreichstages in Grodno den Akten des dortigen Landgerichtes einverleibt, der zufolge die Kompromissakte und der Landtagschluß vom 11. September bestätigt wurden. So war die Bürgerunion, „dieser scheußliche Koloss, dieses demokratische Ungeheuer“, zertrümmert wie der Landbotenmarschall Wolf im Februar 1794 mit Genugthuung konstatieren konnte.

Der im Dezember 1793 zusammentretende Landtag suchte sich dem russischen Hofe nach Möglichkeit zu empfehlen, er ließ am Namens-tage der Kaiserin Katharina dem russischen Ministerresidenten v. Rudmann ein Gedicht überreichen, das die „Schutzgöttin der nachbarlichen Flur als der Menschheit Stolz und Trost“ herrdt pries. Im übrigen vollzog sich im Lande hinsichtlich der inneren Fragen eine Scheidung der Gemüther. Ein Teil, unter dem der Landesbevollmächtigte Kirbach und der stets durch persönliche Interessen bestimmte Horven hervorragten, war mit dem Erreichten noch nicht zufrieden und wollte in jedem Reste von Selbstständigkeit den der Fürst betätigte, ein Zeichen von Starrsinn sehen. Eine andere große Gruppe freilich war mit dem Siege der „Freiheit“ des Adels zufrieden und es fand sich in Ulrich v. Grotthuß sogar ein Dichter, der in dem „Gesang der Freiheit“ den Herzog in warmen Worten als Friedensfürsten feierte¹⁾. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung war der als Landbotenmarschall oft in den Vordergrund getretene Georg Chr v. Lüdinghausen Wolf, der, obwohl bisher Gegner des Herzogs und ein Todfeind der bürgerlichen Union, sich der Erkenntnis nicht verschloß, daß Ruß zu halten

¹⁾ Riga Stadtbibl. Sammlung hist. Staatschr. Bd. 8 (in VI).

für den Sieger ehrenvoll und klug sei. Freilich mußte der ehrenwerte Mann es sich gefallen lassen, daß die elende Verleumdung seiner Gegner sich an ihn heranwagte und ausbreitete, er sei vom Herzog bestochen. In einem „Appel an Kurlands Edle und Rechtschaffen“ trat Wolff diesen heimtückischen Gerüchten entgegen und verschwieg nicht seine Ansicht über die „Ungerechten“, die des Geringeren nicht froh werden wollten. Im Jahre 1794 ernannte der Herzog, der sich natürlich auf die gemäßigte Partei stützte, ihn zum Rangler, den Oberhauptmann Schoeping zum Landmarschall und Heinrich Karl v. Herking, den einzigen Landmarschalldelegierten in Warschau, zum Oberkammermeister und umgab sich so mit Männern, die weitere Opposition für ein Unrecht anstehen und mit vielen ihrer Standesgenossen Pownis Machinationen um so weniger billigten, als sie dem Lande sehr viel Geld kosteten. Bald trat dieser Gegensatz deutlich zu Tage.

Zur Erwirkung der Garantie der Kompositionsakte durch die russische Kaiserin wünschte der Herzog statt des ihm verhassten und verfeindeten Oberburggrafen Pown, der sich ihm sogar fast gewaltsam aufgeträngt hatte, im Oktober den Hauptmann v. Kanteufel und den Landrent v. Korff nach Petersburg zu entsenden, womit Wolff und sein Anhang ganz einverstanden waren, zumal da der Herzog jenen die Anbahnung eines guten Verhältnisses zum kaiserlichen Hofe besonders aufgetragen hatte. Gleich aber protestierte Miksch dagegen und der rigasche Generalgouverneur Pahlen bereitete, natürlich im Einverständniß mit ihm, die Reise der beiden Deputierten, indem er ihnen die Pässe verweigerte. Pown, der durch seine Kreatur, den bestechlichen Kanzleisekretär Rudger, einen ehemaligen Anhänger der Bürgerunion, über die Vorkommnisse in Mitau unterrichtet wurde, erreichte nun am 22. Februar 1794 die kaiserliche Garantie der Kompositionsakte. In seiner Abschiedsadresse an die Kaiserin vom 29. März erklärte Pown die Kompositionsakte für die „goldene Bulle, die magna Charta des Vaterlandes“; daß die Tage des Vaterlandes gezählt seien, ist ihm wohl damals nicht mehr zweifelhaft gewesen. Da der Herzog den ungewollten Vertreter in Petersburg, der ihn nicht nur stets von neuem bekümmert ausbeutete, sondern auch gegen ihn intrigierte, nicht anders los werden konnte, so teilte er der russischen Regierung mit, daß er Pown keine Vollmacht wegen keiner Greifsaugen mitgeben habe. Allerdings mußte Pown nicht lange danach Petersburg ver-

lassen, aber den an seiner Stelle ernannten Baron Hefling weigerte sich der Petersburger Hof zu empfangen, und eine in die Hände des Generalgouverneurs Pahlen gelegte Untersuchung über die Erpressungen Howens ergab natürlich — seine Unschuld!

Im März 1794 erhoben sich die polnischen Patrioten unter Leitung Thaddäus Kosciuszko gegen Rußland und Preußen und auch in Litauen kamme der Aufstand auf. Von hier aus flutete er nach Kurland hinüber¹⁾. Eine Abtheilung Konföderirter, die den in Litauen ansässigen ehemaligen preussischen Leutnant Mirbach gegen seinen Willen zum Generalinspektor gemacht hatten, rückte am 23. Mai in Libau, dessen Magistrat kapitulieren mußte, ein, nahmen den ganzen Pulvervorrat, etwa 2000 Gewehre u. s. w. mit sich und zogen wieder ab. Der Herzog erhielt in dieser Zeit vom Generalgouverneur Pahlen durch die Vermittlung des Oberstallmeisters Baron Hefling den Rat²⁾, persönlich im geheimen an die Kaiserin zu schreiben und das Land ihrem Schutze zu empfehlen. Er befolgte ihn und erhielt eine zustimmende Antwort. Nun erließ Herzog Peter noch ein Patent (am 30. Mai „gegen die neuen Lehren von Freiheit und Gleichheit“, mit denen die Konföderirten die Bauern zu gewinnen suchten und berief zum 30. Juni einen außerordentlichen Landtag. Wie vorauszusehen, unterstellte dieser das Land der Protection Rußlands bis zur Beendigung der polnischen Wirren. Ein russisches Heer unter dem Fürsten Woligin rückte bis in die Nähe Bauskes und bezog hier eine feste Stellung, während die Konföderirten ihre Veruche auf Libau erneuerten. Am 25. Juni nahmen sie den Ort wieder ein, ließen die Einwohner der Konföderation den Treueid leisten und verlangten ihn auch von den Gutseigern. Mirbach erließ nun am 27. Juni eine Erklärung über den Beitritt des Herzogthums Kurland zur Konföderation und am Tage darauf eine Publication an die Bauern in der er ihnen Freiheit und Eigentumsrecht an ihren Besitzen zusicherte. Das Landvolk dem für die politischen Fragen natürlich jedes Verstandnis fehlte, ließ sich durch solche Versprechungen gern gewinnen. Die Bauern bewaffneten sich in mehreren Gegenden,

¹⁾ Die polnischen Konföderirten in Kurland. Ein kleiner Beitrag zur Geschichte unseres Jahrhunderts. Altona 1793. Bgl. Wegner, Geschichte Libaus S. 107 ff.

²⁾ Vgl. Hefling a. a. O. S. 420 ff.

widersehten sich ihren Herren, verlegten den Gehorsam und verübten besonders im goldingerischen und grobmischen Kreise namentlich durch das Anzünden der Dörfer nicht wenige Exzeße. Die Edelleute gerieten dadurch in große Bedrängnis und diese steigerte sich, als ihnen befohlen wurde, spätestens bis zum 14. Juli sich in Libau zur Ueberlieferung zu stellen oder der Konfiskation ihrer Besitzungen gewärtig zu sein. Auch große Proportionalsteuern und die Stellung von Rekruten wurden von ihnen verlangt und letztere auch den Städten auferlegt. Goldingen und Hagenpoth leisteten den Treueid, Birken entzog sich ihm, da der Feind eigentlich nur in der Umgegend Libaus eine stärkere Position besaß. Wegen dieser untertrahen der russische Oberlieutenant Kuzelizow mit 1100 Mann, zu denen noch 200 Mann herzoglicher Soldaten kamen, von Bauske aus einen Vorstoß. Die Polen räumten nun Libau wo am 12. Juli die Russen einziehen konnten. Nach einem zweitägigen Treffen bei Garsen (am 24. und 25. Juli), in dem Kuzelizow verwundet wurde, wurden sie allerdings von den bedrängenden Polen besiegt, mußten Libau, das sie noch beim Abzug mit Granaten beschossen, verlassen und sich auf Witau zurückziehen. So waren die Russen wieder zum drittenmal Herren der Stadt Libau und rühten dann auf der Wdaser Straße bis nach Frauenburg vor; dann aber zogen sie, theils von Polzen gedrängt, theils um bei der Wiederoberung Wilna's mitzuwirken, nach Suden ab, am 11. August war Kurland von ihnen geräumt. Nun erfolgte eine allgemeine Entwaffnung der Bauern, die wieder zu den alten Zuständen zurückgeführt wurden; die materielle Schädigung des Landes war aber um so größer, als ein Getreideausfuhrverbot, das Rußland verhängt hatte, dem Abfuhr der Landesprodukte ein unabsehbare Hinderniß in den Weg legte.

Noch im Spätherbst des Jahres 1794 war der polnische Aufstand niedergeschlagen worden und Samorost am 8. November in Warschau eingejagen. Polens Tage waren gezählt und man mußte in Rußland zur Frage Stellung nehmen, was aus dem Lande werden sollte, da die Existenz der Czarherrschaft so offensichtlich ihrem Ende entgegen ging.

Im September 1794 ließ Peter von Pahlen im Lande die Proposition formulieren die Lehnabhängigkeit von Polen zu lösen und das Land dauernd dem Schutze Rußlands zu unterwerfen, wobei es um die Erhaltung der in seinen und mittelständischen Sonderrechte ersucht werden

sollte. Herzog Peter protestierte am 30. September gegen Howens Tätigkeit in einem an den russischen Vizekanzler Ostermann gerichteten Schreiben, indem er sie als verfassungswidrig und revolutionär hinstellte. Ostermann antwortete (am 20. Oktober) ausweichend und mit der Aufforderung an den Herzog selbst nach Petersburg zu kommen, um die kurländische Angelegenheit zu ordnen. Am 19. November wiederholte Howen, der nach Riga geritt war und mit dem livländischen Generalgouverneur Pahlen vertraute Beziehungen unterhielt, seine Proposition, indem er sie als Beratungsgegenstand zum demnächst anzusetzenden Landtage empfahl. Der Herzog ließ diese Proposition drucken und im Larde sirkulieren. Zugleich richtete er an den Vizekanzler Ostermann die Frage, ob nun der Moment gekommen sei, wo Kurland sich der Lehnshoheit Rußlands unterwerfen solle. Eine Antwort erhielt Herzog Peter nicht, und das hing mit dem Gange der Verhandlungen in Petersburg zusammen, die sich mit der letzten Teilung Polens befaßten¹⁾.

Zwischen den beiden deutschen Mächten Preußen und Oesterreich herrschte schon seit geraumer Zeit eine starke Spannung, und König Friedrich Wilhelm II. schiedte sich bereits an, aus der Koalition gegen Frankreich auszutreten und mit diesem seinen Sonderfrieden zu machen. Auch Oesterreich, dem der Kampf gegen die Revolution nur Verluste gebracht hatte, sann darauf sich für diese entschädigen zu lassen, und um territoriale Entschädigungen zu erlangen, war der Wiener Hof bereit, nun die zweite Teilung Polens, die ja ohne seine Mitwirkung zu stande gekommen war, anzuerkennen. Bei jenen Plänen auf Landerwerb hatte man in der Hofburg an Polen zunächst vielleicht nicht gedacht, erst als der Insurrektionskrieg 1794 ausbrach und die Fortexistenz Polens unwahrscheinlich wurde, trat man dem Gedanken nahe, sich mit Rußland über die Teilung des Restes von Polen zu verständigen und dadurch nicht nur Erwerbungen zu machen, sondern zugleich den verhassten preussischen Nachbarn empfindlich zu schädigen. Und in der That kam Rußland uniomehr entgegen, als auch zwischen ihm und Preußen das Verhältnis gerade durch die polnische Politik Preußens stark getrübt war. So hielten denn, als

¹⁾ Schmalz a a O. III, 279ff. und, in der Abfassung vielfach abweichend, v. Pöfner, Die Politik der deutschen Mächte im Revolutionskriege bis 1797.

im Dezember 1794 die Verhandlungen über das Schicksal Polens in Petersburg eröffnet wurden, die russischen Vertreter Graf Ostermann und Karlow mit dem österreichischen Gesandten Graf Cobenzl gegen den preussischen Gesandten, den an Stelle des Grafen Goltz getretenen Grafen Taurizien im allgemeinen zusammen. Der Jussif sagte sich schon sehr zu, als Österreich auf dem Erwerbe Kurlands und Sandomir bestand, das Preußen für sich reklamirte. Schon schlug Taurizien am 16. Dezember vor, lieber den ganzen Teilungsplan aufzugeben, doch fand er sich zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit. Was Kurland anbelangt, so enthielt die Instruktion Tauriziens (vom 22. Juli) die stürkste Meinung seines Hofes, den Erwerb Kurlands durch Rußland zu verhindern. Seitdem hatte sich nun allerdings die allgemeine Lage vielfach geändert. Als aber auf der Konferenz am 18. Dezember Rußland mit dem Anspruch auf Samarien hervortrat und dabei auch nicht verhehlte, daß es als die notwendige Konsequenz dieser Erwerbung selbstverständlich auch den Gewinn Kurlands ansehe, da erklärte Taurizien hierin nicht ohne direkte Ermächtigung seines Hofes willigen zu können. Er wußte, daß man in Berlin um des menschlichen Handels willen Samarien nicht preisgeben und Kurland zur ungetrennten Rußland überlassen wollte, jedenfalls nicht ohne namhafte Entschädigung. Während so die allgemeinen Verhandlungen aufhört, verständigten sich Österreich und Rußland am 3. Januar 1795 hinter dem Rücken Preußens aber die Teilung Polens, wobei die russische Grenze bis Polargen vorgeschoben wurde. Preußen sollte auch seinen Anteil erhalten, war es damit nicht zufrieden, wollte man ihm gemeinsamen Widerstand leisten. In Kenntnis gesetzt wurde Preußen über diesen Vertrag freilich erst am 9. August 1795. In Österreich rechnete man mit einer Kriegserklärung des Berliner Hofes. Aber König Friedrich Wilhelm fügte sich und verständigte sich unter russischer Vermittelung mit Österreich (25. Oktober 1795). Inzwischen hatte sich das Schicksal Kurlands bereits erfüllt. Es ist nicht zu leugnen, daß der Vertrag vom 9. August 1792 Preußen zum Garanten der kurländischen Verfassung gemacht hatte. Dient Preußen dies vor so war es für Rußland nicht leicht, es zu bestreiten oder ihm doch Kompensationen für keine Zustimmung zur Erwerbung Kurlands zu verweigern. Aber immerhin wurde die Situation bequemer, wenn Kurland sich selbst dem russischen Scepter unterwarf, man konnte sich dann ja auf

den Wunsch des Landes berufen. Und wenn auch der neue Vertrag mit Oesterreich Rußland ziemlich sicher stellte, so scheint ihm doch im Hinblick auf spätere Verhandlungen mit Preußen daran gelegen zu haben, daß der kurländische Landtag die Unterwerfung bedingungslos und ohne die Garantie Preußens für die Landesrechte zu verlangen, anbot. Preußen sollte ganz aus dem Spiele bleiben. Das erklärt die Ereignisse in Mitau, die sich nur schnell folgen.

Howen, der in dieser Zeit mit dem Generalgouverneur von Livland, Grafen Bahlen, in engster Fühlung war und gewiß nicht nur aus eigener Initiative handelte, reichte am 19. Januar 1795 in der herzoglichen Kanzlei eine von ihm und seinen Gesinnungsgenossen unterzeichnete und von einem uneinverbißlichen Schreiber begleitete Supplik ein, in der über die Nichtberuhung des Landtages Klage geführt und seine Aberaumung geordert wurde. Abweichend von der früheren Supplik wurde jetzt in der Form eines Anhangs zu derselben die unbedingte Unterwerfung unter das russische Szepter empfohlen, da es „allen Begriffen von Anständigkeit und Billigkeit widersprechen würde, als Schutzsuchende sich das lächerliche Ansehen geben zu wollen, mit der größten Souveränin und Schiedsrichterin Europas über Bedingungen tractiren zu wollen.“ Die Idee einer Garantie solcher Bedingungen durch fremde Mächte wurde als absurd gebrandmarkt.

Es ist kein Zweifel, daß damit eine neue Aussicht eröffnet wurde, mit der nur ein Teil der kurländischen Edelleute einverstanden war. Die Majorität war mit dem ursprünglichen Vorschlage, die polnische Lehnshoheit mit der russischen zu vertauschen, im übrigen aber das Herzogtum als solches fortbestehen zu lassen, einverstanden gewesen. Und von der Minderheit, die einer Inkorporation in den russischen Staat nicht widerstrebte, war eine Gruppe doch dafür die Garantie auswärtiger Mächte, wobei zunächst an Preußen gedacht war, für die Landesverfassung zur Bedingung zu machen. Aber eben das wollte Rußland nicht. Der preussische Konsul in Libau Zimmermann, der seinen Hof über die kurländischen Dinge instruirte, schrieb damals, daß die Zahl der Anhänger Rußlands nicht groß sei. „Indessen bleibt bei diesem einigermaßen beruhigender Anschein doch noch immer die Befürchtung übrig, daß der Obrerath und Oberburggraf von der Howen an der Spitze steht, vor dessen Gewandtheit das russische Kabinet

wahrscheinlich zur See habend, Alles zu befürchten ist.“ Es sollte sich bald zeigen, daß Immermann den Einfluß v. d. Horwens nicht überschätzt hatte.

Herzog Peter war, nachdem er zum 5 März den Landtag berufen hatte, um die Horwenischen Deliberationen zu beraten, dem Verlangen der Kaiserin nachgebend, nach Petersburg geritt, hier am 27. Januar angekommen und mit der seinem fürstlichen Stande gebührenden Achtung aufgenommen worden. Während er und die ihn begleitenden Oberste mit Ostermann verhandelten, ließ die Kaiserin durch ihren Günstling, den Grafen Subow und den Staatssekretär Werfow mit Horwen geheime Beziehungen unterhalten, von denen der Herzog zunächst nichts ahnte. Horwen suchte dabei die Meinung zur Geltung zu bringen, daß der Herzog nach der Vernichtung Polens seine Stellung so ipso eingebüßt habe und gar kein Recht zu Verhandlungen, die nur der Ritterschaft zuläßen, mehr besäße. Peter protestierte später dagegen in einem Schreiben an Ostermann, aber die Antwort war vieldeutig und zu nichts verpflichtend. Als er dem Grafen Subow die Erklärung abgab, daß er es verhindern werde, daß Horwen in die vom Landtage nach Petersburg zu sendende Deputation gewählt werde, pflichtete ihm jener durchaus bei, erteilte aber gleichzeitig dem Generalgouverneur Bah'm den geheimen Befehl, nach Wilna zu reisen und Horwens Raßl auf dem bevorstehenden Landtage durchzusetzen. Als Herzog Peter Ende Februar zu diesem selbst nach Wilna zurückkehren wollte, wurde ihm in seiner Form die Erlaubnis dazu nicht erteilt. Nur die Oberste gingen nach Wilna; so blieb der Herzog ohne die gewohnten Ratgeber zurück, streng beaufsichtigt und besonders vom Verkehr mit dem preussischen Gesandten ferngehalten.

Irztümlicher kam der letzte Landtag des Herzogtums Kur'ard heran und bald trat esutage, daß die Parteigruppierung nicht mehr dieselbe war wie noch vor wenigen Monaten. Der Einfluß Horwens trat unverkennbarutage, offenbar war schon in der Zwischenzeit von ihm eifrig vorgearbeitet worden. Die am 16 März zusammentretenden Landboten waren in einer schwierigen Lage, drohend, schmerzbelad und überredend wirkten Horwen und Pahlen für ihre Proposition und immer mehr stieg die Zahl ihrer Anhänger. Der Kenner Wolff war tief enttäuscht, er forderte Horwen durch ein Fillet am Eröffnungstage des Landtages zum Tusch heraus, doch nahm dieser die Forderung nicht

an, sondern reichte den Oberräten eine Denunziation gegen ihn ein. Es war ein Zeichen, wie die Dinge lagen, daß der Landtag verlangte, Wolff solle bei dem üblichen Empfang einer Landtagsdeputation durch die Oberräte als Störer der öffentlichen Ruhe nicht zugegen sein. Wolff zog sich, um Ärger zu vermeiden, freiwillig bei dieser Gelegenheit zurück, behielt aber zum Mißvergnügen der Landtagsmajorität seine Funktionen bei und blieb von der gewünschten strafrechtlichen Verfolgung verschont.

Das Ergebnis des Landtages war ein Sieg der Hohenischen Partei. Am 17. März wurden zwei folgenreiche Akte vom Landtage unterzeichnet; in dem einen entsagte die Ritter- und Landschaft dem bisherigen Lehnverhältnis zu Polen, in dem zweiten sprach sie die unmittelbare, bedingungslose, von allen Garantien abhebende Unterwerfung unter das russische Szepter aus. Der Kaiserin Katharina wurde die weitere Gestaltung des Schicksals Rurlands vertrauensvoll überlassen. Wie stellten sich nun die herzoglichen Oberräte zu diesem Beschlusse? Waren sie doch noch durch ihren Amteid an den Herzog gebunden, sprach doch die Instruktor, die dieser den aus Petersburg nach Witou heimreisenden Räten gegeben hatte, nur von gemeinsamen Schritten des Fürsten und der Ritterschaft inbezug auf die Unterwerfung unter die russische Herrschaft; auch war es bekannt, daß der Herzog eine Fortbauer seiner Stellung unter russischer Oberherrschaft erstrebte. Außer Hohen, der die Unterwerfungsakte sofort unterzeichnete, baten sich die Oberräte Zeit zu Überlegung aus, am folgenden Tage lief ihre Erklärung ein, daß auch sie zur Unterschrift bereit seien. Sie fugten sich den durch Hohen geschaffenen Tatsachen, nur zwei alte Gegner des allmächtigen der Kanzler Georg Christoph v. Lubinghausen-Wolff und der Landmarschall Dietrich Ernst v. Schoepping brachten schriftlich zur Kenntnis der Landboten, daß sie zwar „mit innigster Überzeugung“ die Unterwerfungsakte gut hielten, aber sie erst unterschreiben könnten, „sobald der Herzog, gegen den sie als seine Oberräte gewisse noch nicht aufgehobene Verpflichtungen hätten, selbst mit seiner Unterschrift gewöhnlichermaßen vorgegangen sein werde.“ Zu Delegierten der Ritterschaft nach Petersburg wurden Hohen, Karl v. Holde auf Gramsdorf, Baron Hahn auf Ellern, der Kammerichter Wanklow, der Instanzgerichtsassessor Heyling und der Dienstherr des Landtages Georg Friedrich v. Foelckersham gewählt. An dem-

selben Tage tagte auch in Hainpeth die piltenische Landesversammlung; sie beschloß ebenfalls, da die bisherige Oberherrschaft aufgelöst sei, sich der russischen Kaiserin vertrauensvoll zu unterwerfen und zur Uebergabe der Unterwerfungsakte den Landrat Korff auf Breckeln und den Oberstallmeister Gehring, der uns als Delegirter der kurländischen und piltenischen Ritterschaft in Warschau zuerst entgegentrat, als Delegirte nach Petersburg zu entsenden.

Herzog Peter hatte inzwischen in Petersburg sich der Erkenntnis nicht zu entziehen vermocht, daß der kurländische Landtag, wie die Dinge einmal lagen, ihn fallen lassen werde. So beschloß er seinerseits, mit der russischen Krone abzuschließen, ohne das für ihn so demüthigende Entreffen der Deputation abzuwarten. Am 28. März unterzeichnete er die Akte, in der er dem Herzogtum entlagen und bei unbedingten Unterwerfung als einer dauernden Wohlthat für Kurland zustimmen mußte. Ihm wurden dafür einige Wochen später als Entschädigung für alle seine Allodial- und Lehnrechte 2 Millionen Rubel zugesichert, eine verhältnismäßig sehr geringe Summe, außerdem noch ein Jahresgehalt von 60 000 Talern und für seine Gemahlin ein Wittwengeld.

Am 15. 27. April empfing die Kaiserin die Delegirten der kurländischen und piltenischen Ritterschaft, wobei Fomen und der piltenische Landrat Korff Neben hielten, die Graf Ostermann beantwortete. Dann wurde den Delegirten das Manifest der Kaiserin an alle Einwohner Kurlands und Biltens übergeben, das unter anderm die Sätze enthielt:¹⁾ „Zugleich erklären wir auf unser kaiserliches Wort, daß nicht nur die freie Ausübung der Religion, welche Ihr von Euren Vorfahren geerbt habt, die Rechte, Vorzüge und das einem jeden gekömmäßig zugehörige Eigentum gänzlich beibehalten werden sollen, sondern daß von nun an ein jeder Nationalstand obenerwähnter Provinzen auch alle die Freiheiten, Vorteile und Vorzüge, zu benutzen habe, welche die alten russischen Unterthanen aus Gnade Unserer Vorfahren und aus der Unstigen genießen“. Am 1. Mai leisteten die Deputirten vor versammeltem Senat den Treueid, bald darauf thaten die Beamten und Einwohner der nunmehrigen russischen Provinz Kurland das gleiche.

Der Herzog brach am 12. Juni von Petersburg auf, wo er in

¹⁾ Vollständige Gesefsammlung Nr. 17319, Bd. XXIII, S. 665.

dieser für ihn so schweren Zeit mehr fürstliche Würde zeigte, als in früheren, besseren Tagen. Nach mehrwöchentlichem Aufenthalt in Kurland verließ er am 31. August sein ehemaliges Herzogtum, um sich nach Sagan zu seiner Gemahlin zu begeben. Am 23. Januar 1800 ist er zu Gellenu, in der Grafschaft Glatz, gestorben. Von den bisher von Rußland protegierten Ansprüchen seiner Kassen auf das Herzogtum konnte, seitdem dies eine russische Provinz geworden, keine Rede mehr sein. Die Herzogin Dorothea hat ihren Gemahl lange überlebt, sie ist erst 1821 gestorben, nachdem sie längere Zeit in Paris, Wien, hauptsächlich aber auf Schloß Löbichau bei Altenburg in Sachsen ihren Wohnsitz genommen hatte. Mit hervorragenden Staatsmännern und Dichtern hat sie nahe Beziehungen gepflegt, viel Anregung erfahren und viel Liebe gesendet, aber die alte nordische Heimat hat sie doch niemals vergessen können und ihre Sehnsucht nach ihr auch im Tode ausgesprochen¹⁾.

Die Männer, die bei dem Geschäfte der Unterverwaltung eine Rolle gespielt hatten, wurden reich belohnt, Baron Köhler ward der erste Generalgouverneur Kurlands, Hornow erhielt den Titel eines Geheimrates und große Güter u. s. w. Dem Landtage wurde noch gestattet zusammenzubleiben, er konnte über die Bezahlung seiner stark angewachsenen Schulden einige Beschlüsse fassen. Wie bald darauf (am 27. November) die Statthalterchaftsverfassung nach Aufhebung des bisherigen Landesrechtes eingeführt und der julianische Kalender an Stelle des gregorianischen gesetzt wurde und wie Kaiser Paul dann die alte Verfassung wiederherstellte, — das zu berichten, liegt nicht mehr im Rahmen unserer Aufgabe.

So war eine Entwicklung zum Abschlusse gekommen, deren Anfänge weit zurücklagen; mit den übrigen Teilen Ostrolands war nun auch Kurland unter der Herrschaft des russischen Doppeladlers vereinigt, nachdem sein durch politische Zerfahrenheit und eigensüchtige Geinnung verflümmertes staatliches Dasein in unerquicklicher, aber nicht minder lehrreicher Disharmonie ausgeklungen war.

¹⁾ E. Singer: Drei Sommer in Löbichau (1877) und Balt. Monatschr. XXXIX, S. 120

II. Das Haus Bühren (Biron).*)

Carl Bühren († 1740), Pfandbesitzer von Rohnzeem.

Carl († 1748)
russ General und Gouverneur von Moskau. Graf Johann
Euseb († 1748), russ. Generalleutnant,
Gouverneur von Jugermanland.

(geb. 1690 am 23. Nov., † 28. Dez. 1772).

Gemahlin seit 1723 Annen Elisabeth von Arnim,

gen. Freiden,

Herzog von Curland 1737—1740, 1763—69

Peter, geb. 15. Febr. 1724, † 13. Januar 1800).

Herzog von 1769—85, Gemahlinnen:

1. Caroline Euseb von Waldeck (1785—1772, gestorben),

† 1782,

2. Eudoxia, Fürstin Zuphrow (1775—1778, gestorben),

† 1780,

3. Anna Dorothea, Reichsgräfin von Radeck (1779, † 1821).

Von ihr hatte Herzog Peter folgende Kinder, die am

Leben blieben.

Katharina Friederica Elisabethine Verigna, geb. 1766

Herzogin von Sagan, war verheiratet mit

1. Hermann Euseb. Prinz v. Hohen, † Generalfeldmarsch-

meister (1800—1805, gestorben).

2. Basili, Fürst Zrubewski (1805—1806, gestorben),

3. Karl Rudolf, Graf von Schölenburg, † Oberst. Oberst-

leutnant.

Carl Graf † 1801, russ. Generalmajor, heiratet 1778

Apollonia Gräfin von Arnim

Er ist Stammvater der noch blühenden Prinzen Biron-

Stamm (Wartenberg).

Katharina Johanna

(geb. 1788)

Gemahlin Prinz Franz

Sigmund de Belmonle

Herzog von Auerzungen

Joh. Peter, russ. Generalmajor, heiratet 1778

Apollonia Gräfin von Arnim

*) Eine genealog. Stammtafel des Hauses Bühren f. den Grafen l. u., eine der Nachkommen Grafen Johann Bühren, heirat. von Bühren

Grä. v. Bühren, l. im Genealog. Jahrbuch 1895 S. 170.

Inhalt.

Die Geschichte des Herzogthums Kurland (1561—1795).

Erstes Kapitel: Herzog Gotthard und die Begründung des Herzogthums

Seite

3

Charakter des neuen Staats. Territoriale Mängel. Verhältnis zu Polen. Der Herzog und sein Adel. Städte. Regierung und Verwaltung. Landtage. Rechtsverhältnisse. Appellationen nach Polen. Begründung der Dynastie durch Herzog Gotthards Ehe mit Anna von Medlerburg. Gotthards Zwist mit Thieß von der Arde. Das große Werk der Kirchenreformation. Gotthards persönliche Stellung zum Lutherium. Niedriger Stand des Landvolks, schlechte Qualität der Prediger, Mangel an Kirchen und Schulen. Salomon Henning, Stephan Bülow, Alexander Einhorn. Die Landtage von 1563, 1567, 1568, 1570 und 1572: „Kirchenreformation“ und Kirchenordnung. Herzog Gotthard als Anwalt seiner bedrängten Glaubensgenossen. — Seine Teilnahme an den politisch-kriegerischen Händeln zwischen Schweden, Rußland, Dänemark und Polen. — Wirren in Kuren durch Herzog Magnus, erst 1585 durch den Kronenburger Traktat beigelegt. — Herzog Gotthards Familienverhältnisse, Testament und Tod am 17 Mai 1587.

Zweites Kapitel: Der Sieg des Adels über die herzogliche Gewalt. Krieg und Friedensjahre unter Herzog Friedrich

43

Jugend und Charakter der Herzöge Friedrich und Wilhelm. Teilnahme am polnischen Kriege gegen Karl IX. Herzog Wilhelm's Stellung zu Grobin und Biten. Die Kolbischen Händel im Lichte des Kampfs landesherrlicher Gewalt mit der Macht der Landstände: Streitfragen des Kopdienskes, Jadrizenats und der Güterreognition: Jales von Schwerin, Johann Magnus und Gotthard Reide, Otto von Grotthuß. — Paul Spandau: Ermordung von Gotthard und Magnus Reide (1615), polnische Einmischung auf Klagen der Ritterschaft. Erste Anknüpfungen der Herzöge an: Gustav Adolf von Schweden. Adam Schrapfer Holmar Jarenbach. — Februar 1617: Polnische Kommission in Riga. Der Ausgleich. Formula Regiminis. Kurl. Statuten. Neuordnung der Verfassung, Verwaltung, Justiz. Friedrich wird von Polen in seinem Gebiet belassen, Wilhelm verliert Kurland, das dem Bruder schließlich eingeräumt wird (8./18. März 1618).

Wiederholte Versuche für Herzog Wilhelms Restitution, Elisabeth Magdalens Wilhelms Verbindung mit Jarembach und Abreise ins Ausland Jarembachs Verrat, Wilhelm in Deutschland, Dänemark, Stockholm, wirt sich Gustav Adolf in die Arme. — Jarembachs Schandwirtschaft, er wird 12 Aug. vergeblich belagert. 1621: Gustav Adolf erobert Riga, Wilhelm löst seine Verbindung mit ihm. Kriegsjahre in Kurland Kämpfe um Mitau, Bauske, Birken. Herzog Friedrichs Bemühungen um Neutralität. 1626: Schlacht bei Wallhof Jakob de la Gardie. Altmarkter Waffenstillstand und Stuhnsdorfer Traktat. — Schwere Depression infolge der Kriegsjahre, von der das Land sich nur langsam erholt Ausgestaltung der inneren Zustände. Restitution Herzog Wilhelms (1633) und Anerkennung des Erbrechts des Herzogs Jakob. Wilhelms Tod zu Kulow in Pommern 1640. Herzog Friedrich stirbt 1642: Der Sieg der Landstände über die fürstliche Gewalt ist das Resultat seiner Regierung.

Drittes Kapitel: Zeiten des Aufschwunges unter Herzog Jakob

99

Herzog Jakob, Jugend und Charakter. Schwierigkeiten bei Beginn des Regiments. Polnische Kommissionen Gegenstand zwischen Adel und Städten. Seine Ehe mit Louise Charlotte von Brandenburg Erhebung in den Kurfürstenstand. Herzog Jakob ein begeisterter Anhänger des Merkantilismus. Handel und Industrie in Kurland. Schiffsbau und Kriegsflotte Handelsvertrag mit Frankreich (1643). Kolonialpolitik des Herzogs. Schleier und die brandenburgisch-ostindische Kompagnie Gambia (Adressfort) und Labago. — Beziehungen Jakobs zu Papst Innocenz X., zu Frankreich und England. Er unterstützt Karl I. und II. gegen ihre Gegner Verbindung mit Montrose. Das Merkantilsystem soll ihm die Mittel geben, sich im Lande dem Adel gegenüber eine feste Position zu schaffen. Die schönen Anfänge zerstört der schwedisch-polnisch-russische Krieg. Jakob im Getriebe der feindlichen Mächte, sucht die Neutralität Weichvor von Foldersohn. Schwere Kriegsläufe. Überfall des Schloßes von Mitau durch Douglas (Okt. 1658), Gefangennahme des Herzogs und seiner Familie. Exil in Zwangoroh. Die herzogliche Zeit bis 1660. Johann Räderer. Verlust der Kolonien Friede von Oliva und Karbis

Viertes Kapitel: Jahre des Niederganges bis zum Tode des Herzogs Friedrich Kasimir

104

Ruin des Landes Rückgang des Handels. Vergebliche Versuche die Kolonien gütlich zu erhalten Die Beziehungen zu Frankreich lösen sich, trügerische Hoffnungen auf Spanien durch leichtfertige Agenten genährt. Entschlüsse auf Trinidad und Martinique. Kurland während des schwedisch-brandenburgischen Krieges. Persönliche Verhältnisse Herzog Jakobs. 1676. Tod seiner Gemahlin Louise Charlotte. 1686 Tod des Herzogs. Herzog Friedrich Kasimir Charakter und Ehen. Abfindungen der Reichswürde August des Hoß und Verpfändung der Domänen. Streitigkeiten mit der Ritterschaft Polnische Beziehungen. Äußere Politik. Ende der kolonialen Bestrebungen. Der wachsende Einfluß Russlands beginnt. Zar Peter in Mitau. Friedrich III. Kurfürst von Brandenburg in Grobin. 1698 Tod des Herzogs

23*

Fünftes Kapitel. Der Nordische Krieg und der Ausgang der Ärttler

Nordmannschütisches Regiment für Friedrich Wilhelm mit Hülfe zwischen der Herzogin Elisabeth Sophie und Herzog Ferdinand. Der Nordische Krieg und Rußland. Der Austritt von Warschau (C. H. 1709). Friedrich Wilhelm und Ingrid, Charakter, Freundschaft mit Hans Janssonius und Tod (1711 v. Jan.). Streitigkeiten zwischen dem im Exil lebenden kaiserlichen Krieger, Herzog Ferdinand und dem Krieger in Rußland war in Polen. Der Tod des Kaisers für Friedrich von Arden. Polnische Kommissarien kommen ins Land, der Erbprinz der kaiserlichen Besitzungen (1717). — Die folgenden Jahre sind mit den Verträgen der Ritterschaft, der Nachfolge nach Ferdinand's Tod zu regeln, da die Ritterschaft mit ihm aussteht. Herzog Joh. Adolf von Sachsen-Weimar. Karl Leopold von Brandenburg. Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Schwedt. Karl Alexander von Weimar. Joh. Friedrich von Arden. Graf Adam. Graf Friedrich von Hohen-Gottberg. Heinrich von Graf. Herzog von Sachsen. Friedrich Kommissarien von 1721 bekräftigen die Aufhebung Rußlands in Polen nach Ferdinand's Tod, wegen Ferdinand's Verträge, bekräftigen Rußland 1720. Hans, der Herzogin-Ärttler und Kaiserin 1727. Tod Ferdinand's. Geklärt der Dynastie der Ritterschaft.

Sechstes Kapitel. Graf Johann Wron und die endgültige Befestigung des russischen Einflusses (1737 bis 1769)

Die Familie der Wron. Karl von Pöthen auf Sulzger. Graf Johann, Schilling der Herzogin-Ärttler Hans Janssonius. Wegen des Krieges in Polen, das eine Vermählung verhindert, wird Graf Johann von der kaiserlichen Kommissarien zum Herzog gemacht. Philosophische Charakter des neuen Herzogs. Rußland zu Rußland und Wron 1740. Tod der Kaiserin Maria Theresia. Graf Johann verbannt. Von Polen aus wird dem kaiserlichen Rußland nicht gelassen. Neue Kommissarien kommen auf. Hans von Brandenburg. Hans von Hohen-Gottberg u. a. Nachfolger des Einflusses des russischen Kommissars von Pöthen in Rußland. Darauf folgen Nachfolger Karl von Simon. Nach dem Jahresende 1740. Aufgibt der, aufgibt durch die Kaiserin Maria, der in Rußland Kommissarien kommen. Kommissarien durch Pöthen des Wron mit den Kommissarien und mit den Kaiserin. Nachfolger des Pöthen Karl von Sachsen, des Kaisers August III. von Polen. Seine Regierung 1759—1763. Peter III. begünstigt die Wahl seines Oheims. Führung von Pöthen zum Herzog, jedoch macht ihn Herzog dem ein Ende. Pöthen's Begünstigung durch Kaiserin II. antwortet er. Pöthen der Kaiserin und Kaiserin. Graf Johann's Rückkehr nach Wron und seine zweite Regierung, deren Energie dem verminderten Wohl wenig gefällt. Im November 1769 abdankt er zu Gunsten des Erbprinzen Peter und stirbt 1772 am 28. Dezember.

Siebentes Kapitel. Danksprüche und Menschen in Herzoglicher Zeit. Ein Kapitel Kulturgeschichte

Allgemein, Rechtslehre, Kultur, Finanzwesen. — Aktien in

und nach Kurland. — Der Hof der Herzöge im Wandel der Zeiten.
 - Der Adel, sein Leben und seine Bildung. Die Deutschen
 auf dem Lande. Die Undeutschen, die Landfreien, die Leibeigenen.
 Die Städte im allgemeinen. Einteilung der Bürgerchaft.
 Die Kaufleute und der Handel. Das Handwerk. Das Äußere
 der Städte, das Leben in ihnen. Die Literaten und ihre Berufs-
 tätigkeit. Ärzte und Medicinalwesen, die Juristen, die Lehrer
 und die Schulen, das Gymnasium in Mitau. Die Prediger, das
 sittliche und geistige Niveau der Prediger, Aberglauben und Aboheit
 der Bauern, der Katholizismus, die evangelische Kirche Kurlands
 und die Strömungen in der lutherischen Kirche Deutschlands
 überhaupt.

Achtes Kapitel: Herzog Peter und das Ende des Herzogtums

304

Herzog Peters Charakter. Seine Regierung ist ein langer Kampf
 mit dem unbotmäßigen Adel. Kurland der Tummelplatz russisch-
 polnisch-preussischer Bestrebungen und Intriguen. Der Herzog
 anfangs von Katharina II. begünstigt, wird von ihr zu Gunsten
 Potemkins zurückgesetzt. Der Gefahr von Rußland gegenüber
 1776: Kompositionskasse — Herzog Peters Eheleben: I. Gemahlin
 Karoline Louise von Waldeck, II. Eudoxia Juschupoff III. Dorothea
 von Mecklen — Erneuter Streit mit der Ritterschaft wegen
 Mobilisation der Wärschauer Güter — Handels- und Grenz-
 convention von 1783 mit Rußland: Kurland verliert Schloß.
 Einschränkung des Exporthandels über Libau und Windau. —
 Peters Streit mit dem Adel über die Osonomien durch seine lange
 Abwesenheit im Auslande verschärft Heimkehr 1787. Einwir-
 kung der französischen Revolution nach Kurland Bürgerliche
 Union. Mälerausstand. Die extreme Adelspartei unter v. Sotens
 Leitung zielt auf völlige Ohnmacht der herzoglichen Gewalt. Der
 Zusammenbruch Polens besiegelt Kurlands Geschick. Herzog
 Peter abdiziert zu Petersburg, der Landtag unterwirft sich be-
 dingungslos der Kaiserin Katharina II. Peter stirbt in Gellenau
 bei Glatz 1800, 23. Januar, Herzogin Dorothea 1821 zu Bo-
 bichau.



Register.

- No 276
 Nehen, Friede in 154.
 Ndenhof 180.
 Nbzugsgeß 275.
 Ndam Benzel, Herzog von Tefchen 15.
 Ndoll Friedrich, Herzog von Mecklen-
 burg 85. 96.
 Ndolphi, Heinrich 294.
 Ntette 273.
 Aerarium pullium 233.
 Ninen, v., Eberhard 105.
 Nstern 53.
 Nlandsteinen, Verhandlungen auf den
 185.
 Nbert, Heinrich 107.
 Nbrecht, Herzog von Preußen 4, 11, 12,
 67, 240.
 Nbrecht Friedrich, Herzog von Preußen
 37.
 Nbrecht Friedrich, Markgraf von Bran-
 denburg-Schwedt 184.
 Alexander, Prinz von Rußland 132, 152,
 153, 158, 164, 169, 301.
 Alexi Michailowitsch, Zar 122, 123, 127.
 Nodialgüter des Herzogs 161.
 Nioh, Kriegsrat 213.
 Nschwaugen 182.
 Nttenbuchum, v., Dietrich 159, 165, 242.
 Ntmarkt, Waffenftand in 90.
 Nmboten 35, 152.
 Nmetung, Rudolf 164.
 Nmsterdam, Kammer von 143. 144.
 St. Andreß, Fort 114, 116, 133, 143.
 Nndruffow, Friede zu 140.
 Nngem 109, 266.
 Anna, Herzogin, Gem. Gotthards 11, 29,
 30, 44, 235, 243, 281.
 Anna Iwanowna, ruffifche Prinzeffin,
 Herzogin von Anftand, spätere Kai-
 ferin von Rußland 177, 180, 185,
 186, 188, 189, 190, 19., 194, 200 ff.
 Anna, Prinzessin von Rußland, verm.
 Fürftin Nabinow 15, 25. 67, 297.
 Anna, Kurfürstin von Brandenburg 64.
 Annenburg 90, 110, 137, 266.
 Anton Ulrich, Herzog von Braunschweig
 202.
 Arenfeld, Oberst 137.
 Arnoldi, Pastor 287.
 Arnim, Karl Sigismund von 210.
 Affefforen der Hauptkute 181.
 Atling, Gouverneur von Barbados 147.
 August 11. (der Starke König von Polen
 181, 170, 171, 175, 178, 183. 184,
 185, 190 ff., 220.
 August 111, König von Polen 20..
 Aurifaber 58.
 Aurore von Ndingmarkt 187.
 Aub 15, 39, 68, 79, 84 152, 234.
 d'Avaux 100.
 Baden 282.
 Bahrt, G. F. 263.
 Balan 114.
 Balbohn 109.
 Bankau, Pastor 256.
 Barbados 165.
 Barbieri 282.
 Barisien, Friedrich Hartmann 270.
 Barton 4, 152.
 Bathory, Belthasar 50.
 —, Stephan 26, 31, 33, 273.
 Batowski, Kammerherr 331. 334.
 Bauer, ruffifcher General 174.
 Baumann, Johann Heinrich 270.
 Bauffe 21, 39, 47, 86, 87, 88, 89, 90,
 91, 130, 131, 137, 139, 152, 161,
 178, 174, 278, 285, 287, 292, 342,
 344.
 Bahrenth 176.
 —, f. Chriftian Ernst Markgraf von
 Bagan 208.
 Becker, Bernhard 302.
 Berck 149.
 Behr, v. 179, 249, 255, 308.

Behr, v., Johann 33 ff.
 Benrather,ENDORF 224.
 Berg, Dr 58.
 Bergfried 131.
 Berlin 178, 314.
 Bernow, Johann 243, 294.
 Bernoulli, Johann 233.
 Bersenitz, Martin 38.
 Bershof 319.
 Besse, Professor 260, 264.
 Besser, v. 256.
 Besjuchew-Rjumin 179, 185, 187 ff.,
 205, 210, 212.
 Bey, Balkhar 166.
 Biblow, General 192.
 Biron, f. Ernst, Johann, Peter.
 Biron, v. 96.
 —, Apollonia, 327.
 —, Karl 196, 304, 327, 332.
 Birken 87, 172, 173.
 Bischoffswerder v., 328.
 Bistran, Christoph 39.
 Blumberg, Karl Johann 149, 166.
 Bogislaw XIV., Herzog von Pommern
 86, 97.
 Bolbec 90.
 Bornmann, Christian 245, 256.
 Both, Hermann 90, 91, 100, 101.
 —, Nicolaus 131.
 Brakel, v., Casimir Christoph 187—191.
 —, Reinhold 82.
 Brand, v., Johann Arnold 233.
 Brandenburg 88.
 — f. Albrecht, Albrecht Friedrich, Ernst,
 Sophie, Louise Charlotte, Elisabeth
 Sophie, Friedrich Wilhelm, Georg
 Friedrich, Georg Wilhelm, Joachim
 Friedrich, Johann Georg, Wilhelm.
 Bronski, Kronkettman 333.
 Braunschweig, Das Carolinum in 290.
 — f. Anton Ulrich, Ludwig Ernst.
 Breida, Friede in 145.
 Bremer, Egidius 137, 139.
 Breß, 334.
 Brinden, v. d., Ernst 135.
 —, —, Heinrich 223.
 —, —, Oberst 183.
 —, Hauptmann 320, 335 ff.
 Brismann, Joh. 23.
 Browne, Generalgouverneur in Finland
 219, 313, 317.
 Brüggen, v. d., Ernst Wilhelm 307, 320.
 Brun 118.
 Brunnov, v., Michael 6, 11, 18, 80.
 Bubbe, v., Mathias 84, 87.
 Bähler, v., russ. Gesandter in Grobno 334.

Büchen, f. Biron.
 Bülow v., Levin 37, 51.
 —, Stephan 20.
 —, Landesdelegierter 181.
 —, Kammerherr 154.
 Bülow 97.
 Bugaß 265.
 Burggraf 76.
 Buschhof 109, 110.
 Busselberg, Jacob 68.
 Butscharen 266.
 Buttar f. Butler.
 Buttar, v., 68, 334.
 —, Barthold 26, 31, 36, 39.
 —, Kammerherr 137, 205, 210.
 — auf Knuthen 268.
 Bye, W. de 118.
 Cagliostro 263.
 Caligt, Georg 301.
 Cammin 97.
 Casimirshafen 116.
 Castens, Kapitän 146.
 Charlotte, Prinzessin von Wollfenbüttel
 173.
 Chetel 148.
 Chirurgen 282.
 Chodkiewicz, Joh. 5, 27, 32, 49.
 Chotseuf, Herzog 245.
 Chownski 150.
 Christian IV., König von Dänemark 38,
 85.
 V., König von Dänemark 142.
 — August Fürst von Gerbß 208.
 — Ernst, Markgraf von Bayreuth 176.
 Christine, Königin von Schweden 122.
 Christoph, Herzog von Mecklenburg 11.
 Chwalikowski, v., Nicolaus 163, 164.
 Chytráus, David 41, 43.
 Clodi, Joh. 20, 72, 74.
 —, v., Nicolaus 51.
 —, —, (däned. General 175.
 Cobenzl, Graf 246.
 Cochran, Joh. 119, 120.
 Coeverden 154.
 Conth, Prinz 212.
 Cromwell, Oliver 114.
 Cronregl 282.
 Cron, Herzog von 152.
 Cumbo 114.
 Czartorski, v., Michael, Littauischer
 Kanzler 214.
 —, die Familie 213.
 Czepchowski, Starost 188.

Dach, Simon 107, 256.
 Dänemark, s. Christian IV., Christian V.,
 Friedrich II.
 Dahl, Staatsrat 313.
 Dahlberg, Graf Erich, Statthalter von
 Livland 171.
 Dahlen 90.
 Dargig 138, 144, 172, 181, 192, 200,
 248, 259, 289, 308.
 Deersheim, Richard 165.
 Derzhau, v., Christoph 107.
 Dessau 289.
 Desfonten, kommissorialisches 1717 18.
 Dewier, Graf 191.
 Diepelsdorf, v., Georg Dietrich 209.
 Dieskau, v., Major 204.
 Dissidenten in Polen 223.
 Dissa 31.
 Dobberan 81.
 Doblen 15, 16, 17, 21, 39, 44, 56, 61,
 97, 131, 132, 137, 152, 153,
 173, 234, 272.
 Doktoren der Rechte 227.
 Dönhof, v., Heinrich 64.
 —, Hofmode vor Pöhl 191.
 Domänen 198.
 Dondangen 163, 256.
 Dolgoruki, Wassili, russischer Gesandter
 187, 189, 190.
 Dorothea, Reichsgräfin von Mecklen-
 burg, spätere Herzogin von Kurland 311,
 314 ff., 327, 332, 335, 351.
 Dorpat 177, 289.
 Dorthesen, v. fürklicher Vorsteher 242.
 Douglas, schwedischer General 129 ff.
 Drachenfels, v. 256.
 —, Johann 134.
 Dragguhn 266.
 Dreiling, Kaspar 74, 81, 90.
 —, Dr. 58.
 Dresden 314.
 Dreiling s. Dreiling.
 Druken 165.
 Drogen 294.
 Dschafree 114.
 Dubienka 388.
 Düna, Schlacht an der 49.
 Dünamünde 39, 47.
 Dünamünde 27, 74, 90, 136.
 Dumpet 267.
 Durben 5, 39, 235.
 Eberlin 164.
 Edeau 90, 110, 167.
 „Edel“ (Titel) 95, 96, 160.

Effern, v., Wilhelm 20, 21, 39.
 Ehden 109.
 Eiche, Lorenz 64.
 Eidsvoll 142.
 Einziehung 268.
 Einhorn, Alexander 21, 22, 23, 294.
 —, Paul 17, 79, 292, 293, 294, 297,
 301.
 Einnehmer 233.
 Embden, v., Thomas 34.
 Engelle, Friedrich 48.
 Englische Kaufleute 277.
 Elisabeth, Kaiserin von Rußland 186,
 188, 202, 204, 217.
 —, Prinzessin von Kurland 15, 56.
 —, Charlotte, Kurfürstin von Branden-
 burg 134.
 —, Magdalene, Herzogin 44, 45, 49,
 56, 82, 84, 86, 88, 90, 91, 97,
 239, 243, 244.
 —, Sophie, Markgräfin von Branden-
 burg, Gem. Friedrich Casimirs 169,
 169, 171, 173, 176, 177.
 Erbpfandbesitz 193, 264.
 Erichson, Gouverneur von Livland 100.
 Erlangen 176.
 Ermet 34.
 Ernst, Markgraf von Brandenburg (Jä-
 gerndorf) 107.
 —, Johann Birn, Herzog von Kurland
 191, 194 ff., 219, 221, 245, 264,
 298, 305, 308, 309, 317.
 Ermahnen 82, 85.
 Effern 152.
 d'Erve, Barou 148.
 Fauton, Leutnant 166.
 Farenbach, v., Jürgen 36, 70.
 —, Wolmar 70 ff., 88.
 Fehrbellin 150.
 Fehrmann, Daniel 205.
 Ferdinand III., römischer Kaiser 108.
 —, Herzog von Kurland 154, 158, 165,
 169 ff., 178 ff., 184, 187, 191, 192,
 194, 195, 197, 245, 294, 300.
 Ferien, v., Oberst 181.
 Fürstenberg, v., Wilhelm, Ordensmeister
 15.
 Furde, v., Legationssekretär 210.
 Finanzverhältnisse 281.
 Finkenstein, v., Hermann Christoph 194,
 200, 201, 205, 207 ff.
 Firds, v., Christopher 51, 64, 86, 89,
 90.
 —, Ernst Johann 259.

- Fuchs, v., Georg 112, 119, 126.
 —, —, Jürgen 17, 89.
 —, —, Karl Friedrich, Erbherr auf
 dessen 180 ff.
 —, —, Sophie 18.
 —, —, Major 118.
 Fische 228.
 Fickne 142, 158.
 Flemming, Graf 171, 181, 186.
 —, Erzieher Herzog Friedrich Casimir
 187.
 Flottwell, Coelestin Christian 258.
 Flügel, Johann 100, 119.
 Fock, v., Major 114.
 Fodenhof 840.
 Feldersohn, v., Georg Friedrich 349.
 —, Melchior 121, 122, 123, 128, 135,
 137, 138.
 Formula Regiminis 76 ff.
 Franke, v., Swald 151.
 —, —, Landmarschall 219.
 —, —, Nikolaus 294.
 Franken, Bartholomäus, Hofgerichtsrat
 158.
 Franz, Herzog von Pommern 85.
 Frauenburg 39, 234, 236, 344.
 Fraußadt 198.
 Freher, Philipp 144.
 Freimaurerlogen 259.
 Frese, Berndt 120.
 Freyler, Quarlianus 294.
 Friedrich, Herzog von Kurland 15, 33,
 39, 43 ff., 111, 14., 160, 289, 248,
 298.
 — der Große, König von Preußen 186,
 221, 257, 315.
 — II., König von Dänemark 5, 33 ff.
 — III., König von Dänemark 130.
 — V., Kurfürst von der Pfalz 88.
 —, Landgraf von Kassel 184.
 —, Landgraf von Homburg 151, 154,
 155.
 — III., Kurfürst von Brandenburg,
 König in Preußen 157, 159, 168,
 170, 173, 174, 175.
 — Casimir, Herzog von Kurland 140,
 146, 152, 153, 157 ff., 179, 180,
 185, 201, 244, 245, 298.
 — Jakob, Landgraf von Homburg 197.
 — Karl, Landgraf von Hessen-Homburg
 210.
 — Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg
 118, 122, 123, 127, 128, 180, 182,
 134, 140, 152 ff.
 — Wilhelm, Herzog von Kurland 167,
 169, 172, 175 ff.
 Friedrich Wilhelm I., König in Preußen
 184, 186, 194, 232, 257.
 Wilhelm II., König von Preußen
 315, 322, 334, 345.
 — Wilhelm von Brandenburg-Schwedt
 185, 186.
 Friedrichstadt 91.
 Gärtner, Heinrich 109.
 Gailkin, Mark 194, 342.
 Gambia 114, 133 ff., 143, 158.
 Ganslau, Mannrichter 349.
 de la Gardie, Johann Casimir 124.
 —, Jakob 89.
 —, Magnus 123—128.
 Garlenberg 151.
 Gasthöfe 236.
 Gastrecht 277.
 Gaurseu 344.
 Gehrke, David 4.
 Gessenow 351.
 Gernauerhof 174.
 Generallanden 83, 85.
 Genf 154.
 Georg, Landgraf von Hessen-Kassel 188,
 189, 210.
 — Friedrich, Markgraf von Branden-
 burg, Administrator von Preußen
 30, 82 ff., 87, 38, 50 ff.
 — Ludwig, Herzog von Holstein 217.
 — Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg
 92, 100.
 Gewerbetätigkeit auf dem Lande 265.
 Giesel, v., Hermann 69.
 Godemann, Jakob 64, 74, 79.
 Göldecker, Johann 86.
 Goerick, Friedrich 294.
 Goethe 262.
 Goldingen 5, 8, 14, 15, 21, 80, 85,
 89, 44, 63, 77, 80, 82, 83, 94,
 97, 110, 125, 132, 133, 136, 137,
 140, 159, 181, 172, 227, 229, 230,
 238, 243, 245, 278, 279, 280, 281,
 285, 287, 288, 296, 298, 300, 314,
 344.
 Gold, Graf, preussischer Gesandter in
 Petersburg 334, 336, 346.
 Gonlewski 39, 90, 121, 129, 132.
 Gorgelt, Jakob 117, 118.
 Gossing, Johann 111.
 Gotthard, Herzog von Kurland 1 ff., 50,
 57, 225, 235, 238, 240, 290, 292,
 294, 297, 298.
 Gottschick 258.
 Graeven, Alexander 183, 295, 301, 302.

Grabsend 165.
 Greifswald 248.
 Grendfen 180, 311, 340.
 Grenshof 14, 258, 340.
 Gripsholm 102.
 Grobin 4, 38, 39, 49, 50, 62, 107, 133,
 199, 141, 142, 168, 173, 235, 243,
 286, 296, 342.
 Grobno 190, 191, 334.
 Gründungen, Kammer in 143
 — 154.
 Grunke, Johann Gottlieb 260.
 Großbürger 275.
 Grotius, Hugo 112.
 Grotthuf, v., Ernst 327.
 —, Hermann 64.
 —, Johann Ulrich 337 ff., 341.
 —, —, Otto 55, 58, 61 ff., 53, 73, 89,
 93, 94, 250.
 Grünhof 16, 252, 340.
 Grünhoff, Oberonstmann 337 ff.
 Grundt, Johann Christian 209.
 Gudowisch, Generaladjutant 218.
 Güterbesitz, bürgerlicher 94.
 Guinealüste 114.
 Gurovski, Kammerherr 210.
 Gustaf Adolf, König von Schweden 72,
 74, 75, 83, 85, 86, 87, 89, 295.
 Gymnasium in Misa 231.

Hasthem, Daniel 135, 153, 243, 288.
 Hagedorn, Christoph 148.
 Hagen, Philipp, Chirurg 224.
 Hahn, v. 349.
 —, Georg Wilhelm auf Wermelhof 198.
 Halbbäcker 268.
 Hamann, Johann Georg 252, 257, 316.
 Hamburg 248, 289.
 Handels- und Grenzkonvention vom
 10/20 Mai 1783 314.
 Harder 156.
 Hartmann, herzogl Rat 201.
 —, David, Professor 252, 260, 262.
 Hasenpeth 5, 33, 72, 80, 81, 82, 83,
 133, 344, 350.
 Haffe, Martin 122.
 Hauptleute 9, 77, 226 ff.
 Hauptmannschaften 227.
 Hedwig Sophie Landgräfin von Hessen 134.
 Heiligenaa 4, 107, 111, 234, 268.
 Heffrich, Stanislaus 74.
 Helmet 34.
 Helmfeld, Simon Grafadel 130, 136.
 Helms, Paul 123.
 Helsingör 146.

Henning, Abraham Ernst 233, 258.
 —, Georg Ernst Sigismund 233, 234,
 255.
 Henning, Salomon 13, 17, 20, 21, 24,
 28, 29, 31, 34, 39, 40, 41.
 Henriette, Königin von England 119.
 Herder Johann Gottfried 258.
 Heyde, v. d., Oberst 146.
 Heyting, v., Wessler 349.
 —, Benedikt Heinrich 195, 197, 198.
 —, Dietrich Ernst 308.
 —, Friedrich Wilhelm 217.
 —, Karl Heinrich 320—323, 327, 329 ff.,
 334, 342.
 —, Wilhelm Alexander 211, 215.
 Hille, Johann, Oberst 141.
 Hintelmann, Dr. Ludwig 35.
 Hippel, Theodor Gottlieb 206, 251, 252.
 Hirschfeld, Johann 106.
 Hübner, v., Christian Wilhelm 242.
 Hof zum Herge 15, 44, 60.
 Hofbediente 240.
 Hofgericht 227.
 Hofesfahne 228.
 Hofordnung, Herzog Gottthards 240.
 Hofrat 240.
 Hofräte 9.
 Holländer 277.
 Hollenhausen, Superintendent 173.
 Holmes 144.
 Holmhof 149.
 Holstein, Herzog von 132.
 Holstein-Gottorp, f. Karl Friedrich.
 Holstein-Glücksburg, Herzog von 189.
 Holstichur, Balhofar 71.
 Homburg, f. Friedrich.
 —, Friedrich Jakob.
 —, Karl.
 —, Friedrich Karl.
 —, Ludwig Wilhelm.
 Horem, Alex, Bischof von Samogiten
 181.
 Horn, Graf, Christen 151.
 —, 151.
 —, Heinrich 151, 152.
 Horner, Thomas 20.
 Hoven, v., Otto Christoph 216, 219,
 221, 222, 305.
 —, Otto Hermann 222, 223, 294, 305,
 307, 309 ff., 323, 335, 340, 341,
 342, 344, 347, 348, 349, 351.
 Hübner, Lukas 20, 34.
 Huene, v., Barthold 36.
 Hüttel, v., preussischer Resident 327, 334,
 335.
 Hundt, Gottthard 38.

- Jaeger, Professor 266.
 Jägerndorf 108.
 —, J. Ernst
 Jagd 94.
 Jaguschinski, russ. Geschäftsträger 120.
 Jakob, Herzog von Kurland 49, 75, 82, 86, 96, 97, 101. (Charakteristik), 165, 168, 242—245, 256, 274, 298, 300, 301.
 Jakob I., König von England 75, 119.
 — II., König von England 165.
 Jakobsfort 116.
 Jakobshof 340.
 Jakobstadt 150, 174, 299.
 Jaroslau 204.
 Jaspers, Jakob 111.
 Jassy, Friede zu 333.
 Jensen, Severin 280.
 Jesuiten in Mitau 161, 162.
 Jägen, v. preuß. Minister 186.
 Jinnajen 235.
 Jügel 182.
 Jümmernann, preuß. Konsul in Eiben 347.
 Jüdigenat 56.
 Innocenz X., Papst 117.
 Justizsekretäre 227.
 Introduktionen 183.
 Joachim II., Kurfürst von Brandenburg 11.
 Joachim Friedrich, Kurfürst von Brandenburg 49, 52.
 Johann III. (Sobieski), König von Polen 151, 158, 163, 169.
 — Adolf, Herzog von Sachsen-Weissenfels 185.
 — Albrecht, Herzog von Mecklenburg 11.
 — Casimir, König von Polen 97, 126, 137, 142, 143.
 — Casimir, Herzog von Sachsen 51.
 — Friedrich, Fürst von Zerbst 186.
 — Georg, Kurfürst von Brandenburg 80.
 — Georg, Kurfürst von Sachsen 67, 85.
 — Sigismund, Kurfürst von Brandenburg 49, 52, 53, 64, 85, 97, 124, 239.
 Johanna Magdalena von Sachsen-Weissenfels, Gemahlin Herzog Ferdinands 194.
 — Elisabeth, Fürstin von Reuß 208.
 Jemelau 311, 340.
 Jöland 142, 158.
 Juden 161, 274.
 Jurisdiction über die Katholiken 162.
 Juristen 283.
 Jussupoff, Eudotia, Gemahlin des Herzogs Peter von Kurland 310.
 Jwan der Graulame, Großfürst von Moskau 28.
 — III., Großfürst von Moskau 202.
 Jwangorod 136, 139.
 Kaapth, G. E. 280.
 Kalender, gregorianischer 79, 251.
 Kallert 265.
 Kalleten 63, 64.
 Kalmjeem 159.
 Kammer, herzogliche 9, 227.
 Kanden 21, 48.
 Kanti, v., Friedrich 1, 11, 13.
 Kant, Immanuel 253, 258, 262, 316.
 —, Johann Heinrich 258.
 Kanzlei, herzogliche 9.
 Kanzler 9, 76, 240.
 Karst 84.
 Karl, Landgraf von Hessen-Darmstadt 139.
 — Alexander, Herzog von Württemberg 126.
 — Christian Joseph, Prinz von Sachsen, Herzog von Kurland 212 ff., 245, 259, 264, 308.
 — Eugen, Herzog von Württemberg 200.
 — Friedrich, Herzog von Holstein-Gottorp 186, 189.
 — Leopold, Herzog von Mecklenburg 136.
 — IX., König von Schweden 46, 47, 48, 49.
 — X., Gustav, König von Schweden 1.7, 124, 127, 128, 129, 130, 137, 154.
 — XI., König von Schweden 151.
 — XII., König von Schweden 172, 173, 174, 186.
 — I., König von England 96, 119, 120.
 — II. von England 144, 145, 147.
 — Landgraf von Hessen 155.
 Karlsbad 159.
 Karoliner 221.
 Kasanow 344.
 Kassen 114.
 Kassel 172.
 — I. Friedrich, Georg Wilhelm.
 Katharina I., Kaiserin von Rußland 186.
 — II., Kaiserin von Rußland 208, 212, 214, 218, 223, 236, 306, 317, 332, 333, 335.
 Katholische Kirche 78.
 Katholikisierungsbestrebungen 297.
 Kadel, Rudolph 106.
 Keding, Berent 135, 265.
 Kernerling [Kernerling.

Kettler, v., Johann, Herr auf Ambothen 81.
 —, —, Wilhelm 81, 87, 88.
 Kehlerling, v., Graf 308, 309.
 —, Christoph 116, 184.
 —, v., Dietrich 211, 215, 219, 257, 314, 327.
 —, —, Heinrich Christian 253, 255, 276, 318, 316.
 —, —, Graf Hermann 195, 203, 215, 218.
 —, —, Graf Johann 312, 331.
 —, —, Johann Heinrich 191.
 Kiechel, Samuel 236.
 Kippingshof 178.
 Kirchenbuch, das 22.
 Kirchenhistoria 22.
 Kirchenordnung Herzog Gotthards 22.
 Kirchenreformation Herzog Gotthards 22.
 Kirchenvisitatoren 292.
 Kirchenvorlesen 291 ff.
 Kirchholm 48, 51, 92.
 Kirrampä 31.
 Kleinbürger 275.
 Kleiß, v., Ewald 262.
 Klopmann, v., Ewald 216, 217, 231, 245, 310, 319, 314.
 Klopstock 262.
 Knigge, v., 221.
 —, Max 158.
 Kniskja 17.
 Knorring, v., Oberst 174.
 Köln, Kurfürst von 137.
 Königsberg 49, 172, 234, 248, 258, 266, 280.
 Körber, Michael 294.
 Kolenhusen 31, 37.
 Kollontaj, Hugo 328.
 Kommission, poln. 1642 227, 252.
 —, poln. 1617 299.
 —, poln. 1717 270.
 Komorowski 182, 183, 186, 187.
 Kompositionsalte von 1684 160.
 — von 1717 182.
 — von 1776 309.
 — von 1793 334 ff.
 Konferenzen, brüderliche 182, 207.
 Konferenz, brüderliche 1763 Febr. 219.
 —, brüderliche Mat 1767 223.
 Konistorium 23.
 Kopperjmidt, Alexander 21.
 Korff, v. 87.
 —, —, Landrat 342, 350, 351.
 —, —, Friedrich 215.
 —, —, Friedrich Wilhelm 204.
 —, —, Johann Albrecht 216.

Korff, v. Karl 331.
 —, Klaus 36.
 Kossle n. Stangenberg, Stenikland 35 ff.
 Kossakowski, Bischof von Livland 331.
 Kosciuszko, v., Oberst 192.
 —, Thaddäus 332.
 Krafau 246.
 Kraz 234.
 Krasinski, Marschall 224.
 Krasinska, Franziska 224.
 Kronenburg, Vertrag in 38.
 Krüdener, v. 312.
 Krüge 236.
 Krüger, Georg 239.
 Kruschalm 16.
 Krutz, Elharb 27, 28.
 Kuczborski, Johann, Bischof von Culm 74, 70.
 Kührat, v., Friedrich 122.
 Kätner, Karl August 300, 323.
 —, Daniel Gottlieb 279.
 Kulelow 97.
 Kurlischhofen 116.
 Kutschul Kainardich 308.

Kachinat, Gen.-Major 218.
 Kach Graf, General 192.
 Kauflinge 269 ff.
 Kampfin, Cornel u. Adrian 116, 134, 145.
 Kanbesbewollmächtigter 182.
 Kanbeskorrespondenten 182.
 Kanbeskasten in Risten 80, 238.
 — in Rurand 233.
 Kandsteie 266.
 Kandhofmeister 9, 76.
 Kandmarschall 9, 76.
 Kandien 279.
 Kandtag 1567 17, 21.
 — 1568 8, 17.
 — 1570 19, 22, 58.
 — 1572 10.
 — 1575 28.
 — 1582 23.
 — 1590 57.
 — zu Kauste 1601 56, 59.
 — in Mitau 1606 61.
 — 1613 in Dahlen (Luderun) 65.
 — in Ruz 1615 68, 79.
 — in Mitau 1615 68.
 — in Mitau 1617 84, 94.
 — 1618 84.
 — 1638 Juli 212.
 — in Mitau 1638 159.
 — 1684 160.

Landtag 1694 250
 — in Riga 1697 181.
 Februar 1700 171.
 September 1700 171.
 — Mai 1701 172.
 — November 1709 175.
 — 1715 181.
 — 1717 181.
 — 1719 185.
 — 1726 Juni 188.
 — September 1727 192.
 — 1842 250.
 — Mai 1746, 209, 220, 250.
 — August 1749 211.
 August 1752 211, 220.
 Juli 1754 211.
 — Juli 1758 213.
 — November 1758 214.
 — November 1759 216.
 — September 1761 217.
 — März 1763 220.
 — März 1765 221.
 — März 1767 222.
 — Oktober 1768 223.
 — Januar 1769 223.
 — September 1769, 224.
 1772 290.
 — Juli 1782 312.
 — 1783 314.
 — 1784 317.
 — September 1788, 320.
 — Februar 1789 320.
 — Juni 1789 320.
 August 1790 324.
 — 1794 Februar 341.
 — 1794 Juni 343.
 1795 März 343.
 Landtage 77.
 Landtagsmarschall 78.
 Landtage in Pilten 80.
 Laszewski, Petrus 70.
 Lateinschulen 286.
 Lau, Albrecht 120.
 —, Christian Ludwig 185.
 —, Theodor Ludwig 177.
 —, Hofrat 164.
 —, Kriemhildsrat 172.
 Lauenburg 97.
 Leal 5, 283.
 Decourteur, Adrienne 188.
 Desfort, Franz 159, 167.
 — 188.
 Dehen, bürgerliche 264.
 Dehnsdienst 228.
 Drispig 248.
 Dombred, Bathazar 24, 25.

Dennenwarden 31, 87.
 Leopold I., röm. Kaiser 165.
 Lessing 207, 262.
 Leszczynski, Stanislaus, König von Polen
 174, 194ff.
 Liebau 4, 50, 83, 89, 91, 92, 111, 131,
 133, 137, 161, 167, 178, 177, 229,
 233, 234, 236, 238, 274, 275, 276,
 279, 281, 283, 285—289, 298,
 313, 325, 343, 344.
 Lieb, Dr. 283.
 Leger 277.
 Lieven, v., Karl Reinhold 189.
 —, —, Wilhelm Heinrich 299.
 Lippe, Dr. Christoph 58, 71.
 —, v. d., Engelbert 15.
 Lipsh, Kestellan 219.
 Linstau, Georg 58, 69.
 Lisch, v., Franz 129.
 Litteraten 275, 282ff.
 Littauen 134.
 Lode, Erich 137.
 Lötchau 351.
 Loewenhaupt, General 125.
 —, Graf 173, 174.
 Loewentolde, Baron 194.
 Lotwin, Karl 69.
 Lubenau, Reinhold 298.
 Ludwig Ernst, Herzog von Braunschweig
 204.
 — Bruno, Landgraf von Hessen-Hom-
 burg 189, 206.
 — Wilhelm, Landgraf von Hessen-Hom-
 burg 210.
 — XIII., König von Frankreich 96.
 XIV. 121, 138, 145, 149, 154,
 157.
 Lübeck 121.
 —, Johann 133, 136.
 —, Oberg 133, 139.
 Luchefini, Marquis 321.
 — 327.
 Lüdinghausen, v. gen. Wolff Eberhard 135.
 —, Georg 327, 341, 342, 348ff.
 Lust, Amtmann 156.
 Luise Charlotte, Markgräfin von Bran-
 denburg, Herzogin von Curland 106.
 — 126, 127, 128, 130, 131, 141, 155,
 243, 244, 300.
 — Elisabeth, Prinzessin, Landgräfin von
 Homburg 154, 158.
 —, Prinzessin von Waldeck, Herzogin
 von Curland 310.
 Luxusgesetze 250.
 Ignat, Graf 51.
 Lyon, Lucas 145.

Radzel 5.
Magnus, Herzog von Pommern, Herr des
 Bistums Havelburg 4 ff., 14, 28, 30,
 32 ff., 52.
Mainz, Kurfürst von 137.
Malachowski, poln. Großkaplan 212,
 213, 328.
Mancelus, Georg 295.
Mannrichter 9, 77, 233.
Mannstein, v. 202.
Monteuffel, v. 81, 320, 321, 327, 328.
 —, —, Ehr 307.
 —, —, Karl 320.
 —, —, Michael 51, 74.
 —, Graf, sächs. Minister 188.
 —, v., auf Bismarck 259.
 —, —, Hauptmann 342.
Mardelsh, v., br. Gesandter 186.
Maria, Prinzessin von Preußen 38.
 —, Anale, Prinzessin von Russland,
 Landgräfin von Hessen 155, 172.
 —, Eleonore, Herzogin von Preußen
 38, 49.
Marienwerder 175.
Martin, Abraham 145, 147.
Markov, Staatssekretär 348.
Marshall f. Landtagsmarschall 78.
Martinique 149.
Masfalski, Bischof von Wilna 334.
Matthias, röm. Kaiser 85.
Mandel, v., Hermann 64, 80.
 —, —, Otto 80, 108, 118, 124, 125,
 142, 143.
 —, —, Otto Ernst 163.
 —, —, Starost auf Bitten 253.
Mazarin 112.
Mecklenburg 83.
 —, f. Anna, Christoph, Karl Leopold,
 Adolf Friedrich, Johann Albrecht.
Mebem v., f. Dorthica.
 —, Joh., Reichsgraf 311.
 —, Graf Friedrich 282.
 —, v., Otto 221.
 —, Graf, auf Altkuh 261.
Medizinakowen 282.
Medlenburg 146.
Meisterholm 36.
Melanchthon, Philipp 18.
Menel 14, 135, 152, 172, 184, 233,
 234, 235, 238, 239, 319, 346.
Mendelssohn, Moses 262, 303.
Mengden, v., Engelbrecht 69.
Menschlow, Fürst 183, 187, 189, 190.
Meroten 110, 340.
Meßmacher, v., 313 ff., 317, 319.
Meyer, Oberst 187.

Meyer, Valentin 136.
Michael, König von Polen 143.
Mise f. Myte.
Mittler 228.
Minden, Stift 129.
Mirabeau 317.
Mischach, v. 214, 215, 218.
 —, —, Eberhard 307, 320, 325, 336,
 339, 341.
 —, —, Friedrich 208.
 —, —, Deutnant 343.
Misil, Baron 120.
Mitax 8, 14, 21, 37, 39, 44, 66, 68,
 70, 72, 74, 77, 81, 87, 88, 89, 90,
 91, 94, 97, 110, 111, 126, 130—133,
 136, 137, 139, 140, 150, 151, 162,
 167, 168, 172—175, 178, 180,
 188—190, 192, 224, 227, 229, 234,
 288, 243, 245, 251, 263, 276, 279,
 280, 281, 283, 285, 286, 288, 289,
 290, 292, 297, 298, 324, 327, 338,
 344.
 —, Jesuitenkloster in Mitau 298.
Mitauer Religionsgespräch 293.
Mörner, General 174.
Momber, Henri 183, 184, 143.
Mond 147.
Montrose, Lord 120.
Moritz von Sachsen 187 ff., 204, 205, 210.
 —, von Dranien 85.
Moskau 205.
Moutin, Jakob de 115.
Müller, Laurentius 20, 31, 32, 208.
Mülleraustruf 337.
Münchhausen, v., Johann 4.
Münrich, Feldmarschall 202—205.
Muschneel 266.
Muschagew 296.
Mole, Christ. 25.

Mögel 234.
Morma 133, 138.
Machtichow 126.
Meander, Christoph Friedrich 258.
Meist 230.
Meisbergfried 311, 319.
Meisenburg 14, 16, 17.
Meisenburgisches Kirchspiel 314.
Meigut 27, 31, 39.
Meishausen 81, 83, 85.
Meis-Mau 116.
Meis-Münde 90.
Meisstädtchen 91.
Meisbortau 53, 110.
 —, f. Barlau.

Rimmerstatt 284.
 Robitischen 96.
 Rotbe, v., Gerhard (Eberhard) 39.
 —, —, Gotthard 68, 69.
 —, Hermann 96.
 —, Johann 60, 61, 62.
 —, Karl 818, 849.
 —, Magnus 41, 52, 53, 60 ff., 69.
 Salzbesige Handel 54 ff.
 Norbius, Franciscus, päpstl. Nuntius 183.
 Rerwegen 141.
 Rerwegen, Friede in 158.

Oberbartou 107, 284.
 Oberburggraf 9, 76.
 Oereinnehmer 233.
 Oberhauptleute 9, 76, 17, 226 ff.
 Oberhauptmann 240.
 Obermarschall 9, 76, 240.
 Oerräte 9, 76, 77.
 Oborski 84.
 Oerborn, Paul 293.
 Odonemus 94.
 Oesen, v., Christian Ernst 220.
 Odel 8, 34.
 Ofen 164.
 Offenbergh, v., Christian, Oberburggraf 219.
 Officium fieri 228.
 Olat 171.
 Olwa 138 ff.
 —, Friede in 142.
 Oynski 173.
 Oiden, deutlicher, in Mergentheim 199.
 —, de la reconnaissance 176.
 Orholm 85.
 Otelsburg 64.
 Osheti 89.
 Olander, Andreas 24.
 Ofende 118.
 Otermann 202.
 —, Gefangener 345, 346, 348, 350.
 Oxyresen 212.
 Orensterna, Axel 90, 151.

Par, poln. Unterfeldherr 140, 151, 152.
 Pahlen, Gen.-Gouverneur in Livland 842—851.
 Pallavicini, päpstl. Legat 168.
 Papensee 234.
 Paul, Kaiser von Rußland 351.
 Peitl, v., Johann Reinhold 171.
 Peitl, v., 172.
 Peim 203.
 Petrosławski 36, 37.

Perfuhnen 4.
 Pernau 13, 14, 139, 172.
 Pesne 279.
 Pest 1710 177, 292.
 Peter, Herzog von Kurland 224 ff., 245, 251, 259, 290, 304 ff.
 — der Große, Zar von Rußland 166, 167, 172, 174, 175, 177, 178, 185, 186.
 — III 217, 218.
 Petersburg 177, 183, 251.
 Petschar 31.
 Peucer 23.
 Pled, Joachim 69.
 Philipp, Julius, Herzog von Pommern 156.
 Pidelhof 152.
 Petrus 30.
 Pflou 167.
 Pilsen Stadt 4, 29, 32 ff., 39, 49 ff., 62, 69, 72, 80, 124, 125, 138, 142 ff., 153, 162, 179 ff., 223, 283, 298.
 —, Gerichtsverfassung 30.
 Pirtenecken 268.
 Plater, v., Fabian 209.
 —, Raimund 220.
 —, Graf 380.
 Platonen 340.
 Pleskau 31.
 Plattenberg, Barthold 185.
 —, Heinrich 73.
 Plitten 265.
 Plöner 47.
 Podolski, poln. Primas 223.
 Poenau 245, 340.
 Poensau, Hofmeister 189.
 Polangen 152, 171, 218, 234, 238.
 Polenz 186.
 Politus, Job 24.
 Polizeiordnungen 274.
 Poltawa, Schlacht bei 175.
 Polubinski, General 137.
 Pommern 83.
 — f. Elisabeth Magdalena, Philipp Julius Boguslaw XIV.
 Pommernellen 134.
 Poniatsowski f. Stanislaus, König von Polen.
 —, Joseph und Stanislaus d. J. 331.
 Poninska, Apollonia 345.
 Poplawski, Bischof von Lubland 162—164.
 Poffevino, Antonio 32.
 Postwol 81.
 —, Vertrag in 123.
 Potemkin, Fürst 308, 309.
 Potuzki, Ignaz 328.
 —, Felig 334.

Pottal 271.
 Poyah, John 147, 148, 165.
 Pözen, Kronhetmann von Litauen 188.
 Praga 338.
 Preeseln 255.
 Preuß, Pastor in Elbau 258.
 Preußen, Herzogtum 10.
 — und Herzog Peter 317, 332 ff.
 Preußens Pläne auf Kurland 184 ff., 194 ff.
 Privilegium Sigismundi Augusti 7.
 — Gotthardinum 8 22.
 — von 1561 267.
 Pröpste 292.
 Provisto Ducalis 4.
 Pullhammer, v., Christoph Heinrich 159, 160, 161, 164.
 —, —, Franz Hermann 114.
 —, —, 300.
 Quinzano, Bartolomeo 148.
 Rachel, Joachim 258.
 Raban, Konföderation von 222.
 Radziwill, Fürst 100.
 —, Cardinal 39.
 — f. Anna.
 —, Boguslaw 137, 138.
 —, Christoph 30, 34 ff., 34, 37, 96.
 —, Joh. Albrecht 15, 25, 297.
 —, Karl 98.
 —, Luise Charlotte 169.
 Räte, gelehrte 9, 76, 94, 181.
 Rauten, v., Friedrich Wilhelm 221, 299, 334.
 Ramelow, Johann 165.
 Rappe, v., Christoph 51 53.
 Rastrecki, Architekt 201.
 Rat der Städte 274.
 Rathenow 150.
 Rationalismus 302.
 Reichshuter 273.
 Rechtspflege 228 ff.
 Rede, v. h. 87, 88.
 —, —, Elie 261, 262, 283, 302, 319.
 —, —, Magnus Georg 261.
 —, —, Thies 15, 49.
 —, —, Wilhelm 137.
 Recognition der Güter 57.
 Reformiertes Bekenntnis 161, 300.
 Regierung des Landes 225.
 Regimentsformel 1617 76 ff., 226, 227.
 Reichstagskonstitution v. 1763 299.
 — von 1774 307.
 Reimer, Gotthard 25.
 Reinking, Theodor 256.
 Reisen in und nach Kurland 233.

Reiter, herzogliche 182.
 Remmer, Werner 69.
 Reval 139.
 Richelieu 100.
 Riga 5, 29, 65, 68, 70, 72, 84, 87, 91, 92, 124, 126, 127, 136, 139, 167, 171, 176, 178, 189, 233, 236, 238, 243, 248, 276, 281, 289, 296, 298, 313.
 Ritterbank 94.
 Ritterchaftshauptmann 182.
 Rönne, Johann 43.
 Robertin, Robert 256.
 Rodrigo, Casiel 118.
 Roennar, v. 314.
 —, —, General 183, 187.
 —, —, Ernst 177.
 —, —, 110.
 Röstik, Friede in 129.
 Rom 315.
 Romanus, Franziskus 86.
 Ronneburg 47, 129.
 Rosen, v., Georg Gustav, General-Deutnant 174.
 Rosenthal, Pastor 294.
 Rostiten 284.
 Rosdienst 56 ff., 228 ff.
 Ruzewski, Hermann 333.
 Rüchmann v. 333, 334, 336, 341.
 Rüdiger, Kanzleisekretär 324, 342.
 Rußenthal 201, 246.
 Ruten 34.
 Rummel, v., Heinrich 63.
 —, —, Wilhelm 137.
 Rund, Insel 138, 149.
 Ruprecht, Bischof, der Cavalier 1:4, 115, 144.
 —, Postdirektor 172.
 Russom, Walthair 31.
 Rutenberg, v., Ferdinand 180 ff.
 —, —, Karl Ferdinand 305, 312.
 Rupau 4, 53, 107, 152, 167, 234.
 Ruyter 145.
 Sacken 33.
 Saden, v., 316, 339.
 —, —, Landhofmeister 207.
 —, —, Major 180.
 —, —, Christoph 38, 248.
 —, —, Ernst 135.
 —, —, Ewald 138.
 —, —, Frommhold 69.
 —, —, Johann 223.
 —, —, Johann Christian 191.
 —, —, Karl 54.

- Saden, v., Karl Christoph auf Sehren 285.
 —, —, Moritz, Landmarschall 324.
 —, —, Ulrich 142.
 Sadenhausen 133.
 Sagan 315, 351.
 Sähnen 110.
 Salab 174.
 Salieski, Severin 34.
 Samogiten 161, 175, 298, 346.
 —, Bischof von 298.
 Sapieha 88, 89, 173, 174.
 —, Leo, Großfeldherr von Litauen 97, 121.
 —, v., Rektor 327, 330.
 Sartau 234.
 Sartorius v. Schwanenfelde 341.
 Saß, v., Landesbevollmächtigter 319.
 —, —, Oberburggraf 318.
 Saulen 230.
 Sausgaßn 265.
 Schamanten f. Samogiten.
 Scherling, v., Otto, Bischof von Minden 63, 69.
 —, Otto Barthold 133.
 Scheremetjew 174.
 Schilbrenner 273.
 Schilling, Rapt. 326.
 Schlef 255.
 Schluppenbach, v., Ulrich 326.
 Schloß 276, 314.
 Schlüsselburg 202.
 Schoden 188, 186.
 Schönberg 182.
 Schöneich, v. 136.
 Schöning, v. 152.
 Schoeppling, v., Dietr. Ernst 349.
 —, —, Johann 213, 214.
 —, —, Oberhauptmann 342.
 Schorer, Leonh. 279.
 Schotten 277.
 Schrapffer, Adam 74, 75.
 Schriver 208.
 Schroeders, v., Christoph, Kirchenvisi-
 tator 23, 38.
 —, Christoph Heinrich 259.
 —, Ernst Wilhelm 161.
 —, Volthard 87.
 Schranden 39, 82, 111, 133, 137, 152, 234.
 Schubert 164.
 Schuchse Kruppe 280.
 Schuch, Fr. 283, 260, 328.
 Schulte, Peter 114.
 Schulwesen 285.
 Schupbar, Wolfgang, gen. Wüchling, Deutschmeister 15.
 Schutzliß, Sekretär 190.
 Schwander, Sigism. Georg 263, 284.
 Schwarzen 39, 152.
 Schwebt 158.
 — f. Albrecht Friedrich 184.
 Schwebthof 245, 246.
 Schweinichen, v., Hans 43.
 Schwennum auf 323.
 Schwendner, Prof. 326.
 Schwerin, v., Jakob 60.
 —, —, Otto 129.
 —, —, Ulrich, auf Ausschwanen 290.
 Seufstius 235.
 Sechelen, Siebrand 164.
 Sedendorf, v., österr. Gesandter in Ber-
 lin 194.
 Seelenmahle 19.
 Seemeln 266.
 Segen, drei- und zweigliedriger 183, 302.
 Seitz, v., Philipp 115.
 Seiburg 39, 77, 87, 89, 174, 227, 243.
 Seluecker, Dr. Nikolai 24.
 Sendomir 346.
 Settel 148.
 Sibau, Christian 279.
 Sivers, Graf 314, 317, 336.
 Sigismund II., August, König von Polen 47, 16, 48, 57, 67.
 —, —, König von Polen 46, 48, 50, 54, 63, 81, 87, 89, 96.
 Simolin, v., Karl 206, 217, 218, 219, 222, 306.
 Simonus, Johann 43.
 Skyte, Benedikt 123.
 Smolensk 97, 126.
 Söfrens, Nikol. 279.
 Sobieski f. Johann III., König von Polen.
 —, Jakob 170.
 Sonnenburg auf Oesel 5.
 Sophie, Gemahlin Herzog Wilhelms 49.
 —, Markgräfin von Brandenburg 51, 53, 80.
 —, Amalie von Nassau-Siegen, Gem.
 Herzog Friedrich Kasimirs 157, 159.
 —, Charlotte, Prinzessin von Kurland 155.
 Spandau, Paul 54, 59, 64, 83, 85.
 Spener 301.
 Spens, Oberk 136.
 Spilme 90.
 Spring, Isaac 92.
 Stadelberg, Graf, russ. Gesandter in
 Warschau 308, 321, 327.
 Städtewesen 273 ff.
 Städte auf den Landtagen 94.
 Stängebro 46.

Stanislaus Boniatowski, König von
Polen 214, 220, 306, 319, 327, 328.
Stard, Joh. Augst 263, 302.
Statthalter 9, 240.
Statuten, Kurländische 76.
—, Rittenische von 1611 54.
Steinax, General 172.
Stender, B. 295.
Stephan Bathory, poln. König 6 ff.
Stettin 151, 248, 289.
Stettiner Friede 34.
Stiel, Otto 116, 133, 134, 143, 144.
Stockholm 83, 121, 122, 181.
Stothowo 75.
Strauch, v., Rudolph 120.
Strohlen 255.
Stuart, Generalmajor 173, 174.
Stubner, Georg Albrecht 176.
Stuhmsdorff, Vertrag in 90, 121, 276.
Sudow, Graf 348.
Suhz 111.
Sulzer 252, 290.
Surovow 344.
Synkretismus 301.
Szembel, Christoph Andreas. Bischof
von Ermland 191.
—, Christophor 179.

Tabago 116 ff., 133 ff., 145 ff., 158, 165 ff.
Tabelen 234.
Tafeln 21, 39, 265, 294.
Targowicz, Konföderation zu 333, 334.
Tausche, v., Alexander 150.
—, Johann 27, 28.
—, Kanzler 318, 319.
—, Stadtkämmerer 215.
Tauernien, Graf, preuß. Gesandter in
Petersburg 346.
Tauerstein 110.
Tellheim 207.
Telschen f. Adam Wengel.
Tetich, Christoph Ludwig, Justizrat 284,
316, 339.
Thomsdorf 110.
Thorn 259.
—, Reliquiengespräch in 301.
—, Kongreß in 188.
Tieden, Landgerichtsschöffe 325.
Tiefenhausen, v., herzogl. Rat 26, 39.
Tiefen, Christian 116, 134.
Tiling, Johann Nikolaus 260, 323, 325,
326, 333, 339.
Tilzit 235.
Toppius, Hermann 301.
Tord, v., 254, 255.

Tord, v., Magnus, Kanoniker 211.
Tornau, v., Osmeld 71.
Tottien, Hofrat 257.
Trautwitz, herzogl. Rat 141.
Tranquebar 113.
Trançais, Heinrich 294.
Travendal, Friede zu 172.
Trintab 149.
Tromp 145.
Trotta gen. Treiden, v., Benigna Gott-
Hebe, Gem. Herzog Ernst Johannes
196.
—, —, Friedrich Wilhelm 105.
—, —, Heinrich 161.
Truppen des Herzogs 229.
Tudum 21, 48, 63, 65, 77, 87, 136,
297, 314.
Turlentriege 1684—87 164.
de Turon la Barre 83.

Uersüll, Jakob 181.
Unfrei 267.
Union, bürgerliche 322 ff.
Untermarschall 240.
Untrischer Preis 161.
Usmaten 192.

Uttel, Emmerich de 219.
Veichtner, Kapellmeister 246.
Venedig 121, 314.
Vic, Aug., Amtsskizze 307.
Vielinghof, v., Bernhard 71.
—, —, Engelbert 69.
—, —, Jürgen 16.
Virob 158.
Vischer, Georg 105, 121.
Vishum, Graf 183.
Volderhoven, v., Peter 146.
Volderstion Volderet 277.
Vortampff, Stadtkämmerer 325.

Wahlkapitulation von 1737 198.
Walder f. Luise.
Waldbmann, Kapitän 146.
Waldhof 89.
Waldseer, Friede in 133.
Warschau 198.
Wartenberg, Gesellschaft 200, 314.
Wartoja 85.
Warwick, Graf 116.
Wasson, Matthias, Friedrich 260, 288.
Weesalpen 266.
Wegmann, Johann 25.
Wehlau, Beitrag von 123.
Weimar, Anton 83, 85.

- Weiß, Kirchenvisitator 23.
 Weisenfels, Joh. Adolf, Joh. Magdarena.
 Welling, Gottlieb 88.
 Werth, Karl Friedrich 302.
 Westpreußen 175.
 Wetterruhe 274.
 Wicaneport 133.
 Wieland 262.
 Wien 187.
 Widemann, Johann 90, 121.
 Wilhelm, Herzog von Kurland 15, 39,
 43 ff., 109, 111, 119, 235, 239,
 243, 286, 310.
 —, Landgraf von Hessen-Kassel 210.
 —, Markgraf von Brandenburg, Erz-
 bischof von Riga 11.
 Wilhelmine, Prinzessin von Kurland 332.
 Willenbrin 59.
 Willensen, Corporal 182.
 Wilna 344.
 Windan 5, 8, 21, 36, 39, 47, 83, 89,
 91, 92, 94, 111, 113, 115, 133,
 137, 141, 161, 165, 192, 233, 275,
 276, 279, 283, 313, 325, 344.
 Wirgen 234.
 Witten, v., Georg Christoph auf Eßern 229.
 Wittenberg 248, 298.
 Witting, Georg 204.
 Wladislaw IV., König von Polen 54,
 92, 96, 100, 106, 121, 301.
 Wölfe 238.
 Wolpen, v., Samuel 52.
 Wohlgebores, Titel 96, 161.
 Wollenbüttel f. Charlotte.
 Wolfrath, Adolf 144.
 Wolgast 44.
 Wolmer 129.
 Woronzow, Kanzler 212.
 —, Graf 314.
 Wrangel, v. 87.
 Wrazall 231 ff.
 Württemberg, Herzog von 332.
 — f. Karl Alexander, Karl Eugen.
 Würgau 246, 311, 338, 340.
 Wurf, Herzog von 145, vgl. Jakob II.
 von England.
 Zabeln 21, 39.
 Zachariat 262.
 Zapolje, Fnebe zu 32.
 Zamoiski, Johann 81, 47.
 Zarnadsky, Johann 104.
 Zerkst f. Johann Friedrich, Christian
 August, Katharina II.
 Ziegenhorn, Georg Christoph 211, 216,
 308, 325.
 Ziepelhof 319.
 Zinzerdorf, Graf 301.
 Zölle 281.
 Kunstzwang 278.

Verkauft von Buchdruckerei J. Wigand, Kasselstadt.





AUG 31 1932

Digitized by



Original from
NEW YORK PUBLIC LIBRARY

